

### Die schrumpfende Weltmacht: die demografische Zukunft Russlands und der anderen post-sowjetischen Staaten

Sievert, Stephan; Sacharow, Segei; Klingholz, Reiner

Veröffentlichungsversion / Published Version

Monographie / monograph

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Sievert, S., Sacharow, S., & Klingholz, R. (2011). *Die schrumpfende Weltmacht: die demografische Zukunft Russlands und der anderen post-sowjetischen Staaten*. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-306005>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

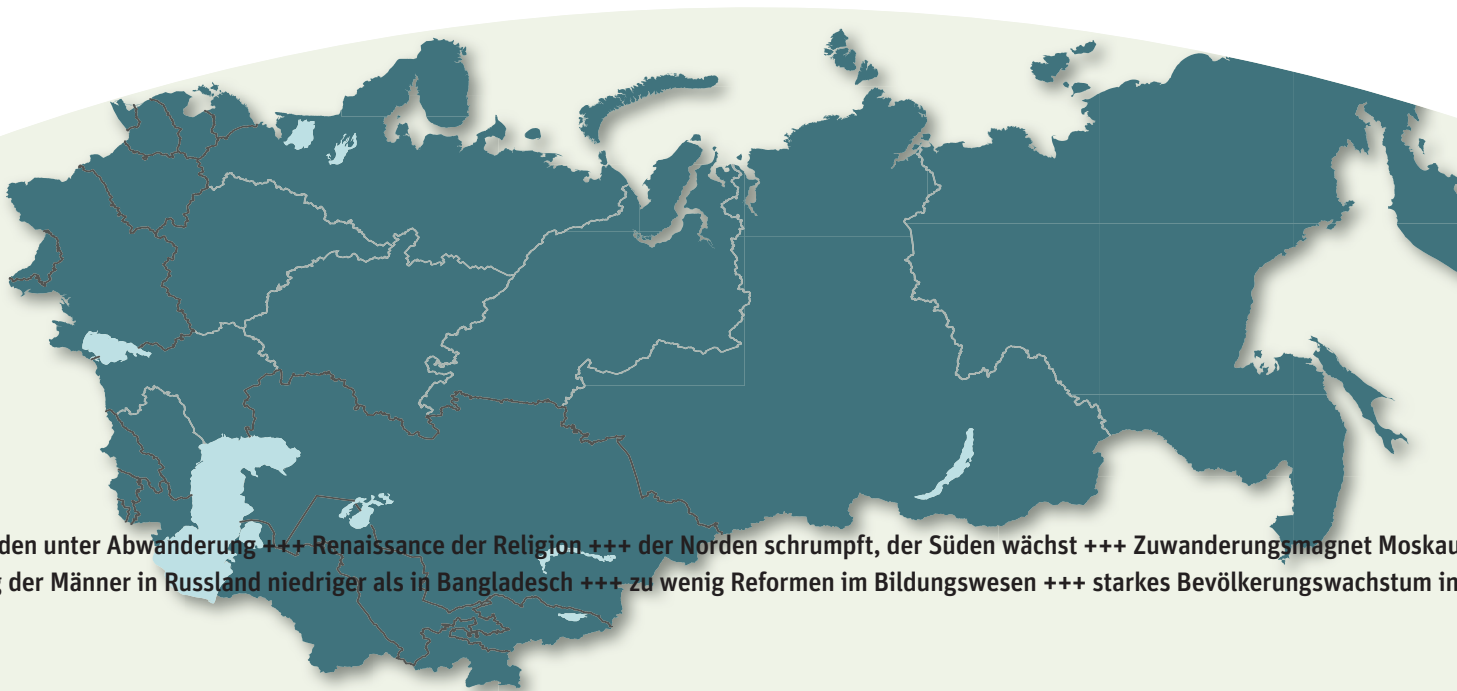
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Stephan Sievert, Sergei Sacharow, Reiner Klingholz

# Die schrumpfende Weltmacht

Die demografische Zukunft Russlands  
und der anderen post-sowjetischen Staaten



Die Gebiete leiden unter Abwanderung +++ Renaissance der Religion +++ der Norden schrumpft, der Süden wächst +++ Zuwanderungsmagnet Moskau  
Anwesenheit der Männer in Russland niedriger als in Bangladesch +++ zu wenig Reformen im Bildungswesen +++ starkes Bevölkerungswachstum im

Stephan Sievert, Sergei Sacharow, Reiner Klingholz

# Die schrumpfende Weltmacht

Die demografische Zukunft Russlands  
und der anderen post-sowjetischen Staaten

## Impressum

Das Berlin-Institut dankt folgenden Organisationen für die Unterstützung dieses Forschungsprojekts:

Robert Bosch Stiftung  
GfK Verein  
ERSTE Stiftung  
Deutsche Bank AG

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist eine gemeinnützige Stiftung mit Sitz in Hannover ([www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org)). Das Berlin-Institut erhält keinerlei öffentliche Grundförderung und ist daher auf Projektförderungen, Spenden und Zustiftungen angewiesen. Spenden an das Berlin-Institut sind steuerlich absetzbar.

Spendenkonto: Bankhaus Hallbaum, BLZ 250 601 80, Konto 20 28 64 07

Originalausgabe  
April 2011

© Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Sämtliche, auch auszugsweise Verwertungen bleiben vorbehalten.

Herausgegeben vom

**Berlin-Institut** für Bevölkerung und Entwicklung

Schillerstraße 59

10627 Berlin

E-Mail: [info@berlin-institut.org](mailto:info@berlin-institut.org)

[www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org)

Das Berlin-Institut finden Sie auch bei Facebook und Twitter (@berlin\_institut).

Autoren: Stephan Sievert, Reiner Klingholz

Weitere Autoren: Paul Becker, Klaus-Helge Donath, Steffen Kröhnert

Wissenschaftliche Beratung: Sergei Sacharow, stellvertretender Direktor des Instituts für Demografie an der Hochschule für Ökonomie in Moskau

Datenbank: Stephan Sievert

Projektmitarbeit: Anja Pasch

Lektorat: Margret Karsch

Organisation: Christian Kutzner

Gestaltung: Jörg Scholz, Köln ([www.traktorimnetz.de](http://www.traktorimnetz.de))

Druck: Gebrüder Kopp GmbH & Co. KG, Köln

ISBN: 978-3-9812473-6-7

# INHALT

<b>VORWORT: ZWISCHEN WELTMACHTANSPRUCH UND UNTERGANGSVISIONEN</b> .....	<b>4</b>	<b>ASIATISCHES RUSSLAND</b> .....	<b>68</b>
<b>ÜBERBLICK: 20 Jahre Transformation – und kein Ende</b> .....	<b>6</b>	Föderationskreis URAL.....	70
Bevölkerungsentwicklung: <b>Von der demografischen Großmacht zum Krisengebiet</b> .....	<b>12</b>	Föderationskreis SIBIRIEN.....	75
Kinder und Familie: <b>Geburteneinbruch nach der Wende</b> .....	<b>16</b>	Föderationskreis FERNER OSTEN.....	81
Migration: <b>Russlands demografische Reserve</b> .....	<b>20</b>	<b>DER WESTEN</b> .....	<b>88</b>
Gesundheit: <b>Alkoholkonsum als Konjunkturbarometer</b> .....	<b>25</b>	ESTLAND .....	90
Bildung: <b>Masse statt Klasse</b> .....	<b>29</b>	LETTLAND .....	92
Wohlstand: <b>Luft nach oben</b> .....	<b>32</b>	LITAUEN.....	94
Religion und Ethnien: <b>Renaissance der Identitätsstifter</b> .....	<b>34</b>	BELARUS .....	97
Umwelt: <b>Alte Lasten und neue Gefahren</b> .....	<b>37</b>	MOLDAU .....	101
Städte: <b>Leben nach Plan</b> .....	<b>40</b>	UKRAINE.....	104
Sicherheit: <b>Zwischen außenpolitischem Anspruch und innenpolitischen Gefahren</b> .....	<b>42</b>	<b>DER SÜDEN</b> .....	<b>110</b>
<b>EUROPÄISCHES RUSSLAND</b> .....	<b>44</b>	GEORGIEN .....	112
Föderationskreis ZENTRALRUSSLAND.....	46	ARMENIEN.....	114
Föderationskreis NORDWESTRUSSLAND.....	51	ASERBAIDSCHAN.....	117
Föderationskreis SÜDRUSSLAND.....	57	KASACHSTAN.....	119
Föderationskreis NORDKAVKASUS .....	60	USBEKISTAN .....	124
Föderationskreis WOLGA.....	63	TURKMENISTAN .....	129
		KIRGISISTAN .....	131
		TADSCHIKISTAN.....	134
		<b>INDIKATOREN UND METHODE</b> .....	<b>138</b>
		<b>QUELLEN</b> .....	<b>142</b>

## Robert Bosch Stiftung

Für die Robert Bosch Stiftung ist der deutsch-russische Austausch – insbesondere zu Fragen der Demografie – ein integraler Bestandteil der Arbeit. Die vorliegende, von der Robert Bosch Stiftung mit geförderte Studie, macht deutlich, dass Russland und seine Nachbarstaaten vor besonderen Herausforderungen stehen: angefangen bei niedrigen Geburtenraten über eine unzureichende Gesundheitsversorgung und niedrige Lebenserwartung bis hin zu einer Zuwanderung, die in vielen Regionen zu ethnischen Konflikten führt. Dies sind Fragen, die sich zum Teil auch in Deutschland stellen. Deshalb ist es im Rahmen des deutsch-russischen Austausches wichtig, voneinander zu lernen, den wissenschaftlichen Diskurs zu pflegen und gemeinsam an der Bewältigung der Probleme zu arbeiten, die der demografische Wandel mit sich bringt.

# ZWISCHEN WELTMACHTANSPRUCH UND UNTERGANGSVISIONEN

## Wohin treiben das größte Land der Erde und seine Nachbarstaaten?

Russland und die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben eine lange, leidvolle Erfahrung mit demografischen Krisen: Hunger, Krieg, Vertreibung und Völkermord haben die Bevölkerung immer wieder dezimiert und an Orte verwiesen, an denen eigentlich kein Mensch leben wollte. Aber der demografische Wandel, der die Region jetzt erfasst hat, unterscheidet sich von den vorherigen Erfahrungen.

Denn einerseits steht die kopfstärke Nachkriegsgeneration vor dem Eintritt ins Rentenalter, wobei in Russland wie auch in der Ukraine oder Belarus ohnehin rund die Hälfte aller Männer bereits vor dem 65. Lebensjahr das Zeitliche segnet. Nirgendwo in Europa sterben die Menschen früher als in Russland. Andererseits wächst derzeit jene Generation junger Menschen ins Erwerbsalter, die in der extrem kinderarmen Zeit nach dem Ende der Sowjetunion geboren ist. Wenn diese Personen erst ins Alter der Familiengründung kommen und ihrerseits so wenige Kinder bekommen, wie es heute die Norm ist, beschleunigt sich der demografische Niedergang massiv. Vor allem der ferne Osten und der hohe Nor-

den Russlands erleben schon heute eine wahre Bevölkerungsimplosion. Denn hier kommt zu den niedrigen Kinderzahlen auch noch die Abwanderung hinzu. Bis Mitte des Jahrhunderts könnte die Einwohnerzahl Russlands um etwa 25 Millionen Menschen sinken. Vor allem die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte dürfte einbrechen – bis 2030 bereits um 15 Millionen oder knapp 20 Prozent.

Das Land aber muss eine denkbar große Transformation bewältigen: weg von der Rohstoffökonomie, die Präsident Dmitri Medwedew einmal als „primitiv“ bezeichnet hat, hin zu einer Dienstleistungs- und Wissensökonomie mit einer breit aufgestellten Wirtschaftslandschaft. Die Führung in Moskau ist sich sehr wohl bewusst, dass der Verkauf von Rohstoffen wenig nachhaltig ist und massiv von der Weltkonjunktur abhängt. Dass er Monopole und Korruption begünstigt und staatliche Interventionen in die Wirtschaft erzwingt, dass er die Gesellschaft in einen reichen Clan aus Oligarchen und

eine Unterklasse aus Habenichtsen spaltet. Aber das einstige Reich der Zaren und Fünfjahres-Planer tut sich schwer damit, die alte Tonnenideologie hinter sich zu lassen und stattdessen eine Zukunft auf dem Humanvermögen der Bürger aufzubauen, also eine moderne Gesellschaft mit einem kreativen und selbstbewussten Mittelstand zuzulassen, der in Freiheit denken und handeln kann. Trotz aller Versuche, Innovationen mit Technologieparks und Sonderwirtschaftszonen von oben zu verordnen – zu spüren ist bislang wenig von einem neuen, offenen und wirtschaftsliberalen Russland.

Die notwendige Qualitäts-, Demokratie-, Gesundheits- und Bildungsoffensive müsste nicht nur die Talente der Menschen in den Mittelpunkt stellen, sondern auch offen mit dem Thema Zuwanderung umgehen. Russland braucht – wie alle stark schrumpfenden und alternden Nationen, etwa Japan oder Deutschland – Zuwanderer, um ökonomisch in einer globalisierten Welt zu bestehen. Von denen gäbe es zwar im Kaukasus und in

## Demografischer Abstieg

Im Jahr 1960 wäre die Russische Sozialistische Sowjetrepublik gemessen an der Bevölkerungszahl der viertgrößte Staat der Erde gewesen. Obwohl das heutige Russland in der Folge weiter wuchs, war es 2010 bis auf Platz 9 abgerutscht. Durch die demografische Schrumpfung, die Russland bis 2050 knapp 25 Millionen Einwohner kosten könnte – so viele wie derzeit in den zehn größten Städten des Landes zusammen wohnen –, wird sich das Land Mitte des Jahrhunderts nicht mehr unter den zehn bevölkerungsreichsten Staaten der Erde finden.

1960	
China	646
Indien	448
Sowjetunion	214
USA	186
(Russische SSR)	120
Japan	93
Indonesien	93
Brasilien	73
Deutschland	73
Bangladesch	54
Vereinigtes Königreich	52
Italien	50
Pakistan	49
Frankreich	46
Nigeria	45

2010	
China	1.354
Indien	1.214
USA	318
Indonesien	233
Brasilien	195
Pakistan	185
Bangladesch	164
Nigeria	158
Russland	140
Japan	127
Mexiko	111
Philippinen	94
Vietnam	89
Äthiopien	85
Ägypten	84

2050	
Indien	1.614
China	1.417
USA	404
Pakistan	335
Nigeria	289
Indonesien	288
Bangladesch	223
Brasilien	219
Äthiopien	174
Kongo	148
Philippinen	146
Ägypten	130
Mexiko	129
Russland	116
Vietnam	112

**Russland und die bevölkerungsreichsten Länder der Erde, Einwohner in Millionen, 1960, 2010 und 2050**  
(Datengrundlage: Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database, New York)

Zentralasien, in all den überwiegend muslimischen einstigen Bruder- und Schwesterstaaten mehr als genug. Aber Russlands Bevölkerung ist in keiner Weise darauf vorbereitet, die Verbindungen aus Sowjetzeiten produktiv zu nutzen. Die Phobie vor allem Fremden ist mit dem Rückzug ins Nationalistische eher gewachsen. Besonders in Moskau, wo rund

ein Fünftel der Bevölkerung muslimischen Glaubens ist, entlädt sich dieser Argwohn immer öfter in Gewalt.

Will Russland seine Rolle als ernstzunehmende Großmacht behalten, muss es sich auf Reformen zur Modernisierung des Staatsapparates einlassen. Die demografischen Veränderungen erhöhen den Reformdruck ganz enorm. Die wenigen nachwachsenden jungen Menschen brauchen eine gute Ausbildung, Arbeitsplätze, funktionierende Gesundheitssysteme und vor allem persönliche Frei-

heiten, damit sie sich für ihr Land engagieren. In der demografischen Krise liegt so auch eine große Chance zur Erneuerung.

Berlin, im März 2011

Reiner Klingholz  
Direktor  
Berlin-Institut für Bevölkerung  
und Entwicklung

# ÜBERBLICK

## 20 Jahre Transformation – und kein Ende

Knapp 20 Jahre sind vergangen, seit der gescheiterte Augustputsch 1991 das endgültige Aus der Sowjetunion besiegelte. Damals hatte eine Gruppe konservativer Funktionäre vergeblich versucht, den Präsidenten Michail Gorbatschow zu entmachten und das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Es ließ sich nicht mehr verhindern, dass eine Weltmacht von enormer Ausdehnung in 15 Staaten höchst unterschiedlicher Größe und wirtschaftlichen Entwicklungsstandes zerfiel.

Mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems der regionalen Arbeitsteilung wurden aus ökonomischen Verbündeten über Nacht Wettbewerber: War den zentralasiatischen Staaten zuvor die Produktion von Wasserkraft und Baumwolle zugedacht, der Ukraine die Lieferung einer Vielzahl von Fertiggütern und Moldau die von Lebensmitteln, mussten die Länder fortan auf eigenen Beinen stehen und eigene Märkte für ihre Produkte suchen. Auch innerhalb der Staaten und Regionen entbrannte ein Wettbewerb um Kapital, Menschen und Technologien. Wo sich Wirtschafts- und Besiedlungsstruktur ehemals sicherheitspolitischen Aspekten unterordnen mussten, folgen sie nun überwiegend der Logik des Marktes. Vielerorts hat diese die etablierten Strukturen längst ad absurdum geführt: Zahlreiche Industriebetriebe sind unter hohen Produktionskosten zusammengebrochen, Zentren der Rüstungsindustrie obsolet geworden, und ländliche Räume haben sich durch Abwanderung entleert.

Zwischen den neuen Freiheiten und dem ungewohnten Angebot an Konsumgütern einerseits und der Wirklichkeit millionenfacher Armut und Arbeitslosigkeit andererseits klaffte allerdings schnell ein riesiges Loch. Nicht nur auf die seelische Gesundheit der Menschen hatte dies verheerende Auswirkungen: Drogen- und Alkoholmissbrauch richteten viele körperlich zugrunde. Aids wurde zum Problem, und die Tuberkulose erlebte eine Renaissance. In Russland sank die Lebenserwartung für Männer mit 57 Jahren auf den niedrigsten Stand der Nachkriegszeit.<sup>1</sup> Leere Staatskassen und extreme Inflationsraten nach der Preisfreigabe ließen zudem das soziale Netz löchriger werden.

Wer kaum genug hatte, um das eigene Überleben zu sichern, konnte es sich erst recht nicht leisten, Nachwuchs in die Welt zu setzen. Binnen eines Jahrzehnts sank die durchschnittliche Kinderzahl je Frau in Russland von über zwei auf 1,2.<sup>2</sup> Ähnliches geschah nicht nur in vielen anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, sondern im gesamten ex-sowjetischen Einflussbereich, in Ostdeutschland wie in den meisten mittel- und osteuropäischen Staaten. Hierzu trug ab Mitte der 1990er Jahre auch die neu gewonnene Freiheit bei, die viele Frauen dazu veranlasste, den Kinderwunsch gegenüber jenem nach Selbstverwirklichung zurückzustellen.

In Regionen, in denen mehr Menschen sterben als geboren werden, hängt die demografische Stabilität von Zuwanderung ab. Wo keine Menschen hinziehen, schrumpft und altert die Bevölkerung besonders schnell. Die Alterung macht die Sozialsysteme teurer, und die Infrastruktur in ländlichen Räumen wird für die verbleibende, schrumpfende Bevölkerung immer kostspieliger. Für die Zukunftsfähigkeit einer Region ist jedoch nicht allein die Bevölkerungszahl entscheidend,

sondern es sind auch die sozioökonomischen Eigenschaften der Bewohner: Um langfristig Wohlstand und Wohlbefinden zu sichern, spielt in post-industriellen Gesellschaften der Bildungsstand der Bürger eine immer wichtigere Rolle. Auch ein friedliches soziales Miteinander zu erreichen, über ethnische und religiöse Grenzen hinweg, zählt zu den wichtigsten Herausforderungen moderner Gesellschaften.

Die vorliegende Studie zeigt eine Weltregion, die die chaotischen 1990er Jahre langsam hinter sich lässt und teilweise hohe Wirtschaftswachstumsraten verzeichnet. Diese verfestigen allerdings oftmals bestehende regionale Ungleichheiten. Sie zeigt eine Region, die 20 Jahre nach ihrer politischen Zersplitterung noch immer von gegenseitigen Abhängigkeiten geprägt ist, sich gleichzeitig aber langsam nach außen öffnet. Sie zeigt auch eine Region, die von einem demografischen Schrumpfungsprozess im Norden und einem starken Bevölkerungswachstum im Süden gekennzeichnet ist. Migrationsdruck auf der einen Seite trifft auf Arbeitskräfterrückgang auf der anderen Seite. Diese Gewichte auszugleichen, ist in der Realität oft komplizierter, als es in der Theorie erscheint.

Eine Clusteranalyse, also eine Einteilung der Regionen im post-sowjetischen Raum in Gruppen anhand ihrer demografischen Eigenschaften, erlaubt es, die wichtigsten Trends nachzuzeichnen und einen Ausblick auf die Zukunft zu werfen. Eine zweite Clusterbildung nach ökonomischen Merkmalen bietet eine Orientierungshilfe zur wirtschaftlichen Ausgangssituation in den Regionen. Diese Clusterbildung wird auf Seite 11 gesondert erläutert. Alle Informationen zur Methode und zu den Daten finden sich im Kapitel „Indikatoren und Methode“ auf Seite 138.



# Demografie



## Cluster 1 – Wo es Zuwanderer hinzieht

Eine kleine Gruppe von Regionen hat es in der Vergangenheit geschafft, ihre Bevölkerung trotz sehr niedriger Kinderzahlen durch Zuwanderung einigermaßen stabil zu halten oder sogar zu vermehren. Zu ihnen zählen die Hauptstädte Moskau, Kiew und Minsk sowie die Ostseemetropole St. Petersburg und der ukrainische Schwarzmeerhafen Sewastopol. Städte wie Jekaterinburg, Nischni Nowgorod oder Nowosibirsk erleben eine ähnliche Ent-

wicklung, nicht jedoch die gesamten Regionen, in denen sie liegen. Denn die dortigen ländlichen Gebiete, Dörfer und Kleinstädte bieten gerade für junge, gebildete Menschen immer weniger Beschäftigungsmöglichkeiten.

Neben „Stadtstaaten“ finden sich in dieser Gruppe mit dem Moskauer und St. Petersburger Umland, der beliebten Schwarzmeerregion Krasnodar, der Republik Tatarstan an der Wolga sowie dem kleinen Gebiet Belgorod an der ukrainischen Grenze ausschließlich russische Regionen. Sie haben sich aufgrund ihrer Wirtschaftskraft und regionaler Besonderheiten wie einer attraktiven geografischen Lage (Krasnodar) oder einer aktiven Migrationspolitik (Belgorod) zu Zuwanderungsmagneten entwickelt. Mit Ausnahme des Großraums St. Petersburg, wo Frauen selbst für russische Verhältnisse extrem wenige Kinder bekommen, werden

die Bevölkerungsverluste in dieser Gruppe bis 2030 minimal ausfallen. Einige Regionen könnten sogar leicht wachsen.

Der als Wachstumsmotor viel zitierte Rohstoffabbau spielt einzig in Tatarstan und Belgorod eine größere Rolle. Dagegen haben sich die Hauptstädte zu Zentren moderner Dienstleistungen entwickelt, etwa dem Bank- und Versicherungswesen. Das Gebiet Krasnodar verdankt seine Beliebtheit der Landwirtschaft, dem Handel und dem Tourismus. Angesichts des landesweit immer langsamer wachsenden Ausbaus der Rohstoffförderung und der Tatsache, dass Rohstoffe zwar für den Großteil der Wirtschaftskraft Russlands verantwortlich sind, aber nur für 1,5 Prozent der Arbeitsplätze, sind diese Regionen gut für die Zukunft gerüstet.<sup>3</sup>

Dennoch stehen auch die vermeintlichen „Gewinnerregionen“ vor enormen Herausforderungen: Jung und Alt, Einheimisch und Zugewandert, Reich und Arm sind nur einige der Gegensätze, die es zu hier entschärfen gilt. 18,7 Prozent der Einwohner sind 60 Jahre oder älter. Zwar drücken die Zuwanderer den Altersschnitt und sorgen dafür, dass sich der Arbeitskräfterrückgang hier langsamer vollzieht als anderswo, doch stoßen die Migranten zunehmend auf den – teils gewalttätigen – Widerstand der einheimischen Bevölkerung. Dazu beigetragen hat die restriktive Migrationspolitik um die Jahrtausendwende, die viele Zuwanderer in die Illegalität trieb. Jüngst nährt auch die Terrorangst Ressentiments gegen Zuwanderer, die häufig aus muslimischen Ländern oder dem kriselnden russischen Nordkaukasus kommen. Diese Ängste zu dämpfen, ist in naher Zukunft eine der schwierigsten Aufgaben für Politik und Gesellschaft. Weitere Probleme sind die wirtschaftliche Ungleichheit, die gerade in Moskau extreme Dimensionen angenommen hat, und der knappe Wohnraum in den Metropolen.

### Cluster 2 – Wo die Menschen lange leben

Überwiegend geringe Bevölkerungsverluste werden auch die Regionen der Gruppe 2 bis 2030 hinnehmen müssen, wenn auch aus ganz anderen Gründen als die wirtschaftsstarke Gebiete der Gruppe 1. Denn anders als Letztgenannte verlieren sie fast durch die Bank Einwohner durch Abwanderung. Dagegen bekommen Frauen im Laufe ihres Lebens hier durchschnittlich 1,64 Kinder und damit knapp 0,3 mehr als in Gruppe 1. Ein Grund hierfür ist, dass zu dieser Gruppe viele eher ländliche Gegenden zählen, in denen traditionellere Lebensstile vorherrschen. Dies gilt sowohl für die Regionen des Nord- und Südkaukasus als auch für die westlichen Gebiete der Ukraine und von Belarus.

Das eigentliche Erkennungsmerkmal der Gruppe ist allerdings die hohe Lebenserwartung von durchschnittlich 72,2 Jahren. Sie lässt sich neben den klimatischen Bedingungen auch auf die Bedeutung der Religion und die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung zurückführen. Sowohl im Nordkaukasus als auch in den westlichen Gebieten der Ukraine leben weniger Russen als im landesweiten Durchschnitt. Durch Alkoholmissbrauch bedingte, vermeidbare Todesfälle sind eher selten. Die geringe Industriedichte und damit eine geringere Umweltbelastung begünstigen ein längeres Leben ebenso wie der niedrige Verstädterungsgrad, der Probleme wie Drogenmissbrauch und HIV begrenzt.\*

\* Mancherorts muss die Glaubwürdigkeit der Statistiken zur Lebenserwartung angezweifelt werden. Vor allem die Republiken Dagestan und Inguschetien, wo die Menschen nach offiziellen Angaben älter werden als überall sonst im Land, scheinen zu positiv bewertet. Bei etwas niedrigerer Lebenserwartung wären diese wirtschaftlich äußerst unterentwickelten Regionen in Gruppe 5 gelandet, was angesichts des hohen Bevölkerungswachstums ein realistischeres Bild ergeben hätte.

Viele der Gruppe-2-Regionen befinden sich in direkter Nachbarschaft zur EU. Die drei baltischen Staaten sind seit 2004 sogar Mitglieder der Union. Ökonomisch gesehen fallen sie aus der Gruppe heraus, da sie zu den wohlhabendsten Gebieten der ehemaligen Sowjetunion gehören. Doch die Aufnahme in den europäischen Staatenbund hat massive Wanderungsverluste gen Westen nach sich gezogen.

Trotz der demografischen Stabilität zählen die Regionen der Gruppe 2 – mit Ausnahmen der baltischen Staaten – nicht zu den Hoffnungsträgern im post-sowjetischen Raum. Im Nordkaukasus stehen politische Instabilität, Korruption und geringe Rechtssicherheit einer nachhaltigen Entwicklung genauso im Weg wie das geringe Bildungsniveau der Bevölkerung. Erst wenn sich dies ändert, werden auch ausländische Investoren wieder den Weg hierher finden. Denn alleine wird es die Region kaum schaffen, den Rückstand gegenüber dem Rest des Landes aufzuholen. Für Investitionen fehlt das Geld – die Budgets vieler Regionen bestehen noch immer zu 80 Prozent aus Zuschüssen des föderalen Haushalts<sup>4</sup> – und die Innovationskraft ist äußerst gering. Letzteres gilt auch für den Westen der Ukraine und große Teile von Belarus.

### Cluster 3 – Wo die Bevölkerung wegen Kindermangel schrumpft und altert

Von Kaliningrad über weite Teile von Belarus und der Ukraine, Zentral- und Nordwestrussland bis hinter den Ural, in die sibirische Region Krasnojarsk, zieht sich ein Gürtel niedriger Fertilität, in dem die gesellschaftliche Alterung bereits weit fortgeschritten ist. In der Gruppe 3 ist etwa ein Fünftel der Bevölkerung 60 Jahre oder älter, im nordukrainischen Gebiet Tschernihiw sind es sogar knapp 25 Prozent. Im Schnitt dürften die Regionen bis 2030 im zweistelligen Prozentbereich schrumpfen. Die Gruppe 3 ist mit 66 Regionen zahlenmäßig eindeutig am stärksten.

Einen Großteil der Gruppe stellen Industrieregionen mit durchschnittlicher Wirtschaftskraft. Die Spanne des Bruttoinlandsprodukts reicht von jährlich 14.700 Internationalen Dollar je Einwohner im zentralrussischen Gebiet Lipezk bis 3.800 Internationalen Dollar im Gebiet Transkarpatien im äußersten Südwesten der Ukraine. Zuwanderung und Abwanderung halten sich vielerorts in etwa die Waage. Nur vereinzelte „Leuchttürme“ verzeichnen nennenswerte Wanderungsüberschüsse. Zu ihnen zählen die zentralrussischen Gebiete Kaluga und Jaroslawl, die an der Wolga gelegenen Gebiete Samara und Astrachan, Russlands westlicher Vorposten Kaliningrad, der ukrainische Schwarzmeerbahnhof Odessa sowie die sibirischen Wissenschaftszentren Nowosibirsk und Tomsk.

Wenn Russlands Führung über die Modernisierung der Wirtschaft durch Innovationen spricht, hat sie viele der Regionen dieser Gruppe im Auge. Sie bilden gewissermaßen

den alten industriellen Kern des Landes. Die Krise des Maschinenbaus hat hier teilweise verheerende Auswirkungen gehabt. Zahlreiche Regionen versuchen, dem Trend durch erhöhte Investitionen in Forschung und Entwicklung entgegen zu wirken. In den wenigsten von ihnen haben diese sich jedoch bislang in der Zahl der Patentanmeldungen niedergeschlagen, einem gängigen Indikator für Innovationskraft. Unter den positiven Ausnahmen finden sich die Gebiete Nowosibirsk und Tomsk, die nahe Moskau gelegenen Gebiete Kursk und Woronesch sowie das Gebiet Uljanowsk im Föderationskreis Wolga. Für ukrainische Verhältnisse verzeichnen die Gebiete Charkiw und Dnepropetrowsk zwar hohe Innovationskennziffern, sie nehmen sich jedoch im Vergleich zu Russland eher bescheiden aus.

Ein grundlegendes Problem der russischen Forschungslandschaft ist die geringe Nachfrage nach Innovationen seitens der Industrie. Zu Sowjetzeiten investierte der Staat zwar kräftig in die Wissenschaft, allerdings floss ein Großteil der Aufwendungen in den „Militärisch-Industriellen Komplex“. Dieser wurde nach dem Ende des Kalten Krieges deutlich gestutzt, ohne dass ein Markt für zivile Innovationen entstanden wäre. Viele Firmen haben auch deshalb kein Geld für Forschung übrig, weil sie große Summen in die Modernisierung ihrer veralteten Produktionsanlagen investieren müssen. So stammen in Russland knapp 70 Prozent der Ausgaben für Forschung und Entwicklung aus Staatskassen und nur etwa 30 Prozent aus der Privatwirtschaft. In Deutschland, den USA oder Japan ist das Verhältnis umgekehrt.<sup>5</sup>

In den letzten Jahren hat der russische Staat großzügig in den Bau von Technologieparks und Sonderwirtschaftszonen investiert. Deren Erfolg wird davon abhängen, wie viele Unternehmen sich dort schlussendlich ansiedeln. Denn trotz seiner geringeren Ausgaben ist der Privatsektor in Russland, was Patentanmeldungen und Lizenzverträge angeht, wesentlich erfolgreicher als der Staat.<sup>6</sup>

Flächendeckend lassen sich die Probleme mit dem Bau von Innovationszentren ohnehin nicht lösen. Die regionalen Unterschiede sind zu groß, als dass die russische Regierung binnen kurzer Zeit das Wohlstandsgefälle ausgleichen könnte. Dem Rat vieler Experten folgend, entschied sich die Regierung Mitte der 2000er Jahre dafür, Investitionen überwiegend in förderungswürdige Regionen zu lenken – etwa dorthin, wo eine Großstadt als Wachstumslokomotive fungieren kann oder sich besonderes touristisches Potenzial vermuten lässt – und die Erlöse aus Steuereinnahmen für den Unterhalt anderer Regionen bereitzustellen.<sup>7</sup>

### Cluster 4 – Wo die Menschen aus der Peripherie abwandern

Geringe Wachstumsimpulse verzeichnen die russischen Regionen des hohen Nordens und des Fernen Ostens. Sie gehören zu Cluster 4, dessen Hauptmerkmal hohe Wanderungsverluste sind. Neben peripheren russischen Regionen zählen auch der nördliche Teil Kasachstans und die kleine Republik Moldau dazu. Abgesehen von der Abwanderung sind die Gebiete durch eine sehr geringe Lebenserwartung, leicht überdurchschnittliche Kinderzahlen und folglich eine junge Bevölkerungsstruktur geprägt.

Die Gruppe der Abwanderungsregionen zeigt deutlich, dass eine flächendeckende Besiedlung des russischen Territoriums unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht zu verwirklichen ist. Zu Sowjetzeiten ließen sich die Menschen durch Lohnzulagen und einen höheren Urlaubsanspruch in die entlegensten Gebiete locken. Seit dem Ende der Planwirtschaft gibt es jedoch nur wenige Gründe, in Gegenden fernab der Zentren zu ziehen, wo die Temperaturen die längste Zeit des Jahres unter dem Gefrierpunkt bleiben.

Viele Fabriken stehen hier wegen der enormen Produktionskosten still. Der Autonome Kreis der Tschuktschen hat seit dem letzten Sowjetzensus 1989 mehr als zwei Drittel seiner Einwohner verloren, das Gebiet Magadan über die Hälfte. Auf der Insel Sachalin sowie in den Gebieten Kamtschatka und Murmansk belaufen sich die Verluste auf knapp ein Drittel aller Einwohner. Dieser Trend wird sich fortsetzen, mit Verlusten, die ähnlich hoch wie in Gruppe 3 liegen dürften. Dabei werden Sterbeüberschüsse eine wachsende Rolle spielen, da viele wanderungswillige junge Menschen die Regionen bereits verlassen haben.

Wie fast überall in Russland ist auch hier eine starke Land-Stadt-Wanderung zu beobachten. Zurück in den Dörfern bleiben die Alten und sozial Schwachen. Arbeitsplätze sind dort meist Mangelware, und die medizinische Versorgung ist kaum gewährleistet.

Eine Zukunft jenseits des Abbaus wertvoller Bodenschätze wie Gold, Diamanten, Erdöl und Erdgas scheint gerade im hohen Norden unrealistisch. Im Süden, an der Grenze zu China, verhält sich dies anders. Doch auch in den Regionen Amur, Chabarowsk oder Primorje stehen der Wirtschaft die hohen Transportkosten im Wege. Stattdessen gewinnt der wirtschaftliche Austausch mit China, Japan und Korea zunehmend an Bedeutung. Dem stehen viele Russen skeptisch gegenüber. Sie fürchten die Übernahme des äußerst dünn besiedelten Ostens durch die Großmacht im Süden.

### Cluster 5 – Wo viele Kinder für Wachstum sorgen

Auch die Mehrheit der Regionen der Gruppe 5 hat mit Abwanderung zu kämpfen. Entleeren werden sie sich dadurch aber keinesfalls. Denn Frauen bekommen hier im Schnitt 2,78 Kinder – so viele wie in Nordafrika. Das sind deutlich mehr, als für eine stabile Bevölkerungsentwicklung nötig wären. Die hohen Kinderzahlen schlagen sich in einer extrem jungen Bevölkerungsstruktur und einem teilweise hohen Bevölkerungswachstum nieder. Damit unterscheiden sich diese Regionen deutlich von allen anderen Clustern.

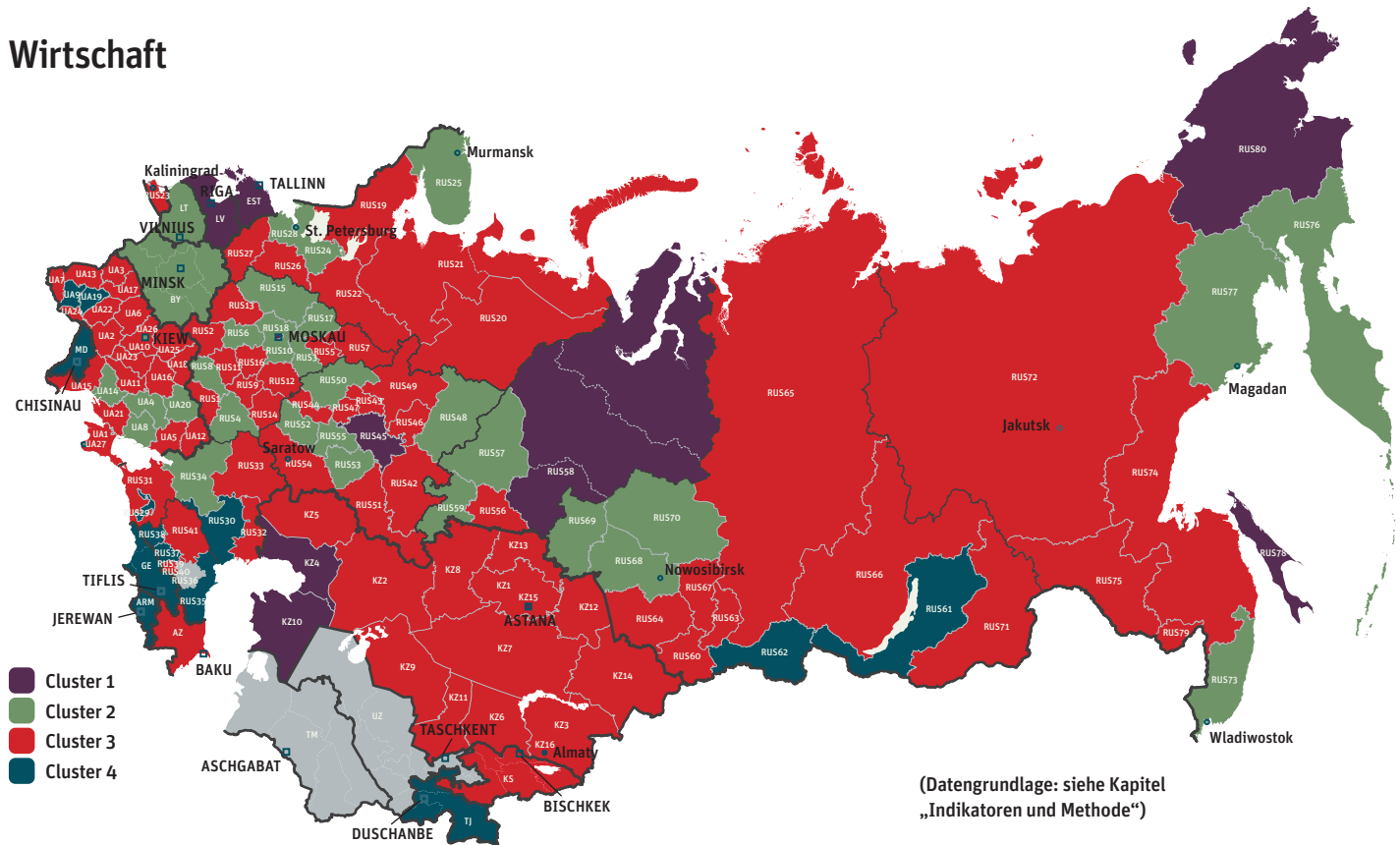
Der Hauptgrund für die hohen Kinderzahlen ist der niedrige Entwicklungsstand der Regionen. In weiten Teilen Zentralasiens und in den russischen Republiken Tschetschenien, Tywa und Altai erwirtschaften die Menschen jährlich lediglich 1.000 bis 5.000 Internationale Dollar. Der Durchschnitt im post-sowjetischen Raum liegt bei gut 9.500. Soziale Sicherungssysteme sind bislang kaum ausgebaut, weshalb die Familien weiterhin die Rolle der Sozialversicherung übernehmen. Doch die vielen Kinder haben vor Ort kaum Aussicht auf Beschäftigung. In Scharen wandern die jungen Menschen daher ab. Beliebtestes Ziel ist Moskau, von wo sie einen Großteil ihres Lohnes zurück in die Heimat schicken, um ihre Familien zu unterstützen.

Das starke Bevölkerungswachstum birgt sowohl Chancen als auch Gefahren. Denn vielerorts sind die Kinderzahlen je Frau in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich gefallen – ein Trend, der künftig anhalten dürfte. Im Verhältnis zur arbeitsfähigen Bevölkerung wird die Zahl der Kinder also immer geringer, während es gleichzeitig noch vergleichsweise wenige Rentner gibt. Diese „demografische Dividende“ einer wachsenden Erwerbsbevölkerung hat anderen Ländern wie etwa den asiatischen „Tigerstaaten“ einst geholfen,

sich schnell zu entwickeln. Allerdings bedarf es enormer Investitionen in Arbeitsplätze, um die Dividende einstreichen zu können. Ob dies in Zentralasien oder dem Kaukasus möglich sein wird, bleibt ob der vielerorts angespannten politischen Lage fraglich. Und so kann aus dem Segen schnell ein Fluch werden: Sollten die jungen Menschen auch weiterhin keine wirtschaftliche Perspektive finden, werden sie weiter abwandern oder versuchen, im informellen Sektor unter zu kommen. Schon heute floriert etwa der Drogenschmuggel in Zentralasien.

Die ebenfalls zur Gruppe 5 gehörenden westkasachischen Gebiete Aqtöbe und Atyrau fallen aus dem gezeichneten Bild heraus. Sie sind durch die Erdölförderung ebenso zum Ziel von Arbeitsmigranten geworden wie das russische Gebiet Tjumen. Durch den wirtschaftlichen Aufschwung Kasachstans erleben auch die beiden unabhängigen Städte Astana und Almaty einen Zuwanderungsboom. Sie waren wie das Öl fördernde Gebiet Mangghystau nicht Teil der Analyse (siehe Kapitel „Indikatoren und Methode“), vereinen aber die junge Bevölkerung und hohen Kinderzahlen der Gruppe 5 mit einer extremen Zuwanderung und Wirtschaftsstärke, die selbst die meisten Regionen der Gruppe 1 übertrifft.

# Wirtschaft



(Datengrundlage: siehe Kapitel „Indikatoren und Methode“)

## Die Wachstumsmotoren

Die Regionen des Wirtschaftsclusters 1 vereinen ein außerordentlich hohes Bruttoinlandsprodukt mit einer überdurchschnittlichen Erwerbstätigenquote. Hier finden sich sowohl wirtschaftsstarke Städte wie Moskau oder Astana als auch Rohstoff fördernde Regionen wie etwa die Gebiete Tjumen und Sachalin in Russland und die Gebiete Atyrau und Mangghystau in Kasachstan. Auch die EU-Mitgliedsstaaten Estland und Lettland gehören in diese Gruppe.

Regionen Russlands, in der Ukraine und in Belarus – oft solche, in denen große Städte liegen, etwa das Gebiet Swerdlowsk mit Jekaterinburg. Aber auch vereinzelte sibirische Regionen, wie Nowosibirsk und Tomsk. Investitionen in Forschung und Entwicklung sind zwar kein hinreichendes Kriterium für zukünftigen Wohlstand, jenseits von Rohstoffreichtum aber eine wichtige Voraussetzung dafür.

## Der Durchschnitt

Cluster 3 ist die mit Abstand größte Gruppe und gewissermaßen das „Durchschnittsszenario“. Die Regionen zeichnen sich weder durch ein hohes Bruttoinlandsprodukt aus, noch durch massive Investitionen in Zukunftsbranchen. Auch die Beschäftigung liegt auf mittlerem Niveau. Um in Zukunft Zuwanderer anziehen zu können, fehlen vielerorts jedoch die Voraussetzungen.

## Die Nachzügler

Cluster 4 ist klares Schlusslicht – sowohl hinsichtlich des Bruttoinlandsprodukts als auch hinsichtlich der Beschäftigung. Ein Großteil der Kaukasusregion zählt ebenso dazu wie einige unterentwickelte Regionen Sibiriens, zwei Gebiete der Westukraine und Tadschikistan. Die Schattenwirtschaft spielt hier eine große Rolle, da die regulären Arbeitsmärkte oft kaum entwickelt sind. Dort, wo zudem viele Kinder geboren werden, steigt die Gefahr sozialer Unruhen. Im Nordkaukasus ist dies bereits zu beobachten.

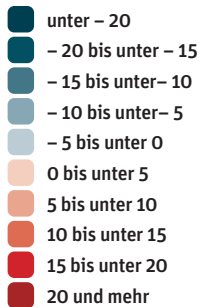
## Die Hoffnungsträger

Im Cluster 2 treffen sich Regionen, die gemessen am Bruttoinlandsprodukt und der Erwerbstätigkeit leicht überdurchschnittlich abschneiden, sich vor allem aber durch hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung auszeichnen. Dies sind vor allem europäische

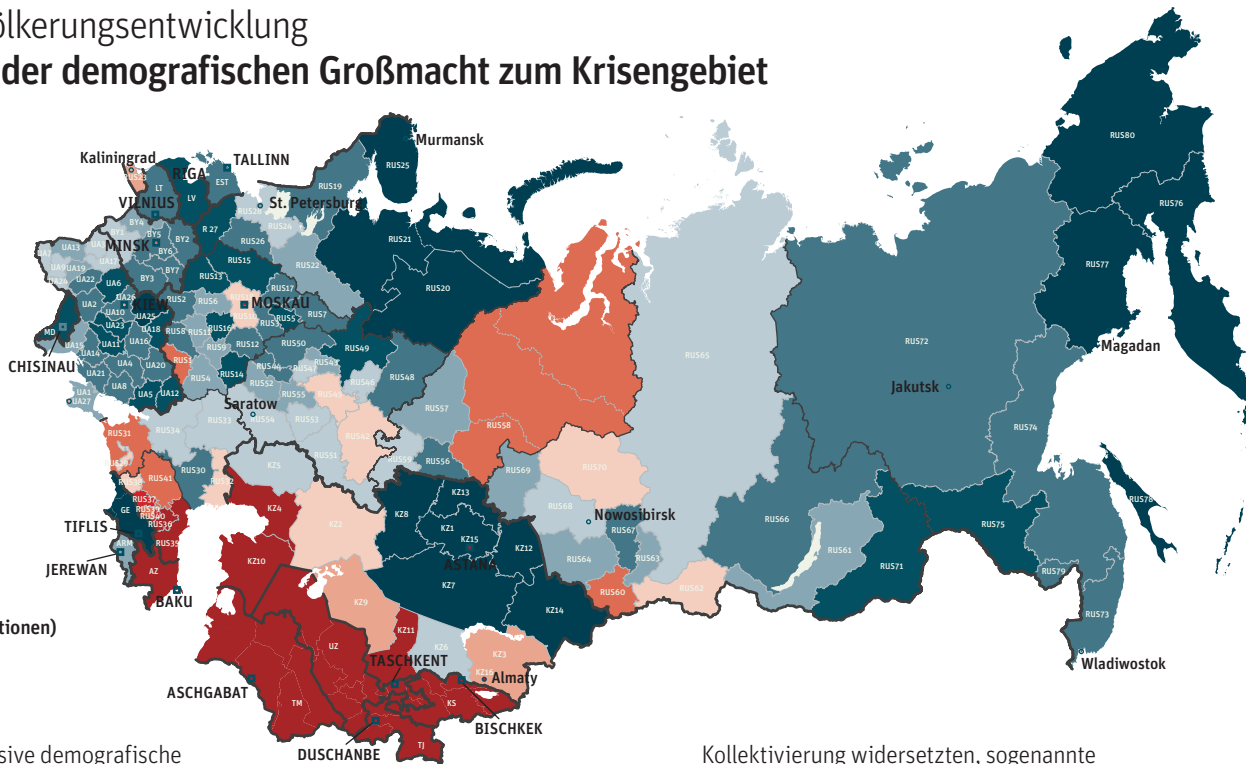
# 1

## Bevölkerungsentwicklung Von der demografischen Großmacht zum Krisengebiet

Bevölkerungsveränderung  
1989 bis 2010 in Prozent



(Datengrundlage: Rosstat,  
Derschkomstat, Vereinte Nationen)



Schweres Leid und massive demografische Einbußen hat die sowjetische Bevölkerung während ihrer 70-jährigen Geschichte zur Genüge erfahren. Allein die große Hungersnot der 1930er Jahre und der Zweite Weltkrieg zu Beginn des folgenden Jahrzehnts forderten bis zu 40 Millionen Opfer.<sup>8</sup> Die stalinschen Zwangsumsiedlungen von Bauern, die Deportationen ganzer Völker und die Zwangsarbeit in den Straflagern Sibiriens und des Fernen Ostens brachten weitere Millionenverluste und massive Veränderungen der regionalen Besiedlung.

### Wiederaufbau nach dem Krieg

Zum Ende des Zweiten Weltkriegs lag der westliche Teil der Sowjetunion in Scherben. Die meisten Todesopfer waren in den heutigen Gebieten Nordwest-, Zentral- und Südrussland sowie in der Ukraine und Belarus zu beklagen. Millionen Menschen hatten hier Haus oder Hof verloren.

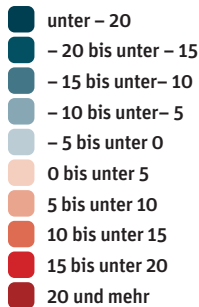
Schon während des Krieges hatte sich der wirtschaftliche und demografische Gravitationspunkt des Landes gen Osten verlagert. Wichtige Industrien, etwa der Rüstungssektor, waren frühzeitig hinter den Ural nach Tscheljabinsk und Swerdlowsk (heute Jekaterinburg) evakuiert worden. Auch der heutige Föderationskreis Sibirien sowie die Republiken Kasachstan und Kirgisistan erhielten auf diese Weise Entwicklungshilfe. Nach dem Krieg gewann der asiatische Landesteil weiter an Bedeutung. Sibirien und der Ferne Osten waren seinerzeit die am schnellsten wachsenden Regionen der Sowjetunion – auch wenn die Besiedlung dieser unwirtlichen Landstriche keinesfalls freiwillig geschah.

Um die reichen Rohstoffvorkommen Sibiriens ausbeuten zu können, sandte der Gulag – die Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager – schon seit Ende der 1920er Jahre Strafgefangene als Zwangsarbeiter in den Osten; auch reiche Bauern, die sich der

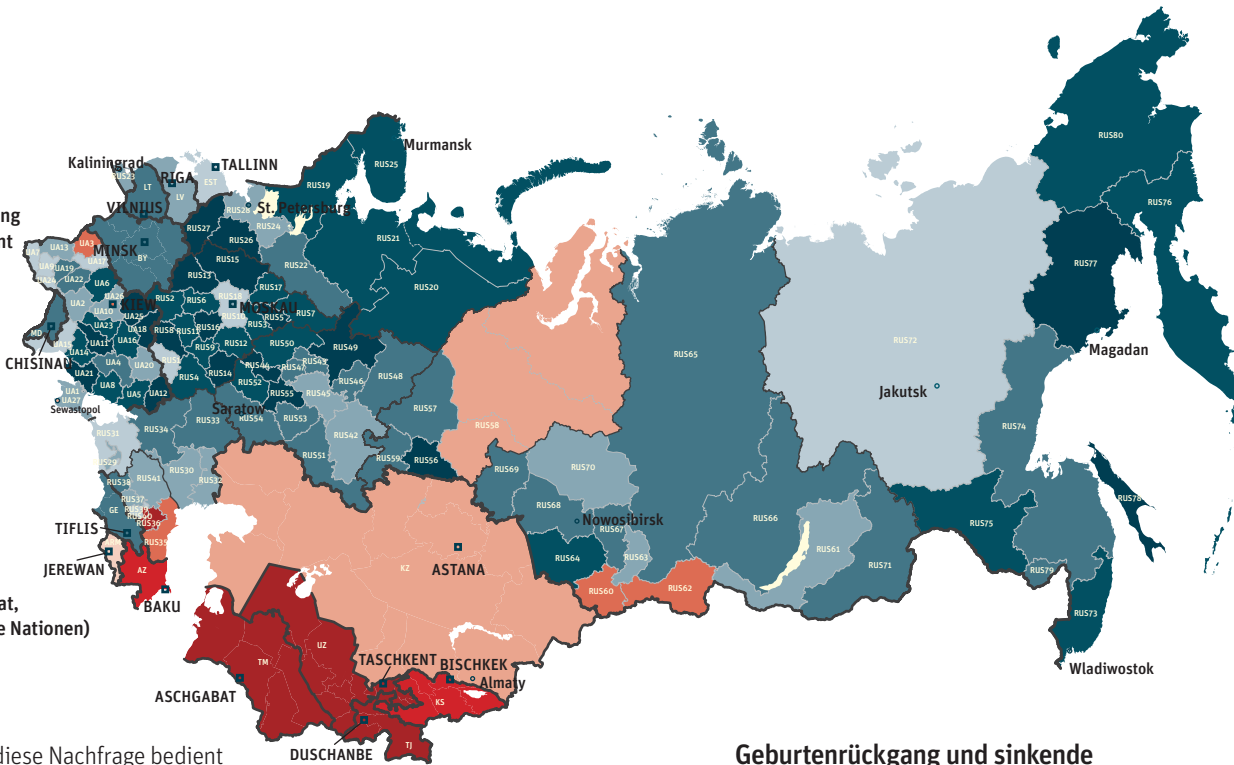
Kollektivierung widersetzen, sogenannte Kulaken, wurden millionenfach in kaum bewohnte Gebiete umgesiedelt. Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs deportierte die Regierung massenhaft Deutsche nach Kasachstan, um zu vermeiden, dass sie sich der vorrückenden Wehrmacht anschließen. In den letzten Kriegsjahren wurden diverse Völker aus dem Kaukasus und von der Halbinsel Krim nach Zentralasien und Sibirien geschickt: Karatschaiern, Kalmücken, Tschetschenen, Inguschen, Balkaren, Krimtataren, Griechen und anderen wurde vorgeworfen, sie hätten desertiert oder gar mit der deutschen Besatzungsmacht kollaboriert. Nach dem Krieg machten Kriegsgefangene einen erheblichen Teil der Arbeitskolonnen aus.

In den 1950er Jahren investierten die sowjetischen Machthaber in allen Landes- teilen enorme Summen in den Wiederaufbau der Industrie. Vor allem die Schwerindustrie, das Rückgrat sowjetischer Produktion, wuchs schnell und benötigte eine wachsende Zahl an Arbeitern. Stabile Geburtenüberschüsse

## Bevölkerungsveränderung 2010 bis 2030 in Prozent



(Datengrundlage: Rosstat, Derschkomstat, Vereinte Nationen)



sorgten dafür, dass diese Nachfrage bedient werden konnte. Der Glaube daran, dass Wachstum in Wirtschaft und Bevölkerung sich gegenseitig bedingen, verfestigte sich während des ersten Vierteljahrhunderts nach Kriegsende.

Durch den Aufbau der Industrie, die der zu Zarenzeiten dominierenden Landwirtschaft längst den Rang abgelaufen hatte, siedelte ein immer größerer Teil der sowjetischen Bevölkerung in Städten, in denen in den 1960er Jahren erstmals mehr als die Hälfte der Bevölkerung wohnte. Moskau zählte seinerzeit schon über sechs Millionen Einwohner und gehörte damit zu den größten Städten der Welt, St. Petersburg kam auf etwa die Hälfte. Dass das Niveau der Verstädterung in der Sowjetunion dennoch immer weitaus niedriger lag als im Westen, ist darauf zurückzuführen, dass die Behörden den Zugang zu fast allen größeren Zentren gesetzlich einschränkten. Einerseits wollte man so die Wirtschaft besser planen und soziale Probleme wie Armut und Kriminalität vermeiden. Anderer-

seits wurden zu Zeiten des Kalten Krieges insbesondere Städte der Rüstungsindustrie geradezu verbarrikadiert.

Im Zeitraum von 1950 bis 1970 wuchs die Bevölkerung der Sowjetunion von 178 Millionen auf über 240 Millionen Menschen – nur China und Indien zählten seinerzeit mehr Einwohner. Über die Hälfte von ihnen lebte in Russland, ein weiteres Fünftel in der Ukraine. Das schnellste Wachstum zeigten indes in den 1960er Jahren die zentralasiatischen Sowjetrepubliken sowie Armenien und Aserbaidschan. Im Gegensatz zu den urbanen Zentren Russlands hatte sich hier die traditionelle Großfamilie gehalten – wie es teilweise auch heute noch der Fall ist. Zwischen 1959 und 1970 wuchsen die Bevölkerungen der südlichen Sowjetrepubliken um durchschnittlich 40 Prozent, während der Rest des Landes Wachstumsraten zwischen fünf und 20 Prozent verzeichnete.<sup>9</sup> Verglichen mit Europa waren allerdings selbst diese Zahlen extrem hoch.<sup>10</sup>

## Geburtenrückgang und sinkende Lebenserwartung

In den 1960er Jahren zeichnete sich bereits ab, was das folgende Jahrzehnt bestimmen sollte: Die Zahl der Geburten nahm ab und das Bevölkerungswachstum verlangsamte sich. In fast allen der verstäderten europäischen Sowjetrepubliken fiel die Gesamfruchtbarkeitsrate bis Ende der 1970er Jahre auf unter zwei Kinder je Frau.<sup>11</sup> Nur der konstante Zustrom von jungen Zuwanderern, der in den europäischen Landesteilen unter dem Propiska-System\* eigentlich nicht vorgesehen war, sorgte für weitere Bevölkerungsgewinne. Die Planer richteten ihren Blick

\* Zu Sowjetzeiten hatte jeder Bürger einen festen Wohnsitz – und damit Arbeitsort – in seinem Pass vermerkt, die sogenannte Propiska. Ein Wechsel des Wohnorts war äußerst schwierig. Zugang zu großen Städten wie Moskau erhielt nur derjenige, der mit einem anderen Bürger den Wohnort tauschte, Verwandtschaft in der Stadt vorweisen konnte oder von ortsansässigen Betrieben dringend benötigt wurde. Viele umgingen die Regelung jedoch durch Scheineheiraten, Bestechung oder ein Abtauchen in die Illegalität.

derweil weiter auf die östlichen Gebiete des Landes, wohin sie insbesondere nach den Öl- und Gasfunden in Westsibirien massenhaft Menschen lotsten.

Schon mit Anbruch der 1970er Jahre kamen in der Sowjetunion erste Zweifel an der demografischen Zukunft des Landes auf. Zwar redeten damals nur wenige von einem Bevölkerungsrückgang, doch es war klar, dass sinkende Kinderzahlen in einem Wirtschaftssystem, das auf eine wachsende Zahl von Werktätigen angewiesen war, in die Krise führen würden.

Erschwerend kam hinzu, dass die Lebenserwartung in den 1960er Jahren plötzlich anfang zu sinken. Sowohl die Säuglingssterblichkeit als auch die Todesfälle im arbeitsfähigen Alter trugen hierzu ihren Teil bei.<sup>12</sup> Erst in den 1980er Jahren nahm sich der Regierungschef Michail Gorbatschow des Problems der hohen Sterbe- und Berufsunfähigkeitsraten an, die sich hauptsächlich auf übermäßigen Tabak- und Alkoholkonsum zurückführen ließen. Unter anderem durch Produktions- und Verkaufsbeschränkungen auf Wodka gelang es ihm, die während der 1970er Jahre bei der Lebenserwartung verlorenen zwei Jahre zurück zu gewinnen. Doch der Erfolg der Kampagne war nur von kurzer Dauer. Unter Gorbatschows Nachfolgern wird wieder mehr getrunken – und früher gestorben.

## Keine Sicherheit – weniger Kinder

Der letzte Sowjetzensus im Jahr 1989 zählte landesweit 285,7 Millionen Menschen.<sup>13</sup> Ein Jahrzehnt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion lebte auf deren ehemaligem Staatsgebiet zwar eine Million Menschen mehr, in neun der 15 Teilrepubliken hatte die Bevölkerung jedoch abgenommen – in der Ukraine gar um mehrere Millionen.

Die wirtschaftliche Unsicherheit des Übergangs zur Marktwirtschaft führte in Russland dazu, dass die durchschnittliche Kinderzahl je Frau binnen eines Jahrzehnts von über 2,0 auf unter 1,2 fiel. Ebenso drastisch waren die

Auswirkungen des Zusammenbruchs bei der Lebenserwartung zu spüren. Sie fiel allein zwischen 1991 und 1994 von 68,9 auf 63,9 Jahre. Überdurchschnittlich waren Männer betroffen, die die Probleme der Übergangszeit wieder vermehrt mit Wodka zu lösen suchten und Mitte der 1990er Jahre auf eine Lebenserwartung von nur mehr 57,4 Lebensjahren kamen.<sup>14</sup>

Im Jahr 1992 starben in Russland erstmals seit Ende des Zweiten Weltkriegs mehr Menschen als geboren wurden. Durch die rasch steigenden Sterbeüberschüsse verlor das Land in der Folge jährlich im Schnitt etwa 800.000 Einwohner. Dem standen jedoch jedes Jahr mehrere hunderttausend heimkehrende Russen und Russischstämmige gegenüber, die nach der Aufsplitterung der Sowjetunion in die Heimat ihrer Vorfahren zurückzogen – getrieben von Perspektivlosigkeit und aufkeimender Fremdenfeindlichkeit in den restlichen Nachfolgestaaten der Union. Nur durch diese Heimkehrer konnte Russland in den 1990er Jahren einem Bevölkerungsrückgang um mehrere Millionen Menschen entgehen.

Im Innern Russlands konnte derweil von Stabilität keine Rede sein. Vor allem der asiatische Teil des Landes hatte mit extremer Abwanderung bei gleichzeitig niedriger Fertilität zu kämpfen. Nach dem Wegfall staatlicher Lohn- und Urlaubszulagen für ein Leben im kalten Sibirien fanden sich nur noch wenige Russen, die in den Fabriken und Minen östlich des Urals arbeiten wollten. Nach und nach entleerten sich so die nordöstlichen Regionen des Landes, die bis heute zum Teil über die Hälfte ihrer Bevölkerungen verloren haben. Vor allem ländliche Gegenden erlebten einen wahren Exodus: Wer keine Möglichkeit hatte, gen Westen zu ziehen, siedelte zumindest in die Gebietshauptstadt über.

Für viele Regionen wird die Fähigkeit, Migranten anzuziehen, in Zukunft zur Existenzfrage werden. Denn aus sich heraus können nur wenige Gebiete in Russland, Belarus, der Ukraine und den baltischen Staaten demografische Stabilität erreichen. Selbst wenn Frauen hier in absehbarer Zeit

wieder mehr Kinder bekämen, und jüngste Zahlen weisen darauf hin, werden sie kaum das Niveau von 2,1 Kindern erreichen, das für eine stabile Bevölkerung nötig wäre. Zudem ist die nächste Elterngeneration durch den Geburtenmangel der letzten 20 Jahre bereits deutlich ausgedünnt.

## Alterung und wachsende regionale Unterschiede

Durch die geringen Kinderzahlen – sowie einer in Zukunft möglicherweise steigenden Lebenserwartung – wird auch der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung stark wachsen. Derzeit liegt er selbst in den „ältesten“ Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Vergleich zu Westeuropa noch relativ niedrig, da sich die Zwei-Kind-Familie als gesellschaftliche Norm hier später durchsetzte und die Lebenserwartung auf niedrigem Niveau verharrt.

Von den 142 Millionen Einwohnern Russlands war im Jahr 2009 rund ein Fünftel im Rentenalter – bis 2030 könnte sich dieser Anteil auf knapp 30 Prozent erhöhen. Da in den nächsten Jahren die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre ins Rentenalter vorrücken, während vergleichsweise wenige Jugendliche das Erwerbsalter erreichen, dürfte die arbeitsfähige Bevölkerung Russlands allein bis 2020 jährlich um etwa eine Million Menschen schrumpfen.<sup>15</sup> Umso wichtiger wird es sein, die vorhandenen Arbeitskräfte so gut wie möglich – vor allem die hohen Berufsunfähigkeitsraten, die sich auf ungesunde Lebensstile zurückführen lassen, gilt es zu bekämpfen.

Durch den Verlust von Arbeitskräften und potenziellen Steuerzahlern werden neben der Wirtschaft auch die Staatskassen unter Druck geraten. Denn mehr ältere Menschen belasten nicht nur die in Russland schon heute chronisch defizitären Rentenkassen zusätzlich, sondern werden auch den Bedarf an Krankenbetreuung und Pflege in die Höhe schnellen lassen. Paradoxerweise wird der



Kostenanstieg in den nächsten zehn bis 15 Jahren umso gravierender sein, je mehr sich die Kinderzahlen je Frau erholen – denn bevor der Nachwuchs zum Wohlstand des Landes beitragen kann, verursacht er Kosten für medizinische Betreuung und Ausbildung. Erste Reformen des größten sozialen Postens, des Rentensystems, hat die russische Regierung bereits eingeleitet, indem sie dem traditionellen Umlagesystem eine kapitalgedeckte Komponente hinzugefügt hat. Auch das vergleichsweise niedrige Pensionsalter von 55 Jahren für Frauen und 60 Jahren für Männer könnte die Führung des Landes schon bald anheben, um ein Absinken des Rentenniveaus und eine damit verbundene massive Altersarmut zu verhindern.

Die Folgen der demografischen Alterung betreffen früher oder später alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion – von den relativ alten Gesellschaften in den baltischen Staaten, Belarus und der Ukraine bis hin zu den sehr jungen Nationen Zentralasiens. Denn selbst in den kinderreichen Republiken Usbekistan, Kirgisistan oder Tadschikistan sind die Kinderzahlen in den letzten Jahrzehnten gesunken und werden diesen Trend in Zukunft fortsetzen. In diesen Ländern muss sich eine öffentliche Infrastruktur zur Altenbetreuung erst noch entwickeln, da Pflege bisher hauptsächlich Familienaufgabe ist. Letzteres könnte sich im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung und Modernisierung der Gesellschaft jedoch ändern, sodass die Nachfrage nach öffentlichen Einrichtungen zunehmen wird.

Grundsätzlich werden sich in den nächsten 20 Jahren die demografischen Gewichte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion weiter verschieben. Dies wird primär zu Lasten der slawisch geprägten Republiken des Nordens gehen. Demgegenüber werden die Gesellschaften der zentralasiatischen Staaten sowie Armeniens und Aserbaidschans aufgrund junger Bevölkerungen und hoher Kinderzahlen weiter wachsen – allerdings gibt es auch hier regionale Unterschiede. So dürfte Armenien bis 2030 von heute 3,1 Millionen auf dann 3,2 Millionen Einwohner nur minimal zulegen – und in der Folge sogar

schrumpfen –, während Tadschikistan bis 2030 um mehr als 35 Prozent auf knapp zehn Millionen Einwohner wachsen wird.<sup>16</sup> Zusammengenommen werden die genannten Wachstumsländer im Jahr 2030 knapp die Hälfte der Bevölkerung auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion stellen – derzeit ist es lediglich ein Viertel.

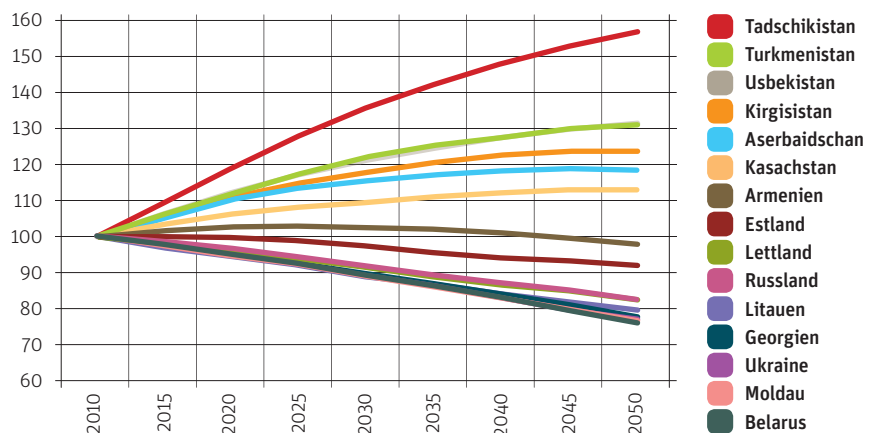
Russland hat in den vergangenen 50 Jahren seinen Status als demografische Großmacht verloren. War die Sowjetunion 1960 an Einwohnern gemessen noch der drittgrößte Staat der Welt, findet sich der mit Abstand größte Nachfolgestaat Russland heute nur mehr auf Platz neun – hinter Ländern wie Pakistan, Bangladesch und Nigeria. Bis 2050 dürfte Russland auf Rang 14 absteigen. Unter den fünf Ländern, die bis 2050 in absoluten Zahlen weltweit den größten Bevölkerungsschwund zu erwarten haben, befinden sich

mit Russland und der Ukraine zwei Nachfolgestaaten der Sowjetunion – angeführt wird die Liste von Japan.<sup>17</sup>

Diese Länder fügen sich in das Bild einer demografisch gespaltenen Welt: Während die Bevölkerungen in einem Gürtel niedriger Fertilität, der auf dem Globus von Portugal im Westen über Russland bis nach Japan reicht, kaum noch wachsen, stagnieren oder schrumpfen, hat der Rest der Welt mit hohem Wachstum zu rechnen. Asien dürfte zwischen 2010 und 2050 rund 30 Prozent an Bevölkerung respektive 1,27 Milliarden Einwohner hinzugewinnen, die beiden Teile Amerikas 29 Prozent oder 271 Millionen Einwohner. Afrika steht sogar vor einer Verdopplung seiner Bewohner von heute einer auf dann zwei Milliarden. Allein die beiden kleinen afrikanischen Länder Uganda und Malawi kommen dann zusammengerechnet auf mehr Bürger als Russland.<sup>18</sup>

## Wachstum im Süden

**Alle zentralasiatischen Staaten sowie Aserbaidschan werden aufgrund ihrer hohen Fertilitätsraten und jungen Bevölkerungen bis 2050 wachsen – Tadschikistan gar um knapp 60 Prozent. Die reicheren, slawisch geprägten Republiken des Nordens dagegen werden ihre schon heute zu beobachtende Schrumpfung nicht stoppen können. In Russland können selbst deutliche Wanderungsüberschüsse und eine leicht steigende Fertilitätsrate den Trend nicht umkehren – auch weil die nicht geborenen Kinder der ersten zwei Jahrzehnte in Unabhängigkeit in Zukunft als potenzielle Eltern fehlen.**



Prognostizierte Bevölkerungsveränderung 2010 bis 2050 (2010 = 100 Prozent)  
(Datengrundlage: Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2008 Revision  
Population Database, New York)

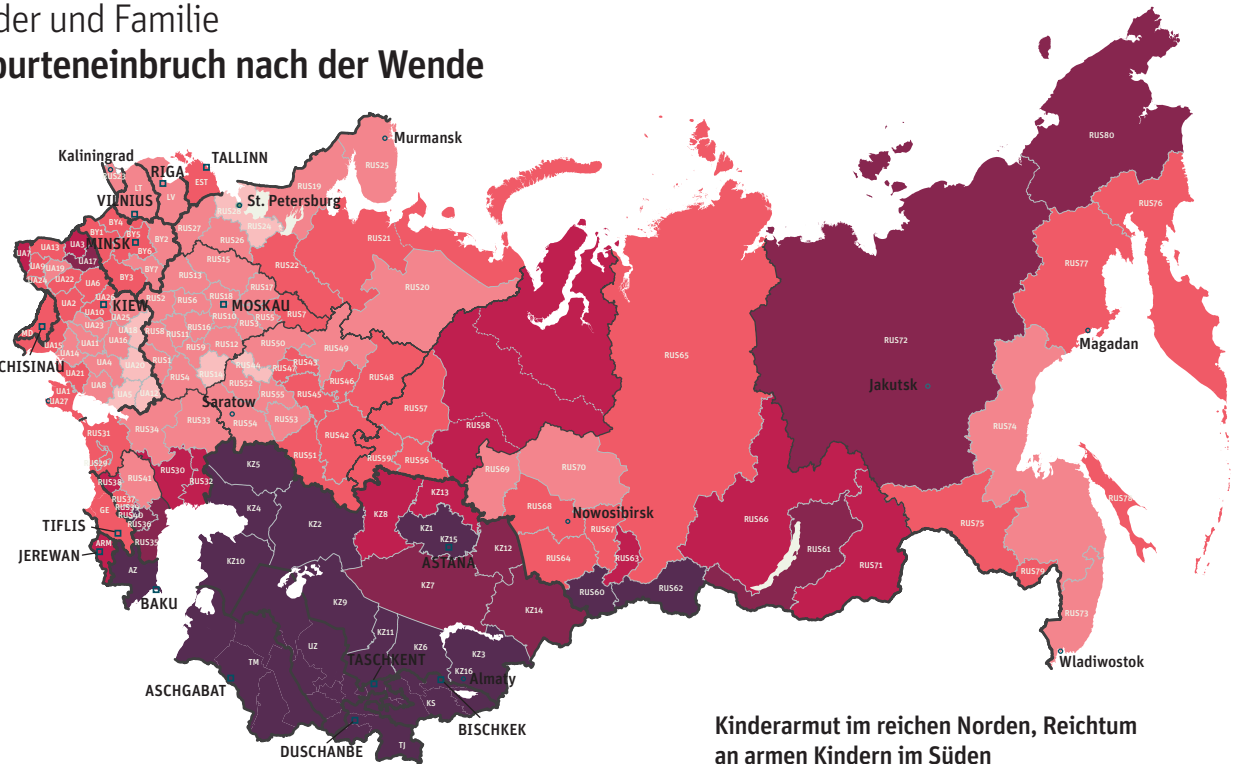
# 2

## Kinder und Familie Geburteneinbruch nach der Wende

Durchschnittliche Kinderzahl je Frau auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion 2009

- unter 1,3
- 1,3 bis unter 1,5
- 1,5 bis unter 1,7
- 1,7 bis unter 1,9
- 1,9 bis unter 2,1
- 2,1 und mehr

(Datengrundlage: siehe Seite 140)



### Kinderarmut im reichen Norden, Reichtum an armen Kindern im Süden

Am 12. Juni 2008 erblickten im russischen Gebiet Uljanowsk im Föderationskreis Wolga 87 Babys das Licht der Welt, knapp dreimal so viele wie an einem gewöhnlichen Tag.<sup>19</sup> Aber dies war kein gewöhnlicher Tag, sondern der russische Nationalfeiertag – und gleichzeitig der Termin für das Finale des jährlichen Wettbewerbs „Bringe einen Patrioten am Tag Russlands zur Welt“. Jedes Elternpaar, das an diesem Datum Nachwuchs in die Welt setzte, konnte sich über Geld- oder Sachpreise – etwa einen Kühlschrank oder eine Waschmaschine – freuen und nahm zusätzlich an der Verlosung eines Jeeps namens Patriot teil. Ausgerufen hatte die Aktion der Gouverneur der Region, Sergej Morosow, um seinen Teil zur Erhöhung der niedrigen russischen Kinderzahlen beizutragen. Den 12. September – exakt neun Monate vor dem Nationalfeiertag – erklärte er eigens dafür zum Feiertag für Familienkommunikation.

Schon 2006 bezeichnete Wladimir Putin in seiner Rede zur Lage der Nation die demografische Krise als drängendstes Problem des Landes.<sup>20</sup> Einige Zahlen lassen erahnen, warum: Kamen im Jahr 1990 in Russland noch etwa zwei Millionen Babys zur Welt, waren es zehn Jahre später lediglich 1,2 Millionen. Im gleichen Jahr starben 2,2 Millionen Menschen. Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau sank in den ersten acht Jahren nach dem Fall des Eisernen Vorhangs von 1,89 auf 1,16. Inzwischen sind die jährlichen Kinderzahlen wieder auf 1,8 Millionen gestiegen, und auch die Kinderzahl je Frau hat sich erholt, wie der Wert von 1,54 zeigt.<sup>21\*</sup> In Zukunft wird die Zahl der Geburten allerdings selbst bei leicht steigender Fertilität weiter sinken, da es durch die geburtenschwachen Jahrgänge der 1990er Jahre künftig immer weniger potenzielle Mütter geben wird. So umfasste die Gruppe der 20- bis 29-jährigen Frauen, die für einen Großteil der Geburten

Anders als in Europa sind auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion noch relativ große regionale Fertilitätsunterschiede zu beobachten. Während die durchschnittliche Kinderzahl je Frau im Norden meist zwischen 1,3 und 1,7 liegt, verzeichnen die zentralasiatischen Staaten Werte von mehr als zwei und teilweise sogar drei. Viele Unterschiede lassen sich durch den Entwicklungsstand der Regionen, die vorherrschenden Geschlechterbilder sowie die religiöse und ethnische Zusammensetzung der jeweiligen Bevölkerung erklären. Dennoch nähern sich die Regionen bei der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau seit Längerem einander an.

\* Die Gesamtfruchtbarkeitsrate wird hier vereinfacht als durchschnittliche Kinderzahl je Frau bezeichnet. Letztlich ist sie indes nur ein hypothetisches Maß, das anhand von Entwicklungen in einem Kalenderjahr Rückschlüsse auf das Fertilitätsverhalten von Frauenjahrgängen zieht. Ein besseres Maß ist die Kohortenfertilitätsrate, die die tatsächlich erreichte durchschnittliche Kinderzahl von Frauen beschreibt. Allerdings ist sie erst verfügbar, wenn die Frauen ihre Familienplanung beendet haben, also etwa 45 Jahre alt sind. Weitere Kennziffern wie etwa auf das Alter der Mütter oder den Abstand zwischen den Geburten angepasste Fruchtbarkeitsraten finden hier ebenfalls keine Beachtung, da sie nicht für alle betrachteten Regionen zur Verfügung stehen.

aufkommt, im Jahr 2008 noch 11,6 Millionen. Fünf- bis 14-jährige Mädchen gab es dagegen nur 6,5 Millionen.<sup>22</sup>

Auch andere Nachfolgestaaten der Sowjetunion kennen derlei Probleme: In Moldau halbierte sich die durchschnittliche Kinderzahl je Frau zwischen 1990 und 2002 von 2,39 auf 1,21.<sup>23</sup> Selbst die kinderreichen Gesellschaften Zentralasiens sowie des russischen Südens erlebten einen deutlichen Rückgang der Fertilitätsraten. Denn in den meisten dieser Länder ist der Übergang von der Großfamilie hin zur Zwei-Kind-Familie in vollem Gange.

### **Die Mütter werden älter, die Kinder werden weniger**

Auf dem Gebiet des heutigen Russlands sank die Kinderzahl je Frau schon Ende der 1960er Jahre erstmals geringfügig unter den Wert von zwei – vor allem, weil immer mehr einstige Landbewohner in die Städte zogen und dort in Industriebetrieben Arbeit fanden. Auf diesem Niveau verharrte die Fertilität mit kleineren Schwankungen bis 1991.<sup>24</sup> Seit 1992 übersteigt die Zahl der Sterbefälle jährlich die Zahl der Geburten, und immer häufiger bekommen junge Familien in Russland – wie auch in Belarus, der Ukraine, Moldau und den baltischen Staaten – lediglich ein Kind. Dem Wunsch der meisten Russen entspricht dies allerdings nicht: In Umfragen sagt die Mehrheit, sie hätte gerne zwei Kinder.<sup>25</sup>

Erklärungsansätze für den drastischen Geburtenrückgang während des Systemumbruchs gibt es viele. Vor allem in der Zeit unmittelbar nach dem Fall der Sowjetunion haben materielle Nöte und unsichere Zukunftsperspektiven Familiengründungen verhindert. Die Menschen mussten mit sinkenden Löhnen leben oder verloren ihre Arbeit ganz. Der Staat musste seine Sozial-

ausgaben drastisch kürzen, weil er infolge der Wirtschaftskrise ebenfalls mit leeren Kassen zu kämpfen hatte. Was an finanzieller Unterstützung für junge Familien übrig blieb, machten die bis zu vierstelligen Inflationsraten meist schnell zunichte. Selbst zehn Jahre nach dem Umsturz erhöhte sich die Armutswahrscheinlichkeit für eine russische Familie bei Geburt des zweiten Kindes noch um über 50 Prozent.<sup>26</sup>

Seit die größte Not der Nachwendezeit überstanden ist, zeigt sich die neu gewonnene persönliche Freiheit der Bürger auch in individuelleren Lebensentwürfen – zumindest in den reicheren Staaten des Nordens. Immer mehr Frauen strömen in die Universitäten und verschieben den Kinderwunsch ins höhere Alter. Das ermöglichen unter anderem die modernen Mittel zur Empfängnisverhütung, die heute für viele zugänglich sind, während sie zu Sowjetzeiten nur schwer erhältlich oder qualitativ minderwertig waren. Dennoch hinken die Nachfolgestaaten der Sowjetunion bei der Versorgung mit Mitteln zur Familienplanung im Vergleich zu westlichen Industrieländern noch immer hinterher.

In der Sowjetunion hatte der Mangel an Verhütungsmitteln zu einer wahren „Abtreibungskultur“ geführt: Es war üblich, dass die Frauen die gewünschte Anzahl Kinder in jungen Jahren bekamen, dann aber jede weitere ungewollte Schwangerschaft vorzeitig beendeten. Noch Anfang der 1990er Jahre entfielen in Russland auf jede Geburt mehr als zwei Schwangerschaftsabbrüche. Erst 2006 stieg die Überlebenschance für ein Ungeborenes auf über 50 Prozent. Trotz dieser Fortschritte verzeichnet Russland auch heute noch die europaweit höchste Abtreibungsrate.<sup>27</sup> Auch deswegen erwarten viele, dass der Kreml die Abtreibung im Zuge seiner geburtenfördernden Politik in naher Zukunft verbieten könnte. Wohin dies wiederum führen kann, haben bereits die Jahre 1936 bis 1954 gezeigt, als Josef Stalin ein Abtreibungsverbot durchsetzte: Anstatt des erhofften Geburtenbooms notierten die Statistiker eine erhöhte Müttersterblichkeit, da Schwangerschaftsabbrüche

keinesfalls abnahmen, sondern fortan illegal und unter medizinisch und hygienisch unzureichenden Bedingungen stattfanden.<sup>28</sup>

Vor allem die Fertilitätsraten der unter 25-Jährigen sind dramatisch gesunken: Während im Jahr 1990 noch fast jede sechste Frau zwischen 20 und 24 Jahren ein Kind zur Welt brachte, war es 2009 nicht einmal mehr jede Elfte.<sup>29</sup> Allerdings holen viele Frauen den aufgeschobenen Kinderwunsch im höheren Alter nach: Über 25-jährige Russinnen bekommen mittlerweile mehr Kinder als noch 1990.<sup>30</sup> Das Durchschnittsalter von Müttern bei der Geburt ihrer Kinder stieg von 25,3 auf 27,2 Jahre und liegt damit wieder auf dem Niveau der späten 1960er Jahre, bevor die sexuelle Revolution russische Frauen immer jünger Kinder kriegen ließ.<sup>31</sup> Dass sich Russland ebenso wie viele seiner Nachbarstaaten langsam westeuropäischen Familienmustern annähert, bestätigen weitere Veränderungen: Immer mehr Paare leben ohne Trauschein zusammen, immer mehr Kinder kommen außerhalb der Ehe zur Welt und immer mehr Kinder entspringen nicht der ersten festen Partnerschaft. Besonders rapide vollzieht sich dieser Wandel in den drei baltischen Staaten.

Allerdings lässt sich die Vergangenheit nicht über Nacht ablegen. So sind die Scheidungsraten von Russen, Ukrainern und Weißrussen nach wie vor die höchsten in ganz Europa.<sup>32</sup> Schon seit den 1970er Jahren dient die relativ unproblematische Möglichkeit, eine Ehe aufzulösen, als Sicherheitsventil für allzu frühe Eheschließungen.\* Jetzt verschiebt sich das durchschnittliche Heiratsalter zwar nach hinten, hat allerdings genau wie das durchschnittliche Alter von Frauen bei der Geburt ihrer Kinder das westliche Niveau noch nicht erreicht.

\* Eine spezielle „Junggesellensteuer“ machte es für junge Männer auch finanziell interessant, früh in den Bund der Ehe einzutreten.

All dies sind Überbleibsel des sowjetischen Verständnisses, wonach eine Frau erst mit der Geburt des ersten Kindes ins Erwachsenenleben eintritt. Wer nicht in jungen Jahren ein Kind bekam, riskierte, als „alte Jungfer“ abgestempelt zu werden und später möglicherweise aus gesundheitlichen Gründen gar keine Kinder mehr bekommen zu können. Dabei waren – und sind – Frauen einer enormen Doppelbelastung ausgesetzt. Denn die Mehrheit von ihnen ist berufstätig, kann aber bei der Betreuung und Erziehung des Nachwuchses nur selten darauf zählen, dass der Partner sie unterstützt.

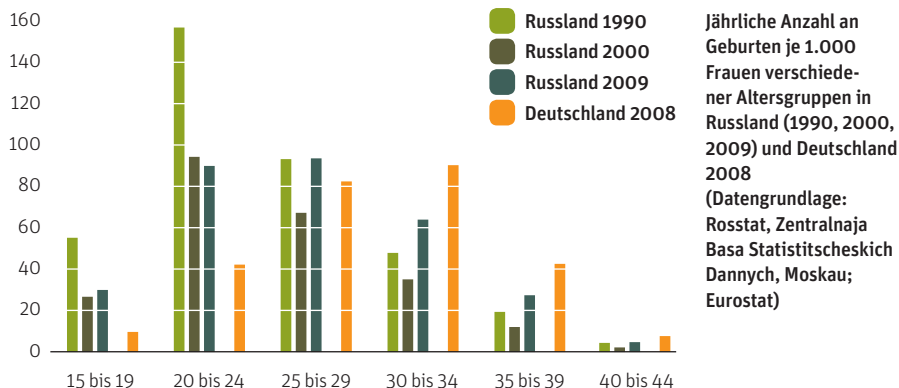
### Geld allein kriegt keine Kinder

Angesichts der hohen Frauenerwerbsquote hatte die Sowjetunion – wie alle sozialistischen Länder – für ein gut ausgebautes Netz an Kindergärten gesorgt. Doch nach der Wende schlossen viele dieser Einrichtungen aus Geldnot. Von ehemals 87.900 vorschulischen Einrichtungen sind lediglich 45.600 übrig geblieben.<sup>33</sup> Dass die Zahl der Plätze je Anwärter annähernd konstant geblieben ist, ist einzig dem starken Geburtenrückgang zuzuschreiben. Vor allem für alleinerziehende Mütter, von denen es in Russland durch die hohen Scheidungsraten sehr viele gibt, ist es durch die unzureichende Versorgung mit öffentlichen Betreuungseinrichtungen problematisch, Beruf und Familie zu vereinbaren.

Darüber hinaus kommen alleinerziehende Mütter oft auch in finanzielle Nöte: Viele Männer schaffen es, sich der Unterhaltspflicht zu entziehen. Für die Frauen ist dies umso schlimmer, als das staatliche Kindergeld keinesfalls als Existenzsicherung taugt: Selbst in den großzügigeren Regionen im Ural beträgt es monatlich nur etwa 300 Rubel, umgerechnet sieben Euro. Der Mutterschutz wiederum ist mit jeweils 70 Tagen vor und nach der Geburt des Kindes bei hundertprozentiger

### Mütter in Russland werden älter

Frauen in Russland bekommen im Vergleich zu 1990 nicht nur weniger Kinder, sie bekommen sie auch später. Der leichte Anstieg der Kinderzahlen seit der Jahrtausendwende lässt sich damit erklären, dass über 24-jährige Frauen mehr Kinder gebären als früher. Dass der Trend zur späteren Geburt weiter anhalten könnte, zeigt der Vergleich mit Deutschland, wo die meisten Kinder von Frauen zwischen 30 und 34 Jahren zur Welt gebracht werden.



Lohnfortzahlung auf den ersten Blick gesichert. Doch viele Arbeitgeber, die das Geld aus dem Sozialfonds beziehen und es an die Arbeitnehmer weiterreichen sollen, kommen ihren Verpflichtungen nicht nach.<sup>34</sup>

Mit seiner Reform der Familienpolitik im Jahr 2007 hat Wladimir Putin die finanzielle Unterstützung junger Familien deutlich ausgebaut. Er führte Zuschüsse zu Kindergartengebühren ein und erhöhte die Geburtenprämie ebenso wie das eineinhalb Jahre zahlbare Elterngeld. Letzteres beläuft sich auf 40 Prozent des Gehalts, aber nicht mehr als 14.000 Rubel monatlich; auch arbeitslose Frauen erhalten seitdem jeden Monat 2.000 Rubel für das erste Kind und 4.100 für jedes weitere. Außerdem schuf Putin das sogenannte Mutterschaftskapital, eine Einmalzahlung im Gegenwert von 10.000 US-Dollar für die Geburt oder Adoption des zweiten Kindes, die jedes Jahr der Inflationsrate angepasst wird.\* Das Geld wird zum dritten Geburtstag des Kindes ausbezahlt und kann entweder für dessen Bildung, die private Altersvorsorge

der Mutter oder den Kauf einer Wohnung verwendet werden. Letzteres ist die einzige Möglichkeit, kurzfristig von dem Geld zu profitieren – und zudem eine sehr wichtige: Denn die Wohnungsnot gilt als einer der Hauptgründe für den Mangel an Nachwuchs. Umgerechnet etwa 8.000 Euro dürften allerdings selten ausreichen, Familien einen Wohnungskauf zu ermöglichen.

Dennoch ist das Mutterschaftskapital einer der Gründe für den jüngsten Geburtenanstieg. Ob es die durchschnittliche Kinderzahl je Frau nachhaltig beeinflussen kann, lässt sich jedoch erst sagen, wenn die Mütter von heute in etwa 20 Jahren dem gebärfähigen Alter entwachsen sind, wenn also bekannt ist, wie viele Kinder sie schlussendlich bekommen haben. So ist es gut möglich, dass Frauen nur den Zeitpunkt des Kinderkriegens vorverlegt haben, um sich das Geldgeschenk nicht entgehen zu lassen. Solche „Mitnahmeeffekte“ sind auch aus anderen Ländern

\* Sofern das Mutterschaftskapital vorher noch nicht in Anspruch genommen wurde, wird es auch für die Geburt des dritten und jedes weiteren Kindes gezahlt.

bekannt, wenn der Staat Prämien für den Nachwuchs zahlt. Ähnliches war in Russland bereits in den 1980er Jahren zu beobachten, als Michail Gorbatschow unter anderem mit finanziellen Anreizen versuchte, Familiengründungen zu stimulieren.

Allein finanzielle Mittel können ohnehin nicht das Dilemma vieler Frauen lösen, die wegen der Arbeit auf Kinder verzichten müssen. Doch anstatt die Modernisierung der Gesellschaft voranzutreiben, fungiert Familienpolitik in Russland oder der Ukraine immer wieder als Wahrer von Traditionen. Im aktuellen russischen Demografiekonzept ist eine durchschnittliche Kinderzahl von 1,95 im Jahr 2025 als explizites Ziel ausgegeben. Außerdem sollen „traditionelle Familienwerte wiederbelebt werden“.<sup>35</sup> Die Erfahrungen an-

derer Industrienationen aber zeigen, dass die Kinderzahlen dort am höchsten sind, wo die Gleichstellung der Geschlechter am weitesten fortgeschritten ist und sich Beruf und Familie durch gut ausgebaute Betreuungseinrichtungen leicht verbinden lassen. Schritte in diese Richtung werden vor allem in den baltischen Staaten unternommen. Sie orientieren sich damit an ihren skandinavischen Nachbarländern, in denen diese Voraussetzungen gegeben sind und die Kinderzahlen je Frau bei etwa 1,9 liegen. Aber neben den Regierungen stehen auch die Arbeitgeber in der Pflicht: Flexible Arbeitszeiten und Teilzeitarbeit können die Vereinbarkeit von Beruf und Familie fördern. Beides ist in Russland bislang wenig ausgeprägt.

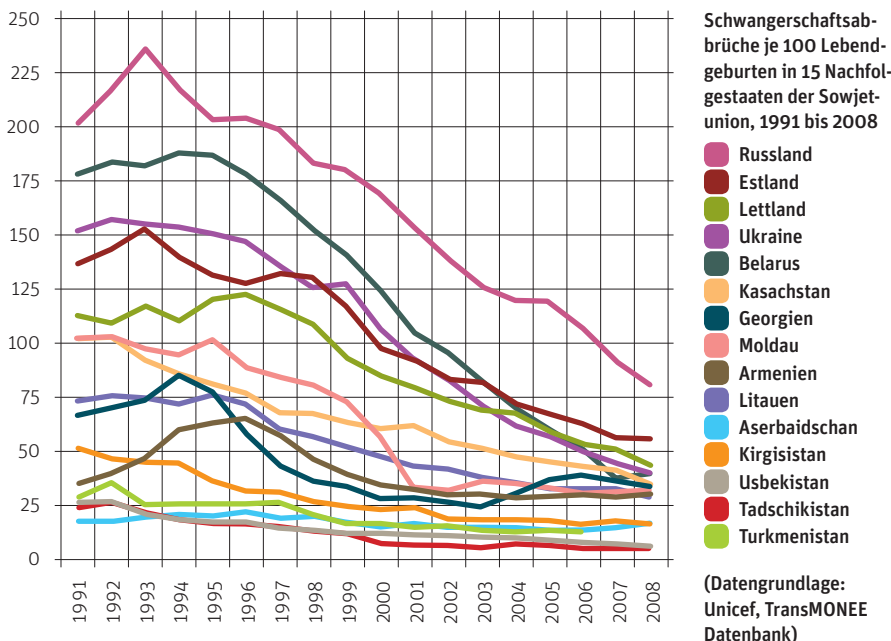
## Regionale Angleichung der Kinderzahlen

Unberührt von den gewaltigen Umwälzungen der 1990er Jahre nehmen die regionalen Unterschiede bei der durchschnittlichen Kinderzahl je Frau weiter ab – ein Phänomen, das seit etwa einem halben Jahrhundert zu beobachten ist. In den 20 Jahren seit dem Zerfall der Sowjetunion ist die Kinderzahl je Frau in den 39 russischen Regionen, in denen sie 1990 über dem Medianwert von 1,91 lag, im Schnitt um etwa 22 Prozent gefallen; in den 39 Regionen, die unter dem Medianwert lagen, lediglich um rund 20 Prozent.\* Das heißt, die Regionen werden sich in Sachen Familiengröße immer ähnlicher.

Inzwischen werden in Russland in nur noch drei Regionen genügend Kinder geboren, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten. Es sind die armen Bergrepubliken Tschetschenien, Altai und Tywa, wo die Bevölkerung weiterhin sehr traditionelle Lebensstile pflegt. Auch außerhalb Russlands finden sich hohe Kinderzahlen fast nur in wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten mit traditionellen Familien- und Sozialstrukturen, etwa in Tadschikistan, Kirgisistan oder Turkmenistan. Sehr niedrige Kinderzahlen gibt es im post-sowjetischen Raum dagegen hauptsächlich in Städten wie Moskau, St. Petersburg oder Kiew. Doch selbst der Stadt-Land-Unterschied verschimmt immer mehr. Bekamen Frauen in ländlichen Gebieten Russlands in den 1960er Jahren noch 60 bis 70 Prozent mehr Kinder als Städterinnen, betrug der Abstand in den 1980er Jahren nur noch 50 Prozent und ist seitdem auf 34 Prozent gefallen.<sup>36</sup>

## Verhütung ersetzt Abtreibung

Seit Mitte der 1990er Jahre hat die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion abgenommen. Besonders in den slawisch geprägten Staaten Russland, Belarus und der Ukraine, in denen die Raten zur Wendezeit am höchsten lagen, ist ein deutlicher Rückgang zu beobachten. Hier setzen sich moderne Verhütungsmittel mehr und mehr als Mittel zur Familienplanung durch. Dennoch werden in Russland noch immer jährlich mehr Schwangerschaften abgebrochen als in der gesamten EU, in der viermal so viele Menschen leben.



\* Da Inguschetien 1990 noch keine eigenständige Region war, wird es hier nicht berücksichtigt. Die Gesamtzahl der russischen Regionen sinkt dadurch auf 79.

# 3

## Migration Russlands demografische Reserve

Russland war 1763 vermutlich das erste Land der Welt, das ein eigenes Amt für Migrationsmanagement ins Leben rief.<sup>37</sup> Katharina die Große wollte Spezialisten verschiedenster Fachrichtungen ins Zarenreich lotsen, um das weite Land zu besiedeln, zu verteidigen und zu entwickeln. Vor allem Deutsche folgten damals dem Ruf: In der ersten landesweiten Volkszählung im Jahr 1897 gaben 1,8 Millionen Menschen als Muttersprache „Deutsch“ an.<sup>38</sup>

Knapp 250 Jahre später ist Russland wieder Zentrum einer riesigen Migrationsbewegung, gemessen an der Zahl der direkt Zugewanderten zweitwichtigstes Einwanderungsland der Welt und dringend auf weitere Zuwanderung angewiesen.<sup>39</sup> Nach Jahrzehnten streng limitierter Migration während des Kalten Krieges tut es sich aber schwer, diese in die richtigen Bahnen zu lenken. Zuwanderer leben häufig am Rande der Legalität zwischen Schattenwirtschaft und Kriminalität und erfahren immer wieder Diskriminierungen.

Seit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 hat Russland etwa fünf Millionen Menschen durch Wanderungen hinzugewonnen – fast ebenso viele, wie das Land während der rund 70-jährigen Sowjetperiode verloren hatte.<sup>40</sup> Ethnische Russen, die in ihre alte Heimat zurückgekehrt sind, stellen den größten Teil der Zuwanderer. Aus wirtschaftlicher Not, wegen Fremdenfeindlichkeit und regionalen Konflikten flohen bereits in den ersten Jahren der Unabhängigkeit etwa drei Millionen Russen aus anderen ehemaligen Sowjetrepubliken,

wo sie quasi über Nacht zu Ausländern geworden waren.<sup>41</sup> Dem Zustrom nach Russland standen vergleichsweise wenige Auswanderer gegenüber. Nur jene, die wie Deutsche, Griechen oder Juden historische Heimatländer außerhalb der ehemaligen Sowjetunion hatten, verließen das Land in größeren Mengen. Die Auswanderung von Russen in die neuen Nachbarstaaten dagegen nahm drastisch ab, weil Russen dort nicht mehr als Arbeitskräfte gebraucht wurden.<sup>42</sup>

Seit Mitte der 1990er Jahre sind wirtschaftliche Motive bei der Zuwanderung immer wichtiger geworden. Nach Schätzungen halten sich in den Sommermonaten bis zu sieben Millionen Arbeitsmigranten in Russland auf – die meisten von ihnen stammen aus dem Südkaukasus, Zentralasien, Moldau und der Ukraine. Viele von ihnen verfügen weder über eine Aufenthalts- noch eine Arbeitsgenehmigung.<sup>43</sup> Sie kommen, weil sie in ihrer Heimat – gerade in den zentralasiatischen Staaten mit ihren jungen, schnell wachsenden Bevölkerungen – nicht genug Geld verdienen können, um ihre Familien zu ernähren. Demgegenüber führen in Russland Wirtschaftsentwicklung und demografischer Wandel zunehmend zu einem Mangel an Arbeitskräften. Zudem liegen die Löhne hier um ein Vielfaches höher als in den Herkunftsländern.

Ohne Zuwanderung wäre die Bevölkerungszahl Russlands seit Ende des Kalten Krieges nicht um sechseinhalb, sondern um elfeinhalb Millionen Menschen zurückgegangen.<sup>44</sup> Den Preis für die russischen Wanderungsgewinne zahlen die anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Mit Ausnahme von Belarus verzeichnen sie seit Anfang der 1990er Jahre

allesamt mehr Abwanderer als Zuwanderer.\* Zwar hat sich Kasachstan aufgrund seiner starken Rohstoffindustrie jüngst zum Zuwanderungsland entwickelt, in den ersten 15 Jahren seiner Unabhängigkeit hat der zentralasiatische Staat aber rund zwei seiner ehemals 16 Millionen Einwohner verloren. Zu den Abwanderern zählen auch viele Deutschstämmige, die als Spätaussiedler in ihre historische Heimat zurückgekehrt sind.<sup>45</sup> Georgien, Moldau und Aserbaidschan haben auf die Bevölkerungszahl gerechnet sogar noch drastischere Einbußen erlebt. Auch Tadschikistan und Kirgisistan gehören durch die Arbeitsmigration zu den Hauptwanderungsverlierern. Ähnlich wie in den Ländern des Südkaukasus dürften die tatsächlichen Abwanderungszahlen hier sogar deutlich über jenen der offiziellen Statistik liegen.<sup>46</sup>

### Politischer Zickzackkurs

Zu Sowjetzeiten förderte die Politik aktiv den Bevölkerungsaustausch zwischen den verschiedenen Teilrepubliken des Landes. Dies geschah anfangs im Wesentlichen durch Umsiedlungen und sogar Deportationen, später über wirtschaftliche Anreize wie Lohnzulagen. In den 1930er Jahren siedelte der Staat Millionen russische Arbeiter um, um die Industrialisierung und Verstärkung des Landes voranzutreiben. Gerade die Häftlinge des Gulag mussten unter härtesten Bedingungen im asiatischen Landesteil arbeiten. An ihrer Seite schufteten von Beginn des Zweiten Weltkriegs an immer häufiger Angehörige verschiedener Völker, die Stalin als nicht

\* Belarus verzeichnet nach offiziellen Angaben leichte Wanderungsgewinne, jedoch ist die Glaubwürdigkeit der Daten unter Experten umstritten.

## Alle Wege führen nach Russland

Als Ziel für Arbeitsmigranten ist Russland beinahe im gesamten post-sowjetischen Raum äußerst beliebt. Zahlenmäßig am stärksten ist die Zuwanderung aus der Ukraine, Usbekistan, Kasachstan sowie Armenien. Einzig aus den baltischen Staaten ist der Zustrom praktisch zum Erliegen gekommen. Esten, Letten und Litauer suchen seit dem EU-Beitritt 2004 vermehrt in Westeuropa nach Beschäftigung. Neben Russland ist in den letzten Jahren auch Kasachstan ein beliebtes Ziel für Arbeitsmigranten aus den benachbarten zentralasiatischen Staaten geworden. Auf die Bevölkerung gerechnet verzeichnet die kasachische Hauptstadt Astana die höchsten Wanderungsüberschüsse auf dem gesamten Gebiet der ehemaligen Sowjetunion.

vertrauenswürdig ansah und massenhaft nach Sibirien und Zentralasien deportierte.\* Auch Soldaten wurden stets in großer Zahl in entlegene Gegenden des Landes entsandt.

Um die Wanderungsströme besser kontrollieren zu können, hatte der Kreml schon in den 1930er Jahren die Propiska eingeführt, einen Stempel im Pass, der jedem Bürger einen Wohnort zuordnete. Gerade der Zugang zu großen Städten war so streng reglementiert.

Die Teilrepubliken der Union wurden durch diese Politik ethnisch immer bunter. Im Jahr 1970 stellten Russen etwa in Kasachstan mit einem Bevölkerungsanteil von um die 43 Prozent die zahlenmäßig größte Gruppe.<sup>47</sup>

\* Zu den von Stalin Deportierten zählten unter anderem Tschetschenen, Inguschen, Wolgadeutsche, Finnen, Letten, Litauer und Esten, sowie Balkaren, Griechen, Türken, Armenier, Rumänen, Krimtataren, Karatschaier und Kalmücken.



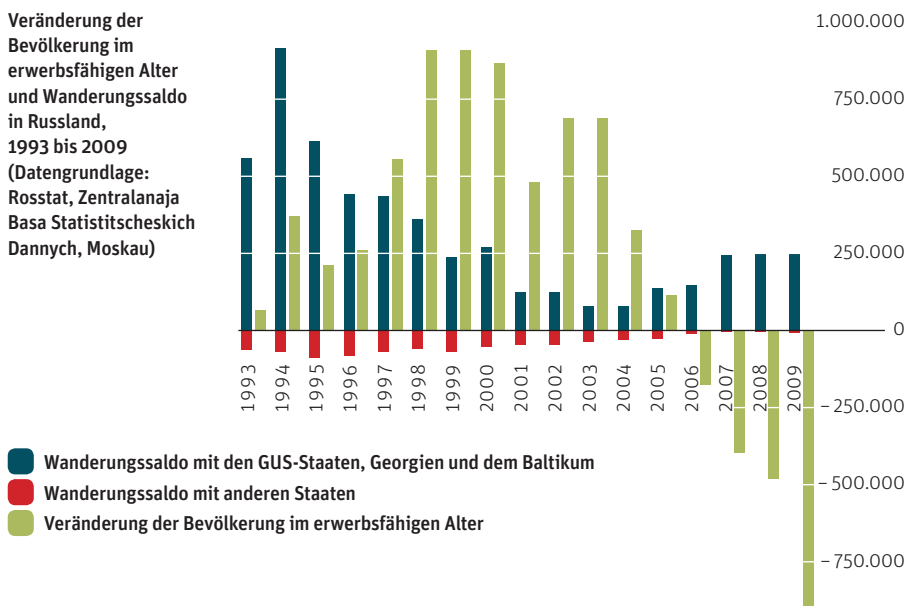
Erst in den letzten zwei Jahrzehnten der Sowjetunion kehrten Russen und andere in Russland ansässige Ethnien wie etwa Tataren wieder vermehrt in ihre alte Heimat zurück. Dieser Trend beschleunigte sich mit dem Systemumbruch und den aufflammenden ethnischen Konflikten dramatisch. Von einer verbindenden sowjetischen Identität, welche die Planer mit den Bevölkerungsverschiebungen hatten erreichen wollen, war unter den hunderten verschiedenen Volksstämmen wenig zu spüren.

Ausgewählte Wanderungsströme zwischen Russland und Kasachstan sowie den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, 2009  
(Datengrundlage: Rosstat, Demografitscheski Jeschegodnik Rossii – 2010 g., Moskau)

## Zuwanderung lindert Arbeitskräftemangel – beheben kann sie ihn nicht

Auf dem Höhepunkt der Zuwanderung aus ethnischen Gründen verzeichnete Russland 1994 einen Wanderungsüberschuss von 845.000 Menschen. Danach ließen die Wanderungen deutlich nach. Erst 2007 führte eine liberalere Gesetzgebung zu einer Verdopplung des offiziellen Migrationsüberschusses auf knapp 250.000 Menschen. Dieser gründet einzig und allein auf Zuwanderung aus GUS-Staaten, Georgien sowie dem Baltikum. Mit anderen Ländern tauscht Russland kaum Bevölkerung aus. Lange Zeit konnte Zuwanderung helfen, das Arbeitskräfteangebot wachsen zu lassen. Seitdem die geburtenschwachen Jahrgänge der 1990er Jahre aber ins erwerbsfähige Alter kommen, sinkt die Zahl der Arbeitskräfte drastisch – allein 2009 um über 900.000 Menschen. Selbst wenn alle (regulären) Zuwanderer im arbeitsfähigen Alter wären – tatsächlich sind dies etwa 80 Prozent –, könnten sie das Defizit, das künftig stark anwachsen wird, nur zu knapp einem Drittel ausgleichen.

Veränderung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und Wanderungssaldo in Russland, 1993 bis 2009  
(Datengrundlage: Rosstat, Zentralanaja Basa Statistitscheskich Dannych, Moskau)



Die russische Politik unterstützte die Zuwanderung der frühen 1990er Jahre zunächst mit einer weitgehenden Öffnung der Grenzen. Auf das Ausmaß des Ansturms war sie aber nicht vorbereitet und konnte so auf Veränderungen nur reagieren, anstatt sie aktiv mitzugestalten. Für viele Migranten hatte das schwerwiegende Folgen: Sie konnten Rentenansprüche und Bildungszertifikate aus anderen Republiken häufig nicht geltend machen.

Die ethnisch bedingte Migration der unmittelbaren Nachwendezeit erreichte im Jahr 1994 mit offiziell 1,2 Millionen Zuwanderern in Russland ihren Höhepunkt.<sup>48</sup> Danach gewann die Arbeitsmigration immer mehr an Bedeutung und stellte Russland vor neue Herausforderungen. Der Mangel an klaren Regeln auf dem Arbeitsmarkt drängte viele der Neuankömmlinge aus dem Südkaukasus oder Zentralasien in die Illegalität. Menschen- und Drogenhandel, Korruption und Ausbeutung florierten in diesem Klima. Afghanen, Chinesen, Inder und Angehörige verschiedener afrikanischer Staaten nutzen Russland zudem seit dieser Zeit als Transitland, um in die EU zu gelangen.

Die Politik begegnete den Wanderungsströmen mit restriktiven Maßnahmen. Unter anderem musste sich von 2002 an jeder Zuwanderer innerhalb von drei Tagen am Ankunftsort registrieren lassen – und dabei schon eine offizielle Bleibe vorweisen können, was angesichts des notorischen Wohnraummangels vielerorts unmöglich war. Anstatt die Zuwanderung in geordnete Bahnen zu lenken, hatten die neuen Gesetze zur Folge, dass sich immer mehr Migranten illegal im Land aufhielten und keine reguläre Beschäftigung aufnehmen konnten.

2007 veränderte die russische Regierung abermals ihre Migrationspolitik. Vor allem Bürger der Gus-Staaten, die mit etwa 95 Prozent die überwältigende Mehrheit aller Zuwanderer stellen, profitieren von den neuen, liberaleren Gesetzen.<sup>49</sup> Sie selbst (und nicht wie zuvor der Arbeitgeber) erhalten nun eine Arbeitserlaubnis und können sich mit dieser in der ausgebenden Region auf Jobs bewerben. Wie viele Arbeitsgenehmigungen jährlich für Zuwanderer zur Verfügung stehen und welche Regionen welchen Anteil an den Arbeitskräften erhalten sollen, wird je nach wirtschaftlicher Lage festgelegt. Im Jahr 2011 sollen etwa 1,7 Millionen Dokumente verteilt werden – 200.000 weniger als 2010 und deutlich weniger als vor der Wirtschaftskrise 2009.<sup>50</sup> Ausgenommen von den Kontingenten sind verschiedene Spezialisten. Sie ins Land zu locken gestaltet sich jedoch nach wie vor schwierig. Umgekehrt zieht es hochqualifizierte Russen noch immer häufig in den Westen – nach Europa oder in die USA.

Die neuen Regeln und der vereinfachte Erhalt einer Aufenthaltserlaubnis für Saisonarbeiter haben die Lage der Zuwanderer deutlich verbessert. So ist der Anteil nicht registrierter



Zuwanderer von knapp 50 auf 15 bis 25 Prozent zurückgegangen.<sup>51</sup> Weniger erfolgreich ist die Reform in ihrem Anliegen gewesen, Migranten aus informellen Beschäftigungsverhältnissen auf den regulären Arbeitsmarkt zu holen. Zwar erhielten 2007 drei Viertel aller Arbeitsmigranten eine Arbeitserlaubnis, diese garantiert jedoch nicht immer eine tatsächliche Beschäftigung. Bestehende irreguläre Arbeitsverhältnisse werden zudem nur selten nachträglich formalisiert. So bleibt die Mehrheit der Migranten trotz legaler, visumsfreier Einreise und registriertem Aufenthalt in der Schattenwirtschaft tätig.<sup>52\*</sup>

## Herkulesaufgabe Integration

Viele Russen glauben, dass die steigende Zahl von Zuwanderern die eigenen Aussichten auf Beschäftigung schmälert. In Befragungen gibt regelmäßig eine Mehrheit der Bevölkerung an, sie betrachte die wachsende Zuwanderung eher mit Sorge denn mit Zuversicht.<sup>53</sup> Dabei geht es um mehr als wirtschaftliche Ängste. Politik und Medien haben lange Zeit gegen muslimische Zuwanderer aus dem Kaukasus und Zentralasien sowie gegen chinesische Einwanderer im Fernen Osten Ressentiments gesät. Nationalistische russische Gruppierungen reagieren darauf mit Gewalt: Seit Jahren schon fordern rassistische Übergriffe dutzende Tote und hunderte Verletzte – vor allem in Moskau.

Um diesen Missstand zu beheben, muss es Russland gelingen, mehr Zuwanderer auf dem regulären Arbeitsmarkt unterzubringen. Denn je mehr Migranten am Rande der Legalität leben müssen, desto mehr Einheimische glauben, jeder Tschetschene sei ein potenzieller Terrorist und jeder Arbeitsmigrant nehme einem Russen den Job weg. Tatsächlich arbeiten die meist gering qualifizierten

Zuwanderer oft zu Löhnen, für die sich kein Russe verdingen würde. Vor allem auf dem Bau und im Einzelhandel ist ihr Anteil extrem hoch. Neuerdings kommen auch immer mehr Frauen zum Arbeiten nach Russland. Sie suchen meist Beschäftigung im Dienstleistungssektor, etwa in der Altenpflege. Viele enden allerdings auch als Prostituierte.

Allein aus Russland haben Arbeitsmigranten im Jahr 2008 rund 26 Milliarden US-Dollar an die Familien in der Heimat geschickt.<sup>54</sup> Monatlich überweist jeder von ihnen im Schnitt etwa 100 US-Dollar.<sup>55</sup> Damit ist die Arbeitsmigration für Länder wie Tadschikistan, Kirgisistan oder Moldau nicht nur ein demografisches Ventil, sondern auch ein wichtiger Faktor bei der Armutsbekämpfung – weit wichtiger als internationale Entwicklungshilfe. Inwiefern sie die Wirtschaftskraft der Quellländer langfristig zu beeinflussen vermag, ist dagegen umstritten. Denn der überwiegende Teil der Geldsendungen fließt in den privaten Konsum, nicht in Investitionen. Zudem erhöht sich die Abhängigkeit dieser Länder von der Konjunktur in Russland: Als die Wirtschaftskrise 2009 dort zu steigender Arbeitslosigkeit führte, gingen auch die Rücküberweisungen um knapp 30 Prozent zurück.<sup>56</sup> Dennoch wird die Arbeitsmigration wegen des enormen Wohlstandsgefälles auf absehbare Zeit anhalten. Die Frage „Zuwanderung: Ja oder Nein?“ stellt sich für Russland also nur bedingt.

Tatsächlich wird Zuwanderung auch unter demografischen Gesichtspunkten von Jahr zu Jahr wichtiger. Denn die Zahl der Personen im arbeitsfähigen Alter sinkt seit 2007, und dieser Trend wird sich künftig deutlich verschärfen. Bis 2020 wird die arbeitsfähige Bevölkerung selbst bei einer Nettozuwanderung von etwa 300.000 Menschen um jährlich rund eine Million Menschen schrumpfen.<sup>57</sup> Diese Lücke komplett schließen zu können, scheint ausgeschlossen: 2009 lag der Wanderungsgewinn bei lediglich knapp 250.000 Menschen.<sup>58</sup> Bereits im Jahr 2006 lancierte

die russische Regierung ein Programm zur freiwilligen Rückkehr von Landsleuten aus anderen Gus-Staaten. Es ist jedoch bislang relativ erfolglos geblieben – vor allem deshalb, weil die meisten wanderungswilligen Auslandsrussen bereits in den 1990er Jahren ihren Wohnort gewechselt haben.

## Binnenmigration – wenige Ziele für wenige Menschen

Während sich internationale Zuwanderer wegen der regional erteilten Arbeitsgenehmigungen einigermaßen gleichmäßig in Russland verteilen, gibt es für Binnenmigranten nur wenige Ziele. So verzeichneten 2009 zwar 45 der 80 russischen Regionen einen Wanderungsüberschuss, in 29 von ihnen fußte dieser allerdings ausschließlich auf internationaler Zuwanderung. Unter den 16 Regionen, die 2009 Wanderungsgewinne aus anderen Regionen Russlands erzielen konnten, fanden sich hauptsächlich wirtschaftsstarke Gebiete rund um Großstädte wie Moskau, St. Petersburg, Nowosibirsk oder Jekaterinburg. Auch die südrussischen Provinzen Krasnodar und Stawropol gehören seit jeher zu beliebten Wanderungszielen. Zu den Hauptgewinnern seit 1991 zählen zudem die Gebiete Samara und Nischni Nowgorod im Föderationskreis Wolga, die allerdings 2009 in Folge der Wirtschaftskrise erstmals seit Langem Einwohner an andere Regionen verloren.<sup>59</sup>

\* Personen aus Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Moldau, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan und der Ukraine benötigen für die Einreise nach Russland kein Visum.

Das einzige bedeutende innerrussische Wanderungsziel bleibt ohnehin Moskau. Von den insgesamt 162.000 Menschen, die 2009 innerhalb Russlands in eine andere Region umzogen, wechselten 91.000 oder knapp 57 Prozent in das Hauptstadtgebiet. St. Petersburg und sein Umland folgen mit weitem Abstand und knapp 20 Prozent der Migranten auf Rang 2. Am stärksten gelitten haben unter dem Systemumbruch der Ferne Osten und der europäische Norden des Landes. Vor der Wende ließen sich noch viele Sowjetbürger durch staatliche Lohnzuschüsse und zusätzliche Sozialleistungen in die entlegenen Gebiete des Landes locken. Dabei unterstützte das System der „Raspredelenije“, unter dem bestimmten Regionen für drei oder vier Jahre Universitätsabsolventen als Arbeitskräfte zugeteilt wurden, die Besiedlung unwirtlicher Land-

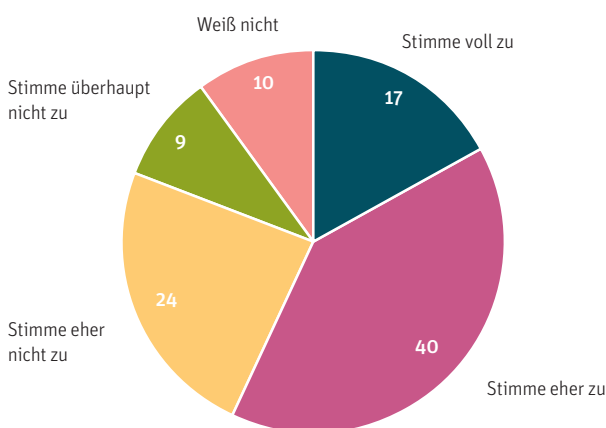
striche zusätzlich. Nach Ablauf ihres Vertrages kehrten viele von ihnen wieder in die alte Heimat zurück und neue Absolventen lösten sie ab. In den 1990er Jahren wurde aus diesem stetigen Austausch eine Einbahnstraße: Die Menschen strömten aus dem Nordosten des Landes gen Westen und Süden, ohne dass Nachschub in Sicht gewesen wäre. Aus dem Autonomen Kreis der Tschuktschen sind seit 1991 etwa 100.000 der ehemals 150.000 Bewohner abgewandert. Im Gebiet Magadan ist die Lage mit 170.000 Abwanderern bei einer ursprünglichen Bevölkerung von 370.000 kaum besser.<sup>60</sup> Besonders schwer getroffen sind ländliche Gegenden, in denen ganze Dörfer von der Landkarte verschwinden.

Im Vergleich zu Sowjetzeiten hat sich die Mobilität der russischen Bevölkerung mehr als halbiert. Im Jahr 2009 wechselten nur 1,7 Millionen Menschen innerhalb Russlands ihren Wohnort. Dies waren drei Millionen weniger als noch 1989.<sup>61</sup> Dabei könnte Binnenmigration helfen, regionale Ungleichheiten zu bekämpfen, indem Menschen aus Gegenden mit struktureller Arbeitslosigkeit in Gebiete mit Arbeitskräftemangel ziehen. Doch bevor dies der Fall ist, müssen verschiedenen Barrieren abgebaut werden. So herrscht in vielen Großstädten, wo Arbeitskräfte gebraucht werden, weiterhin ein akuter Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Viele Menschen pendeln deshalb im Wochen- oder Monatsrhythmus zwischen Arbeitsort und Heimat. Auch die weiterhin komplizierte Registrierung steht höheren Wanderungszahlen im Weg, ebenso wie der Mangel an Arbeitsagenturen, die auch überregional zwischen Arbeitgebern und Arbeitssuchenden vermitteln könnten.

## Xenophobie in der Mitte der Gesellschaft

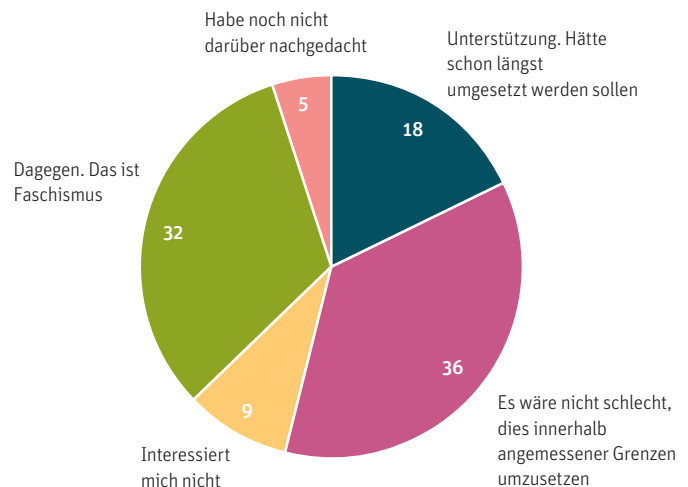
**Auch wenn Russland dringend auf Zuwanderer aus anderen Ländern angewiesen ist, herrscht unter der Bevölkerung eine eher ausländerfeindliche Stimmung. Migranten werden von vielen nicht als Bereicherung oder Notwendigkeit, sondern als Bedrohung empfunden.**

Wie stehen Sie zu der Aussage, dass man Ausländern in Russland zeigen sollte, dass es nicht erwünscht ist, wenn zu viele von ihnen kommen?



(Datengrundlage: Lewada-Zentrum, Landesweite Umfrage, 20. bis 23. Juni 2008, 1.601 Befragte)

Wie stehen Sie zu der Aussage „Russland den Russen!“?



(Datengrundlage: Lewada-Zentrum, Landesweite Umfrage, 20. bis 23. November 2009, 1.600 Befragte)

# 4

## Gesundheit Alkoholkonsum als Konjunkturbarometer

Westeuropäer schätzen Michail Gorbatschow für die Öffnung der Sowjetunion gegenüber dem Rest der Welt. Russen hegen für ihn weniger Sympathien. Negativ in Erinnerung geblieben ist ihnen unter anderem sein Kampf gegen den Alkohol. Von 1985 an mussten sie für alkoholische Getränke deutlich mehr zahlen, und auch die Bezugsmöglichkeiten waren eingeschränkt.\* Die Regierung erreichte damit ihr Ziel, den Alkoholabsatz zu verringern: Innerhalb von zweieinhalb Jahren ging er um über 60 Prozent zurück.<sup>62</sup> Vor allem aber begann die durchschnittliche Lebenserwartung wieder zu steigen, die anders als in den westlichen Industriestaaten seit Anfang der 1970er Jahre kontinuierlich gesunken war. 1988 stellten die Machthaber ihre unpopuläre Anti-Alkohol-Kampagne dennoch wieder ein – unter anderem weil die Produktion von selbstgebranntem Wodka, sogenanntem Samogon, ungeahnte Ausmaße angenommen hatte. Rückblickend sehen viele Russen in dem Experiment den Anfang vom Ende der Sowjetunion und den Grund für das riesige Haushaltsloch, das die ersten marktwirtschaftlichen Reformen enorm behinderte.

Nach Ende der Kampagne gingen die Gewinne bei der Lebenserwartung schnell wieder verloren. 1994 erreichten die Russen im Mittel nur noch ein Alter von 63,9 Jahren und damit mehr als sechs Jahre weniger als 1987. Männer wurden sogar nur 57,4 Jahre alt – sie konnten damit im Durchschnitt nicht einmal den offiziellen Renteneintritt von 60 Jahren

erleben. Zwischen 1994 und 1998 folgte ein kurzer Aufwärtstrend, der sich im Zuge der Rubelkrise allerdings wieder umkehrte. Inzwischen hat sich der wichtigste Gesundheitsindikator auf 67,9 Jahre erholt und nach 40 Jahren wieder in etwa das Niveau von 1960 erreicht.<sup>63</sup> Damit endet ein Durchschnittsleben in Russland rund sechs Jahre früher als in China und knapp 13 Jahre früher als in Deutschland.<sup>64</sup>

Verantwortlich für den enormen Unterschied sind vor allem Todesfälle von Männern im arbeitsfähigen Alter. Im Jahr 2008 starben von 1.000 Männern zwischen 15 und 59 Jahren im Schnitt 10,7 – das sind drei- bis fünfmal so viele wie in Ländern mit vergleichbarem wirtschaftlichen Entwicklungsstand.<sup>65</sup> Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation gehen Russland durch vorzeitige Tode – also solche vor dem 65. Lebensjahr – bei Männern 16 und bei Frauen sieben Jahre an Lebenserwartung verloren.<sup>66</sup> Insgesamt leben Frauen in Russland im Schnitt fast 13 Jahre länger als Männer – einen größeren Unterschied zwischen den Geschlechtern gibt es in keinem Land der Erde. Einzig die Nachbarn Ukraine, Belarus, Kasachstan und die drei baltischen Staaten kommen auf ähnliche Missverhältnisse.<sup>67</sup>

Woran aber sterben so viele russische Männer in vergleichsweise jungen Jahren? Ganz vorne liegen Herz-Kreislauf-Erkrankungen, gefolgt von Todesfällen durch „äußere Einflüsse“. Letztere, zu denen insbesondere Morde, Selbstmorde und Unfälle zählen, kommen in Russland auf die Bevölkerungszahl gerechnet mehr als viermal häufiger vor als in der EU.<sup>68</sup> Von den Morden lassen

sich 72 Prozent auf Alkoholmissbrauch zurückführen, von den Selbstmorden 42 Prozent.<sup>69</sup> Herz-Kreislauf-Erkrankungen wurden dagegen lange Zeit nicht mit übermäßigem Alkoholkonsum in Verbindung gebracht. Inzwischen ist aber erwiesen, dass bestimmte Trinkgewohnheiten das Risiko tödlicher Herzkrankheiten erhöhen. Dies ist gerade für Russland von Bedeutung, wo Alkohol weniger als Genussmittel zum Essen konsumiert wird, wie etwa in Frankreich oder Italien, sondern überwiegend in hochprozentiger Form mit dem Ziel der Betäubung.<sup>70</sup> Vor allem wenig Gebildete und Arbeitslose versuchen, der Armut und Perspektivlosigkeit durch den Griff zur Flasche zu entfliehen. Heute trinken über 14-jährige Russen jährlich zwischen 15 und 18 Liter reinen Alkohol, was etwa 75 bis 90 Halbliterflaschen Wodka entspricht.<sup>71</sup>

Umfangreiche Studien haben ergeben, dass in typischen russischen Industriestädten zwischen 31 und 52 Prozent aller Todesfälle von männlichen Erwachsenen im Zusammenhang mit Alkohol stehen. Eine besondere Gefahr geht von Frostschutzmitteln, Parfüms und ähnlichen alkoholhaltigen Substanzen aus, die vor allem auf dem Land häufig als billiger Wodkaersatz erhalten müssen.<sup>72</sup>

\* Zu den drastischeren Maßnahmen, die auch heute noch scharf kritisiert werden, zählte unter anderem die Vernichtung von Weinbergen in Südrussland, Moldau und auf der Krim.

**Lebenserwartung bei der Geburt  
auf dem Gebiet der ehemaligen  
Sowjetunion 2009**

- unter 65
- 65 bis unter 67
- 67 bis unter 69
- 69 bis unter 71
- 71 bis unter 73
- 73 und mehr

(Datengrundlage: Nationale statistische Ämter; Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2008 Revision Database, New York)



**Wo das Leben zu früh endet**

Im Vergleich zu den Nachbarstaaten liegt die Lebenserwartung in Russland eher niedrig. In manchen Krisenregionen Sibiriens und Nordwestrusslands verharret sie noch immer bei knapp über 60 Jahren. Überall sterben Männer deutlich früher als Frauen. Ein vergleichsweise langes Leben können dagegen die Bewohner der baltischen Staaten erwarten. Auch der Kaukasus verzeichnet offiziell eine hohe Lebenserwartung, allerdings erscheinen die Daten aus der Region manchen Wissenschaftlern als übertrieben.

Um die zentrale Rolle des Alkohols in der russischen Gesellschaft zu verstehen, muss man lange zurückblicken. Schon im Mittelalter führte die Kombination aus Getreideanbau und langen, kalten Wintern zu einer ausgeprägten Trinkkultur. Später förderten die Zaren den Konsum und finanzierten bis zu ein Drittel ihres Staatshaushalts über das Alkoholmonopol. Zwar versuchte Lenin im Zuge seiner „Neuen Ökonomischen Politik“ Anfang der 1920er Jahre, den Alkoholkonsum einzuschränken, doch schon 1926 hob Stalin alle Restriktionen auf, um Geld für die Industrialisierung des Landes zu beschaffen. Dennoch tat sich die Lücke zwischen der Lebenserwartung der Bevölkerung des heutigen Russlands und der westlicher Nationen erst in den späten 1960er Jahren auf. Denn bis dahin gingen in Ost und West die großen Zuwächse an Lebensdauer vor allem auf die erfolgreiche Bekämpfung von Infektionskrankheiten zurück. Danach verbesserte sich die Gesundheitslage im Westen, weil sich chronische

Leiden wie Diabetes und Magengeschwüre sowie Kreislauf- und Krebserkrankungen immer besser behandeln ließen. Zudem wirkten sich Prävention, Vorsorgeuntersuchungen, Umweltschutz, weniger verschleißende Arbeit und nicht zuletzt gesündere Lebensstile positiv auf die Lebenserwartung aus. Für derlei Selbstverantwortung der Bürger war in dem paternalistischen System der Sowjetunion kaum Platz. Symptomatisch für die anhaltend riskante Lebensführung ist neben dem Alkohol- auch der Tabakkonsum, der in Westeuropa seit Jahren rückläufig ist, in Russland aber ansteigt. Mehr als ein Drittel aller Russen über 14 Jahre und fast zwei Drittel der Männer dieses Alters greifen täglich zur Zigarette – mehr als in jedem anderen europäischen Land.<sup>73</sup>

Doch nicht überall im post-sowjetischen Raum sind Alkohol und Tabak gleichermaßen populär. In den südlichen, oftmals muslimisch geprägten Regionen Russlands sowie in Zentralasien und dem Südkaukasus trinken die Menschen vergleichsweise wenig.

So erklärt sich, warum etwa in Kirgisistan oder Tadschikistan die Lebenserwartung für Männer um vier respektive drei Jahre höher liegt als in Russland, obwohl diese Länder gemessen am Bruttoinlandsprodukt deutlich ärmer sind.<sup>74</sup> Innerhalb Russlands lässt sich ebenfalls beobachten, dass die Lebenserwartung in ärmeren Gebieten tendenziell über der in wohlhabenderen liegt. Mitschuld an dieser Entwicklung trägt auch der Konsum harter Drogen, vorwiegend Heroin, der sich in Industriestädten zu einem ernst zu nehmenden Problem entwickelt hat.

## Alte und neue Geißeln der Menschheit auf dem Vormarsch

Zu den direkten gesundheitlichen Folgen des Rauschgiftkonsums kommt die Ausbreitung der Immunschwäche Aids. Denn das HI-Virus wird häufig über verunreinigte Injektionsnadeln verbreitet. In der Altersgruppe der 15- bis 49-Jährigen ist in Russland und der Ukraine nach Schätzungen bis zu ein Prozent der Bevölkerung mit HIV infiziert – überwiegend Männer.<sup>75</sup> Sie geben das Virus über sexuelle Kontakte inzwischen vermehrt an Frauen weiter, wodurch in Zukunft noch ein dritter Mechanismus, die Mutter-zu-Kind-Übertragung, an Bedeutung gewinnen könnte. Anders als Alkohol betreffen HIV und Aids auch die zentralasiatischen Staaten, wo zwar noch vergleichsweise wenige Menschen infiziert sind, aber extrem hohe Zuwachsraten registriert werden.

Gemein ist allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, dass Betroffene von der Gesellschaft oft stigmatisiert und ausgegrenzt werden – auch weil es sich bei ihnen häufig um gesellschaftliche Randgruppen wie Drogenabhängige, Gefängnisinsassen, Heimkinder, Homosexuelle oder Prostituierte handelt. Die geringe Toleranz steht fatalerweise einer notwendigen Prävention durch Aufklärung und bessere Hygienemaßnahmen im Weg. Nicht viel besser sieht es bei der Behandlung aus: Nur etwa 20 Prozent aller Infizierten in Osteuropa und Zentralasien haben Zugang zu einer wirksamen Therapie.<sup>76</sup>

## Nicht auf dem Stand von Europa

Bis Mitte der 1960er Jahre näherte sich die Lebenserwartung in Russland den Werten westlicher Industrienationen an. Doch während die Menschen im Westen in der Folge durch immer bessere Lebensbedingungen weiter ein immer höheres Alter erreichten, stagnierte die Lebenserwartung in Russland zunächst, um Anfang der 1970er Jahre sogar zu fallen. Einen kurzfristigen Aufschwung brachte Mitte der 1980er Jahre einzig die Anti-Alkohol-Kampagne Michail Gorbatschows. Erst in der jüngsten Vergangenheit scheint sich die Gesundheit der Russen wieder zu verbessern.

Ausgelöst durch Armut und eine schlechter werdende medizinische Versorgung hat sich auch die Tuberkulose wieder in Russland ausgebreitet. Die Zahl der registrierten Neuerkrankungen ist zwischen 1990 und 2000 von 30.000 auf 80.000 angestiegen – auf die Einwohnerzahl gerechnet zehnmal mehr als in Großbritannien oder den Niederlanden.<sup>77</sup> Seither stagniert die Zahl auf hohem Niveau.<sup>78</sup> Vor allem multiresistente Erreger geben Anlass zur Sorge. Die Risikogruppen sind größtenteils die gleichen wie bei Aids – auch weil aufgrund des geschwächten Immunsystems für HIV-Infizierte eine erhöhte Ansteckungsgefahr besteht. Die Tuberkulose-Erkrankungen konzentrieren sich geografisch allerdings auf Sibirien, etwa die Republik Tywa und das Gebiet Amur, wo in ländlichen Gegenden oft keine Möglichkeit besteht, Betroffene in Quarantäne zu nehmen. Dabei fließen in Russland jedes Jahr knapp 1,3 Milliarden US-Dollar in die TBC-Bekämpfung. Keiner der 22 weltweit am schlimmsten von Tuberkulose betroffenen Staaten investiert so viel – keiner verfügt allerdings auch über ein vergleichbar hohes Wohlstandsniveau.<sup>79</sup>

## Viele Baustellen trotz leichten Aufschwungs

Was also können Politiker zwischen Kaliningrad und Wladiwostok tun, damit ihr Land nicht weiterhin jedes Jahr zigtausende Menschen durch vermeidbare Todesfälle verliert? Gemessen an den Erfahrungen westeuropäischer Länder müssten Risikogruppen besser über die Gefahren von hohem Alkohol- und Tabakkonsum sowie von ungesunder Ernährung und Bewegungsmangel aufgeklärt werden. Grundlage dafür wäre allerdings eine Sozial- und Wirtschaftspolitik, die die eigentlichen Wurzeln des Übels bekämpft. Denn solange in weiten Bevölkerungskreisen Armut, Perspektivlosigkeit und Ungleichheit vorherrschen, ist es unwahrscheinlich, dass die Menschen sich gesundheitsbewusster verhalten.

Anfang 2010 sagte die russische Regierung dem Alkohol einmal mehr auf breiter Front den Kampf an. Mit einem Mindestverkaufspreis für die Halbliterflasche Wodka – derzeit 89 Rubel, umgerechnet etwa zwei Euro – sowie strengeren Regeln für Verkauf und Werbung soll der Konsum bis 2020 halbiert werden. Noch liegt der Mindestpreis relativ niedrig, doch er soll in den kommenden Jahren deutlich angehoben werden. Langfristig hängt der Erfolg der Kampagne auch davon ab, inwieweit sich das illegale Schnapsbrennen einschränken lässt.



Die Vorzeichen für einen gesünderen Lebensstil stehen dennoch günstig: Seit 2003 steigt die Lebenserwartung in Russland wieder – vor allem weil es weniger Todesfälle durch äußere Umstände gibt.<sup>80</sup> Während der Wirtschaftskrise 2008 und 2009 verlangsamte sich dieser Trend zwar, eine Umkehr war jedoch nicht zu beobachten.<sup>81</sup> In Zukunft könnte auch der demografische Faktor zu einer Linderung des Alkoholproblems beitragen. Denn unter Jugendlichen sind Getränke mit niedrigem Alkoholgehalt, etwa Bier oder Wein, populärer als Hochprozentiges. So trinken 80 Prozent der 18- bis 24-jährigen Russen Bier, aber nur 25 Prozent Wodka. Unter den über 39-Jährigen trinken dagegen fast 60 Prozent Wodka und weitere zehn Prozent Samogon.<sup>82</sup>

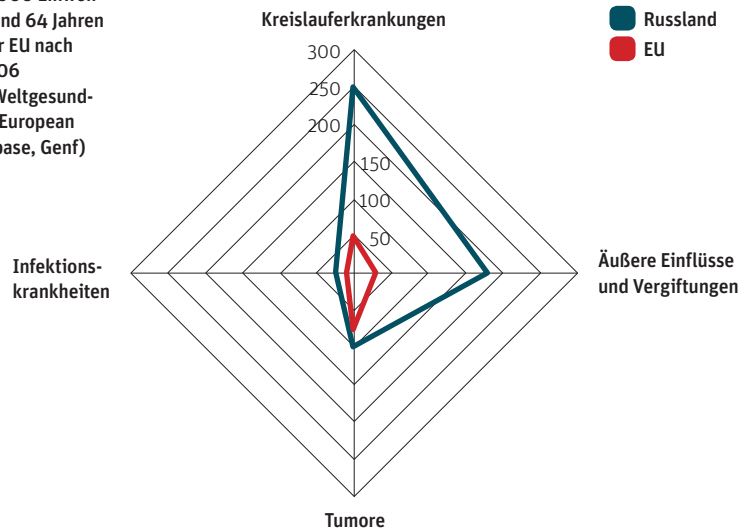
Auf Reformen wartet auch das Gesundheitssystem. Während es zu Sowjetzeiten noch vollständig aus Staatskassen bezahlt wurde, hat die Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung Anfang der 1990er Jahre zu einer wachsenden Ungleichheit in der Versorgung geführt. Die überwiegend regional verwalteten Beiträge reichen vielerorts nicht aus, um die in der Verfassung garantierten Leistungen zu erbringen. Behandelt wird oft nur der, der aus eigener Tasche draufzahlt. Wer das nicht kann, muss dies im schlimmsten Fall mit dem Leben bezahlen: Im Jahr 2006 überstieg die Zahl der Diagnosen von Herz-Kreislauf-Erkrankungen in der Krisenregion Pskow südlich von St. Petersburg jene der Todesfälle nur um 20 Prozent – fast jeder zweite Patient stirbt also. In den ölreichen und wohlhabenden Regionen des Urals und an der Wolga, etwa in den Republiken Tatarstan und Baschkortostan, werden dagegen fünf von sechs Patienten geheilt. Dies liegt einerseits an der besseren Qualität der Versorgung, andererseits aber auch daran, dass hier breitere Bevölkerungsschichten Zugang zum Gesundheitssystem haben.<sup>83</sup>

Um der Ungleichheit bei der medizinischen Versorgung entgegenzuwirken, erklärte die Regierung Gesundheit 2006 zu einem von vier nationalen Großprojekten und stockte

## Tödliche Verstrickungen

Die Kluft in der Lebenserwartung zwischen Russland und den Ländern der EU lässt sich zu einem großen Teil darauf zurückführen, dass Russen deutlich häufiger an Kreislauferkrankungen sterben als West- und Mitteleuropäer. Auch werden sie häufiger Opfer von Gewaltverbrechen und Verkehrsunfällen: Die Wahrscheinlichkeit, ermordet zu werden, liegt in Russland knapp 20 Mal so hoch wie in der EU. Bei alldem spielt der Alkohol eine entscheidende Rolle. Infektionskrankheiten fordern vergleichsweise wenige Opfer. Allerdings liegt auch hier die Todesrate deutlich über jener in der EU – unter anderen weil Tuberkulose und HIV/Aids weit verbreitet sind.

Sterbefälle je 100.000 Einwohner zwischen null und 64 Jahren in Russland und der EU nach Todesursache\*, 2006  
(Datengrundlage: Weltgesundheitsorganisation, European Health for All Database, Genf)



die Budgetzuschüsse deutlich auf. Jüngste Zahlen deuten darauf hin, dass sich der Zugang zum Gesundheitssystem seit Beginn des Jahrtausends in der Tat verbessert hat.<sup>84</sup> Von 2011 an will Wladimir Putin weitere 300 Milliarden Rubel – umgerechnet etwa sieben Milliarden Euro – in den Sektor investieren.<sup>85</sup> Zudem sollen die vom Arbeitgeber bezahlten Versicherungsbeiträge von derzeit 3,1 auf 5,1 Prozent steigen. Dies ist auch deshalb dringend nötig, weil die demografische Entwicklung hin zu einer alternden Gesellschaft zu steigenden Kosten führt: Bis 2030 dürfte der Anteil über 64-Jähriger an der Gesamtbevölkerung von derzeit etwa 14 auf knapp 20 Prozent wachsen.<sup>86</sup>

\* Die jeweiligen Sterbezahlen sind altersstandardisiert. Das heißt, sie drücken hypothetische Todeszahlen aus, falls die Altersstruktur in Russland so wäre wie in der EU. Da Russen im Schnitt etwas jünger sind als EU-Bürger, ist die tatsächliche Differenz zwischen Russland und der EU minimal niedriger als hier dargestellt.

Neben der technischen Ausstattung von Kliniken und Praxen muss auch die Struktur der Gesundheitsversorgung den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen angepasst werden. Denn noch immer konzentriert sich das System auf die Bekämpfung von Infektionskrankheiten und schenkt chronischen Leiden wenig Aufmerksamkeit. Viele Patienten werden von teuren Spezialisten in Krankenhäusern behandelt. Dafür fehlt es an Allgemeinmedizinerinnen, die etwa ein Drittel aller Fälle wesentlich billiger ambulant behandeln könnten.<sup>87</sup> Doch das Vertrauen der Bevölkerung in Hausärzte ist gering, da diese zu Sowjetzeiten oft unzureichend qualifiziert waren. Dies zu ändern, hat die russische Regierung im Gesundheitskonzept bis 2020 verankert.<sup>88</sup> Allerdings kostet die Ausbildung tausender Allgemeinmediziner viel Zeit und Geld. Zudem kämpft eine mächtige Lobby von Fachärzten gegen eine Generalüberholung des Systems.

# 5

## Bildung Masse statt Klasse

Der Flugzeughersteller Suchoi im sibirischen Komsomolsk am Amur ist ein Vorzeigeunternehmen der russischen Rüstungsindustrie. Der Staatsbetrieb produziert Kampffjets. Im August 2010 geriet Suchoi in die Schlagzeilen: 70 Mitarbeiter besaßen gefälschte Ingenieursdiplome. Die Unternehmensleitung hielt dies jedoch nicht für einen ausreichenden Entlassungsgrund: Abschlüsse seien nur eine Formalität und die Angestellten langjährige Betriebsangehörige.

Der unlautere Erwerb akademischer Grade hat in weiten Teilen der ehemaligen Sowjetunion ein bedrohliches Ausmaß angenommen. Exakte Zahlen liegen zwar nicht vor, doch Experten schätzen, dass der Anteil gekaufter Dokortitel je nach Fachrichtung in Russland zwischen 30 und 50 Prozent beträgt. Besonders gefragt sind Abschlüsse in Medizin und Jura.<sup>89</sup> Langfristig dürfte dies hohen volkswirtschaftlichen Schaden anrichten. Die Abteilung für Wirtschaftssicherheit im russischen Innenministerium bezifferte den Umfang der Bestechungsgelder im Bildungssektor 2009 auf 5,5 Milliarden US-Dollar. Allein 1,5 Milliarden zahlten angehende Studenten, um sich den Zugang zur Hochschule zu erschleichen.<sup>90</sup> So wächst ein Heer von Pseudo-Experten heran, das daran zweifeln lässt, ob es in der Lage sein wird, die Modernisierung in Gesellschaft und Wirtschaft voranzutreiben.

Die Korruption im Bildungswesen verstärkte sich mit der Liberalisierung des Sektors in den 1990er Jahren. Zu Zeiten der Sowjetunion war Hochschulbildung gratis, und der Abschluss versprach nicht mehr als einen schlecht bezahlten Job in einem von der Regierung zugewiesenen Staatsbetrieb. Als der Staat nach der politischen Wende die Bildungszuwendungen deutlich kürzte, begann für die Hochschulen und Universitäten ein Kampf ums Überleben. Trotz der Einführung von Studiengebühren ließ sich die Qualität der Ausbildung, die vormals selbst im Westen einen guten Ruf genoss, nicht aufrechterhalten. Viele Pädagogen und Hochschullehrer sind allerdings noch heute von der Überlegenheit des alten Systems überzeugt und stehen so einer Neuausrichtung der Bildung auf postindustrielle Anforderungen im Wege.

### Volle Hörsäle

Die Statistik gibt den konservativeren russischen Pädagogen zunächst Recht. Im Vergleich mit anderen Industrieländern verfügt Russland über einen hohen Bildungsgrad. 88 Prozent der Bürger zwischen 25 und 64 Jahren können einen dem Abitur vergleichbaren Schulabschluss vorzeigen. Nur vier Prozent haben die Schule ohne Abschluss verlassen. Mehr als die Hälfte der Erwachsenen hat eine Ausbildung an einer Fachhochschule oder Universität absolviert.<sup>91</sup> In einigen Gebieten liegt der Anteil der Akademiker an der arbeitsfähigen Bevölkerung höher als in jedem anderen Land der OECD. Erstaunlich ist auch: „Lernen, lernen und nochmals lernen“, der Bildungsauftrag des Revolutionsführers Wladimir Lenin, der früher in keinem Klas-

senzimmer fehlen durfte, hat die Zeit des Kommunismus nicht nur überlebt. Die Zahl der jährlichen Hochschulabsolventen hat sich zwischen 1989 und 2009 sogar mehr als verdreifacht. Und dies nicht nur unter der städtischen, sondern auch unter der ländlichen Bevölkerung und bei beiden Geschlechtern.<sup>92</sup>

Russland müsste also bestens gerüstet sein für den Wettlauf moderner Wissensgesellschaften. In absoluten Zahlen beherbergt es den fünftgrößten Akademikerpool der Welt – nach den USA, China, Indien und Japan. Von den weltweit 350 Millionen Menschen mit Hochschulabschluss leben 20 Millionen in Russland, das mit zwei Prozent der Weltbevölkerung sechs Prozent aller Akademiker stellt.

Doch die Leistungsfähigkeit des akademischen Sektors bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Zwischen 1995 und 2008 registrierte das US-amerikanische Patentamt (USPTO) weltweit 2,3 Millionen Patente. Nur knapp 0,1 Prozent stammten aus Russland. Auf einer Skala, die USPTO-Patente mit dem Anteil der Bevölkerung mit Hochschulbildung vergleicht, rangiert Russland an 48. Stelle. Es liegt damit weit abgeschlagen hinter allen westlichen Industriestaaten sowie Ländern wie Costa Rica, Jordanien oder Mauritius.<sup>93</sup>

Patentanmeldungen je eine Million Einwohner, 2008

- unter 5
- 5 bis unter 25
- 25 bis unter 50
- 50 bis unter 100
- 100 bis unter 150
- 150 bis unter 200
- 200 und mehr
- keine Daten

(Datengrundlage: Rosstat, Regiony Rossii: Sozialno-Ekonomitscheskie Pokasateli – 2009 g., Moskau; World Intellectual Property Organization, World Intellectual Property Indicators, Genf)



### Wenige Innovationszentren

Die Verteilung der Patentanmeldungen im post-sowjetischen Raum spiegelt die Wirtschaftskraft der Regionen wider. Am höchsten ist die Innovationstätigkeit in Moskau und St. Petersburg sowie im sibirischen Tomsk, am niedrigsten in den zentralasiatischen Staaten und in weiten Teilen der Ukraine. Im Vergleich mit den Bewohnern vieler Staaten Westeuropas, vor allem aber Japans, Südkoreas oder der USA, melden auch Russen extrem wenige Patente an.

Ausstattung verfügen. Exemplarisch ist der Fall der beiden 2010 mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichneten russischen Forscher Andre Geim und Konstantin Nowoselow – ausgebildet in Moskau arbeiten sie heute im englischen Manchester.

Schwierig gestaltet sich auch die Umsetzung des Bologna-Prozesses, der sich Russland 2005 offiziell verschrieben hat. Hauptgegner der Reform sind Hochschulverwaltungen und Teile der Professenschaft, die um die kulturelle Identität russischer Bildung fürchten.

Grundsätzlich gilt: Je reicher ein Land ist, desto mehr Patente entfallen auf einen Hochschulabsolventen. Nach Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt und Ausbildungsstand müsste Russland das Dreifache an Erfindungen vorweisen.\*

Auch bei Zitier-Indizes, einem Kriterium wissenschaftlicher Effizienz, schneidet Russland enttäuschend ab. Zwischen 1990 und 2008 stagnierte die Zahl der Veröffentlichungen russischer Wissenschaftler in internationalen Fachzeitschriften, obwohl sich der Akademikeranteil im Land verdoppelte, die einstige politische Systembarriere entfiel, und die Menge der Veröffentlichungen weltweit deutlich zunahm.<sup>94</sup>

### Moderne Strukturen fassen nur langsam Fuß

Monokausale Erklärungen dafür, dass die Studierendenzahlen deutlich stärker wachsen als die Innovationskraft des Landes, greifen zu kurz. Erst das Zusammenspiel verschiedener Faktoren lässt erahnen, warum sich die russische Entwicklung von der anderer Länder unterscheidet. So suchen junge Männer in der Hochschule häufig einen Fluchort vor der Armee, da Studenten vom Wehrdienst freigestellt sind. Zudem macht der vom Kreml geförderte Patriotismus auch vor Universitäten nicht halt. Dort vertraut man mehr auf eigene Forscher und weniger auf Austauschprogramme oder Kooperationen mit internationalen Forschungseinrichtungen. Jungen russischen Forschern fehlt damit ein wichtiger Austausch mit der internationalen Spitzenforschung. Wer sich dennoch durchsetzt, sucht häufig nach Beendigung des Studiums eine Beschäftigung im Ausland, wo junge Akademiker meist besser bezahlt werden, und die Universitäten über eine bessere technische

\* Die Erhebungen der WIPO (World Intellectual Property Organization), einer Einrichtung der Vereinten Nationen in Genf kommen zu fast denselben Ergebnissen.



Auch der erhöhte Konkurrenzdruck speist die Ablehnung. Hier offenbart sich eines der Kardinalprobleme russischer Hochschulbildung, die mangelnde Mobilität. Viele Dozenten unterrichten an derselben Alma Mater, an der sie einst studiert haben. Ein weiteres Hindernis bei der Umsetzung der Reform ist, dass Bachelorabschlüsse, vor allem solche aus dem Ausland, auf dem russischen Arbeitsmarkt wenig Ansehen genießen.<sup>95</sup>

Für eine bessere Verzahnung von Lehre und Arbeitsmarkt sollen Innovationszentren und Technologieparks wie im Moskauer Vorort Skolkowo sorgen, wo bis 2015 ein russisches Silicon Valley entstehen soll. Der Kreml setzt hierbei nicht nur auf Geldgeber aus der Wirtschaft, er bemüht sich auch um Forscher und hochkarätige Wissenschaftsmanager aus dem Westen. Passend dazu hat Moskau im Jahr 2006 Bildung zu einem „nationalen Projekt“ erhoben. Hochschulen sollen nach internationalen Kriterien bewertet und die Flaggsschiffe als „Nationale Forschungsuniversitäten“ und „Föderale Hochschulen“ gesondert gefördert werden. Bislang sind die Ergebnisse allerdings wenig ermutigend. Von rund 3.000 akkreditierten Hochschuleinrichtungen sind laut Bildungsminister Andrej Fursenko höchstens 100 bis 150 konkurrenzfähig.<sup>96</sup> Im Ranking des „Times Higher Education Index“, der die 200 weltweit führenden Universitäten ermittelt, fand sich 2010 keine einzige russische Einrichtung.<sup>97</sup>

Auch die berufliche Ausbildung weist Mängel auf. Häufig klagen Arbeitgeber, dass die Absolventen den Arbeitsanforderungen nicht gewachsen seien. Handwerksberufe haben

keinen hohen Stellenwert. Um dem Fachkräftemangel im produzierenden Gewerbe entgegenzuwirken, müsste sich dies ändern. Denn das Durchschnittsalter der Angestellten in der Industrie liegt gegenwärtig bei etwa 54 Jahren. Ein verheißungsvoller Ansatz kommt aus Moskau: Hier wird unter dem „Arbeitskräfte“-Programm versucht, lokale Großunternehmen als Paten für Schüler technischer Fachrichtungen zu gewinnen, denen dort später eine Anstellung garantiert wird.

Weil die berufliche Bildung wenig populär ist, drängen auch weniger begabter Schüler auf die Hochschulen und senken das allgemeine Niveau. Aufgrund der demografisch bedingt sinkenden Schülerzahlen müssen die Universitäten aber bald schon um jeden Studenten werben und damit den Niveauverlust akzeptieren. Im Schuljahr 2011/2012 werden nur noch 15 Millionen Kinder eine Schule besuchen, elf Millionen weniger als noch 1996/1997.<sup>98</sup>

Um wieder höhere Standards zu garantieren und der Korruption entgegenzuwirken, hat die Regierung Anfang des Jahrtausends ein System von landesweit einheitlichen Aufnahmetests für Universitäten eingeführt. Diese sollen den Wettbewerb der Institutionen untereinander und die Qualität der Ausbildung fördern. Denn diejenigen, die den Test bestehen, dürfen sich mit ihrer Punktzahl landesweit bewerben.

Viele Universitäten leisten jedoch erbitterten Widerstand gegen die Reform, die ihre Autonomie bei der Studentenauswahl nachhaltig beschnitten hat. Einige haben sich dabei einen gewissen Grad an Freiheit bei der Bewerberauswahl zurückerobert. Doch nicht nur deshalb bleibt fraglich, ob die Korruption mit den Tests effektiv bekämpft werden kann. Denn schon bei den ersten regionalen Testläufen offenbarten sich Unregelmäßigkeiten bei der Testauswertung. Diejenigen, die es sich leisten können, klagen zudem oft gegen

die Ergebnisse – häufig mit Erfolg. Auch eine Verlagerung der Korruption auf die Schulen ist zu beobachten.<sup>99</sup>

Ähnliche Reformen wie Russland haben auch die Regierungen vieler anderer Gus-Staaten wie der Ukraine, Georgien oder Kirgisistan durchgeführt. Im Vergleich zu den schrumpfenden slawischen Gesellschaften steht jedoch gerade Zentralasien vor ganz anderen Herausforderungen. Hier führt der Kinderreichtum zu einer stetig wachsenden Zahl von Schülern, von denen aber infolge des vergleichsweise niedrigen Entwicklungsstandes der Region nur relativ wenige studieren können. Auch die Qualität der Ausbildung hinkt im Vergleich zu Russland oder den baltischen Staaten deutlich hinterher.

Dass auch die Schulbildung in Russland Nachholbedarf hat, haben jüngst die internationalen Pisa-Studien dokumentiert. Russische Schüler schnitten hierbei in allen drei Testfeldern\* weit unterdurchschnittlich ab. Neben schlecht qualifiziertem und überaltertem Lehrpersonal lässt sich dies auch mit veralteten Lehrplänen und -methoden erklären. Ein russischer Pennäler hat zwar mehr Stoff zu bewältigen als gleichaltrige Schüler im Westen, doch das Lernziel beschränkt sich auf die Wiedergabe des auswendig Gelernten. Statt eigenständiges Denken und Arbeiten zu fördern, neigt die Pädagogik dazu, Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu ahnden.

Ausbildung und Lehre spiegeln damit wider, was Politik und Gesellschaft zur Norm erheben. Modernisierung, so sie denn geschieht, wird weiter von oben gesteuert. Einen Nährboden für Kreativität und Innovationskraft von unten – aus breiten Teilen der Bevölkerung – legt das Bildungssystem nicht an.

\* Lesekompetenz, naturwissenschaftliche und mathematische Problemlösungskompetenz

# 6

## Wohlstand Luft nach oben

Der wirtschaftliche Umbruch der 1990er Jahre war für alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion eine traumatische Erfahrung. Sinkende Produktionsraten, Arbeitslosigkeit und Inflation führten zur Verarmung vieler Teile der Bevölkerungen. Erst nach dem totalen Zusammenbruch Ende des alten Jahrtausends setzte die Trendwende ein, die bis zur Wirtschaftskrise 2009 für steigende Realeinkommen sorgte. Hatte ein Russe 1999 im Durchschnitt 1.700 Rubel pro Monat zur Verfügung, waren es zehn Jahre später bereits 16.900 – umgerechnet knapp 400 Euro. Auch inflationsbereinigt bedeutete dies einen deutlichen Zuwachs: Während die Einkommen um etwa 900 Prozent stiegen, legten die Verbraucherpreise lediglich um 300 Prozent zu.<sup>100</sup>

Doch mit der Wirtschaft ist in Russland auch die soziale Ungleichheit gewachsen. Wenige Oligarchen haben mit dem Verkauf von Rohstoffen wie Erdöl, Erdgas, Aluminium und anderen Metallen sowie Kohle und Holz ein Vermögen verdient, während sich noch immer keine breite Mittelschicht herausgebildet hat. Das belegt etwa der Gini-Koeffizient\*, ein international anerkanntes Maß für die Ungleichverteilung von Einkommen oder Vermögen. In Russland stieg der Koeffizient zwischen 1999 und 2009 von 0,39 auf 0,44. In der Ukraine, Kasachstan oder Armenien fiel er dagegen jüngst auf den für entwickelte Länder typischen Wert von 0,3.<sup>101</sup>

Dass es im post-sowjetischen Raum noch keine wirklich kaufkräftige Mittelschicht gibt, dokumentiert auch eine von der deutschen

Gesellschaft für Konsumforschung (GfK Verein) durchgeführte Haushaltsbefragung in Russland, Aserbaidschan, Kasachstan, Belarus, der Ukraine und Usbekistan. Nur 0,7 Prozent der Teilnehmer gaben an, sie hätten genügend Ersparnisse für alle Konsumgüter. 4,7 Prozent müssen einzig auf Wohnimmobilien verzichten. Weitere 20,5 Prozent der Befragten sagten, sie wären in der Lage, Haushaltsgüter zu kaufen, allerdings kein Auto. Die große Masse (55 Prozent) hat zwar genügend Geld für Essen, Kleidung und kleinere Haushaltsgüter, kann sich allerdings keine größeren Anschaffungen wie Fernseher, Kühlschränke oder Waschmaschinen leisten. Am unteren Ende der Skala haben 16,9 Prozent Geld für Lebensmittel, aber nicht für Kleidung, und 2,3 Prozent sogar Probleme, das tägliche Brot zu finanzieren.<sup>102</sup>

Passend zu diesen Zahlen fließen in Russland und der Ukraine noch immer etwa 40 Prozent der Haushaltseinkommen in den Kauf von Lebensmitteln – in hochentwickelten Ländern ist es deutlich weniger. Selbst die

ehemaligen Ostblockstaaten Tschechien, Ungarn und Polen liegen bei nur etwa 20 Prozent. Der Entwicklungsrückstand zeigt sich auch bei modernen Dienstleistungen wie dem Internetzugang. So besitzen lediglich 32 Prozent der russischen Erwachsenenbevölkerung einen Internetanschluss – in Belarus, der Ukraine und Moldau sind es noch deutlich weniger. Mit der Vernetzung in Mittel- und Westeuropa können einzig die baltischen Staaten konkurrieren. Hier sind zwischen 59 und 69 Prozent der Erwachsenen online.<sup>103</sup>

### Neue Käuferschichten und beginnende Modernisierung

Neben der Wirtschaft hat auch die Demografie einen Einfluss auf Konsumstrukturen. So wird der riesige Binnenmarkt Russlands in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zum einen kleiner, zum anderen von immer älteren Käufern und Käuferinnen gekennzeichnet sein. Bis zum Jahr 2030 wird die Zahl der Personen im Rentenalter von heute 30 Millio-

### Fernseher und Kühlschrank als Klippe

Wir haben keine finanziellen Schwierigkeiten, wir können es uns leisten, eine Wohnung oder ein Haus zu kaufen

Wir können uns viele Dinge leisten, außer so teure Dinge wie eine Wohnung oder ein Haus

Wir können uns Haushaltsgeräte leisten, aber ein Auto zu kaufen wäre ein Problem

Wir haben genug Geld für Essen, Kleidung und kleine Haushaltsgeräte, aber einen Fernseher oder einen Kühlschrank zu kaufen, wäre ein Problem

Wir haben genug Geld für Essen, aber das Geld reicht oft nicht, um Kleidung zu kaufen

Wir haben nicht immer genug zu essen

10 20 30 40 50

Haushaltsbefragung in Russland, Aserbaidschan, Belarus, Kasachstan, der Ukraine und Usbekistan, 2010 (Datengrundlage: GfK Verein)

\* Der Gini-Koeffizient kann einen Wert von 0 bis 1 annehmen. Ein Wert von 0 bedeutet, dass alle Menschen in einem Land das gleiche Einkommen haben. Bei einem Wert von 1 liegt das gesamte Nationaleinkommen in der Hand einer Person.

nen auf bis zu 40 Millionen wachsen. Fast jeder dritte Russe wird dann – nach heutiger Definition – dem Arbeitsalter entwachsen sein.<sup>104</sup> Dadurch könnte sich das Konsumverhalten nachhaltig ändern, denn ältere Käuferschichten fragen andere Produkte nach als jüngere. In entwickelten Ländern geben Pensionäre einen größeren Teil ihres Einkommens für Gesundheitsdienstleistungen und Arzneimittel, aber auch für Wohnen und die Energieversorgung aus.

Doch gerade Pensionäre sind als Käufer-schicht in Russland noch kaum in Erscheinung getreten. Bekamen sie in den chaotischen 1990er Jahren ihre Renten oft verzögert ausgezahlt, sodass die rasende Inflation einen guten Teil des Wertes bereits zunichte gemacht hatte, beziehen sie inzwischen zwar monatlich Geld, das auch mehr oder weniger regelmäßig an die allgemeinen Preissteigerungen angepasst wird, können davon aber kaum mehr als die Grundbedürfnisse decken. Kurzfristig wird sich daran auch nichts ändern. Denn auch die nächste Rentnergeneration kann ob der Wirren der Nachwendzeit auf wenig Ersparnis zurückgreifen und profitiert zudem noch nicht wirklich von der neu eingeführten, kapitalgedeckten Säule der gesetzlichen Rentenversicherung. Erst mittel- oder langfristig könnten die Rentner über gleichmäßiges Wachstum zu einer kaufkräftigen Klientel werden, wie es in Westeuropa bereits der Fall ist.

Interessante Gemeinsamkeiten unter den befragten Ländern offenbaren sich beim Verhältnis von Bildungsniveau und Kaufkraft. So schützt eine abgeschlossene Sekundärbildung meist gegen Armut im Sinne von nicht genügend Geld für Lebensmittel und Kleidung. Ein abgeschlossenes Hochschulstudium garantiert dagegen kein höheres Einkommen.<sup>105</sup> Dies liegt einerseits daran, dass Uniabsolventen oft Jobs im öffentlichen Sektor finden, die traditionell schlecht bezahlt sind. Andererseits lässt sich in der Schattenwirtschaft weiterhin auch ohne adäquate Ausbildung gutes Geld verdienen.

Die unterentwickelten Konsum- und Produktionsmuster zeigen sich nirgendwo besser als in den Marktstrukturen des Einzelhandels. Wo in Westeuropa große Supermarktketten den Handel dominieren, stehen in Russland, Kasachstan und der Ukraine noch immer überwiegend Tante-Emma-Läden und Straßenmärkte. Dass dies noch lange so bleibt, ist jedoch unwahrscheinlich – denn der Wandel hat bereits begonnen. So lag der zusammengefasste Marktanteil von Discountern, Supermärkten und sogenannten Hypermärkten wie Sedmoj Kontinent, Auchan, O'Key, Spar oder Billa in Russland im Jahr 2005 noch bei lediglich 14 Prozent und wuchs bis 2009 auf 34 Prozent. Gegenüber Anteilen von 60 bis 75 Prozent, wie sie in Polen, Tschechien oder der Slowakei bereits Realität sind, klafft jedoch weiterhin eine gewaltige Lücke.<sup>106</sup>

Rückständig ist auch der Wohnungsmarkt. So bezahlen Russen extrem wenig für Wohnraum und Nebenkosten – neun Prozent ihres Einkommens gegenüber etwa 20 Prozent in mitteleuropäischen Ländern.<sup>107</sup> Dies liegt zum einen daran, dass die Menschen nach dem Fall der Sowjetunion umsonst Eigentümer ihrer ehemals staatlichen Wohnungen werden konnten und eine relativ niedrige Grundsteuer zu entrichten haben. Zum anderen profitieren die Haushalte weiterhin vom künstlich niedrig gehaltenen Gaspreis, der allerdings schrittweise auf Marktniveau angehoben wird. Ausgewählte Gruppen wie Kriegsveteranen oder Geringverdiener haben außerdem Zugang zu weiteren Subventionen für Nebenkosten. Wer noch immer in Staatseigentum wohnt, zahlt zudem Mietpreise, die deutlich unter Marktniveau liegen. Doch je weiter die Liberalisierung des Wohnungsmarktes fortschreitet, desto mehr Geld werden die Bürger für ihre Bleibe zahlen müssen.

Die aktuellsten Probleme sind indes die Knappheit an verfügbarem Wohnraum und der schlechte Zustand vieler Immobilien. Da die Mietpreise auf dem freien Markt für die meisten unerschwinglich sind, leben in Russland häufig mehrere Generationen unter einem Dach. Familien, die weniger als fünf bis

zehn Quadratmeter Wohnraum pro Person zur Verfügung hatten, konnten sich bis vor Kurzem auf sozialen Wohnraum bewerben, mussten allerdings jahrelange Wartezeiten in Kauf nehmen. Inzwischen ist selbst dies nur noch möglich, wenn sie finanzielle Bedürftigkeit nachweisen können. Da der Bau von öffentlichem Wohnraum nur sehr langsam voranschreitet, umfasst die Warteliste noch immer knapp 2,9 Millionen Familien.<sup>108</sup> Andere Hindernisse stehen dem Erwerb von Wohneigentum im Weg. Da kostenloses oder sehr billiges Wohnen zu Sowjetzeiten gewissermaßen ein Grundrecht war, bleiben viele Menschen skeptisch, wenn es darum geht, eine Hypothek aufzunehmen. Der Gedanke, jahrelang Abschlagszahlungen inklusive Zinsen leisten zu müssen, schreckt sie noch ab. Auch deshalb geben in Russland nur 0,8 Prozent der Bevölkerung an, sie wären in der Lage, sich eine Wohnung zu kaufen.<sup>109</sup>

Auf lange Sicht dürften sich sowohl das Konsumverhalten als auch die Marktstrukturen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion mittel- und westeuropäischen Mustern annähern. Dass zeigt sich beispielsweise bei den Bankkonten: Der Anteil der Bevölkerung, der ein Konto besitzt, stieg zwischen 2005 und 2009 von 43 auf 73 Prozent und liegt damit schon höher als in Polen.<sup>110</sup> Wie schnell die verbleibende Lücke geschlossen werden kann, hängt auch davon ab, ob die Wirtschaft nach der jüngsten Krise ihren Aufwärtstrend des letzten Jahrzehnts fortsetzen kann. Der Aufschwung nach der Jahrtausendwende ging allerdings von einem extrem niedrigen Niveau aus und fußte zu einem großen Teil auf dem Rohstoffexport. Um in Zukunft breite, konsumfreudige Schichten entstehen zu lassen und ein höheres Wohlstandsniveau zu erreichen, wäre eine gebildete Erwerbsbevölkerung nötig, die durch Innovationen neue Jobs schafft und gleichzeitig Schattenwirtschaft und Korruption zurückdrängt.

# 7

## Religion und Ethnien Renaissance der Identitätsstifter

Mit dem Niedergang des Kommunismus endete im post-sowjetischen Raum die Zeit des staatlich verordneten Atheismus. Doch obwohl die Ausübung des Glaubens jahrzehntelang behindert worden war, hatten die Konfessionen weltanschauliche und regionale Unterschiede konservieren können. Als dann die alte Macht zusammenbrach, erlebte die Religion in Russland und den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion eine Renaissance. Neben der Sinnsuche fiel ihr im Prozess der nationalen Wiedergeburt auch die Funktion eines Identitätsstifters zu. Religionszugehörigkeit erwies sich für die post-sowjetischen Länder als ein zentraler Baustein der nationalen Rückbesinnung.

Zu den Hauptreligionen in Russland zählen neben dem orthodoxen Christentum, der Islam, das Judentum und der Buddhismus. Die Russisch-Orthodoxe Kirche ist die mit Abstand größte Religionsgemeinschaft des Landes. Sie konnte ihre Präsenz in der Gesellschaft in den letzten 20 Jahren bedeutend ausbauen. Die Zahl der Gemeinden stieg von 6.893 im Jahr 1988 auf 29.141 im Jahr 2008. Für die Ausbildung des klerikalen Nachwuchses standen Ende der 1980er Jahre fünf Hochschulen zur Verfügung. Inzwischen umfasst der orthodoxe Bildungssektor 87 Einrichtungen, die dem Andrang der Bewerber dennoch nicht gewachsen sind. Die Zahl der bewirtschafteten Klöster stieg von 21 auf 769.<sup>111</sup>

Die Orthodoxe Kirche war Anfang der 1990er Jahre auf die Herausforderungen der neuen Freiheiten nicht vorbereitet. Viele Kirchenvertreter liebäugelten damit, an die vorrevolutionäre Tradition anzuknüpfen, als die Orthodoxie den Rang einer Staatsreligion

bekleidete. Der demokratischen Öffnung begegnete der Klerus mit großem Misstrauen. Er fürchtete vor allem die gesellschaftlichen Freiheiten, die aus dem Westen hereindrangten. Freiheiten, die auch die individuelle Wahl des Glaubens beinhalteten, wie es in dem liberalen Religionsgesetz von 1990 festgelegt war. Doch 1997 wurde das Gesetz auf Druck der Kirche durch ein neues ersetzt, das die vier „traditionellen“ Religionsgemeinschaften deutlich bevorzugt.<sup>112</sup>

### Mehr als eine Religionsgemeinschaft

Die Orthodoxe Kirche hat sich inzwischen einen festen Platz in der Gesellschaft erobert. Sie nutzt ihn jedoch nicht, um Staat oder Regierung zu kritisieren, sondern versteht sich eher als geistlicher Mentor der politischen Elite. Vorbild dieser symbiotischen Beziehung ist das Verhältnis von Staat und Kirche im Byzantinischen Reich, von dem Russland das Christentum übernahm.<sup>113</sup> Dennoch kommt es zu Reibungen, wenn die Kirche versucht, den Staat zu instrumentalisieren. So gelang es ihr nicht, zwei Herzensanliegen gesetzlich zu verankern: die Installierung von Militärgeistlichen in der Armee und die Einführung eines obligatorischen orthodoxen Religionsunterrichtes an Schulen.<sup>114</sup>

Gleichwohl suchen staatliche Institutionen und Politiker die Nähe kirchlicher Würdenträger. Der Schulterchluss verleiht ihnen zusätzliche Legitimität. Zudem fügt sich die Selbstdarstellung der Orthodoxie als spezifisch russische Form des Christentums in den nationalistischen Kurs der Regierung Wladimir Putins: Staat und Kirche sind sich in der Ablehnung der pluralistischen Demokratie einig. Nur formuliert die Kirche ihre Vorbehalte offener, da sie außenpolitisch keine Rücksichten nehmen muss. Westliche Demokratie und universale Menschenrechte lehnt sie ab, da sie mit der russischen Tradition von Konsensbildung und Gemeinschaftlichkeit als gesellschaftlichem Organisationsprinzip nicht vereinbar seien.

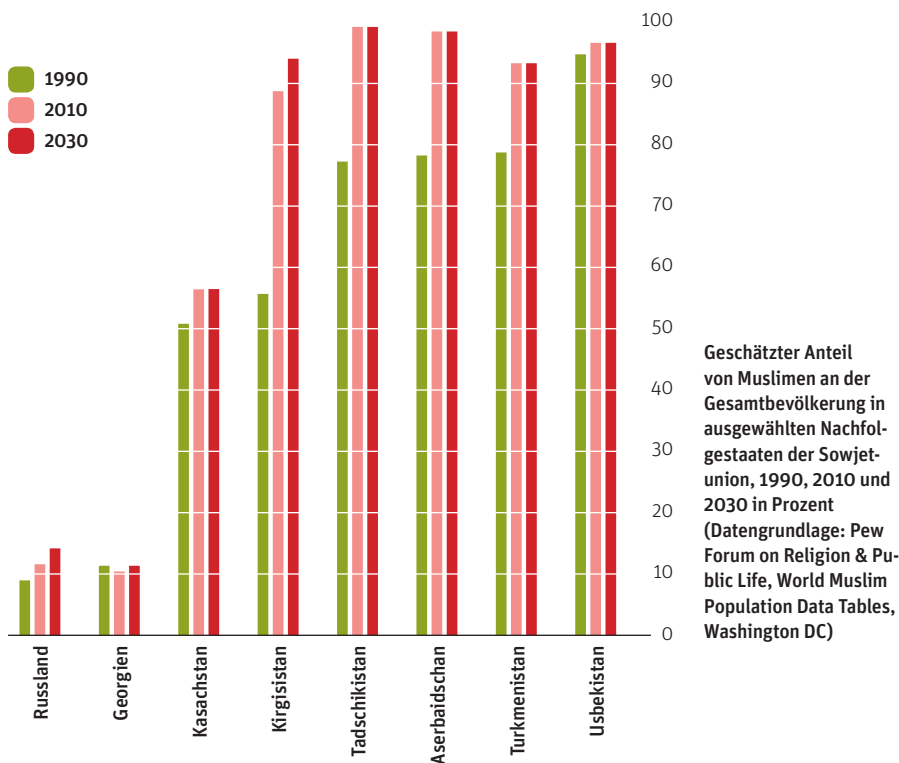
Soziologische Untersuchungen bestätigen, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche mehr ist als eine Glaubensgemeinschaft. In Umfragen werden „russisch“ und „orthodox“ zunehmend als Synonyme verwendet. Demnach bedeutet „orthodox“ „genuin russisch“ und der Schutz der Orthodoxie wird zu einer Aufgabe nationaler Sicherheit. Der Glaube fungiert in diesem Konzept nur noch als eine Unterkategorie des Orthodoxen. Wer sich zur Orthodoxie bekennt, unterstreicht damit seine Zugehörigkeit zur russischen Tradition.<sup>115</sup> In einer Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum aus dem Jahr 2009 bezeichneten sich 72 Prozent der Bevölkerung als orthodox, nur 30 Prozent der Russen glauben jedoch an Gott.<sup>116</sup> Und am Gemeindeleben nimmt nur ein Bruchteil der Gläubigen teil, deren Kenntnis des religiösen Kanons zudem meist nur oberflächlich ist.

Das Durchschnittsalter der Kirchgänger hat sich unterdessen drastisch von 65 auf 50 Jahre verjüngt. Früher waren die fleißigsten Kirchgänger ungebildete „Babuschkas“, die Mütterchen vom Lande. An ihre Stelle traten sowohl junge Studentinnen und Berufseinsteigerinnen als auch Lehrerinnen, Beamtinnen und Geschäftsfrauen zwischen 40 und 55 Jahren. Die Ironie der Geschichte ist, dass Sympathie und Nostalgie dieser Generation für die Sowjetzeit die wichtigste „nicht-sowjetische Institution“ der UdSSR in eine Kirche der sowjetischen Menschen verwandelt.<sup>117</sup>

In Belarus und der Ukraine verlief die Wiederbelebung des Religiösen in der Orthodoxie nach ähnlichem Muster wie in Russland. In den westlichen Regionen beider Länder, die bis 1939 zu Polen und der Tschechoslowakei gehörten, somit weniger sowjetisiert waren, ist der Grad der Religiosität unter der katholischen Bevölkerung jedoch deutlich höher. In den kaukasischen Ländern spielt Religion im Alltag laut Umfragen zwar eine wichtige Rolle, aber auch hier praktiziert die Bevölkerung den Glauben nur selten. Das gilt auch für das muslimische Aserbaidschan. In Armenien bekleidet die Apostolische Kirche de facto die Rolle einer Staatskirche. Ihr fällt vor allem die Aufgabe zu, militärischen Konflikten mit dem muslimischen Nachbarn Aserbaidschan um die Region Bergkarabach Legitimität zu verleihen.<sup>118</sup>

## Wachsende Zahl an Muslimen

Der Islam ist Russlands zweitgrößte Religionsgemeinschaft. Unklarheit herrscht indes darüber, wie viele Muslime im Lande leben. Die Volkszählung von 2002 ließ ob der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung eine Zahl von 14,5 Millionen vermuten. Inzwischen dürfte die 15-Millionen-Marke jedoch – auch ohne legale und illegale Migranten – überschritten sein. Vertreter der islamischen Gemeinde gehen sogar von mehr als 20 Millionen Muslimen in Russland aus. Denn seit Ende der Sowjetunion zog es Millionen Menschen aus anderen Nachfolgestaaten in das wirtschaftlich besser gestellte Russland, darunter vor allem Einwanderer aus den zentralasiatischen Staaten Tadschikistan, Usbekistan und Kirgisistan. Das größte Kontingent an Zuwanderern stammt mit 1,5 Millionen aus Aserbaidschan. Ob es sich dabei um gläubige Moslems oder nur um Angehörige einer aus dem islamischen Kulturkreis stammenden Nationalität handelt, geht aus den Schätzungen nicht hervor.<sup>119</sup>



## Kaum Veränderungen zu erwarten

Nach 1990 wuchs der Anteil der Muslime in einigen zentralasiatischen Staaten sowie Aserbaidschan deutlich. Ein Grund hierfür war die Abwanderung ethnischer Russen. In Russland selbst steigt der Anteil der Muslime nur leicht an, und er wird auch in Zukunft nicht sprunghaft zunehmen. Das vorhandene Wachstum lässt sich auf die höheren Kinderzahlen muslimischer Frauen, die jüngere Bevölkerungsstruktur der Muslime und Zuwanderung aus den südlichen Nachbarstaaten zurückführen. Etwa 80 Prozent der Muslime Russlands siedeln im Nordkaukasus oder an der Wolga, vor allem in den Republiken Dagestan, Baschkortostan, Tatarstan und Tschetschenien.<sup>120</sup>

Russlands angestammte muslimische Bevölkerung siedelt in Tatarstan (5,5 Millionen), Baschkortostan (1,6 Millionen) und in der Gebirgsregion des Nordkaukasus (sieben Millionen).<sup>121</sup> Diese Völker sind nicht in die Russische Föderation eingewandert, sondern Russland hat sie sich im Zuge der kolonialen Ausdehnung einverleibt. Sie betrachten Russland heute mit dem gleichen Recht wie ethnische Russen als ihre historische Heimat. Im Unterschied zum eng mit dem russischen Kernland vernetzten Tatarstan fristet der Nordkaukasus jedoch das Dasein einer vernachlässigten Peripherie. Immer mehr Kaukasier entfliehen den wirtschaftlichen Problemen der unterentwickelten Region. Sie sind in den russischen Großstädten aber keine gern gesehenen Gäste: Die Fremdenfeindlichkeit hat in Russland ein bedrohliches Ausmaß angenommen und entlädt sich sporadisch in pogromartigen Ausschreitungen. Rechtsradikale und Rassisten können dabei auf die stille Duldung einer breiten Öffentlichkeit setzen.

### **Puristen im Aufwind**

Seit Ausbruch des ersten Tschetschenienkrieges Mitte der 1990er Jahre wird der Islam in der öffentlichen Wahrnehmung Russlands vornehmlich mit Extremismus und Separatismus gleichgesetzt. Beide Kriegsparteien trugen auf ihre Weise dazu bei. Die Separatisten deklarierten den Befreiungskampf nach und nach als Dschihad, während Moskau den Krieg als seinen Beitrag zum globalen Kampf gegen den islamistischen Terror definiert

– nicht zuletzt, um internationaler Kritik an den Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung vorzubeugen. Eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Re-Islamisierung fand nicht statt. Die Behörden bezeichneten alle Spielarten islamischer „Wiedergeburt“, die dem traditionellen Islam sowjetischer Prägung nicht entsprachen, als „militant und von außen gesteuert“ und versahen sie pauschal mit dem Kampfbegriff „Wahhabismus“.

Auch Würdenträger der offiziellen muslimischen Geistlichkeit, die dem traditionellen Islam verpflichtet und auf das Wohlwollen des Kreml bedacht sind, verwenden diesen Begriff. Das ist nicht verwunderlich, denn die Kritik der puristischen Neuerer richtete sich vor allem gegen die geistliche Nomenklatura alter Schule. Vor dem Fall des Eisernen Vorhangs hatte die Bevölkerung eine spezifische Form der Glaubensausübung entwickelt, um unter sowjetischer Herrschaft überleben zu können. Religion und Bräuche der Bergvölker wurden in der rituellen Praxis miteinander vermischt. Mullahs und Imame besaßen nur rudimentäre religiöse Kenntnisse und verstießen aus Sicht der Puristen gegen die reine Lehre und islamischen Ritus. Hinter der religiösen Auseinandersetzung verbirgt sich aber auch ein Generationenkonflikt: Vor allem junge Menschen schlossen sich der religiösen Opposition an, um damit auch gegen die starren politischen Verhältnisse, gegen staatliche Korruption, Nepotismus und soziale Perspektivlosigkeit zu protestieren.

Der Wahhabismus orientiert sich an der reinen Lehre aus der Zeit des Propheten und geht auf Ibn Adb al Wahhab auf der arabischen Halbinsel im 18. Jahrhundert zurück. Für die Reinheitsbestrebungen des russischen Islam wäre der Begriff Salafismus jedoch treffender. Auch er predigt einen kompromisslosen Purismus, fordert indes

nicht zwangsläufig zum militanten Kampf auf. Es erwies sich als ein tragischer Fehler, dass der Staat in der Entstehungsphase der Bewegungen nicht bereit war, zwischen verschiedenen Formen des Islam zu unterscheiden: Zwischen den rein religiös aktiven Muslimen, den politisch aktiven, aber gewaltlosen Islamisten und den militanten „Dschihadisten“.<sup>122</sup> Stattdessen gingen Sicherheitsorgane wahllos gegen alle Gläubigen vor, die nicht dem sowjetischen Islamverständnis entsprachen, und leisteten damit der Radikalisierung eher Vorschub, als dass sie sie eindämmten. Heute existiert eine dialogbereite islamische Opposition praktisch nicht mehr und immer mehr Muslime akzeptieren die militante Gegenwehr aus dem Untergrund.\*

Dem Druck des Purismus versuchte die Politik zu begegnen, indem sie der Religion und ihren Würdenträgern in weltlichen Belangen immer mehr Zugeständnisse einräumte. Die Trennung von Staat und Religion wurde über diesen Umweg so gut wie aufgehoben – in Dagestan und Tschetschenien ist dies bereits deutlich zu erkennen. Nachdem der Glaube hier in Politik und soziale Lebenswelten vorgezogen ist, sind Staat und Gesellschaft einer De-Modernisierung ausgesetzt und fallen in vormoderne Verhaltensmuster zurück.<sup>124</sup> Russlands Süden ist zum inneren Ausland geworden. Im post-sowjetischen Raum sind neben dem Kaukasus auch die zentralasiatischen Nachbarregionen Afghanistans von islamistischer Mobilisierung betroffen. Gemessen an der Zahl der Terrorakte birgt der Nordkaukasus jedoch ein weit größeres Gewaltpotenzial.<sup>125</sup>

\* Noch 1999 unterstützte die Bevölkerung Dagestans das Vorgehen russischer Sicherheitskräfte gegen Islamisten. Die Dagestanis lehnten die Gründung eines Pankaukasischen Emirats mehrheitlich ab.<sup>123</sup>

# 8

## Umwelt Alte Lasten und neue Gefahren

In Russland finden sich unberührte Natur, endlose Wälder und majestätische Ströme, die durch die sibirische Tundra gen Norden mäandern. In den weiten, dünn besiedelten Gebieten leben Bären, seltene Schneeleoparden und der Amur-Tiger, im Baikalsee die einzige Süßwasserrobbe der Welt. Russland beherbergt 22 Prozent aller Wälder dieser Erde, auf 47 Prozent des Territoriums stehen Bäume.<sup>126</sup> Zahllose Lieder und Gedichte künden von der Naturverbundenheit der russischen Seele, und auch der russische Ministerpräsident Wladimir Putin gibt gerne den Naturburschen. Doch in der Realität ist der Umgang der Russen mit ihrer Umwelt eher ruppig und der Umweltschutz ein Thema von geringer Bedeutung.

Mensch wie Natur galten dem Sowjetregime als bloße Ressourcen zum Sieg des Kommunismus über den Kapitalismus. Mitten in der Wildnis entstanden Förderanlagen, Industriestädte aus der Retorte und gigantische Kombinate, die jedes Jahr Millionen Tonnen von Stick- und Schwefeloxiden, Kohlenwasserstoffen und Schwermetallstäuben in die Luft bliesen.<sup>127</sup> Die Regierung ließ Flüsse umleiten und vergiften und zu Testzwecken 969 Atombomben zünden.<sup>128</sup>

Viele Hinterlassenschaften der Sowjetzeit wirken bis heute nach – vor allem die des sogenannten militärisch-industriellen Komplexes. Gegen Ende des atomaren Wettrüstens in der Breschnew-Ära besaßen die Sowjets zehntausende einsatzfähige

Nuklearsprengköpfe – genug, um die ganze Welt mehrfach in die Luft zu sprengen. In den geheimen Atomprogrammen arbeiteten hunderttausende Menschen an Orten, die auf keiner Landkarte zu finden waren (sogenannte Sato, russische Abkürzung für „geschlossene administrativ-territoriale Einheiten“). Die Städte waren nach teilweise weit entfernten Orten benannt und trugen nur eine Postfachnummer. Richtige Namen erhielten sie erst in den 1990er Jahren. Arsamas-16 (das heutige Sarow), 186 Kilometer von Nischni Nowgorod und 80 Kilometer von Arsamas entfernt, etwa war das wichtigste Atomwaffenlabor, Swerdlowsk-45 (Lesnoi) im Ural nahe des heutigen Jekaterinburg eine große Bombenfabrik und das sibirische Krasnojarsk-26 (Schelesnogorsk) eine Kernstätte der Plutoniumproduktion. All diese Orte sind Zentren extremer Umweltbelastung.

So wurden in Toms-7 (Sewersk) hochaktive Abfälle einfach ins Erdreich gepresst. Vor der Küste von Nowaja Semlja und auch in der Japanischen See versenkten die Militärs Reaktoren von Atom-U-Booten. 1957 explodierte in der Plutoniumfabrik von Tscheljabinsk-40 (Osjorsk) ein 300.000-Liter-Abfalltank und setzte Millionen strahlende Partikel frei – mehr als bei dem Atom-Gau von Tschernobyl in die Umwelt gelangten. Später leiteten die Techniker geschätzte 76 Millionen Kubikmeter hochradioaktive Abwässer ungeklärt in den Tetscha-Fluss – das Wasser ist bis heute verseucht.<sup>129</sup>

Insgesamt haben die Sowjets – und zum Teil auch noch die Russische Föderation – rund 145 Tonnen waffentaugliches Plutonium

produziert. 17 Tonnen wurden bei Atomtests eingesetzt, landeten im Müll oder sind an Bord von Atom-U-Booten versunken.<sup>130</sup> Viel diskutierte Fragen der internationalen Sicherheitspolitik lauten, wie sich die restlichen rund 128 Tonnen und die Unmengen hochaktiver Abfälle aus zivilen und militärischen Atomanlagen sicher lagern und vor Missbrauch, etwa durch Terroristen, schützen lassen. Denn für eine sogenannte „schmutzige Bombe“ reichen bereits kleine Mengen an stark strahlendem Atommüll.<sup>131</sup>

Die misstrauischen Sowjetmilitärs ließen ihren Bombenstoff zwar überwiegend in der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik produzieren, erprobten ihre Atomwaffen aber eher in den Nachbarrepubliken oder am Rande Russlands. 1961 zündeten sie auf der Insel Nowaja Semlja in der Atmosphäre über dem arktischen Eismeer die mächtigste je getestete Atombombe mit der knapp 4.000-fachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. Auf dem Testgelände im ostkasachischen Semipalatinsk-21 fanden insgesamt 116 überirdische Atomtests statt – ohne Vorwarnung für die dort lebenden Bauern und Hirten. Die Folgen sind weiterhin zu spüren: In den umliegenden Ortschaften liegt die durchschnittliche Lebenserwartung etwa zehn Jahre unter dem kasachischen Durchschnitt.<sup>132</sup>

Wegen der Langlebigkeit radioaktiver Spaltprodukte bleiben die Altlasten aus der Sowjetzeit bis heute gefährlich. Dagegen lässt sich die „klassische“ Verschmutzung der Umwelt vergleichsweise einfach beheben. Viele der alten Industrieanlagen sind heute stillgelegt, weil sie nicht mehr rentabel waren oder modernisiert wurden. Die Einleitungen von ungeklärten Industrie- und kommunalen Abwässern in Bäche und Flüsse und die Emissionen in die Luft sind gegenüber 1990 um rund 40 respektive 30 Prozent zurückgegangen.<sup>133</sup> Dafür produzieren die Russen wegen des gestiegenen Lebensstandards

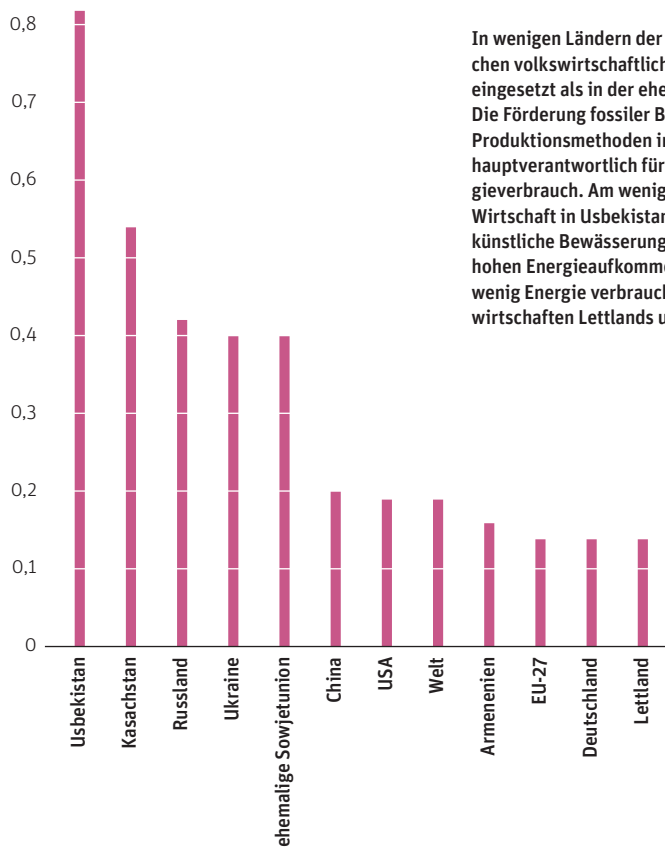
weitaus mehr Müll als zuvor. In Städten sorgt der wachsende Straßenverkehr für vermehrte Luftverschmutzung. Auch der Energieverbrauch steigt in den jüngsten Jahren wieder deutlich an. Immer noch hat Russland pro Kopf der Bevölkerung – und erst recht gemessen am Bruttoinlandsprodukt – weit höhere Emissionen von Staub, Schwefeldioxid und Schwermetallen als vergleichbare Industrieländer. „Trotz Modernisierungsanstrengungen verzeichnet Russland in den letzten Jahren eine im wachsenden Maße von Rohstoffexporten und Umweltschädlichkeit geprägte Wirtschaftsentwicklung“, resümiert der Human Development Report der Vereinten Nationen.<sup>134</sup>

Nachdem bis zur Gorbatschow-Ära kaum Informationen über die Umweltbelastung öffentlich wurden, räumte das staatliche Komitee für Umweltschutz 1989 in einem ersten Umweltreport ein, dass insgesamt 290 Gegenden unter einer „ungünstigen ökologischen Situation“ litten. Das waren 3,7 Millionen Quadratkilometer oder 16 Prozent der Fläche der gesamten Sowjetunion.<sup>135</sup> Noch heute registrieren 136 Städte, in denen 56 Millionen Menschen leben, eine hohe Luftbelastung, darunter sind 30 Städte mit einer „sehr hohen“ Luftverschmutzung.<sup>136</sup>

Am schlimmsten ist die Lage nach wie vor in den traditionellen Zentren der Kohle-, Chemie- und Schwerindustrie wie dem Kusbass, einer von 13 extrem verschmutzten Regionen, über denen meist ein toxischer Cocktail aus Schwermetallen, Stickoxiden, Schwefeldioxid, Halogenverbindungen und Phenolen hängt. Das New Yorker Blacksmith Institute listete zuletzt im Jahr 2007 unter den zehn am stärksten verschmutzten Orten der Welt allein vier auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion auf: das ehemalige Zentrum der Chemiewaffenproduktion Dserschinsk im Gebiet Nischni Nowgorod; die Petrochemie-Stadt Sumgait vor den Toren der aserbaidjanischen Hauptstadt Baku; die für Ausländer gesperrte nordsibirische Großstadt Norilsk, wo die größte Nickelhütte der Welt die Vegetation weiträumig vernichtet hat; sowie die Region um den havarierten ukrainischen Reaktor Tschernobyl.<sup>137</sup>

Ein Zeichen für die Rückständigkeit von Russlands Industrie ist die Höhe der sogenannten Energieintensität der Produktion: Das Land braucht zwei- bis dreimal so viel Energie wie Deutschland oder Schweden, um das gleiche Bruttoinlandsprodukt zu erwirtschaften. Die Ukraine geht ähnlich ineffizient mit der Ener-

**Aufgewendete Öleinheiten in Tonnen für eine Bruttowertschöpfung von 1.000 US-Dollar (2000) nach Kaufkraftparitäten**



### Wenig effizienter Energieverbrauch

In wenigen Ländern der Welt wird für den gleichen volkswirtschaftlichen Ertrag mehr Energie eingesetzt als in der ehemaligen Sowjetunion. Die Förderung fossiler Brennstoffe und veraltete Produktionsmethoden in der Industrie sind hauptverantwortlich für den gigantischen Energieverbrauch. Am wenigsten effizient arbeitet die Wirtschaft in Usbekistan. Hier trägt vor allem die künstliche Bewässerung der Baumwollfelder zum hohen Energieaufkommen bei. Vergleichsweise wenig Energie verbrauchen dagegen die Volkswirtschaften Lettlands und Armeniens.

**Energieintensität in verschiedenen Ländern, 2008 (Datengrundlage: International Energy Agency, Online-Datenbank, Paris)**



gie um.<sup>138</sup> Russland ist nach den USA und China der drittgrößte Kohlendioxid-Emittent der Welt und der zweitgrößte Produzent des Treibhausgases Methan, obwohl das Land in Sachen Einwohnerzahl weltweit nur Platz 9 belegt.<sup>139</sup> Hauptursachen für den enormen Methanausstoß sind die Erdgasförderung und die Lecks in den Pipelines. Generell gilt das russische Leitungssystem für Öl und Gas über weite Strecken als veraltet und korrodiert. Immer wieder kommt es zu verheerenden Unfällen wie in der Nähe der nordrussischen Stadt Usinsk. Die dortige, 20 Jahre alte Pipeline hatte seit Februar 1994 Öl verloren, das die Techniker mit einem künstlichen Deich zurückzuhalten versuchten. Als dieser im Oktober barst, strömten etwa 100.000 Tonnen Rohöl in die sibirische Tundra und von dort in die Flüsse Kolwa und Petschora, wo sich das Öl zwar auf natürliche Weise zersetzt, der tiefen Temperaturen wegen aber extrem langsam. Pro Jahr gehen in Russland bis zu 20 Millionen Tonnen Öl durch Leckagen verloren, das sind etwa vier Prozent der gesamten Fördermenge.<sup>140</sup>

## Zankapfel Klimawandel

Trotz allem spielt der Klimaschutz bis dato kaum eine Rolle im Land. Russland hat, wenn auch mit sieben Jahren Verzögerung, zwar das Kyoto-Protokoll ratifiziert und angekündigt, nach 2020 zehn bis 15 Prozent weniger Treibhausgase zu emittieren als 1990. Aber weil in der Transformationszeit nach der Wende eine große Zahl von Energie verschleudernden Industriebetrieben eingegangen ist, weist Russland schon

heute geringere Emissionen auf, als das Kyoto-Protokoll vorsieht. Künftig dürfte das Land also seine Emissionen deutlich steigern und würde immer noch als „Klimaschützer“ dastehen. Als ambitionierter gilt das Ziel, bis 2020 die Energieintensität um 40 Prozent zu senken, also deutlich klimaschonender zu produzieren.<sup>141</sup> Ein Schattendasein fristete Klimapolitik in Russland lange Zeit auch deswegen, weil sich viele russische Wissenschaftler einen Vorteil von der globalen Erwärmung versprechen. Denn nach den Klimaprognosen werden sich die nördlichen Breiten deutlich stärker aufheizen als mittlere oder äquatornahe Breiten. Schmelzendes Meereis und weniger Schneebedeckung führen zu einer dunkleren Erdoberfläche, die mehr Sonnenstrahlung absorbiert und die Erwärmung beschleunigt. Für Sibirien kann das eine Erwärmung von bis zu vier Grad bis 2030 bedeuten.<sup>142</sup>

Dadurch würden sich sowohl die Waldflächen wie auch die landwirtschaftlich nutzbaren Gebiete 200 bis 1.000 Kilometer weiter in den Norden ausdehnen.<sup>143</sup> Die Heizkosten sanken, die Nordost-Passage würde für Handelsschiffe passierbar und der Zugang zu neuen Rohstoffquellen im hohen Norden und im arktischen Meer sich verbessern. Allerdings dürften gerade die fruchtbaren Gebiete mit den Schwarzerdeböden und die Steppengebiete im Süden verstärkt unter Sommerdürre leiden. Zudem beginnt unter der Erwärmung längst der Permafrost aufzutauen, der 60 Prozent des russischen Staatsgebietes bedeckt.<sup>144</sup> Ein großer Teil der 200.000 Kilometer russischer Gas- und Ölpipelines verläuft über oder durch diesen bis in eine Tiefe von 1.500 Metern gefrorenen Boden. Gebäude, Straßen, Eisenbahnlinien, Hochspannungstrassen, Flughäfen, aber auch Atomkraftwerke, Fördertürme oder die

gigantischen Gift- und Atommülldeponien sind auf einen festen Untergrund angewiesen, beziehungsweise mit Stützpfehlern im Permafrost verankert. Sie geraten ins Wanken, wenn der Boden taut. Darüber hinaus setzen die auftauenden Moor- und Sumpfböden enorme Mengen an Kohlendioxid und Methan frei – Treibhausgase, die ihrerseits den Treibhauseffekt weiter schüren.

Einen Vorgeschmack auf unkalkulierbare Wetterbedingungen bekamen die Russen im heißen Sommer 2010: Die um diese Jahreszeit üblichen Wald- und Torfbrände gerieten außer Kontrolle und entwickelten sich zu rund 700 Großfeuern. 70.000 Quadratkilometer Wald, eine Fläche so groß wie das deutsche Bundesland Bayern, gingen in Flammen auf, und weil auch viele Felder brannten, die schon zuvor unter der Dürre vertrocknet waren, brach die Getreideernte in den ersten zehn Monaten des Jahres um knapp 40 Prozent ein.<sup>145</sup> Moskau und andere Städte lagen wochenlang unter einer giftigen Smogwolke. Nach Schätzungen reduzierte sich durch die Feuer das russische Wirtschaftswachstum um einen Prozentpunkt – entsprechend einem Verlust von umgerechnet elf Milliarden Euro.<sup>146</sup> Und das freigesetzte Kohlendioxid heizt dem Klima weiter ein.



## Städte Leben nach Plan

Die globale Finanzkrise 2008 traf Russland härter als andere aufstrebende Volkswirtschaften. Die rohstoffdominierte Wirtschaft erwies sich nicht nur als besonders anfällig, sondern die Krise legte auch offen, dass die Jahre des Booms nicht ausreichend genutzt worden waren, um die Volkswirtschaft auf eine breitere Basis zu stellen.

Schmerzlich bekamen dies zuerst die Monostädte, die monogoroda, zu spüren – Städte, die von der Produktion eines einzigen Kombinars oder mehrerer Großbetriebe eines Industriezweiges abhängig sind. Die meisten Monostädte sind Relikte der sozialistischen Planwirtschaft. Die ließ im Laufe der beschleunigten Industrialisierung über das ganze Land verteilt Fabriken nebst zugehörigen Arbeitersiedlungen aus dem Boden stampfen. Diese Zentren waren in erster Linie Produktionsstätten. Die Bedürfnisse und Wünsche ihrer Einwohner bedienten sie nur in geringem Maße.

Nach offizieller Definition ist ein Ort eine Monostadt, wenn mehr als ein Viertel der arbeitenden Bevölkerung in einem einzigen Betrieb oder Industriesektor beschäftigt ist oder mindestens die Hälfte der Industrieproduktion auf einen Wirtschaftszweig entfällt. Ein Unternehmen gilt als „stadtbildend“, wenn 50 Prozent der Bewohner – Mitarbeiter eingeschlossen – von den sozialen und kommunalen Versorgungsleistungen dieses Betriebs abhängig sind.<sup>147</sup> Inzwischen definieren russische Experten die Monostadt aber auch als ein Überbleibsel der Industrialisierung, deren Tage gezählt sind: „Monostädte sind Siedlungen, deren Einwohner und Organisationen aus eigenen Kräften nicht

in der Lage sind, die Risiken der wirtschaftlichen Außeneinflüsse zu kompensieren und nachhaltiges Wachstum des Ortes zu garantieren.“<sup>148</sup>

Das Krisenprogramm der russischen Regierung vom Dezember 2010 nennt 335 Monostädte.<sup>149</sup> Insgesamt gibt es indes weit mehr Siedlungspunkte mit Monostruktur. In der offiziellen Statistik sind Orte, die von der Armee unterhalten werden, und geschlossene Siedlungen, die einer Geheimhaltungsstufe unterliegen, nicht inbegriffen. Insgesamt erfüllen von den 1.090 Städten in der Russischen Föderation rund 450 die Kriterien einer Monostadt. In ihnen leben 25 Millionen Menschen, rund ein Sechstel der Bevölkerung. Vor der Krise erwirtschafteten die Monostädte bis zu 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.<sup>150</sup>

Die Gas und Öl fördernden Monostädte in Westsibirien überstanden die Baisse ohne nennenswerte Einbußen. Am härtesten traf es Orte, die vom Maschinenbau und der Autoindustrie leben. Aber auch der Chemie-, der Zellstoff- und der Baustoffsektor wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Ein föderales Programm stellte 2010 den am ärgsten betroffenen Städten umgerechnet 500 Millionen Euro Soforthilfe zur Verfügung. Die anfänglich 27 Empfängerkommunen wurden auf 35 erweitert und sollen 2011 auf mindestens 50 aufgestockt werden.<sup>151</sup> Als erste erhielt die Autostadt Togliatti, in der der Lada gebaut wird, ein Hilfspaket. Mit mehr als 700.000

Einwohnern ist sie Russlands bekannteste und größte Monostadt. Das Zentrum der LKW-Produktion in Nabereschnyje Tschelny wurde ebenfalls bedacht. Auch Swetlogore im Fernen Osten, wo zwar nur 1.900 Einwohner leben, aber das wichtige Metall Wolfram gefördert wird, bekam einen Zuschlag.

Das Investitionsprogramm setzt sich hohe Ziele: Die Planer gehen davon aus, dass ein staatlich bereitgestellter Rubel zehn Rubel von Großkonzernen und privaten Investoren für die Industriesanierung einspielt. Grundsätzlich beklagt sich die Kommission jedoch über einen Mangel an förderungswürdigen Innovationsprojekten. So zeigte sich ein Drittel der großen Monostädte nicht in der Lage, zukunftssträchtige Projekte zu entwerfen. Überdies sind 76 Prozent der Monostädte kleinere Gemeinden, denen schon die Mittel für einen Entwurf fehlten.<sup>152</sup>

### Wie viel Stadt braucht Russland?

Der Umbau stellt Russland vor gewaltige Schwierigkeiten. Da die Planwirtschaft bei den Stadtgründungen nicht marktwirtschaftlich kalkulierte, wurden Transportkosten und klimatische Bedingungen ebenso wenig berücksichtigt wie die Tatsache, dass viele der Orte an geografisch unmöglichen Stellen lagen: Bis heute sind viele Städte nicht oder nur saisonal über den Landweg zu erreichen.

Gleichwohl folgten Stadtgründungen schon zu Zarenzeiten anderen Zielen als im Westen. Die Stadt entstand nicht als Zusammenschluss freier Individuen, sondern diente der politischen Herrschaft als administratives Zentrum. Während es in Europa hieß „Stadtluft macht frei“, verkörperten russische Städte eher Horte der Unfreiheit. Die Sowjetunion blieb dieser Tradition treu.

Weltweit unterliegt die Stadtentwicklung einer Dynamik, die mit dem Zipf-Gesetz umschrieben wird: Demnach beherbergt die größte Stadt eines Landes etwa doppelt so viele Einwohner wie die zweitgrößte, dreimal so viele wie die drittgrößte und so weiter. Auf Russland trifft das Gesetz nicht zu: Städte wie Nowosibirsk, Nowgorod, Jekaterinburg, Samara und Omsk haben alle nur etwa eine Million Einwohner. Diese Städte der zweiten Kategorie sind häufig zu klein, um sich zu Lokomotiven der Innovation zu entwickeln. Urbane Zentren zwischen 1,5 und vier Millionen Einwohnern, die dies leisten könnten, fehlen.

Die bisherigen Versuche, Arbeitskräfte aus dem Norden und anderen wirtschaftlich angeschlagenen Regionen umzusiedeln, scheiterten vielfach am Wohnungsmarkt und einem unterentwickelten Kreditwesen. Wer aus solchen Regionen in eine prosperierende umsiedeln möchte, ist häufig nicht in der Lage, den Umzug vorzufinanzieren. Vor allem deckt der Verkauf der alten Immobilie nicht

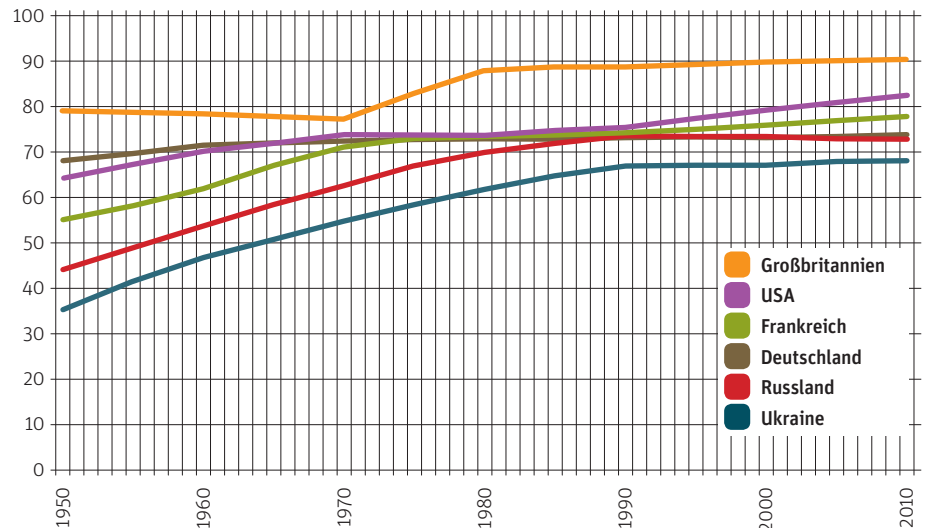
den Kaufpreis am neuen Ort. Grundsätzlich gilt die russische Bevölkerung als wenig mobil. In Krisenzeiten sinkt die Bereitschaft zum Wohnortwechsel noch mehr, da sich viele Menschen mit Lebensmitteln aus dem eigenen Garten versorgen. Findet Migration statt, so wandert vor allem die Jugend ab. Workuta beispielsweise, Kohlezentrum und Gulag-Gründung jenseits des Polarkreises, verlor seit 1989 mehr als ein Drittel der Bewohner. Da die ältere Generation zurückblieb, konnte die Stadt kaum etwas von der sozialen Infrastruktur einsparen.<sup>153</sup>

Die großen Metropolen, Moskau und St. Petersburg, erwiesen sich trotz aller Schwierigkeiten in der Krise anpassungsfähiger als die Städte anderer Regionen. Auf der Basis dieses Wissens wurden auf Regierungsebene in jüngster Zeit offenbar Überlegungen angestellt, die Landkarte Russlands nachhaltig zu verändern. In einem noch nicht veröffentlichten Entwurf ist vorgesehen, die Bevölkerung langfristig um 20 Ballungszentren herum anzusiedeln.<sup>154</sup> Die Förderung kleinerer Städte (bis zu 100.000 Einwohner) gilt als perspektivlos. Stattdessen sollen Ressourcen

für Investitionen und Modernisierung gebündelt werden. Die Grundlage der neuen Ökonomie bilden Drei-Millionen-Agglomerationen: „Auf der Basis intellektueller Ressourcen entstehen Wissens-Infrastruktur, ein neues Modell städtischer Verwaltung und das Konzept einer kreativen Stadt.“ Voraussetzung dafür sei eine offene Migrationspolitik. Ohne die Initiative prognostizieren die Planer Millionenstädten wie Omsk, Kasan, Ufa, Tscheljabinsk, Rostow und Perm bis 2030 Bevölkerungseinbußen. Einzig Moskau, St. Petersburg, Nowosibirsk, Nischni Nowgorod, Jekaterinburg und Samara würden weiter wachsen.<sup>155</sup> Der Entwurf entfernt sich von dem sowjetischen Postulat einer flächen-deckenden Besiedlung. Ob die Politik über Mittel und Willen verfügt, ein solches Mega-projekt umzusetzen, bleibt jedoch fraglich. Experten warnen schon vor bürokratischer Überplanung und erinnern daran, dass erfolgreiche Agglomerationen auf natürlichem Wege entstehen.

## Urbanisierung auf Russisch

Im 20. Jahrhundert verwandelten die sowjetischen Machthaber den ehemaligen Bauernstaat in einen Industriegiganten. Immer mehr Menschen zogen im Laufe der Industrialisierung, die schon vor dem Zweiten Weltkrieg begonnen hatte, in die Städte. Diese wurden oft eigens zum Zwecke der Produktion aus dem Boden gestampft und sind noch immer von einem Unternehmen abhängig – sogenannte Monostädte. Heute leben in Russland und der Ukraine nur unwesentlich weniger Menschen in Städten als etwa in Deutschland oder Frankreich – viele von ihnen jedoch in kleinen Städten von wenigen zehntausend Einwohnern. Diese liegen zudem weit verstreut über das riesige Territorium. Ballungsräume mit mehreren Millionen Menschen, die zu Wachstumslokomotiven werden könnten, fehlen in der Siedlungsstruktur weitestgehend.



Prozentualer Anteil der in Städten lebenden Bevölkerung in ausgewählten Ländern, 1950 bis 2010 (Datengrundlage: Vereinte Nationen, World Urbanization Prospects: The 2007 Revision Population Database, New York)

# 10

## Sicherheit

### Zwischen außenpolitischem Anspruch und innenpolitischen Gefahren

Wie soll Russland künftig seine 20.000 Kilometer lange Grenze sichern? Welchen inneren Gefahren wird sich der mächtigste Nachfolgestaat der Sowjetunion in Zukunft stellen müssen? Diese und andere sicherheitspolitische Fragen stellen sich für die russische Politik immer häufiger aus demografischer Sicht.

Ein einfaches Rechenexempel verdeutlicht den Hintergrund: Ab 2016 sollen eine Million Mann in den Streitkräften dienen, das Gros davon als Wehrpflichtige. 2008 waren noch rund eine Million junge Männer im Einzugsalter von 18 Jahren. 2017 wird deren Zahl jedoch auf knapp 630.000 gesunken sein. Nach Kürzung der Wehrpflicht auf zwölf Monate im Jahr 2008 bräuchte die Armee jährlich 600.000 Rekruten, um die Reihen zu füllen. Das wird auch dann noch zu Engpässen führen, wenn alle Wehrpflichtigen unbesehen ihrer Diensttauglichkeit eingezogen würden. Doch bislang lag die Einberufungsquote nur bei 25 Prozent. Viele potenzielle Soldaten lassen sich freistellen, um ein Hochschulstudium aufzunehmen. Andere scheiden wegen schlechter Gesundheit aus – weit mehr als tatsächlich gesundheitlich beeinträchtigt sind. Und wer es sich leisten kann, kauft sich vom Wehrdienst frei, um nicht zum Ziel der berüchtigten Schikanen und Misshandlungen durch ältere Soldaten oder Vorgesetzte zu werden.

Der typische Eingezogene stammt aus der Unterschicht, ist wenig gebildet und oftmals alkohol- oder drogenabhängig.<sup>156</sup> Von den 305.000 im Frühjahr 2009 gemusterten Männern hatten nach Angaben des Veteranausschusses der Gesellschaftskammer 100.000 zuvor eine Haft- oder Bewährungsstrafe verbüßt.<sup>157</sup> Selbst wenn diese Zahl eine Übertreibung sein sollte, wird es in Zukunft nur möglich sein, genügend und ausreichend qualifizierte Rekruten zu finden, wenn sich die allgemeine Gesundheitslage der russischen Bevölkerung bessert und die Einhaltung der Menschenrechte in der Truppe wirksam kontrolliert wird.

#### Hard Power vs. Soft Power

Die bedauernde Verfassung der konventionellen Streitkräfte ist in Russland seit 20 Jahren ein Dauerthema. Zahlreiche Reformen wurden in Angriff genommen, die aber meist am Widerstand der Militärs und an mangelnden Ressourcen scheiterten. Den Sprung vom Industrie- ins Informationszeitalter hat die Armee nie vollzogen. Der Anteil moderner Waffen betrug laut Verteidigungsminister Anatoli Serdjukow 2009 lediglich zehn Prozent. Bis 2020 sollen diese auf 70 Prozent aufgestockt werden.<sup>158</sup> Unter anderem die Verluste unter russischen Soldaten im letztlich siegreichen Georgien-Krieg 2008 veranlassten den Kreml, eine neue Reform zu lancieren, die Experten im Vergleich zu den vorangegangenen für den bislang glaubwürdigsten Versuch halten. Kern des Umbaus: Die heutige Mobilisierungsarmee, die auf eine große Zahl von Reservisten zurückgreifen kann, soll einer Einsatzarmee mit kleinen, sofort mobilisierbaren Einheiten weichen. Damit will Russland flexibler auf lokale Konflikte reagieren. Gerade im unruhigen russischen Süden scheint dies dringlicher als je zuvor.<sup>159</sup>

Dass die Qualitäten einer Großmacht nicht mehr allein an militärischer Potenz und territorialer Größe gemessen werden, trifft im vom nationalstaatlichen Paradigma des 19. Jahrhunderts geprägten Denken Moskaus bisher auf wenig Verständnis. Territorium und militärische Macht sind zwar nicht überflüssig geworden, gegenüber „Soft Power“-Qualitäten verlieren sie aber an Bedeutung: Heute messen moderne Staaten ihren internationalen Einfluss immer mehr an technologischer Innovationsfähigkeit, einem gut ausgebildeten Humankapital, an kulturellen Ressourcen und einem modernen Wertesystem.

Ohnehin stellt sich die Frage, inwiefern eine möglicherweise gefährdete außenpolitische Großmachtstellung das dringlichste Sicherheitsproblem Russlands ist. Denn wer sollte Russland überhaupt angreifen? In Moskau galten zumindest bis zum Beginn der Ära Medwedew die USA, die Nato und China als Hauptrisiken. Die Militärdoktrin 2020 lässt auf einen Paradigmenwechsel hoffen: Washington und Brüssel werden zwar als „militärische Gefahren“ genannt, nicht aber als „militärische Bedrohungen“, es besteht also keine „realistische Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts“.<sup>160</sup>

Die außen- und sicherheitspolitische Elite des Landes äußert sich ähnlich: In einer Umfrage des Moskauer Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Soziologischen Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften bezeichnen knapp zwei Drittel der Befragten – unter ihnen Experten, Meinungsmacher und hochrangige Beamte – das Niveau der nationalen Sicherheit als unbefriedigend. Das Ausland und das Militär spielen dabei allerdings eine untergeordnete Rolle: Eine Anspannung in den internationa-

len Beziehungen rangiert unter 70 möglichen Bedrohungen nur auf Platz 28, auf Rang 30 findet sich die wachsende wirtschaftliche und militärische Macht Chinas, und ein militärischer Überfall durch andere Staaten kommt gar nur auf Platz 62. Unter den Top-Ten finden sich dagegen hauptsächlich innere Bedrohungen wie Korruption in den Behörden, Rückständigkeit der Wirtschaft oder Terrorgefahr. Auch die demografische Schrumpfung und der schlechte Gesundheitszustand der Bevölkerung tauchen ganz vorne auf.<sup>161</sup>

Experten sehen in der demografischen Krise also durchaus ein Sicherheitsrisiko für Russland. Ob der rein zahlenmäßige Rückgang potenziell Wehrpflichtiger allerdings der Kern des Übels ist, scheint fraglich. Viel mehr im Vordergrund dürften in Zukunft die Leistungsfähigkeit und der Bildungsstand der jungen Menschen stehen. Sie werden über die wirtschaftlichen Potenziale Russlands und damit indirekt über die Möglichkeit entscheiden, das Militär zu modernisieren und den weltpolitischen Einfluss zu stärken.

In den Augen vieler Russen bildet auch der steigende Bevölkerungsanteil nicht-russischer Ethnien eine wachsende Gefahr. Die Konfrontationen im Kaukasus und die wiederholten Anschläge im Zentrum des Landes haben die Terrorangst und Fremdenfeindlichkeit unter der russischen Bevölkerung wachsen lassen. Viele projizieren ihre Ängste bereits auf die Streitkräfte und warnen davor, dass nicht-russische junge Männer schon bald die Mehrheit der Rekruten ausmachen könnten. Militärische Operationen in ethnischen Spannungsgebieten, etwa in Tschetschenien, würden so schwerer durchführbar.<sup>162</sup> Zweifelsohne birgt die zunehmende ethnische Polarisierung der Gesellschaft ein hohes Gefahrenpotenzial. Denn die Spirale von gegenseitigem Misstrauen lässt sich nur sehr langsam zurückdrehen.

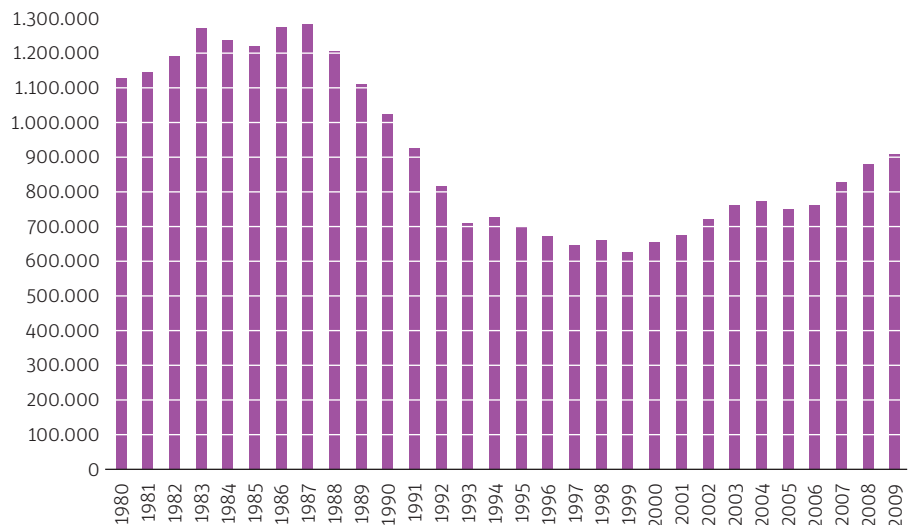
Die russische Sicherheitspolitik tut sich noch schwer, den Spagat zwischen außenpolitischem Führungsanspruch und innenpolitischen Herausforderungen zu meistern. Dies veranschaulicht die „Nationale Sicherheitsstrategie bis 2020“. Sie stellt klar, dass es Russlands Ziel sein muss, wieder einen

Weltmachtstatus zu erreichen und hinsichtlich strategischer Waffen mit den Vereinigten Staaten gleichzuziehen. Gleichzeitig erkennt sie eine stabile wirtschaftliche Entwicklung und einen hohen Lebensstandard der Bürger als Grundlage für die Sicherheit an. Die Strategie enthält selbst Abschnitte zu den Themen Wissenschaft, Kultur, Gesundheit und dem verantwortungsvollen Umgang mit der Natur.<sup>163</sup>

Diese Überlegungen sind vor dem Hintergrund der globalen Wirtschaftskrise entstanden und betonen deswegen ökonomische Aspekte. Die Strategie ist jedoch ein weiterer Schritt der Abkehr von der Sicherheitspolitik des Kalten Krieges, die sich auf das militärische Faustpfand der nuklearen Bewaffnung stützte. Dieses ist zwar ein wirksames Drohmittel in internationalen Konflikten, praktisch jedoch von geringem Nutzen, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten – vor allem wenn es um innere Bedrohungen geht.

### Immer weniger männliche Neugeborene

Nach einem kurzen Zwischenhoch in der Gorbatschow-Ära Mitte der 1980er Jahre halbierte sich die Zahl der männlichen Neugeborenen in Russland binnen zwölf Jahren. Entsprechend stark ist die Zahl der potenziell Wehrpflichtigen in den letzten Jahren gesunken. Von den gut 626.000 Jungen, die im Jahr 1999 geboren wurden, dürfte 2017 zudem nur ein Bruchteil tatsächlich eingezogen werden. Die Mehrheit (der bis dahin Überlebenden) wird sich nach heutigem Stand entweder vom Dienst freikaufen oder ihn aus gesundheitlichen Gründen nicht antreten. In den letzten Jahren ist die Zahl der Geburten wieder etwas gestiegen. Sie wird allerdings schon bald wieder fallen, wenn die ausgedünnten Jahrgänge der 1990er Jahre ins Alter der Familiengründung kommen.



Anzahl geborener Jungen in Russland, 1980 bis 2009  
(Datengrundlage: Rosstat, Demografitscheski Jeschegodnik Rossii – 2010 g., Moskau)

# EUROPÄISCHES RUSSLAND

Föderationskreis **ZENTRALRUSSLAND**

Föderationskreis **NORDWESTRUSSLAND**

Föderationskreis **SÜDRUSSLAND**

Föderationskreis **NORDKAUKASUS**

Föderationskreis **WOLGA**

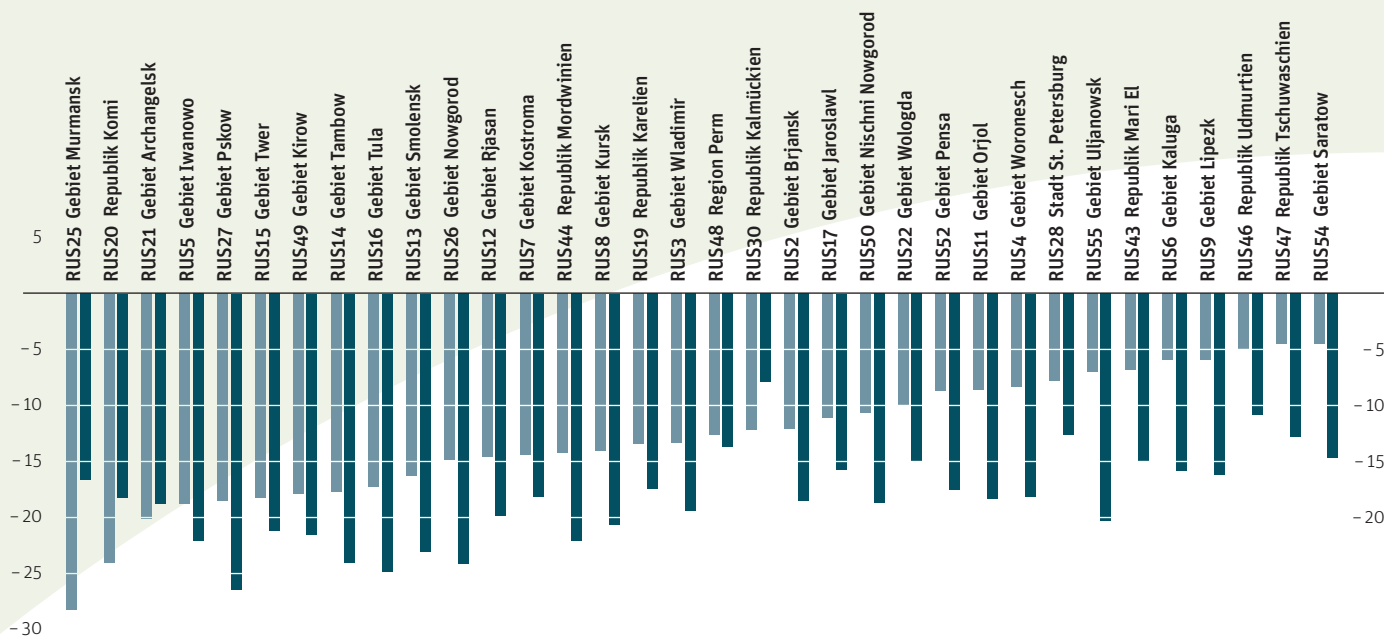
## Bevölkerungsentwicklung in Prozent

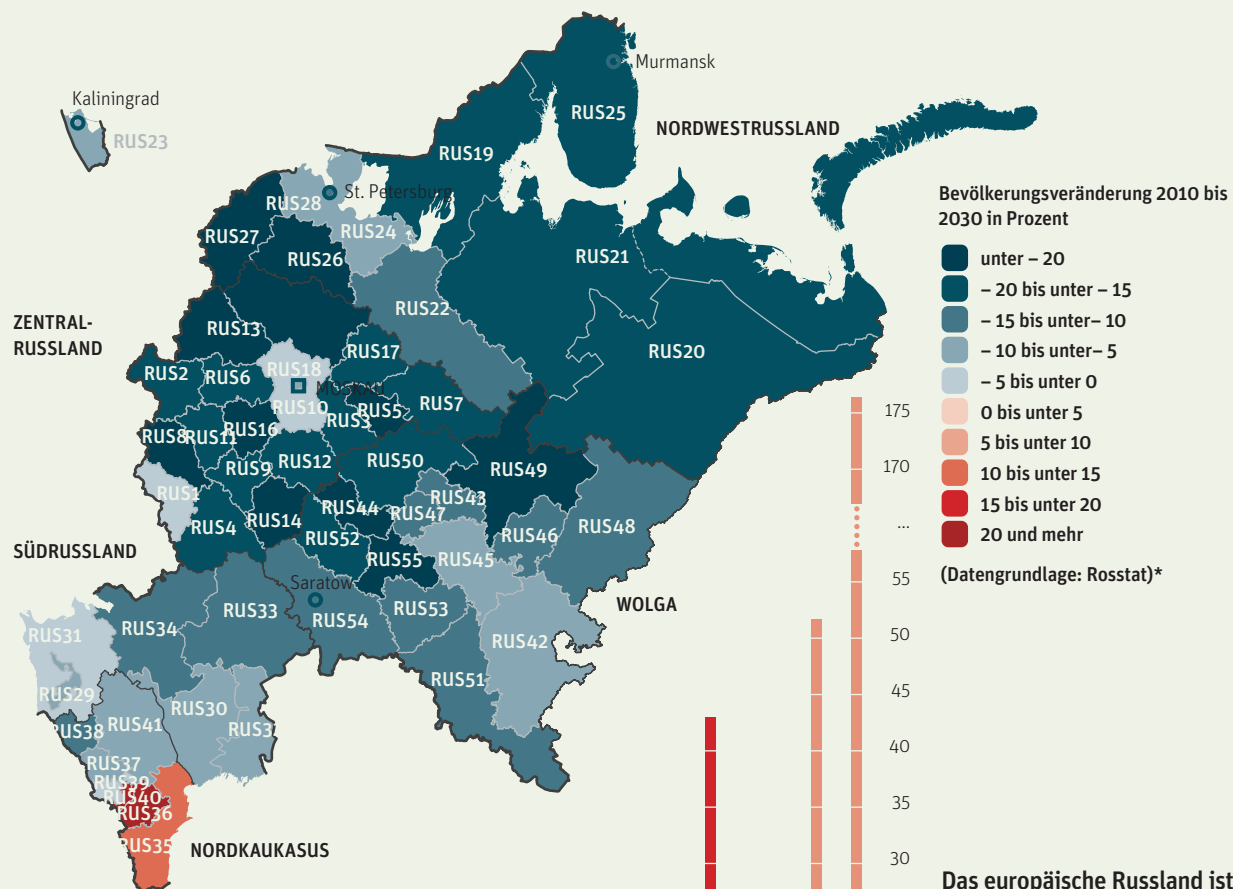
- 1989 (Zensus) bis Ende 2009
- Anfang 2010 bis Ende 2030

(Datengrundlage: Eigene Berechnungen auf Grundlage von Rosstat, Zentralnaja Basa Statistitscheskich Dannych; Demoscope Weekly. Wsesojusnaja Perepis Naselenija 1989 Goda, Moskau)

Im europäischen Teil Russlands, dem historischen Kern des Landes, der sich bis zum Uralgebirge ausbreitet, leben 73 Prozent aller Russen auf nur etwas mehr als 20 Prozent der gesamten Landesfläche. Unangefochtenes Zentrum der Region ist Moskau, das ob seiner Wirtschaftskraft Jahr für Jahr zehntausende Zuwanderer anzieht. Davon profitiert auch das Umland der Hauptstadt, allerdings

finden sich in unmittelbarer Nähe Moskaus auch viele strukturschwache Industrieregionen, die unter einer Vielzahl ökonomischer und sozialer Probleme leiden. Große Herausforderungen liegen im Gesundheitsbereich, unter anderem, weil die Bevölkerung hier schneller altert als anderswo in Russland. Wegen des natürlichen Einwohnerschwunds ist die Region künftig immer mehr auf Zuwanderung angewiesen. Anders sieht es weit entfernt von Moskau aus, im Süden und Osten, denn dort liegen die Kinderzahlen höher. Hier sind viele nicht-russische Ethnien beheimatet, etwa in den Republiken Tatarstan, Baschkortostan und Mari El, vor allem aber im Nordkaukasus mit den Krisenregionen Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan. Diese Gebiete standen erst Ende des 19. Jahrhunderts vollständig unter russischer Kontrolle und kämpften zum Teil seit dem Fall der Sowjetunion um ihre Unabhängigkeit. Zwei Kriege in Tschetschenien haben die Infrastruktur der Republik nachhaltig beschädigt. Auch der wachsende islamistische Extremismus und der Anti-Terror-Kampf der russischen Regierung lassen die Region nicht zur Ruhe kommen.

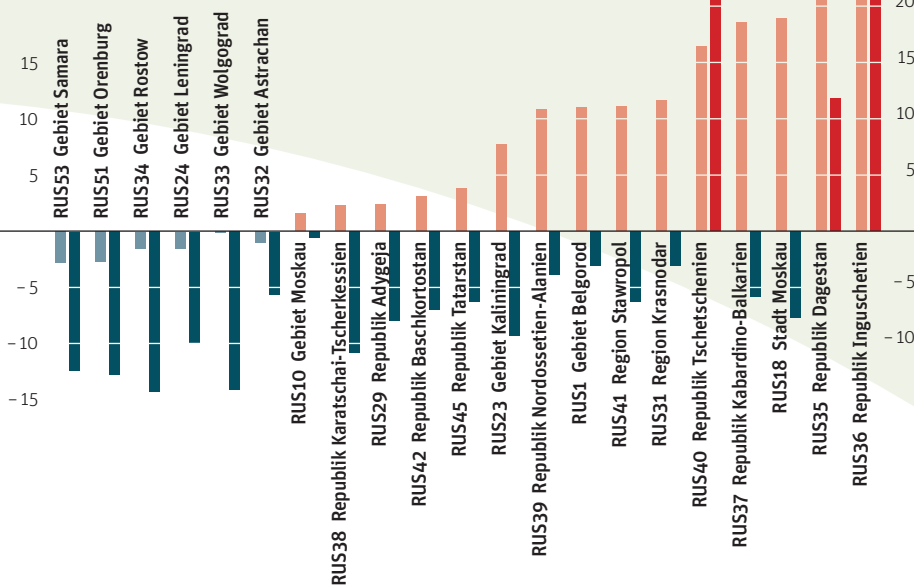




Bevölkerungsveränderung 2010 bis 2030 in Prozent

- unter - 20
- 20 bis unter - 15
- 15 bis unter - 10
- 10 bis unter - 5
- 5 bis unter 0
- 0 bis unter 5
- 5 bis unter 10
- 10 bis unter 15
- 15 bis unter 20
- 20 und mehr

(Datengrundlage: Rosstat)\*



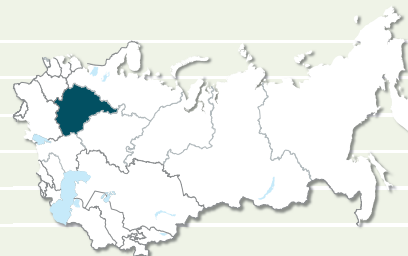
### Das europäische Russland ist demografisch zweigeteilt

In Nordwest- und Zentralrussland sowie in weiten Teilen der Wolgaregion befinden sich die Bevölkerungszahlen seit Jahren auf Talfahrt. Anhaltend niedrige Kinderzahlen und die fortgeschrittene Alterung der Bevölkerung bedeuten, dass dieser Trend sich noch verschärfen wird. Im Süden des europäischen Russlands, also im Nordkaukasus, wo patriarchalische Familienstrukturen für hohe Kinderzahlen sorgen und die Religion noch eine größere Bedeutung hat, wächst die Bevölkerung hingegen vielerorts.

\* Den Bevölkerungsprognosen liegt die niedrige Variante der russischen Bevölkerungsvorausberechnung zu Grunde, da diese am ehesten mit der von den Vereinten Nationen gerechneten Prognose vergleichbar ist, die in anderen Teilen der Studie für die restlichen Länder benutzt wurde.

# Föderationskreis ZENTRALRUSSLAND

Einwohnerzahl 2010	37,12 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	32,62 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	57
Kinderzahl je Frau 2009	1,42
Lebenserwartung bei Geburt 2009	69,4
Migrationssaldo 2009	159.763
Durchschnittsalter 2010	41,0



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Magnet Moskau

Gegen Ende der 1980er Jahre registrierten Moskaus Behörden 300.000 PKW. Bei einer Bevölkerung von ungefähr 8,7 Millionen Menschen gehörte damit einem von 30 Bürgern ein Auto. Die glücklichen Besitzer eines Wagens konnten mit hoher Geschwindigkeit über die weiten Boulevards der Stadt brausen. Heute quälen sich die Halter von mehr als vier Millionen Autos auf den gleichen Straßen täglich im Schrittempo zur Arbeit.<sup>164</sup>

Nicht nur die Vervielfachung der Fahrzeugzahl zeigt, dass Moskau boomt. Das Bruttoinlandsprodukt ist hier größer als in den anderen 17 Regionen Zentralrusslands zusammen – das Gleiche gilt für den Haushalt der Stadt.<sup>165</sup> Über die Hälfte aller Kreditinstitute des Landes waren 2007 in der Metropole ansässig.<sup>166</sup> Und fast die Hälfte aller in Moskau Beschäftigten besitzt einen Hochschulabschluss – mehr als in London.<sup>167</sup> Eine auf Wissen und Dienstleistungen basierende Wirtschaft, nach der Russland strebt, scheint hier ihren Ausgangspunkt gefunden zu haben.

In gleichem Maße, wie Moskau sich zu einem Zentrum für multinationale Konzerne gemauert hat, zieht es jährlich Hunderttausende Migranten an. Ob aus Russland, den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, China, Vietnam oder afrikanischen Ländern – von überall her strömen die Menschen in die Metropole. In den letzten zwanzig Jahren ist die Bevölkerung um beinahe zwei Millionen auf weit über zehn Millionen Menschen gewachsen. Hinzu kommen bis zu drei Millionen nicht registrierte Zuwanderer.<sup>168</sup>

Einheimische und Zugezogene finden in Moskau dieser Tage eine Mischung aus Relikten der Sowjetzeit und Blüten eines globalen Kapitalismus. Auf grauen Plattenbauten preisen grelle Leuchtreklamen die neuesten Errungenschaften der Technik an. In den winzigen Kiosken der Metrostationen verführen Handys, Digitaluhren und Schmuck die Massen der gestressten Pendler zum Kauf. Und auf den riesigen Ausfallstraßen röhren die Limousinen und Geländewagen der höchsten Preisklasse. Die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft hat Reichtum für einige und Wohlstand für viele gebracht – allerdings auch einen Haufen Probleme.

Eines der großen Sorgenkinder Moskaus ist die Infrastruktur. Das Straßennetz der Hauptstadt ist hoffnungslos überlastet, Parkplätze sind Mangelware. Die Autos dominieren das Erscheinungsbild der Stadt dermaßen, dass die wenigen Grünflächen im Zentrum gar nicht auffallen. Wer der Fahrzeuglawine in die Metro entfliehen will, muss sich trotz des 40-Sekunden-Takts auf chronisch überfüllte Wagen einstellen. Wohnraum ist nicht nur notorisch knapp, sondern für viele auch unbezahlbar. Anfang des Jahres 2008 kostete der Quadratmeter im Schnitt deutlich über 3.000 Euro.<sup>169</sup> In Berlin zahlten Käufer zur gleichen Zeit kaum mehr als 1.000 Euro.<sup>170</sup> Kein Wunder, dass jeden Morgen eine Lawine von Pendlern aus den umliegenden Gebieten auf die Metropole zurollt. Über eine Million derer, die in Moskau beschäftigt sind, bevorzugen den deutlich günstigeren Wohnraum im Umland und nimmt die tägliche Reise in Kauf.<sup>171</sup>



## Die offene geschlossene Stadt

Noch 1920 lebte in dem von Bürgerkrieg und Erstem Weltkrieg arg dezimierten Moskau lediglich eine Million Menschen. Als Hauptstadt und industrielles Zentrum der neu gegründeten Sowjetunion übte Moskau jedoch eine große Anziehungskraft auf Menschen in allen Teilen der Union aus. Schon 1930 hatte sich die Einwohnerzahl verdreifacht – die damit verbundenen Probleme ließen nicht lange auf sich warten.<sup>172</sup> Zudem feuerte die Hungersnot des folgenden Jahrzehnts die aufkeimende Wohnungs- und Versorgungskrise an: Hunderttausende flohen aus ländlichen Gegenden in die Hauptstadt und folgten so den Nahrungsmitteln, welche die Regierung rigoros in die urbanen Zentren schaffen ließ.

Um die grassierende Landflucht einzudämmen, führten die sowjetischen Machthaber 1932 einen Inlandspass ein, der den Zugang zu den großen Städten reglementieren sollte. Gültig war er nur mit der Propiska, einem Stempel, der dem Empfänger erlaubte, in einer bestimmten Stadt zu wohnen und zu arbeiten. Durch das neue System hatte zwar jeder Bürger der Sowjetunion einen festen Wohnsitz, konnte diesen allerdings nur unter besonderen Umständen wechseln. Lediglich Verwandtschaft, ein Jobangebot oder freiwilliger Tausch mit einem anderen Bürger gewährten Zugang zu einer Stadt wie Moskau.

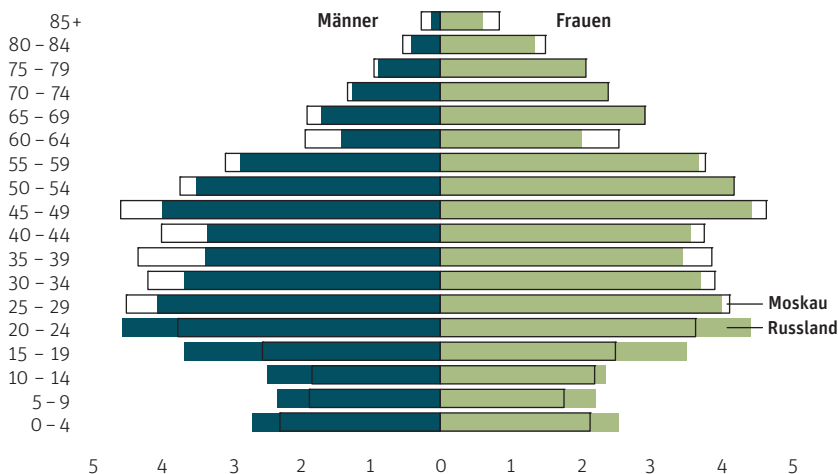
Den Zustrom an Migranten vermochte indes auch der Inlandspass nicht zu stoppen. Wer wirklich nach Moskau wollte, schaffte es. Viele tauchten unter und gingen informellen Tätigkeiten nach, andere besorgten sich illegale Pässe, um auch auf dem regulären

Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Wiederum andere gingen Scheinehen mit Städtern ein. Bis zu Beginn des Zweiten Weltkriegs hatte die schnell fortschreitende Industrialisierung eine weitere Million Menschen angezogen. Zur erklärten Obergrenze von fünf Millionen Einwohnern fehlten damit nur noch einige Hunderttausend.<sup>173</sup>

Nach dem Krieg, der die Bevölkerung Moskaus auf 2,5 Millionen ausgedünnt hatte, kamen weitere Zuwanderer. In den frühen 1970er Jahren durchbrach die Stadt erstmals die Sieben-Millionen-Grenze, womit auch die nach oben korrigierte Zielsetzung der Sowjetplaner hinfällig geworden war.<sup>174</sup> Um das rasante Wachstum zu bremsen, begannen diese, die Industrien aus der Stadt zu verlagern. Das Plansoll wurde allerdings nur in 40 der vorgesehenen 400 Fälle umgesetzt, während derweil innerhalb der Stadtgrenzen 200 neue Betriebe entstanden.<sup>175</sup> Die Scharen von Arbeitern, die weiterhin in die Stadt strömten, siedelten sich nun immer weiter entfernt vom Zentrum an, sodass die eigentliche Grenze der Stadt, der Autobahnring, an mehreren Stellen durchbrochen werden musste. 1985 gaben die Behörden dem Bevölkerungsdruck schließlich nach und gemeindeten zahlreiche Siedlungen ein, wodurch Moskau seine heute charakteristische Ringform mit geschwulstartigen Ausbeulungen zu allen Seiten erhielt. Am Ende der Sowjetunion lebten in der nun auch flächenmäßig gewachsenen Stadt neun Millionen Menschen.

## Moskaus Zuwanderer stärken die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter

Da in Moskau sehr wenige Kinder geboren werden, ist die Bevölkerung im Schnitt etwas älter als jene von ganz Russland. Vor allem die jüngeren Jahrgänge sind in der Metropole stark unterbesetzt. Dennoch stehen der Hauptstadt prozentual mehr Arbeitskräfte zur Verfügung als dem gesamten Land. Hier zeigt sich der Effekt der Zuwanderer, die meist im Alter zwischen 20 und 39 Jahren nach Moskau kommen und inzwischen 30 bis 40 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung ausmachen.<sup>176</sup>



Bevölkerung nach Altersgruppen und Geschlecht in Moskau und Russland in Prozent, 2008 (Datengrundlage: Rosstat)

## Randgruppen in der Boomstadt

Mit der Aufsplitterung der Sowjetunion gewannen internationale Wanderungen gegenüber der Binnenmigration an Bedeutung – freilich ohne deren Ausmaß zu übertreffen. Den Anfang machten in den 1990er Jahren Russen, die durch die neuen Grenzen von der Heimat abgeschnitten worden waren und nun nach Hause zurückkehrten. Daneben machten sich viele Zentralasiaten, Moldawier, Ukrainer und Südkaukasier auf den Weg nach

Russland, das so allein zwischen 1990 und 2003 acht Millionen ehemalige Sowjetbürger aufnahm.<sup>177</sup> Mit der Jahrtausendwende mischten sich auch Südasiaten und Afrikaner unter die Zuwanderer, von denen noch immer etwa die Hälfte den Großraum Moskau anstrebt.<sup>178</sup>

Die Aussichten in der Hauptstadt klingen in der Tat verlockend. Landesweit unübertroffen ist das durchschnittliche verfügbare Einkommen von monatlich umgerechnet 1.600 Internationalen Dollar. Arbeitslosigkeit gab es im Jahr 2008 mit 0,9 Prozent so gut wie nicht. Über 90 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung gingen einer regulären Beschäftigung nach – auch wenn diese Quote durch die zahlreichen Einpendler aus dem Umland künstlich erhöht ist.<sup>179</sup> Und selbst bei der Geschlechtergerechtigkeit sieht es gut aus: Knapp 80 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter verdienten im Jahr 2007 ihr eigenes Geld.<sup>180</sup>

Das scheinbar durchweg positive Bild täuscht indes über die grassierende Ungleichheit hinweg. So entfielen im Jahr 2008 auf das reichste Fünftel der Bevölkerung 58 Prozent des Gesamteinkommens, während das ärmste Fünftel mit gerade mal drei Prozent auskommen musste. Trotz der niedrigen Arbeitslosigkeit und obwohl die Stadtverwaltung die Sozialausgaben in den letzten Jahren beträchtlich aufgestockt hat, lebten vor der Wirtschaftskrise ungefähr zwölf Prozent der Bevölkerung in Armut – nur minimal weniger als im landesweiten Mittel. Der Gini-Koeffizient, der den Grad der Ungleichheit bei der Einkommensverteilung wiedergibt, betrug 2008 0,54 und damit mehr als in jeder anderen russischen Region.<sup>181</sup> Selbst Hongkong, das als die Stadt mit den größten Einkommensunterschieden in Asien gilt, kommt nur auf einen Wert von 0,43.<sup>182</sup>

Vor allem Arbeitsmigranten leiden unter dem Zusammenspiel von niedrigen Löhnen und hohen Lebenshaltungskosten. Sie sind oft gezwungen, unter kärglichen Bedingungen auf engstem Raum zu hausen, um mit dem geringen Lohn nicht nur das eigene Leben zu bestreiten, sondern auch die Angehörigen in der Heimat zu unterstützen. Dennoch bleibt Moskau attraktiv – so eklatant ist der Reichtumsunterschied zwischen Russland und seinen Nachbarstaaten.

### Zuwanderer stoßen auf Ablehnung

Bei den russischen Behörden stößt die Welle der Arbeitsmigranten auf wenig Begeisterung. Um Arbeitsplätze für die einheimische Bevölkerung zu sichern, erschwert die Verwaltung es Zuwanderern immer wieder, sich in Russland niederzulassen und einer geregelten Tätigkeit nachzugehen. Selbst von den registrierten Zuwanderern arbeitete im Jahr 2007 landesweit mehr als die Hälfte schwarz.<sup>183</sup> Für Schleuserbanden und zweifelhafte Arbeitsvermittler hat sich hier längst ein lukratives Geschäftsfeld geöffnet. Dem regulären Arbeitsmarkt und den öffentlichen Kassen gehen so wertvolle Potenziale verloren. Denn die Hauptstadt braucht wegen des demografischen Wandels zusätzliche Arbeitskräfte: Bis 2030 wird der Anteil der Personen im Rentenalter von derzeit 23 auf über 35 Prozent ansteigen, während der Anteil der Menschen im Erwerbsalter zwischen 16 und 59 Jahren bei den Männern und 16 und 54 Jahren bei den Frauen von 64 auf 54 Prozent abnehmen dürfte.<sup>184</sup>

Gerade bei den gering qualifizierten Tätigkeiten ist Moskau auf Zuwanderer angewiesen. Die eigene Bevölkerung ist sich oftmals zu schade, für einen Hungerlohn auf dem Bau oder als Gebäudereiniger zu arbeiten. Migranten aus Zentralasien hingegen suchen oft derlei Tätigkeiten, die ihnen eine der wenigen Alternativen zur Kriminalität bieten. Letztere dominiert allerdings die Diskussion in Politik und den Medien. Entsprechend reagieren die Bürger Moskaus: In einer Umfrage aus dem Jahr 2005 befürwortete die Mehrheit

der Befragten eine strengere Zuwanderungspolitik. Ein Viertel der Befragten wollte gar generell keine internationalen Migranten in der Stadt.<sup>185</sup> Und auch die Gewaltbereitschaft unter der einheimischen Bevölkerung nimmt erschreckende Ausmaße an. In einer weiteren Befragung gaben fast 60 Prozent der in der Stadt lebenden Afrikaner an, dass sie rassistisch motivierte Gewalt schon am eigenen Leib erfahren hatten.<sup>186</sup> Statistisch gesehen wird in Moskau alle sechs Tage ein Ausländer von Einheimischen erschossen, erstochen oder zu Tode geprügelt.<sup>187</sup>

Das Jahr 2007 schien einen Wendepunkt in der Zuwanderungspolitik zu markieren. Anstelle von restriktiven Maßnahmen erließ die russische Regierung erstmals ein Gesetz, das es Migranten erleichtern sollte, legal in Russland zu wohnen und zu arbeiten. Wo vormalig Arbeitgeber uneingeschränkt entscheiden konnten, ob und für wie viele Migranten sie eine Arbeitserlaubnis beantragen wollten, wurde dieses Recht nun zumindest visumfreien Zuwanderern selbst zugesprochen. Schnell zeigten die Maßnahmen erste Erfolge: Im Vergleich zum Beginn des Jahrtausends wuchs der Anteil der legalen Zuwanderer an der Gesamtzahl der Arbeitsmigranten deutlich, und auch die Steuereinnahmen durch Migranten erhöhten sich.<sup>188</sup>

Doch der Politik fehlt es an einer langfristigen Strategie: Ungeachtet des Bevölkerungsrückgangs in weiten Teilen des Landes sah das Moskauer Migrationsprogramm für die Jahre 2008 bis 2010 vor, internationale Arbeitsmigranten zunehmend durch Zuwanderer aus anderen Regionen Russlands zu ersetzen. Um das Problem der rassistischen Übergriffe einzudämmen, plante man derweil, Ausländer getrennt von den Einheimischen in separaten Städtchen anzusiedeln.<sup>189</sup>

## Demografischer Vorreiter

Wie also wird Moskau in Zukunft aussehen? Schätzungen zufolge wird die Bevölkerung der Stadt im Laufe des nächsten Jahrzehnts mit knapp elf Millionen ihren Höchststand erreichen, bevor sie bis 2030 wieder langsam auf ungefähr zehn Millionen Menschen schrumpfen dürfte.<sup>190</sup> Vermutlich wird die Prognose jedoch nach oben korrigiert werden, sobald die Zahlen des Zensus aus dem Jahr 2010 bekannt sind. Dann werden auch die bis dato nicht registrierten Einwohner Moskaus in der Statistik aufgenommen. Schon durch den letzten Zensus im Jahr 2002 gewann die Metropole quasi über Nacht 1,7 Millionen Menschen hinzu.<sup>191</sup>

Die jüngsten Bevölkerungsprognosen rücken ein Merkmal Moskaus in den Vordergrund, das von den zahllosen Zuwanderern jahrzehntelang übertüncht wurde: den Mangel an eigenem Nachwuchs. Schon Ende der 1960er Jahre bekamen Frauen in der Hauptstadt im Laufe ihres Lebens mit 1,40 Kindern im Schnitt die wenigsten in Russland.<sup>192</sup> Im Jahr 1999 waren es nur noch 0,93, bevor die Zahl bis 2008 wieder auf 1,32 stieg. Ohne Zuwanderung wäre die Bevölkerung Moskaus allein seit 1989 um knapp eine Million Menschen geschrumpft – in Wirklichkeit ist sie um zwei Millionen gewachsen.<sup>193</sup> Hier kommt der Metropole zugute, dass der Großteil der Neuankömmlinge zwischen 20 und 39 Jahre alt ist. Die Zuwanderer tragen somit nicht nur zur Wirtschaftskraft Moskaus bei, sondern erhöhen auch die Zahl der potenziellen Eltern.

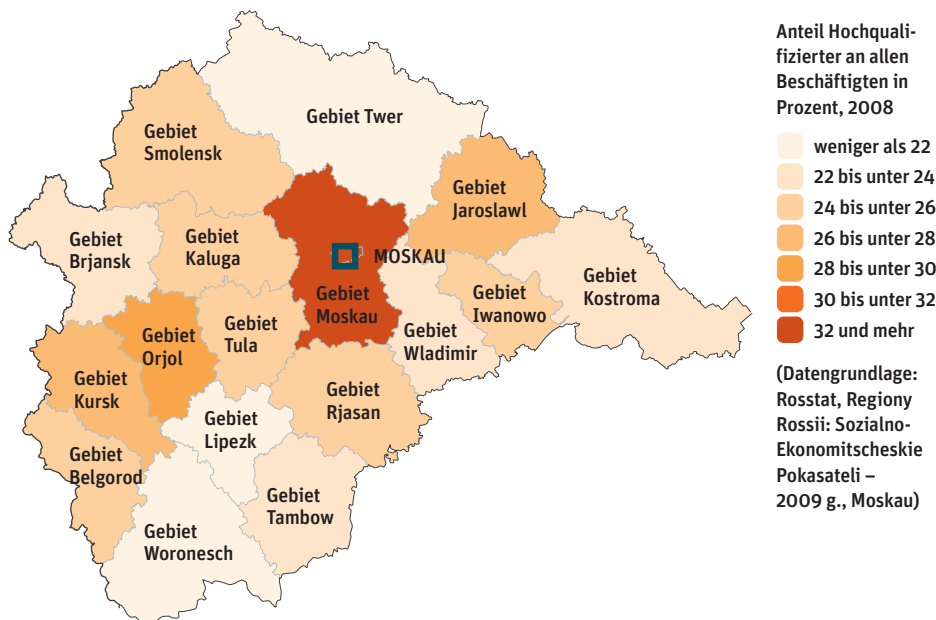
Nachdem in Moskau schon der Trend zur Kleinfamilie früher als in anderen Teilen des Landes aufkam, ist die Hauptstadt heute abermals demografischer Vorreiter der Nation. Die Moskowerinnen verschieben ihre Geburten immer weiter ins höhere Lebensalter und folgen damit dem Familienmodell entwickelter westlicher Nationen. Gleichzeitig geht die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zurück, und immer mehr Frauen nutzen moderne und sichere Methoden der Familienplanung. Noch im Jahr 2000 lag die Zahl der Abtreibungen höher als jene der Geburten. Heute beträgt das Verhältnis von Neugeborenen zu Abbrüchen etwa zwei zu eins.<sup>194</sup>

Im Gegensatz zur Stadt wird das Gebiet Moskau auch nach 2015 weiter wachsen.<sup>195</sup> Für Zuwanderer ist es hier nicht nur leichter, bezahlbaren Wohnraum zu finden, sondern auch deutlich einfacher, sich registrieren zu lassen. Außerdem hat das Moskauer Umland seit 2003 eine beachtliche wirtschaftliche Entwicklung genommen, mit Wachstumsraten von durchschnittlich 17 Prozent pro Jahr.<sup>196</sup> Von der Attraktivität des „Neuen Industrie- und Logistikürtels“ rund um die Stadt zeugt auch das Niveau der Investitionen aus dem Ausland, die sich allein zwischen 2006 und 2007 beinahe verdoppelt haben.<sup>197</sup> In der Folge sind auch die Einkommen gestiegen – zwischen 2003 und 2008 um 121 Prozent.<sup>198</sup> Dieser Trend könnte sich in Zukunft fortsetzen, wenn der Technologiepark Skolkowo westlich von Moskau, wo bis zu 40.000 Wissenschaftler und Ingenieure Arbeit finden sollen, etwa 2015 fertiggestellt ist.

Dessen ungeachtet betrachten Migranten das städtische Umland noch immer vornehmlich als Sprungbrett in die Metropole. Dass die Zuwanderung schrittweise abläuft, entspannt zwar die Lage auf dem Wohnungsmarkt im Zentrum, führt aber andererseits zu immer mehr Pendlern, die das Verkehrsproblem weiter verschärfen. Die Stadtverwaltung hat, trotz innovativer Vorschläge, noch keine Lösung gefunden. Derzeit liegen Pläne vor, über den Dächern Moskaus Schnellstraßen zu bauen und auf der Moskwa schwimmende Pontons als Parkhäuser einzurichten.

## Uniabsolventen reizt nur Moskau

Ein Drittel aller Beschäftigten in Zentralrussland verfügt über einen Hochschulabschluss. Damit weist der Föderationskreis die höchste Dichte an Hochqualifizierten auf. Die regionale Analyse zeigt allerdings, dass allein Moskau und sein Umland für den hohen Wert verantwortlich sind. Banken, Forschungsinstitute und moderne Industriebetriebe benötigen hier einen kontinuierlichen Zufluss an qualifizierten Arbeitskräften. Dagegen zählen vor allem die alten Industriestandorte nördlich der Hauptstadt zu den für Universitätsabsolventen unattraktivsten Zielen des Landes – weniger als ein Fünftel der Beschäftigten hat dort eine Hochschulausbildung abgeschlossen.



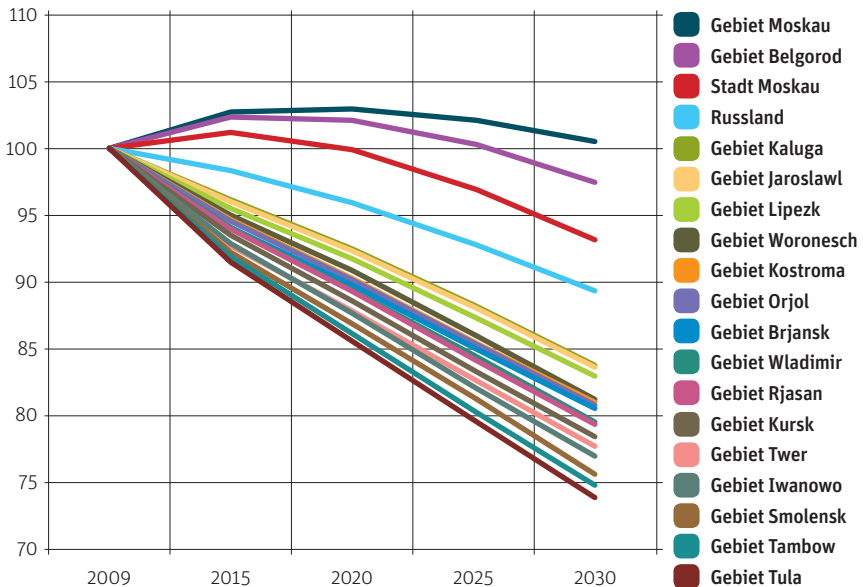
## Schleichender Niedergang außerhalb der Metropolregion

Die Stadt und das direkte Umland von Moskau stellen nur zwei der 18 Regionen des Föderationskreises Zentralrussland. Dieses Zentrum spiegelt kaum die Situation des gesamten Gebiets wider. Denn mit der Entfernung zur Hauptstadt wachsen die demografischen Probleme: Die Kinderzahlen liegen extrem niedrig, die Gesellschaft altert schneller als im Rest des Landes und relativ gesehen sterben hier mehr Menschen als irgendwo sonst in Russland. Die Gebiete Twer und Tula, die von Norden und Südwesten her an das Gebiet Moskau grenzen, verlieren jährlich weit über ein Prozent ihrer Bevölkerung durch Sterbeüberschüsse. Über ein Viertel der Bevölkerung ist dem arbeitsfähigen Alter bereits entwachsen – in ländlichen Gegenden sind es sogar mehr als 30 Prozent.<sup>199</sup>

Die Folgen des frühen Fertilitätsrückgangs in Zentralrussland treffen die Gebiete außerhalb der Moskauer Agglomeration besonders hart, da sie die fortschreitende Alterung der Gesellschaft nur zu einem geringen Teil durch junge Migranten ausgleichen können. Die Mehrzahl der Regionen Zentralrusslands konnte aus der Sowjetzeit keine wettbewerbsfähige Wirtschaft in die neue Zeit hinüber retten. Der Maschinenbau und die Nahrungsmittelproduktion, die in vielen Regionen dominieren, können mit den günstigen Importen nicht konkurrieren und verlieren mehr und mehr ihre Absatzmärkte. Vielerorts löst der wirtschaftliche Niedergang Depression und soziale Probleme aus. So sterben in Zentralrussland überdurchschnittlich viele Männer, bevor sie das Pensionsalter erreichen. Die häufigsten Todesursachen – Vergiftungen, Unfälle und Herzkrankheiten – deuten auf übermäßigen Alkoholkonsum und ungesunde Lebensführung als wichtigste Risikofaktoren hin.

## Die Folgen der Kinderarmut

17 der 18 Regionen Zentralrusslands werden bis 2030 im Vergleich zu 2009 Bevölkerung verlieren – in 15 von ihnen werden die Verluste sogar höher als im russischen Mittel ausfallen. Einzig der Großraum Moskau und das wirtschaftlich starke Gebiet Belgorod an der ukrainischen Grenze bleiben demografisch stabil. Obwohl fast alle Gebiete Zentralrusslands weiter auf Zuwanderung bauen können, lässt sich der teils drastische Bevölkerungsrückgang nicht vermeiden, da Frauen in Zentralrussland schon seit Jahrzehnten sehr wenige Kinder bekommen.




Bevölkerungsprojektionen für die Regionen Zentralrusslands bis Ende 2030, 1.1.2009 = 100 Prozent (Datenquelle: Rosstat, Predpolischitel'naja Tschislennost' Naselenija Rossiskoj Federazii do 2030 goda. Moskau)

Wenige Regionen stechen aus dem düsteren Bild heraus; unter ihnen das an der ukrainischen Grenze gelegene Gebiet Belgorod. Hier florieren neben der Landwirtschaft vor allem der Abbau und die Verarbeitung von Eisenerz. Das weltweit größte bekannte Eisenerzbecken, die Kursker Magnetanomalie, hält auf dem Territorium des Gebiets 90 Prozent ihrer Reichtümer versteckt. Dies hat dafür gesorgt, dass Belgorod in den vergangenen zehn Jahren das schnellste industrielle Wachstum Zentralrusslands erlebt hat. Um die Nachfrage nach Arbeitskräften zu stillen und der Alterung der Gesellschaft zu begegnen, wirbt das Gebiet aktiv Migranten an. Vor allem russische Flüchtlinge aus den Nordkaukasus-Republiken finden in Städten wie Gubkin

oder Sary Oskol dank öffentlicher Unterstützung leicht Beschäftigung und nutzen die Vergünstigungen, die sie auf Wohnraum erhalten.<sup>200</sup> Infolge des kontinuierlichen Zustroms an Migranten wird das Gebiet Belgorod seinen aktuellen Wachstumstrend auch im nächsten Jahrzehnt fortsetzen.

# Föderationskreis **NORDWESTRUSSLAND**

Einwohnerzahl 2010	13,44 Millionen	
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	11,42 Millionen	
Einwohner/km² Landesfläche 2010	8	
Kinderzahl je Frau 2009	1,41	
Lebenserwartung bei Geburt 2009	68,2	
Migrationssaldo 2009	27.721	
Durchschnittsalter 2010	39,8	

(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Erholung nach tiefem Fall

Seit Jahren schwelt in St. Petersburg der Streit um das geplante Ocha-Center an der Newa. Der gewaltige Gebäudekomplex, der einen Wolkenkratzer in Form eines Maiskolbens beinhalten soll, wäre mit 403 Metern das höchste Bürogebäude Europas. Nach Fertigstellung will der Ölriese Gaspromneft hier sein neues Hauptquartier beziehen. Die Stadt genehmigte das Bauwerk zunächst, doch viele Bürger befürchteten eine Verschandelung des historischen Stadtbildes von Petersburg. Nachdem auch das Welterbekomitee der Unesco Protest angemeldet hatte, verkündete die Gouverneurin, Walentina Matwijenko, Ende 2010, das Bauwerk werde nicht im Zentrum, sondern außerhalb der Stadt realisiert.

Doch die Investitionsbereitschaft und der Größenwahn der Großkonzerne zeigen: St. Petersburg liegt in der Gunst von Politik und Wirtschaft wieder weit vorne. Nicht nur staatlich kontrollierte Betriebe wie Gaspromneft oder Russlands größtes Kreditinstitut WTB (ehemals Wneschtorgbank) zahlen neuerdings ihre Steuern an der Newa, auch ausländische Firmen nutzen vermehrt die günstige Verkehrslage von Russlands zweitgrößter Stadt.

Dabei hat gerade der Föderationskreis Nordwestrussland, der sich von der Ostsee über 1.500 Kilometer bis an den Ural erstreckt, extrem unter dem Systemumbruch gelitten. Mehr als anderswo schlug sich der wirtschaftliche Niedergang hier in sozialen Problemen nieder. Die Lebenserwartung sank zwischen 1990 und 2003 von 69,1 auf 63,3 Jahre – nirgendwo in Russland war der Einbruch tiefer.<sup>201</sup> Zwar ist sie seitdem wieder bis auf 67,4 Jahre gestiegen, doch noch immer sterben in Nordwestrussland von 1.000 Männern im erwerbsfähigen Alter jährlich 11,8. In den Gebieten Pskow und Nowgorod südlich von St. Petersburg sind es sogar mehr als 16.<sup>202</sup> In Deutschland liegt die Rate dagegen bei gerade einmal 3,2.<sup>203</sup>

Ein Grund für die schwere Gesundheitskrise in Nordwestrussland besteht darin, dass hier überdurchschnittlich viele ethnische Russen wohnen, die auf die wirtschaftliche Unsicherheit der Nachwendezeit in besonderem Maße mit ungesunden Lebensstilen reagiert haben. Außerdem spielen verarbeitende Industrien hier eine wichtige Rolle in der Wirtschaft – jene Branche, in der mit dem Ende der Planwirtschaft am meisten Arbeitsplätze verloren gegangen sind. Und schließlich sind die Menschen in den nördlichen Gebieten des Krei-

ses, in Murmansk und Archangelsk sowie der Republik Komi, einem extrem harschen Klima ausgesetzt, wie es sonst nur die Bewohner der nördlichen Regionen Sibiriens kennen.

Während die Sterblichkeit stieg, sank die in Nordwestrussland ohnehin schon relativ niedrige Fertilität. Im Jahr 1999 ging sie in St. Petersburg auf einen Tiefstwert von 0,86 Kindern je Frau zurück, der mittlerweile wieder auf 1,40 angewachsen ist. Noch heute ist der Föderationskreis mit 1,41 Kindern landesweites Schlusslicht. Unter den russischen Regionen liegt das St. Petersburg umgebende Gebiet Leningrad mit durchschnittlich 1,19 Kindern je Frau ganz am Ende.<sup>204</sup>

Im Jahr 2009 wohnten in Russlands Nordwesten 13,5 Millionen Menschen und damit 1,8 Millionen weniger als unmittelbar vor dem Fall der Sowjetunion. Da der Föderationskreis in diesem Zeitraum sogar mehr Zu- als Abwanderer registrierte, lässt sich der Rückgang gänzlich mit Sterbeüberschüssen erklären – zeitweise starben hier jährlich

Anteil über 64-Jähriger an der Gesamtbevölkerung 2010 in Prozent

- unter 8
- 8 bis unter 10
- 10 bis unter 12
- 12 bis unter 14
- 14 bis unter 16
- 16 und mehr

(Datengrundlage: Rosstat)



120.000 Menschen mehr als geboren wurden. Das ganze Ausmaß der demografischen Krise wird daher erst in den nächsten Jahren zu spüren sein, wenn die stark ausgedünnten Jahrgänge der 1990er ins Elternalter kommen und die Zahl der Geburten weiter zurückgehen wird. Bis 2030 könnte die Einwohnerzahl des Kreises auf 11,4 Millionen Menschen fallen. Größer wäre der Schwund einzig im Fernen Osten.<sup>205</sup>

### Fachkräftemangel in St. Petersburg

Die letzten Jahre haben etwas Linderung gebracht. Das Geburtendefizit halbierte sich zwischen 2005 und 2009 auf 53.000 Menschen, während sich der jährliche Wanderungsüberschuss auf 28.000 Menschen verdreifachte.<sup>206</sup> Hauptprofiteur war St. Petersburg, das 2009 allein durch Wanderungen über 30.000 Einwohner gewann und erstmals seit 1991 eine wachsende Bevölkerung verzeichnete. Da die Menschen hier im Schnitt allerdings recht alt sind, wird auch Russlands zweitgrößte Stadt in Zukunft stark schrumpfen.<sup>207</sup>

Derzeit leben 4,6 Millionen Menschen in St. Petersburg, das es nach der schweren Krise der 1990er Jahre geschafft hat, wieder zu einem Pol wirtschaftlichen Wachstums zu werden. Seit 2000 legt das Bruttoinlands-

produkt um durchschnittlich 9,6 Prozent pro Jahr zu.<sup>208</sup> Neben dem traditionell starken Maschinen- und Schiffbau hat sich die Stadt auch zum Mittelpunkt der russischen Autoindustrie entwickelt. Toyota, General Motors und Nissan produzieren inzwischen an der Newamündung und haben viele ihrer Zulieferbetriebe mit in Russlands Nordwesten gezogen. Auch deshalb steht St. Petersburg bei der Entwicklung der kleinen und mittelständischen Unternehmen, die für das Entstehen einer bürgerlichen Mittelschicht so wichtig sind, relativ gut da.\* Verglichen mit Moskau weist es eine höhere Dichte an Firmen mit bis zu 100 respektive 250 Angestellten auf.<sup>209</sup> In beiden Städten erwirtschaften Kleinunternehmen rund ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts – deutlich mehr als in allen anderen Regionen des Landes.<sup>210</sup> Und auch als Wissenschaftsstandort und Innovationszentrum bleibt Sankt Petersburg von Bedeutung – über 120 Universitäten und Hochschulen haben hier ihren Sitz. Im Jahr 2008 beliefen sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der Stadt auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts – mehr waren es einzig im Gebiet Kaluga und der Hochburg der Informationstechnologie Nischni Nowgorod im Föderationskreis Wolga.<sup>211</sup>

\* Kleinunternehmen dürfen in Russland höchstens 100 Angestellte haben und jährlich 400 Millionen Rubel umsetzen. Mittelständische Unternehmen beschäftigen maximal 250 Menschen und setzen eine Milliarde Rubel um.

### Junger Norden – alter Süden

Im europäischen Norden Russlands ist weniger als jeder zehnte Einwohner älter als 64 Jahre. Dies hat seinen Ursprung in der Sowjetzeit, als viele junge Männer zum Arbeiten in die Gebiete Murmansk, Archangelsk und die Republik Komi kamen. Seit 1991 wandert die gleiche Altersgruppe allerdings massiv ab, wodurch die Gesellschaft in den letzten Jahren gealtert ist. Dennoch wohnen in den südlichen Regionen Nordwestrusslands noch immer teilweise mehr als doppelt so viele ältere Menschen wie im Norden. Im Gebiet Pskow haben inzwischen 41 Prozent aller Frauen in ländlichen Gebieten das Rentenalter von 55 Jahren erreicht. Pskow und das Gebiet Twer in Zentralrussland sind jene beiden russischen Regionen, in denen schon seit 1970 mehr Menschen sterben als geboren werden.<sup>212</sup>

Das große Plus St. Petersburgs ist sein Meerzugang sowie die Nähe zu Westeuropa und Moskau. Investoren konnten zudem lange auf ein vergleichsweise großes Angebot an qualifizierten Arbeitskräften zurückgreifen. Inzwischen leidet die Stadt bei einer Erwerbstätigenquote von 86,5 Prozent und einer sehr niedrigen Arbeitslosigkeit von zwei Prozent jedoch unter Fachkräftemangel. Zuwanderer können die sich weitende Lücke nur teilweise schließen. Von 2012 an wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in St. Petersburg trotz der Migranten um jährlich etwa 40.000 Menschen schrumpfen.<sup>213</sup>

Ein Grund hierfür ist die enorme Sogwirkung Moskaus, das unter russischen Migranten noch immer beliebter ist als die Ostseemetropole. Einzig aus seinen Nachbarregionen sowie aus dem europäischen Norden des Landes rekrutiert St. Petersburg mehr Zuwanderer als die Hauptstadt.<sup>214</sup> Internationale Zuwanderer können den Fachkräftemangel aufgrund ihrer meist geringen Qualifikation ohnehin nicht beheben. Wie in Moskau leben auch in St. Petersburg zudem viele Migranten ohne Registrierung und damit ohne die Möglichkeit, eine reguläre Beschäftigung aufzunehmen. Auch deshalb breiten sich soziale Probleme wie Kriminalität, Drogenmissbrauch, Prostitution, Obdachlosigkeit und Fremdenfeindlichkeit aus.

Der wirtschaftliche Aufschwung des St. Petersburg umschließenden Gebiets Leningrad lässt sich am besten an der Armutsquote ablesen: Musste im Jahr 2000 noch über die Hälfte der Bewohner mit Einkommen unterhalb des Existenzminimums auskommen, waren es 2008 nur noch 13,8 Prozent. Nach den Rohstoffregionen verzeichnet Leningrad auf die Einwohnerzahl gerechnet seit Jahren landesweit die höchsten Kapitalinvestitionen.<sup>215</sup> So hat das Gebiet die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Erdölraffinerie in Kirischi hinter sich gelassen, die noch Mitte der 1990er Jahre für bis zu 40 Prozent der regionalen Steuereinnahmen verantwortlich war. Vor allem die Nahrungsmittelindustrie, die Holzverarbeitung, der Handel und der Maschinenbau haben an Bedeutung gewonnen.<sup>216</sup>

Geholfen haben bei der Diversifizierung der Wirtschaft die Nähe zum riesigen Absatzmarkt und Verkehrsknotenpunkt St. Petersburg sowie die regionale Politik, die schon früh auf Steuererleichterungen für ausländische Investoren gesetzt hat. Zudem trug die Rubelkrise von 1998 dazu bei, vormalig brachliegende wirtschaftliche Potenziale zu aktivieren: Investoren verkauften die einbrechenden Staatsanleihen und leiteten ihr Kapital in die Realwirtschaft. Durch die Abwertung des Rubels ließen sich zudem Exportgüter leichter verkaufen. Und weil gleichzeitig Importgüter teurer wurden, lohnte es sich auch wieder, für den einheimischen Markt zu produzieren.

Ähnlich wie im gesamten Land haben sich im Gebiet Leningrad Wachstumspole herausgebildet, die einen Großteil der Investitionen auf sich vereinigen. Gerade in der Nähe von St. Petersburg oder am Meer gelegene Städte wie Wsewolochsk und Primorsk haben von dem Geldzufluss profitiert. In Primorsk endet seit 2001 eine Erdölpipeline aus Jaroslavl an der Wolga – heute steht hier das größte Öltterminal der Ostsee. In Wsewolochsk nutzen Firmen wie Ikea und Ford die logistisch günstige Lage nahe am Petersburger Autobahnring.

## Straßenkinder – die jungen Opfer des Systemumbruchs

Glanzvolles Tor nach Europa will es sein – der wirtschaftliche Boom der letzten Jahre hat St. Petersburg diesem Ziel einen großen Schritt näher gebracht. Doch hinter den leuchtenden Fassaden von Ermitage und Peter-und-Paul-Kathedrale bleiben Armut und Arbeitslosigkeit Teile der Realität in Russlands zweitgrößter Stadt. Viele junge Paare müssen auch aus finanziellen Überlegungen auf Nachwuchs verzichten. Andere haben Kinder, bekommen aber die eigenen Probleme nicht in den Griff: Alkoholabhängige Eltern und häusliche Gewalt sind die Hauptgründe, weshalb Kinder in Russland von zu Hause weglaufen, um ihr Glück auf der Straße zu suchen.

Was sie finden, sind U-Bahnschächte, Keller und Kanalisationsanlagen, die einzigen wintertauglichen Orte in Städten wie St. Petersburg oder Moskau, wo es besonders viele Straßenkinder gibt. Offiziellen Zahlen zufolge sind landesweit bis zu 150.000 Kinder, die teilweise nicht älter als sechs Jahre sind, ohne Obdach – genaue Zahlen kennt niemand.<sup>217</sup> Ihr Überleben sichern die körperlich und geistig oft unterentwickelten Kinder mit Betteln, kleineren Diebstählen und Prostitution. Viele betäuben sich mit Rauschmitteln aller Art, um die Kälte, den Hunger und die Langeweile kurzzeitig zu verdrängen. Diejenigen, die Drogen intravenös konsumieren, erhöhen ihr Risiko, sich mit dem HI-Virus zu infizieren, um mehr als das Zwanzigfache. In St. Petersburg waren 2007 knapp 40 Prozent aller 15- bis 19-jährigen Straßenbewohner HIV-positiv.<sup>218</sup> Viele sterben, bevor ihr Leben wirklich begonnen hat.

Nicht alle Straßenkinder leben jedoch tatsächlich auf der Straße. Viele werden von ihren Eltern täglich zum Betteln oder Stehlen geschickt, um das Familieneinkommen aufzubessern. Einen wachsenden Anteil stellen dabei Kinder von Arbeitsmigranten, vornehmlich aus Tadschikistan, Aserbaidschan und Moldau. Alternativen zum Leben auf der Straße gibt es für sie kaum, da sie und ihre Familien sich meist ohne Registrierung in der Stadt aufhalten – ein Schulbesuch ist so unmöglich.

Werden russische Kinder von der Polizei aufgegriffen, landen sie in einem der landesweit 1.147 Kinderheime, deren Zahl vor allem in den 1990er Jahren schnell anstieg.<sup>219</sup> Dort aber mangelt es an Personal und angemessener Betreuung, was dazu führt, dass die Kinder wieder auf die Straße flüchten. Programme zur Gefahrenprävention in Risikofamilien entwickeln sich nur langsam. Immerhin findet eine wachsende Zahl von Kindern ein neues Zuhause bei Pflegeeltern. In den 1990er Jahren gelang es, für immer mehr Kinder Adoptiveltern zu finden. Seit 2005 ist dieser Trend jedoch wieder rückläufig, da vor allem Ausländern bei der Adoption neue Hürden in den Weg gestellt wurden.<sup>220</sup>

Dass sich die Unternehmen im Gebiet Leningrad künftig auf einer größeren Fläche ausbreiten, ist indes unwahrscheinlich. Denn für eine flächendeckende Entwicklung fehlen der Region die Menschen. Das Gebiet verliert derzeit pro Jahr knapp ein Prozent seiner Bevölkerung, weil mehr Menschen sterben als geboren werden. Dramatischer ist die

Lage russlandweit nur in den benachbarten Gebieten Pskow und Nowgorod sowie in den Gebieten Twer, Tula und Smolensk in Zentralrussland.<sup>221</sup>

## Kaliningrad – Russlands Insel in der EU

Abgeschnitten vom Rest des Landes, eingeklemmt zwischen Polen und Litauen, liegt das Gebiet Kaliningrad, das ehemalige deutsche Königsberg. Nachdem Josef Stalin unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg die etwa 100.000 verbliebenen Deutschen vertrieben hatte, begann er, die strategisch wichtige Region an der Ostsee und den westlichsten Zipfel des Sowjetreichs zum zentralen Stützpunkt der Baltischen Flotte auszubauen – auch weil das Gebiet über einen ganzjährig eisfreien Hafen verfügte. Als die Sowjetunion 1991 zerbrach, beschäftigte das Militär hier rund 120.000 Personen.<sup>222</sup> Bis heute ist es im Gebiet Kaliningrad ein wichtiger Arbeitgeber, viele Soldaten sind aus den seit 1991 unabhängigen Republiken Estland, Lettland und Litauen hierher versetzt worden. Für andere Wirtschaftsbereiche bedeutete die Auflösung der Sowjetunion dagegen einen schweren Schlag. So litten Landwirtschaft und Industrie darunter, dass der nächste inländische Absatzmarkt mit einem Schlag in 300 Kilometer Entfernung gerückt war. Die Industrieproduktion sank zwischen 1990 und 1999 um über 70 Prozent und damit um über 20 Prozent mehr als landesweit.<sup>223</sup>

Trotz des wirtschaftlichen Niedergangs wuchs die Bevölkerung Kaliningrads zwischen 1991 und 1999 von 890.000 auf 961.000 Menschen. Verantwortlich hierfür war eine Welle russischer Zuwanderung aus anderen Nachfolgerepubliken der Sowjetunion, vor allem aus den baltischen Staaten und Kasachstan. Inklusive der innerrussischen Migranten gewann die Region jährlich im Saldo mehr als 10.000 Menschen und konnte so den natürlichen Verlust von etwa 5.000 Menschen leicht ausgleichen. Doch seit Beginn des neuen Jahrtausends haben sich die Kontingente der Auslandsrussen weitgehend erschöpft, und das Gebiet Kaliningrad hat rund 25.000 Einwohner verloren.<sup>224</sup> In Zukunft wird sich die Schrumpfung beschleunigen, da die Fertilitätsraten der Region landesweit zu den niedrigsten zählen.

Um der Krise der 1990er Jahre entgegenzuwirken, öffnete sich die Exklave massiv dem internationalen Handel. Eine 1996 errichtete Sonderwirtschaftszone sollte der Fertigungsindustrie in der Hafenstadt einen Schub geben. Importzölle entfielen fortan für jedes Unternehmen, das in der Lage war,

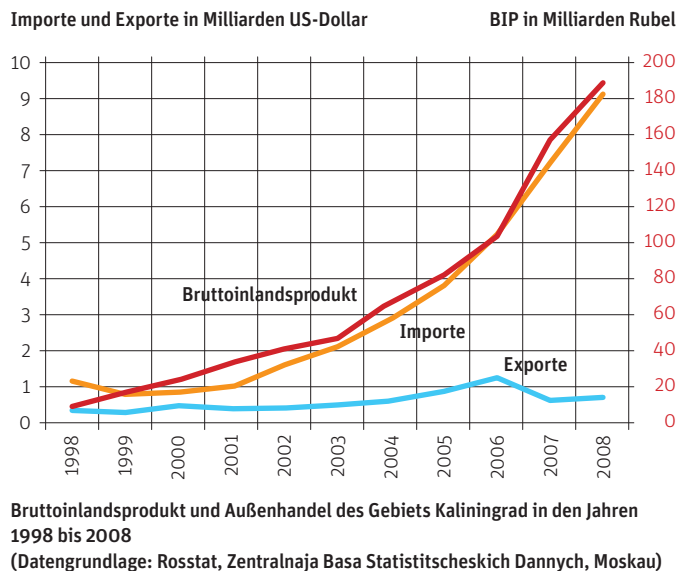
importierte Produkte so weiterzuverarbeiten, dass sich ihr Wert je nach Art der Ware um 15 beziehungsweise 30 Prozent erhöhte. In der Tat haben diese „Veredelungsindustrien“ einen wichtigen Teil dazu beigetragen, dass das jährliche Wirtschaftswachstum im Gebiet Kaliningrad seit 2000 im Schnitt 10,4 Prozent beträgt und die Arbeitslosenquote zwischen 2000 und 2007 von 15,6 auf 3,4 Prozent gefallen ist.<sup>225\*</sup> Hergestellt werden vor allem elektronische Verbrauchsgüter. Im Jahr 2007 produzierten die Unternehmen in Kaliningrad rund 87 Prozent aller russischen Fernsehgeräte.<sup>226</sup>

Auch eine zweite, 2006 errichtete Sonderwirtschaftszone hat das Wirtschaftsleben angekurbelt. Sie verspricht Unternehmen sechs Jahre Steuerfreiheit sowie sechs weitere Jahre halbierte Steuersätze, sofern sie innerhalb von drei Jahren mindestens 150 Millionen Rubel in der Region investieren. Prompt stiegen die ausländischen Direktinvestitionen zwischen 2005 und 2007 von 15 auf knapp 120 Millionen Euro – von dem Boom haben vor allem die Verarbeiter von Sojabohnen, die Kunststoffproduzenten und die Logistikunternehmen profitiert.<sup>227</sup>

Wie nachhaltig das derzeitige Wachstum ist, bleibt abzuwarten. Denn erst, wenn 2016 die Konditionen für die erste Sonderwirtschaftszone auslaufen, wird sich zeigen, inwieweit die neuen Industrien auch ohne Subventionen lebensfähig sind. Neben den Steuererleichterungen könnte auch der zweite große Standortvorteil Kaliningrads – das niedrige Lohnniveau – in Zukunft aufgrund des begrenzten Angebots an qualifizierten Arbeitskräften an Bedeutung verlieren. Schon zwischen 2005 und 2009 wuchs der durchschnittliche Monatslohn hier um etwa 240 Prozent – der höchste Anstieg in Nordwestrussland.<sup>228</sup> Wachstumspotenzial besitzt dagegen der neuerdings ebenfalls staatlich geförderte Tourismus.

### Einfuhren als Wachstumslokomotive

Im gleichen Maße, in dem seit Anfang des Jahrtausends im Gebiet Kaliningrad die Importe gewachsen sind, ist auch die Wirtschaftskraft gestiegen. Inzwischen führt in Russland einzig Moskau mehr Güter pro Kopf ein als Kaliningrad. Doch der Aufschwung ist in Gefahr: Der mögliche Eintritt Russlands in die Welthandelsorganisation könnte das Ende der Zollermäßigungen bedeuten, welche die massiven Einfuhren überhaupt erst möglich gemacht haben.



\* Im Jahr 2008 stieg die Rate durch die Wirtschaftskrise wieder auf 8,7 Prozent an. Wie schon in den 1990er Jahren machen sich Schwankungen der russischen Konjunktur in Kaliningrad überproportional bemerkbar.



## Abwanderung aus nördlichen Regionen Krisenanfällige Russen

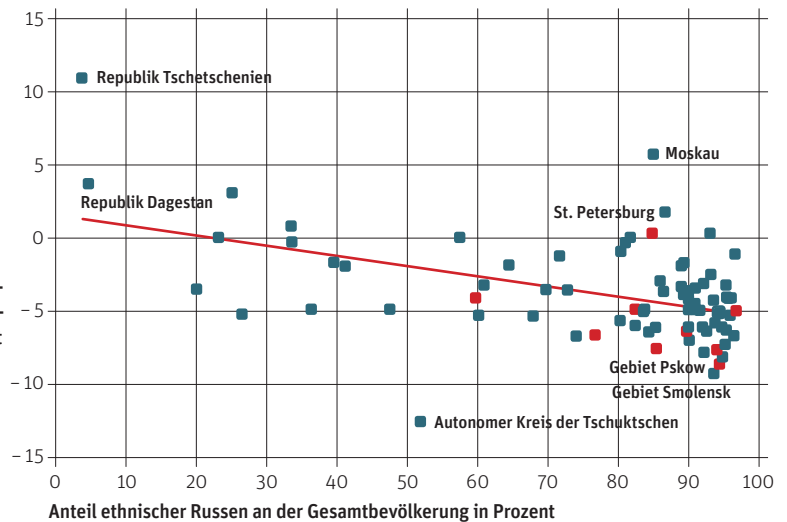
Während in St. Petersburg und Kaliningrad Arbeitskräftemangel herrscht, wandern aus den nördlichen Regionen des Kreises weiter Menschen ab. Denn im europäischen Norden des Landes hatten einst die Sowjetplaner, ähnlich wie im Fernen Osten, Militäreinrichtungen hochgezogen sowie Rohstoffbetriebe und verarbeitende Industrien ungeachtet ihrer Wettbewerbsfähigkeit angesiedelt. Mit der Sowjetunion brach auch dieses Wirtschaftskonstrukt zusammen. Noch im Jahr 2009 verlor die Republik Komi über 7.000 Menschen oder knapp ein Prozent ihrer Bevölkerung durch Abwanderung. Ähnliches ließ sich in den Gebieten Murmansk und Archangelsk beobachten.<sup>229</sup> Seit dem letzten Sowjetzensus 1989 hat das Gebiet Murmansk 28 Prozent seiner Bevölkerung eingebüßt, die beiden anderen nördlichen Regionen rund ein Fünftel – anders als in den südlichen Regionen des Föderationskreises war hier Abwanderung für über die Hälfte der Verluste verantwortlich.<sup>230</sup>

Symbol für die Kurzsichtigkeit sowjetischer Planung ist das Gebiet Murmansk geworden, der Hauptstützpunkt der sowjetischen und heute russischen Nordmeerflotte. Nach dem Fall der Sowjetunion sortierte die russische Führung einen Großteil der maroden Atom-U-Boote aus, konnte sie aber mangels Geld und Know-how nicht sicher abwracken. Stattdessen versenkte sie die Boote wahlweise in der Barentssee oder ließ sie in den Häfen verrotten. Erst mit Milliardenzuwendungen der G-8-Staaten im Zuge einer globalen Abrüstungs- und Nuklearsicherheitskampagne konnte die Verschrottung der rund 200 Unterseeboote im Jahr 2002 geordnet in Angriff genommen werden. Während die nicht verstrahlten Teile der Boote großteils recycelt und verkauft werden können, konstruierte

Während des Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft ist die Lebenserwartung dort am stärksten gefallen, wo die Zahl der ethnischen Russen überwiegt – so auch im Föderationskreis Nordwestrussland. Russen sind meist in reicheren, industrialisierten Gegenden zuhause. Diese aber hatten während des Systemumbruchs besonders zu leiden. Ein probates russisches Mittel gegen Arbeits- und Perspektivlosigkeit ist der Alkohol – der wiederum massive gesundheitliche Folgen hat. In ohnehin ärmeren Gegenden, die oft eine ethnisch stärker durchmischte Bevölkerung beherbergen, ist die Gefahr geringer, wirtschaftlich abzustürzen. Nicht-russische Gruppen trinken zudem oft schon aus religiösen Gründen weniger Alkohol.

Anteil ethnischer Russen an der Gesamtbevölkerung in Prozent im Zensusjahr 2002 und Entwicklung der Lebenserwartung bei Geburt von 1990 bis 2008 in Prozent, nach Regionen in Russland; Regionen in Nordwestrussland sind rot gekennzeichnet

Entwicklung der Lebenserwartung in Prozent



(Datengrundlage: Rosstat, Zentralnaja Basa Statistitscheskich Dannych, Moskau, eigene Berechnungen; Demoscope Weekly, Perepisi Naselenija Rossiskoj Imperii, SSSR, 15 nowych nesawissimych gosudarstw, Moskau)

die deutsche Energiewerke Nord GmbH, ein Spezialunternehmen für das Abwracken atomarer Anlagen, für die Reaktorblöcke ein Langzeitzwischenlager. Dort werden die in Sarkophage gehüllten Reaktoren etwa 70 Jahre ruhen, bevor ihre Strahlung soweit abgeklungen ist, dass sie endgültig zerlegt werden können.<sup>231</sup>

Die Abwanderung aus der geschlossenen Stadt Seweromorsk, dem Haupthafen der Nordmeerflotte, und der Gebietshauptstadt Murmansk war indes keineswegs alleinverantwortlich für den Bevölkerungsrückgang am Weißen Meer. Auch in den Metallindustriezentren Apaty und Montschegorsk gab es nicht mehr genügend Jobs für die Menschen,

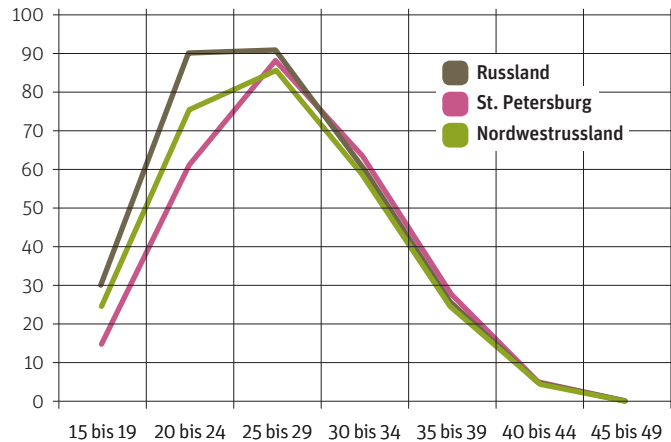
die oft erst einige Jahre zuvor hierhergekommen waren. Zudem gibt es, ähnlich wie in vielen Regionen des Fernen Ostens, im Gebiet Murmansk wegen der Bedeutung von Militär, Bergbau und Industrie vergleichsweise wenige Frauen, was notgedrungen demografische Folgen hat: In der für die Reproduktion bedeutsamen Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen kommen auf fünf Männer lediglich vier Frauen, während das Verhältnis landesweit annähernd ausgeglichen ist.<sup>232</sup>

## Wenige junge Mütter

Nirgendwo in der Russischen Föderation bekommen Frauen weniger Kinder als in Nordwestrussland. Das liegt vor allem daran, dass sie später als anderswo beginnen, eine Familie zu gründen. Vor allem Frauen mit guter Ausbildung bekommen bis zum Alter von 24 Jahren selten Kinder. Ab einem Alter von 25 Jahren gleichen sich die Fertilitätsraten dagegen dem landesweiten Mittel an. Zu dem Zeitpunkt, an dem die Frauen in Nordwestrussland das erste Kind bekommen, haben jene anderswo allerdings schon ein zweites oder drittes. Am stärksten ist der Trend zur Spätgeburt, der auch typisch für Westeuropa ist, in St. Petersburg zu beobachten.

## Hohe Spezialisierung birgt Gefahren

Ein Problem Nordwestrusslands ist, dass das Wohlergehen einiger Regionen eng mit der Vitalität einzelner Wirtschaftsbranchen verknüpft ist. In der Republik Karelien an der Grenze zu Finnland gilt das für die Holzwirtschaft – etwa ein Viertel des russischen Papiers wird hier aus den vor Ort gefällten Bäumen hergestellt.<sup>233</sup> Als die Nachfrage im Zuge der Wirtschaftskrise 2009 einbrach, schnellte die Arbeitslosigkeit auf über zehn Prozent hoch – 2006 hatte sie noch 3,6 Prozent betragen.<sup>234</sup> Schon 2008 gehörte Karelien zu den 14 russischen Regionen, in denen das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen war. Gleiches galt für die benachbarten Gebiete Murmansk und Archangelsk sowie den Autonomen Kreis der Nenzen, wo Rohstoffindustrien für einen großen Anteil der Wertschöpfung verantwortlich sind.<sup>235</sup> Wie stark sich Krisen auf die demografische Entwicklung auswirken können, zeigt sich in der Republik Karelien: Dort notierten Statistiker im Jahr 2000 die landesweit höchste Rate an alkoholbedingten Todesfällen.<sup>236</sup> Der Rückgang der Lebenserwartung war hier zwischen 1990 und 2005 stärker ausgeprägt als irgendwo sonst in Russland.



Altersspezifische Fertilitätsraten in Russland, Nordwestrussland und St. Petersburg je 1.000 Frauen im Jahr 2008 (Datengrundlage: Rosstat, Demografitschekii Jeschegodnik Rossii 2009g., Moskau)

Was das Holz für Karelien, ist für das Gebiet Wologda der Stahl. Zwar gehört Wologda mit einem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von umgerechnet knapp 15.000 Internationalen Dollar zu den reicheren Regionen des Föderationskreises, doch allein der Stahlriese Sewerstal steuert rund 70 Prozent zum regionalen Haushalt bei.<sup>237</sup> Die Hälfte der 1,2 Millionen Einwohner wohnt in der Gebietshauptstadt Wologda oder in Tscherepewez, wo die Sewerstal AG ihr Hauptquartier aufgeschlagen hat. Weite Teile des Gebiets, das fast viermal so groß ist wie die Niederlande, sind dagegen demografisches Notstandsgebiet. Der letzte Zensus im Jahr 2002 zählte insgesamt 8.000 Dörfer, von denen nur neun Prozent mehr als 100 Einwohner hatten. Die durchschnittliche Einwohnerzahl betrug 49.<sup>238</sup> Weil in den Dörfern überwiegend ältere Menschen leben, werden viele der Siedlungen in naher Zukunft von der Landkarte verschwinden.

Obwohl die Stahlindustrie Russlands in den letzten Jahren in eine Krise geschlittert ist, und Sewerstal alleine 2008 rund 9.000 Mitarbeiter entlassen musste, sind die Zukunftsaussichten der Firma nicht schlecht. Denn in Zeiten stark schwankender Preise für Eisenerz – neben Kohle der Hauptrohstoff bei der Stahlproduktion – profitiert das Unternehmen davon, dass es in Workuta und auf der Kola-Halbinsel eigene Lagerstätten besitzt.

Außerdem versprechen die Erschließungen der Priraslomnoje- und Dolginskoje-Ölfelder sowie des riesigen Schtokman Gasfelds in der russischen Arktis lukrative Aufträge. Denn für die Offshore-Förderung in der Barentssee müssen nicht nur Bohranlagen, sondern auch Öltraffinerien, Gasverflüssigungsanlagen und Pipelines gebaut werden.

Durch die Erschließung arktischer Brennstoffvorkommen hat sich der Autonome Kreis der Nenzen, der Teil des Gebiets Archangelsk ist, zur reichsten Region des Landes aufgeschwungen. Statistisch gesehen erwirtschaftet hier jeder der nur 42.000 Einwohner jährlich 88.000 Internationale Dollar.<sup>239</sup> In Wirklichkeit bleibt der Reichtum in den Händen der großen Firmen, während gerade die indigene Bevölkerung, die hier ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmacht, oft in dauerhafter Armut lebt.<sup>240</sup> Die Einheimischen haben oft weder Zugang zu fließendem Wasser noch zu ausreichender medizinischer Versorgung. Dies schlägt sich in der Lebenserwartung nieder, die hier nur 65 Jahre beträgt. Männer werden im Schnitt gar nur 59 Jahre alt und leben damit knapp zwölf Jahre weniger als Frauen.<sup>241</sup>

# Föderationskreis SÜDRUSSLAND

Einwohnerzahl 2010	13,71 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	12,47 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	33
Kinderzahl je Frau 2009	1,50
Lebenserwartung bei Geburt 2009	69,9
Migrationssaldo 2009	28.440
Durchschnittsalter 2010	39,5



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Die Kornkammer Russlands

Als die Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre zerfiel, erwarteten viele Beobachter, dass die riesigen, ineffizienten und heruntergewirtschafteten Landwirtschaftsbetriebe des Landes, die Kolchosen und Sowchosen, rasch in private bäuerliche Hände übergehen würden. Nach dem Modell der erfolgreichen, familienbetriebenen Höfe in Westeuropa sollten sie lernen, wirtschaftlicher zu produzieren. Doch zwanzig Jahre später stammen in Russland noch immer 70 Prozent der Sonnenblumenkerne, 80 Prozent des Getreides und sogar 90 Prozent der Zuckerrüben aus Großbetrieben. Lediglich der Gemüse- und Kartoffelanbau sowie die Viehzucht befinden sich vorwiegend in den Händen von Kleinbauern.<sup>242</sup> Südrussland, das landwirtschaftliche Zentrum des Landes, bildet dabei keine Ausnahme.

Fruchtbare Schwarzerdeböden, ein sonniges Klima und die Nähe zu wichtigen Schwarzmeerhäfen bieten im Süden optimale Bedingungen für die Landwirtschaft. Knapp ein Sechstel aller Agrarerzeugnisse Russlands

stammt allein aus den drei Provinzen Krasnodar, Rostow und Wolgograd.<sup>243</sup> Auf den Feldern der Region Krasnodar wurden 2008 Waren im Wert von etwa 185 Milliarden Rubel produziert – mehr als in jeder anderen Region des Landes. Gerade die Getreideproduktion war mit elf Millionen Tonnen Spitze, obwohl in anderen Teilen des Landes mehr Anbaufläche zur Verfügung steht.<sup>244</sup> Dennoch verdienen Angestellte in der Agrarbranche entweder wenig oder werden gleich in Naturalien entschädigt.<sup>245</sup> So lag das monatliche Durchschnittseinkommen 2009 in Krasnodar mit umgerechnet 799 Internationalen Dollar deutlich unter dem landesweiten Mittel von 912.<sup>246</sup>

Für die Produzenten hingegen ist insbesondere der Anbau von Getreide und Sonnenblumen äußerst lukrativ. Riesige sogenannte „Agroholdings“ bieten dabei oft integrierte Wertschöpfungsketten an, das heißt, sie produzieren nicht ausschließlich, sondern verarbeiten, transportieren und handeln ihre Erzeugnisse auch selbst. Die Firma „Jug Rusi“ aus dem Gebiet Rostow ist mit ungefähr 200.000 Hektar Land die größte der Region

und presst die geernteten Sonnenblumenkerne direkt zu Speiseöl – 80 Prozent des russischen Sonnenblumenöls werden hier hergestellt.<sup>247</sup> Bei der Produktion und Verarbeitung kann Jug Rusi, wie andere Großbetriebe auch, auf neueste technische Anlagen zurückgreifen, da Investoren aus anderen Branchen der russischen Wirtschaft ihr Geld gerne in Agroholdings anlegen.

Beim Transport und der Verschiffung müssen die Firmen indes zu einem großen Teil eine Infrastruktur nutzen, die noch aus Zeiten der Sowjetunion stammt und dringend modernisiert werden müsste. Der notwendige Um- und Ausbau der Terminals an den Schwarzmeerhäfen ist in vollem Gange, doch die Kapazitäten reichen bei Weitem nicht aus, um dem gestiegenen Exportvolumen gerecht zu werden.

## Von der Geografie begünstigt

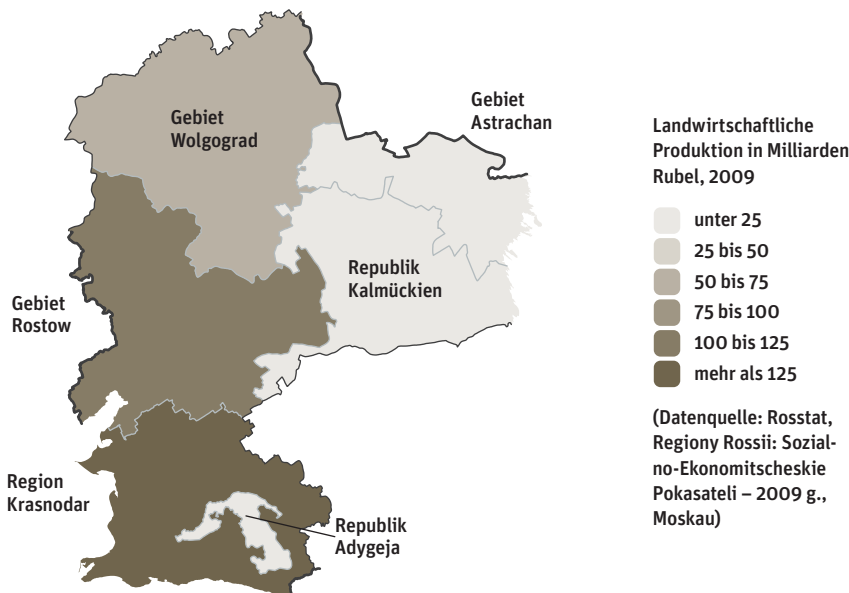
Trotz der relativ niedrigen Einkommen ziehen viele Regionen Südrusslands Zuwanderer an, die aus anderen russischen Regionen wie dem Nordkaukasus kommen, aber auch aus dem Südkaukasus, aus Zentralasien und aus der Ukraine. In der Region Krasnodar beläuft sich der Wanderungsüberschuss seit 1993 auf 600.000 Menschen. Zwischen 1989 und 2009 ist die Bevölkerung deshalb von 5,05 auf 5,14 Millionen Einwohner gewachsen, obwohl hier deutlich mehr Menschen sterben als geboren werden. Wegen der Vielzahl möglicher wirtschaftlicher Aktivitäten, die vom Handel in Noworossisk, dem einzigen russischen Tiefwasserhafen an der Schwarzmeerküste, über die Landwirtschaft bis hin zum Tourismus reichen, gehört die Region Krasnodar heute mit 68 Einwohnern je Quadratkilometer zu den am dichtesten besiedelten Regionen Russlands.<sup>248</sup> Dennoch sind unter den Zuwanderern Familien mit Kindern und Rentner überdurchschnittlich stark vertreten, was unter anderem an der attraktiven Lage am Schwarzen Meer und dem mediterranen Klima liegt.<sup>249</sup> Letzteres ist auch ein Grund dafür, dass die Lebenserwartung hier mit 70,7 Jahren die höchste in Südrussland ist und zwei Jahre über dem russischen Schnitt liegt.<sup>250</sup>

Neben Zuwanderern zieht es auch viele Urlauber in die Region Krasnodar – mit ihnen lässt sich mittlerweile mehr verdienen als mit der florierenden Landwirtschaft.<sup>251</sup> In den letzten Jahren haben die zahlreichen Neuankömmlinge und Besucher zu einem wahren Bauboom in Krasnodar geführt, der weitere Arbeitsplätze für Zuwanderer geschaffen hat, die auch niedrigste Löhne akzeptieren. Allein im Jahr 2009 wurden in der Region 3,4 Millionen Quadratmeter Wohnraum geschaffen – mehr als doppelt so viel wie im gesamten Fernen Osten.<sup>252</sup>

Großen Anteil am Aufstieg der Baubranche hat die Vergabe der Olympischen Winterspiele 2014 an den exklusiven und russlandweit beliebtesten Badeort Sotschi, der mit seinem subtropischen Klima allerdings eher als Ziel für Sommerurlauber bekannt ist. Die eigentlichen Wintersportstätten werden rund 70 Kilometer entfernt, in den westkaukasischen Bergen gebaut: In vielen Fällen zu Lasten der Bürger, die Opfer illegaler Räumungen und Konfiszierungen werden, und auch zu Lasten der Umwelt, denn einige Anlagen werden in der Pufferzone eines Biosphärenreservats hochgezogen. Bei den lokalen Gerichten liegen bereits mehrere Hundert Beschwerden vor.<sup>253</sup>

Gerade in Sotschi führt die Einwanderung außerdem zu den in Russland bekannten Problemen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Diskriminierung von ethnischen Minderheiten geht selbst von der öffentlichen Verwaltung aus. So forderte Ende 2009 der Bürgermeister von Sotschi, Anatoli Pochomow, Roma sollten gezwungen werden, auf dem Bau in 24-Stunden-Schichten zu arbeiten und die Region nach Ablauf ihrer Tätigkeit zu verlassen.<sup>254</sup> Doch interethnische Spannungen treten nicht nur in der Region Krasnodar auf. Auch in den Gebieten Rostow, Wolgograd und Astrachan, die seit dem Fall der Sowjetunion deutliche Wanderungsüberschüsse verzeichnen, kommt es immer wieder zu Spannungen zwischen der alteingesessenen Bevölkerung – meist Kosaken – und den Neuankömmlingen.

Wirtschaftliches und gesellschaftliches Zentrum Südrusslands ist neben Krasnodar das nördlich davon gelegene Gebiet Rostow, in dem rund 4,2 Millionen Menschen leben. Es profitiert von seiner günstigen Verkehrslage an der Strecke von Moskau in den Kaukasus, sowie vom Don, der hier in das Asowsche Meer mündet. Neben seiner landwirtschaftlichen Bedeutung, hat es sich zu einem wichtigen Handels- und Industriezentrum entwickelt. Mehr als ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften hier der Groß- und Einzelhandel – dies ist landesweit einer der höchsten Werte. Ein weiteres Fünftel der Bruttowertschöpfung geht auf



## Das Herz der russischen Landwirtschaft

Allein in den drei Regionen Krasnodar, Rostow und Wolgograd produzierte die Landwirtschaft im Jahr 2009 Waren im Wert von mehr als 370 Milliarden Rubel und damit 15 Prozent der landesweiten Erzeugnisse. In Krasnodar reicht die Produktpalette von Getreide über Reis und Sonnenblumenkerne bis hin zu Wein und sogar Tee – die Region ist das weltweit nördlichste Teeanbaugebiet. Eher schlecht sind die Bedingungen für Ackerbau und Viehzucht dagegen in der Steppe Kalmückiens, den Bergen der kleinen Republik Adygeja sowie im Gebiet Astrachan.

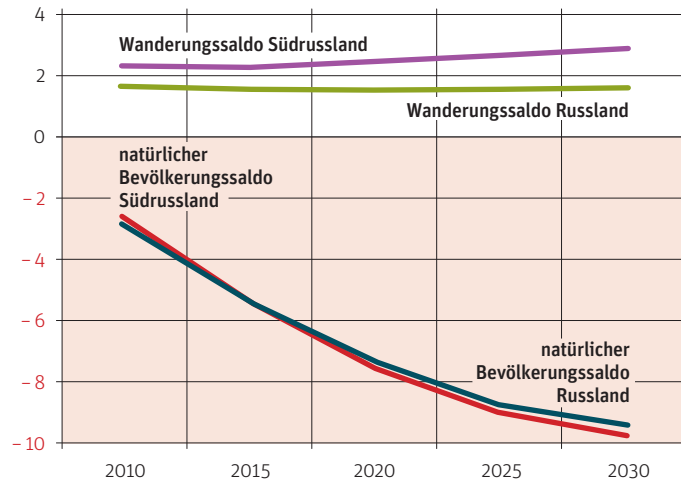
die verarbeitende Industrie zurück – vor allem der Maschinenbau, die Kohleindustrie und die Nahrungsmittelproduktion sind von Bedeutung.<sup>255</sup>

Eine ähnlich vorteilhafte Lage wie Rostow genießt das Gebiet Astrachan an der kasachischen Grenze. In diesem Teil der Kaspischen Senke, einem riesigen Gebiet von der Größe der Ukraine, das vollständig unterhalb des Meeresspiegels liegt, mündet die Wolga in das Kaspische Meer. Hier befindet sich seit Jahrhunderten das Zentrum der russischen Fischindustrie – vor allem mit Kaviar wurde lange Zeit viel Geld verdient. Gerade der Stör, der zum Laichen aus dem See ins Delta kommt, ist jedoch extrem überfischt. Illegale Fischerei hat die ohnehin dünnen Bestände zwischen 2001 und 2008 um 40 Prozent zurückgehen lassen. Inzwischen sind viele Arten vom Aussterben bedroht. Zwar hat die russische Regierung das kommerzielle Fischen von den am meisten gefährdeten Arten untersagt – etwa dem Belugastör oder dem Russischen Stör –, doch ohne ähnliche Maßnahmen anderer Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres wird diese Maßnahme wenig Erfolg zeigen.<sup>256</sup> Und auch das Problem der illegalen Fischerei lässt sich so nicht lösen – hierfür bräuchte es alternative Beschäftigungsmöglichkeiten für die etwa eine Million Einwohner der Region.

Für einige von ihnen bietet die Öl- und Gasförderung seit einigen Jahren ein Beschäftigungsfeld. Zwar steuerte der Rohstoffabbau im Jahr 2007 lediglich 2,7 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt Astrachans bei, doch dieser Anteil dürfte angesichts riesiger Reserven in den nächsten Jahren steigen. So ist das Astrachan-Feld mit Vorräten von 2,6 Billionen Kubikmetern das größte derzeit bearbeitete Gasfeld im europäischen Teil Russlands – landesweit birgt einzig das Schtokman-Feld in der Barentssee mit 3,2 Billionen Kubikmetern größere Reserven, soll aber erst von 2016 an ausgebeutet werden.<sup>257</sup> Die gesamten Reserven der Russischen Föderation schätzt der britische Energiekonzern BP auf über 44 Billionen Kubikmeter.<sup>258</sup>

## Wachsendes Geburtendefizit

Weder in Südrussland noch in der gesamten Russischen Föderation dürften die Wanderungsüberschüsse bis 2030 groß genug sein, um das Geburtendefizit auszugleichen. Vom Jahr 2025 an dürften sie in Südrussland nur noch ein Drittel der natürlichen Schrumpfung auffangen, landesweit gar nur ein Sechstel. Die etwas bessere Situation in Südrussland ist auf die deutlich höheren Wanderungsüberschüsse des Föderationskreises zurückzuführen.



Natürlicher Bevölkerungssaldo und Wanderungssaldo in Russland und Südrussland je 1.000 Einwohner 2010 bis 2030 (Datenquelle: Rosstat, Predpolischitel'naja Tschislennost' Naselenija Rossiskoj Federazii do 2030 goda., Moskau)

Bis 2030 könnte die Bevölkerung Südrusslands von 13,7 Millionen im Jahr 2009 auf dann 12,5 Millionen Menschen schrumpfen. Der Rückgang um 8,8 Prozent ist etwas niedriger als der russische Schnitt von 10,2 Prozent und lässt sich mit der in Zukunft vermutlich weiter anhaltenden Zuwanderung erklären. Dies zeigt sich auch innerhalb des Föderationskreises: Die Region Krasnodar, die mit jährlichen Wanderungsüberschüssen von etwa 25.000 bis 30.000 Menschen mit Abstand am meisten Migranten aufnehmen wird, verliert selbst bei leicht sinkenden Fertilitätsraten nur 2,7 Prozent ihrer Einwohner. 2030 wird sie rund fünf Millionen Einwohner zählen und damit die bevölkerungsreichste Region Russlands außerhalb der Moskauer und Sankt Petersburger Agglomerationen bleiben. Demgegenüber werden selbst die wirtschaftlich starken Gebiete Rostow und

Wolgograd fast 15 Prozent ihrer jeweiligen Bevölkerung verlieren. Sie werden nur wenige Migranten anlocken können, nachdem der Zustrom ethnischer Russen aus dem Kaukasus abgeebbt ist.<sup>259</sup> Dies lässt sich einerseits damit erklären, dass sie im Vergleich zur Region Krasnodar weiter entfernt von den Herkunftsländern der Migranten aus dem Südkaukasus liegen, und andererseits damit, dass sie nicht über die besonders für ältere Menschen attraktive Lage an der Schwarzmeerküste verfügen.

Inwiefern die Region Krasnodar auch wirtschaftlich von ihren Zuwanderern profitieren wird, ist unklar. Vieles wird von der zukünftigen Entwicklung der Baubranche abhängen, in der traditionell ein Großteil der Migranten beschäftigt ist. Denn ein Abrutschen der Migranten in die Arbeitslosigkeit dürfte die interethnischen Spannungen in der Region weiter anheizen.

# Föderationskreis **NORDKAUKASUS**

Einwohnerzahl 2010	9,25 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	9,95 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	54
Kinderzahl je Frau 2009	1,94
Lebenserwartung bei Geburt 2009	72,0
Migrationssaldo 2009	- 7.565
Durchschnittsalter 2010	34,0



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Wenig Hoffnung auf Frieden

Einer lokalen Legende nach passierte dem für das Verteilen der Sprachen zuständigen Götterboten bei der Schöpfung ein Malheur: Bei der schwierigen Passage vom Schwarzen zum Kaspischen Meer, die über das Kaukasusgebirge führt, blieb er mit seinem Gepäck an einer Bergspitze hängen. Das prall mit Sprachen gefüllte Säckchen riss auf und hinab auf das Land, das in Anlehnung an seine Topografie Dagestan oder „Land der Berge“ genannt werden sollte, purzelten nicht weniger als 30 verschiedene Sprachen. Noch heute sind hier Awarisch, Agulisch, Rutulisch, Zachurisch sowie neun weitere Sprachen dem Russischen laut Verfassung gleichgestellt.

Das bunte Durcheinander an Volksgruppen und Sprachen sowie das gespannte Verhältnis zu Russland prägen den Nordkaukasus seit Jahrhunderten. Hier am südöstlichen Ende des geografischen Europas, wo die Menschen zum Osten und Westen hin eingekleidet zwischen zwei Meeren leben, stellen Russen nur in einer der sieben Regionen die

größte Bevölkerungsgruppe.<sup>260</sup> Mehr als 50 verschiedene ethnische Gruppen kämpfen um ihre wirtschaftliche Existenz und um politischen Einfluss. Gewalt und Gegengewalt haben dabei eine sich immer schneller drehende Spirale erzeugt, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung der Region im Weg steht. Allein im Sommer 2009 kamen vorwiegend in Inguschetien, Tschetschenien und Dagestan 445 Menschen bei Anschlägen ums Leben. Dies waren mehr als doppelt so viele Opfer wie im Sommer 2008.<sup>261</sup>

### Die schwere Erbschaft der russischen Kolonisierung

Schon im 18. Jahrhundert eroberte Russland erstmals Ländereien im Nordkaukasus, die es unter Kosaken und slawischen Siedlern verteilte. Die vollständige Kontrolle über die Region erlangte das Zarenreich indes erst 1864 – nach knapp 50 Jahren blutigem Krieg. Die Gründung der Sowjetunion brachte weitere Einschränkungen: Da im kommunistischen Staat kein Platz für Religion war, zerstörten die Sowjets Gebetshäuser und Schulen der vorwiegend muslimischen Bevölkerung und verboten das arabische Alphabet. Um zu

vermeiden, dass sich die islamischen Völker gemeinsam gegen die Staatsmacht auflehnen würden, zerstückelten sie die Region politisch zudem in viele kleine Autonomiegebiete. Bei der Neugliederung orientierten sich die Machthaber grob an ethnischen und sprachlichen Grenzen, die der enormen ethnischen Vielfalt jedoch nicht gerecht werden konnten. Daraus entstanden einige der noch heute schwelenden Konflikte. So wurde am Reißbrett für das kaukasische Volk der Kabardiner und das Turkvolk der Balkaren ein gemeinsames Territorium skizziert – die heutige Republik Kabardino-Balkarien.

Für die rund 100.000 Balkaren sollte das Schlimmste allerdings noch folgen. 1943 bezichtigte Stalin sie der Kollaboration mit der deutschen Wehrmacht und ließ sie gemeinsam mit Tschetschenen, Inguschen und Karatschaiern nach Zentralasien und Sibirien deportieren. Erst 1957 gestattete Stalins Nachfolger Nikita Chruschtschow den Über-

lebenden der Deportationen die Rückkehr in ihre Heimat – dort erwarteten die rund 50.000 Familien allerdings neue Probleme: Die Russen hatten inzwischen viele ihrer Autonomiegebiete besetzt und flächenmäßig beschnitten.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion entluden sich die angehäuften Spannungen in einer Welle von Nationalismus: Tschetschenien erklärte 1991 seine Unabhängigkeit von Russland, Inguschetien ein Jahr später seine Unabhängigkeit von Tschetschenien, und die balkarische Minderheit stimmte vergeblich für eine Abkapselung von der Republik Kabardino-Balkarien. Seitdem haben die Menschen in der Nordkaukasusregion zwei Kriege in Tschetschenien erlebt. Zudem sind sie dem andauernden Terror militanter Nationalisten und Islamisten sowie dem teils brutalen Anti-Terror-Kampf des russi-

schen Geheimdienstes ausgesetzt. Seit der Rebellenführer Doku Umarow im Jahr 2007 das Kaukasus-Emirat ausrief, erscheint eine schnelle Befriedung der Region unwahrscheinlich. Denn die Religion eint die vormalig zerstückelten radikalen Kräfte der Region im Kampf gegen die russische Regierung. Die verheerenden Selbstmordanschläge in der Moskauer Metro im März 2010 beseitigten hieran auch die letzten Zweifel.

### Rette sich, wer kann

Nach Schätzungen entwurzelten die beiden Kriege in Tschetschenien nicht weniger als 800.000 der insgesamt 1,1 Millionen Bewohner.<sup>262</sup> Etwa 100.000 von ihnen flüchteten aus Tschetschenien. Die meisten von ihnen ließen sich im benachbarten Inguschetien nieder, dessen Bevölkerung allein im Jahr 2000 aufgrund dieser Wanderungen um ein Viertel anwuchs.<sup>263</sup> Doch Inguschetien, das auch keine Oase des Friedens ist, hatte noch weitere Flüchtlinge zu verkraften: Nachdem der ehemals inguschetische Bezirk Prigorodni in den 1940er Jahren der christlich dominierten Republik Nordossetien angegliedert worden war, kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen Osseten und in dem Bezirk wohnhaften Inguschen. Insgesamt 64.000 Inguschen wurden schließlich 1992 mit Hilfe russischer

Militärs über die Grenze nach Inguschetien getrieben, wo viele von ihnen bis heute unter katastrophalen Bedingungen in Auffanglagern ausharren. Diejenigen, die in den dicht bevölkerten Bezirk Prigorodni zurückkehren konnten, stießen dort auf offene Ablehnung der ossetischen Bevölkerung, die ihrerseits immer mehr Flüchtlinge aus dem georgischen Südossetien in ihren Reihen aufnehmen muss.<sup>264</sup>

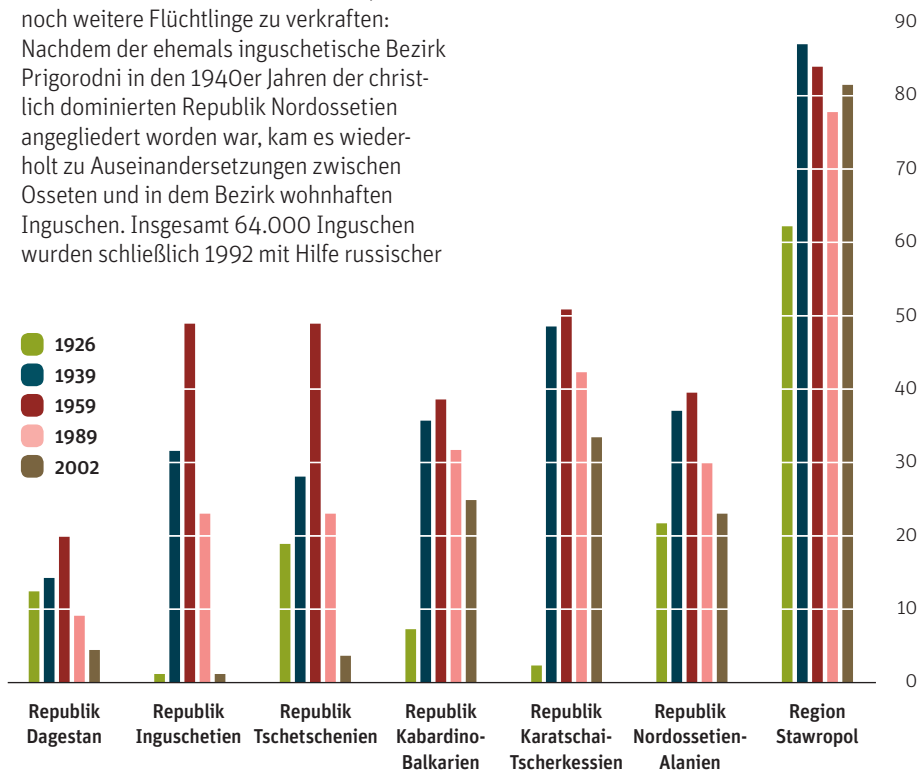
Das tägliche Leben ist dominiert von Armut. In Inguschetien leben knapp 40 Prozent der Bevölkerung von Einkommen unter dem Existenzminimum – in Tschetschenien werden derlei Daten gar nicht erst erfasst.<sup>265</sup> Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner war in Inguschetien im Jahr 2008 mit umgerechnet 2.700 Internationalen Dollar das niedrigste des ganzen Landes – selbst die beiden reichsten Regionen, die Republik Nordossetien und die Region Stawropol, lagen im selben Jahr bei unter 50 Prozent des russischen Mittels

### Die Russifizierung ist gescheitert

Im Rahmen der Russifizierung peripherer Territorien siedelten die Sowjets massenhaft Russen im Nordkaukasus an. Entsprechend wuchsen deren Anteile an den Bevölkerungen der Bergrepubliken. Etwa 1960 war der Höhepunkt erreicht. In der Folge wanderten viele Russen wieder ab, da die Konflikte mit der einheimischen Bevölkerung zunahm. In Dagestan, Inguschetien und Tschetschenien wohnen heute fast gar keine Russen mehr. Eine Ausnahme bildet die Region Stawropol, die schon im 18. Jahrhundert als slawisches Bollwerk gegen die Kaukasusvölker fungierte. Dorthin wanderten in den 1990er Jahren viele Russen aus den anderen Regionen des Föderationskreises aus.\*

Anteil ethnischer Russen an der Gesamtbevölkerung des Nordkaukasus in Prozent in ausgewählten Jahren (Datengrundlage: Demoscope Weekly, Perepisi Naselenija Rossiskoj Imperii, SSSR, 15 nowych nesawissimych gosudarstw, Moskau)

\* Zwischen 1936 und 1991 bildeten Tschetschenien und Inguschetien gemeinsam die Tschetscheno-Inguschische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik. Für die Zensen 1959 und 1989 stehen keine separaten Daten für die beiden Teilrepubliken zur Verfügung. Daher beziehen sich die Angaben dieser Jahre hier auf das Mittel beider Gebiete.

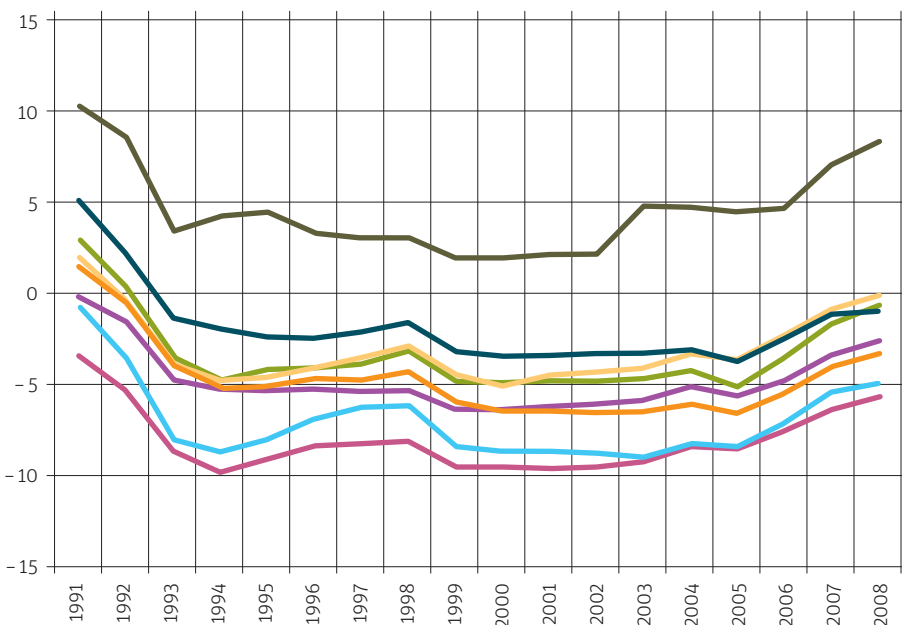


von 15.000 Dollar.<sup>266</sup> Für viele Menschen bilden die Zuwendungen Moskaus, die im Nordkaukasus zwischen 50 und 80 Prozent der regionalen Budgets ausmachen, die Lebensgrundlage.<sup>267</sup>

Was die Republiken des Nordkaukasus indes am dringendsten benötigen, sind regionale Investitionsprogramme. Die Infrastruktur Tschetscheniens liegt seit den beiden Kriegen in Scherben. Die Zerstörung der drei Erdölraffinerien hat dem Land im wahrsten Sinne des Wortes die Energie genommen. Die staatlichen und internationalen Zuwendungen fließen in den Wiederaufbau grundlegender Versorgungseinrichtungen wie Schulen und Wasserleitungen. Sie reichen aber bei Weitem nicht aus: Noch immer wird in vielen Schulen der Republik in zwei bis drei Schichten am Tag unterrichtet, da zu viele Einrichtungen den Kriegen zum Opfer gefallen waren.<sup>268</sup>

Durch den Kinderreichtum der Region spitzt sich die Lage weiter zu: 3,4 Kinder bringt eine tschetschenische Frau im Laufe ihres Lebens im Schnitt zur Welt. Dies ist der höchste Wert in ganz Russland.<sup>269</sup> Bis zum Jahr 2030 wird die Bevölkerung des Föderationskreises von 9,2 Millionen im Jahr 2009 auf dann 10,0 Millionen Menschen wachsen – in Tschetschenien wird sie gar um 47 Prozent von 1,2 auf 1,8 Millionen Menschen zunehmen.<sup>270</sup> Auch Dagestan und Inguschetien werden rasch wachsen, während die restlichen Regionen von 2020 an schrumpfen werden. Damit die vielen Kinder nicht in die Hände extremistischer Gruppierungen fallen, brauchen sie eine Ausbildung und die Chance, danach Arbeit zu finden. Im Moment ist beides nicht möglich: Die Zahl der Studenten ist hier deutlich niedriger als im Rest des Landes – in Tschetschenien und Inguschetien gar nur ungefähr halb so hoch – und Arbeitslosigkeit ist gerade unter Jugendlichen weit verbreitet.<sup>271</sup>

Dass der Anteil Hochqualifizierter an den Erwerbstätigen in Inguschetien mit über 40 Prozent weit über dem landesweiten Mittel liegt, hat weniger damit zu tun, dass es besonders viele Hochqualifizierte gäbe, als damit, dass ohnehin nur jeder fünfte Einwohner im erwerbsfähigen Alter einer geregelten Arbeit nachgeht. So lebt im Nordkaukasus zwar nur etwa jeder Fünfte Einwohner der Russischen Föderation, aber jeder Siebte Arbeitslose.<sup>272</sup> Wer Arbeit hat, ist häufig im Staatsdienst beschäftigt. Ein Posten dort ist aber oft nur gegen eine Zahlung von mehreren tausend Dollar erhältlich. Das Gros der Bevölkerung arbeitet in der Schattenwirtschaft, deren Anteil an der gesamten Wirtschaftstätigkeit in Dagestan auf bis zu 70 Prozent geschätzt wird.<sup>273</sup>



Natürliches Bevölkerungswachstum je 1.000 Einwohner in den Föderationskreisen Russlands 1991 bis 2008 (Datengrundlage: Rosstat, Zentralnaja Basa Statistitscheskich Dannych, Moskau)

### Geburtenüberschuss im Nordkaukasus

Während die Bevölkerung Russlands stetig schrumpft, werden im Nordkaukasus bedeutend mehr Menschen geboren als sterben. Im Jahr 2008 wuchs die Bevölkerung hier allein wegen des Geburtenüberschusses um 0,8 Prozent. In Tschetschenien standen dabei knapp 36.000 Geburten nur etwa 5.500 Todesfälle gegenüber, was einem Bevölkerungszuwachs von 2,5 Prozent gleichkommt.\*

- Nordkaukasus
- Ural
- Sibirien
- Ferner Osten
- Südrussland
- Wolga
- Nordwestrussland
- Zentralrussland

\* Für Inguschetien liegen keine Daten für die Jahre 1991 bis 1994 vor, für Tschetschenien für die Jahre 1993 bis 2002. Da dies die beiden Republiken mit den höchsten Geburtenüberschüssen der Region und ganz Russlands sind, lag das natürliche Bevölkerungswachstum im Nordkaukasus zwischen 1991 und 2002 trotz der beiden Kriege in Tschetschenien in Wirklichkeit wohl höher, als in der Grafik angegeben. So lassen sich ein Teil des rapiden Abfalls im Jahr 1993 und der steile Anstieg im Jahr 2003 erklären.



# Föderationskreis **WOLGA**

Einwohnerzahl 2010	30,11 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	26,14 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	29
Kinderzahl je Frau 2009	1,50
Lebenserwartung bei Geburt 2009	68,5
Migrationsaldo 2009	26.658
Durchschnittsalter 2010	39,0



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Funktionierende Vielfalt

Auf einer Strecke von 3.500 Kilometern durchströmt „Mütterchen Wolga“, wie die Russen Europas längsten Strom nennen, in einem weiten Bogen Russland – den größten Teil davon im gleichnamigen Föderationskreis. Die Wolga ist Lebens- und Verkehrsader einer Region, die für die russische und sowjetische Geschichte von enormer Bedeutung ist. Fast alle wichtigen Städte des Föderationskreises liegen an der Wolga: die Kreishauptstadt Nischni Nowgorod, bei der der Fluss von Norden kommend die Region betritt, Kasan, die nach Moskau und St. Petersburg offizielle „Dritte Hauptstadt Russlands“, und Samara, in der die Firma Progress die Sojus-Trägerraketen herstellt, die den ersten Sputnik ins All gehievt haben und heute die Internationale Raumstation (ISS) versorgen.

Das Wolgagebiet bewohnen etwa 30 Millionen Menschen, die etwas über ein Fünftel der gesamten Bevölkerung Russlands ausmachen, und diese Bewohnerschaft ist ethnisch extrem durchmischt. Nur der Föderationskreis Nordkaukasus ist noch bunter besiedelt.<sup>274</sup> Allein sechs Republiken tragen die Namen nicht-russischer Völker – Tatarstan, Baschkortostan, Mordwinien, Udmurtien, Mari El und Tschuwaschien. Mordwinen wie Udmurten und Mari sind finno-ugrische Völ-

ker, Baschkiren, Tschuwaschen und Tataren Turkvölker. Letztgenannte gelten als Nachfahren von Dschingis Khans Goldener Horde. Die drei finno-ugrischen Völker stehen der Russisch-Orthodoxen Kirche nahe. Die Angehörigen der Turkvölker besitzen hingegen einen islamischen Hintergrund – auch wenn unter ihnen nach 70 Jahren Sowjetgeschichte zahlreiche Atheisten sind. Knapp die Hälfte der bis zu 20 Millionen Muslime Russlands lebt an der Wolga. Ihre Religion erlebt ähnlich wie die Russisch-Orthodoxe Kirche im post-sowjetischen Russland einen regelrechten Boom: Allein zwischen 1997 und 2008 stieg die Zahl der Moscheen in der Republik Tatarstan von 700 auf über 1.100.<sup>275</sup>

### Tatarstan – eine muslimische Modellregion?

Die tatarische Hauptstadt Kasan gilt als Zentrum des Islam in Russland. Oft wird sie als Lehrbeispiel für ein konstruktives Zusammenleben zwischen Menschen aus dem islamischen und dem christlichen Kulturkreis herangezogen: Während sich im Nordkaukasus Russen und Muslime bekämpfen, wird in Tatarstan jede dritte Ehe zwischen muslimisch geprägten Tataren und Russen mit christlich-orthodoxen Wurzeln geschlossen.<sup>276</sup> Zudem ist die Region die Wiege des

sogenannten Dschadidismus, einer aufgeklärten Strömung der Religion aus dem 19. Jahrhundert. Fundamentalistische Strömungen haben in Tatarstan bis heute wenig Einfluss, denn die geistliche Elite wird vor Ort ausgebildet – an der Russisch-Islamischen Universität in Kasan.

Dennoch ist auch Tatarstan nicht frei von separatistischen Bestrebungen. Schon im Jahr 1990 erklärte die Republik russlandweit als erste Region einseitig ihre Unabhängigkeit. 1992 verweigerte die politische Führung gemeinsam mit Tschetschenien die Unterschrift unter den Föderationsvertrag und ließ sich später, als sie den Föderationsvertrag 1994 doch unterzeichnete, zahlreiche Sonderrechte und Privilegien zusichern. Bis zum Jahr 2000 zahlte Tatarstan so kaum Steuern an den föderalen Haushalt, unterhielt eigene diplomatische Beziehungen zu Nachbarstaaten und konnte die tatarische Kultur und Sprache entscheidend wiederbeleben. Erst Wladimir Putin machte zu Beginn seiner Ägide einen Großteil der Zugeständnisse rückgängig. Dass die Situation in der Folge nicht eskalierte, schreiben Beobachter zum einen der jahrhundertlangen Verwurzelung Tatarstans als Teil Russlands zu, zum anderen der Tatsache, dass vielen Tataren die Zeit der relativen Unabhängigkeit wegen der Wirtschaftskrise der 1990er

## Die Deutschen an der Wolga

Die Geschichte der Wolgadeutschen begann, als die russische Zarin Katharina die Große im Jahr 1763 allen Einwanderern 30 Hektar Land, Religionsfreiheit, Selbstverwaltung und 30 Jahre Steuerfreiheit versprach. Sie sollten das fruchtbare Land an Europas größtem Strom kultivieren und nebenbei etwaige Attacken von Nachbarvölkern abwehren. Zunächst folgten etwa 30.000 Deutsche dem Ruf der Werber, ein Großteil von ihnen aus Hessen, wo die Ländereien damals klein und die Steuern hoch waren.<sup>278</sup> Trotz anfangs schwieriger Lebensbedingungen kolonisierten die Deutschstämmigen das Land, und ihre Zahl wuchs bis Ende des nächsten Jahrhunderts auf etwa 400.000. Zum Zeitpunkt der ersten russischen Volkszählung im Jahr 1897 wohnten insgesamt 1,8 Millionen Menschen im Russischen Reich, die als Muttersprache „Deutsch“ angaben. An der Wolga lebte zu jener Zeit die größte Gruppe. Große deutsche Gemeinschaften gab es auch am Schwarzen Meer, im Kaukasus und in Wolhynien (heute Ukraine), außerdem lebten im damaligen Russisch-Polen und den baltischen Regionen Deutschsprachige.<sup>279</sup>

Gegen Ende des Zarenreichs, vor allem aber mit der Oktoberrevolution und dem Ersten Weltkrieg, verloren die Russlanddeutschen ihre Privilegien. Dennoch profitierten sie von Lenins Nationalitätenpolitik, da sie 1924 in der Wolgadeutschen Republik ein eigenes Autonomiegebiet erhielten. Die Republik existierte bis 1941, als die Deutschen mit dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion über Nacht zu Volksfeinden wurden. Innerhalb weniger Wochen wurden fast alle nach Osten deportiert, in die Gebiete Nowosibirsk und Omsk, in das Altai-Gebiet und nach Kasachstan. Dort mussten viele von ihnen unter katastrophalen Bedingungen Zwangsarbeit in der sogenannten „Trudarmee“ (Arbeitsarmee) leisten, was für mehrere Tausend das Todesurteil war.<sup>280</sup>

Nach dem Krieg sprach man die Deutschen zwar vom pauschalen Vorwurf der Kollaboration frei, dennoch durften sie nicht in ihre Heimatorte zurückkehren, und ihr Eigentum blieb beschlagnahmt. So wohnte 1979 weniger als ein Fünftel aller Russlanddeutschen im europäischen Teil des Landes – 1926 war es noch etwa die Hälfte gewesen. Unter dem Druck der Arbeitslager und der allgegenwärtigen Diskriminierung assimilierten sie sich mehr und mehr an die russischsprachige Mehrheit. Der Eintrag „Deutscher“ im sowjetischen Pass blieb allerdings bis zum Fall des Eisernen Vorhangs obligatorisch. Zum Zeitpunkt der Volkszählung im Jahr 2002 gab es noch knapp 600.000 Deutschstämmige in Russland, nachdem etwa zwei Millionen – inklusive Angehöriger – im ersten Jahrzehnt nach der Wende in die Heimat ihrer Vorfahren ausgewandert waren.<sup>281</sup> Im Förderationskreis Wolga stellten die Deutschen 2002 lediglich 0,2 Prozent der Bevölkerung.<sup>282</sup>

Jahre in schlechter Erinnerung geblieben ist.<sup>277</sup> Auf politischer Ebene spielte außerdem eine Rolle, dass Tatarstan in der Folge große Summen aus dem Fonds für regionale Entwicklung erhielt, obwohl es zu den reichsten Regionen des Landes gehört.<sup>283</sup> Formal erhielt Tatarstan im Jahr 2007 sogar wieder einen Sonderstatus, wobei die tatsächliche Autonomie durch die inzwischen mit Moskau harmonisierten Gesetze begrenzt ist.<sup>284</sup>

Im Jahr 2008 erwirtschaftete jeder der knapp 3,8 Millionen Einwohner im Schnitt gut 16.000 Internationale Dollar. Mehr waren es landesweit nur in Moskau sowie in den Rohstoffregionen Tjumen, Sachalin und Tschukotka. Auch der Reichtum Tatarstans beruht zu einem beträchtlichen Teil auf einer natürlichen Ressource, dem Erdöl. Mit einer Produktion von jährlich etwa 30 Millionen Tonnen ist die Region nach dem Gebiet Tjumen im Ural der landesweit zweitgrößte

Förderer.<sup>285</sup> Einen Teil der Einnahmen aus dem Ölgeschäft investieren die Tataren schon seit Jahren in die Landwirtschaft, wodurch die Einkommensungleichheit zwischen Stadt und Land begrenzt wird. Weil neben der Erdölbranche auch der Maschinenbau und die chemische Industrie in Tatarstan stark vertreten sind, liegen auch Armuts- und Arbeitslosenquote auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Sorgen bereitet einzig die hohe Verschuldung, die während der jüngsten Wirtschaftskrise rapide anwuchs und Ende 2010 russlandweit nur von Moskau und seinem Umland übertroffen wurde.<sup>286</sup>

Unter anderem durch seine starke Wirtschaft steht Tatarstan auch demografisch auf stabilem Fundament. Denn jährlich ziehen unterm Strich etwa 10.000 Menschen in die Region, wodurch die Bevölkerung in den letzten Jahren sogar wächst. Weil Tataren über 50 Prozent der Bevölkerung stellen und traditionell mehr Kinder bekommen als Russen, verzeichnet die Republik zudem die für reiche Regionen hohe durchschnittliche Kinderzahl von 1,51 – was vermutlich auch daran liegt, dass dort noch patriarchalische Familienstrukturen vorherrschen.<sup>287</sup> Bis 2030 wird der Bevölkerungsrückgang hier mit maximal sechs Prozent auch niedriger ausfallen als in allen anderen Regionen des Förderationskreises.<sup>288</sup>

## Viele Wachstumspole

Anders als in Nordwest- oder Zentralrussland gibt es an der Wolga kein eindeutiges Zentrum. Neben Tatarstan verfügen auch die Gebiete Orenburg, Samara, Perm und Nischni Nowgorod sowie die Republik Baschkortostan über gut entwickelte Wirtschaftsstrukturen. Fast überall kommt der Mineralölindustrie eine Schlüsselrolle zu. Allein in Baschkortostan werden jährlich 26 Millionen Tonnen Rohöl veredelt. Damit stellt die Region etwa ein Sechstel des russischen Benzins und Diesels her.<sup>289</sup> Da die industrielle Ölförderung hier schon in den 1930er Jahren begann – drei

Jahrzehnte, bevor die riesigen westsibirischen Felder angezapft wurden –, erschöpfen sich die derzeit ausgebeuteten Vorkommen allerdings langsam. Seit Mitte der 1960er Jahre ist die jährliche Ölförderung bereits von 46 Millionen auf knapp über zehn Millionen Tonnen zurückgegangen.<sup>290</sup> Doch weil die Wirtschaft breit aufgestellt ist, kann sie dies verkraften. Denn Baschkortostan ist nicht nur Industriestandort, sondern nach den südrussischen Regionen Krasnodar und Rostow sowie dem östlichen Nachbar Tatarstan auch Russlands viertgrößter landwirtschaftlicher Erzeuger.<sup>291</sup> Die Produktpalette reicht von Getreide über Fleisch- und Milcherzeugnisse bis hin zu Zuckerrüben.

Derlei vielfältige Möglichkeiten stehen in Togliatti im Gebiet Samara noch nicht zur Verfügung. Hier befindet sich mit der Firma AwtoWAS Russlands mit Abstand größter PKW-Hersteller und die Heimat des Einheitswagens Lada. Mit ihren 720.000 Einwohnern ist Togliatti die größte der sogenannten Monostädte auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion.<sup>292</sup> Etwa 100.000 Menschen, also knapp ein Siebtel der Bevölkerung, sind bei AwtoWAS angestellt – vor der jüngsten Wirtschaftskrise waren es noch knapp 30.000 mehr.<sup>293</sup> Nur großzügige Finanzspritzen der russischen Regierung konnten die Traditionsmarke 2009 vor der Pleite retten. Denn nachdem russische Kunden schon vor der Krise vermehrt auf qualitativ höherwertige ausländische Fabrikate gesetzt hatten, brachen die Verkaufszahlen gegen Ende des Jahrzehnts vollends ein. Eine Pleite von AwtoWAS hätte in Togliatti nicht nur zu gravierenden sozialen Problemen geführt, sondern auch die Zukunft der gesamten einheimischen Autoindustrie in Frage gestellt. Dementsprechend entschieden fiel die Reaktion der Regierung aus. Sie schützte den Autobauer zusätzlich dadurch, dass sie die Einfuhrzölle auf PKW deutlich an hob. Um die Binnennachfrage anzukurbeln, führte sie außerdem eine Abwrackprämie bei Neukauf eines russischen Fabrikats ein.

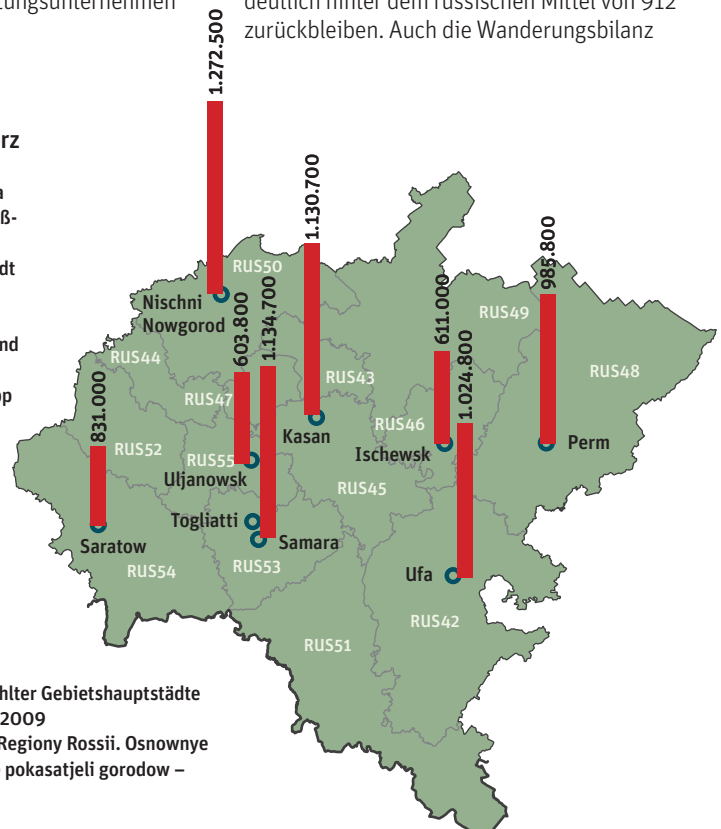
Trotz der protektionistischen Maßnahmen ist der russischen Regierung daran gelegen, westliche Autobauer ins Land zu holen, um von deren technischem Know-how zu profitieren. Aber auch hier gelten strikte Regeln: So hat Wladimir Putin bereits angekündigt, dass bei ausländischen Firmen, etwa Ford in St. Petersburg oder Volkswagen in Kaluga, schon bald 60 anstatt wie bisher 30 Prozent der Wertschöpfung an einem Wagen vor Ort erfolgen sollen.<sup>294</sup> Die französisch-japanische Allianz Renault-Nissan hat dies nicht abge schreckt: Sie könnte ihrem 25-prozentigen Anteil an dem Traditionsunternehmen durch die Übernahme der Anteile der russischen Troika Dialog bald weitere 25 Prozent zufügen und damit die Mehrheit an AwtoWAS übernehmen.

Positiv für Togliatti ist auch die Nähe zur Gebietshauptstadt Samara. Die Region wächst immer mehr zu einem riesigen Agglomerationsraum zusammen, der zunehmend auch für moderne Dienstleistungsunternehmen interessant ist.

Einen Schritt weiter ist hier Nischni Nowgorod. Zu Sowjetzeiten wegen der Bedeutung der Rüstungsindustrie noch abgeriegelt, ist die mit 1,3 Millionen Einwohnern fünfgrößte Stadt Russlands heute Zentrum der Informationstechnologie. Der amerikanische Chiphersteller Intel beschäftigt hier 500 Mitarbeiter, und auch lokale Betriebe wie Mera Networks oder Telma produzieren Software für den Weltmarkt. Gemeinsam mit der Regierung investieren die Unternehmen jährlich etwa 25 Milliarden Rubel in Forschung und Entwicklung. Dies entspricht 3,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – mehr als in jeder anderen russischen Region.<sup>295</sup> Doch die Softwareentwicklung bietet nur vergleichsweise wenigen Menschen Beschäftigung. Überdurchschnittlich viele arbeiten dagegen in der Industrie – hauptsächlich in Fertigungsindustrien, kaum in der Rohstoffgewinnung – und tragen dazu bei, dass die Einkommen im Gebiet Nischni Nowgorod mit monatlich umgerechnet 813 Internationalen Dollar deutlich hinter dem russischen Mittel von 912 zurückbleiben. Auch die Wanderungsbilanz

### Russlands urbanes Herz

Der Föderationskreis Wolga beherbergt neun der 21 größten Städte Russlands. Von ihnen ist einzig die Autostadt Togliatti im Gebiet Samara nicht Sitz eines regionalen Parlaments. Größte Stadt und Hauptstadt des Kreises ist Nischni Nowgorod mit knapp 1,3 Millionen Einwohnern. Zu Sowjetzeiten nach Moskau und Leningrad noch drittgrößte Stadt Russlands, belegt es heute hinter Nowosibirsk und Jekaterinburg Platz fünf im Einwohnerranking.



Bevölkerungszahl ausgewählter Gebietshauptstädte im Föderationskreis Wolga 2009 (Datengrundlage: Rosstat, Regiony Rossii. Osnownye sozialno-ekonomicheskie pokazatjeli gorodow – 2009 g., Moskau)

ist nur auf den ersten Blick positiv zu bewerten: So zieht das Gebiet zwar jährlich 5.000 Migranten mehr an als abwandern, jedoch handelt es sich bei ihnen ausschließlich um internationale Zuwanderer, die überwiegend gering qualifiziert sind. Innerhalb Russlands steht unterm Strich ein Minus. Im ganzen Föderationskreis Wolga verzeichnete einzig Tatarstan im Jahr 2009 Wanderungsüberschüsse aus anderen Regionen Russlands.<sup>296</sup>

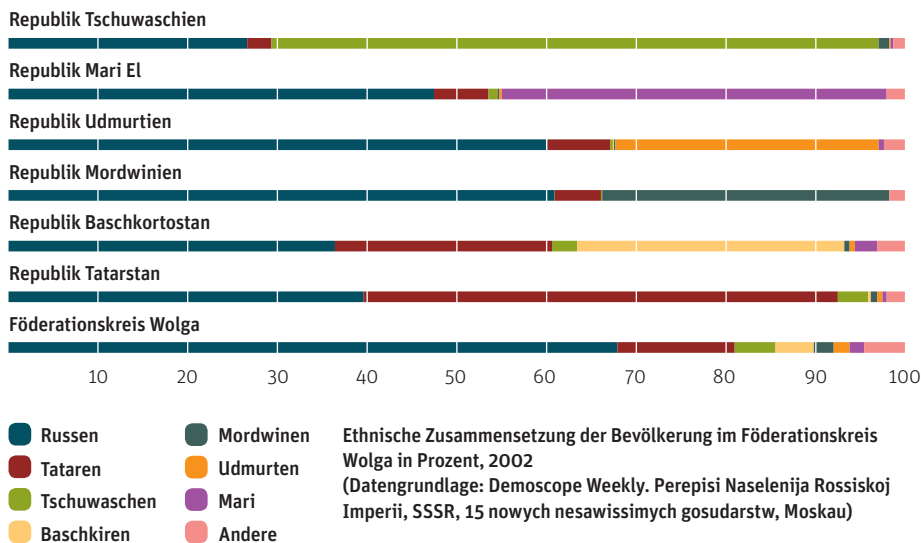
Viele Regionen stehen indes deutlich schlechter da als Nischni Nowgorod: Das Gebiet Kirow sowie die Republiken Udmurtien und Mordwinien verlieren jährlich mehrere tausend Menschen durch Abwanderung. Gemeinsam mit den Republiken Tschuwaschien und Mari El gehören sie zu den Wolgaregionen, denen der vom Ende des Kalten Krieges ausgelöste Strukturwandel am meisten zugesetzt hat. So schlitterte in Udmurtien – Heimat der legendären Kalaschnikow – die Rüstungsindustrie Anfang der 1990er Jahre in eine schwere Krise; ähnliches war in der Republik Mari El zu beobachten. Und im Gebiet Kirow konnte selbst der Aufschwung zu Beginn des neuen Jahrtausends den drei großen Industriezweigen – Maschinenbau, Chemie und Forstwirtschaft – kaum auf die Beine helfen.<sup>297</sup>

## Russen bekommen weniger Kinder

Wie sich die Einwohnerzahlen an der Wolga in Zukunft entwickeln werden, hängt allerdings nicht ausschließlich von der Wirtschaftsstärke der Regionen ab. Denn in vielen Republiken mit einem hohen Bevölkerungsanteil nicht-russischer Ethnien ist die Ausgangsposition wegen der jüngeren Altersstruktur besser als in den russisch geprägten Gebieten Nischni Nowgorod, Pensa, Kirow oder Saratow. So beträgt der Anteil der über 64-Jährigen in der Republik Udmurtien lediglich zwölf, in Nischni Nowgorod aber 16 Prozent. Die Lebenserwartung kann keine Erklärung für diese Unterschiede liefern. Dem landesweiten Trend folgend, liegt sie in den „russischeren“ Regionen sogar niedriger als in den ethnischen Republiken – eine Folge

## Ethnische Vielfalt

Die Bevölkerung des Wolgagebiets ist ethnisch sehr gemischt – doch das friedliche Zusammenleben funktioniert. Russen stellen hier nur etwas über zwei Drittel der Bevölkerung und nur in zwei der sechs ethnischen Republiken mehr als die Hälfte aller Einwohner. Größte Minderheit an der Wolga sind die Tataren mit einem Bevölkerungsanteil von 13 Prozent. Die ethnisch homogenste Republik ist Tschuwaschien, wo fast 70 Prozent aller Menschen zum Titularvolk zählen.



davon, dass die russische Bevölkerung einen ungesünderen Lebensstil pflegt und eine höhere Säuglingssterblichkeit verzeichnet.<sup>298</sup> Der tatsächliche Grund für die unterschiedlichen Altersstrukturen liegt darin, dass der demografische Wandel hin zu niedrigen Kinderzahlen in den sechs weniger russisch geprägten Republiken später begann als im Rest des Kreises und dort auch heute noch mehr Kinder geboren werden.<sup>299</sup>

Mit durchschnittlich 1,69 Kindern je Frau führt Baschkortostan die Liste der kinderreichsten Regionen an der Wolga an. Dicht dahinter folgen die Republik Udmurtien mit 1,67 Kindern sowie die Region Perm mit 1,61 Kindern. Letztgenannte erreicht den vergleichsweise hohen Wert, da sie den ehemals selbstständigen Autonomen Kreis der Komi-Permjaken beinhaltet, in dem die Fertilität noch immer über dem Niveau von 2,1 liegt, das eine langfristig stabile Bevölkerungszahl verspricht. Am anderen Ende der Skala finden sich die vorwiegend von ethni-

schen Russen bewohnten Gebiete Saratow, Uljanowsk, Pensa, Nischni Nowgorod sowie die Republik Mordwinien mit Werten zwischen 1,3 und 1,4.<sup>300</sup> Bis 2030 werden diese Regionen die höchsten Bevölkerungsverluste von bis zu 23 Prozent hinnehmen müssen. Umgekehrt dürften Tatarstan und Baschkortostan nicht mehr als sieben Prozent ihrer Bevölkerungen verlieren. Die beiden Nachbarn sind die einzigen Regionen des Kreises, deren Bevölkerung im Vergleich zum letzten Sowjetzensus 1989 sogar zugenommen hat. Auch in Udmurtien und Tschuwaschien wird der Verlust mit maximal zehn Prozent deutlich niedriger ausfallen als im Schnitt des Föderationskreises.<sup>301</sup>

## Daten für das europäische Russland

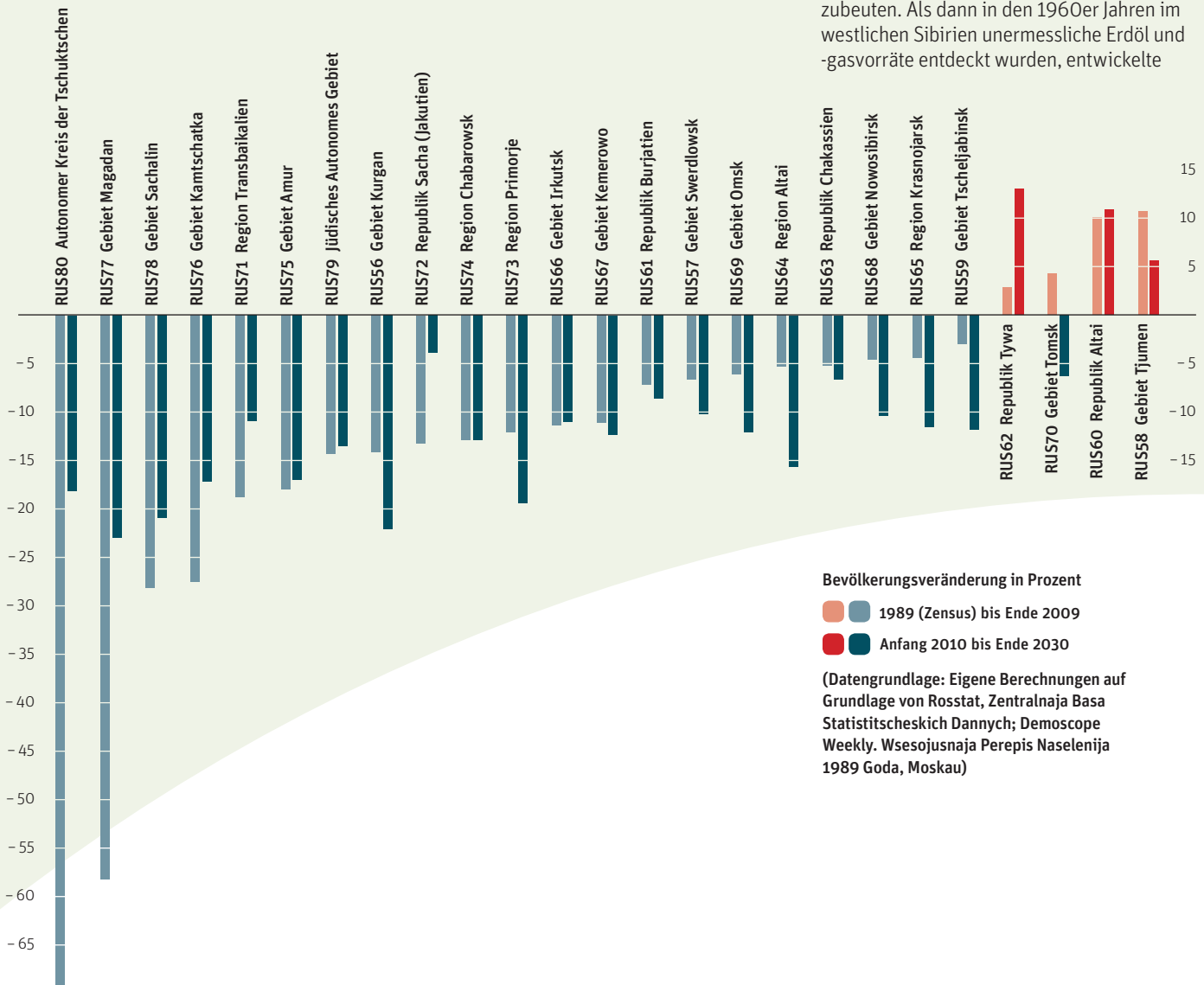
		Demografie					Wirtschaft				Bevölkerungsprognose (Prozent 2010 bis 2030)
Cluster	Kinderzahl je Frau 2009	Anteil über 59-jähriger (Prozent)	Lebenserwartung 2009 (Jahre)	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (Durchschnitt 2006 bis 2009)	Cluster	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2008 (Internationale Dollar)	Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2008 (Prozent des BIP)	Erwerbstätige 2008 (Prozent von Alters- gruppe 15 bis 59)			
Föderationskreis ZENTRALRUSSLAND											
RUS1	Gebiet Belgorod	1	1,37	19,3	71,1	7,4	3	15.219	0,2	66,6	-3,1
RUS2	Gebiet Brjansk	3	1,43	19,6	67,9	-0,0	3	7.126	0,2	70,0	-18,5
RUS3	Gebiet Wladimir	3	1,43	20,3	66,2	1,2	2	7.901	1,5	73,0	-19,4
RUS4	Gebiet Woronesch	3	1,36	21,5	68,9	2,6	2	8.500	1,1	70,8	-18,1
RUS5	Gebiet Iwanowo	3	1,38	20,7	66,7	1,5	3	5.494	0,4	69,1	-22,1
RUS6	Gebiet Kaluga	3	1,38	20,1	67,6	4,1	2	10.554	3,1	71,6	-15,8
RUS7	Gebiet Kostroma	3	1,52	19,1	67,2	-0,3	3	8.539	0,0	69,4	-18,1
RUS8	Gebiet Kursk	3	1,44	20,4	68,1	0,5	2	10.343	1,2	77,2	-20,6
RUS9	Gebiet Lipezk	3	1,44	20,1	68,4	1,7	3	16.602	0,0	70,2	-16,2
RUS10	Gebiet Moskau	1	1,40	19,3	68,2	11,2	2	14.565	2,4	64,9	-0,6
RUS11	Gebiet Orjol	3	1,36	20,1	68,7	1,0	3	8.976	0,2	74,4	-18,3
RUS12	Gebiet Rjasan	3	1,40	22,3	67,7	2,6	3	8.363	0,6	67,6	-19,8
RUS13	Gebiet Smolensk	3	1,39	19,6	65,6	-0,1	3	8.662	0,5	72,2	-23,0
RUS14	Gebiet Tambow	3	1,28	21,5	68,8	-0,6	3	7.981	0,6	69,9	-24,0
RUS15	Gebiet Twer	3	1,49	21,3	65,3	2,0	2	9.302	1,4	67,8	-21,2
RUS16	Gebiet Tula	3	1,31	22,6	66,7	2,1	3	10.436	0,6	76,6	-24,8
RUS17	Gebiet Jaroslawl	3	1,39	20,4	68,6	3,1	2	11.540	1,5	76,4	-15,7
RUS18	Stadt Moskau	1	1,41	19,6	73,6	5,1	1	35.401	1,7	91,0	-7,7
Föderationskreis NORDWESTRUSSLAND											
RUS19	Republik Karelien	3	1,39	16,3	66,6	0,5	3	10.506	0,4	72,8	-17,4
RUS20	Republik Komi	4	1,49	11,9	66,5	-7,6	3	16.443	0,5	67,8	-18,2
RUS21	Gebiet Archangelsk	4	1,53	15,8	67,6	-4,1	3	13.270	0,2	69,8	-18,8
RUS22	Gebiet Wologda	3	1,54	17,4	67,3	0,2	3	14.903	0,1	73,6	-15,0
RUS23	Gebiet Kaliningrad	3	1,46	16,8	67,7	4,2	3	11.120	0,3	72,7	-9,3
RUS24	Gebiet Leningrad	1	1,19	19,3	66,7	7,4	2	14.544	0,8	66,2	-9,9
RUS25	Gebiet Murmansk	4	1,35	11,9	67,2	-6,6	2	12.410	0,9	70,3	-16,6
RUS26	Gebiet Nowgorod	3	1,45	20,4	64,5	0,7	3	11.515	0,4	73,3	-24,1
RUS27	Gebiet Pskow	3	1,40	21,0	64,5	-0,9	3	7.137	0,1	71,4	-26,4
RUS28	Stadt St. Petersburg	1	1,40	20,9	71,2	5,8	2	17.950	3,0	79,7	-12,6
Föderationskreis SÜDRUSSLAND											
RUS29	Republik Adygeja	3	1,57	18,8	70,0	3,1	4	5.705	0,1	53,1	-8,0
RUS30	Republik Kalmykien	4	1,89	11,9	68,6	-8,5	4	5.262	0,2	58,3	-7,9
RUS31	Region Krasnodar	1	1,57	19,2	70,7	5,9	3	10.345	0,4	67,3	-3,1
RUS32	Gebiet Astrachan	3	1,71	15,3	68,3	3,6	3	10.184	0,2	67,6	-5,6
RUS33	Gebiet Wolgograd	3	1,45	19,3	69,5	-0,5	3	11.185	0,4	72,1	-14,1
RUS34	Gebiet Rostow	3	1,36	19,5	69,5	0,4	2	8.765	0,9	67,7	-14,3
Föderationskreis NORDKAWKASUS											
RUS35	Republik Dagestan	2	1,96	9,3	74,0	-2,4	4	5.798	0,3	52,6	11,8
RUS36	Republik Inguschetien	2	1,97	7,0	78,3	1,1	2	2.688	0,1	20,2	23,9
RUS37	Republik Kabardino-Balkarien	2	1,51	13,5	72,1	-3,2	4	4.931	0,6	50,7	-5,8
RUS38	Republik Karatschai-Tscherkessien	2	1,75	15,3	71,5	-5,3	4	6.068	0,8	58,5	-10,8
RUS39	Republik Nordossetien-Alanien	2	1,84	17,6	71,9	-2,7	3	6.401	0,3	64,6	-3,9
RUS40	Republik Tschetschenien	5	3,38	6,5	73,2	-0,8	3	3.911	0,1	31,4	43,1
RUS41	Region Stawropol	3	1,43	17,7	70,3	2,2	3	6.418	0,2	67,0	-6,3
Föderationskreis WOLGA											
RUS42	Republik Baschkortostan	3	1,69	16,0	69,0	1,0	3	13.451	0,4	67,1	-7,0
RUS43	Republik Mari El	4	1,54	15,5	67,1	-1,3	3	7.249	0,2	66,9	-15,0
RUS44	Republik Mordwinien	3	1,27	18,8	69,1	-2,5	3	8.604	0,5	68,7	-22,1
RUS45	Republik Tatarstan	1	1,51	17,0	70,8	2,9	1	18.250	0,5	71,0	-6,3
RUS46	Republik Udmurtien	4	1,67	15,0	68,3	-1,9	3	11.652	0,2	72,6	-10,8
RUS47	Republik Tschuwaschien	3	1,53	16,5	69,0	0,1	3	9.146	0,3	68,5	-12,8
RUS48	Region Perm	4	1,61	16,1	66,6	-1,0	2	13.580	0,9	72,1	-13,7
RUS49	Gebiet Kirow	3	1,45	18,4	67,9	-2,9	3	7.421	0,4	72,2	-21,5
RUS50	Gebiet Nischni Nowgorod	3	1,40	19,9	67,1	1,7	2	11.309	3,4	78,5	-18,7
RUS51	Gebiet Orenburg	3	1,64	16,4	67,9	-0,8	3	14.731	0,1	72,7	-12,8
RUS52	Gebiet Pensa	3	1,37	20,4	69,4	0,4	2	7.613	1,0	72,3	-17,5
RUS53	Gebiet Samara	3	1,42	18,2	68,2	2,9	2	12.870	1,1	73,3	-12,4
RUS54	Gebiet Saratow	3	1,33	19,3	69,1	0,9	3	9.376	0,5	69,0	-14,7
RUS55	Gebiet Uljanowsk	3	1,34	18,5	68,8	-1,2	2	8.312	2,1	67,3	-20,3

# ASIATISCHES RUSSLAND

Föderationskreis **URAL**

Föderationskreis **SIBIRIEN**

Föderationskreis **FERNER OSTEN**



In den vergangenen 150 Jahren erlebte der asiatische Teil Russlands in wirtschaftlicher und demografischer Sicht Aufstieg und Fall wie keine andere Region auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. War die riesige Landmasse jenseits des Urals vor dem Baubeginn der Transsibirischen Eisenbahn nahezu unbewohnt, entwickelte sie sich in der Folge zur Rohstoffkammer des Landes. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schickten die sowjetischen Planer Millionen Strafgefangene nach Sibirien, um dort Städte und eine Infrastruktur aufzubauen und die Steinkohle-, Erz- und Goldvorkommen auszubeuten. Als dann in den 1960er Jahren im westlichen Sibirien unermessliche Erdöl und -gasvorräte entdeckt wurden, entwickelte

Bevölkerungsveränderung in Prozent

1989 (Zensus) bis Ende 2009

Anfang 2010 bis Ende 2030

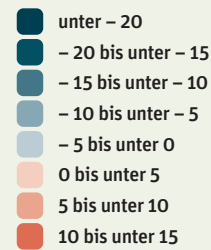
(Datengrundlage: Eigene Berechnungen auf Grundlage von Rosstat, Zentralnaja Basa Statisticheskich Dannych; Demoscope Weekly, Wsesojusnaja Perepis Naselenija 1989 Goda, Moskau)

sich Sibirien endgültig zum Rückgrat der sowjetischen Wirtschaft. Mit der Auflösung der Sowjetunion wendete sich aber auch das Schicksal der Region: Viele der einst hoch subventionierten Industriebetriebe waren aufgrund veralteter Produktionsmethoden und ihrer geografischen Isolation nicht mehr wettbewerbsfähig. Die riesigen Militärstützpunkte an der russischen Pazifikküste verloren mit dem Ende des Kalten Krieges an Bedeutung. Die Menschen, die vormals mit hohen Löhnen und anderen Vergünstigungen in den unwirtschaftlichen Osten gelockt worden waren, zogen in großen Zahlen zurück gen Westen. Denn klimatisch attraktiv sind in Russlands Osten nur die südlichen Gebiete nahe der kasachischen und der chinesischen Grenze. Im Norden spiegeln sich die harten Daseinsbedingungen unter anderem in der Lebenserwartung wider: Im Autonomen Kreis der Tschuktschen werden Männer im Mittel nur knapp 54 Jahre alt.

## Russlands Osten verliert weiter

Der Bevölkerungsrückgang im asiatischen Teil Russlands wird sich auch in Zukunft fortsetzen. Im Gegensatz zu den 1990er Jahren wird er dann allerdings auf niedrigen Kinderzahlen gründen. Denn die massenhafte Abwanderung im ersten Jahrzehnt nach dem Fall der Sowjetunion hat sich schon in den letzten Jahren abgeschwächt. Selbst regionale Zentren wie die Gebiete Nowosibirsk, Tomsk, Swerdlowsk und Tscheljabinsk, die den Menschen gute Beschäftigungsmöglichkeiten versprechen, werden sich trotz Zuwanderung der Schrumpfung nicht entziehen können – zu niedrig sind auch dort die Nachwuchszahlen. Wachstum ist jenseits des Urals nur dort zu erwarten, wo wie etwa in Tjumen Öl und Gas gefördert werden und die entsprechenden gut bezahlten Arbeitsplätze rufen, oder dort, wo infolge traditioneller Familienstrukturen viele Kinder geboren werden, etwa in den Bergrepubliken Altai und Tywa.

## Bevölkerungsveränderung 2010 bis 2030 in Prozent



(Datengrundlage: Rosstat, Zentralnaja Basa Statistitscheskich Dannych, Moskau)\*



\* Den Bevölkerungsprognosen liegt die niedrige Variante der russischen Bevölkerungsvorausberechnung zu Grunde, da diese am ehesten mit der von den Vereinten Nationen gerechneten Prognose vergleichbar ist, die in anderen Teilen der Studie für die restlichen Länder benutzt wurde.

# Föderationskreis URAL

Einwohnerzahl 2010	12,28 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	11,40 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	7
Kinderzahl je Frau 2009	1,62
Lebenserwartung bei Geburt 2009	68,6
Migrationssaldo 2009	15.946
Durchschnittsalter 2010	37,8



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Im Reich von Öl und Gas

Im Jahr 1932 verkündete der russische Geologe Iwan Gubkin auf einer Konferenz in Swerdlowsk, dass unter den weiten, sumpfigen Böden Westsibiriens gewaltige Lagerstätten von Öl und Gas aus dem Erdmittelalter zu finden sein müssten. Dies interessierte zunächst allerdings niemanden. Denn in der Republik Baschkortostan im heutigen Föderationskreis Wolga hatte der Abbau fossiler Brennstoffe gerade begonnen, wodurch der Bedarf vorerst gedeckt war. Erst drei Jahrzehnte später verlagerte sich die Brennstoffindustrie nach Westsibirien, wo sich einige der größten Erdöl- und Erdgasfelder der Welt befinden.

Zu Gubkins Zeiten prägten ärmlich lebende Nomaden, die mit ihren Rentieren durch die schier endlose Tundra und Taiga zogen, das Land. 1930 hatten die sowjetischen Machthaber östlich des Urals zwei Autonomiegebiete für die indigenen Völker ausgerufen, eins für die Jamal-Nenzen und eins für die Chanten und Mansen. Noch Ende der 1930er Jahre lebten auf dem Territorium der beiden Gebiete, die zusammen eine Fläche viermal so groß wie Deutschland umfassen, gerade einmal 139.000 Menschen.<sup>302</sup>

Erst in den 1960er Jahren begann die massive Ausbeutung der fossilen Lagerstätten, und in der Folge wuchs rasch der Bedarf an Arbeitskräften. Aus dem ganzen Land strömten Hunderttausende in der Hoffnung auf Beschäftigung gen Norden. Allein zwischen 1970 und 1989 wuchs die Bevölkerung von 350.000 auf knapp zwei Millionen Menschen – viele der Neankömmlinge waren Russen und Ukrainer. Chanten, Mansen und Nenzen, die dem Land einst ihren Namen gaben, machen heute weniger als fünf Prozent der Bevölkerung aus.<sup>303</sup>

Trotz des enormen Bevölkerungszuwachses seit Mitte der 1960er Jahre leben im Föderationskreis Ural auf einem Quadratkilometer im Schnitt nur sieben Menschen. Vom Nordpolarmeer bis zur kasachischen Grenze im Süden erstreckt sich der Föderationskreis über mehr als 2.000 Kilometer, vom Kamm des Uralgebirges im Westen bis zur östlichen Grenze im Tiefland Sibiriens über bis zu 1.000 Kilometer. Insgesamt wohnen hier neun Prozent der russischen Bevölkerung – und erwirtschaften über 15 Prozent des

Bruttoinlandsprodukts. Das Gebiet Tjumen, das die beiden Autonomen Kreise der Jamal-Nenzen im Norden und der Chanten und Mansen im Süden beinhaltet, ist, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, die mit Abstand reichste Region des Landes.<sup>304</sup>

Ungefähr zwei Drittel des russischen Erdöls, also knapp sieben Prozent der Weltfördermenge, kommen aus dem Autonomen Kreis der Chanten und Mansen.<sup>305</sup> Zwischen sechs und sieben Millionen Barrel Rohöl werden hier Tag für Tag aus dem Boden geholt – die dreifache Menge des täglichen Bedarfs von Deutschland. Im Jahr 2005 sprudelte das Öl aus insgesamt 249 Quellen. Diese werden vornehmlich von den vier großen Unternehmen Surgutneftegas, Lukoil, TNK-BP und dem staatlichen Konzern Rosneft ausgebeutet, die zusammen zwei Drittel der landesweiten Produktion kontrollieren.<sup>306</sup> Vor allem zu Beginn des neuen Jahrtausends boomte das Geschäft. Zwischen 2000 und 2007 stieg die russische Ölförderung zeitgleich mit explodierenden Rohölpreisen um über 50 Prozent an. Nach einer kurzen Stagnationsphase wuchs die Fördermenge 2009 wieder und Russland überholte Saudi-Arabien als größten Erdölförderer der Welt.<sup>307</sup>



Ende 2008 verfügte Russland über nachgewiesene und direkt abbaubare Ölreserven von knapp 80 Milliarden Barrel – ein Großteil davon in Westsibirien.<sup>308</sup> Bei gleich bleibender Fördermenge würde diese Menge reichen, um den Wohlstand der Region für mehrere Jahrzehnte zu sichern. Allerdings neigt sich gerade das Öl in einigen großen, seit der Sowjetzeit ausgebeuteten Feldern dem Ende zu, und Neuerschließungen sind vielerorts heute noch nicht rentabel. So sagt es wenig aus, wenn sich die russische Regierung „prognostizierter Reserven“ von bis zu 322 Milliarden Barrel rühmt. Denn diesem Wert liegt die Höchstmenge aller theoretisch abbaubaren Erdölvorkommen des Landes zugrunde. Wie rentabel die Förderung ist, welche Infrastruktur dafür notwendig wäre und ob die Welt die Vorräte überhaupt bis zum letzten Fass wird ausbeuten wollen, ist bei diesen Zahlen nicht berücksichtigt.<sup>309</sup>

Die Rolle des Erdöls im Autonomen Kreis der Chanten und Mansen spielt weiter nördlich, im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen, das Erdgas. Unter dem Dauerfrostboden – die Temperatur beträgt hier im langjährigen Mittel minus zehn Grad Celsius – lagern 90 Prozent der Gasvorräte Russlands, dem Land mit den weltweit größten Erdgasreserven. Von den jährlich landesweit produzierten etwa 600 Milliarden Kubikmetern, entfallen drei Viertel auf das Gebiet am Nordpolar-

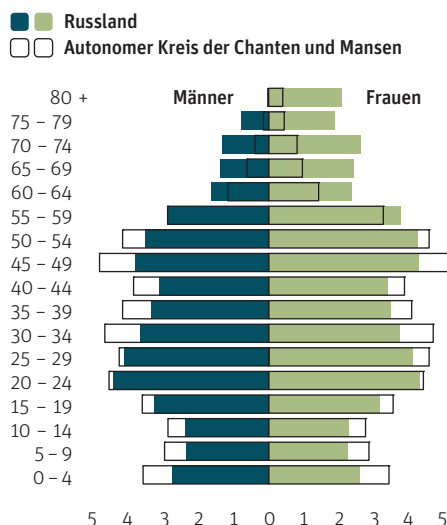
### Junge Industrie – junge Bevölkerung

Die Bevölkerung im Autonomen Kreis der Chanten und Mansen ist deutlich jünger als im gesamt-russischen Durchschnitt. Vor allem die Unterschiede bei den Personen im Rentenalter sind extrem: Nur vier Prozent der Männer sind älter als 59 Jahre – landesweit sind es 13 Prozent. Bei den Frauen, bei denen das Renteneintrittsalter bei 55 Jahren liegt, ist der Unterschied mit 15 gegenüber 27 Prozent kaum weniger ausgeprägt. Der Grund für die junge Bevölkerungsstruktur liegt in der massenhaften Zuwanderung von Arbeitskräften. Diese setzte in den 1970er Jahren ein, als die Erdölförderung in Westsibirien begann. Erst in den letzten Jahren haben die ersten Migranten von damals das Rentenalter erreicht.

meer.<sup>310</sup> Anders als der Ölmarkt wird der russische Gasmarkt beinahe gänzlich von einem Konzern dominiert: Gazprom. Das weltweit größte Gasunternehmen kontrolliert etwa 85 Prozent der landesweiten Förderung und ist mit knapp einer halben Millionen Angestellten der größte Arbeitgeber des Landes. Um die stetig wachsende Weltmarktnachfrage auch auf längere Sicht stillen zu können, wird Russland – und damit Gazprom – allerdings Investitionen in Milliardenhöhe tätigen müssen. Ein Großteil der gigantischen Erdgasfelder der ersten Generation, etwa Urengoi und Yamburg, ist beinahe erschöpft. Die verbleibenden Reserven liegen ungleich tiefer, im schwer zugänglichen Norden des Kreises auf der Halbinsel Jamal und vor deren Küste. Eine zusätzliche Herausforderung bei der Erschließung dieser Felder wird der auftauende Permafrostboden darstellen, der die Konstruktion von stabilen Gebäuden, Verkehrswegen und Pipelines erschwert.

Schon im Jahr 2009 ist das Fördervolumen gegenüber dem Vorjahr um 12,1 Prozent zurückgegangen, denn europäische Kunden nahmen wegen der Wirtschaftskrise weniger Erdgas ab, als vertraglich vereinbart war.<sup>311</sup> Damit verlor Russland erstmals seit 2002 den Titel des größten Gasproduzenten der Welt. Die USA rückten an die Spitze, da sie auf neu erschlossene Lagerstätten in Schiefergesteinen zurückgreifen, und so ihre eigenen Importe reduzieren konnten. Dennoch wird die Bedeutung der Gasexporte in Russland zunehmen – auch weil der Erdgasverbrauch auf dem Binnenmarkt derzeit noch hoch subventioniert ist. Um den Eigenverbrauch im Land zu reduzieren und entsprechend die lukrativen Ausfuhren zu steigern, plant die Regierung, bei der Energieversorgung des Landes vermehrt auf Kohle und Atomkraft umzustellen. Bis 2030 soll die Kohleproduktion von 100 Millionen Tonnen im Jahr 2008 auf 410 bis 540 Millionen Tonnen jährlich steigen.<sup>312</sup> Schon bis 2020 sollen durch den Bau zahlreicher neuer Kernkraftwerke jährlich 43 statt derzeit 23 Gigawatt an nuklearer Energie bereitgestellt werden.<sup>313</sup>

Die autonomen Kreise gehören weiterhin zu den finanzstärksten Regionen Russlands, auch wenn ihre Einnahmequellen in den letzten fünf Jahren empfindlich beschnitten wurden: Ihr früherer, 60-prozentiger Anteil an den Steuern auf die Öl- und Gasproduktion fließt heute beinahe gänzlich in den Föderationshaushalt. Für den Reichtum sorgen die noch immer erheblichen Einnahmen aus Gewinn- und Einkommensteuern. So leisten es sich die Kreise, bedürftigen Familien pro Kind monatlich zwischen 200 und 300 Rubel zukommen zu lassen, während es in zwei Drittel der russischen Regionen weniger als 100 Rubel sind. Allerdings steht auch dies in keinem Verhältnis zu den Profiten der Ölindustrie – reicht der Betrag doch gerade einmal für etwa zehn Laibe Brot oder sieben Liter Milch. Immerhin liegt die Armutsquote hier mit etwa acht Prozent für russische Verhältnisse extrem niedrig.<sup>314</sup>



Bevölkerungsanteil nach Fünf-Jahres-Gruppen in Russland und im Autonomen Kreis der Chanten und Mansen in Prozent im Jahr 2009 (Datengrundlage: Rosstat, Zentralnaja Basa Statisticheskich Dannych, Moskau)

## Russlands Ruhrgebiet

Das industrielle Herzstück des Förderationskreises Ural sind die Gebiete Tscheljabinsk und Swerdlowsk. Die ehemalige Stadt Swerdlowsk, die 1991 ihren früheren Namen Jekaterinburg zurückerhielt, ist zugleich Verwaltungssitz des Kreises. Hier richteten einst die Bolschewiki die Familie des russischen Zaren Nikolaus II. hin. Während die Stadt selbst heute wieder nach einer Zarin heißt, trägt das zugehörige Gebiet ironischerweise weiterhin den Namen von Jakow Swerdlow, einem der Revolutionäre und Hauptverantwortlichen für die Ermordung der letzten Zarenfamilie.

Das „Ruhrgebiet“ Russlands, wie das Gebiet Swerdlowsk auch genannt wird, ist die dritt-wichtigste Industrieregion Russlands. Von Bedeutung ist vor allem die Aluminiumindustrie. Sechs große Werke produzieren hier mehr als die Hälfte des gesamten russischen Aluminiums. Chemie und Petrochemie, Stahlproduktion, Maschinenbau, Holz- und Papierindustrie sowie Baustoffindustrie gehören ebenfalls zur ökonomischen Basis der Region. Im benachbarten Gebiet Tscheljabinsk werden Aluminium, Röhren, diverse Legierungen und Chromverbindungen hergestellt. Während des Zweiten Weltkriegs kam die Stadt Tscheljabinsk zu dem Namen *Tankograd* (Panzerstadt) da hier massenhaft Kriegsgefahr produziert wurde. Nach dem

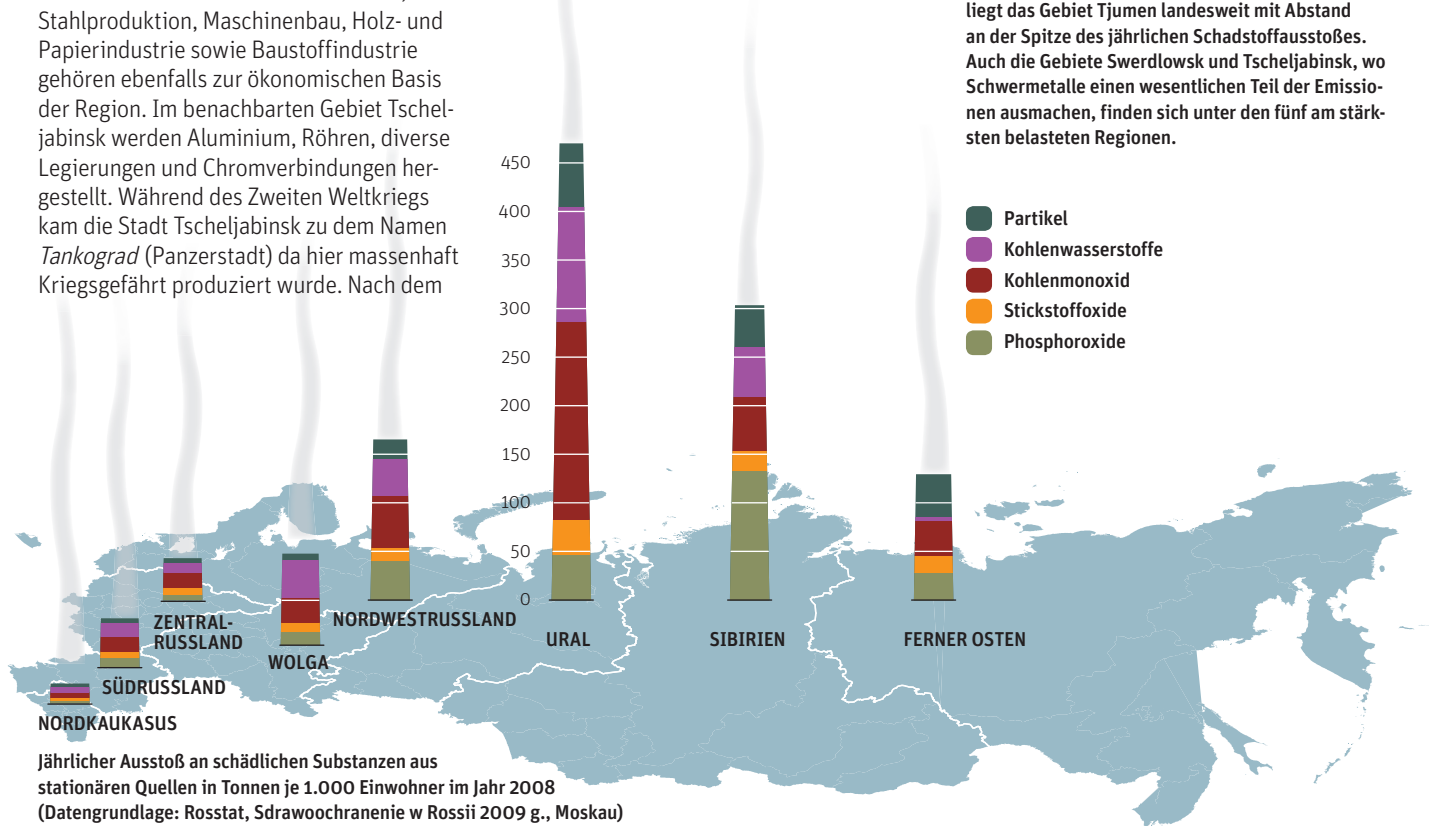
Zweiten Weltkrieg wurde die kerntechnische Anlage Majak im Norden des Gebiets Tscheljabinsk zur Hauptproduktionsstätte atomwaffenfähigen Plutoniums in der Sowjetunion. Die Region von Majak zählt heute zu den am schlimmsten radioaktiv verseuchten Orten der Erde.

Die exportstarke metallurgische Industrie hat den Wohlstand der Gebiete Tscheljabinsk und Swerdlowsk nach der Rubelkrise gegen Ende der 1990er Jahre schnell wieder anwachsen lassen – in einer Zeit, in der die Preise für Metalle weltweit explodierten. Doch nun leiden gerade diese Wirtschaftszweige besonders. Aufgrund schwacher Weltmarktnachfrage ging die Industrieproduktion hier im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um knapp 20 Prozent zurück.<sup>315</sup> Im Gebiet Swerdlowsk wuchs die Zahl der registrierten Arbeitslosen binnen eines Jahres von 38.000 auf 92.000 – zudem begegneten viele Firmen der Krise mit Kurzarbeit.<sup>316</sup>

Trotz ihres Ressourcenreichtums sind die Industrieregionen des Südruss für ihre Produktion auf zusätzliche Rohstoffimporte angewiesen. So werden Eisen- und Chromerze aus Georgien, der Türkei oder der Ukraine geliefert, während Kasachstan ein wichtiger Kohlelieferant ist. Um diese Abhängigkeit einzudämmen, plant Russland derzeit, mit Investitionen von bis zu 14 Milliarden Euro die reichen Eisenerz- und Kohlevorkommen im polaren Norden der Uralregion zu erschließen. Bis dorthin müssen mehrere tausend

## Gestörte Atmosphäre

Pro Einwohner werden im Ural jährlich knapp ein halbe Tonne Substanzen in die Atmosphäre geblasen, die für den Menschen schädlich sind. Mehr als ein Drittel dieser Menge geht auf das Konto von Kohlenmonoxid – ein Gas, das vor allem bei der unvollständigen Verbrennung der bei der Ölförderung freigesetzten Begleitgase entsteht. Aufgrund dieser Emissionen liegt das Gebiet Tjumen landesweit mit Abstand an der Spitze des jährlichen Schadstoffausstoßes. Auch die Gebiete Swerdlowsk und Tscheljabinsk, wo Schwermetalle einen wesentlichen Teil der Emissionen ausmachen, finden sich unter den fünf am stärksten belasteten Regionen.



Kilometer Schienen, Straßen und Stromleitungen aus dem Boden gestampft werden. Darüber hinaus ist der Bau von vier neuen Kraftwerken geplant, um dem rasch wachsenden Energiebedarf in den neu erschlossenen Regionen gerecht zu werden.<sup>317</sup>

Von so gigantischen Investitionen können die Menschen im Gebiet Kurgan an der kasachischen Grenze nur träumen. Die traditionelle Maschinenbauregion, die über keine nennenswerten Rohstoffe verfügt, ist aufgrund veralteter Ausrüstung und geringer Nachfrage nach ihren Erzeugnissen das ökonomische Schlusslicht im Ural. Während ein Einwohner des Gebiets Tjumen im Jahr 2008 durchschnittlich 46.600 Internationale Dollar erwirtschaftete, was etwa der Wirtschaftsleistung eines Schweizers entspricht, lagen die Bewohner des Gebiets Kurgan mit jährlich 7.700 Dollar noch unter dem Niveau der Menschen in Belize.<sup>318</sup>

## Bevölkerungswachstum am Polarkreis

Wie in fast allen Föderationskreisen Russlands schrumpft die Bevölkerung auch im Ural. Zwischen 1991 und 2009 ging die Einwohnerzahl um knapp vier Prozent zurück – ein Verlust von etwa einer halben Million Menschen. Doch vom Bevölkerungsrückgang sind nicht alle Gebiete betroffen: Regionen mit reichen Vorräten an Bodenschätzen waren lange Zeit Magneten für Zuwanderer, die sich dort gut bezahlte Jobs erhofften. So haben ausgerechnet die beiden nördlichen Autonomen Kreise der Jamal-Nenzen und der Chanten und Mansen im genannten Zeitraum jeweils deutlich an Bevölkerung hinzugewonnen. Dadurch stieg auch im verwaltungstechnisch übergeordneten Gebiet Tjumen die Einwohnerzahl um mehr als sieben Prozent. Da jedoch die Wirtschaftskrise die russische Gasindustrie schwer getroffen hat, verzeichnet der Autonome Kreis der Jamal-Nenzen seit 2008 Nettoabwanderung, wächst durch Geburtenüberschüsse aber vorerst weiter. Zu den Schrumpfreionen des Urals zählen die südlichen Gebiete Tscheljabinsk und Swerdlowsk. Seit 1991 haben sie fünf respektive acht Prozent ihrer Bevölkerungen ver-

loren. Diese Zahlen übertrifft im Ural einzig das Gebiet Kurgan. Hier lebten 2008 rund 150.000 Menschen weniger als im Jahr 1991, ein Verlust von 14 Prozent.<sup>319</sup>

Dem landesweiten Trend folgend haben sich die Fertilitätsraten im Ural, die im Jahr 2000 auf 1,2 Kinder je Frau eingebrochen waren, im Laufe des letzten Jahrzehnts etwas stabilisiert. 2009 bekamen die Frauen hier im Schnitt 1,62 Kinder. Obwohl dieser Wert weit unter den für eine konstante Bevölkerungsentwicklung notwendigen 2,1 Kindern je Frau liegt, werden für den Ural bis 2030 nur geringe weitere Bevölkerungseinbußen prognostiziert. Denn die Bevölkerung, vor allem jene der beiden autonomen Kreise im Norden, ist durch die Zuwanderung junger Arbeitskräfte jung geblieben. 48 Prozent der Einwohner des Föderationskreises sind jünger als 35 Jahre. Gleichzeitig ist die Lebenserwartung mit 62,6 Jahren bei Männern und 74,7 Jahren bei Frauen deutlich höher als in anderen asiatischen Teilen Russlands. Dies trägt dazu bei, dass sich die Zahl der Sterbefälle mit der Zahl der Geburten annähernd die Waage hält. Die guten Löhne der Ölindustrie wirken sich besonders im nördlichen Kreis der Jamal-Nenzen positiv auf den Lebensstandard und damit auf die Lebenserwartung aus. In dem autonomen Kreis am Nordpolarmeer gehört die Lebenserwartung trotz arktischer Kälte mit knapp 68 Jahren bei den Männern und etwa 75 Jahren bei den Frauen zu den höheren im Land, liegt aber trotzdem noch immer knapp zehn Jahre unter dem deutschen Niveau.<sup>320</sup>

Das Gebiet Kurgan im Süden ist die einzige Region des Föderationskreises, die in den vergangenen Jahren durchgängig Abwanderung verzeichnet hat. Die Grenzregion zu Kasachstan wird vom demografischen Niedergang am stärksten betroffen sein – bis 2030 könnte sie knapp ein Viertel ihrer Einwohner verlieren. Und trotz Zuwanderung werden auch die Gebiete Swerdlowsk und Tscheljabinsk etwa zehn Prozent ihrer Bevölkerung

verlieren. Das Gebiet Tjumen dürfte dagegen aufgrund seiner jungen Bevölkerungsstruktur und kontinuierlicher Zuwanderung vorerst weiter wachsen.<sup>321</sup>

## Die Kehrseite der Medaille

Viele soziale und demografische Probleme lassen sich durch eine starke Wirtschaft abfedern – die Verschmutzung der Umwelt nicht. Sie betrifft in der ehemaligen Sowjetunion gerade die wirtschaftsstarken Regionen. Diese leiden noch immer unter der Last veralteter Anlagen, die oft ohne nennenswerte Filtertechnik und mit niedriger Effizienz arbeiten. Von den 20 russischen Städten mit dem höchsten jährlichen Schadstoffausstoß liegen alleine fünf im Föderationskreis Ural.<sup>322</sup> Der Rohstoffabbau im Gebiet Tjumen befördert von allen Regionen landesweit die meisten Schadstoffe in die Atmosphäre. Auch die Böden werden in Mitleidenschaft gezogen: Jährlich treten in der Region bis zu 5.000 Brüche an maroden Pipelines auf, wodurch nach Schätzungen der Umweltschutzorganisation Greenpeace zwischen drei und sieben Prozent des geförderten Öls – mehrere Millionen Tonnen pro Jahr – in Wäldern, den Böden und dem Grundwasser versickern. Über 800.000 Hektar Land gelten in Westsibirien als ölverseucht – dies entspricht der fünffachen Fläche Londons.<sup>323</sup>

Doch auch die Metallindustrie, etwa in der Stahlstadt Magnitogorsk, belastet die Umwelt enorm. Der Bau der Stadt war in den 1930er Jahren ein Prestigeprojekt der Sowjetunion, die dem Klassenfeind im Westen deutlich machen wollte, dass man seinen bedeutenden Stahlzentren Gary und Pittsburgh in nichts nachstand. Über 70 Jahre später ist die Stadt außer für das erfolgreiche Eishockeyteam Metallurg Magnitogorsk vor allem für ihre verschmutzte Luft bekannt. Die rund 400.000 Einwohner atmen Tag für Tag giftige Chemikalien und Schwermetalle ein, die von den riesigen Industriekomplexen in die Atmosphäre geblasen werden. Eine Untersuchung in den 1990er Jahren ergab, dass nur

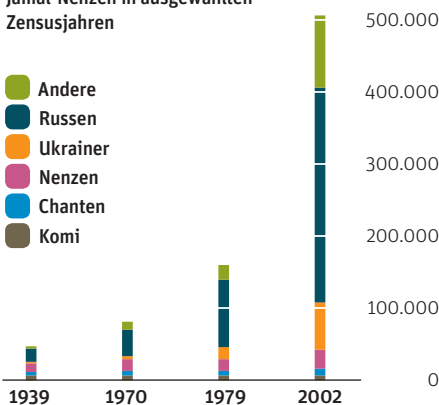
28 Prozent der Neugeborenen und 27 Prozent ihrer Mütter gesund waren. Der Rest plagte sich mit Bronchitis, Asthma, Lungenkrebs und ähnlichen Leiden herum.<sup>324</sup>

Das größte Gesundheitsproblem in der Region stellen aber nicht die Atemwegs-Erkrankungen dar, sondern Aids. Das HI-Virus, das in Russland überwiegend in reicheren Regionen grassiert, breitet sich insbesondere in den urbanen Zentren Jekaterinburg und

### Von der Mehrheit zur Minderheit

Als die sowjetischen Planer in den 1930er Jahren den Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen schufen, stellten die Angehörigen der indigenen Völker über die Hälfte der damaligen Bevölkerung von knapp 50.000 Personen. Am stärksten vertreten, und daher bei der Namensgebung entscheidend, waren die Nenzen mit einem Anteil von knapp einem Drittel. Im Laufe der Jahrzehnte schrumpfte ihr Anteil auf fünf Prozent – obgleich sich ihre absolute Bevölkerungszahl von ursprünglich 13.000 auf 26.000 Menschen verdoppelt hat. Gleichzeitig ist die gesamte Einwohnerzahl des Kreises allerdings auf über eine halbe Million gewachsen. Den Hauptgrund für diese Entwicklung bildeten die Öl- und Gasfunde der 1960er Jahre, nach denen sich viele Russen, Ukrainer und andere Volksgruppen auf den Weg gen Norden machten. Inzwischen stellen sie die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung des Kreises.

Bevölkerung nach ethnischen Gruppen im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen in ausgewählten Zensusjahren



(Datengrundlage: Demoscope Weekly, Perepisi Naselenija Rossiskoj Imperii, SSSR, 15 nowych nesawissimych gosudarstw, Moskau)

### Volk der Rentierzüchter

Die Nenzen sind die bevölkerungsstärkste indigene Gruppe Russlands. Sie zählen derzeit etwa 40.000 Personen – mit leicht steigender Tendenz. Ihre Heimat ist die Tundra diesseits und jenseits des Uralgebirges in den Autonomen Kreisen der Nenzen und der Jamal-Nenzen sowie im Norden des Gebiets Krasnojarsk. Einige wenige, die sogenannten Waldnenzen, siedeln auch in der Taiga des Autonomiegebiets der Chanten und Mansen.

Die Nenzen sind ein nomadisches Volk. Mit ihren Rentierherden und Zelten ziehen sie Jahr für Jahr durch die polare Landschaft – im Sommer an die Küsten des Polarmeeres und im Winter ins bewaldete Hinterland. Nahrungsgrundlage der Nenzen sind Fische sowie das Fleisch, Blut und Knochenmark von Rentieren. Die Häute der Tiere verarbeiten sie zu Zelten und Kleidung und aus den Geweihen fertigen sie diverse Handwerkszeuge. Mehr als andere indigene Völker haben es die Nenzen verstanden, sich ihre traditionelle Lebensweise trotz Kollektivisierung in der Sowjetunion und riesiger Öl- und Gasfunde auf ihrem Territorium zu erhalten.<sup>326</sup>

Gänzlich macht die Moderne allerdings auch vor dem hohen Norden Russlands nicht halt. Die Kinder der Nenzen besuchen Internate, lernen die russische Sprache und gewöhnen sich an die Annehmlichkeiten eines sesshaften Lebens. Statt in die Weite der Tundra zurückzukehren, ziehen es viele nach Abschluss ihrer Ausbildung daher vor, sich einen Job in der Stadt zu suchen. Der Erdgasförderung in den Polargebieten kommt hierbei eine ambivalente Rolle zu. Einerseits hat sie den Völkern des Nordens das Leben durch den Bau von Transport- und Telekommunikationsinfrastruktur einfacher gemacht. Andererseits vernichten die Förderanlagen großflächig Weidegründe, durchtrennen Wanderrouten und vergiften durch leckende Pipelines die Böden der Tundra. Zudem bringen die durch die Förderanlagen angelockten Zuwanderer wenig Verständnis für die Kultur der alteingesessenen Völker mit.

Diejenigen Nenzen, die von all dem unbeirrt ihren traditionellen Lebensstil bewahrt haben, bekommen vom Fortschritt und dem relativen Wohlstand, der in ihren autonomen Kreisen Einzug gehalten hat, nur wenig mit. So ist die Lebenserwartung von ihnen weiterhin über 20 Jahre niedriger als die der russischen Bevölkerung.<sup>327</sup> Umgekehrt ist die Säuglingssterblichkeit extrem hoch. Alkoholismus und Selbstmord haben sich zu ernstzunehmenden Problemen entwickelt. Schätzungen zufolge entfallen im Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen sowie in der fernöstlichen Heimat der Korjaken auf 100.000 Personen jährlich 134 Freitode. Der von der Weltgesundheitsorganisation festgelegte kritische Wert liegt bei 20.<sup>328</sup>

Tscheljabinsk und dem Autonomen Kreis der Chanten und Mansen unter Männern im arbeitsfähigen Alter aus. Hier ist etwa ein halbes Prozent der Bevölkerung infiziert. Anders als in afrikanischen Ländern wird das Virus in Russland nicht vorwiegend durch sexuellen Kontakt, sondern durch verunreinigte Nadeln übertragen. Der Anteil Drogenabhängiger ist in den genannten Regionen mit etwa

0,5 Prozent dreimal so hoch wie im Rest des Landes: Die Städte im Süden des Urals bilden wichtige Umschlagplätze für Heroin aus Afghanistan, und die Einwohner von Russlands rohstoffreichsten Regionen sind zahlungskräftige Kunden.<sup>325</sup>

# Föderationskreis **SIBIRIEN**

Einwohnerzahl 2010	19,56 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	17,46 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	4
Kinderzahl je Frau 2009	1,64
Lebenserwartung bei Geburt 2009	67,0
Migrationssaldo 2009	14.396
Durchschnittsalter 2010	37,4



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Lebensader Transsibirische Eisenbahn

Eine Fahrt mit der Transsibirischen Eisenbahn galt seit jeher als das ultimative Abenteuer für Russland-Reisende. Allein der Weg ist das Ziel, denn während der 150 Stunden Fahrt vom Jaroslawler Bahnhof in Moskau bis nach Wladiwostok passiert so gut wie gar nichts. Hinter den Fenstern läuft eine Art Endlosfilm von Birken- und Kiefernwäldern der sibirischen Taiga, nur selten unterbrochen von Szenen, die große, graue Industriestädte mit gefährlich rauchenden Schloten oder die silberblaue Oberfläche des Baikalsees zeigen.

Doch inzwischen ist der Mythos „Transsib“ ein wenig angekratzt: Seit dem Jahr 2010 bietet die Russische Bahngesellschaft RZD die Reise in Kooperation mit der Internetsuchmaschine Google als virtuelle Variante an. Seither lässt sich die Fahrt auf der längsten Transportader der Welt auch auf der heimischen Couch absolvieren.

Ursprünglich folgte der Bau der längsten Eisenbahnlinie der Welt, die bei einer Strecke von 9.288 Kilometern die Entfernung von Kairo nach Kapstadt um rund 2.000 Kilometer übertrifft, ohnehin nicht touristischen, sondern rein ökonomischen Überlegungen: Um Sibirien wirtschaftlich zu erschließen,

das mit Bodenschätzen reich gesegnet war, brauchte es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein neues Verkehrsmittel. Die Transporte auf dem Landweg, meist mit Pferdefuhrwerken, waren beschwerlich. Zudem ließen sich nur geringe Gütermengen transportieren. Der Wasserweg war ebenfalls ungeeignet, da die großen Flüsse Russlands entlang der Nord-Süd-Achse fließen, nicht in östliche oder westliche Richtung.

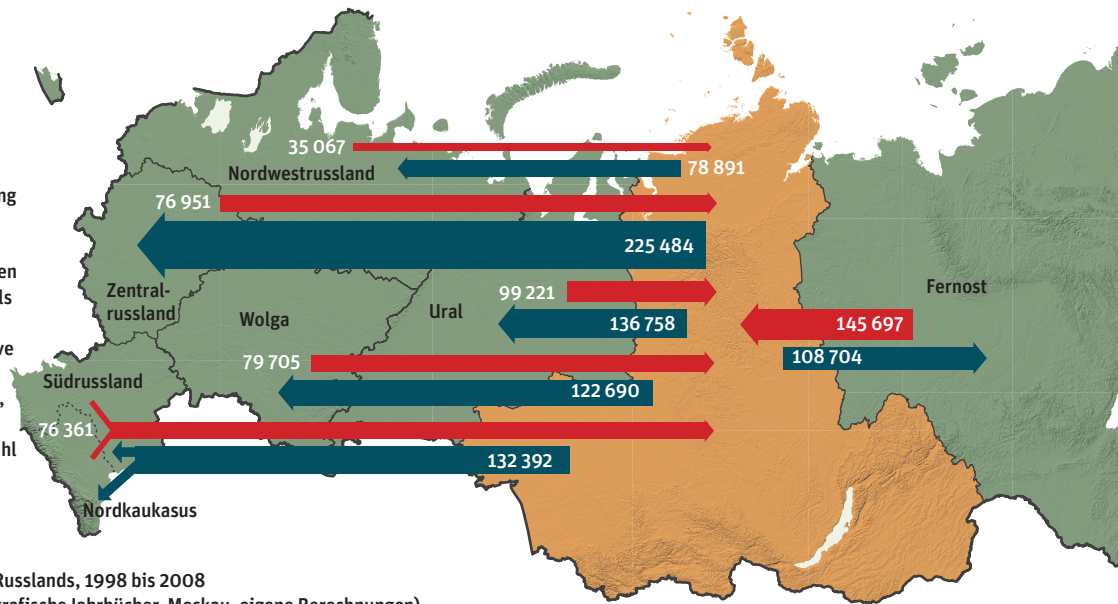
Im Jahr 1891 begannen schließlich die Bauarbeiten an einer Eisenbahnlinie, die den europäischen Teil Russlands mit der sieben Zeitzonen östlich von Moskau gelegenen Pazifikküste verbinden sollte. Noch vor der Jahrhundertwende fuhren die ersten Züge nach Irkutsk und kurze Zeit darauf weiter gen Osten nach Tschita und Chabarowsk. Bald siedelten im Zuge der stolypinschen Reformen Millionen Bauern entlang der Trasse und exportierten ihre Erzeugnisse, vorwiegend Butter und Getreide, nach Zentralrussland und Europa. Die Städte Omsk und Nowosibirsk – damals noch Nowonikolajewsk – entwickelten sich zu Handelszentren und wichtigen Finanzmärkten. Auch die Industrialisierung des Landes profitierte von der Transsib. Im Kusnezker Becken im jetzigen Gebiet Kemerowo begann der Steinkohleabbau, der noch heute 56 Prozent der gesamten Kohleproduktion Russlands ausmacht.<sup>329</sup>

Aber die russischen Herrscher hatten die Transsib nicht nur für Güter gebaut: Sowohl der Zar als auch die Bolschewiken ließen Millionen von Zwangsarbeitern und später von Kriegsgefangenen gen Osten bringen. Diese Arbeitskräfte hatten einen erheblichen Anteil am Aufbau der Industrien Sibiriens. Nachdem die Sowjet-Regierung während des Zweiten Weltkriegs wichtige Industrien aus dem gefährdeten Westteil des Landes in die heutigen Föderationskreise Ural und Sibirien evakuiert hatte, etablierte sich die Region endgültig als industrielles Herzstück der Sowjetunion. Die Folge war ein deutliches Bevölkerungswachstum. Lebten 1939, im Jahr des letzten Vorkriegszensus, noch etwa 12,7 Millionen Menschen im heutigen Föderationskreis Sibirien, zählte die Region im Jahr 1959 schon über 15,5 Millionen Einwohner. Bis 1990 war die Zahl auf 21,1 Millionen gewachsen. Mit der Wende setzte jedoch ein langsamer, unaufhaltsamer Schwund ein, sodass der Föderationskreis heute nur noch etwa 19,5 Millionen Einwohner zählt.<sup>330</sup>

Die Besiedlungsstruktur orientiert sich auch heute noch am Streckenverlauf der Transsib, die sieben der zwölf Regionen des Föderationskreises durchquert und die

## Auf nach Westen

Sibirien verliert jedes Jahr Einwohner an alle westlich gelegenen Föderationskreise. Einzig für die Bevölkerung des Fernen Ostens bleibt Sibirien ein beliebtes Ziel bei der Auswanderung – wenn auch oft nur als Durchgangsstation auf dem Weg in die europäischen Zentren des Landes. Die Ost-West-Verschiebungen nahmen ihren Anfang in der unmittelbaren Nachwendezeit, als die absoluten Wanderungszahlen die heutigen um ein Vielfaches übertrafen. Durch die massive Zuwanderung aus dem Fernen Osten konnten einige Regionen, etwa das Gebiet Nowosibirsk, die Abwanderung nach Westen in den 1990er Jahren kompensieren. Inzwischen reicht die Zahl der Zuwanderer dafür nicht mehr aus.



Kumulierter Bevölkerungsaustausch zwischen Sibirien und den anderen Föderationskreisen Russlands, 1998 bis 2008 (Datengrundlage: Rosstat, Gesammelte Demografische Jahrbücher, Moskau, eigene Berechnungen)

Hauptschlagader der sibirischen Wirtschaft bildet. Nahezu alle bedeutenden Städte wie Omsk, Nowosibirsk, Krasnojarsk und Irkutsk sind an die Transsib angebunden. Unterstützt wird sie von der nördlich zu ihr verlaufenden Baikal-Amur-Magistrale (BAM), die 1989 fertig gestellt wurde. Sie zweigt in Tschita von der Transsibirischen Eisenbahnlinie ab und verläuft über etwa 4.000 Kilometer bis zur Küste vor der Insel Sachalin. Ihr Bau begann schon in den 1930er Jahren unter Stalin, der eine Alternativroute zur Transsib benötigte, da Letztere durch ihre Nähe zur chinesischen Grenze besonders verletzlich war. Ökonomische Erwägungen waren hier zweitrangig, und in der Tat hat die BAM auch 20 Jahre nach ihrer Eröffnung bei Weitem nicht die wirtschaftliche Bedeutung der Transsib erlangt.

Regionen, die bei der Erschließung des Landes durch die Eisenbahn außen vor geblieben sind, fristen meist auch heute noch ein Schattendasein. Die dünn besiedelten, am bergigen Südrand Sibiriens gelegenen Republiken Altai und Tyva gehören zu den ärmsten und rückständigsten Regionen Russlands. Ihr Bruttoinlandsprodukt von jährlich umgerechnet knapp über 5.000

Internationalen Dollar pro Kopf entspricht nur etwa einem Drittel des gesamt-russischen Wertes und wird zu einem vergleichsweise großen Teil auf den Feldern erwirtschaftet. Um die ökonomische Entwicklung der beiden Bergrepubliken zu fördern, sollen diese im Zuge des geplanten Ausbaus des russischen Schienennetzes bis 2030 erstmals einen Bahnanschluss erhalten.<sup>331</sup>

## Transitbahnhof

Während die malerischen Landschaften der Republiken Altai und Tyva mit ihren seenerreichen Gebirgslandschaften in Zukunft wohl auch von Touristen aus dem Westen profitieren können, haben sich die bereits an das Eisenbahnnetz angeschlossenen Ortschaften Sibiriens seit 1991 vermehrt auf Zuwanderer aus den östlichen Teilen des Landes einstellen müssen. Die große Ost-West-Wanderung der russischen Bevölkerung, die unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion einsetzte, hat Sibirien zu einem Umschlagplatz für Migranten gemacht. Zuwanderer aus dem Fernen Osten versuchen oftmals in Städten wie Nowosibirsk, Tomsk, Irkutsk oder Krasnojarsk Fuß zu fassen, während die dort ansässige Bevölkerung weiter gen

Westen strebt. So verzeichnet Sibirien seit Jahren Zuwanderung aus den fernöstlichen Gebieten Russlands, während der Saldo mit allen westlich gelegenen Gebieten negativ ist und die Gewinne aus dem Osten deutlich übersteigt.<sup>332</sup> Insgesamt verlor Russlands zweitgrößter Föderationskreis seit 1993 etwa 430.000 Menschen an andere russische Provinzen.<sup>333</sup>

Dass der gesamte Wanderungsverlust Sibiriens mit einem Minus von gerade einmal 4.000 Personen seit 1993 dennoch minimal ist, verdankt Sibirien Zuwanderern aus dem Ausland. Es sind vorwiegend Russen und russisch Sprechende, die aus den früher sowjetischen zentralasiatischen Republiken in das Land ihrer Vorfahren zurückgekehrt sind.

Vor allem die nördlichen und östlichen Regionen Sibiriens verlieren Einwohner, da hier keine Zuwanderer aus dem Ausland den Wegzug der Bevölkerung in die westlichen Landesteile ausgleichen. So der Autonome Kreis der Ewenken und der Autonome Kreis Taimyr, die inzwischen der Region Krasnojarsk angegliedert wurden, jeweils etwa ein Viertel ihrer Bevölkerung durch Abwanderung eingebüßt. Auch die Republik

Burjatien und die Region Transbaikalien, die im Süden an China beziehungsweise an die Mongolei grenzen, haben seit 1993 mehr als fünf Prozent ihrer Bevölkerungen durch Wanderungen verloren. Dagegen haben vor allem die Regionen an der Grenze zu Zentralasien zugelegt: Das Gebiet Nowosibirsk ist mit einem Plus von rund 130.000 Menschen um knapp fünf Prozent gewachsen. Das Gebiet Kemerowo hat immerhin knapp 80.000 Menschen hinzugewonnen, was einem Gewinn von 2,5 Prozent entspricht. Typisch für das Auf und Ab der Bevölkerungsbewegungen war die Entwicklung in der direkt an der kasachischen Grenze gelegenen Region Altai, die zwischen 1993 und 2000 einen Wanderungsüberschuss von über 70.000 Menschen verbuchte, bevor die Zahl der russischen Zuwanderer aus Zentralasien langsam zurückging. Seitdem hat sie wieder mehr als 50.000 Menschen verloren.<sup>334</sup>

Dass Sibirien seit 1991 über 1,5 Millionen Menschen verloren hat, ist fast gänzlich der natürlichen Bevölkerungsentwicklung zuzuschreiben. Wie überall in Russland hielt der gesellschaftliche Umbruch auch in Sibirien viele Frauen davon ab, Kinder zu bekommen, während die Perspektivlosigkeit

und der riskante Lebensstil vieler Männer zu enorm steigenden Sterberaten beitrugen. Im Gegensatz zu den Wanderungsverlusten war der Geburtenrückgang in allen Regionen des Föderationskreises zu beobachten. Die niedrigsten Fertilitätsraten von unter 1,2 Kindern je Frau verzeichneten zur Jahrtausendwende die Gebiete Nowosibirsk, Omsk und Tomsk. Allerdings bekamen die Frauen in diesen Industrieregionen schon zu Sowjetzeiten vergleichsweise wenige Kinder. Prozentual ist der Rückgang der Fertilität bis heute in der Region Transbaikalien am stärksten gewesen. Da die Region überdies unter Abwanderung leidet, hat sie auch die höchsten Bevölkerungsverluste hinnehmen müssen – über 15 Prozent seit 1991.<sup>335</sup>

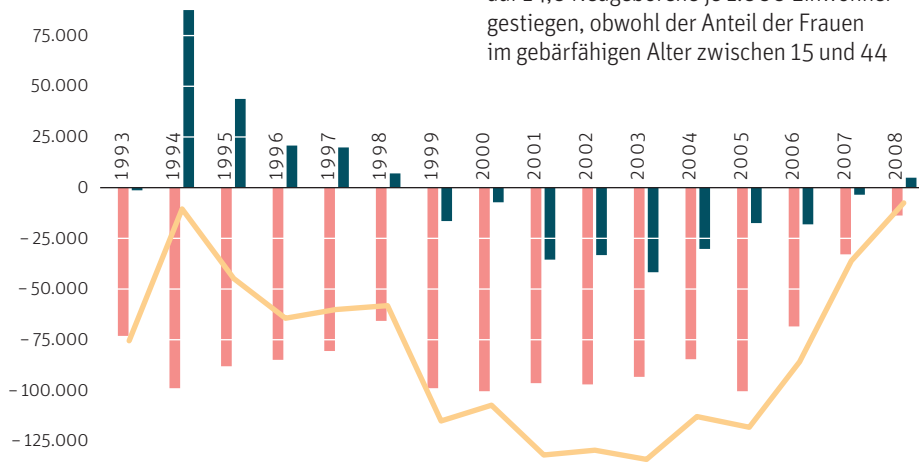
Entsprechend dem landesweiten Trend zu etwas höheren Kinderzahlen entspannt sich gegenwärtig auch in Sibirien die Lage wieder ein wenig. 2009 gab es erstmals seit 1992 wieder mehr Geburten als Todesfälle. Vor allem über 24-Jährige holen aufgeschobene Familiengründungen mittlerweile nach. Der Anstieg der Fertilität von 1,3 auf über 1,6 Kinder je Frau zwischen 2005 und 2009 war in Sibirien der stärkste unter den acht Föderationskreisen Russlands. Die Geburtenrate ist in diesem Zeitraum sogar von 11,4 auf 14,0 Neugeborene je 1.000 Einwohner gestiegen, obwohl der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter zwischen 15 und 44

Jahren an der Gesamtbevölkerung zeitgleich leicht zurückgegangen ist.<sup>336</sup> Dies und die gestiegene Lebenserwartung, die in Sibirien gegenwärtig bei 67 Jahren und damit mehr als vier Jahre höher als noch 2005 liegt, deuten auf verbesserte Lebensbedingungen hin. Vor allem die Männer profitieren davon: Ihre durchschnittliche Lebenserwartung ist von 56,3 auf 61,0 Jahre gestiegen – was allerdings immer noch weniger ist als in Bolivien oder in der Mongolei.<sup>337</sup>

Da gleichzeitig mit der günstigeren natürlichen Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2008 erstmals seit einem Jahrzehnt wieder mehr Menschen zu- als abwanderten, konnte die Hälfte der sibirischen Regionen Anfang 2009 eine höhere Einwohnerzahl verzeichnen als ein Jahr zuvor.<sup>338</sup> Der positive Wanderungssaldo lässt sich unter anderem damit erklären, dass die Abwanderung nach Deutschland in den letzten Jahren merklich abgenommen hat: Das Reservoir der vor allem im Gebiet Omsk und der Region Altai lebenden Deutschstämmigen, die als Spätaussiedler seit den 1990er Jahren in die Heimat ihrer Vorfahren zurückkehren, ist langsam erschöpft.

## Sterbeüberschüsse erklären Bevölkerungsrückgang

Zwischen 1993 und 2008 übertrafen die Sterbefälle in Sibirien die Zahl der Geburten. Bis 2005 kostete dies den Föderationskreis jährlich im Schnitt mehr als 60.000 Menschen und machte somit das Gros des Bevölkerungsrückgangs aus. Seit 2006 bessern sich die Zahlen etwas, da Frauen aller Altersklassen wieder mehr Kinder bekommen. Im Gegensatz zu den Geburten und Sterbefällen haben sich Ab- und Zuwanderung seit 1993 annähernd die Waage gehalten. In den 1990er Jahren profitierte Sibirien von tausenden aus Zentralasien heimkehrenden Russen, von denen viele hier die Grenze überquerten. Seit 2004 zeigt der Trend abermals nach oben. Ein Grund hierfür ist, dass kaum noch Russlanddeutsche aus Sibirien nach Deutschland auswandern.



Bevölkerungsentwicklung in Sibirien, aufgeschlüsselt nach Wanderungssaldo und natürlicher Bevölkerungsentwicklung (Geburten minus Sterbefälle), 1993 bis 2008

(Datengrundlage: Rosstat, Zentralnaja Basa Statistitscheskich Dannych, Moskau, eigene Berechnungen)

- natürliche Bevölkerungsentwicklung
- Wanderungssaldo
- Bevölkerungsveränderung

Trotzdem ist die derzeitige Entwicklung keineswegs nachhaltig. Selbst bei leicht wachsender Zuwanderung und Fertilität wird die sibirische Bevölkerung auf lange Sicht schrumpfen – zu niedrig waren die Kinderzahlen in den 1990er Jahren und sind es noch heute. Derzeit profitiert Sibirien noch von seiner Bevölkerungsstruktur mit einem hohen Anteil an Frauen im gebärfähigen Alter. Sie stellen hier 23,5 Prozent der Gesamtbevölkerung und liegen damit noch über dem ohnehin hohen landesweiten Schnitt von 22,8.<sup>339</sup> Zum Vergleich: In Deutschland, wo die Kinderzahlen schon in den 1970er Jahren massiv zurückgingen, macht die Gruppe der 15- bis 44-jährigen Frauen lediglich 18,5 Prozent der Bevölkerung aus.<sup>340</sup> Doch in Sibirien werden die ausgedünnten Jahrgänge, die in den

1990er Jahren geboren wurden, in Kürze ins Elternalter kommen. Damit wird sich die Zahl der potenziellen Eltern deutlich reduzieren.

### Hochqualifizierte in Sibirien

Um die Bevölkerungszahl auch auf lange Sicht stabil halten zu können, müsste es dem Föderationskreis gelingen, sehr viel mehr Zuwanderer als bisher anzuziehen. Dass es jedoch schwer werden dürfte, hoch qualifizierte Zuwanderer anzulocken, die die Modernisierung des Gebietes vorantreiben können, zeigen die Erfahrungen des Gebiets Nowosibirsk. Hier befindet sich mit Akademgorodok, einer Art Akademiker-Sondersiedlung, eines der Zentren der russischen Wissenschaft.

Etwa 40 Forschungsinstitute, beschäftigen schätzungsweise 22.000 Forscher – zur sowjetischen Blütezeit des Örtchens waren es noch dreimal so viele.<sup>341</sup> Zu Weltruhm hat es unter anderem das Budker-Institut für Kernphysik gebracht. Heute ist das russische „Silicon Valley“ gerade im Bereich Informatik auch für westliche Firmen attraktiv – Unternehmen wie Intel, IBM und Microsoft lassen hier programmieren. An qualifizierten Nachwuchskräften mangelt es trotz Abwanderung vieler Wissenschaftler nach Moskau oder ins westliche Ausland auch nicht, denn Akademgorodok zieht Studenten aus ganz Russland an. Damit der jüngste Boom nicht wirkungslos verpufft, veranlasste die russische Regierung im Jahr 2005 den Bau eines Technologieparks, der auf einem Areal von 9.000 Quadratkilometern 40 Firmen aus den Bereichen Biotechnologie, Maschinenbau und IT Platz bieten soll.<sup>342</sup>

Um der Abwanderung Hochqualifizierter ins Ausland entgegenzuwirken und so eines der Kardinalprobleme auf dem Weg zur Modernisierung des Landes zu lösen, hat die russische Regierung die finanzielle Förderung von Wissenschaftsorganisationen in den letzten Jahren deutlich ausgedehnt. Alleine kann sie das Vorhaben jedoch kaum erreichen, da die Wirtschaft in Russland noch immer zu wenig in die Wissenschaft eingebunden ist. So kommt der private Sektor in Deutschland für 70 Prozent der Ausgaben in Forschung und Entwicklung auf, in Russland jedoch nur für 30.<sup>343</sup>

Erstaunlich gut entwickelt hat sich das Gebiet Tomsk. Das hier erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt beträgt umgerechnet mehr als 14.400 Internationale Dollar pro Kopf.<sup>344</sup> Damit wird Tomsk in Sibirien nur von der Region Krasnojarsk und dem Gebiet Kemerowo übertroffen. Tomsk hat den Spagat zwischen der Förderung von Öl und Erdgas und der Entwicklung einer wissensintensiven Dienstleistungswirtschaft gemeistert. So werden im Westen des vorwiegend sumpfigen Territoriums die Ausläufer der großen Ölfelder des benachbarten Autonomen Kreises der

### Re-Zentralisierung

Seit einigen Jahren verfolgt der Kreml die Strategie, die Zahl der Regionen Russlands zu verringern. Meist werden wirtschaftlich schwache Regionen mit stärkeren, angrenzenden, Regionen zusammengelegt. Letztere sollen dabei als Motor fungieren, um die wirtschaftliche Entwicklung in den schwächeren Gebieten anzukurbeln, die oftmals Autonomiegebiete ethnischer Minderheiten sind. Das Geld der „Mutterregion“ soll beispielsweise Infrastrukturprojekte in armen Regionen ermöglichen. Des Weiteren hofft die Regierung, dass die Zusammenschlüsse die Verwaltungseffizienz erhöhen und dass der größere Arbeitsmarkt mehr Beschäftigung generiert.

So gliederte die Regierung zum 1. Januar 2007 in Sibirien, wo sich viele Regionen durch die Abgeschiedenheit und das extreme Klima besonders schwer tun, den Weg nachhaltiger Entwicklung einzuschlagen, den Autonomen Kreis der Ewenken sowie den Autonomen Kreis Taimyr der Region Krasnojarsk an. Später verleibte sich das Gebiet Irkutsk den Autonomen Kreis der Ust-Ordynsker Burjaten ein, während sich aus dem Gebiet Tschita und dem Autonomen Kreis der Aginer Burjaten die Region Transbaikalien formte.

Damit die Zusammenschlüsse den gewünschten Effekt zeigen können, muss jedoch die Mutterregion wirtschaftlich tatsächlich in der Lage sein, der kleineren Region zu helfen. In der Region Krasnojarsk hat sich der Zusammenschluss positiv ausgewirkt, weil der Anschluss der beiden Autonomiegebiete den Zugang zu Öl- und Erdgasquellen ermöglicht hat. Das Gegenteil ist in der Region Transbaikalien der Fall, wo selbst die eigentliche Lokomotive, das Gebiet Tschita, wirtschaftlich arg gebeutelt ist und sich kaum zusätzlich um den Juniorpartner, den Autonomen Kreis der Aginer Burjaten, kümmern kann. Die russische Regierung hat diese regionalen Probleme bisher nicht bei den Zusammenschlüssen berücksichtigt. Sie gibt sich offenbar damit zufrieden, dass jede Vereinigung eine rückständige Region aus den offiziellen Statistiken löscht und so die Ungleichheit zwischen den Regionen scheinbar sinken lässt.<sup>345</sup>





## Zu wenig Arbeit im Süden

Sibirien ist neben dem Nordkaukasus der einzige Föderationskreis, in dem die Arbeitslosigkeit in allen Regionen höher liegt als im russischen Mittel, das 2009 8,4 Prozent betrug. Vor allem im Altaigebirge und östlich des Baikalsees finden sich nur wenige Möglichkeiten, einer Beschäftigung nachzugehen. Gerade Jugendliche leiden unter der Perspektivlosigkeit. In der Republik Tywa, wo traditionell hohe Fertilitätsraten für eine kontinuierlich wachsende Zahl an jungen Arbeitskräften sorgen, ist über ein Viertel der 20- bis 29-Jährigen arbeitslos. Nur die Kaukasusrepubliken Tschetschenien und Inguschetien verzeichnen höhere Werte.

Chanten und Mansen angebohrt, während die Bewohner der Städte im Südosten häufig als Forscher und Entwickler aktiv sind. Hier werden bezogen auf die Einwohnerzahl jährlich mehr Patente angemeldet als in allen anderen Regionen des Landes – mit Ausnahme der Städte Moskau und St. Petersburg.<sup>346</sup>

Profitiert hat Tomsk unter anderem davon, dass die Stadt im Jahr 2005 eine Ausschreibung der russischen Regierung zur Errichtung einer technisch-innovativen Sonderwirtschaftszone gewann. Dort beträgt die Gewinnbesteuerung nur 16 statt 20 Prozent, und die Sozialbeiträge liegen bei 14 statt 26 Prozent. Außerdem müssen Unternehmen keinerlei Liegenschafts- oder Grundsteuern entrichten und bekommen sogar die Mehrwertsteuer zurückerstattet. Mit derzeit 18 solcher Zonen gibt der Kreml verschiedenen

Standorten die Chance, ihre eigenen Potenziale, die in der Industrie, im Tourismus oder im Handel liegen können, mithilfe vorteilhafter Rahmenbedingungen für Privatunternehmen so gut wie möglich auszuschöpfen.

Der Schwerpunkt der Sonderwirtschaftszone Tomsk, deren Sonderkonditionen wie bei allen anderen auf 20 Jahre befristet sind, liegt in der Materialforschung und der Nanotechnologie. Geografisch ist die Zone zweigeteilt: Der nördliche Teil grenzt an das Territorium der Tomskneftechim GmbH, einem landesweit führenden Unternehmen der petrochemischen Industrie, und liegt damit am Knotenpunkt forschungsintensiver Produktion in der Region. Der größere, südliche Teil der Zone befindet sich in direkter Nachbarschaft zur Tomscher Abteilung der Russischen Akademie der Wissenschaften westlich der Stadt.

## Altlasten aus der Sowjetunion

Sowohl Nowosibirsk als auch Tomsk haben von ihrer Lage an der wichtigsten Ost-West-Verkehrsader und der relativen Nähe zum europäischen Teil des Landes profitiert. Zusammen mit den sehr fruchtbaren Böden haben diese Faktoren bewirkt, dass beide Regionen sowie die Gebiete Omsk und Kemerowo einen relativ hohen Grad an wirtschaftlicher Diversifizierung erreicht haben. Andernorts entwickelten sich Regionen oftmals nur, wenn die

Rohstoffe eine Erschließung lohnend erschienen ließen – selbst wenn dies auf Kosten von Menschen und Natur geschah.

Die gesundheitlichen Nebenwirkungen sowjetischer Industriepolitik lassen sich eindrücklich in Norilsk beobachten, der nördlichsten und kältesten Großstadt der Welt, die von ihrer Nähe zum Jenissej profitiert. In den 1930er Jahren von Gefangenen des Norilsker Besserungsarbeitslagers gebaut und betrieben, entwickelte sich die Stadt schnell zum Zentrum der Schwermetallindustrie in der Sowjetunion. Internationale Bedeutung erlangte das Norilsker Kombinat indes erst ab den 1960er Jahren, als neu entdeckte Nickelvorkommen es erlaubten, die jährliche Produktion binnen 20 Jahren von 20.000 auf 200.000 Tonnen zu verzehnfachen und einen beträchtlichen Teil davon in den Westen zu exportieren.<sup>347</sup> Dass der Abbau und die Verhüttung von Nickel, Kupfer und Kobalt jährlich mehrere Millionen Tonnen giftiger Gase freisetzte, die über der Stadt und dem Umland niedergingen, störte zu Sowjetzeiten unter den Machthabern die wenigsten.

Heute stellt das Nachfolge-Unternehmen MMC Norilsk Nickel trotz einer Konsolidierungsphase in den 1990er Jahren, bei der die Hälfte der Belegschaft ihre Arbeit verlor, noch immer 80 Prozent aller Jobs in der Stadt<sup>348</sup>

und ist global mit knapp 20 Prozent des Nickel- sowie 13 Prozent des Palladiumabbaus zweifacher Marktführer.<sup>349</sup> Zudem verfügt der Betrieb über den weltweit größten Komplex zur Verhüttung von Schwermetallen. Den Schloten des Unternehmens entweichen noch immer jährlich je 500 Tonnen Kupfer- und Nickeloxid sowie zwei Millionen Tonnen Schwefeldioxid. Immerhin hat Norilsk Nickel im Jahr 2006 mehrere Millionen US-Dollar in seine Abgassysteme investiert und plant, die Emissionen von Schwefeldioxid bis 2015 auf 400 Tonnen jährlich zu senken.<sup>350</sup>

### **Umweltschäden bedrohen Lebensgrundlage**

Infolge der extremen Verschmutzung, die vor allem zu Atemwegserkrankungen führt, liegt die Lebenserwartung der Fabrikarbeiter zehn Jahre unter dem russischen Durchschnitt. Regelmäßig wird die Stadt in einer Liste des New Yorker Blacksmith-Instituts zu einem der zehn schmutzigsten Orte der Welt gekürt.<sup>351</sup> Dass die Einwohner von Norilsk vor diesem Hintergrund nicht noch zahlreicher abwandern, als sie es ohnehin tun, liegt an dem hohen Durchschnittslohn von monatlich umgerechnet 2.100 Internationalen Dollar.<sup>352</sup> Da auch die Sozialleistungen entsprechend hoch sind, war Norilsk vor allem für Zentralasien und Südkaukasien lange ein beliebtes Wanderungsziel. Seit 2001 ist dies anders: Auf Druck der Stadtverwaltung und von Norilsk Nickel ließ der damalige russische Ministerpräsident Kasjanow die Stadt für Ausländer schließen.<sup>353</sup>

Vor allem ältere Menschen, die seit Jahrzehnten in der giftigen Luft leben, leiden unter der Verschmutzung. Verschiedene Programme zur Umsiedlung der Bevölkerung, die es Rentnern und Arbeitslosen möglich machen sollen, aus der unwirtschaftlichen Stadt wegzuziehen, sind bislang nicht erfolgreich.<sup>354</sup> Die finanzielle Unterstützung reicht oft nicht aus, und die meisten Menschen bleiben in Norilsk, weil ihre Familie dort lebt.<sup>355</sup>

Wesentlich attraktiver ist da die Region am Baikalsee, im Südosten des Föderationskreises gelegen. Der Baikalsee fasst mit 23.000 Kubikkilometern mehr Süßwasser als die Großen Seen der USA zusammen. Flächenmäßig ist er zwar nur der siebtgrößte See der Welt, mit 1.620 Metern aber der mit Abstand tiefste. Und anders als andere tiefe Seen, in denen es in den unteren Lagen keinen Sauerstoff und kein biologisches Leben gibt, beherbergt der Baikalsee bis auf den Grund eine einzigartige, allerdings fragile Tierwelt.

Für die etwa eine Million Bewohner der Baikalsee-Region ist der See eine wichtige Lebensgrundlage. Doch auch in der Abgeschiedenheit tobt der Kampf zwischen Umwelt und Industrie, den in der Vergangenheit meist Letztere gewann. Die Industrialisierung des Gebietes begann nach dem Zweiten Weltkrieg, als Transsibirien und BAM den See auch für Besucher und Arbeiter aus dem europäischen Teil des Landes zugänglich gemacht hatten. Vor allem das 1966 in Betrieb genommene Papier- und Zellstoffkombinat in Baikalsk, das unter anderem die Rüstungsindustrie beliefert, war ein Großverschmutzer: Täglich leitete die Fabrik etwa 100.000 Kubikmeter giftige Abwässer ungefiltert in den See.<sup>356</sup>

Nach einem langwierigen Gesetzesstreit sah es im Jahr 2008 so aus, als würde es Umweltschützern gelingen, die Fabrik zu schließen. Die Umweltbehörden hielten die Firma dazu an, einen geschlossenen Wasserkreislauf einzuführen, um die Schadstoffeinleitungen zu unterbinden. Da die neuen Auflagen in Kombination mit fallenden Preisen in der Wirtschaftskrise den Geschäftsbetrieb unprofitabel werden ließen, schloss das Werk Baikalski TsBK im Oktober 2008 vorübergehend seine Pforten. Keine zwei Jahre später unterzeichnete Wladimir Putin eine Erklärung, mit der die Produktion von Zellstoff und Papier auch ohne geschlossenen Wasserkreislauf wieder aufgenommen werden durfte – die offizielle Version lautet, dass sich der Ministerpräsident vorher per Mini-U-Boot persönlich von dem einwandfreien Zustand des Gewässers überzeugt hatte.

Aber die Fahrt im tiefsten See der Erde dürfte nicht der alleinige Grund für Putins Entscheidung gewesen sein. Denn Baikalsk verkörpert eines der sensibelsten Themen des postkommunistischen Russlands, nämlich die Zukunft der rund 450 sogenannten Monostädte, die während der Industrialisierung der Sowjetunion um eine einzige Fabrik herum gebaut wurden. Heute sind viele in ihrer Existenz bedroht, da die lebenswichtigen Unternehmen mit ihren veralteten Maschinen und Produktionsmethoden oft nicht konkurrenzfähig sind. Im Falle ihrer Schließung stoßen sie eine ganze Stadt in die Armut. Ein Viertel der russischen Bevölkerung lebt in Monostädten, die noch immer 40 Prozent der landesweiten Industrieproduktion ausmachen.<sup>357</sup> In Baikalsk, einer dieser Monostädte, ist die Papiermühle der einzige größere Arbeitgeber der 14.700 Einwohner.

Die russische Regierung nahm sich des Problems erst im Jahr 2009 an, als die Wirtschaftskrise die Gefahr sozialer Unruhen in den Monostädten aufkeimen ließ. Einige ehemalige Angestellte der Papiermühle Baikalsk gingen in Hungerstreik, während in Pikalewo nahe St. Petersburg, wo die Bevölkerung vor allem in der Zementindustrie beschäftigt ist, Tausende auf der Straße demonstrierten. Prompt erstellte der Kreml eine Liste mit potenziell gefährdeten Städten, von denen zunächst 27 staatlich gefördert werden sollten. Die ersten drei Orte auf der Liste waren Togliatti, wo der Autobauer AwtoWAS die mit 700.000 Einwohnern größte Monostadt entstehen ließ, sowie die Unruheherde Pikalewo und Baikalsk.<sup>358</sup> Millionenzuwendungen aus dem föderalen Haushalt sollen helfen, in den geförderten Städten eine Umstrukturierung lokaler Unternehmen zu fördern, neue Erwerbsmöglichkeiten zu erschließen oder, in letzter Instanz, die Ortschaft zu schließen und die Bevölkerung umzusiedeln. Da die letzte Option eher unpopulär ist, setzt die Regierung zumindest kurzfristig darauf, Arbeitsplätze zu bewahren – auch wenn die Umwelt darunter leidet. Ob dies allerdings auf lange Sicht die Lebensbedingungen am Baikalsee verbessert, ist fraglich.

# Föderationskreis **FERNER OSTEN**

Einwohnerzahl 2010	6,44 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	5,46 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	1
Kinderzahl je Frau 2009	1,58
Lebenserwartung bei Geburt 2009	65,9
Migrationssaldo 2009	- 17.919
Durchschnittsalter 2010	36,7



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Der schwierige Weg in die Marktwirtschaft

Auf Russlands Straßen herrscht Rechtsverkehr. Trotzdem steuern viele Autofahrer in der Hafenstadt Wladiwostok ihr Fahrzeug mit einem Lenkrad, das auf der rechten Seite angebracht ist. Die falsche Sitzposition ist das Ergebnis massenhafter Importe japanischer Gebrauchtwagen, die für den Linksverkehr ausgelegt sind. Über Jahrzehnte hinweg florierete das Geschäft, Autos in die Region Primorje einzuführen – in jenen südöstlichen Zipfel Russlands, der über 6.000 Kilometer weit entfernt von Moskau liegt, aber in Tuchfühlung mit China, Nordkorea und dem Japanischen Meer. Russische Wagen konnten preislich nicht mithalten, unter anderem deshalb, weil ihr Transport aus den Werken westlich des Urals so kostspielig war.

Im Jahr 2009 setzte die russische Regierung dem Treiben vorerst ein Ende, indem sie die Einfuhrzölle auf PKW deutlich an hob. Nur kurze Zeit später gewährte die staatliche Vneshekonombank dem russischen Autofabrikanten Sollers einen Kredit über umgerechnet rund 40 Millionen Euro für den Bau einer PKW-Montagehalle in Wladiwostok. Wladimir Putin persönlich hatte das Geschäft angeschoben. Denn in Moskau hatte man gemerkt, dass die wirtschaftlichen Bande zwischen Russlands östlichem Föderations-

kreis und dem Rest des Landes immer dünner geworden waren. Dadurch steigerte sich der Anteil der Binnenwirtschaft an der gesamten Wirtschaftstätigkeit der Region Chabarowsk, die zusammen mit der Region Primorje das gesellschaftliche Zentrum des Föderationskreises bildet, schon in den ersten zehn Jahren nach dem Fall der Sowjetunion von 20 auf 75 Prozent, während der Anteil des Austausches mit anderen russischen Regionen von 75 auf zehn Prozent fiel. Gleichzeitig stieg die Außenwirtschaft leicht von fünf auf 15 Prozent an.<sup>359</sup>

Ob es gelingt, den Fernen Osten wieder enger in die russische Wirtschaft einzubinden, ist fraglich. Mit dem Ende der Planwirtschaft setzte auch der Niedergang zahlreicher hoch subventionierter Produktionsstätten der Rüstungs- und Verbrauchsgüterindustrie ein. Menschen, die vormalig von staatlich festgelegten Lohnzuschüssen, längeren Urlaubszeiten und einem früheren Renteneintrittsalter überzeugt wurden, in eine der vielen kleinen Industriestädte des Ostens zu ziehen, folgen nun den Anreizen des freien Marktes. Dass der Ferne Osten dabei nicht zu den bevorzugten Zielen gehört, liegt außer

an der mangelhaften Infrastruktur und den hohen Lebenshaltungskosten auch an den harschen klimatischen Bedingungen. Der Winter dauert in dieser Region bis zu neun Monate, der Sommer ist entsprechend kurz. Gerade abseits der Küstenregionen sorgt ein strenges kontinentales Klima für extreme Temperaturen. In der Republik Sacha wurde im Jahr 1933 mit minus 68 Grad Celsius die niedrigste Temperatur notiert, die weltweit jemals außerhalb der Antarktis gemessen wurde.

Lebten im Zensusjahr 1989 noch 7,9 Millionen Menschen in Fernost, so waren es im Jahr 2004 nur noch 6,6 Millionen.<sup>360</sup> Damit geht fast die Hälfte der demografischen Schrumpfung von ganz Russland in diesem Zeitraum auf den Fernen Osten zurück – auf eine Gegend, wo weniger als fünf Prozent der gesamten russischen Bevölkerung wohnen. Vor allem die nördlichen Regionen erlebten einen wahren Exodus: Während im Süden die Landwirtschaft, der Transport und der Handel die Krise der Industrie zumindest teilweise auffangen konnten, blieb den Menschen im Norden oft nur der Wegzug. Zu weit entfernt waren die nächsten Märkte, und selbst die Subsistenzlandwirtschaft war auf den im

Winter eisigen und im Sommer morastigen Böden nicht möglich. So verlor der dünn besiedelte Autonome Kreis der Tschuktschen bis 2004 zwei Drittel seiner Einwohner, das Gebiet Magadan über die Hälfte. Ganze Siedlungen gingen verloren. Diejenigen, die wegzogen, waren überwiegend ethnische Russen oder Ukrainer, die erst während der Sowjetzeit in den Osten gekommen waren. Im Autonomen Kreis der Tschuktschen sank die Zahl der Russen von 108.000 im Jahr 1989 auf 28.000 im Jahr 2002, während die Einwohnerzahl der indigenen Völker, die über Familie und Traditionen stärker an die Regionen gebunden sind, leicht anstieg.<sup>361</sup>

### Abwanderung und Sterbeüberschüsse

Seit dem Fall der Sowjetunion verlassen jedes Jahr mehr Menschen den Fernen Osten als neu hinzuziehen. In den frühen 1990er Jahren verlor Russlands östlichster Föderationskreis so jährlich über 100.000 Menschen. Inzwischen hat das Ausmaß der Wanderungen deutlich abgenommen, da die verbliebene Bevölkerung tiefer in der Region verwurzelt ist als die ersten Auswanderer, die oftmals erst einige Jahre zuvor aus beruflichen Gründen in den Fernen Osten gekommen waren. Das Geburtendefizit ist im gleichen Zeitraum dagegen relativ konstant geblieben und trägt inzwischen fast ebensoviel zum Bevölkerungsrückgang bei wie die Abwanderung.

Bevölkerungsgewinne und -verluste durch Wanderungen sowie Geburten und Todesfälle im Föderationskreis Ferner Osten 1993 bis 2008

- Abwanderung
- Todesfälle
- Geburten
- Zuwanderung
- Wanderungssaldo
- Natürlicher Bevölkerungssaldo

(Datengrundlage: Rosstat, Zentralnaja Basa Statistitscheskich Dannych, eigene Berechnungen)

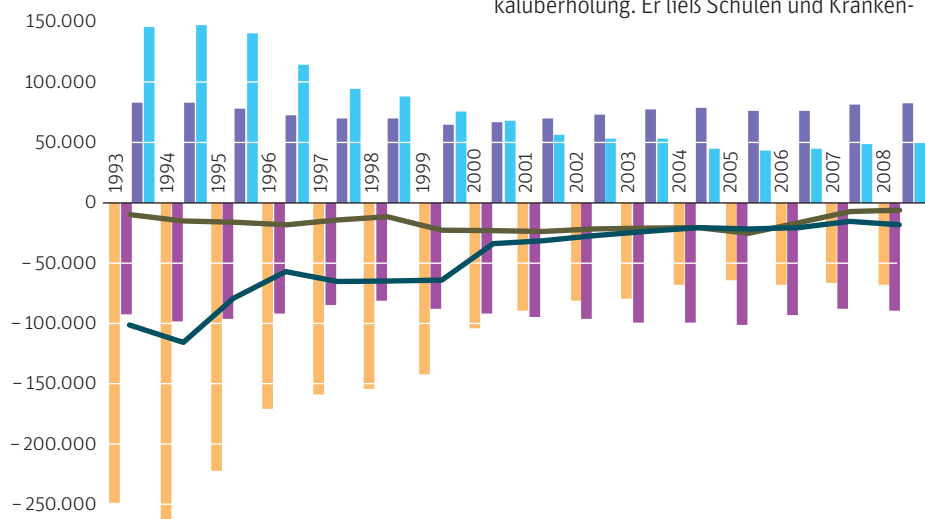
### Die Wirtschaftsstruktur beeinflusst die Bevölkerungsentwicklung

Warum aber hatte die Sowjetunion überhaupt Unmengen von Geld in die Besiedlung der unwirtschaftlichsten Landstriche ihres Reiches investiert? Die Antwort findet sich zum einen im Rohstoffreichtum der Region, zum anderen in der militärischen Bedeutung, die ihr während des Kalten Krieges zukam. Auf dem Gebiet der Republik Sacha liegen die weltweit größten bekannten Diamantenvorkommen, während die Halbinsel Tschukotka, das Gebiet Magadan und das Gebiet Amur an der chinesischen Grenze reich an Gold sind. Vor der Küste, um die Insel Sachalin herum, lagern riesige, großteils noch unerschlossene Erdöl- und Erdgasfelder.

Die Hauptstützpunkte der Pazifikflotte Russlands, die unter anderem der nuklearen Abschreckung gegenüber den USA diente, liegen noch heute in Wladiwostok und in Petropawlowsk-Kamtschatski auf der Halbinsel Kamtschatka. Von hier aus konnten die atomgetriebenen und mit Kernwaffen bestückten U-Boote binnen weniger Tage die Ostküste Nordamerikas erreichen.

Während die Militärstützpunkte im Fernen Osten seit 1991 verkleinert wurden, ist der Rohstoffabbau weiter der wichtigste Wirtschaftszweig der Region. Da er aber vergleichsweise wenige Arbeitsplätze schafft, profitieren hiervon nicht alle Einwohner gleichermaßen. Weil durch die Krise und den Wegfall staatlicher Subventionen vor allem die arbeitsintensiven Fertigungsindustrien zu Grunde gingen, fehlt es für große Teile der Bevölkerung an Beschäftigungsmöglichkeiten. Und auch jene, die Arbeit gefunden haben, leiden unter dem extrem hohen Preisniveau in Russlands Osten, wo sich sechs der zehn teuersten Regionen des Landes befinden.<sup>362</sup> Obwohl die lokalen Verwaltungen es geschafft haben, die Armutsquote durch Transferleistungen entscheidend zu drücken, mussten im Jahr 2005 immer noch überdurchschnittlich viele Leute ihren Alltag mit Einkommen unterhalb des offiziellen Existenzminimums bestreiten.<sup>363</sup> In den landwirtschaftlichen Regionen östlich des Baikalsees – dem Gebiet Amur und dem Jüdischen Autonomen Gebiet – lag die Rate bei knapp 25 Prozent.

Demgegenüber fiel die Armut im Autonomen Kreis der Tschuktschen besonders deutlich – zwischen 2000 und 2007 von 50 auf 13 Prozent.<sup>364</sup> Zu jener Zeit unterzog der Oligarch Roman Abramowitsch als damaliger Gouverneur das Goldabbaugebiet einer Radikalüberholung. Er ließ Schulen und Kranken-



## Das Birobidschan-Experiment

Im äußersten Südosten Russlands liegt das Jüdische Autonome Gebiet mit der Hauptstadt Birobidschan. Rund 185.000 Menschen leben hier an der Grenze zu China auf einem Flecken Land, der von der Größe her in etwa der Schweiz entspricht.<sup>365</sup> Anders als der Name des Gebiets vermuten lässt, bekennt sich die Mehrheit von ihnen jedoch keineswegs zum Judentum. Der Zensus im Jahr 2002 zählte lediglich 2.327 Juden, was einem Bevölkerungsanteil von 1,2 Prozent entsprach. Im jüdischen Autonomiegebiet wohnte damit nur etwa jeder hundertste Jude Russlands.<sup>366</sup> Obwohl also kaum Juden in dem Gebiet leben, wird Jiddisch in den Schulen gelehrt. Auch eine jiddische Tageszeitung und einen Radiosender gibt es.

Die Idee des Autonomiegebiets war Ende der 1920er Jahre eine logische Folge der Politik Lenins, der jeder Nation der Sowjetunion ein Gebiet zuteilen wollte, auf welchem sie ihre Kultur – innerhalb des sozialistischen Rahmens – ausleben konnte. Doch auch praktische Gesichtspunkte sprachen für die Gründung von Birobidschan: Judentum und Zionismus standen in der frühen Sowjetunion im Gegensatz zur staatlichen Linie von Atheismus und sowjetischem Nationalismus. Durch die Umsiedlung der Juden ins ferne und damals fast unbewohnte Sibirien wollte sich der Kreml dieser Probleme entledigen. Außerdem sollten die Siedler nördlich des Amur die Grenze zu China stärken und helfen, die unermesslichen Bodenschätze der Region zu erschließen.

Trotz umfassender Propaganda gelang es den Machthabern nicht, eine signifikante Anzahl von Juden dazu zu bewegen, aus dem europäischen Teil des Landes gen Osten zu ziehen. Einzig nach Ende des zweiten Weltkriegs und vor der Gründung des Staates Israel erlebte die kleine Provinz im äußersten Südosten des Landes so etwas wie einen Boom. Die Zahl von 30.000 jüdischen Einwohnern – einem Drittel der Bevölkerung – aus dem Jahr 1948 ist bis heute unerreicht. Binnen eines Jahrzehnts verlor das Gebiet dann jedoch mehr als die Hälfte seiner jüdischen Einwohner.<sup>367</sup> Im Zuge der Stalinschen Säuberungen, die der Region schon in den 1930er Jahren zugesetzt hatten, schlossen die sowjetischen Machthaber jiddische Schulen und verhafteten zahlreiche Intellektuelle und Geistliche. Zudem existierte durch die Unabhängigkeit Israels für Juden nun eine alternative Heimat, in die sie sich flüchten konnten, sofern ihnen der Staat die Ausreise genehmigte. Das war im Laufe der Zeit immer häufiger der Fall. In der Folge blieb ein jüdisches Autonomiegebiet fast ohne Juden zurück.

häuser bauen, Häuser reparieren und akquirierte neue Investitionen. Die öffentlichen Kassen füllte Abramowitsch nicht zuletzt mit Steuereinnahmen aus dem Vermögen seiner Ölfirma Sibneft. Aufgrund der niedrigen Steuersätze verlegten auch andere Firmen ihren Hauptsitz auf die Halbinsel, ohne jedoch ihre tatsächlichen Aktivitäten dorthin auszuweiten. Die Angestellten dieser Firmen zählen dennoch als Erwerbstätige im Autonomen Kreis der Tschuktschen und tragen so zu einer fiktiven Erwerbsquote von über 100 Prozent bei. In Wirklichkeit wird die Rate allerdings

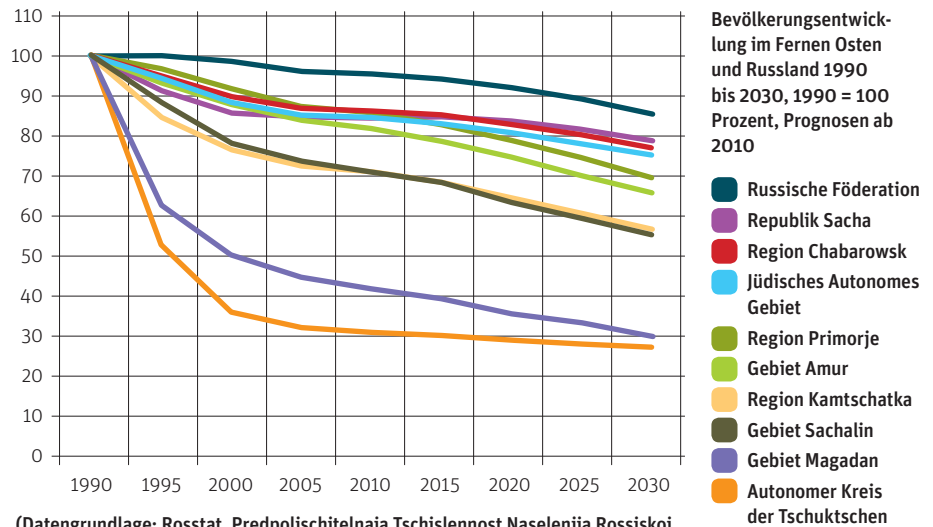
deutlich unter der Vollbeschäftigung liegen, auch weil ein Großteil der indigenen Bevölkerung noch immer Rentiere züchtet oder Jagd auf Fische und Meeressäuger macht, was oft nicht in den Statistiken auftaucht. Wie fragil das Gebilde von Abramowitsch war, zeigte sich 2006, als der ehemalige Gouverneur seine Firma Sibneft an Gasprom verkaufte und sich unmittelbar danach das Budget der Region sowie der Umfang der Investitionen drastisch verkleinerten.<sup>368</sup> Den Bevölkerungsverlust konnte Abramowitsch während seiner Ägide zwar eindämmen, jedoch nicht umkehren.

Die Struktur der Wirtschaft des Fernen Ostens, die Arbeitsplätze hauptsächlich in traditionellen Männerbranchen wie dem Militär, dem Rohstoffabbau und dem Fischfang bietet, hat Folgen für die Demografie: Es herrscht Frauenmangel. Anfang 2008 waren der Autonome Kreis der Tschuktschen und die Region Kamtschatka die einzigen Regionen Russlands, in denen mehr Männer als Frauen wohnten. Vor allem in der für die Familiengründung bedeutsamen Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen ist das Missverhältnis enorm: In den beiden genannten Regionen kommen auf drei Frauen vier Männer. Ähnliches lässt sich in den Regionen Primorje und Chabarowsk, dem Gebiet Sachalin und dem Jüdischen Autonomen Gebiet beobachten.<sup>369</sup> Trotz relativ junger Bevölkerungen sterben in weiten Teilen des Fernen Ostens mehr Menschen, als Kinder geboren werden. Einzig die Republik Sacha und der Autonome Kreis der Tschuktschen erleben noch stabile Geburtenüberschüsse, da ein großer Anteil indigener Bevölkerung hier für vergleichsweise hohe Fertilitätsraten sorgt. Während Frauen im gesamten Fernen Osten im Laufe ihres Lebens durchschnittlich 1,58 Kinder gebären, bekommen die Mütter in Sacha und dem Kreis der Tschuktschen im Mittel zwei Kinder.<sup>370</sup>

Trotz dieser Ausnahmen hat sich die Dynamik der demografischen Entwicklung im Fernen Osten im Vergleich zur Sowjetzeit um 180 Grad gedreht. Wo ehemals junge Zuwanderer für stabile Geburtenüberschüsse sorgten, verliert die Bevölkerung heute durch Abwanderung und Sterbefallüberschüsse gleich doppelt. Dabei sind die Verluste durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung seit Beginn des Jahrtausends sogar ähnlich hoch wie die Wanderungsverluste. Einige Gegenden, etwa die Region Chabarowsk und das Jüdische Autonome Gebiet, registrieren jüngst sogar wieder leichte Wanderungsgewinne, da viele der Menschen, die die Region verlassen wollten, dies bereits getan haben.

## Der Ferne Osten verliert am stärksten

Im Vergleich zum landesweiten Mittel haben alle Regionen des Fernen Ostens seit 1990 überdurchschnittlich an Bevölkerung verloren. Das gilt insbesondere für das Gebiet Magadan und den Autonomen Kreis der Tschuktschen. Beide haben weit über die Hälfte ihrer Einwohner eingebüßt. Während in den 1990er Jahren das Gros der demografischen Schrumpfung auf Wanderungsverluste zurückging, überwiegen in den letzten Jahren die Verluste durch Sterbeüberschüsse. Gleichzeitig verlangsamte sich der Schrumpfungsprozess. Bis 2030 dürfte sich der negative Trend dennoch in allen Regionen fortsetzen und sogar wieder etwas Tempo aufnehmen, da die Bevölkerung altert.



(Datengrundlage: Rosstat, Predpolischitelnaja Tschislennost Naselenija Rossiskoj Federazii do 2030 goda, Moskau)

Die Lebenserwartung liegt dagegen trotz leichter Zugewinne in den letzten Jahren weiterhin sehr niedrig. Männer in Russlands Osten dürfen bei der Geburt im Schnitt nicht mehr als 60 Lebensjahre erwarten und leben damit kürzer als ihre Geschlechtsgenossen im Jemen, in Madagaskar und in Kambodscha. Frauen werden durchschnittlich 72,2 Jahre alt, was immer noch zweieinhalb Jahre unter dem landesweiten Mittel liegt.<sup>371</sup>

Die niedrige Lebenserwartung im Fernen Osten hat mehrere Gründe. Der durchschnittliche Alkoholkonsum liegt hier noch über dem ohnehin schon hohen russischen Standard, und auch das harsche Klima spielt eine Rolle. Zudem liegt die Säuglingssterblichkeit mit 10,5 Todesfällen je 1.000 Geburten deutlich über dem russischen Mittel von 8,1 – der Durchschnitt der Europäischen Union beträgt weniger als fünf.<sup>372</sup> Zwar haben sich die Zahlen in den letzten Jahren etwas gebessert, doch hinken die landwirtschaftlichen Regionen, also das Gebiet Amur und das Jüdische Autonome Gebiet, in denen die medizinische

Versorgung oft mangelhaft ist, hier wieder deutlich hinterher. Und auch die Tuberkulose ist im Fernen Osten auf dem Vormarsch. Sie tritt vorwiegend unter der indigenen Bevölkerung auf. In dem inzwischen in die Region Kamtschatka eingegliederten Autonomen Kreis der Korjaken sterben dreimal so viele Menschen an Tuberkulose wie im Rest des Landes.<sup>373</sup>

## Die „gelbe Gefahr“

Auch wenn die militärische Bedeutung des Fernen Ostens seit dem Ende der Sowjetunion etwas in den Hintergrund gerückt ist, erachten viele Russen noch heute eine möglichst gleichmäßige Besiedlung ihres Territoriums als extrem wichtig, um auch zukünftig die Kontrolle über die gesamte eurasische Landmasse gewährleisten zu können. Dass im Fernen Osten derzeit nur sechseinhalb Millionen Menschen auf einer Fläche der zehnfachen Größe Frankreichs wohnen, wirkt daher für viele Russen besorgniserregend. Angesichts niedriger Fertilitätsraten könnte nur massive Einwanderung etwas an der Situation verändern.

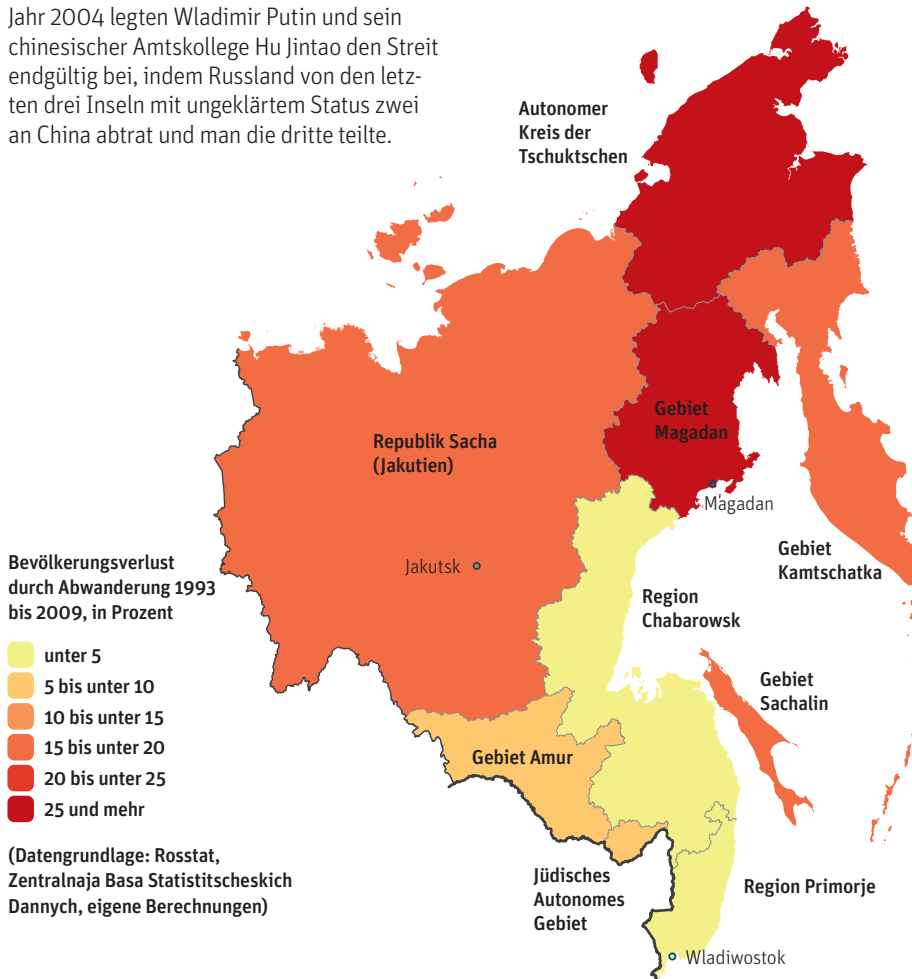
Doch woher die Zuwanderer nehmen, wenn schon die Russen selbst dem Fernen Osten den Rücken kehren? Versuche, heimkehrende Russen aus anderen ehemaligen Sowjetrepubliken dazu zu bewegen, sich im Fernen Osten niederzulassen, haben noch keinen Erfolg gezeigt.<sup>374</sup> Blicke also die internationale Zuwanderung, zum Beispiel aus China. Immerhin leben auf der anderen Seite des Amur, der die russisch-chinesische Grenze markiert, alleine in den drei nordöstlichen Provinzen Chinas mehr als 100 Millionen Menschen.<sup>375</sup> Nach Schätzungen stehen pro Kilometer Grenze 63.000 Chinesen einem Russen gegenüber.<sup>376</sup> Doch genau hier liegt das Dilemma: Viele Russen sehen in den Chinesen die Hauptbedrohung für ihr Land.

Wer die Gründe für Russlands Angst vor seinem Nachbarn verstehen will, muss einen Blick auf die Geschichte der beiden Länder werfen. Schon Ende des 17. Jahrhunderts kamen sie sich im heutigen Gebiet Amur und der Region Primorje erstmals in die Quere. Die chinesische Qing-Dynastie behielt fürs erste die Oberhand und versperrte den Russen den Weg zum Pazifik. Deren Expan-

sionsdrang war jedoch ungebrochen, und so annektierten sie die verlorenen Gebiete der Äußeren Mandschurei im Jahr 1860 für das Zarenreich. Um ihre Vormachtstellung nördlich des Amur und östlich des Ussuri zu zementieren, gründeten die Russen nach dem erfolgreichen Feldzug die Stadt Wladiwostok. Der Name der Stadt, der übersetzt soviel wie „Beherrsche den Osten“ bedeutet, ließ Zweifel an den Absichten des Zaren gar nicht erst aufkommen. Anfang des 20. Jahrhunderts scheiterte die russische Besatzung der Inneren Mandschurei südlich des Amur dennoch, nachdem Japan sich in den Konflikt eingemischt hatte. Zum vorerst letzten Mal standen China und die damalige Sowjetunion im Jahr 1969 am Rande eines Krieges, als militärische Scharmützel um den Status kleiner Inseln im Ussuri ausbrachen. Erst im Jahr 2004 legten Wladimir Putin und sein chinesischer Amtskollege Hu Jintao den Streit endgültig bei, indem Russland von den letzten drei Inseln mit ungeklärtem Status zwei an China abtrat und man die dritte teilte.

Obwohl zwischen Russland und China seitdem zum ersten Mal in der Geschichte eine klar definierte Grenze besteht, sehen viele Russen in den Nachbarn im Süden wieder eine „Gelbe Gefahr“. Durch russische Medien geistern Zahlen von zwei Millionen Chinesen, die sich angeblich im Fernen Osten nieder gelassen haben und Teil eines chinesischen Programms zur Kolonialisierung der Region sein sollen.<sup>377</sup> Nach Meinung vieler Experten beläuft sich die Zahl der Chinesen, die dem Lockruf der besseren Verdienstmöglichkeiten dauerhaft gen Norden gefolgt sind, indes nur auf einige Hunderttausende.<sup>378</sup> Mehr als ein Drittel von ihnen gaben im Jahr 1999 zudem an, nur für die Dauer ihres aktuellen Arbeitsvertrages oder Studiums in Russland bleiben zu wollen.<sup>379</sup>

Viele Chinesen wiederum lassen sich gar nicht erst in Russland nieder, sondern überqueren die Grenze nur, um auf den Märkten von Wladiwostok und Chabarowsk ihre billig produzierten Waren anzubieten – vorwiegend Kleidung und Lebensmittel. Hier können sie höhere Preise erzielen als in der Heimat und beheben nebenbei Versorgungsengpässe, die im Fernen Osten seit dem Ende der Sowjetunion stetig zugenommen haben. Obwohl die russische Regierung Ausländern im Jahr 2007 untersagt hat, im Straßenverkauf zu arbeiten, sind die sogenannten Shuttle Trader in den Städten des Fernen Ostens weiterhin allgegenwärtig. Dies führt dazu, dass sie von der russischen Bevölkerung viel stärker wahrgenommen werden, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht. Tatsächlich haben Chinesen noch vor den ethnischen Säuberungen Stalins in den 1930er Jahren einen größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung der Region gestellt als heute.<sup>380</sup>

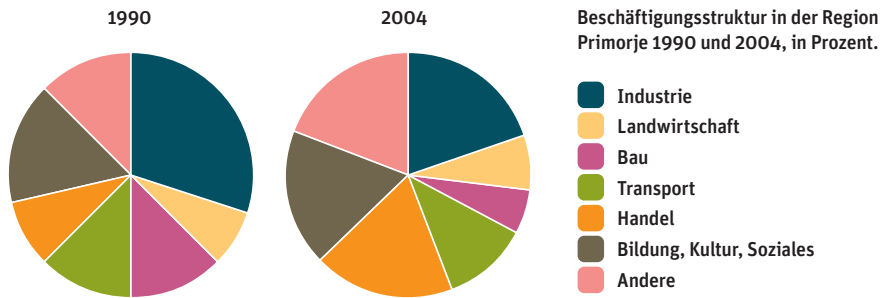


### Exodus nach dem Ende der Planwirtschaft

Das Ende der sowjetischen Planwirtschaft traf die östlichsten Gebiete des Landes am härtesten. Der Wegfall von Subventionen, Lohnzuschlägen und sozialen Vergünstigungen machte die Region als Wohnort zunehmend unattraktiv. So haben alle Regionen des Fernen Ostens seit Anfang der 1990er Jahre Bevölkerungsverluste durch Abwanderung hinnehmen müssen. Vor allem in den kalten, nördlichen Gebieten entleeren sich ganze Landstriche: Das Gebiet Magadan hat seit 1993 etwa ein Drittel seiner Bevölkerung durch Abwanderung verloren – der Autonome Kreis der Tschuktschen über die Hälfte.

## Krise in der Industrie und auf dem Bau

Die Region Primorje steht sinnbildlich für die post-sowjetische Krise des Fernen Ostens und ganz Russlands. Viele der einstigen Kombinate konnten ohne staatliche Förderung nicht überleben, sodass die Beschäftigung im Industriesektor in den ersten 15 Jahren nach der Wende deutlich sank. In Primorje hat vor allem der Rüstungskomplex an Bedeutung verloren. Im Zuge massenhafter Abwanderung leidet auch die Baubranche. Auf Wachstumskurs befindet sich demgegenüber, wie im ganzen Land, der Handel. Nicht sichtbar in dem Diagramm ist die Schattenwirtschaft, die in der Region Primorje vielen Menschen eine Lebensgrundlage bietet.



(Datengrundlage: Nesawissimy Institut Sozialnoi Politiki, Sozialny Atlas Rossiskich Regionow)

## Die „gelbe Hoffnung“

Trotz erhöhter Einfuhrzölle und weit verbreiteter Skepsis gegenüber chinesischen Einwanderern schreitet die wirtschaftliche Annäherung Russlands an seine Nachbarländer in der Pazifikregion voran. So segneten die Staatschefs von Russland und China im September 2009 ein Projekt ab, das 205 gemeinsame Projekte in grenznahen Regionen vorsieht. Bis zum Jahr 2018 sollen demnach Steinkohle, Eisenerze, Edelmetalle und Holz auf russischer Seite der Grenze gewonnen werden, um danach in China, wo es an Arbeitskräften und Geld nicht mangelt, in der Produktion verwendet zu werden.<sup>381</sup>

Außerdem errichteten russische und chinesische Behörden bereits 2005 zwischen der russischen Stadt Blagoweschtschensk nördlich und der chinesischen Stadt Heihe südlich des Amur eine gemeinsame internationale Freihandelszone, die dem Handel von Gebrauchsgegenständen einen wahren Boom beschert hat.

Die wirtschaftlich größte Bedeutung in Russlands Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten in der Pazifikregion kommt indes der kapitalintensiven Öl- und Gasindustrie zu. Im Jahr 2009 begannen die Bauarbeiten an der sogenannten Nachodka-Pipeline, die Öl aus den westsibirischen Feldern vom Baikalsee bis zum Japanischen Meer transportieren soll. Von dort soll es dann nach Japan verschifft werden. Auch China profitiert von dem Projekt: Über einen Abzweig nach Daqing will Russland jährlich etwa 15 Millionen Tonnen Öl an seinen südlichen Nachbarn liefern, mit dem es erst 2006 ein Abkommen über zwei Erdgaspipelines geschlossen hatte.<sup>382</sup>

Bedeutend wichtiger für den Standort Fernost ist jedoch die Öl- und Gaswirtschaft im unwirtlichen Sachalin. Sowohl die Zaren als auch die Sowjets hatten die Insel primär als Gefangenenlager genutzt. Die von Umweltschützern heftig kritisierte Anlage Sachalin II, gelegen im Ochotskischen Meer nördlich von Japan und seit 2006 in den Händen des staatlichen Riesen Gasprom, ist das weltweit größte integrierte Projekt zur Produktion von verflüssigtem Erdgas. Dieses ist im Ge-

gensatz zu seinem gasförmigen Gegenstück schiffbar. Hauptabnehmer der Erzeugnisse Sachalins sind Japan und Südkorea.

Obwohl die Steuern auf die Öl- und Gasproduktion zu 95 Prozent nach Moskau fließen und die Unternehmen beim Bau der Förderanlagen und Pipelines vermehrt auf ausländische Fachkräfte setzen, haben inzwischen viele Bewohner Sachalins, vor allem jene der Hauptstadt Juschno-Sachalinsk, von dem Rohstoffboom profitiert. Die Arbeitslosenquote, mit 13,2 Prozent zur Jahrtausendwende eine der höheren im Land, war bis zum Jahr 2007 auf unter fünf Prozent gefallen – stieg allerdings im Zuge der Wirtschaftskrise wieder deutlich an. Die Arbeit auf den Baustellen der entstehenden Infrastruktur, mit der die Insel auch touristisch erschlossen werden soll, bietet den rund 500.000 Bewohnern erstmals eine Alternative zum Fang von Fischen und den Kamtschatka-Riesenkrebbsen. Und auch die Realeinkommen sind gestiegen: Von 2002 bis 2009 wuchsen sie von umgerechnet 440 auf 1.018 Internationale Dollar pro Kopf.<sup>383</sup>

## Abschied von Illusionen

Ungeachtet des Öl- und Gasbooms werden auch in Sachalin in den nächsten Jahren immer weniger Menschen leben. Bis zum Jahr 2030 wird die Insel Prognosen zufolge über 100.000 Einwohner verlieren – das ist ein Viertel ihrer Bevölkerung. Allein das nördliche Gebiet Magadan, das sich nur über ungeteerte Straßen oder per Flugzeug erreichen lässt, ist vom Schwund in Russlands Osten noch härter betroffen. Insgesamt betrachtet wird Russlands flächenmäßig größter Föderationskreis weiterhin den Status der mit Abstand kleinsten Bevölkerung behalten. Bei leicht fallenden Fertilitätsraten wird die Zahl der Einwohner bis 2030 um weitere 15 Prozent auf dann 5,46 Millionen zurückgehen. Wie überall in Russland ist die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter überdurchschnittlich



betroffen: Die Gruppe der Männer zwischen 16 und 59 Jahren sowie der Frauen zwischen 16 und 54 Jahren wird um knapp 23 Prozent schrumpfen.<sup>384</sup>

Als regionale Zentren werden sich die Regionen Chabarowsk und Primorje behaupten. Hier lebt schon heute mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Gegenüber dem Rest des Föderationskreises haben beide Gebiete klare Standortvorteile: Sie liegen in der klimatisch gemäßigten Zone, sind über die transsibirische Eisenbahn an den Rest des Landes angebunden und verfügen über die besten Bildungseinrichtungen. Mit Kapital aus dem Westen gelang es jüngst sogar, einige neue

Betriebe anzusiedeln, allen voran eine Flugzeugwerft in dem Industriezentrum Komsomolsk am Amur, wo der neue Stolz der zivilen russischen Luftfahrt gefertigt wird, der Superjet 100. Um langfristig fremdes Kapital anzuziehen, müssen jedoch vor allem in der Region Primorje Korruption und Wirtschaftskriminalität rigoros bekämpft werden.

Von den Fantasien dichter Besiedelung des Fernen Ostens müssen sich russische Politiker mit Sicherheit verabschieden. Ohne staatliche Hilfen sind viele der Unternehmen,

welche die Sowjets aus geopolitischen Überlegungen in Russlands Osten ansiedelten, nicht überlebensfähig. Neben Menschen fehlt es heute vor allem an Finanzkraft, um die Region aufzurichten. Dass die kapitalkräftigen asiatischen Nachbarstaaten dabei als Investoren helfen können, scheinen Regionalplaner inzwischen erkannt zu haben. Bei der Zuwanderung tun sie sich schwerer. Auf lange Sicht werden sie sich allerdings an die Zuwanderung von Chinesen und Koreanern gewöhnen müssen, zum einen, weil es in absehbarer Zeit an eigenen Arbeitskräften mangeln wird, zum anderen, weil die Verdienstmöglichkeiten im rohstoffreichen Russland besser sind als in China.

## Daten für das asiatische Russland

		Demografie				Wirtschaft				Bevölkerungsprognose (Prozent 2010 bis 2030)	
Cluster	Kinderzahl je Frau 2009	Anteil über 59-Jähriger 2009 (Prozent)	Lebenserwartung 2009 (Jahre)	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (Durchschnitt 2006 bis 2009)	Cluster	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2008 (Internationale Dollar)	Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2008 (Prozent des BIP)	Erwerbstätige 2008 (Prozent von Alters- gruppe 15 bis 59)			
Föderationskreis URAL											
RUS56	Gebiet Kurgan	4	1,61	18,5	67,4	-4,1	3	7.744	0,2	64,8	-22,1
RUS57	Gebiet Swerdlowsk	3	1,55	17,3	68,4	2,0	2	13.569	1,1	69,6	-10,2
RUS58	Gebiet Tjumen	5	1,75	9,1	69,5	2,4	1	46.628	0,2	76,5	5,6
RUS59	Gebiet Tscheljabinsk	3	1,57	17,4	68,3	1,2	2	12.947	0,9	71,1	-11,8
Föderationskreis SIBIRIEN											
RUS60	Republik Altai	5	2,36	10,7	65,8	0,7	3	5.726	0,2	68,0	10,8
RUS61	Republik Burjatien	4	2,00	12,5	65,3	-2,7	4	8.196	0,3	62,5	-8,6
RUS62	Republik Tywa	5	2,81	7,4	60,0	-5,1	4	5.136	0,5	52,0	13,0
RUS63	Republik Chakassien	4	1,75	14,4	67,3	0,5	3	9.226	0,1	66,2	-6,6
RUS64	Region Altai	3	1,51	17,2	68,5	-1,9	3	7.688	0,3	64,2	-15,6
RUS65	Region Krasnojarsk	3	1,54	14,6	67,6	0,2	3	15.051	0,6	70,9	-11,5
RUS66	Gebiet Irkutsk	4	1,77	14,4	65,5	-2,2	3	11.608	0,6	67,5	-11,0
RUS67	Gebiet Kemerowo	3	1,60	16,3	65,4	2,5	3	15.001	0,1	68,2	-12,3
RUS68	Gebiet Nowosibirsk	3	1,54	17,5	68,9	2,8	2	10.869	2,1	70,3	-10,4
RUS69	Gebiet Omsk	3	1,49	16,1	68,7	-0,3	2	12.503	0,7	67,9	-12,1
RUS70	Gebiet Tomsk	3	1,41	14,5	68,1	3,0	2	14.468	1,8	67,4	-6,3
RUS71	Region Transbaikalien	4	1,84	12,3	64,7	-3,1	3	8.387	0,1	64,1	-10,9
Föderationskreis FERNOST											
RUS72	Republik Sacha (Jakutien)	4	2,00	8,8	66,5	-6,2	3	14.585	0,4	72,8	-3,9
RUS73	Region Primorje	4	1,47	16,1	66,7	-1,4	2	8.142	1,2	70,0	-19,4
RUS74	Region Chabarowsk	4	1,49	14,9	66,3	0,2	3	9.384	0,3	73,8	-12,9
RUS75	Gebiet Amur	4	1,56	13,9	64,4	-3,6	3	8.844	0,2	70,4	-17,0
RUS76	Gebiet Kamtschatka	4	1,50	11,7	66,1	-5,2	2	8.336	1,3	72,9	-17,2
RUS77	Gebiet Magadan	4	1,51	10,6	64,1	-13,3	2	11.540	1,9	75,3	-23,0
RUS78	Gebiet Sachalin	4	1,51	13,2	64,8	-4,7	1	27.406	0,2	78,7	-20,9
RUS79	Jüdisches Autonomes Gebiet	4	1,53	13,7	63,3	0,2	3	8.057	0,1	63,7	-13,5
RUS80	Autonomer Kreis der Tschuktschen	4	2,01	5,9	58,2	-12,7	1	19.190	0,1	101,3	-18,1

# DER WESTEN

ESTLAND

LETTLAND

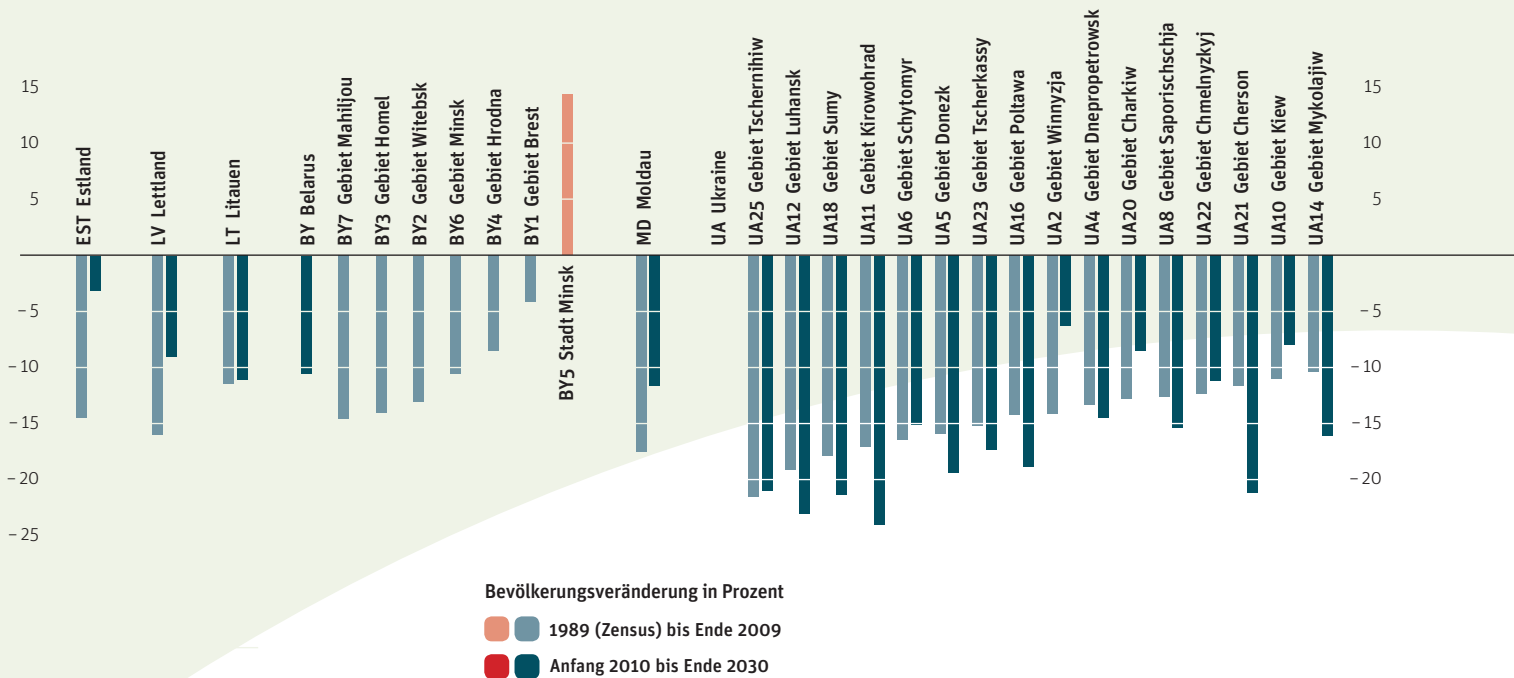
LITAUEN

BELARUS

MOLDAU

UKRAINE

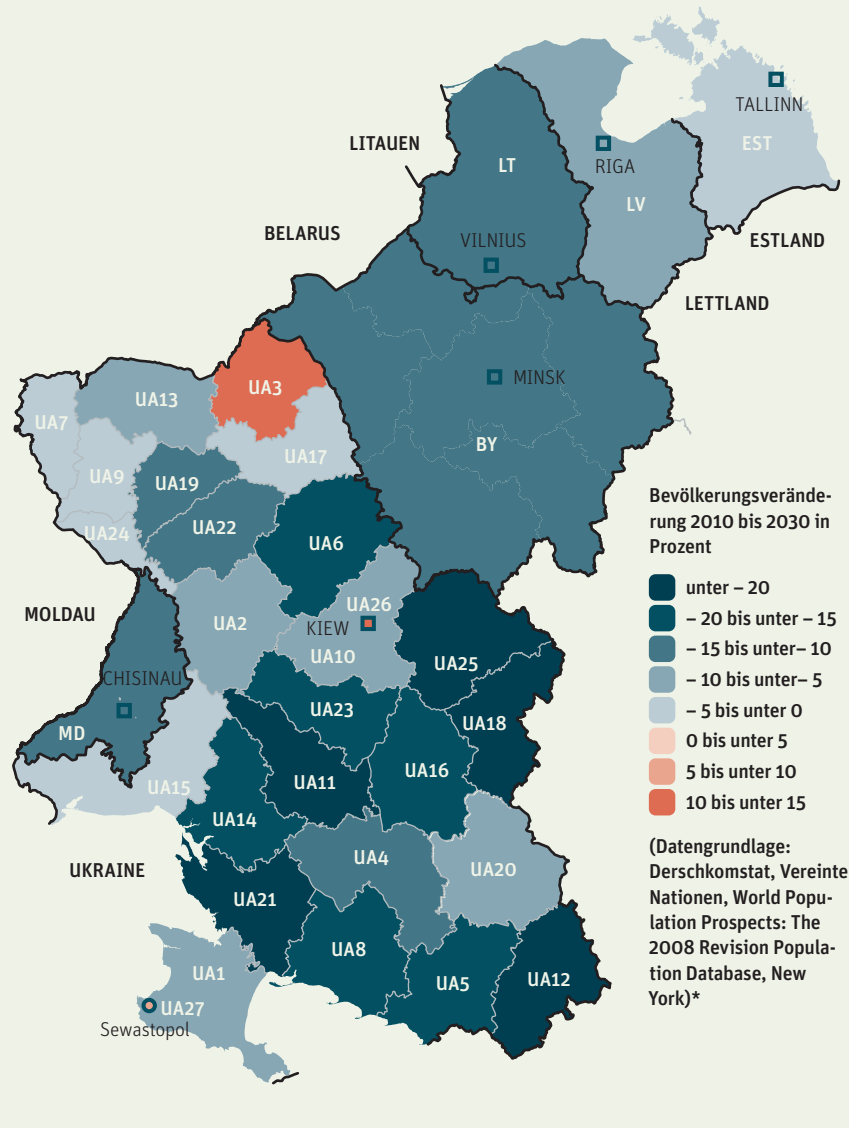
Seit der Osterweiterung der Europäischen Union in den Jahren 2004 und 2007 grenzen die westlichen Nachfolgestaaten der Sowjetunion an den europäischen Staatenbund. Die drei baltischen Staaten gehören nun sogar als Mitglieder dazu. Für die gesamte Region hat dies tief greifende Veränderungen mit sich gebracht: Immer mehr Menschen, sowohl aus den baltischen Staaten als auch aus der Ukraine und Moldau, ziehen seitdem auf der Suche nach Beschäftigung gen Westen. Denn vor allem in den beiden letztgenannten Ländern wirken die enormen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen des



(Datengrundlage: Derschawni Komitet Statistiki Ukraini; Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database, New York; Demoscope Weekly. Wsesojusnaja Perepis Naselenija 1989 Goda, Moskau)\*

\* Alle nationalen Werte (Belarus, Moldau, Estland, Lettland, Litauen) für die Jahre 2009 sowie 2030 beziehen sich nicht auf das Ende des Jahres, sondern den 1. Juli des Folgejahres. Für Anfang 2010 wurde aus Gründen der Datenverfügbarkeit ebenfalls der Wert des 1. Juli 2010 benutzt.

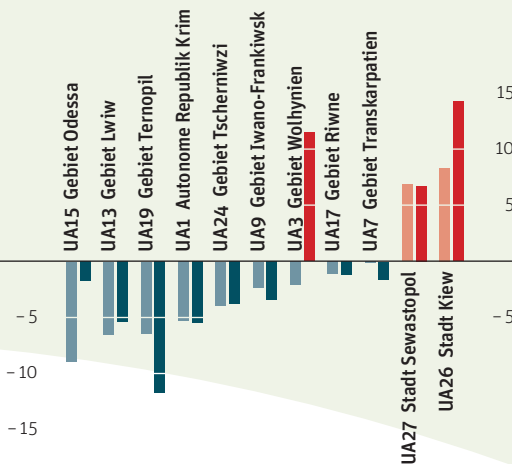
Systemumbruchs bis heute nach. Gänzlich aus der Einflusszone Russlands haben sich die Länder freilich nicht gelöst: Die Ukraine und Belarus sind wichtige Durchleuchtungsstationen für russisches Erdgas. Und aus den östlichen Gebieten dieser Länder zieht es viele Menschen als Arbeitsmigranten in die russischen Großstädte. All dies spielt sich vor dem Hintergrund äußerst niedriger Kinderzahlen und einer rapiden Alterung der Gesellschaft ab, die auch vor den vergleichsweise reichen baltischen Staaten nicht halt macht. Fast überall ist künftig mit massiven Bevölkerungsverlusten zu rechnen.



Bevölkerungsveränderung 2010 bis 2030 in Prozent

- unter – 20
- – 20 bis unter – 15
- – 15 bis unter – 10
- – 10 bis unter – 5
- – 5 bis unter 0
- 0 bis unter 5
- 5 bis unter 10
- 10 bis unter 15

(Datengrundlage: Derschkomstat, Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database, New York)\*



### Demografischer Niedergang im Hinterland der EU

Die westlichen Regionen der ehemaligen Sowjetunion befinden sich fast ausnahmslos auf Schrumpfkurs. Abwanderung ist hierbei ein wichtiger Faktor, aber auch die Kinderzahlen liegen deutlich unter dem für eine stabile Bevölkerungsentwicklung notwendigen Niveau von 2,1 Kindern je Frau. Stabilität oder gar Bevölkerungswachstum sind auf wenige Städte beschränkt. Eine Ausnahme von dem Negativtrend bildet das ländlich geprägte Gebiet Wolhynien im äußersten Nordwesten des Landes, das mit 1,87 Kindern je Frau landesweit nach der Nachbarregion Riwna die zweithöchste Fertilitätsrate verzeichnet. Daneben können sich am ehesten touristisch attraktive Regionen wie die Schwarzmeerküste bei Odessa oder die Halbinsel Krim stabilisieren.

\* Die regionalen Bevölkerungsprognosen für die Ukraine gründen auf der mittleren Variante der nationalen Vorausberechnung. Diese ist am ehesten mit der von den Vereinten Nationen gerechneten Prognose vergleichbar, die für die restlichen Länder benutzt wurde.

# ESTLAND

Einwohnerzahl 2010	1,34 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	1,30 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	30
Kinderzahl je Frau 2005-2010	1,64
Lebenserwartung bei Geburt 2005-2010	73,1
Jährlicher Migrationssaldo 2005-2010	0
Durchschnittsalter 2010	39,6



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Tigersprung nach @stland

„Wir sind übers Wasser gelaufen, weil wir nicht wussten, dass es unmöglich ist.“ So kommentierte der ehemalige estnische Ministerpräsident Mart Laar einmal die ersten kühnen Schritte seines Landes in Richtung Marktwirtschaft.<sup>385</sup> Im Alter von nur 32 Jahren nahm der frühere Lehrer 1992 die Geschicke der nördlichsten Baltenrepublik in die Hand, kurz nach der Erlangung der Unabhängigkeit. Unter Laars Führung schlug Estland einen konsequenten Westkurs ein, führte als erstes Land Europas einen Einheitssteuersatz ein und koppelte die estnische Krone an den Euro. Gemeinsam mit seinen baltischen Nachbarn ist Estland 2004 Mitglied der EU geworden. Laars Reformprogramm führte dazu, dass die estnische Volkswirtschaft zwischen 2000 und 2007 preisbereinigt um durchschnittlich acht Prozent pro Jahr wuchs.<sup>386</sup> Im Weltwirtschaftsforum-Ranking der wettbewerbsfähigsten Länder 2009/2010 belegt Estland den 35. Platz – Deutschland schafft es auf Rang 133.<sup>387</sup>

Doch die Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch Estland schwer getroffen. 2009 fiel das Bruttoinlandsprodukt um 14 Prozent. Die Arbeitslosenquote, die Anfang 2008 unter vier Prozent lag, kletterte Ende 2009

wieder auf über 15 Prozent.<sup>388</sup> Vor allem die in der Boomphase aufgeblähte Baubranche verlor Tausende von Stellen. Die Entlassenen werden es in Zukunft schwer haben, ohne Umschulungen oder Zusatzqualifikationen auf dem Arbeitsmarkt wieder Fuß zu fassen. Dennoch kam Estland besser durch die Rezession als seine baltischen Nachbarn. Dank rascher und harter Einschnitte bei den Staatsausgaben stand selbst der Einführung des Euro im Jahr 2011 nichts im Wege. Selbst im Krisenjahr 2009 ergab sich in Estland lediglich ein Haushaltsdefizit von 1,7 Prozent, die Staatsschuld lag bei 7,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes – der mit Abstand geringste Wert in der Europäischen Union.<sup>389</sup>

Estland hat im vergangenen Jahrzehnt eine Turbo-Modernisierung vorgelegt. Vor allem auf die rasche und weite Verbreitung von elektronischen Kommunikationstechnologien wie dem E-Learning oder dem E-Government ist das Land stolz. 2005 führte Estland zum ersten Mal Kommunalwahlen per Online-Abstimmung durch – es genügt der elektroni-

sche Personalausweis, um sich als Wähler zu identifizieren. Auch Bankgeschäfte und Steuererklärungen erledigen die Esten überwiegend elektronisch, nachdem das Land bereits 1997 ein Programm zur flächendeckenden Einführung drahtloser Internetzugänge ins Leben rief. Seit 2000 gilt der kostenlose Internetzugang als Grundrecht aller Esten. Auf Fähren, in Zügen und Bussen surfen die Esten schon seit Jahren drahtlos im Internet.

Estland hat auch dank des „Tigersprung“-Programms zur Einführung moderner Informationstechnologien heute einen starken Dienstleistungssektor, über 60 Prozent der Beschäftigten arbeiten dort. Dies ist deutlich mehr als in den meisten anderen ehemaligen Ostblockstaaten.<sup>390</sup> Bis zum Ausbruch der Wirtschaftskrise zählte neben der Baubranche auch der Tourismussektor zu den am stärksten wachsenden Wirtschaftszweigen, teilweise wurden mit dem Fremdenverkehr bis zu 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erzielt. Wie im Handel und Investitionsbereich interessieren sich auch touristisch vorwiegend Finnen, Schweden und Russen für Estland.<sup>391</sup>

Den Besuchern erscheint Estland wie ein Traum aus endlosen Wäldern und menschenleeren Landstrichen. Doch die sowjetische Planwirtschaft hat auch hier gravierende Umweltprobleme hinterlassen. So stammen etwa 90 Prozent der in Estland produzierten Elektrizität aus der Verbrennung von heimischem, im Tagebau gewonnenem Ölschiefer.<sup>392</sup> Großkraftwerke qualmen vor allem um die Industriestadt Kohtla-Järve, im Nordosten des Landes. Weltweit setzt außer Estland nur China weiterhin in großem Maße auf diese schmutzige Art der Energiegewinnung, bei der aggressives Schwefeldioxid und schwermetallhaltige Gase freigesetzt werden. Ein Regierungsprogramm sieht nun aber vor, den Anteil des Ölschiefers in der Energiegewinnung deutlich zu reduzieren.<sup>393</sup> Um sich nicht über die Maßen von russischen Öl- und Gaslieferungen abhängig zu machen, haben die Esten bereits ein erstes unterseeisches Starkstromkabel nach Finnland verlegt. Bis 2014 soll mit „Eastlink 2“ eine weitere 650-Megawatt-Leitung folgen. Bis zu 100 Millionen Euro will die Europäische Union in das Unterseekabel investieren.<sup>394</sup>

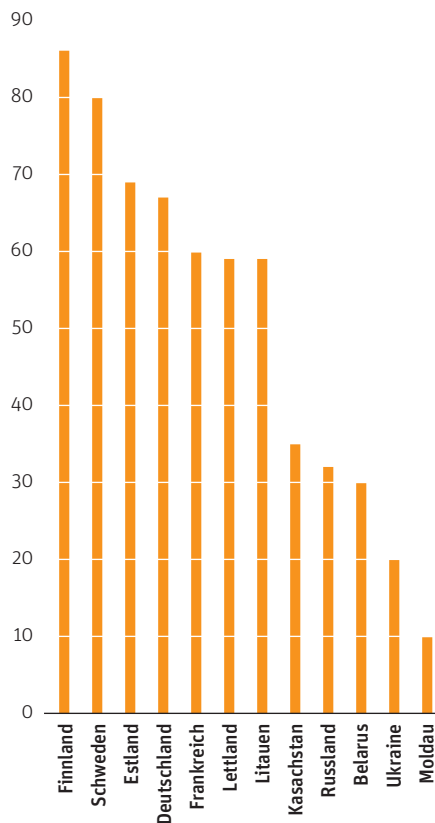
### Nordeuropa ist bestens vernetzt

**69 Prozent aller Erwachsenen in Estland sind online. Dies ist mehr als in jedem anderen Nachfolgestaat der Sowjetunion und selbst mehr als in Frankreich oder Deutschland. Einzig in Europa Norden, in Skandinavien, Großbritannien und den Niederlanden, ist ein größerer Teil der Bevölkerung vernetzt als in dem kleinen Land am Finnischen Meerbusen.**

Anteil der Erwachsenen mit Internetzugang in Prozent 2010  
(Datengrundlage: GfK Austria, Central Eastern Europe Network. Aura Präsentation in London, Mai 2010)

### Integrationsprobleme

Bis zum Zweiten Weltkrieg war Estland mit 88 Prozent estnischer Bevölkerung ein ethnisch relativ homogenes Land. Dann trieb die sowjetische Staatsführung Zuwanderung russischstämmiger Personen voran, und der Anteil der Esten sank bis 1989 auf nur noch 61 Prozent. Mittlerweile ist er wieder auf 69 Prozent angestiegen, vor allem deshalb, weil Russen ausgewandert sind.<sup>395</sup> 1991 erhielten jene Nicht-Esten, die seit der „sowjetischen Besatzung“ ins Land gekommen waren – immerhin ein Drittel der Bevölkerung – eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis. Este kann bis heute nur werden, wer ausreichende estnische Sprachkenntnisse nachweist. Fast 150.000 Menschen haben bisher von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich einbürger zu lassen.<sup>396</sup>



Dennoch gibt es Integrationsprobleme der russischstämmigen Bevölkerung, vor allem unter Jugendlichen. Der Boom der vergangenen Jahre mag ihre Diskriminierung überdeckt haben, doch die Krise mit ihrer steigenden Arbeitslosigkeit bringt sie wieder zum Vorschein. So war im Jahr 2005, kurz vor dem Höhepunkt des Wirtschaftsbooms die Jugendarbeitslosenquote unter Nicht-Esten dreimal so hoch wie unter estnischen Jugendlichen. Ein Grund dafür: Mehr als die Hälfte der Nicht-Esten – eben der nicht-eingebürgerte Teil – kann sich kaum auf Estnisch unterhalten. Die soziale Marginalisierung russischstämmiger Jugendlicher zeigt sich auch an der Verbreitung der Immunschwäche Aids. Ausgehend von Narwa, der drittgrößten Stadt unmittelbar an der russischen Grenze, in der fast 90 Prozent der Bevölkerung russischsprachig sind, greift das HI-Virus seit dem Jahr 2000 mit hoher Geschwindigkeit auf andere Landesteile über. Wie überall im post-sowjetischen Raum sind hierfür vor allem Drogenabhängige verantwortlich.<sup>397</sup>

In anderen Bereichen ähnelt Estland eher den Staaten Mitteleuropas, deren demografische Krisen nach der Wende weniger ausgeprägt waren als in den meisten Gus-Staaten: Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau fiel zwar Mitte der 1990er Jahre auf 1,3, erreichte 2008 aber wieder den Wert von 1,65 – höher lag sie nirgendwo im gesamten Europa östlich des ehemaligen Eisernen Vorhangs.<sup>398</sup> Die natürliche Bevölkerungsentwicklung, die durch die Überschüsse von Sterbefällen über die Geburten seit Anfang der 1990er Jahre stark rückläufig war, ist gegenwärtig wieder ausgeglichen – auch weil die kopfstarken Jahrgänge der 1980er inzwischen das Familiengründungsalter erreicht haben. Dennoch sagen jüngste Bevölkerungsprognosen auch für Estland bis zum Jahr 2030 einen leichten Bevölkerungsrückgang von etwa drei Prozent voraus, weil die künftige Elterngeneration durch die Geburtenausfälle der vergangenen Jahre bereits erheblich geschrumpft ist.<sup>399</sup>



# LETTLAND

Einwohnerzahl 2010	2,24 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	2,05 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	35
Kinderzahl je Frau 2005-2010	1,40
Lebenserwartung bei Geburt 2005-2010	72,4
Jährlicher Migrationssaldo 2005-2010	- 2.000
Durchschnittsalter 2010	40,0



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Hoch gestiegen, tief gefallen

2009 war für Lettland ein Schicksalsjahr. In dem baltischen Staat ging das Bruttoinlandsprodukt um fast 19 Prozent zurück. Kein EU-Land ist in der Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise tiefer gefallen – nur der Nachbar Litauen war in einen ähnlich starken Sog geraten.<sup>400</sup> Bereits im Februar 2009 stürzte die lettische Regierung über die Krise und musste zurücktreten. Im Dezember konnte die Zahlungsunfähigkeit Lettlands allein durch einen 7,5 Milliarden Euro schweren Kredit des Internationalen Währungsfonds abgewendet werden. Damit endete der Sprung dieses „baltischen Tigers“, der bis 2008 noch Wirtschaftswachstumsraten von über zehn Prozent erlebt hatte, beinahe im Staatsbankrott.

Mit der Unabhängigkeit 1991 war Lettland nach Russland und Estland als drittreichster Staat aus der Sowjetunion hervorgegangen.<sup>401</sup> Auch deswegen gelang dem Land die „Rückkehr in den Westen“ relativ rasch: 1992 trat Lettland dem Internationalen Währungsfonds bei, 1999 der Welthandelsorganisation, 2004 der Nato und der Europäischen Union.

Doch in den vergangenen Jahren hat das Land weit über seine Verhältnisse gelebt. Der Wirtschaftsboom am Anfang des neuen Jahrtausends hatte zwar die Arbeitslosenquote zeitweise unter fünf Prozent gedrückt, aber weil die Fachkräfte knapp wurden, schossen die Löhne in die Höhe. Die Folge war eine hohe Inflation, die im Sommer 2008 mit 15 Prozent ihren Höhepunkt erreichte.<sup>402</sup> Der Glaube an den Aufstieg war indes so stark, dass die Letten weiter auf Pump konsumierten. Zwischen 2004 und 2006 boten manche Banken ihren Kunden sogar dann Kredite an, wenn die monatliche Rückzahlung bis zur Hälfte des Einkommens betrug. Als dann die Wirtschaftskrise viele Jobs vernichtete und die Einkommen reduzierte, konnten viele Letten ihre Schulden nicht mehr tilgen. Die Arbeitslosenquote explodierte Anfang 2010 auf 20 Prozent und damit auf EU-Rekordniveau.<sup>403</sup> Die Immobilienpreise brachen seit Beginn der Wirtschaftskrise um etwa 50 Prozent ein.<sup>404</sup>

Die Erlöse für die wichtigsten Exportgüter Lettlands – Nahrungsmittel, Holz, Möbel und Metallwaren – konnten die früher massiv fließenden Kredite nicht ersetzen. Auch auf Druck der internationalen Geldgeber musste die Regierung drastische Sparmaßnahmen einleiten: Die Gehälter der Staatsbediens-

teten wurden um rund 15 Prozent gekürzt, Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut. Die Mehrwertsteuer wurde je nach Warengruppe um drei bis elf Prozentpunkte auf einheitliche 21 Prozent erhöht. Die Budgets der Ministerien, Hochschulen und anderen öffentlichen Einrichtungen reduzierten sich um bis zu 40 Prozent. Auch für die kommenden Jahre drohen höhere Steuern, weitere Schulden, sinkende öffentliche Ausgaben, geringere Löhne und weniger Jobs.

## Letten gewinnen an Gewicht

1939 teilten die beiden Außenministerkollegen Joachim von Ribbentrop und Wjatscheslaw Molotow im Zuge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts Lettland, wie auch den Nachbarn Estland, der Einflussphäre der Sowjetunion zu. Litauen „ertauschten“ sich die Sowjets einen Monat später gegen Teile Polens. Damit legten sie den Grundstein für die Eingliederung der drei baltischen Staaten in die Sowjetunion im Jahr 1940. Zehntausende Nationalisten, Grundbesitzer und abgesetzte Offizielle deportierte Stalin unmittelbar darauf nach Sibirien. In

allen baltischen Staaten entwickelte sich nun ein ausgeprägter Widerstand gegen die Zugehörigkeit zur Sowjetunion, der nach der von 1941 bis 1944 dauernden deutschen Besatzung in einem jahrelangen, blutigen Partisanenkampf mündete. Um der Lage Herr zu werden, schickte Stalin in einer zweiten Welle von Deportationen 1949 mehr als 100.000 Balten gen Sibirien. Andere kamen ihrer Verhaftung zuvor und flüchteten in den Westen, während der Kreml gleichzeitig immer mehr russische Arbeiter und Militärs im Baltikum stationierte. Bis Ende der 1980er Jahre fiel der lettische Bevölkerungsanteil in der damaligen Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik so vom Vorkriegsniveau von rund 75 Prozent auf nur noch etwa 50 Prozent.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kehrte sich die Entwicklung um. Nun wanderten ethnische Russen ab und auch einige Tausend Weißrussen und Ukrainer verließen das Land, sodass der lettische Bevölkerungsanteil wieder auf etwa 60 Prozent stieg.<sup>405</sup> Gefördert wurde die Wanderung durch offene oder verdeckte Diskriminierung von Nicht-Letten. So galt bis 1994 ein Staatsbürgerschaftsrecht, das alle Menschen nicht-lettischer Herkunft zu Staatenlosen machte und ihnen das Wahlrecht vorenthielt. Erst auf

internationalen Druck und als Vorbedingung für den EU-Beitritt wurde dieser Passus abgeschafft. Doch immer noch muss, wer eingebürgert werden will, die lettische Sprache beherrschen. Das ist für Russischstämmige keine Selbstverständlichkeit. Immerhin erhalten jetzt in Lettland geborene Kinder von Nicht-Letten automatisch die lettische Staatsbürgerschaft.

Durch den Investitions- und Wirtschaftsboom zu Anfang des 21. Jahrhunderts kam die Abwanderung aus Lettland beinahe zum Stillstand. Zwischen 2003 und 2005 verließen im jährlichen Saldo nur etwa 1.000 Menschen das Land. Der EU-Beitritt und jüngst die Wirtschaftskrise haben nun wieder zu einer deutlichen Zunahme der Auswanderung geführt. Im Jahr 2009 verließen 4.700 Menschen das Land, damit erreichte die Emigration wieder die Werte der Jahre 1998 bis 2001. Hauptziel ist immer noch Russland, doch dahinter folgen bereits Irland, Großbritannien und Deutschland.<sup>406</sup>

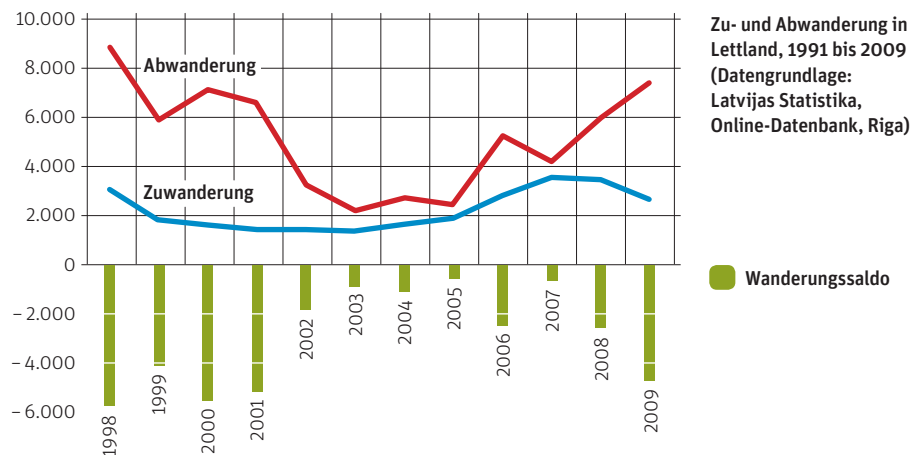
Auch die Zahl der Neugeborenen sank durch die Verunsicherung im Krisenjahr 2009 von knapp 24.000 auf 21.700 – die durchschnittliche Kinderzahl je Frau brach nach Angaben des nationalen statistischen Amtes binnen eines Jahres von 1,45 auf 1,32 ein. An das Auf und Ab der Geburtenzahlen haben sich die

Letten freilich seit geraumer Zeit gewöhnen müssen: Wurden gegen Ende der Sowjetära noch zwei Kinder je Frau geboren, sank die Fertilität in den ersten Umbruchjahren auf einen Tiefststand von 1,11, bevor sie bis 2008 wieder anstieg. Durch die Schwankungen kam es zu einem „Geburtenloch“ in den 1990er Jahren, als jährlich bis zu 18.000 mehr Menschen starben als geboren wurden.<sup>407</sup> Damit fehlen bald schon jene jungen Menschen, die ihrerseits neue Familien gründen könnten. Auch deshalb dürfte die Bevölkerung Lettlands bis 2030 um zehn Prozent von heute 2,25 auf dann lediglich 2,04 Millionen Menschen schrumpfen.<sup>408</sup>

Bereits seit 1989 ist die Bevölkerungszahl Lettlands von über 2,6 Millionen um mehr als 15 Prozent zurückgegangen. Rund ein Drittel der Menschen lebt in der Hauptstadt Riga. Die nächstgrößere Stadt Daugavpils, am Fluss Daugava gelegen, kommt lediglich auf 105.000 Einwohner, und Liepaja, ganz im Westen des Landes am Finnischen Meerbusen gelegen, hat als drittgrößte Stadt gerade mal 85.000 Einwohner.<sup>409</sup>

## EU-Beitritt und Wirtschaftskrise lassen Auswanderung ansteigen

Nach dem massenhaften Wegzug ethnischer Russen in den 1990er Jahren, der sich auf bis zu 60.000 Menschen pro Jahr belief, kam die Auswanderung aus Lettland in den Jahren des wirtschaftlichen Booms beinahe zum Erliegen. Jüngst sind die Migrationsverluste jedoch wieder leicht angewachsen. Ursache dafür ist einerseits der EU-Beitritt Lettlands, der es für die Einwohner einfacher gemacht hat, sich in Westeuropa niederzulassen. Andererseits hat auch die tiefe Rezession 2009 viele Bürger auf Jobsuche ins Ausland getrieben.



# LITAUEN

Einwohnerzahl 2010	3,26 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	2,91 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	50
Kinderzahl je Frau Russland 2005-2010	1,34
Lebenserwartung bei Geburt 2005-2010	71,7
Jährlicher Migrationssaldo 2005-2010	- 20.000
Durchschnittsalter 2010	39,8



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Herausforderung alternde Gesellschaft

Am 14. Juni 2004 verabschiedete die litauische Regierung die „Nationale Strategie zur Bekämpfung der Konsequenzen der Alterung“. In dem 176 Punkte starken Dokument ist festgeschrieben, dass ältere Menschen angemessene Einkommen erhalten, länger aktiv am Arbeitsleben teilnehmen, den bestmöglichen Zugang zu Gesundheits- und Sozialdienstleistungen bekommen und so ein unabhängiges und erfülltes Leben führen sollen.<sup>410</sup> Dass Litauens Regierung sich überhaupt mit Fragen eines langen Lebens und einer alternden Bevölkerung beschäftigt, ist Folge eines schon zu Sowjetzeiten hohen Entwicklungsstandes, der den drei Baltenstaaten bereits 2004 den Eintritt in die EU ermöglicht hat.

Obwohl der Anteil der über 59-Jährigen an der Gesamtbevölkerung Litauens mit 20,3 Prozent derzeit niedriger als in Westeuropa liegt, kommen diese Maßnahmen keineswegs zu früh. Denn in den nächsten Jahrzehnten wird die litauische Gesellschaft schneller altern als die der meisten anderen europäischen Staaten. Im Jahr 2050 dürften etwa 38 Prozent der Bevölkerung 60 Jahre oder älter sein. Litauen wird dann zu den ältesten Gesellschaften Europas zählen.<sup>411</sup>

Die rasche Alterung lässt sich damit erklären, dass die vorwiegend katholischen Litauerinnen zu Sowjetzeiten zwar viele Kinder bekommen haben, inzwischen aber sogar im Vergleich zu den überwiegend protestantischen Nachbarn im Norden niedrige Fertilitätsraten aufweisen. Innerhalb von zwölf Jahren fiel die durchschnittliche Kinderzahl je Frau von über zwei im Jahr 1990 auf 1,23 im Jahr 2002. Danach begann sie sich langsam wieder zu erholen und liegt heute nach offiziellen Angaben bei 1,55.<sup>412</sup> Obwohl ein Teil des zwischenzeitlichen Tiefs darauf zurückzuführen ist, dass junge Frauen ihren Kinderwunsch nur vorübergehend zurückgestellt haben, werden in Zukunft einer wachsenden Zahl von Menschen im höheren Alter immer weniger Junge gegenüberstehen. Dieser Effekt wird durch die Abwanderung vorwiegend junger Menschen noch verstärkt.

Trotz aller Fortschritte in Sachen Sozialpolitik und Wirtschaftsentwicklung hat sich die Lage älterer Menschen in Litauen verschlechtert. So lag das von der EU bezifferte Armutsrisiko über 64-Jähriger 2005 bei 17 Prozent – und stieg dann innerhalb von drei Jahren bis auf 30 Prozent an. Im gleichen Zeitraum ist das Armutsrisiko bei der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter durch die bessere Wirtschaftslage von 20 auf 17 Prozent gefallen. Die relative Position der Älteren hat sich

also verschlechtert.\* Aber auch nach absolut messbaren Kriterien zeigt sich eine unzureichende Versorgung: Berücksichtigt man die ebenfalls von der EU erfasste „Rate der materiellen Entbehrung“, die nicht-geldliche Indikatoren wie den Zugang zu warmem Wasser, die Qualität der Ernährung und den Besitz an Haushaltsgütern in die Berechnung mit einbezieht, gelten noch mehr Menschen (37 Prozent) als arm, als unter das relative Armutsrisiko fallen. Schlechter ist die Lage in der EU nur in Bulgarien, Rumänien, Lettland und Polen.<sup>413</sup>

Das gestiegene Armutsrisiko lässt sich darauf zurückführen, dass die Rentensteigerungen in den Boomjahren bis 2008 nicht mit dem Zuwachs bei den Haushaltseinkommen mithalten konnten. Damit die Kosten für die stetig wachsende Zahl von Rentnern nicht aus dem Ruder laufen, hat die litauische Regierung schon 1995 eine umfassende Rentenreform auf den Weg gebracht: Sie setzte das Renteneintrittsalter um zweieinhalb beziehungsweise fünf Jahre auf 62,5 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen hoch und erhöhte die Zahl der für Rentenansprüche

\* Nach EU-Definition unterliegt jeder Mensch dem Armutsrisiko, dessen Einkommen weniger als 60 Prozent des landesweiten Medianeinkommens beträgt. Mit dem Armutsrisiko lassen sich also keine absoluten Aussagen über Armut in einem Land treffen.



notwendigen Beitragsjahre. Später fügte sie dem traditionellen Umlageverfahren eine freiwillige kapitalgedeckte Komponente hinzu, von der große Teile der Bevölkerung Gebrauch machen.<sup>414</sup>

Neben der Rentenreform hat Litauen eine Reihe von Arbeitsmarktinitiativen ins Leben gerufen, die dem Problem der demografischen Alterung begegnen sollen. Sie gewährte den über 49-Jährigen mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz von 2006 Vorrang bei Weiterbildungsprogrammen und dem Zugang zu vielen öffentlichen Jobs. Außerdem subventioniert sie Arbeitgeber, die ältere Menschen einstellen. Mit diesen Maßnahmen ist es gelungen, die Erwerbsquote der Bevölkerung zwischen 55 und 64 Jahren auf 51,6 Prozent zu steigern – immerhin fünf Punkte mehr als das EU-weite Mittel.<sup>415</sup> Überproportional gut schneiden Männer ab, was nur teilweise am höheren Renteneintrittsalter liegt. Eine bessere Eingliederung älterer Arbeitnehmerinnen in den Arbeitsmarkt, etwa über ausgedehntere Möglichkeiten der Teilzeitarbeit, könnte hier dem drohenden Mangel an Arbeitskräften vorbeugen.

Weitere Verbesserungen bei der Beschäftigung werden notwendig sein, denn in den ersten vier Jahren nach dem EU-Beitritt 2004 verzeichnete Litauen auf die Einwohnerzahl gerechnet die höchsten Wanderungsverluste aller Mitgliedsstaaten. Nach offiziellen Angaben haben jährlich knapp 10.000 Menschen das Land verlassen – tatsächlich sind es wohl bis zu dreimal so viele.<sup>416</sup> Auf der Suche nach Beschäftigung sind sie vor allem nach Großbritannien, Irland und Schweden gegang

### Litauen altert schneller

Die Bevölkerung Litauens ist derzeit deutlich jünger als im EU-Durchschnitt und vor allem als in den „alten“ westeuropäischen Mitgliedsstaaten (EU-15). Wegen der drastisch gesunkenen Kinderzahlen und dem zu erwartenden Zuwachs bei der Lebenserwartung wird sich dies in Zukunft allerdings ändern. Ab etwa 2040 wird der Anteil derjenigen, die 60 Jahre und älter sind, in Litauen höher liegen als im EU-weiten Mittel. Damit folgt Litauen dem Entwicklungspfad vieler anderer mittel- und osteuropäischer Länder.

gen, in Länder, die ihre Arbeitsmärkte schon unmittelbar nach der EU-Osterweiterung 2004 komplett für Migranten aus den neuen Mitgliedsstaaten geöffnet haben. Im Jahr 2011, wenn die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der gesamten EU hergestellt ist, könnten sich diese Wanderungsströme vorübergehend gar intensivieren. Demgegenüber versuchen schon heute viele Migranten aus östlicher Richtung, über Litauen Zugang zur EU und zum Schengen-Raum zu erlangen.<sup>417</sup> Gepaart mit Rückkehrern aus anderen EU-Ländern könnten sie Litauen in Zukunft gar zu Wanderungsgewinnen verhelfen. Denn die Erfahrung aus Spanien, Portugal oder Irland zeigt, dass die vom EU-Beitritt angestoßene wirtschaftliche Entwicklung traditionelle Wanderungsverlierer in Zuwanderungsländer verwandeln kann.

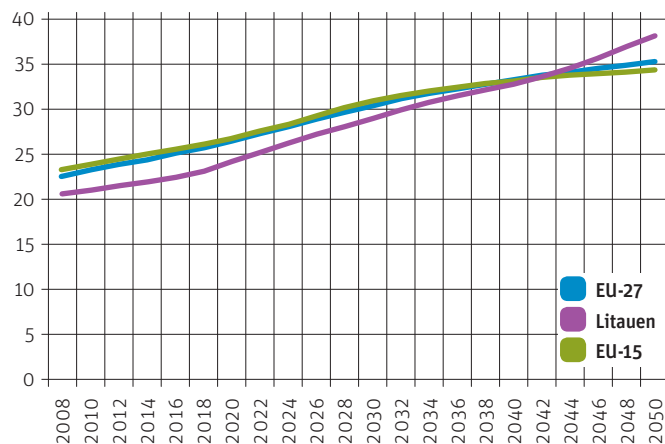
### Unterschiedliche Integrationserfolge

Anfang 2010 wohnten in Litauen 3,33 Millionen Menschen – etwa so viele wie in Berlin. Dies waren 360.000 weniger als im Jahr 1990, als Litauen sich als erstes Land von der Sowjetunion losgesagt hatte. Am stärksten ist der Bevölkerungsrückgang in den östlichen Regionen Utena und Panevezys gewesen, wo heute zwischen zehn und 15 Prozent weniger Menschen leben als noch vor 15 Jahren. Auch der Anteil älterer Menschen ist hier höher als anderswo.

Ebenfalls im Osten des Landes, in den ländlichen Regionen um die Hauptstadt Vilnius herum, lebt ein Großteil der polnischen Minderheit, die mit 200.000 Menschen der russischen Minderheit zahlenmäßig überlegen ist.<sup>418</sup> Die Besiedlung Litauens durch Polen begann im 14. Jahrhundert, als der litauische Großfürst Jogaila die polnische Thronfolgerin heiratete, worauf eine 400 Jahre dauernde Staatenunion folgte. Durch die Hochzeit wurden die Litauer – damals die letzten Heiden Europas – katholisch und konvertierten auch während der Reformation anders als die Esten oder die Letten nicht zum Protestantismus. Erst im Zuge der polnischen Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts geriet Litauen in die Einflussphäre des Zarenreichs und befand sich fortan – mit Ausnahme der Zeit zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg – unter russischer beziehungsweise sowjetischer Besatzung.

Trotz der lange währenden Fremdherrschaft ist Litauen heute ein ethnisch relativ homogenes Land. Immerhin 83 Prozent der Bevölkerung zählen zum Titularvolk.<sup>419</sup> Anders als in anderen baltischen Staaten sind ihre Beziehungen zur russischen Minderheit relativ gut, auch weil Letztere ziemlich klein ist.\*

\* Gründe für die vergleichsweise geringe Zuwanderung von ethnischen Russen während der Sowjetperiode sind der relativ niedrige Industrialisierungsgrad Litauens sowie der lange andauernde Partisanenwiderstand gegen die sowjetische Besatzungsmacht nach Ende des Zweiten Weltkriegs.



Anteil der über 59-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in Prozent in der EU-27, EU-15 und in Litauen, 2008 bis 2050 (Datengrundlage: Eurostat)

Mit den Polen kommt es dagegen häufiger zu Spannungen.<sup>420</sup> Viele Polen streben nach kultureller Autonomie, was vor allem nationalistischen Organisationen wie „Vilnija“ ein Dorn im Auge ist. Letztere wollen die Polen zwangsweise „litauisieren“. Die Regierung setzt ebenfalls auf Anpassung: So sind Angehörige ethnischer Minderheiten, welche die litauische Staatsangehörigkeit besitzen, angehalten, ihre Nachnamen ins Litauische zu „übersetzen“. Dennoch wird die Minderheitenpolitik Litauens von vielen Beobachtern als positiv bewertet, und zwar hauptsächlich wegen des sehr liberalen Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1989. Es erlaubte allen Menschen, die im Februar 1989 legal auf litauischem Territorium lebten, litauische Staatsangehörige zu werden. Die Zahl der Staatenlosen, die sich im Nachbarstaat Lettland auf mehrere Hunderttausend beläuft, liegt so in Litauen bei deutlich unter 10.000.<sup>421</sup>

Durch die bessere Kenntnis der Landessprache seitens der Migranten, sind diese anders als in Estland oder Lettland einigermaßen gleichmäßig über die Wirtschaftsbranchen verteilt. Weil aber dennoch nicht jeder Nicht-Litauer der Landessprache mächtig ist, liegt die Arbeitslosigkeit unter Russen und Polen deutlich höher als im landesweiten Mittel von 13,7 Prozent im Jahr 2009. Die Tatsache, dass noch 2008 lediglich 5,8 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos waren, zeigt wiederum, wie instabil die Arbeitssituation auch breiterer Bevölkerungsschichten in Litauen noch immer ist.<sup>422</sup> Kaum eine Region hatte der jüngsten Wirtschaftskrise etwas entgegengesetzt: Dem Gebrauchtwagenmarkt in Marijampole, einst eine florierende Drehscheibe des Handels zwischen Ost und West, gingen die Kunden aus Russland aus. Die Fluggesellschaft FlyLAL mit Sitz in der Hauptstadt Vilnius musste Konkurs anmelden, und der Sozialversicherungsträger Sodra war Ende 2009 akut in seiner Liquidität bedroht. Selbst die ohnehin niedrigen Renten mussten um fünf Prozent gekürzt werden.

Zur wirtschaftlichen Krise kam Ende 2009 die Schließung des einzigen Kernkraftwerks Ignalina im Nordosten des Landes. Die Stromrechnungen für die ohnehin hoch verschuldeten litauischen Haushalte erhöhten sich in der Folge um bis zu ein Drittel. Denn vor der Abschaltung verzeichnete Litauen mit einem Anteil von 70 Prozent nach Frankreich die weltweit zweithöchste Abhängigkeit von Atomenergie bei der Elektrizitätsversorgung. Aus Sicherheitsgründen war das Abschalten des Reaktors, der mit dem Unglücksmeiler von Tschernobyl baugleich war, jedoch unumgänglich und sogar Auflage für den EU-Beitritt. Seit Anfang 2010 muss Litauen nun wieder vermehrt auf Importe aus den Nachbarstaaten zurückgreifen. Dass dies gerade im Fall von Russland mit Risiken verbunden ist, zeigt die Erfahrung aus dem Jahr 2006, als Russland offiziell aus technischen Gründen die Druschba-Pipeline an seinen Nachbarn einstellte. Zuvor hatte Litauen sein größtes Wirtschaftsunternehmen, die Ö Raffinerie Mazeikiu Nafta, an die polnische PKN Orlen anstatt an eine russische Firma verkauft. Um eine langfristige Abhängigkeit von Russland zu vermeiden, und da es noch Zeit braucht,

bis Litauen vollständig in das europäische Stromnetz integriert sein wird, plant die Regierung, ein Nachfolgekernkraftwerk für Ignalina zu bauen. Im Moment ist das Projekt finanziell allerdings nicht zu stemmen.

Zu den Lichtblicken für die Zukunft gehört neben der Ö Raffinerie der Hafen von Klaipėda, wo mit 21 Millionen Tonnen jährlich fast doppelt so viele Waren umgeschlagen werden wie im 120 Kilometer entfernten russischen Kaliningrad.<sup>423</sup> Außerdem lockt der Tourismus immer mehr Westeuropäer auf die Kurische Nehrung oder an die über 3.000 Seen des Landes. Und auch im High-Tech-Rennen – vor allem der Biotechnologie – ist Litauen vergleichsweise gut positioniert. Mit Hilfe des weltweit schnellsten Internets will Litauen bis 2020 zum Innovationszentrum Nordeuropas aufzusteigen. Unter anderem durch Sonderwirtschaftszonen und Industrieparks, wie sie auch in Russland neuerdings vermehrt zu finden sind, sollen ausländische Investoren angezogen werden und den Standort Litauen weiter unterstützen.<sup>424</sup> Weitere Vorteile für Unternehmen sind die vergleichsweise gut ausgebildete Erwerbsbevölkerung und das im europäischen Vergleich noch immer recht niedrige Lohnniveau.

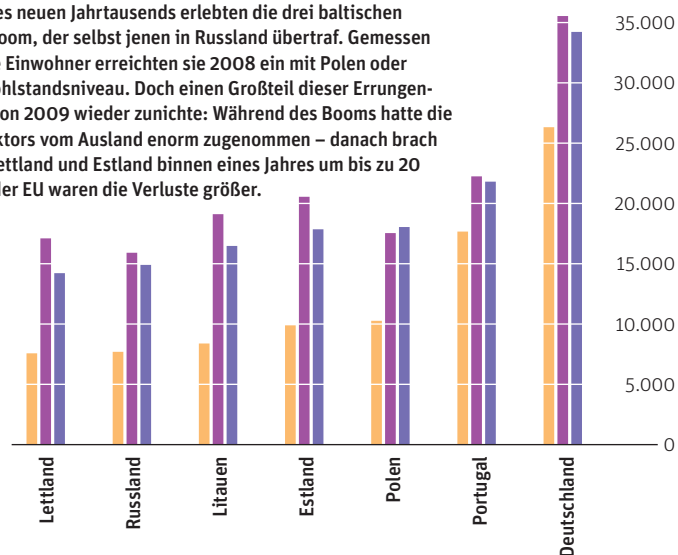
### Hoch und runter

In den ersten acht Jahren des neuen Jahrtausends erlebten die drei baltischen Staaten einen Wirtschaftsboom, der selbst jenen in Russland übertraf. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner erreichten sie 2008 ein mit Polen oder Portugal vergleichbares Wohlstandsniveau. Doch einen Großteil dieser Errenschaften machte die Krise von 2009 wieder zunichte: Während des Booms hatte die Abhängigkeit des Finanzsektors vom Ausland enorm zugenommen – danach brach die Wirtschaft in Litauen, Lettland und Estland binnen eines Jahres um bis zu 20 Prozent ein. Nirgendwo in der EU waren die Verluste größer.

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Internationalen Dollar

2000  
2008  
2009

(Datengrundlage: Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook Database, Washington DC)



# BELARUS

Einwohnerzahl 2010	9,59 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	8,56 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	46
Kinderzahl je Frau 2005-2010	1,28
Lebenserwartung bei Geburt 2005-2010	69,1
Jährlicher Migrationssaldo 2005-2010	0
Durchschnittsalter 2010	38,2



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Keine Zukunft auf dem Land

Knapp 7,1 Millionen Menschen lebten 2010 in der Republik Belarus in städtischen Siedlungen. Das entspricht 74 Prozent der Gesamtbevölkerung von 9,6 Millionen. Damit ist Belarus, oder Weißrussland, wie der Staat traditionell genannt wird, der am meisten urbanisierte Nachfolgestaat der Sowjetunion. Anders als in Russland oder der Ukraine ist die Zahl der Städter seit Anfang der 1990er Jahre hier sogar gewachsen – trotz einer landesweit schrumpfenden Bevölkerung.<sup>425</sup>

Die Unterschiede zwischen Stadt und Land sind in Belarus, das großflächig von Wäldern und Moorlandschaften durchzogen ist, enorm. Ländliche Gebiete wurden schon zur Sowjetzeit, wo große Industriestädte als Zeichen von Fortschritt galten, gering geschätzt und vernachlässigt. Kleine Dörfer erklärten die Planer oft für „nicht aussichtsreich“ und siedelten die Bevölkerung um – damit waren viele Ortschaften von weiterer Entwicklung abgeschnitten. Die belarussischen Städte hingegen ließ die Regierung zu Industriezentren ausbauen. Wichtige Zweige waren der Maschinenbau – vor allem Lastkraftwagen, Traktoren und andere Landmaschinen –, die Petrochemie, die Holzverarbeitung und die Nahrungsmittelindustrie.

Paradoxerweise profitierte die Industrie davon, dass das heutige Belarus im Zweiten Weltkrieg unter allen Gebieten der Sowjetunion am meisten zu leiden hatte. Bei Kriegsende war die Republik nahezu völlig zerstört, und die deutschen Besatzer hatten mehr als zwei Millionen Weißrussen umgebracht – darunter fast die gesamte jüdische Bevölkerung, die sich vor dem Krieg auf mehr als eine Million belief.<sup>426</sup> Beim Wiederaufbau statteten die Planer die belarussischen Fabriken dann mit den damals neuesten Anlagen aus, wodurch Belarus im Vergleich zu anderen Sowjetrepubliken, die oft noch mit Vorkriegsmaschinen arbeiteten, eine höhere Produktivität erlangen konnte.<sup>427</sup>

Infolge der Industrialisierung zogen viele Weißrussen vom Land in die Städte. Diese Wanderungen erreichten allerdings aus einem ganz anderen Grund in der Zeit vor der Unabhängigkeit ihren Höhepunkt: Nachdem es im Jahr 1986 in dem Atomreaktor im grenznahen ukrainischen Tschernobyl zur weltweit größten zivilen nuklearen Katastro-

phe gekommen war, flohen Hunderttausende aus den betroffenen Gebieten Homel und Mahiljou in andere Landesteile. Der Großteil der radioaktiven Wolke aus dem Nachbarland ging damals in Belarus nieder und verseuchte bis zu ein Fünftel des Ackerlandes und der Wälder. Im Gebiet Homel stiegen die Fälle von Schilddrüsenkrebs auf das Sechsfache des Normalwertes.<sup>428</sup>

In den frühen 1990er Jahren verlangsamte sich das Tempo der Urbanisierung zwar etwas, doch kam es anders als in Russland nicht zu einer Trendwende. Denn nachdem die Wirtschaftskrise in den ersten Jahren der Unabhängigkeit hauptsächlich die in den Städten ansässige Industrie traf, war sie von Mitte der 1990er Jahre an verstärkt in ländlichen Gegenden zu spüren. Dürreperioden sowie ein Mangel an Ausrüstung, Dünger und Treibstoff für die Landmaschinen haben dazu geführt, dass der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten seit Anfang der 1990er Jahre von 19 auf zehn Prozent gefallen ist.<sup>429</sup> Im Zensusjahr 1999 hatten über 70 Prozent der weißrussischen Dörfer weniger als 100 Einwohner – viele von ihnen werden von der Landkarte verschwinden.<sup>430</sup>

## Kleine demografische Dividende

Nach dem Zweiten Weltkrieg lebten 7,7 Millionen Menschen in der Belarussischen Sowjetrepublik. Stabile Geburtenüberschüsse lösten ein über vier Jahrzehnte andauerndes Bevölkerungswachstum aus und die Einwohnerschaft erreichte 1993 mit 10,2 Millionen ihre historisch höchste Zahl, bevor sie wieder zu schrumpfen begann.

Doch immer noch gibt es Wachstumsinseln in dem Land, das mit 208.000 Quadratkilometern ein Drittel kleiner ist als der Nachbar Polen. So wuchs die Hauptstadt Minsk zwischen dem letzten Sowjetzensus 1989 und 2009 von 1,6 auf 1,8 Millionen Einwohner – hauptsächlich aufgrund von Zuwanderern aus anderen Landesteilen. Unter den sechs weiteren Regionen Weißrusslands konnten einzig die eher ländlich geprägten Gebiete Brest und Hrodna ihre Einwohnerzahlen annähernd konstant halten. Auch wenn dort die Kinderzahlen je Frau von 1,64 respektive 1,57 deutlich über dem landesweiten Mittel von 1,42 liegen – sie reichen bei Weitem nicht aus, um die Bevölkerung langfristig stabil zu halten.<sup>431</sup> Immerhin hat sich die Fertilitätsrate seit 2004 ein wenig erholt, als sie mit 1,2 ihren historischen Tiefstand erreicht hatte.<sup>432</sup>

## Städtewachstum im Westen

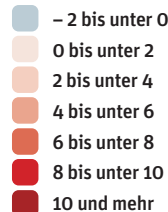
Trotz landesweiten Bevölkerungsrückgangs ist die städtische Bevölkerung in Belarus seit 1991 gewachsen. So haben die an Polen grenzenden Gebiete Brest und Hrodna zwar seit der Unabhängigkeit drei beziehungsweise sieben Prozent ihrer Einwohner verloren, dennoch wuchs die Bevölkerung ihrer Städte um jeweils neun Prozent. Der Grund hierfür liegt sowohl in der jüngeren Bevölkerungsstruktur in den Städten, die für Geburtenüberschüsse gesorgt hat, als auch in den Land-Stadt-Wanderungen, die schon seit den 1960er Jahren zu beobachten sind. Im Osten des Landes befindet sich die durchschnittliche Kinderzahl je Frau deutlich unter dem Niveau des Westens, sodass hier die Sterbeüberschüsse selbst in den Städten nicht durch Zuwanderung ausgeglichen werden.

Vor allem junge Leute wandern massenhaft in die Zentren ab. Zurück auf dem Land bleiben die weniger mobilen Älteren, weshalb sich dort der Trend, dass mehr Menschen sterben als geboren werden, in Zukunft noch verstärken wird. Etwa 30 Prozent der Landbevölkerung waren 2009 bereits im Rentenalter, landesweit stellte diese Altersgruppe nur 21,5 Prozent. Zur selben Zeit waren in ländlichen Gebieten 33,5 Prozent aller Frauen zwischen 15 und 44 Jahre alt und somit potenzielle Mütter, während der Anteil dieser Gruppe im ganzen Land 41,8 Prozent betrug. Allein im Jahr 2008 schrumpfte die Landbevölkerung um 58.000 Menschen – mehr als die Hälfte davon aufgrund von Sterbefallüberschüssen.<sup>433</sup>

Ein erheblicher Teil der Todesfälle auf dem Land lässt sich auf Alkoholmissbrauch, Unfälle, Selbstmorde und andere „unnatürliche“ Ursachen zurückführen. Viele Dorfbewohner, vor allem die Männer unter ihnen, die keine wirtschaftliche Perspektive haben, pflegen ein selbstzerstörerisches Leben. Diese Verhaltensweisen haben entschieden dazu beigetragen, dass die Menschen in Belarus heute im Mittel mit 70,5 Jahren sterben – früher als noch in den 1970er Jahren. In ländlichen Gegenden erreichen die Menschen durchschnittlich sogar nur 66,6 Jahre.

Trotz allem haben sich die Sterbefallüberschüsse in Belarus in den letzten Jahren verringert. In städtischen Gebieten übertraf die Zahl der Neugeborenen im Jahr 2007 sogar erstmals seit 1997 wieder jene der Todesfälle, obwohl die durchschnittliche Kinderzahl je Frau hier deutlich niedriger lag als auf dem Land.<sup>434</sup> Dass dahinter jedoch kein langfristiger Trend steht, zeigt ein Blick auf die Bevölkerungsstruktur: Seit Anfang des Jahrtausends haben die kopfstarken Jahrgänge 1983 bis 1986 das Familiengründungsalter erreicht, während gleichzeitig nur die ausgedünnten Kohorten des Zweiten Weltkriegs ins Rentenalter vorgerückt sind. Für den Arbeitsmarkt und die Staatseinnahmen sind dies günstige Zeiten. Doch diese „demografische Dividende“ ist langsam aufgezehrt. Das lässt sich daran erkennen, dass sich das Verhältnis von Kindern und Rentnern zu Menschen im arbeitsfähigen Alter seit dem Jahr 2009 erstmals seit 1993 wieder zu Gunsten der Jungen und Alten verschiebt, die von der Gesellschaft versorgt werden müssen.<sup>435</sup>

Veränderung Stadtbevölkerung  
1991 bis 2009 in Prozent



(Datengrundlage:  
Belstat, Naselenie  
Respubliki Belarus,  
Minsk)



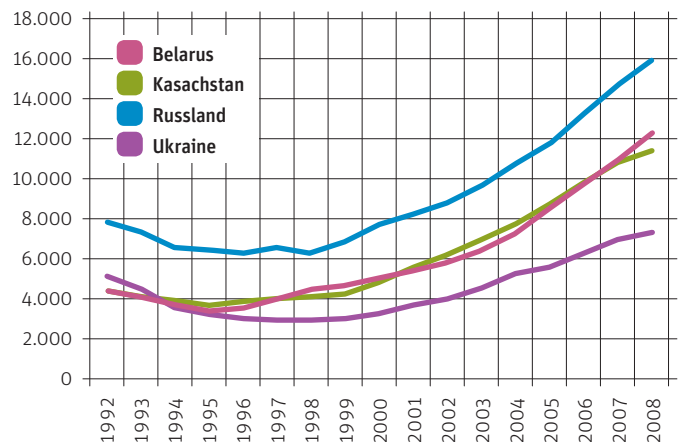
Diese sogenannte Abhängigkeitsrelation wird weiter steigen. Denn in Zukunft werden die schwach besetzten Jahrgänge der 1990er Jahre ins Elteralter kommen, während die Babyboomer-Generation das Rentenalter erreicht. Selbst wenn die Kinderzahlen je Frau dann weiter steigen sollten, würden immer noch mehr Menschen sterben als geboren werden. Nach Schätzungen könnte die belarussische Bevölkerung trotz Zuwanderung bis 2030 auf 8,5 Millionen Menschen respektive um knapp zwölf Prozent schrumpfen.<sup>436</sup>

Belarus ist der einzige Nachfolgestaat der Sowjetunion, in den seit Anfang der 1990er Jahre aus allen anderen Nachfolgestaaten mehr Menschen ein- als daraus abgewandert sind.<sup>437</sup> Das liegt daran, dass viele ethnische Weißrussen aus anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion in das Land ihrer Vorfahren zurückgekehrt sind, aber auch daran, dass ethnische Russen, anders als in Zentralasien oder dem Südkaukasus, nicht massenhaft das Land verlassen haben. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sank zwischen 1989 und 1999 nur geringfügig von 13,0 auf 11,4 Prozent.<sup>438</sup> Grund hierfür ist die äußerst erfolgreiche Russifizierung des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Beziehungen zwischen den Volksgruppen sind gut, und die russische wie die belarussische Kultur haben sich weitgehend durchmischt. Dies zeigt sich auch daran, dass die weißrussische Sprache in Reinform fast nur in akademischen Zirkeln der Großstädte gesprochen wird, obwohl sie seit 1990 wieder Amtssprache ist. Seit 1995 ist Russisch zweite Amtssprache der Republik Belarus. Die Mehrheit im Volk spricht einen als „Trasjanka“, zu Deutsch „Viehfutter“, bezeichneten Dialekt, eine Mischform aus Weißrussisch und Russisch.

## Wacklige Aufschwung

1992 noch ökonomisch schwächer als Kasachstan und die Ukraine, hat Belarus die beiden Ex-Sowjet-Länder bei der Wirtschaftskraft inzwischen überholt. Dabei hat das Land von den günstigen Energieimporten aus Russland profitiert. So haben die weißrussischen Raffinerien Rohöl zu Treibstoff veredelt und mit großen Gewinnmargen weiterverkauft. Auf diese Weise hat der russische Staat seinen Nachbarn jährlich mit mehreren Milliarden US-Dollar subventioniert. Mittlerweile ist diese Einnahmequelle allerdings versiegt.

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in vier Nachfolgestaaten der Sowjetunion in Internationalen Dollar, 1992 bis 2008 (Datengrundlage: Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook Database, Washington DC)



## Das sowjetischste Relikt der Sowjetunion

In kaum einem Nachfolgestaat der Sowjetunion haben sich alte planwirtschaftliche Strukturen besser erhalten als in Belarus. Das Land ist international isoliert und seine Grenzen sind für Migranten weitgehend geschlossen. So bewegen sich die jährlichen Wanderungen auf niedrigem Niveau und haben keinen wesentlichen Einfluss auf die demografische Entwicklung – im Jahr 2008 standen 17.000 internationalen Zuwanderern etwa 9.000 Auswanderer gegenüber.<sup>439</sup> Mit restriktiver Migrationspolitik und gezielter Überwachung der Grenzen versucht die autokratische weißrussische Führung, sich ausländische Hilfe für die Opposition vom Leibe zu halten. Außerdem gelingt es Belarus so, eine Art Bollwerk gegen illegale Transit-Migranten zu bilden, die über weißrussisches Territorium in die Europäische Union gelangen wollen.<sup>440</sup>

\* Da sich viele Auswanderer nicht bei den Behörden abmelden, könnte der Wanderungssaldo inzwischen in Wirklichkeit leicht negativ sein.

Wirtschaftszahlen aus Belarus sind mit Vorsicht zu genießen. Vielfach werden sie vom Staat, der die Wirtschaft weitgehend kontrolliert, bewusst geschönt. Offiziellen Zahlen zufolge ist Belarus, gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, zwar ärmer als die baltischen Staaten und Russland, aber reicher als der südliche Nachbar Ukraine. Im Jahr 2008 erwirtschaftete jeder Einwohner im Schnitt 12.300 Internationale Dollar und damit beinahe 70 Prozent mehr als ein Bürger der Ukraine, die Anfang der 1990er Jahre noch ein höheres Bruttoinlandsprodukt als Belarus aufgewiesen hatte. Zwischen 1997 und 2008 wuchs die Wirtschaft Weißrusslands jährlich um durchschnittlich elf Prozent, bevor die weltweite Krise 2009 das Wachstum auf 3,4 Prozent drückte.<sup>441</sup>

Durch das System des „marktorientierten Sozialismus“ hält das Regime von Präsident Alexander Lukaschenko die Preise vieler Güter niedrig, während es gleichzeitig neues Geld druckt, um weiteres Wachstum zu finanzieren. Wichtige Branchen wie das Pipeline- und Elektrizitätsnetz, das Bankensystem,

die Landwirtschaft und die Schwerindustrie befinden sich ganz oder zu einem großen Teil in Staatshand, und die Hälfte aller Beschäftigten bezieht ihr Gehalt noch immer aus öffentlichen Kassen.<sup>442</sup>

## Zwiespältiges Verhältnis zu Russland

Problematisch ist die Abhängigkeit der belarussischen Wirtschaft vom großen Nachbarn und Verbündeten Russland, das den bedeutendsten Absatzmarkt für belarussische Exportgüter aufweist. Die Russen beliefern Belarus darüber hinaus zu Vorzugspreisen mit fossilen Brennstoffen. Mit dem Weiterverkauf von raffiniertem Rohöl aus den Gebieten Witebsk und Homel strich Belarus lange Zeit satte Gewinne ein. Da es den Profit aber nicht, wie vertraglich vereinbart, zu einem großen Teil nach Russland weitergab, erhob

der Kreml 2007 erstmals Exportzölle auf sein Erdöl, wodurch die weißrussischen Raffinerien in die Verlustzone stürzten.

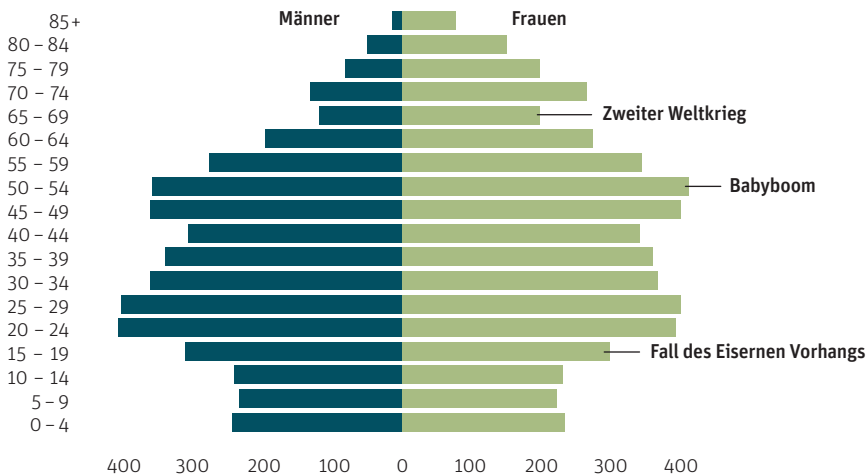
Ähnlich ist die Situation beim Erdgashandel. Belieferte Russland seinen Nachbarn bis 2004 noch zum hoch subventionierten Inlandspreis, hebt es den Preis seither schrittweise auf Weltmarktniveau an. Wie beim Erdölkonflikt antwortet Belarus auf neue Preissteigerungen meist mit erhöhten Transitgebühren für die Nutzung seiner staatlichen Pipelines, die russisches Gas nach Europa pumpen. Doch Russland sitzt am längeren Hebel: Im Jahr 2007 erwarb Gasprom für 2,4 Milliarden US-Dollar einen 50-prozentigen Anteil am staatlichen weißrussischen Pipelinebetreiber Beltransgas.<sup>443</sup> Darüber hinaus ermöglicht die im Bau befindliche Ostseepipeline von 2012 an eine direkte Belieferung Europas unter Umgehung des belarussischen Territoriums.

Dass die Abhängigkeit von russischen Subventionen früher oder später in die Krise führen wird, hat inzwischen auch die belarussische Regierung verstanden. Zur Modernisierung der Wirtschaft, deren Aufschwung im letzten Jahrzehnt sich nur zu einem geringen Teil mit Produktivitätssteigerungen erklären lässt, erstellte sie eine Liste mit 147 staatlichen Betrieben, die bis zum Jahr 2010 privatisiert werden sollten. Unter ihnen befanden sich nationale Perlen wie die Pipelinebetreiber oder der Kalidüngerproduzent Belaruskali. Vor allem China sieht Präsident Lukaschenko als wichtigen Partner für die Zukunft.

Trotz allem wird Russland auch weiterhin wichtigster internationaler Partner bleiben. So versuchen russische Firmen schon länger, nach den Gaspipelines auch Anteile an den Erdölraffinerien von Belarus zu erstehen. Grenzübergreifende Investitionen könnten weiter erleichtert werden, sollte die 2010 gegründete Zollunion zwischen Belarus, Russland und Kasachstan wie geplant zu einem gemeinsamen Markt ausgebaut werden. Den Handel zwischen Belarus und Russland kurbelt sie schon heute an. Darüber hinaus ist der östliche Nachbar der mit Abstand größte Gläubiger des belarussischen Regimes. Allein zwischen 2007 und 2010 stellte der Kreml drei Milliarden US-Dollar an Krediten zur Verfügung.<sup>444</sup> Und selbst der 2008 beschlossene Bau des ersten weißrussischen Atomkraftwerks, welches Belarus über zwei Jahrzehnte nach Tschernobyl unabhängiger von russischen Gaslieferungen machen soll, ist nur mit Hilfe der russischen Firma Atomstroieksport möglich.

## Das Echo der Geschichte

Auch nach Generationen haben der Zweite Weltkrieg und der Babyboom der Nachkriegszeit noch Auswirkungen auf die belarussische Bevölkerungsstruktur. So profitierte der Arbeitsmarkt in Belarus in den letzten Jahren davon, dass die ausgedünnte Kriegsgeneration ins Rentenalter vorrückte, während gleichzeitig die Kinder der Babyboomer ins Elternalter kamen. Landesweite Geburtenüberschüsse waren die Folge. In den nächsten Jahren wird sich die Situation allerdings dramatisch verschlechtern: Dann kommen die dünn besetzten Kohorten der 1990er Jahre ins Alter der Familiengründung.



Bevölkerung von Belarus nach Altersgruppen in Tausend, 2010 bis 2015  
(Datengrundlage: Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database, New York)

# MOLDAU

Einwohnerzahl 2010	3,58 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	3,18 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	106
Kinderzahl je Frau 2005-2010	1,50
Lebenserwartung bei Geburt 2005-20 10	68,4
Jährlicher Migrationssaldo 2005-2010	- 34.000
Durchschnittsalter 2010	36,2



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Verlassener Garten

4.967 Moldauer erhielten im Jahr 2008 zusätzlich die rumänische Staatsbürgerschaft.<sup>445</sup> Wenn es nach dem rumänischen Staatspräsidenten Traian Basescu geht, werden es schon bald jährlich doppelt so viele sein. Basescu erklärte es zu einer „Verpflichtung des Blutes“, Moldawier in den eigenen Reihen aufzunehmen, nachdem das kleine Binnenland seit dem 18. Jahrhundert Zankapfel zwischen Rumänen und Russen war.\*

Die Moldauer nehmen das Angebot einer zweiten Staatsbürgerschaft gerne an, vereinfacht es ihnen doch die Ausreise in die Europäische Union, dem Traumziel fast aller Bürger des Landes. Denn zuhause, im ärmsten Staat Europas, der aufgrund seiner fruchtbaren Böden einst „Garten der Sowjetunion“ genannt wurde, gibt es kaum Arbeit. Allein zwischen den beiden Volkszählungen 1989 und 2004 verließen unterm Strich etwa 400.000 Menschen das Land. Von den 3,38 Millionen übriggebliebenen hielten sich 2004 zudem 273.000 vorübergehend im

Ausland auf – inzwischen dürften es deutlich mehr sein. Jobs finden sie in Russland und in der Ukraine, aber auch in Italien, in Portugal sowie in Rumänien. Wie in Russland stoßen die Moldauer auch bei den direkten westlichen Nachbarn wegen der gemeinsamen Sprache auf keinerlei Verständigungsprobleme. Denn der einzige Unterschied zum Rumänischen bestand bis zum Ende des Kalten Krieges darin, dass die Moldauer auf Weisung der Sowjetführung ausschließlich das kyrillische Alphabet verwenden durften.

Vor allem ländliche Gegenden verlieren durch Arbeitsmigration an Bevölkerung: Wer als junger Mensch nicht direkt ins Ausland geht, versucht sein Glück im Allgemeinen in der Hauptstadt Chisinau, die mit 660.000 Einwohnern über ein Drittel der landesweiten Stadtbevölkerung beherbergt.<sup>446</sup> Dass städtische Gebiete seit der Unabhängigkeit trotzdem stärker geschrumpft sind als ländliche, liegt daran, dass in den 1990er Jahren vorwiegend die in den Städten wohnhaften Russen und Ukrainer das Land verlassen haben.<sup>447</sup>

Zur wirtschaftlichen Unsicherheit kam im Jahr 1992 ein Bürgerkrieg, hervorgerufen durch die Abspaltung der Provinz Transnistrien an der Grenze zur Ukraine. Große Teile der überwiegend slawischen Bevölkerung des Streifens östlich des Dnister fürchteten, die Republik Moldau würde nach ihrer Unabhängigkeit einen Anschluss an Rumänien anstreben und die russische Sprache und Kultur unterdrücken. Anders als die im Süden des Landes ansässigen turkstämmigen Gagausen ließ sich die transnistrische Führung nicht auf das Angebot einer Teilautonomie innerhalb Moldaus ein. Moldau seinerseits konnte es sich nicht leisten, Transnistrien aufzugeben, denn dort standen wichtige Wirtschaftsbetriebe. Heute, fast 20 Jahre nach dem Waffenstillstand, ist das Problem weiter ungelöst. Zwar besitzt Transnistrien eine eigene Regierung, Währung und Polizei, doch bislang hat es kein einziger UN-Mitgliedsstaat anerkannt.

\* Sowohl Moldawien wie auch Moldau sind im Deutschen gebräuchliche Bezeichnungen für das Land. Während Moldawien dem Russischen entstammt, ist Moldau eher an die rumänische Bezeichnung Moldova angelehnt.

Mit Transnistrien hat Moldau etwa ein Drittel seiner Industrie verloren. Besonders schmerzhaft ist der Verlust der Kraftwerke, der dazu geführt hat, dass Stromausfälle in den 1990er Jahren an der Tagesordnung waren. Dies, zusammen mit der Verarmung weiter Teile der Bevölkerung, ließ die moldawischen Bürger 2001 wieder eine kommunistische Regierung wählen – bisher ein einzigartiger Vorgang in einem Nachfolgestaat der Sowjetunion. Die kommunistische Führung versorgte die Menschen zwar kontinuierlich mit Elektrizität, bekam die Korruption allerdings nicht in den Griff und musste 2009 Platz für die westlich ausgerichtete Opposition machen. Deren Hauptaufgabe ist es, den Transnistrienkonflikt beizulegen, um das Ziel einer EU-Mitgliedschaft Moldaus ernsthaft verfolgen zu können.

## Hohe Löhne werden nur im Ausland gezahlt

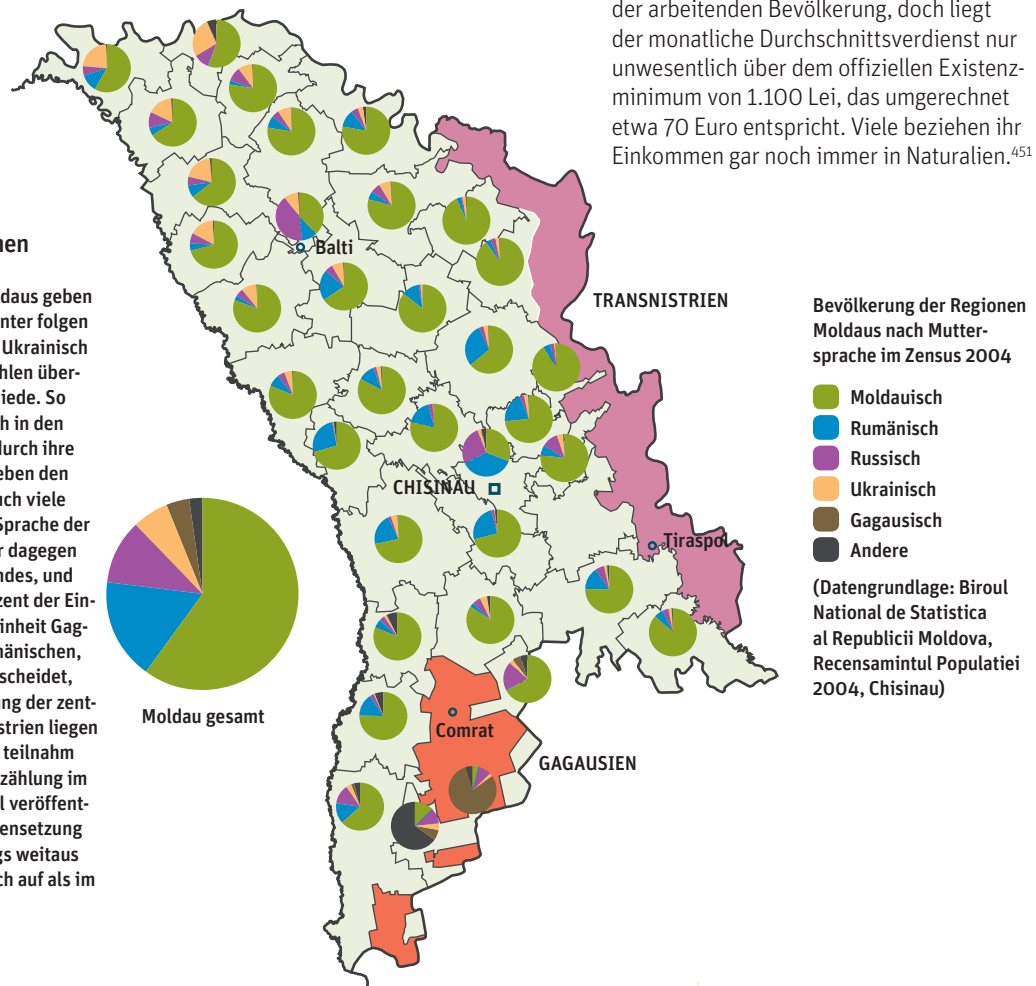
Über die aktuelle Bevölkerungszahl Moldaus gibt es widersprüchliche Angaben: Zwar wohnen sowohl nach Schätzungen der Vereinten Nationen als auch nach Angaben des nationalen statistischen Amtes etwa 3,6 Millionen Menschen im Land. Doch während der internationale Staatenbund die rund 500.000-köpfige Bevölkerung Transnistriens mitzählt, bleiben dessen Bewohner bei den nationalen Daten außen vor.<sup>448</sup> Angesichts der Tatsache, dass bereits der Zensus 2004 lediglich knapp 3,4 Millionen Menschen zählte, scheinen die nationalen Angaben

überhöht. Denn seit der Volkszählung dürfte die Bevölkerungszahl weiter gefallen sein, da neben der Abwanderung seit Ende der 1990er Jahre in Moldau auch mehr Menschen sterben als geboren werden.<sup>449</sup>

Moldau und Transnistrien zusammen haben seit 1989 etwa 800.000 Menschen oder knapp 18 Prozent ihrer Einwohner verloren – höher war der prozentuale Rückgang in keinem Nachfolgestaat der Sowjetunion. Trotzdem ist das Land mit 106 Menschen je Quadratkilometer noch immer am dichtesten bevölkert. Knapp 60 Prozent der Menschen leben auf dem Land.<sup>450</sup> Gerade hier ist es allerdings schwierig, angemessen bezahlte Arbeit zu finden. Zwar beschäftigt die Landwirtschaft noch immer etwa 40 Prozent der arbeitenden Bevölkerung, doch liegt der monatliche Durchschnittsverdienst nur unwesentlich über dem offiziellen Existenzminimum von 1.100 Lei, das umgerechnet etwa 70 Euro entspricht. Viele beziehen ihr Einkommen gar noch immer in Naturalien.<sup>451</sup>

## Eineinhalb Länder – fünf Sprachen

Knapp 60 Prozent der Bevölkerung Moldaus geben als Muttersprache Moldawisch an. Dahinter folgen Rumänisch (17 Prozent), Russisch (elf), Ukrainisch (sechs) und Gagausisch (vier). Diese Zahlen überdecken gravierende regionale Unterschiede. So leben die Russen Moldaus hauptsächlich in den großen Städten Chisinau und Balti, wodurch ihre Sprache hier sehr weit verbreitet ist. Neben den Muttersprachlern nutzen gerade hier auch viele Moldauer im täglichen Leben noch die Sprache der ehemaligen Besatzungsmacht. Ukrainer dagegen finden sich vor allem im Norden des Landes, und Gagausisch sprechen immerhin 80 Prozent der Einwohner der „Autonomen territorialen Einheit Gagausien“ im Süden des Landes. Zum Rumänischen, das sich vom Moldawischen kaum unterscheidet, bekennt sich vorwiegend die Bevölkerung der zentralen Gebiete. Für die Republik Transnistrien liegen keine Daten vor, da sie nicht am Zensus teilnahm und die Ergebnisse einer eigenen Volkszählung im selben Jahr nicht im notwendigen Detail veröffentlicht. Aufgrund der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung wachsen hier allerdings weitaus mehr Kinder mit Russisch und Ukrainisch auf als im Rest des Landes.





Durch die Landreform der 1990er Jahre, im Zuge derer zwei Drittel des Landes aus Staats- in Privateigentum übergang, ist eine neue Schicht an Kleinbauern entstanden. Sie bearbeiten Parzellen von knapp zwei Hektar und sichern sich so ihr Überleben. Wie wenig sie darauf produzieren können, zeigt die Tatsache, dass der durchschnittliche landwirtschaftliche Familienbetrieb in den meisten EU-Ländern zwischen 17 und 70 Hektar groß ist. Moldawier dagegen bekamen ihre zwei Hektar zudem meist nicht einmal als zusammenhängende Fläche, da jeder Einzelne sowohl am Ackerland als auch an den Obstgärten und Weinbaugebieten beteiligt werden sollte. Mehr als der Hälfte der Bauern erschien eine Bewirtschaftung ihres Landes unter diesen Umständen nicht lohnend. Sie verpachteten ihr Land an Unternehmer, die mit mittelgroßen Anbauflächen von bis zu 800 Hektar deutlich höhere Erträge erwirtschaften können.<sup>452</sup>

Sollte sich dieser Trend fortsetzen und sich die Produktivität weiter erhöhen, werden viele auf den Feldern Beschäftigte ihre Arbeit verlieren. Daraus könnte die nächste große Gruppe von Auswanderern erwachsen. Denn bisher zieht es hauptsächlich gut ausgebildete Staatsbedienstete ins Ausland, die in der Heimat oft weniger Lohn erhalten als Bauarbeiter. Als solche wiederum verdienen die meisten Auswanderer in der Fremde ihr Geld.<sup>453</sup> Von ihrem Einkommen überweisen sie oft über die Hälfte an die Familien in Moldau. Im Jahr 2008 beliefen sich die offiziellen Rücküberweisungen auf 1,9 Milliarden US-Dollar – das entspricht etwa 31 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung Moldaus.\* Eine höhere Abhängigkeit von Arbeitsmigranten verzeichnen weltweit einzig Tadschikistan und Tonga.<sup>454</sup>

\* Da bis zu der Hälfte der Geldsendungen über informelle Kanäle abgewickelt wird, dürfte die Abhängigkeit von Rücküberweisungen in Wirklichkeit deutlich höher liegen, als offiziell angegeben.

## Wenige Kinder, häufig allein

Kinder in die Welt zu setzen, ist nach der Unabhängigkeit in Moldau zum Luxus geworden – auch weil die hohen Inflationsraten der 1990er Jahre die staatliche finanzielle Unterstützung für junge Familien fast wertlos machten. Allein zwischen 1990 und 2002 halbierte sich die durchschnittliche Kinderzahl je Frau von 2,39 auf 1,21, bevor sie in der Folge wieder leicht auf 1,33 Kinder im Jahr 2009 anstieg.<sup>455</sup> Tatsächlich könnte sie sogar noch etwas höher liegen, da die offizielle Bevölkerungszahl Moldaus, und damit auch die Zahl der potenziellen Mütter, überhöht ist. Die Vereinten Nationen gehen von einer Fertilitätsrate von 1,5 Kindern je Frau aus.

Neben der materiellen Not hat auch die größere individuelle Freiheit von Frauen eine Rolle beim Rückgang der Kinderzahlen gespielt. Vor der Unabhängigkeit heirateten Moldawierinnen sehr früh und bekamen ihre Kinder in jungen Jahren. Inzwischen lassen sie sich bei der Partnersuche mehr Zeit und bekommen deutlich später Kinder. Seit 1990 ist die Zahl der jährlichen Hochzeiten von 41.000 auf 27.000 um knapp 35 Prozent zurückgegangen, jene der Hochzeiten von Frauen unter 20 Jahren, die vor der Unabhängigkeit immerhin ein Drittel aller Eheschließungen ausmachten, sogar um 75 Prozent.<sup>456</sup>

Da viele Erwachsene im Ausland arbeiten, wächst bis zu ein Drittel aller Kinder in Moldau mit nur einem oder keinem eigenen Elternteil auf. Diese Kinder haben aufgrund der Rücküberweisungen ihrer Eltern zwar weniger finanzielle Sorgen als andere, fühlen sich dafür aber häufig einsam und verlassen, entwickeln aggressive Verhaltensweisen und haben Schwierigkeiten in der Schule. Insbesondere dann, wenn die Mutter im Ausland lebt, müssen die Kinder schon früh die Haushaltsführung übernehmen. Dadurch bleibt oft wenig Zeit für Freundschaften und eine „normale“ Kindheit. In den letzten Jahren lässt sich allerdings beobachten, dass immer

mehr Auswanderer versuchen, ihre Kinder an den neuen Wohnort mitzunehmen.<sup>457</sup> Voraussetzung hierfür ist, dass sich die Migranten dort legal aufhalten und einer geregelten Arbeit nachgehen können. Dies ist in der EU eher möglich als in Russland, wo vorwiegend die ärmere Landbevölkerung ihr Glück sucht. Trotz eines bilateralen Arbeitskräfteabkommens und Legalisierungsprogrammen der Regierung pendelt fast die Hälfte der Migranten saisonal zwischen der Heimat und dem Arbeitsort in Russland. Eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung streben sie nicht an.<sup>458</sup>

Aufgrund des anhaltenden Lohngefälles, sehen immer mehr junge Moldauer ihre Zukunft im Ausland. In einer vom Statistischen Amt Moldaus durchgeführten Befragung gaben 70 Prozent aller 15- bis 29-Jährigen an, sie würden für einen Job ins Ausland gehen, falls sie die Möglichkeit dazu hätten. Über die Hälfte von ihnen würde am Zielort sogar eine Tätigkeit aufnehmen, für die sie überqualifiziert wären.<sup>459</sup> Der unbedingte Wunsch, die Heimat zu verlassen, treibt dabei gerade junge Frauen häufig in die Hände von Menschenhändlern, die ihnen lukrative Jobs in Russland, dem Mittleren Osten oder Westeuropa versprechen. Hinter diesen Versprechen verbirgt sich häufig die Prostitution. Schaffen es die Frauen, sich aus dieser Falle zu befreien und in die Heimat zurückzukehren, so wartet dort häufig das nächste Martyrium. Denn von der moldawischen Gesellschaft werden sie als ehemalige Prostituierte oft ausgegrenzt und stigmatisiert.

# UKRAINE

Einwohnerzahl 2010	45,43 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	40,19 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	75
Kinderzahl je Frau 2005-2010	1,31
Lebenserwartung bei Geburt 2005-2010	68,2
Jährlicher Migrationssaldo 2005-2010	- 16.000
Durchschnittsalter 2010	39,5



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Schlafender Riese zwischen der EU und Russland

Der Dnepr, größter Strom der Ukraine, durchschneidet das Land von Nord nach Süd in zwei Hälften, durchfließt die beiden Metropolen Kiew und Dnepropetrowsk und mündet schließlich bei Cherson ins Schwarze Meer. Der Dnepr dient der Ukraine einerseits als nationales Symbol der Einheit, er steht aber auch für die innere Spaltung in Ost und West. Auch wenn die Ukraine keinesfalls vor dem oft vorhergesagten Zerfall steht, unterscheiden sich Wirtschaft und Bevölkerung der östlichen und westlichen Landeshälfte bis heute teilweise deutlich.

Auf der einen Seite steht der landwirtschaftliche geprägte Westen des Landes, der im Laufe der Jahrhunderte in Teilen zu Polen, Litauen, zu Österreich, der Tschechoslowakei und Rumänien gehört hat. In der größten Stadt Lwiw, dem ehemaligen österreichischen Lemberg, leben 734.000 Menschen.<sup>460</sup> Sie ist umgeben von ökonomisch schwachen Gebieten wie Ternopil und Transkarpatien, deren Wirtschaftskraft nur etwa halb so hoch ist wie im landesweiten Mittel.<sup>461</sup> Auf der anderen Seite steht der Osten mit seinen Kohleminen, Stahlwerken und einem größeren Anteil an russischer Bevölkerung. Im Mündungsgebiet des Don in das Asowsche Meer, dem sogenannten Donbass, liegen mit den Gebieten Donezk und Dnepropetrowsk

zwei der wirtschaftlich stärksten Regionen des Landes. Hier zeigen sich auch die negativen Auswirkungen der Wirtschaft am deutlichsten: Bergbau und Schwerindustrie haben Luft, Gewässer und Böden mancherorts nachhaltig verseucht.<sup>462</sup> Auch deswegen liegt die Lebenserwartung hier um etwa vier Jahre niedriger als im Westen.<sup>463</sup> Drogenkonsum und Prostitution haben auch die Rate der HIV-Infizierten, die landesweit mit geschätzten 1,6 Prozent der Erwachsenenbevölkerung die höchste in ganz Europa ist, vor allem im verdichteten Osten anschwellen lassen.<sup>464</sup>

### Chaotische 1990er Jahre

Nach der Unabhängigkeit im Jahr 1991 glitt die Ukraine in eine Wirtschaftskrise, die schwerer war als in den meisten anderen ex-Sowjetrepubliken. Binnen eines Jahrzehnts war die Industrieproduktion auf die Hälfte des Ausgangswertes gesunken. Das reale Bruttoinlandsprodukt ging bis 1999 stetig zurück. War die Ukraine 1992 gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner hinter Russland, Litauen und Estland noch das viertreichste Land auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion, steht sie 2010 nur noch auf Platz acht. Lettland, Aserbaidschan, Belarus und Kasachstan sind bereits vorbeigezogen, Turkmenistan könnte bald folgen.<sup>465</sup>

In der chaotischen Nachwendezeit bildeten sich Clanstrukturen, die bis heute das wirtschaftliche Leben bestimmen und einen erheblichen Einfluss auf die Politik ausüben.

Die katastrophale Wirtschaftslage schlug sich schnell in der Demografie nieder: Die Kinderzahlen sanken, immer mehr Menschen starben vor ihrer Zeit, andere verließen fluchtartig das Land. Von den 51,9 Millionen Einwohnern, die die Unabhängigkeit in der Ukraine erlebten, waren Anfang 2010 nur noch knapp 46 Millionen übrig geblieben.<sup>466</sup> Knapp 90 Prozent des Rückgangs lässt sich auf Sterbeüberschüsse zurückführen, die gemessen an der Einwohnerzahl sogar größer waren als in Russland oder Belarus.<sup>467</sup> Bekamen Frauen in der Ukraine im Jahr 1990 im Schnitt noch 1,84 Kinder, waren es 2001 nur noch 1,09.<sup>468</sup> Inzwischen hat sich die Rate wieder auf 1,46 erholt, variiert aber je nach Region teilweise extrem: Die an die EU grenzenden Gebiete Wolhynien und Transkarpatien verzeichnen im Schnitt mehr als 1,8 Kinder je Frau, während die nordöstlichen Regionen Sumy, Charkiw und Luhansk auf Werte von unter 1,3 kommen.<sup>469</sup> Die Gründe hierfür sind vielfältig. So lebt im Westen ein größerer Anteil der Bevölkerung in ländlichen Gegenden, wo traditionelle Werte wie Religion und Familie

noch eine größere Rolle spielen als im Osten. Außerdem sind moderne Verhütungsmittel hier nicht in dem Maße verfügbar wie im Rest des Landes.<sup>470</sup>

Seit 2005 versucht die Regierung, ukrainische Frauen mittels einer großzügigen Familienpolitik dazu zu bewegen, mehr Kinder in die Welt zu setzen. Dafür baute sie vor allem die finanzielle Unterstützung für Familien mit Kindern bis zu drei Jahren deutlich aus. Zu den jüngsten Zuwächsen bei den Kinderzahlen könnten die Maßnahmen bereits beigetragen haben. Langfristig werden finanzielle Anreize wie etwa Geburtsprämien aber nicht ausreichen, um den Bevölkerungsschwund aufzuhalten. Denn dass die niedrigen Kinderzahlen nicht einzig materielle Ursachen wie Armut oder Arbeitslosigkeit haben, zeigt die Tatsache, dass immer mehr ukrainische Frauen die Geburt der Kinder aufschieben und stattdessen ihre berufliche Karriere vorantreiben.<sup>471</sup>

## Zunehmendes Ungleichgewicht

Die demografische Alterung in der Ukraine ist aktuell weniger fortgeschritten als in vielen westeuropäischen Staaten. Die hohen Altersklassen sind nur schwach vertreten, weil der Zweite Weltkrieg für die Ukraine katastrophale Folgen hatte und weil die von Stalins Politik ausgelöste Hungersnot der Jahre 1932 und 1933 schätzungsweise 3,5 Millionen ukrainische Opfer forderte. In den kommenden Jahrzehnten werden sich die zahlenmäßig größten Bevölkerungsgruppen zunehmend ins höhere Alter verschieben. Sie werden bis Mitte des Jahrhunderts ins (heutige) Rentenalter hineinwachsen.

## Im Ausland auf Arbeitssuche

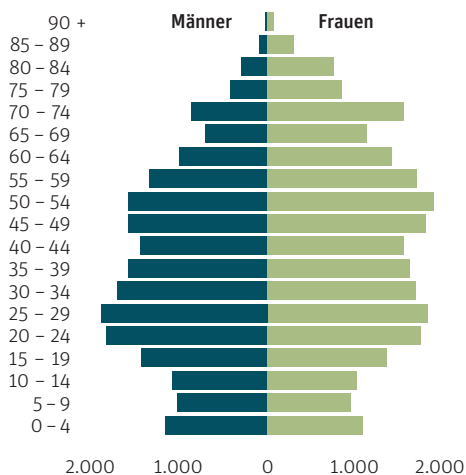
Anders als Russland vermochte es die Ukraine lange Zeit nicht, Zuwanderer aus anderen Ländern anzuziehen. Zwar kehrten in den ersten Jahren der Unabhängigkeit viele Ukrainer – ebenso wie die von Stalin vertriebenen Krimtataren – aus anderen ehemaligen Sowjetrepubliken in die alte Heimat zurück. Doch schon 1994 war der Wanderungssaldo wieder negativ, als Hunderttausende vor der anhaltenden Wirtschaftskrise ins benachbarte Russland flohen. Andere – unter ihnen viele Soldaten – gingen, weil sie nach dem Fall der Sowjetunion eine andere Staatsbürgerschaft annehmen wollten. Obschon die Wanderungen in der Folge deutlich nachließen, gehen noch immer jedes Jahr mehrere zehntausend Ukrainer in Russland auf Arbeitssuche.<sup>472</sup> Mindestens ebenso viele wählen den Weg nach Westen, um in der EU, den Vereinigten Staaten oder Kanada Beschäftigung zu finden. In der Regel reisen sie mit einem Touristenvisum ein und halten sich so meist nur in den ersten Monaten ihres Auf-

enthalts rechtmäßig in den Zielländern auf.<sup>473</sup> Mit der EU verhandelt die Ukraine im Rahmen eines geplanten Assoziierungsabkommens derzeit ein Abkommen über Visumsfreiheit. Dies könnte Arbeitsmigranten schon bald die Einreise in die Union deutlich erleichtern.

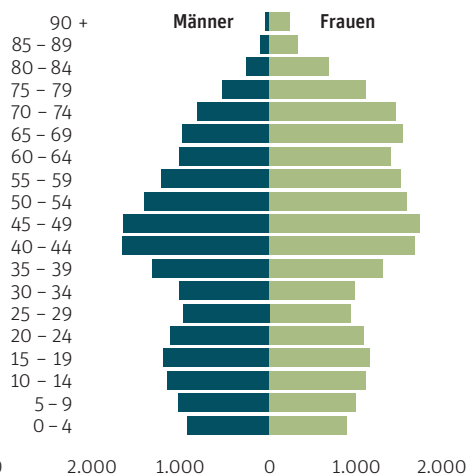
Seit 2005 verzeichnet die Ukraine wieder leichte Wanderungsüberschüsse – vor allem weil die Abwanderung nachgelassen hat.<sup>474</sup> Verschiedene Studien haben in den letzten Jahren allerdings belegt, dass die offiziellen Statistiken das Ausmaß der Abwanderung nicht korrekt wiedergeben: Viele Abgewanderte melden sich nicht bei ihren Einwohnermeldeämtern ab, und ein Großteil der Migranten pendelt zwischen Wohnort und Arbeitsplatz im Ausland.<sup>475</sup> Sie gelten noch als ukrainische Einwohner, verdienen ihren Lebensunterhalt jedoch längst woanders. Nach Schätzungen arbeiten zwei bis zweieinhalb Millionen Menschen im Ausland, also knapp jeder Zehnte erwerbsfähige Ukrainer.<sup>476</sup> Die größten Einbußen erlebt dabei der Westen des Landes. Bis zu 30 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung der Gebiete Transkarpatien, Tscherniwzi, Lwiw oder Ternopil haben das

Bevölkerung der Ukraine nach Geschlecht und Altersgruppen in Tausend, 2010, 2030 und 2050 (Datengrundlage: Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database, New York)

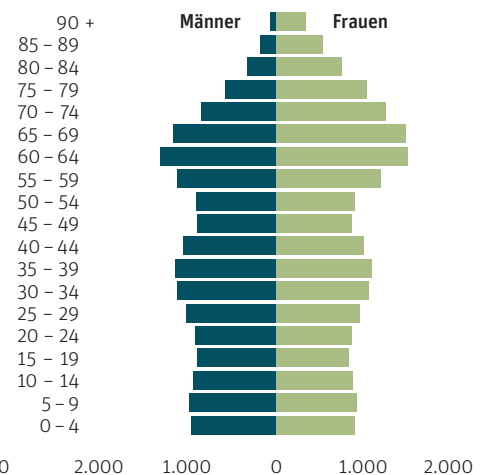
Ukraine 2010



Ukraine 2030



Ukraine 2050



Land schon verlassen. Die Auswanderer arbeiten hauptsächlich in ost-, mittel- und südeuropäischen Ländern wie etwa Polen, Tschechien, Italien oder Portugal. Auch aus dem Gebiet Luhansk im östlichsten Teil der Ukraine wandern weiterhin viele Menschen ab. Sie zieht es eher nach Russland, wo sie bessere wirtschaftliche und soziale Bedingungen vorfinden.<sup>477</sup> Zuwanderung hingegen erfahren Regionen im Zentrum und im Süden des Landes. Die wachsende Hauptstadt Kiew, die Halbinsel Krim, das Gebiet Odessa an der Schwarzmeerküste und Charkiw, die zweitgrößte Stadt des Landes, sind sowohl für Ausländer wie auch für Menschen aus anderen Landesteilen attraktiv.<sup>478</sup>

Um den bis 2030 prognostizierten Bevölkerungsrückgang von mehr als fünf Millionen Menschen entscheidend zu bremsen, müsste es der Ukraine sowohl gelingen, den demografischen Aderlass der Arbeitsmigration zu stoppen, als auch mehr Zuwanderer anzuwerben. Auch die Alterung der Gesellschaft, die durch die Abwanderung der Jungen und geringe Kinderzahlen zunehmend zum Problem wird, könnte so eingedämmt werden. Allein die Frage, woher die Zuwanderer kommen sollen, bleibt offen. Zwar liegt das Einkommensniveau in vielen Ländern der Region deutlich niedriger als in der Ukraine, doch um die Lücken komplett zu schließen, reichen die Abwanderungspotenziale in den Nachbarstaaten auch nicht aus. So wird sich der rapide Arbeitskräfterrückgang im bevölkerungsmäßig zweitgrößten Nachfolgestaat der Sowjetunion kaum aufhalten lassen: 2010 ist die Zahl der Erwerbsfähigen in der Ukraine bereits um knapp 400.000 Menschen geschrumpft.<sup>479</sup>

## Wenig neue Wirtschaftszweige

Zu Sowjetzeiten war die Ukraine eng mit der Wirtschaft Russlands verflochten. Vor allem die Rüstungs- und Raumfahrtindustrie lieferte sowohl Komponenten als auch Endprodukte gen Norden. Der Zusammenbruch dieser Verbindungen traf den ukrainischen

Maschinenbau hart. Bis heute hat er sich nicht vollständig erholt. Doch nicht alles ging verloren: Flugzeuge der Marke Antonow und Raketen wie die „Zyklon-4“ oder die neue „Majak“ werden weiterhin auf dem Weltmarkt nachgefragt. Bei der Produktion solcher High-Tech-Objekte profitiert die Ukraine von dem hohen Bildungsstand ihrer Bevölkerung.

Neben Fertiggütern exportierte die Ukraine schon zu Sowjetzeiten Kohle, Stahl und Nahrungsmittel. Viele dieser Branchen haben bis heute überlebt: Im Donbass wird unter Tage Kohle abgebaut, die entweder exportiert oder vom Staat subventioniert an die ortsansässigen Stahlhütten verkauft wird. Die energieintensive Stahlindustrie ist mit ihren Exporten der Träger der ukrainischen Volkswirtschaft. Traditionell stark ist auch die Landwirtschaft: Nahe der Schwarzmeerküste, in den Regionen Odessa, Mykolajiw, Kirowohrad und Cherson werden Mais und Sonnenblumen angebaut, an der Küste auch Obst und Gemüse und auf der Halbinsel Krim sogar etwas Wein. Flächendeckend von Bedeutung ist die Weizenproduktion: Die Ukraine ist nach den USA, Kanada, Russland und Australien der fünftgrößte Weizenexporteur der Welt.<sup>480</sup> 54 Prozent der Landesfläche sind Ackerland, ein Großteil davon mit den überaus fruchtbaren Schwarzerdeböden. Einen größeren Anteil landwirtschaftlich nutzbarer Fläche verzeichnen weltweit einzig Bangladesch und Moldau.<sup>481</sup>

Im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs zwischen 2000 und 2008 stieg das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in der Ukraine von 3.300 auf 7.400 Internationale Dollar.<sup>482</sup> Steigende Weltmarktpreise für Exportgüter und Kapitalzuflüsse aus dem Ausland bei gleichzeitiger Kopplung der nationalen Währung Hrywnja an den US-Dollar führten jedoch zu einer Überhitzung der Volkswirtschaft: Im Mai 2008 war die jährliche Inflationsrate auf über 30 Prozent gestiegen – damals nach Simbabwe und Venezuela der weltweit dritthöchste Wert.<sup>483</sup> Umso heftiger brach die anschließende Krise über das Land herein: Die Kapitalzuflüsse ausländischer Banken versiegten quasi über Nacht und die Weltmarktpreise für Stahl und chemische Produkte sanken

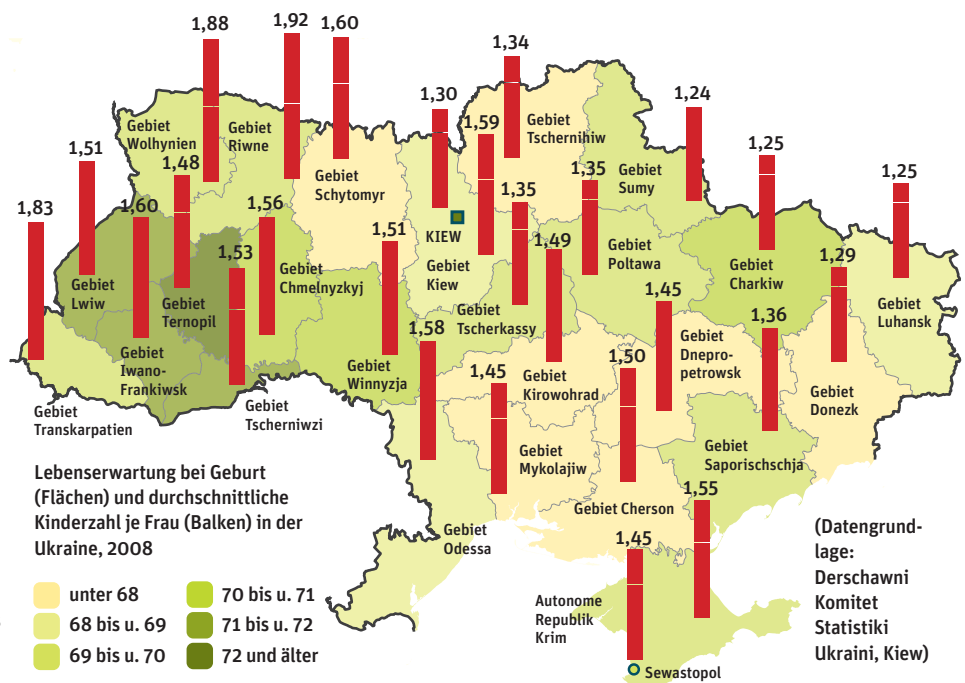
in der zweiten Hälfte 2008 ins Bodenlose. Das ukrainische Bankensystem befand sich schnell am Rande des Zusammenbruchs und verschiedenste Industriezweige waren gezwungen, ihre Produktion deutlich herunterzufahren. Binnen eines Jahres ging das reale Bruttoinlandsprodukt um 15 Prozent, die Industrieproduktion sogar um 22 Prozent zurück.<sup>484</sup> Dies schlug sich 2009 in einer offiziellen Arbeitslosigkeit von 8,8 Prozent nieder, was dem wahren Ausmaß der Krise allerdings nicht entsprach. Denn die Arbeitslosigkeit wird in der Ukraine an der Bevölkerung zwischen 15 und 70 Jahren gemessen. Weil die 60- bis 70-Jährigen jedoch bereits fast alle verrentet sind, kann unter ihnen praktisch kein Arbeitsloser auftauchen.<sup>485</sup> Andere Zahlen veranschaulichen das Ausmaß der Krise besser: Unter städtischen Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren lag die Arbeitslosigkeit bei über 20 Prozent, und der Anteil der Kurzarbeit stieg von elf auf 19 Prozent.<sup>486</sup> Zudem kürzten die Arbeitgeber massiv die Löhne.<sup>487</sup>

## Reformstau nach der Krise

Obwohl sich die Wirtschaft im Jahr 2010 wieder erholt hat, beläuft sich das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in der Ukraine gerade einmal auf die Hälfte des ärmsten EU-Staates Rumänien.<sup>488</sup> Bis zur ersehnten Mitgliedschaft in der Union ist es für die Ukraine noch ein weiter Weg. Um dem Ziel näherzukommen, der Bevölkerung sichere und langfristig steigende Einkommen zu bieten und die Abwanderung zu stoppen, wird die Ukraine um tiefgreifende Reformen nicht herumkommen. Denn die Problemfelder sind zahlreich: Bis zu 50 Prozent der Produktionsanlagen gelten als veraltet, die Stahlproduktion verschlingt Unmengen an Energie, die abgebaute Kohle ist teuer und von schlechter Qualität und die Erträge in der Landwirtschaft sind gerade im Westen des Landes längst nicht so hoch, wie sie sein könnten. Die größten Probleme der Ukraine bleiben aber politische Instabilität und Korruption, die ausländische Investoren weiterhin abschrecken.

## Der Osten schrumpft schneller

Wirtschaftlich ist der Osten der Ukraine stärker als der Westen – in der Demografie ist es umgekehrt: Frauen in westlichen Regionen bekommen mehr Kinder als jene im Osten und die Menschen leben hier durchschnittlich deutlich länger. In Industrieregionen wie Donezk oder Dnepropetrowsk sorgen die Umweltverschmutzung und die gefährliche Arbeit in den Kohleschächten für eine niedrige Lebenserwartung. Zudem sind in der tiefen wirtschaftlichen Krise der 1990er Jahre viele der entlassenen Arbeiter in Alkoholismus oder Drogenkonsum geflüchtet – eine HIV-Epidemie war die Folge. Seit 1989 ist die Bevölkerungszahl im nordöstlichen Gebiet Luhansk durch das Zusammenspiel dieser Faktoren um knapp 19 Prozent gefallen. Noch schlimmer ist die Lage in dem dünn besiedelten Gebiet Tschernihiw im Norden des Landes, das seit dem letzten Sowjetzensus im Jahr 1989 über ein Fünftel seiner Bevölkerung verloren hat. Die Hauptstadt Kiew ist mit einem Plus von sechs Prozent die einzige Wachstumsregion des Landes.



Am Energiesektor werden viele der Probleme des Landes deutlich. Bevor die Wirtschaftskrise den Energiekonsum in der Ukraine einbrechen ließ, verbrauchte das Land jährlich etwa 70 Milliarden Kubikmeter Erdgas – mit knapp 40 Prozent der wichtigste Energieträger der Ukraine. Aus eigener Produktion kann das Land den Bedarf nicht decken und importiert so zwei Drittel des Erdgases aus Russland.<sup>489</sup> Lange Zeit profitierte die Ukraine dabei von Vorzugspreisen sowie Gratislieferungen im „Tausch“ gegen den Transit russischen Erdgases nach Westeuropa. Denn der russische Monopolist Gazprom wickelt etwa vier Fünftel dieses Geschäfts über die maroden ukrainischen Pipelines ab. Seit 2006 hebt Gazprom die Preise allerdings langsam auf Marktniveau an und bringt die ukrainische Naftogas, den staatlichen Erdgasproduzenten, -importeur und Pipelinebetreiber sowie größten Arbeitgeber des Landes, ein ums andere Mal in Zahlungsschwierigkeiten.

Der Preiskonflikt zwischen den beiden Ländern eskalierte zuletzt im Januar 2009, als Russland die Lieferungen an die Ukraine für zwölf Tage unterbrach, bis ein neues Abkommen ausgehandelt war. Dieses koppelte den ukrainischen Importpreis an den Ölpreis,

wie es auch in Westeuropa der Fall ist. Die Verhandlungsposition der Ukraine hat sich damit deutlich verschlechtert, ihr bleiben einzig politische Trümpfe. Denn schon länger möchte Gazprom den Monopolisten Naftogas und so die Kontrolle über den Gasmarkt des Nachbarn übernehmen.<sup>490</sup> Dies verhinderten die ukrainischen Machthaber bisher. Für einen 30-prozentigen Preisnachlass im April 2010 gestanden sie den Russen allerdings zu, deren Schwarzmeerflotte für weitere 25 Jahre auf der Krim zu stationieren.

Um die Abhängigkeit von russischem Erdgas langfristig zu senken, müsste die Ukraine vor allem ihren Energiekonsum drosseln. Nur wenige Länder auf der Welt erwirtschaften ihr Bruttoinlandsprodukt unter ähnlich hohem Energieaufwand. Mittelosteuropäische Staaten wie Polen und die Slowakei aber auch die USA wenden für die gleiche Wirtschaftsleistung nur halb so viel Energie auf, Deutschland gar nur ein Viertel.<sup>491</sup> Das Thema Effizienz macht folgerichtig einen wichtigen Teil der 2006 proklamierten Energiestrategie der Ukraine aus. Diese sieht vor, das Bruttoinlandsprodukt bis 2030 zu verdreifachen, dabei aber nur das Eineinhalbfache an Energie aufzuwenden.<sup>492</sup> Noch fehlen allerdings Anreize für Investitionen in Fernwärmesysteme oder Gebäudeisolierung, was die größten

Einsparungen verspricht. Die Unternehmen beginnen gerade erst, sich auf energiesparende Produktionstechniken einzustellen. Einen wichtigen Impuls für einen sparsameren Verbrauch setzte die Regierung 2010, als sie auf Druck des Internationalen Währungsfonds die hohen Subventionen für Erdgas reduziert und angekündigt hat, die Preise für private Haushalte und den kommunalen Sektor langsam auf Marktniveau zu bringen.

Neben Sparmaßnahmen sieht die Energiestrategie auch den Umstieg auf erneuerbare Energien vor. Diese steuern bislang nur drei Prozent zum gesamten Verbrauch bei. Einzig die Wasserkraft ist durch die vielen Staudämme am Dnepr und anderen Flüssen bereits einigermaßen entwickelt.<sup>493</sup> Dies soll sich ändern: Mit Hilfe höherer Vergütungen für Produzenten, die Strom aus regenerativen Energien in das nationale Stromnetz einspeisen, versucht die Regierung seit 2009, Investitionen in Wasserkraft, Biomasse oder Windkraft zu fördern. Die Hauptlast der Abnabelung von russischem Erdgas sollen allerdings weder „grüne“ Energien noch eine höhere Energieeffizienz tragen, sondern Importe aus anderen Ländern und eine höhere einheimische Förderung von Kohle und Erdgas sowie der Einsatz von Atomkraft.<sup>494</sup>

Weniger abhängig von Russland ist die Ukraine in der Landwirtschaft, deren Herz sich im Zentrum des Landes, in den Gebieten Kiew, Tscherkassy und Winnyzja befindet. Nach einem Einbruch in den 1990er Jahren ist der Sektor inzwischen wieder auf Wachstumskurs und macht unter Einbeziehung der vorgelagerten Industrien wie der Herstellung von Saatgut, Landmaschinen oder Düngemitteln etwa 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Schon 2006 löste die EU Russland als wichtigsten Abnehmer landwirtschaftlicher Erzeugnisse der Ukraine ab. Vor allem Sonnenblumenöl, Getreide und Raps werden gen Westen ausgeführt, „veredelte“ Erzeugnisse wie Fleisch oder Käse dagegen kaum.<sup>495</sup> Der Handel könnte sich schon in naher Zukunft vertiefen, wenn das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und der EU unterzeichnet wird. Mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation im Jahr 2008 hat die Ukraine hierfür die Grundvoraussetzung geschaffen. Gleichzeitig beschnitt sie damit ihren Handlungsspielraum in der Agrarpolitik, was dem Sektor aber dringend benötigte Stabilität verschaffen könnte. Denn in der Vergangenheit hat die Regierung immer wieder in die Märkte eingegriffen, um über Exportbeschränkungen und Preiskontrollen die Versorgung der Bevölkerung in Krisenzeiten zu gewährleisten. Eine gezielte Unterstützung ärmerer Bevölkerungsschichten war so freilich nicht möglich, und den Produzenten gingen Einnahmen verloren,

die sie in die Modernisierung der veralteten Betriebe hätten investieren können. Eine Modernisierung der Landwirtschaft wird auch dadurch behindert, dass es in der Ukraine bis heute nicht möglich ist, Land zu kaufen. Wer seine Anbaufläche vergrößern will, muss den Boden pachten. Dabei wäre Grundbesitz gerade als Sicherheit für Kredite Gold wert.<sup>496</sup> Mit einer wenig leistungsfähigen Landwirtschaft verschenkt die Ukraine ein enormes Potenzial: Denn weltweit steigen die Nahrungsmittelpreise und in Asien warten mit Indien und China riesige, wachsende Absatzmärkte.

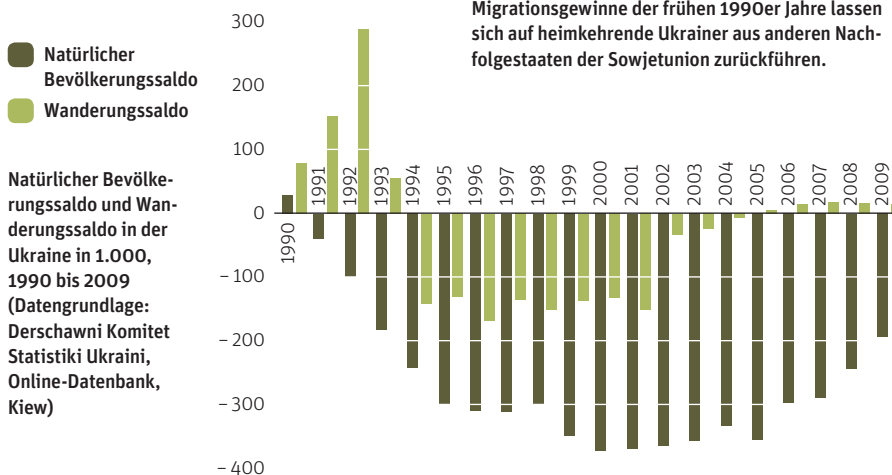
Etwa 55 Prozent der ukrainischen Agrarerzeugnisse stammen aus der Subsistenzwirtschaft – Kartoffeln, Gemüse, Beeren, Milch und Wolle werden fast ausschließlich im eigenen Garten produziert.<sup>497</sup> Dies sichert das Überleben von knapp fünf Millionen Familien auf dem Land. Für den Export spielt die Produktion keine Rolle – ebenso wenig

wie die etwa 42.000 mittelgroßen Familienbetriebe, die insgesamt fünf Prozent aller Produkte liefern. Die aus den sowjetischen Kolchosen und Sowchosen hervorgegangenen Großbetriebe hingegen haben in den ersten 20 Jahren der Unabhängigkeit die Weltmarktposition der ukrainischen Landwirtschaft begründet.<sup>498</sup> Erst in den letzten Jahren etablieren sich ähnlich wie im Süden Russlands riesige, sogenannte Agroholdings auf dem Markt, die Flächen von bis zu 350.000 Hektar bearbeiten und durch ihre integrierten Zuliefer- und Weiterverarbeitungsbetriebe über eine geschlossene Wertschöpfungskette verfügen. So können sie deutlich kostengünstiger produzieren als viele Konkurrenten. Die Agroholdings haben zwar die Produktivität der Landwirtschaft entscheidend erhöht, die demografische und wirtschaftliche Krise auf dem Land können sie aber nicht stoppen. Im Gegenteil: Weil die Holdings mit wesentlich weniger Arbeitskräften pro Fläche auskommen, findet die ländliche Bevölkerung immer weniger Jobs. Zudem haben die Holdings ihren Sitz meist in den Städten und zahlen dort die Steuern, während die Zahlungen an die ländlichen Gemeinden wegfallen weil die dortigen Kleinbetriebe verschwinden. Kleinere Unternehmen erbringen zudem oft wertvolle Leistungen in der ländlichen Infrastruktur wie etwa den Bau und Betrieb von Schulen, Kindergärten oder Straßen.<sup>499</sup>

Je mehr sich die Einkommensschere in der Ukraine weit und je größer das Wohlstandsgefälle zwischen Stadt und Land wird, desto wichtiger werden die Sozialsysteme. Doch bis heute hat die Ukraine keine gesetzliche Krankenversicherung eingeführt. Noch immer existiert das Sowjetsystem einer theoretisch kostenlosen Krankheitsversorgung, die aber meist nicht mehr als eine Einweisung in eines der vielen Krankenhäuser beinhaltet. Behandlung und Medikamente erhalten in der Regel nur diejenigen, die dafür Geld auf den Tisch legen. Ebenso drängend ist die Lage in der Rentenversicherung, die schon länger nur durch Finanzspritzen aus Steuermitteln und staatlichen Krediten am Leben gehalten wird, obwohl der Beitragssatz mit 35,2 Prozent (33,2 Prozent Arbeitgeber, zwei

### Sterbeüberschüsse erklären Bevölkerungsrückgang

**1991, im Jahr der Unabhängigkeit des Landes, starben in der Ukraine erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs mehr Menschen als geboren wurden. Seither verliert das Land im Schnitt jedes Jahr knapp 300.000 Menschen durch Sterbeüberschüsse. Erst seit kurzem ist der Trend leicht gebremst. Durch Wanderungen hat die Ukraine vor allem in den 1990er Jahren Bevölkerung verloren. Die hohen Migrationsgewinne der frühen 1990er Jahre lassen sich auf heimkehrende Ukrainer aus anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion zurückführen.**



Prozent Arbeitnehmer) im internationalen Vergleich bereits extrem hoch liegt. Dass verschiedenen Berufsgruppen diverse Ausnahmesätze gewährt werden, schadet der Kasse zusätzlich und senkt die Akzeptanz der Versicherung in der Bevölkerung.<sup>500</sup> Eine

Entspannung ist nicht in Sicht: Die rapide Alterung der Gesellschaft gekoppelt mit der Abwanderung junger Menschen wird die Zahl der Rentempfänger weiter erhöhen und die der Beitragszahler senken. Immerhin hat Präsident Janukowitsch Ende 2010 einen lang

erwarteten Gesetzesentwurf eingebracht, der vorsieht, das aus Sowjetzeiten übernommene Renteneintrittsalter von 55 Jahren für Frauen und 60 Jahren für Männer schrittweise anzuheben und dem Umlageverfahren eine kapitalgedeckte Komponente hinzuzufügen.

## Daten für Estland, Lettland, Litauen, Belarus, Moldau und die Ukraine

		Demografie					Wirtschaft				Bevölkerungsprognose (Prozent 2010 bis 2030)
Cluster		Kinderzahl je Frau 2009	Anteil über 59-Jähriger 2009 (Prozent)	Lebenserwartung 2009 (Jahre)	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (Durchschnitt 2006 bis 2009)	Cluster	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2008 (Internationale Dollar)	Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2008 (Prozent des BIP)	Erwerbstätige 2008 (Prozent von Alters- gruppe 15 bis 59)		
<b>ESTLAND</b>											
EST	Estland	2	1,64	21,7	73,1	0,0	1	20.327	1,1	77,2	- 3,1
<b>LETTLAND</b>											
LV	Lettland	2	1,40	22,3	72,4	-0,9	1	17.187	0,6	77,7	- 9,0
<b>LITAUEN</b>											
LT	Litauen	2	1,34	20,3	72,7	-6,0	2	19.114	0,8	70,7	- 11,1
<b>BELARUS</b>							2	12.282	0,8	71,3	- 10,5
BY1	Gebiet Brest	2	1,64	18,4	71,0	-1,3	Für Belarus stehen keine regionalisierten Wirtschaftsdaten zur Verfügung.				
BY2	Gebiet Witebsk	3	1,32	20,0	69,8	-1,0					
BY3	Gebiet Homel	3	1,50	18,3	69,6	-0,6					
BY4	Gebiet Hrodna	2	1,57	19,8	70,5	-1,9					
BY5	Stadt Minsk	1	1,24	15,2	73,2	9,4					
BY6	Gebiet Minsk	3	1,51	19,3	69,0	-0,2					
BY7	Gebiet Mahiljou	2	1,45	18,1	69,8	-2,6					
<b>UKRAINE</b>											
UA1	Autonome Republik Krim	3	1,55	19,6	69,3	1,7	3	4.951	0,5	70,0	- 5,5
UA2	Gebiet Winnyzja	3	1,51	22,6	70,4	-0,9	3	4.297	0,3	69,8	- 6,3
UA3	Gebiet Wolhynien	3	1,88	17,7	69,5	-0,2	3	4.396	0,1	66,5	11,5
UA4	Gebiet Dnepropetrowsk	3	1,45	20,8	67,9	-0,1	2	11.015	0,7	70,4	- 14,5
UA5	Gebiet Donezk	3	1,29	22,1	67,7	-0,2	3	9.273	0,4	71,5	- 19,4
UA6	Gebiet Schytomyr	3	1,60	21,4	67,8	-1,5	3	4.113	0,1	69,4	- 15,1
UA7	Gebiet Transkarpatien	3	1,83	15,5	69,2	-1,3	3	3.786	0,2	67,6	- 1,6
UA8	Gebiet Saporischschja	3	1,36	20,9	69,6	-0,3	2	8.276	1,0	70,0	- 15,4
UA9	Gebiet Iwano-Frankiwsk	2	1,60	18,4	71,7	-0,3	4	4.610	0,3	60,9	- 3,4
UA10	Gebiet Kiew	3	1,59	20,8	68,2	0,6	3	7.336	0,5	70,7	- 8,0
UA11	Gebiet Kirowohrad	3	1,49	22,5	67,7	-3,7	3	4.815	0,2	70,1	- 24,0
UA12	Gebiet Luhansk	3	1,25	21,6	68,4	-1,6	3	6.533	0,3	68,1	- 23,0
UA13	Gebiet Lwiw	2	1,51	19,0	71,6	-0,4	3	4.953	0,8	66,0	- 5,4
UA14	Gebiet Mykolajiw	3	1,45	19,6	67,7	-0,6	2	5.762	1,1	68,8	- 16,1
UA15	Gebiet Odessa	3	1,58	19,1	68,1	3,2	3	6.996	0,4	67,3	- 1,7
UA16	Gebiet Poltawa	3	1,35	22,6	69,3	-0,1	3	8.007	0,1	70,9	- 18,8
UA17	Gebiet Riwna	2	1,92	16,9	69,6	-1,5	3	4.352	0,1	65,0	- 1,2
UA18	Gebiet Sumy	3	1,24	22,1	69,2	-1,5	3	4.853	0,8	69,8	- 21,3
UA19	Gebiet Ternopil	2	1,48	20,5	72,0	-1,5	4	3.451	0,1	61,2	- 11,7
UA20	Gebiet Charkiw	3	1,25	20,6	70,1	1,3	2	7.586	2,2	69,7	- 8,5
UA21	Gebiet Cherson	3	1,50	19,3	67,9	-2,3	3	4.255	0,3	69,5	- 21,2
UA22	Gebiet Chmelnyzkyj	3	1,56	21,9	70,1	-0,9	3	4.228	0,1	70,1	- 11,2
UA23	Gebiet Tscherkassy	3	1,35	23,1	69,9	-0,2	3	5.167	0,3	70,2	- 17,3
UA24	Gebiet Tscherniwzi	2	1,53	18,5	71,8	0,7	3	3.462	0,3	65,3	- 3,8
UA25	Gebiet Tschernihiw	3	1,34	24,9	67,9	-0,7	3	4.682	0,3	71,4	- 21,0
UA26	Stadt Kiew	1	1,30	16,9	72,7	8,3	2	21.826	1,9	74,1	14,2
UA27	Stadt Sewastopol	1	1,45	20,6	69,7	5,4	2	5.880	1,7	73,6	6,7
<b>MOLDAU</b>											
MD	Moldau	4	1,50	14,9	68,4	-9,4	4	3.004	0,6	50,3	- 11,6

# DER SÜDEN

GEORGIEN

ARMENIEN

ASERBAIDSCHAN

KASACHSTAN

USBEKISTAN

TURKMENISTAN

KIRGISISTAN

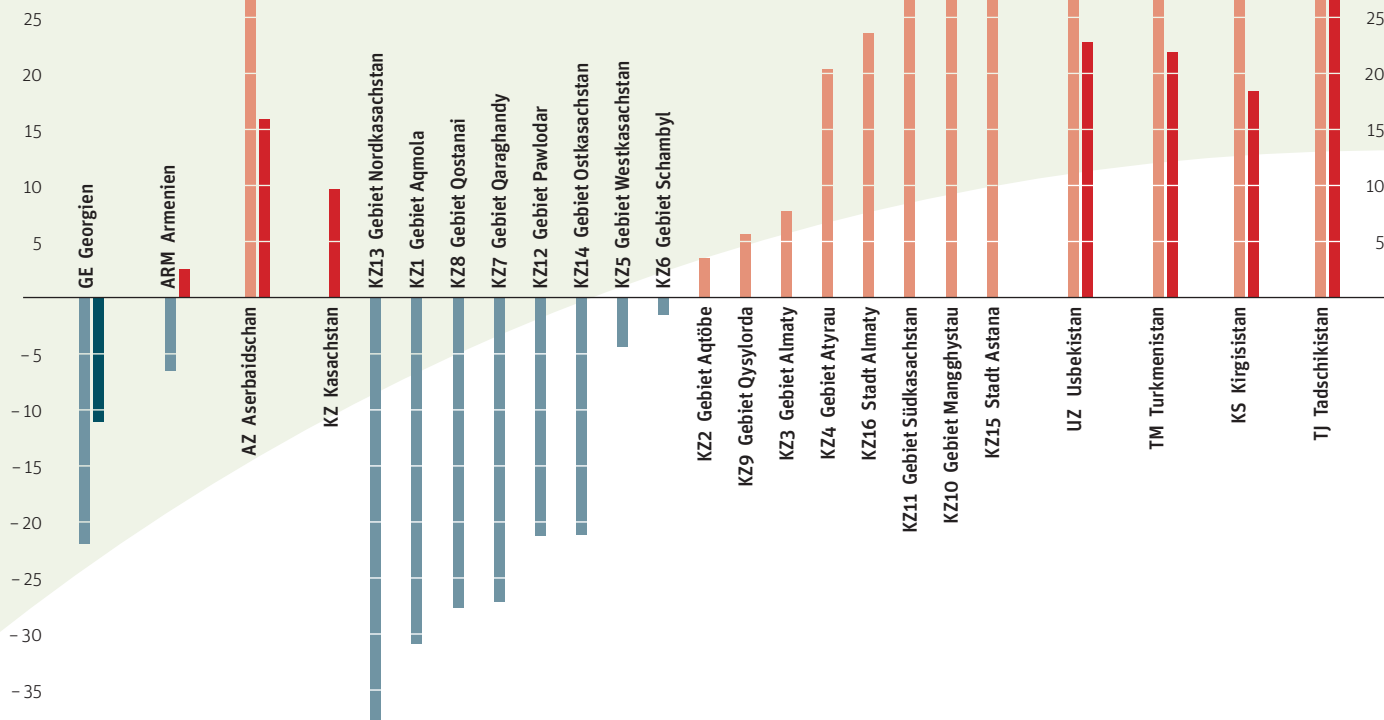
TADSCHIKISTAN

Bevölkerungsveränderung in Prozent

1989 (Zensus) bis 30. Juni 2010

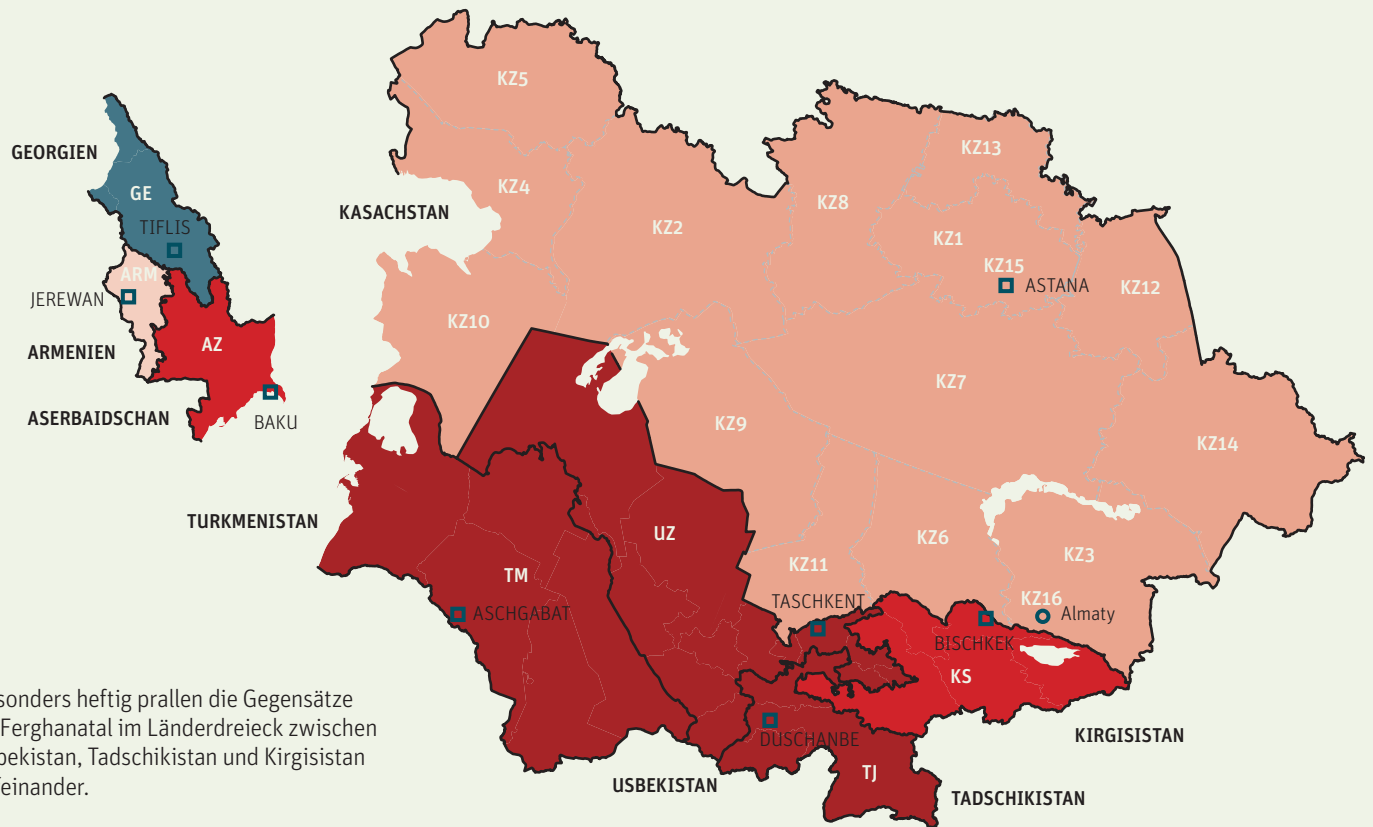
1. Juli 2010 bis 1. Juli 2031

(Datengrundlage: Eigene Berechnungen auf Grundlage von Demoscope Weekly. Wsesojusnaja Perepis Naselenija 1989 Goda, Moskau; Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database, New York)



Der Südkaukasus und Zentralasien sind seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion kaum zur Ruhe gekommen. Immer wieder standen bewaffnete Konflikte einem wirtschaftlichen Neuanfang im Weg. So versank Tadschikistan 1992 für fünf Jahre in einem Bürgerkrieg. Aserbaidshan und Armenien streiten sich bis heute um die Region Bergkarabach, und erst jüngst zogen Georgien und Russland über die Region Südossetien in den Krieg. Die Wurzel des Übels bilden stets ethnische Konflikte. Diese sind die Folge der zu Sowjetzeiten willkürlichen Grenzziehungen, die sich nur eingeschränkt an kulturellen, sprachlichen und ethnischen Linien orientierten.





Besonders heftig prallen die Gegensätze im Ferghanatal im Länderdreieck zwischen Usbekistan, Tadschikistan und Kirgisistan aufeinander.

Einst abhängig von Moskau, hat sich die Mehrzahl der zentralasiatischen Staaten nach ihrer Unabhängigkeit enorm schwer getan. Schuld daran waren einerseits die kaum diversifizierten Wirtschaftsstrukturen – Usbekistan erbt von der Sowjetunion de facto eine Baumwoll-Monokultur –, andererseits aber auch regionale Konflikte um Wasser oder Energierohstoffe. Junge Menschen wandern in Massen aus der Region ab, um auf den Baustellen Russlands das Überleben ihrer Familien in der Heimat zu sichern. Angesichts hoher Kinderzahlen wächst jedoch überall die Bevölkerung, und das Reservoir an Arbeitskräften übersteigt vielerorts die Beschäftigungsmöglichkeiten. Einzig Kasachstan hat die Abwanderung stoppen können, denn der Rohstoff-Boom sorgt für Jobs und Wachstum. Inzwischen ist der nördlichste und flächenmäßig größte Staat der Region selbst Ziel von Zuwanderung – vor allem aus Usbekistan.

### Hohes Wachstum in Zentralasien

Aus allen Staaten Zentralasiens und des Südkaukasus sind nach der Unabhängigkeit massenhaft Menschen abgewandert. Hohe Kinderzahlen sorgen dennoch für Bevölkerungsgewinne. Das stärkste Wachstum hat Tadschikistan zu erwarten, wo die Frauen mit durchschnittlich 3,45 Kindern auch am meisten Nachwuchs bekommen. Einzig Georgien wird in Zukunft Bevölkerung verlieren.

Bevölkerungsveränderung 2010 bis 2030 in Prozent

- 15 bis unter – 10
- 10 bis unter – 5
- 5 bis unter 0
- 0 bis unter 5
- 5 bis unter 10
- 10 bis unter 15
- 15 bis unter 20
- 20 und mehr

(Datengrundlage: Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database, New York)

# GEORGIEN

Einwohnerzahl 2010	4,22 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	3,78 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	61
Kinderzahl je Frau 2005-2010	1,58
Lebenserwartung bei Geburt 2005-2010	71,6
Jährlicher Migrationssaldo 2005-2010	- 50.000
Durchschnittsalter 2010	37,6



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Zersplittertes Territorium

Ungelöste Territorialkonflikte gibt es einige auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion. Georgien bildet da keine Ausnahme. Im Gegenteil: Hier finden sich auf engstem Raum gleich mehrere Brandherde. Am häufigsten dürfte Ausländern der Konflikt in Südossetien sein, einer bergigen Region im Norden des Landes. Schon 1991 kam es hier zum Krieg zwischen Georgiern und Osseten, die ihre Region für unabhängig erklärt hatten. Der Waffenstillstand ein Jahr später überließ die Region einer internationalen Friedenstruppe. Doch der Frieden ist brüchig. Dies zeigte sich zuletzt im August 2008, als das georgische Militär versuchte, mit Gewalt die Kontrolle über Südossetien wiederherzustellen. Der Versuch schlug fehl, weil Russland die Aggression innerhalb weniger Stunden mit einem Einmarsch in georgisches Territorium erwiderte. Nach wenigen Tagen war der Krieg beendet und Georgien empfindlich geschlagen. Der Konflikt freilich blieb ungelöst. Einzig Russland, Venezuela, Nicaragua und Nauru haben Südossetien als eigenständigen Staat anerkannt. Eben jene Staaten sehen auch das an der Schwarzmeerküste gelegene Abchasien als unabhängigen Staat an. Die Kontrolle über Abchasien, das deutlich größer und bevölkerungsstärker als Südossetien ist, verlor Georgien ebenfalls

Anfang der 1990er Jahre nach einem weiteren blutigen Bürgerkrieg.

Die andauernden Konflikte haben inzwischen mehr als 200.000 Georgier zu Flüchtlingen im eigenen Land gemacht. Fast die Hälfte von ihnen lebte auch mehr als 15 Jahre nach dem ersten Krieg noch in Massenunterkünften.<sup>501</sup> Größer als die Zahl der sogenannten internen Vertriebenen ist jedoch die Zahl derer, die Georgien seit der Unabhängigkeit 1991 gänzlich verlassen haben. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen handelt es sich hierbei um bis zu 1,3 Millionen Menschen – nationale Quellen gehen von knapp einer Million aus.<sup>502</sup> Neben Kriegsflüchtlingen sind unter ihnen vor allem ethnische Russen, die in den 1990er Jahren massenhaft in die alte Heimat zurückkehrten. Inzwischen sorgt hauptsächlich die Arbeitsmigration gen Norden und Westen für Verluste.

### Radikale Liberalisierung nach der Rosenrevolution

Zu Sowjetzeiten galt Georgien als wohlhabend. Hier lagen zahlreiche Ferienorte und von hier kamen Südfrüchte und Blumen sowie Wein und Tee. Doch die chaotische Nachwendezeit brachte das gesamte Land zum Erliegen: Ende 1998 betrug das Brutto-

inlandsprodukt Georgiens nur noch 36 Prozent des Niveaus von 1990. Die Industrieproduktion war auf 16 Prozent des ursprünglichen Wertes gefallen.<sup>503</sup> Arbeitslosigkeit und Hyperinflation ließen über die Hälfte der Bevölkerung verarmen.<sup>504</sup>

Erst von 2003 an erlebte Georgien eine signifikante Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Im gleichen Jahr musste der Präsident und ehemalige sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse im Zuge der sogenannten Rosenrevolution zurücktreten.\* Unterstützt von den Vereinigten Staaten führte sein 2004 gewählter Nachfolger Micheil Saakaschwili schnell tiefgreifende Reformen durch, die auf eine Liberalisierung der georgischen Wirtschaft und die Bekämpfung der Korruption abzielten. Er strich insgesamt 16 der 22 Steuerarten, führte einen Einheitssteuersatz auf Einkommen ein und akquirierte erhebliche Finanzhilfen aus dem Ausland. Lagen die jährlichen Auslandsinvestitionen 2002 noch bei etwa 160 Millionen US-Dollar, waren sie bis 2007 auf knapp 1,8 Milliarden angestiegen.<sup>505</sup>

\* Er selbst übte das Amt des Präsidenten formell seit 1995 aus, nachdem der erste Präsident des Landes und radikale Nationalist, Swiad Gamsachurdia, in einem Putsch zu Fall gebracht worden war und das Land daraufhin in einen Bürgerkrieg geführt hatte.

Besonders beliebt bei Investoren waren der Transport- und der Telekommunikationssektor sowie die Industrie. Letztere konzentriert sich auf die Hauptstadtregion Tiflis, wo vor allem Düngemittel und Metallserzeugnisse für den Export in die Ukraine, nach Bulgarien und sogar in die USA und nach Kanada produziert werden. Traditionell stark ist auch der Weinanbau, der aber zumindest vorübergehend einen wichtigen Absatzmarkt verloren hat, weil Russland 2006 ein Embargo gegen georgische und moldawische Weine verhängt hat. Darüber hinaus zählt Georgien zu den weltgrößten Produzenten von Haselnüssen, dem Hauptexportgut des Landes in die EU.

Gleichzeitig sind aber weiterhin zahlreiche Menschen von der Subsistenzlandwirtschaft abhängig, und Langzeitarbeitslosigkeit bleibt ein großes Problem. Zudem haben nur wenige Zugang zum teuren Gesundheitssystem.<sup>506</sup> Durch die Wirtschaftskrise 2008 und 2009 hat sich die Situation weiter verschlechtert – auch deshalb, weil die Möglichkeiten der Beschäftigung im Ausland abgenommen haben und die Rücküberweisungen der Migranten deutlich zurückgegangen sind. Hinzu kam der Krieg in Südossetien, der bei ausländischen Investoren viel Vertrauen kostete. Zwischen 2007 und 2009 brachen die Investitionen aus dem Ausland um 56 Prozent auf 769 Millionen US-Dollar ein.<sup>507</sup> Wenigstens bietet die hohe internationale Wiederaufbauhilfe von etwa 5,3 Milliarden US-Dollar eine Art Rettungsanker gegen die Rezession.<sup>508</sup>

Trotz der Westausrichtung georgischer Politik, die bereits zu einer strategischen Partnerschaft mit der Nato und dem Austritt aus der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten geführt hat, gibt es auch Verbindungen zum ungeliebten Nachbarn Russland. So existiert zwischen den beiden Staaten ein Abkommen über den gegenseitigen Austausch von Energie. Im Herbst und Winter, wenn der Wasserpegel in den georgischen Staudämmen niedrig ist, bezieht Georgien seinen Strom aus Russland. Im Frühjahr und Sommer speist das Land

dann die im Winter verbrauchte Menge in das russische Stromnetz zurück. Mittelfristig will Georgien auch andere Nachbarländer in großem Umfang mit Elektrizität versorgen. Hierfür führt es umfassende Instandsetzungsarbeiten am mächtigen Enguri-Wasserkraftwerk an der Grenze zu Abchasien durch und hat zahlreiche neue Wasserkraftprojekte angeschoben.

### Mehr Geburten als Todesfälle – aber nicht mehr lange

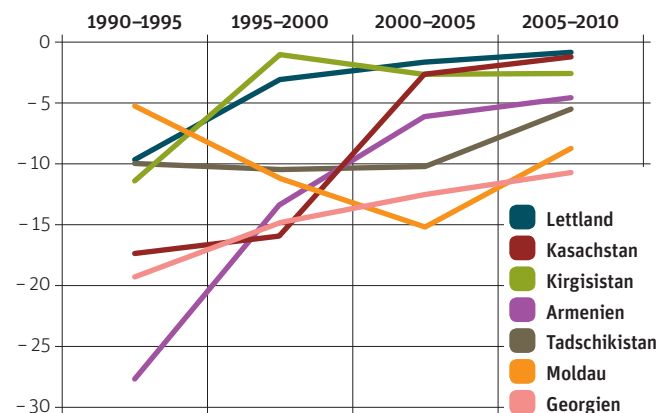
Anfang 2010 lebten nach offiziellen Angaben rund 4,4 Millionen Menschen in Georgien. Abchasien und Südossetien, die gemeinsam knapp 300.000 Einwohner zählen, sind dabei nicht berücksichtigt. Im Vergleich zu 1991 ist die Bevölkerungszahl auf dem Gebiet der ehemaligen Georgischen Sozialistischen Sowjetrepublik um etwa 700.000 Menschen zurückgegangen. Dies lässt sich ausschließlich mit Abwanderung erklären, da in Georgien – anders als etwa in Russland oder der Ukraine – jedes Jahr geringfügig mehr Menschen geboren werden als sterben. Allerdings ist die durchschnittliche Kinderzahl je Frau seit der Unabhängigkeit deutlich unter das für eine stabile Bevölkerungsentwicklung

notwendige Niveau von 2,1 gefallen. Die aktuellen Geburtenüberschüsse lassen sich damit erklären, dass die Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen die zahlenmäßig stärkste in der Gesellschaft ist. Erst in fünf bis zehn Jahren, wenn die kleineren Jahrgänge der 1990er Jahre mit der Familiengründung beginnen, wird es auch weniger Nachwuchs geben.<sup>509</sup> Bis 2030 könnte die Bevölkerungszahl auf knapp 3,8 Millionen Menschen zurückgehen.<sup>510</sup> Wie auch in anderen Ländern der Region, etwa Armenien, Aserbaidschan oder der Ukraine, hat die enorme Pendelmigration jedoch dazu geführt, dass verlässliche Bevölkerungszahlen kaum zu ermitteln sind.

An der zukünftigen Schrumpfung kann auch die vergleichsweise hohe Lebenserwartung der Georgier nichts ändern. Männer leben hier im Schnitt rund 69 Jahre und damit mehr als sieben Jahre länger als in Russland.<sup>511</sup> Einer der Gründe für die Differenz ist das milde Klima am Schwarzen Meer. Ein anderer ist der gemäßigte Umgang mit Alkohol, dessen Konsum im Weinland Georgien nicht einmal halb so hoch liegt wie in Russland.<sup>512</sup> Die Auswirkungen der im Vergleich zum großen Nachbarn hohen Säuglingssterblichkeit und des teuren Gesundheitssystems werden so mehr als kompensiert.

### Auswanderungsland Georgien

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen verliert Georgien jedes Jahr mehr als ein Prozent seiner Bevölkerung durch Abwanderung. Anders als in anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion sind die Abwanderungsraten seit 1990 hier kaum zurückgegangen. Wegen der häufig nicht registrierten Arbeitsmigration dürften die tatsächlichen Wanderungszahlen in den zentralasiatischen Staaten sowie im Südkaukasus und Moldau höher liegen, als in offiziellen Statistiken ausgewiesen.



Jährlicher Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner in verschiedenen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, 1990 bis 2010 (Datengrundlage: Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database, New York)

# ARMENIEN

Einwohnerzahl 2010	3,09 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	3,17 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	104
Kinderzahl je Frau 2005-2010	1,74
Lebenserwartung bei Geburt 2005-2010	73,7
Jährlicher Migrationssaldo 2005-2010	- 15.000
Durchschnittsalter 2010	32,0



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Streit mit den Nachbarn bremst die Entwicklung

Der heilige Berg Ararat, an dem der Legende nach einst Noahs Arche strandete, ziert das armenische Staatswappen. Auch auf der 50-Dram-Note findet sich das Nationalsymbol der Armenier. Doch der 5.137 Meter hohe Vulkan, der sich majestätisch aus Ostanatolien erhebt, liegt gar nicht in Armenien, sondern in der Türkei und ist immer wieder zum Zankapfel zwischen den beiden Nachbarn geworden. Schon zu Sowjetzeiten hatte die türkische Regierung gegen die politische Vereinnahmung des Ararat durch die Armenische Sozialistische Sowjetrepublik protestiert, worauf der damalige Außenminister Andrej Gromyko mit der Arroganz einer Weltmacht konterte, der Mond im Wappen der Türkei sei schließlich auch kein türkisches Hoheitsgebiet.

Angespannt sind die Beziehungen zwischen Armeniern und Türken schon seit mehr als einem Jahrhundert. In „Armenistan“, einst Provinz des osmanischen Reiches, strebten die Armenier nach Unabhängigkeit – und wurden dafür gnadenlos verfolgt. Zwischen 1915 und 1923 kamen bei Massakern und

Todesmärschen bis zu 1,5 Millionen Armenier um, ein Genozid, der von der Türkei bis heute offiziell bestritten wird.<sup>513</sup> Seit der Eigenständigkeit Armeniens nach dem Ende der Sowjetunion unterhält das Land keine diplomatischen Beziehungen zu seinem Nachbarland Türkei. Die Grenzen sind auf beiden Seiten geschlossen. Erst im Sommer 2009 deuteten die Diplomaten beider Ländern an, dass man die Beziehungen zwischen beiden Ländern normalisieren wolle.

Während sich in den armenisch-türkischen Beziehungen womöglich eine Besserung abzeichnet, sind jene zu dem östlichen Nachbarn Aserbaidschan weiterhin vergiftet. Ursache hierfür ist der Konflikt um Bergkarabach, ein im Grenzgebiet beider Staaten liegendes Territorium mit mehrheitlich armenischer Bevölkerung, das völkerrechtlich zu Aserbaidschan gehört. Die dort lebenden rund 150.000 Einwohner erklärten sich 1992 zur unabhängigen Republik und konnten in einem blutigen Krieg gegen Aserbaidschan mit armenischer Hilfe bis 1994 nicht nur einen Großteil des Territoriums der ehemaligen autonomen Republik sichern, sondern auch eine zusätzliche Pufferzone erobern.

Insgesamt hält die Regierung in Stepanakert, Bergkarabach selbst mit eingerechnet, rund 16 Prozent des aserbaidshischen Staatsgebietes besetzt.<sup>514</sup> Zwar beansprucht Armenien Bergkarabach nicht für sich, aber ohne eine massive Präsenz des armenischen Militärs gäbe es die Republik längst nicht mehr.

Mit Georgien, dem vergleichsweise großen Nachbarn im Norden, können sich die Armenier keinen Streit leisten – obwohl auch dort einige Regionen im Süden mehrheitlich von Armeniern bewohnt sind. Georgien bietet den entscheidenden Handelsweg zur Außenwelt, denn wegen des Konfliktes mit Aserbaidschan gehen alle Transporte Richtung Russische Föderation, dem wichtigsten Handelspartner Armeniens, über georgisches Territorium. Zusätzlich müssen wegen der geschlossenen Grenze zur Türkei fast alle Exporte per Schiff über georgische Schwarzmeerhäfen abgewickelt werden.

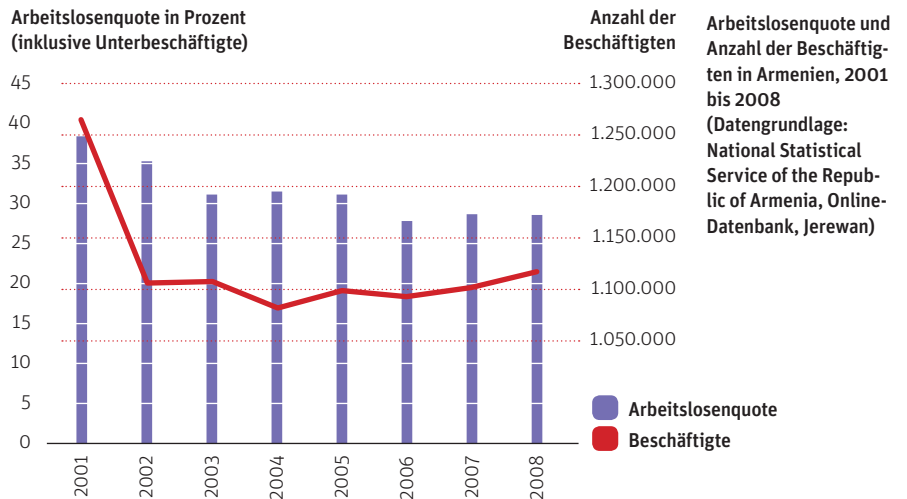
## Unruhige Wirtschaftsentwicklung

Armenien ist die kleinste Republik im Südkaukasus und mit einer Fläche von knapp 30.000 Quadratkilometern etwas kleiner als Belgien. Das ausgeprägte Bergland zwischen Georgien, Aserbaidschan, dem Iran und der Türkei erreicht fast auf 90 Prozent der armenischen Landesfläche eine Höhe von mehr als 1.000 Metern. Die höchste Erhebung ist mit über 4.000 Metern der Vulkan Aragaz. In der Landesmitte liegt auf fast 2.000 Metern einer der größten Hochgebirgsseen der Welt, der Sewansee. Durch massive Wasserentnahme zur Bewässerung der Felder sank der Seespiegel zu Zeiten der Sowjetunion um etwa 20 Meter. Erst in den 1980er Jahren wurde die Wasserentnahme gestoppt, sodass sich das Gewässer langsam wieder füllen kann.<sup>515</sup> Für Armenien war dies eine lebensnotwendige Aktion, denn der Sewansee gilt als eines der wichtigsten Trinkwasserreservoirs des Landes.

Wie alle Sowjet-Nachfolgestaaten erlebte auch Armenien nach dem Fall des Großreiches seinen wirtschaftlichen Niedergang. Dieser hatte hier allerdings schon früher begonnen, nämlich 1988, als nicht nur 25.000 Menschen, sondern auch rund 40 Prozent der Industrieanlagen einem verheerenden Erdbeben zum Opfer gefallen waren. Am schlimmsten war der Norden betroffen, wo die Erdstöße die 20.000 Einwohner zählende Stadt Spitak vollständig zerstörten.

## Auswanderung als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit liegt in Armenien mit fast 30 Prozent extrem hoch, ist seit Anfang des Jahrzehnts aber immerhin gesunken. Dasselbe gilt allerdings auch für die Zahl der Beschäftigten. Diese eigentlich unlogische Entwicklung erklärt sich durch die Abwanderung armenischer Arbeitskräfte, die in Russland dreimal höhere Löhne erwarten können als in ihrer Heimat.



Vor der Krise 2009 basierte die Wirtschaft Armeniens hauptsächlich auf dem Bausektor. Auch Dienstleistungsbranchen wie Telekommunikation und Tourismus wuchsen schnell. Aber auch wenn die armenische Wirtschaft zweistellige Wachstumsraten erzielte – das Bruttoinlandsprodukt erreichte erst 2004 wieder den Stand von 1990. Die einst dominierende verarbeitende Industrie macht heute nur noch knapp neun Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus.<sup>516</sup>

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ging auch an Armenien nicht vorbei. Die Exporte sanken von 1,2 Milliarden US-Dollar im Jahr 2007 auf nur mehr rund 700 Millionen US-Dollar im Jahr 2009.<sup>517</sup> Erst im ersten Quartal von 2010 verzeichnete das Land wieder ein Exportwachstum gegenüber dem Vorjahresergebnis. Insbesondere die Rohstoffindustrie hatte der enorme Preisverfall auf den Weltmärkten heftig getroffen. Nachdem die Preise für Kupfer und Molybdän

zeitweise um zwei Drittel gefallen waren, mussten zahlreiche Minen vorübergehend stillgelegt werden.

Eine weitere Folge der Krise war ein Einbruch der Rücküberweisungen von armenischen Arbeitsmigranten, welche seit 2000 einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellen. Allein in Russland lebten laut Zensus im Jahr 2002 rund 1,1 Millionen Armenier.<sup>518</sup> Inzwischen dürften es aufgrund der zahlreichen Arbeitsmigranten der letzten Jahre deutlich mehr sein. Insgesamt kam es 2009 zu einem Rückgang der privaten Überweisungen um rund 32 Prozent, nachdem sie in den Jahren zuvor immer weiter gestiegen waren.<sup>519</sup> Für die Menschen in Armenien ist der Verlust gravierend, denn nach Angaben der International Labour Organization sind bis zu 30 Prozent der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter erwerbslos oder unterbeschäftigt.<sup>520</sup>

Obwohl noch immer fast ein Viertel aller Erwerbstätigen Armeniens in der Landwirtschaft tätig ist, muss das Land Nahrungsmittel importieren.<sup>521</sup> In dem gebirgigen Gelände mit kalten Wintern und dünnen Sommern sind nur wenige Flächen zum Anbau geeignet, die zudem mit primitiven Mitteln bearbeitet werden. Um die Landwirtschaft zu modernisieren und den armenischen Waren einen besseren Zugang zu den Weltmärkten zu ermöglichen, sollen in den nächsten Jahren mit finanzieller Hilfe der Asiatischen Entwicklungsbank zunächst eine Nord-Süd-Eisenbahnstrecke und eine Autobahn gebaut werden, welche das Land mit dem Iran verbinden und die Strecke zu dem georgischen Hafen Batumi um 250 Kilometer verkürzen soll.

## Demografisch relativ stabil

In Armenien lebten nach staatlichen Angaben 2009 etwa 3,2 Millionen Menschen. Es ist der einzige Nachfolgestaat der Sowjetunion, in dem die Bevölkerung mit 98 Prozent Armeniern nahezu ethnisch homogen ist.<sup>522</sup> Doch im Gegensatz zu anderen Gebieten der ehemaligen Sowjetrepubliken, die sich nach dem Zerfall durch Zu- und Abwanderungen ethnisch entmischt haben, hat die Einheit hier Tradition. Schon beim letzten sowjetischen Zensus 1989 lebten in der Armenischen SSR 93 Prozent Armenier.<sup>523</sup>

Seit 1989 ist die Bevölkerungszahl Armeniens unterm Strich nur leicht von damals 3,3 Millionen Menschen gesunken – seit 2002 steigt sie sogar wieder leicht an.<sup>524</sup> Zwar verzeichnet Armenien seit der Unabhängigkeit stets Abwanderungsverluste, diese werden jedoch problemlos durch den Geburtenüberschuss im Land kompensiert.<sup>525</sup> Seit langem ist Armenien ein typisches Abwanderungsland, zwei Drittel aller Menschen mit armenischen Wurzeln leben über den ganzen Globus verteilt in der Diaspora – darunter zahlreiche Berühmtheiten wie der Chansonnier Charles Aznavour, der Investor und Multimilliardär Kirk Kerkorian oder die Sängerin Cher.

## Bevölkerungswachstum trotz Abwanderung

Vergleichsweise hohe Kinderzahlen und eine junge Bevölkerung haben Armenien bis heute vor dem Schrumpfen bewahrt. Seit 2002 wächst sie sogar wieder, und das, obwohl die Abwanderung aus wirtschaftlichen Gründen weiter anhält. Heute leben auf dem Staatsgebiet Armeniens wieder fast so viele Menschen wie zum Ende der Sowjetunion.

- Natürliches Bevölkerungswachstum je 1.000 Einwohner
- Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner
- Bevölkerungszahl

Natürliches Bevölkerungswachstum, Wanderungssaldo und Bevölkerungszahl in Armenien  
(Datengrundlage: National Statistical Service of the Republic of Armenia, Statistical Yearbook of Armenia, 2005, 2009, Jerewan)



Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau beträgt 1,74. Diese liegt zwar unter der Ziffer von 2,1, die notwendig wäre, um eine Bevölkerung langfristig stabil zu halten, sie reicht jedoch noch aus, um eine demografische Schrumpfung zu verhindern, weil Armeniens Bevölkerung sehr jung ist und entsprechend viele potenzielle Eltern zur Verfügung stehen. Die Altersgruppe der unter 20-Jährigen ist gegenwärtig fast doppelt so groß wie die der über 59-Jährigen.<sup>526</sup>

Die durchschnittliche Lebenserwartung in Armenien liegt mit 70,2 Jahren für Männer und 76,6 Jahren für Frauen deutlich über der in Russland.<sup>527</sup> Armenier trinken weniger Alkohol und die HIV-Prävalenzrate liegt mit 0,1 Prozent der erwachsenen Bevölkerung sehr niedrig.<sup>528</sup> An der hohen Säuglingssterblichkeit, die nach Angaben der Vereinten Nationen mit 25 Toten je 1.000 Neugeborenen über der in Russland (zölf je 1.000) liegt, zeigt sich jedoch, dass Armeniens Gesundheitssystem einen massiven Nachholbedarf hat.<sup>529</sup>

# ASERBAIDSCHAN

Einwohnerzahl 2010	8,93 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	10,32 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	103
Kinderzahl je Frau 2005-2010	2,16
Lebenserwartung bei Geburt 2005-2010	70,2
Jährlicher Migrationssaldo 2005-2010	- 10.000
Durchschnittsalter 2010	28,4



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Öl und Aufrüstung

Im Jahr 1921 teilte Josef Stalin das mehrheitlich von Armeniern bewohnte Bergkarabach dem heutigen Aserbaidschan zu – und legte damit den Grundstein für einen der vielen ethnischen Konflikte im Kaukasus. Der Konflikt eskalierte, als 1988 die armenische Bevölkerung des Gebiets zum wiederholten Male den Anschluss Bergkarabachs an Armenien forderte.

Was mit gewalttätigen Übergriffen beider Seiten begann, entwickelte sich über regelrechte Pogrome gegen Armenier in Aserbaidschan in kürzester Zeit zu einem Krieg zwischen den beiden Ländern. Bis zu 50.000 Menschen verloren in den folgenden sechs Jahren ihr Leben, etwa eine Million wurde vertrieben – hauptsächlich in Armenien und Bergkarabach ansässige Aserbaidschaner.<sup>530</sup> Denn Letztere hatten nach dem von Russland vermittelten Waffenstillstand 1994 die Kontrolle über etwa 16 Prozent ihres Territoriums verloren. Dies und die Massen an Flüchtlingen haben in Aserbaidschan ein nationales Trauma ausgelöst, das bis heute in Politik und Gesellschaft nachwirkt.

Während die Verhandlungen über den endgültigen territorialen Status Bergkarabachs weiter andauern, steht Aufrüstung weit oben

auf der politischen Agenda. Seit 1999 verfügt Aserbaidschan unter den Ländern des Südkaukasus über den größten Militäretat. 2008 war er mit 1,43 Milliarden US-Dollar dreieinhalb Mal so hoch wie in Armenien.<sup>531</sup> Zahlenmäßig ist die aserbaidschanische Armee mit ihren knapp 66.500 im Dienst befindlichen Soldaten ohnehin die stärkste in der Region.<sup>532</sup> Diese vermeintliche Position der Stärke hat den aserbaidschanischen Präsidenten Ilham Alijew wiederholt dazu verleitet, offen über eine militärische Lösung des Konflikts zu spekulieren.

### Abhängig von Energierohstoffen

Aserbaidschan liegt östlich von Armenien und besitzt eine 800 Kilometer lange Küstenlinie zum Kaspischen Meer, über dessen völkerrechtlichen Status sich die Anrainerstaaten bis heute streiten. Denn damit hängen auch die Schürfrechte für die reichlich vorhandenen mineralischen Ressourcen unter dem Meeresgrund zusammen. Zentrum der Erdölförderung ist die Hauptstadt Baku auf der 60 Kilometer ins Meer hineinragenden Halbinsel Abşeron. Die industrielle Ausbeutung der Ölquellen begann hier bereits im Jahr 1870. Schon damals zog Baku Glücksritter aus aller Welt an, was heute noch an der

Architektur der Stadt erkennbar ist. Die Brüder Alfred Nobels versuchten hier ihr Glück genauso wie die Rothschild-Familie.

Im Vergleich zu heute war der damalige Öl-Rausch allerdings verschwindend klein. Allein zwischen 2000 und 2008 verachtfachte sich das aserbaidschanische Bruttoinlandsprodukt, bevor es 2009 erstmals wieder leicht nachgab.<sup>533</sup> Im Jahr 2008 exportierte Aserbaidschan Waren im Wert von knapp 66 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – 93 Prozent der Exporte bestanden aus Erdöl und Erdgas.<sup>534</sup> Insgesamt förderte Aserbaidschan 2009 über 50 Millionen Tonnen Erdöl – immerhin etwa ein Zehntel der Produktion des weltweiten Marktführers Russland.<sup>535</sup>

Ein Teil der Einnahmen aus dem Ölgeschäft wird vom Staatlichen Ölfonds Sofaz verwaltet, dessen Vermögen sich Anfang 2010 auf 14,9 Milliarden US-Dollar belief.<sup>536</sup> Sofaz dient in erster Linie der Unterstützung des Staatshaushaltes und finanziert Infrastrukturmaßnahmen sowie soziale Programme. Und doch leben noch immer viele Menschen in Aserbaidschan in Armut. Zwar sank die Armutsquote von 68 Prozent 1995 auf elf Prozent im Jahr 2009, doch waren im gleichen Jahr 38 Prozent aller Beschäftigten

im Agrarsektor tätig, was häufig mit Unterbeschäftigung und Armut gleichzusetzen ist.<sup>537</sup> Dazu passt, dass in Aserbaidschan vor allem auf dem Land deutlich mehr Kinder vor ihrem ersten Geburtstag sterben als in den wirtschaftlich schwächeren Nachbarländern Armenien und Georgien.<sup>538</sup> Gerade die junge Bevölkerung flüchtet angesichts der schwierigen Lebensumstände häufig in die vermeintlich heile Welt des Drogenkonsums. Mit geschätzten 300.000 Personen – rund fünf Prozent der Erwachsenenbevölkerung – verzeichnet Aserbaidschan die weltweit höchste Rate Abhängiger von intravenös verabreichten Drogen.<sup>539</sup>

Mit der Wirtschaftskrise 2009 verschlechterte sich die Situation zusätzlich, da viele der rund drei Millionen aserbaidschanischen Arbeitsmigranten in Russland ihren Job verloren und in die Heimat zurückkehrten.<sup>540</sup> Dadurch fielen die Rücküberweisungen, die Lebensgrundlage vieler Familien in Aserbaidschan, von 1,6 auf 1,3 Milliarden US-Dollar.<sup>541</sup> Weitere Risiken für das Land bergen die sprudelnden Einnahmen aus dem Erdölgeschäft. Durch die riesigen Außenhandelsüberschüsse gewann die Landeswährung, der Neue Aserbaidschanische Manat, seit der Einführung im Januar 2006 gegenüber dem US-Dollar um 16 Prozent an Wert.<sup>542</sup> Andere Exportgüter des Landes sind dadurch auf dem Weltmarkt deutlich teurer geworden. Eine Rolle hat dabei auch die Inflation gespielt. Wegen des Anstiegs der weltweiten Nahrungsmittelpreise und der hohen Staatsausgaben – insbesondere für Rüstung – lag sie vor der Wirtschaftskrise bei etwa 20 Prozent.<sup>543</sup>

### Zunehmender Frauenmangel

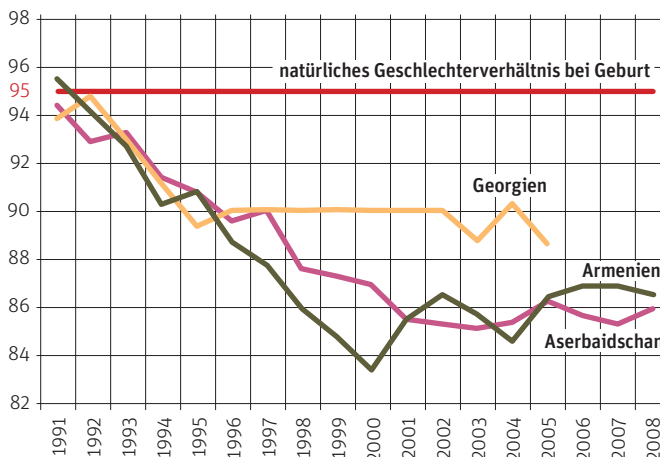
Mit dem Fall der Sowjetunion setzte sich in den drei Ländern des Südkaukasus wieder die traditionelle Vorliebe für männliche Nachfahren durch. Da es zeitgleich immer mehr Menschen möglich war, vor der Geburt das Geschlecht des Kindes zu bestimmen, ist die selektive Abtreibung weiblicher Ungeborener inzwischen weit verbreitet. Heute werden in Aserbaidschan und Armenien etwa 15 Prozent weniger Mädchen geboren als Jungen – normal wären fünf Prozent.

### Bevölkerungswachstum und selektive Abtreibung

Im Jahr 2009 lebten knapp 8,9 Millionen Menschen in Aserbaidschan – davon etwa 600.000 in der abtrünnigen Republik Bergkarabach. Dies waren 1,6 Millionen mehr als nach der Unabhängigkeit im Jahr 1991. Ursache für das Wachstum sind die vergleichsweise hohe Kinderzahl je Frau von etwas mehr als zwei sowie die junge Altersstruktur der Bevölkerung. Jährlich werden knapp 100.000 Menschen mehr geboren als sterben, wodurch die hauptsächlich durch Arbeitsmigranten hervorgerufenen Wanderungsverluste von etwa 10.000 Menschen pro Jahr leicht kompensiert werden.<sup>544</sup> Mit einer jungen und schnell wachsenden Bevölkerung ähnelt das großteils islamische Aserbaidschan demografisch eher den zentralasiatischen Staaten denn seinen Nachbarn im Südkaukasus. Wie in Zentralasien finden die vielen jungen Menschen auch in Aserbaidschan nicht genügend Arbeit, sodass die Abwanderung nach Russland in Zukunft weiter zunehmen könnte.

Mit den Ländern des Südkaukasus ein Aserbaidschan ein anderes Problem: die selektive Abtreibung weiblichen Nachwuchses. In der patriarchalischen Gesellschaft Aserbaidschans haben männliche Nachkommen einen höheren Wert als weibliche. Zu Sowjetzeiten noch unterdrückt, hat sich diese Vorliebe seither wieder verfestigt. So entfielen im Jahr 2009 in Aserbaidschan auf 100 Jungen zwischen null und vier Jahren nur 87 Mädchen – das natürliche Geburtenverhältnis liegt bei 100 zu 95.<sup>545</sup> Vor allem Frauen, die schon ein oder zwei Mädchen zur Welt gebracht haben, tendieren in Aserbaidschan dazu, weiteren weiblichen Nachwuchs abzutreiben.<sup>546</sup> Möglich gemacht hat die selektive Abtreibung der Zugang immer breiterer Bevölkerungsschichten zu vorgeburtlicher Diagnostik.

Vermehrte Bildung könnte die geringe Wertschätzung von Mädchen bekämpfen. Doch gesellschaftliche Normen lassen sich nicht von heute auf morgen aufbrechen. Inzwischen mehren sich daher die Stimmen, die Geschlechtsbestimmung von Ungeborenen verbieten zu lassen. Denn sollte sich der derzeitige Trend fortsetzen, könnten schon in etwa 20 Jahren 15 Prozent aller jungen Männer vergeblich nach einer Partnerin suchen. Für die Stabilität des Landes wäre dies alles andere als förderlich.



Anzahl geborener Mädchen je 100 geborener Jungen im Südkaukasus, 1991 bis 2008 (Datengrundlage: Weltgesundheitsorganisation, European Health For All Database, Genf)



# KASACHSTAN

Einwohnerzahl 2010	15,75 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	17,24 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	6
Kinderzahl je Frau 2005-2010	2,31
Lebenserwartung bei Geburt 2005-2010	64,9
Jährlicher Migrationssaldo 2005-2010	- 20.000
Durchschnittsalter 2010	29,4



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Rohstoffgigant in Zentralasien

Am 16. Dezember 1991, heute ein Nationalfeiertag, gründeten die zuvor mehr als zwei Jahrhunderte russisch und sowjetisch dominierten Kasachen eine politisch souveräne Republik. Auf den Tag genau 14 Jahre später wurde die Atasu-Alaschankou-Pipeline feierlich eröffnet, welche die ölfreie kasachischen Regionen am Kaspischen Meer mit dem chinesischen Xinjiang verbindet. Damit will das Land nun auch ökonomisch unabhängiger vom nördlichen Nachbarn Russland werden. Die rund 2.000 Kilometer lange Erdölleitung soll jährlich 20 Millionen Tonnen Rohöl nach China liefern, das entspräche etwa 15 Prozent der chinesischen Ölimporte.<sup>547</sup>

Die erste Ölbohrung in Kasachstan fand bereits im Jahr 1899 statt, doch erst einige Zeit nach der Unabhängigkeit hat sich das Land zu einem weltweit bedeutenden Exporteur fossiler Brennstoffe entwickelt. Nach 1995 wuchs die geförderte Menge Erdöl innerhalb

von nur 14 Jahren von 20 auf 78 Millionen Tonnen – und damit auf zwei Prozent der weltweiten Fördermenge im Jahr 2009. Die Erdgasindustrie Kasachstans versechsfachte ihre Produktion im gleichen Zeitraum und stellte 2009 ein Prozent der weltweiten Förderung.<sup>548</sup>

Geschätzte 5,3 Milliarden Tonnen Erdöl, rund drei Prozent der weltweiten Reserven, lagern noch im kasachischen Boden.<sup>549</sup> Die Entdeckung des Kaschagan-Ölfeldes im nördlichen Kaspischen Meer im Jahr 2000 gehört weltweit zu den letzten großen Funden. Dies und die enormen Erdgas-, Kohle- und Uranreserven machen den zentralasiatischen Staat zu einem der wichtigsten Besitzer nicht-erneuerbarer Energierohstoffe. Darüber hinaus birgt der karge kasachische Boden Chrom, Vanadium und Wismut sowie Eisen, Kupfer, Blei und Zink.

90 Prozent aller Exporte Kasachstans gehen auf Rohstoffe und Produkte der ersten Verarbeitungsstufe zurück. Steigende Rohstoffpreise haben der Republik seit 2001 ein enormes wirtschaftliches Wachstum und

steigenden Wohlstand beschert. Das kasachische Bruttoinlandsprodukt je Einwohner stieg von umgerechnet 5.600 Internationalen Dollar auf 11.400 im Jahr 2008.<sup>550</sup> Die durchschnittlichen Löhne und Gehälter wuchsen allein zwischen 2004 und 2008 um das Zweieinhalbfache auf monatlich 503 US-Dollar.<sup>551</sup> Doch auch an Kasachstan ging die Wirtschafts- und Finanzkrise nicht vorbei. Während die Wirtschaft in den Jahren zuvor durchschnittlich um neun bis zehn Prozent gewachsen war, waren es 2009 durch die Krise im Finanz- und Immobiliensektor nur noch zwei Prozent.<sup>552</sup>



## Minderheit im eigenen Land

Kasachstan, der flächenmäßig neuntgrößte Staat der Erde, breitet sich von der Kaspischen Senke im Westen über 3.000 Kilometer bis zum Altai-Gebirge im Osten aus. Vom kasachischen Arm der Wolgamündung ins Kaspische Meer, dessen Oberfläche 28 Meter unter dem Meeresspiegel liegt, erstreckt sich das Land hunderte Kilometer weit überwiegend über Ebenen und Steppen und erhebt sich erst im äußersten Osten und Südosten, an den Grenzen zur Mongolei, China und Kirgisistan, zu Hochgebirgen.

Seit jeher bildete das dünn besiedelte Kasachstan ein Durchzugsgebiet von Handelskarawanen und ein Ziel von Eroberungszügen. Die ständigen Überfälle der westmongolischen Oiraten ließen im 18. Jahrhundert den untereinander verfeindeten kasachischen Horden keine andere Wahl, als den Schutz Russlands zu suchen und ihr Gebiet zum Protektorat des Zarenreiches zu erklären.<sup>553</sup> Nach den russischen Agrarreformen von 1905, die den vorher an ihre Dorfgemeinschaft gebundenen Bauern mehr Bewegungsfreiheit gewährten, wurde Kasachstan neben Sibirien, dem Südkaukasus und dem Fernen Osten zum Wanderungsziel der russischen Landbevölkerung. Schon vor der Machtübernahme der Bolschewiki 1917 machte die slawische Bevölkerung knapp 30 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.<sup>554</sup>

Die vielen Toten während des Bürgerkrieges 1917 bis 1921 und in der Zeit der Zwangskollektivierung, ihre durch die Hungersnot bedingte Abwanderung nach China und in die Mongolei ließen den Anteil der Kasachen weiter sinken. Zusätzlich brachten die De-

## Ein Land, zwei Hauptstädte, viele Namen

Die Erschließung Zentralasiens durch das Russische Reich ging mit der Errichtung mehrerer Vorposten in der Region einher, die das Territorium sichern sollten. Das heutige Almaty entwickelte sich schnell zur Hauptstadt des Siebenstromlands und hatte am Vorabend des Ersten Weltkrieges bereits 40.000 Einwohner. Das 30 Jahre früher gegründete heutige Astana fungierte dagegen lange Zeit als einfaches Fort und erlangte erst mit der Verlegung der Eisenbahnlinie Turksib seine Bedeutung als Verkehrsknotenpunkt.

1921 verlegten die Bolschewiken die Hauptstadt der Kasachischen Autonomen Sowjetrepublik nach Almaty, das zeitgleich von Wernoje in Alma-Ata umbenannt wurde, was so viel wie „Vater der Äpfel“ heißt. Auch die heutige Hauptstadt Astana wurde mehrmals umbenannt. Bis 1961 hieß sie Akmolinsk, unter Nikita Chruschtschow Zelinograd. Mit der Unabhängigkeit 1991 wurde daraus Aqmola (Weißes Grab), während Alma-Ata den Namen Almaty (Stadt der Äpfel) bekam.

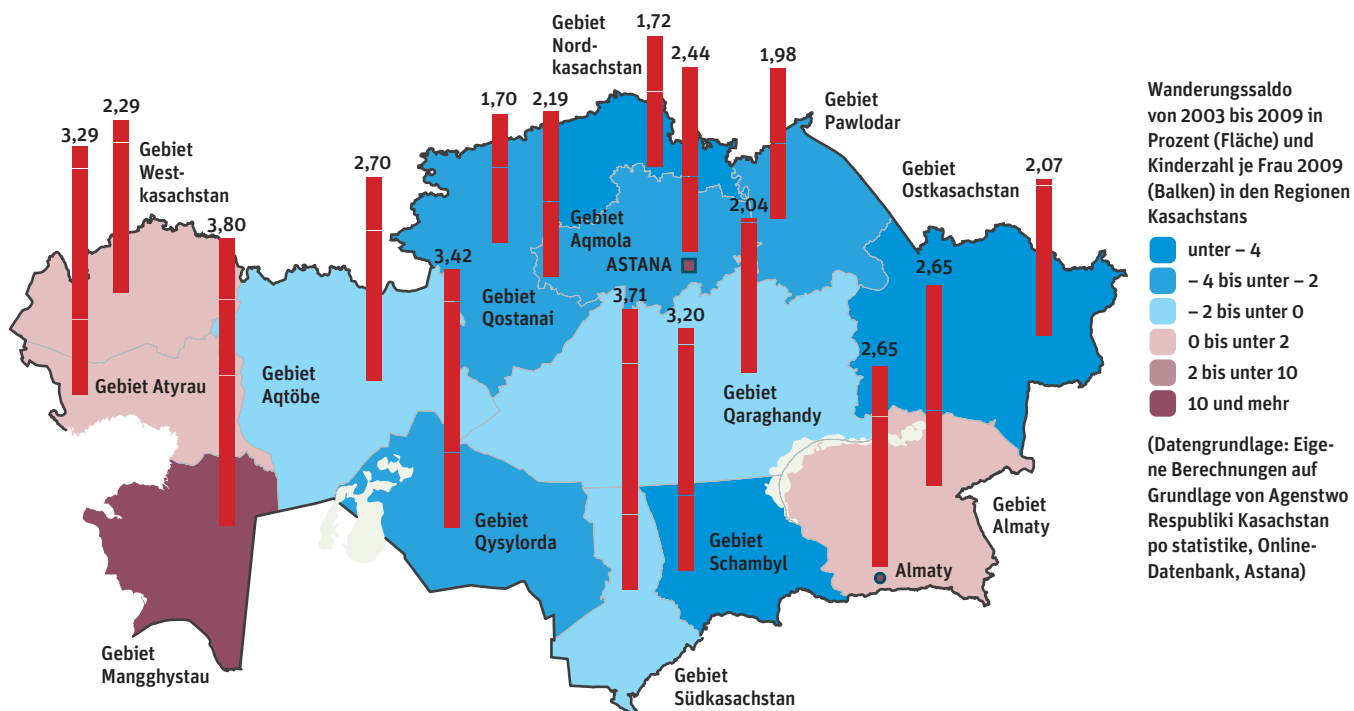
1994 entschied die kasachische Regierung, die Hauptstadt von Almaty nach Aqmola zu verlegen, die nun Astana (Hauptstadt) heißen sollte. Offiziell galt die Gefährdung Almatys durch Erdbeben und Schlammlawinen als Argument für den Umzug. Die wahren Gründe sehen viele aber in den Clan-Strukturen Kasachstans. Präsident Nasarbajew entstammt der sogenannten mittleren Schus (Horde). Seine Konflikte mit den einflussreichen Clans Almatys, die der oberen Schus angehören, haben vermutlich eine Rolle bei dem Umzug gespielt. Gleichzeitig wollte die kasachische Führung den separatistischen Tendenzen russischsprachiger Gebiete im Nordosten des Landes, in denen die neue Hauptstadt liegt, entgegenwirken. Aber auch die geostrategisch ungünstige Position der alten Hauptstadt unweit der chinesischen Grenze spielte eine Rolle.

Seit Astana Hauptstadt ist, strömen die Menschen in das boomende Zentrum am Ischim-Fluss. Seit 1989 ist die Zahl der Einwohner von 276.000 auf 640.000 gestiegen. Auch die Einwohnerzahl Almatys wuchs im Vergleich zu 1989 um 21 Prozent auf 1,37 Millionen Menschen.<sup>557</sup> Die Kasachische Zentralbank, 36 ausländische Botschaften und Konsulate sowie die Vertretungen von Uno und Unesco sind der Stadt treu geblieben. Die Stadt konnte ihre Stellung als Wissenschafts-, Kultur- und Finanzzentrum des Landes behaupten.

portationen der 1930er Jahre andere Ethnien nach Kasachstan. Die Volkszählung von 1959 markierte mit 30 Prozent Kasachen den absoluten Tiefpunkt dieser Entwicklung. In den folgenden Jahrzehnten trugen vor allem die hohen Kinderzahlen der Kasachinnen dazu bei, dass der Anteil der kasachischen Bevölkerung stieg. 1989 stellten Kasachen wieder 40 Prozent der insgesamt 16,5 Millionen Menschen. Die Volkszählung von 1999 wies sie mit 53,5 Prozent erstmals wieder als Mehrheitsbevölkerung aus.<sup>555</sup> Ein Grund hierfür lag in der Abwanderung

der russischen Bevölkerung. Während das heutige Kasachstan bis 1970 einen positiven Wanderungssaldo innerhalb der Sowjetunion aufwies, verlor es von 1971 bis 1991 insgesamt rund 1,2 Millionen Menschen durch Abwanderung.<sup>556</sup>

Nach der Unabhängigkeit verstärkte sich die Abwanderung aus Kasachstan zunächst. Zwischen 1990 und 1999 verlor das Land im Saldo mehr als 1,9 Millionen Menschen – knapp zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung,



vor allem slawische Gruppen, Deutsche, Tataren, Griechen und Juden.<sup>558</sup> Im Gegenzug kamen viele kasachische Landsleute, die sogenannten Oralmanen, angelockt durch das Repatriierungsprogramm der Regierung aus der Mongolei, China und dem Iran nach Kasachstan. In der jüngsten Vergangenheit ist Kasachstan wegen seiner rasanten Wirtschaftsentwicklung auch zu einem Magneten für Arbeitsmigranten aus den anliegenden zentralasiatischen Republiken geworden. Seit 2003 ist aus dem Ab- ein Zuwanderungsland geworden. Im gleichen Jahr wuchs die Bevölkerung erstmals seit der Unabhängigkeit.<sup>559</sup> Mittelfristig dürfte Kasachstan sogar zu einem Konkurrenten Russlands um Arbeitskräfte werden. Zuwanderungsziele sind die ehemalige und die neue Hauptstadt, Almaty und Astana, sowie die erdöl- und erdgasfördernden Gebiete Atyrau und Mangghystau. Alle anderen Regionen des Landes gehören zu den Wanderungsverlierern.

Die unterschiedlichen Fertilitätsraten verschiedener ethnischer Gruppen sind auch heute noch zu beobachten. Während die zentralasiatischen Ethnien, etwa Kasachen, Usbeken oder Uiguren, in den letzten zehn Jahren ein beachtliches natürliches Bevölkerungswachstum an den Tag gelegt haben, ist die russische und ukrainische Bevölkerung durch Sterbefallüberschüsse geschrumpft. In den überwiegend noch von Slawen bewohnten nördlichen Gebieten des Landes lag die Kinderzahl je Frau 2008 meist bei unter zwei. Dagegen bekamen die Frauen im Süden, der mehrheitlich von Zentralasiaten bewohnt wird, durchschnittlich mehr als drei Kinder.<sup>560</sup>

Die deutsche Bevölkerung der Kasachischen Sowjetrepublik stellte bei dem letzten Sowjetzensus 1989 rund 960.000 Einwohner.<sup>561</sup> Sie konzentrierte sich mit einigen Ausnahmen in den ländlichen Gegenden im Norden und setzte sich mehrheitlich aus den von Stalin deportierten Wolgadeutschen und ihren Nachkommen zusammen. Nach dem

### Zuwanderungspole und viele Kinder

Die nördlichen und östlichen Gebiete Kasachstans, die noch überwiegend von slawischer Bevölkerung bewohnt sind, verzeichnen seit der Unabhängigkeit des Landes Abwanderung. Eine Ausnahme macht die neue Hauptstadt Astana, die seit 2003 ein Viertel an Bevölkerung hinzugewonnen hat. Auch die Erdölfördernden Gebiete im Westen des Landes sowie die alte Hauptstadt Almaty und ihre Umgebung sind klare Gewinner der Migration. Unter der Binnenwanderung leiden vor allem die ländlichen Regionen im Süden. Dort liegen allerdings die Kinderzahlen je Frau noch so hoch, dass sie den negativen Wanderungssaldo durch Geburtenüberschüsse mehr als ausgleichen.

## Baikonur – Fenster zum Kosmos

Der erste Sputnik, die Mischlingshündin Laika als erste tierische „Kosmonautin“ sowie Juri Gagarin, der erste Mensch im All – sie alle sind vom Weltraumbahnhof Baikonur aus in den Kosmos gestartet. Er war die wichtigste Startrampe für die militärische und zivile Raumfahrt der Sowjetunion. Das gewaltige Kosmodrom hatte eine Fläche fast so groß wie die Republik Moldau – auf Landkarten tauchte es zu Sowjetzeiten indes nicht auf.

Die ehemals hermetisch abgeriegelte Kunststadt Leninsk (heute Baikonur) beherbergte zu Hochzeiten des Kalten Krieges rund 100.000 Angestellte samt ihrer Familien. Heute leben in Baikonur noch etwa 40.000 Menschen.<sup>564</sup> Die Militärs sind zum großen Teil abgezogen und haben das Gelände für die zivile Nutzung freigegeben. Derzeit ist es der weltweit wichtigste Startplatz für Satelliten und die Versorgung der Internationalen Raumstation ISS. 2009 erlebte Baikonur 27 Raketenstarts.<sup>565</sup>

Mitten in der kasachischen Halbwüste gelegen, ist das Gelände praktisch extraterritoriales Gebiet. Denn bis 2050 hat es Russland für jährlich 115 Millionen US-Dollar von Kasachstan gepachtet. Die Proton- und Sojusraketen werden in Moskau und Samara hergestellt und müssen 1.500 respektive 2.500 Kilometer über Land transportiert werden, bevor sie ihre Fracht ins Weltall befördern können. Die Zukunft des Geländes, das großräumig mit Raketenschrott und teilweise hochgiftigen Treibstoffresten verunreinigt ist, ist weiter ungewiss. Denn Russland will von 2011 an ein eigenes Kosmodrom in fernöstlichen Ulegorsk bauen. 2018 sollen von dort bereits die ersten Kosmonauten ins Weltall starten. Mit dem Bau will Russland auch das demografische Problem in der Region angehen, denn das neue Kosmodrom soll etwa 120.000 Menschen in einer von Abwanderung betroffenen Region ein Auskommen sichern.<sup>566</sup>

Zusammenbruch der Sowjetunion kam es zu einer massiven Auswanderungswelle. Der jüngste Zensus von 2009 notierte nur noch 180.000 Deutsche.<sup>562</sup> Eine Besonderheit der deutschen Minderheit ist ihr natürliches Wachstum: 1999 erzielte sie einen Geburtenüberschuss von 3,5, im Jahr 2008 sogar von 9,9 Menschen je 1.000 Einwohner.<sup>563</sup> Diese ungewöhnliche Entwicklung hat vermutlich zwei Gründe: Erstens leben die meisten Deutschen in Kasachstan in ländlichen Gebieten, in denen höhere Kinderzahlen die Norm sind. Und zweitens haben bei der Abwanderung ganze Familien, also auch viele ältere Personen, das Land verlassen.

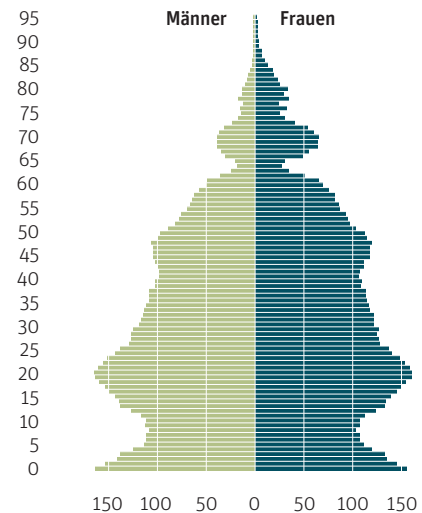
Laut Prognosen der Vereinten Nationen werden in Kasachstan im Jahr 2030 rund 17,2 Millionen Menschen leben.<sup>567</sup> Der Anteil zentralasiatischer Ethnien an der Gesamtbevölkerung wird dann deutlich höher liegen als heute. Wegen seiner Bodenschätze sowie der günstigen Altersstruktur und dem guten Bildungsstand seiner Bevölkerung verfügt Kasachstan über die besten Voraussetzungen, um zu einer Wirtschaftslokomotive Zentralasiens zu werden. Dabei helfen soll der „Strategische Entwicklungsplan bis 2020“. Er sieht vor, das Geschäftsklima im Land zu verbessern, die Wirtschaft möglichst schnell zu diversifizieren und weiter in Bildung und Gesundheit zu investieren. Zudem soll die soziale Lage der Bevölkerung auf ein höheres Niveau gehoben, die Verständigung zwischen den ethnischen Gruppen gefördert sowie die internationalen Beziehungen stabilisiert werden.<sup>568</sup>

## Das gefährliche Erbe des Kalten Krieges

Schon innerhalb der Sowjetunion kam Kasachstan die Rolle des Rohstoffversorgers und Grundstoffproduzenten zu. Da die Erfüllung staatlicher Pläne oberste Priorität hatte, wurden Umweltaspekte meist völlig vernachlässigt.

## Junges und wachsendes Kasachstan

Nachdem Frauen in Kasachstan 1987 im Schnitt noch 3,16 Kinder bekommen hatten, sank die Fertilitätsrate in den 1990er Jahren bis auf 1,76 Kinder.<sup>569</sup> Die Jahrgänge der heute Fünf- bis 19-Jährigen sind entsprechend ausgedünnt. Inzwischen bekommen Kasachinnen jedoch wieder deutlich mehr Kinder. Gründe hierfür sind der wirtschaftliche Aufschwung sowie die Zuwanderung der kinderreichen Oralmanen, die aus ländlichen Gebieten der Mongolei und China in das Land ihrer Vorfahren zurückgekehrt sind. Deutlich erkennbar im Altersaufbau sind auch die Einbußen des Zweiten Weltkriegs.



Bevölkerung Kasachstans nach Alter im Jahr 2008 in Tausend  
(Datengrundlage: Agenstwo Respubliki Kasachstan po statistike, Demografitscheski Jeschegodnik Kasachstana 2009, Astana)

### Bevölkerung Kasachstans nach Ethnien in den Jahren 1939 bis 2009

(Datengrundlage: Semoscope Weekly, Perepisi Naselenija Rossiskoj Imperii, SSSR, 15 nowych nesawissimych gosudarstw, Moskau; Agenstwo Respubliki Kasachstan po statistike, Ob itogah perepisi naselenija 2009 goda, Astana)



In den Städten Almaty, Schymkent, Öskemen, Aqtöbe, Temirtau, Qaraghandy und Taras, in denen mehr als ein Fünftel aller kasachischen Einwohner lebt, ist die Luft nach Angaben des Umweltministeriums extrem verschmutzt.<sup>570</sup> Rund zwei Drittel der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche sind durch Schadstoffe belastet – vor allem in den industriellen Ballungsräumen und den dicht besiedelten Ackerbaugebieten des Südens.<sup>571</sup> Im Jahr 2009 stufte das Umweltministerium keinen einzigen Fluss oder See als sehr sauber ein, 40 von 56 Gewässern bezeichnete es als verunreinigt bis extrem verunreinigt.<sup>572</sup> Trinkwasser wird in Kasachstan meist aus Oberflächengewässern entnommen, die im Sommer sehr wenig Wasser führen und in denen sich dementsprechend Schadstoffe ansammeln. Unter anderem deshalb liegt die Lebenserwartung der überwiegend muslimischen Bevölkerung mit 61,9 Jahren bei Männern und 72,4 Jahren bei Frauen deutlich unter dem Niveau westlicher Industrienationen.<sup>573</sup>

Am 29. August 1949 zündete die Sowjetunion ihre erste Atombombe – auf dem Atomversuchsgelände Semipalatinsk im Norden Kasachstans. Insgesamt wurden in der ka-

sachischen Steppe bis 1989 etwa 460 ober- und unterirdische Atomwaffentests durchgeführt. Die nuklearen Explosionen haben rund 19.000 Quadratkilometer verseucht, ein Territorium fast so groß wie Slowenien.<sup>574</sup>

Auch die früher mitten im Aralsee gelegene „Insel der Wiedergeburt“, die durch das Austrocknen des Aral-Sees mittlerweile zu einer Halbinsel geworden ist und durch die kasachisch-usbekische Grenze geteilt wird, hat sich in eine tickende Zeitbombe verwandelt. Die Insel fungierte von 1954 bis 1992 als Versuchsgelände für biologische Waffen. Hier wurden unter anderem Milzbrand-, Pocken- und Pesterreger in Freiluftversuchen an Tieren getestet. Nach dem Ende der Sowjetunion zogen die Militärs ab, zerstörten ihre Anlagen und sicherten zu, die Insel zu dekontaminieren. Ob dies jedoch in ausreichendem Maße geschehen ist, ist unklar. Die neu entstandene Landbrücke schürt zusätzlich Befürchtungen, dass Reptilien und Nagetiere tödliche Erreger im Landesinneren verbreiten könnten. Ein mögliches Indiz dafür sind die immer wiederkehrenden Pestausbrüche unter den Nagern der Region. Die letzten Pestfälle unter Menschen wurden 2003 bei drei kasachischen Bauern registriert, die Kamelfleisch gegessen hatten.

### Kasachen auf dem Vormarsch

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wandern Russen und andere nicht-zentralasiatische Ethnien – vor allem Ukrainer und Deutsche – aus Kasachstan ab. Deshalb wächst der Anteil der Kasachen. Zudem haben kasachische Frauen mehr Kinder als die nicht-asiatischen Bevölkerungsgruppen. Im Jahr 1999 stellten Kasachen damit erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als die Hälfte der Bevölkerung im eigenen Land.



# USBEKISTAN

Einwohnerzahl 2010	27,79 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	33,93 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	62
Kinderzahl je Frau 2005-2010	2,29
Lebenserwartung bei Geburt 2005-2010	67,7
Jährlicher Migrationssaldo 2005-2010	- 80.000
Durchschnittsalter 2010	24,5



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Umweltrisiko Baumwolle

Geografisch stellt Usbekistan einen Sonderfall dar: Es ist, abgesehen von dem winzigen Fürstentum Liechtenstein, das einzige Land der Erde, das weder selbst ans Meer grenzt, noch Nachbarländer mit Meereszugang hat. Wasser ist im bevölkerungsreichsten Staat Zentralasiens ein knappes Gut. 80 Prozent der Landesfläche sind Wüste. Lediglich die beiden großen Ströme des Landes, der Amudarja und der Syrdarja, spenden in der Dürre Wasser und speisen am Ende ihrer tausend Kilometer langen Wüstendurchquerung den einstmals gewaltigen Aralsee.

Heute ist der Aralsee, ehemals viertgrößter See der Erde, auf etwa ein Viertel seiner einstigen Fläche geschrumpft. Weite Teile sind seit den 1950er Jahren ausgetrocknet und haben sich in eine riesige Salzwüste verwandelt. Verantwortlich für das allmähliche Verschwinden des Sees sind sowjetische Planer: Sie hatten die schon zu Zarenzeiten errichtete Baumwollmonokultur massiv ausgebaut und zur Bewässerung der Felder die Flüsse in den Hochgebirgen Tadschikistans und Kirgisistans aufgestaut. Die Usbeken konnten es dann talabwärts zur Bewässerung der Baumwollfelder entnehmen. In den 1980er Jahren erreichte den Aralsee über Amudarja

und Syrdarja nur noch etwa ein Zehntel der ursprünglichen Wassermenge. Was ankam, war zudem hochgradig mit Pestiziden, Herbiziden und Düngemittelrückständen verseucht. So ist es bis heute.<sup>575</sup>

Die Austrocknung des Sees, der mittlerweile in einen kleinen nördlichen und einen größeren südlichen Teil zerfallen ist, beeinträchtigt die Gesundheit der Bevölkerung. So verfrachtet der Wind den trockenen, von Salz und Chemikalien durchsetzten, ehemaligen Seegrund hunderte Kilometer weit. Die Bewohner der Region atmen ihn als Giftstaub ein und leiden unter Erkrankungen der Atemwege: In der Republik Karakalpakstan, die direkt an den Aralsee grenzt, sind Lungenentzündungen bei Kindern weiter verbreitet als sonst irgendwo auf der Welt.<sup>576</sup> Landesweit gehören derartige Leiden zu den häufigsten Todesursachen. Sie lassen sich zu über 60 Prozent durch Umweltprobleme erklären.<sup>577</sup>

Auch die Wirtschaft leidet unter der Umweltzerstörung. Die etwa 60.000 Beschäftigten der Fischindustrie rund um den Aralsee

verloren schon in den 1980er Jahren ihre Lebensgrundlage. Und wie häufig in trockenheißen Zonen führt die künstliche Bewässerung zu einer Versalzung der Böden – über 60 Prozent des bewässerten Landes weisen inzwischen einen zu hohen Salzgehalt auf.<sup>578</sup> Das betroffene Land kann hierdurch mehr als 80 Prozent seiner Fruchtbarkeit verlieren. Zudem steigt der Wasserverbrauch der Bauern, die versuchen, die Salzablagerungen durch massives Fluten des Landes wegzuspülen.<sup>579</sup>

### Produktion unter staatlicher Kontrolle

Seit 1991 hat die Baumwolle in Usbekistan etwas an Bedeutung eingebüßt. Denn die usbekische Regierung ließ nach dem Zerfall der Sowjetunion auf einem Teil der ehemaligen Baumwollfelder Getreide anbauen, weil sie nun von den Nahrungsmittellieferungen aus anderen Teilen der Sowjetunion abgeschottet war. Ihre dominierende Rolle in der Wirtschaft verlor die Baumwolle freilich nicht: Im Jahr 2009 war Usbekistan noch immer der weltweit sechstgrößte Produzent und der drittgrößte Exporteur der Naturfaser.<sup>580</sup> Zur Bewässerung entnehmen die usbekischen Bauern aus den beiden großen Flüssen in etwa so viel Wasser wie alle anderen zentralasiatischen Staaten zusammen.<sup>581</sup>

Die derzeitige Produktion von jährlich ungefähr einer Million Tonnen Baumwollfaser wäre indes ohne strikte staatliche Vorgaben nicht möglich, denn für die Landwirte ist der Anbau von Reis deutlich lukrativer. Doch die Regierung schreibt den Bauern vor, etwa 60 Prozent ihres Landes für die Baumwolle zu reservieren und dort eine von der lokalen Verwaltung festgelegte Menge zu produzieren. Diese verkaufen die Bauern dann zu einem festgesetzten, niedrigen Preis an den Staat, der mit dem Export nach China, Indien, Bangladesch und Pakistan satte Gewinne einstreicht. Wer als Bauer seine Produktionsquote nicht erfüllt, muss damit rechnen, sein vom Staat gepachtetes Land zu verlieren.<sup>582</sup>

Rund 40 Prozent aller Beschäftigten in Usbekistan leben von der Landwirtschaft.<sup>583</sup> Wegen der saisonal stark schwankenden Nachfrage nach Arbeitskräften sind viele von ihnen unterbeschäftigt und mittellos – landesweit lebt mehr als ein Viertel der Bevölkerung in Armut.<sup>584</sup> Einzig zur Erntezeit zwischen September und Dezember gibt es auf den Feldern genügend Beschäftigung. Doch die Löhne sind auch hier sehr niedrig, denn wie einst die Sowjets nutzt die usbekische Regierung bei der arbeitsintensiven Baumwollernte „freiwillige Helfer“: So schließen im Herbst viele Schulen des Landes und schicken die Kinder – und ihre Lehrer – als billige Arbeitskräfte auf die Felder. Bis zu eine Million Kinder, teilweise kaum älter als zehn Jahre, müssen hier härteste körperliche Arbeit verrichten, ohne dabei angemessen ernährt oder gar entlohnt zu werden. Für ihre Zukunft kann dies schwerwiegende Folgen haben, denn die Kinder verpassen nicht nur einen Teil des Schuljahres, sondern ziehen sich bei der Arbeit oft Verletzungen oder Krankheiten zu. Selbst von Todesfällen wird berichtet.<sup>585</sup>

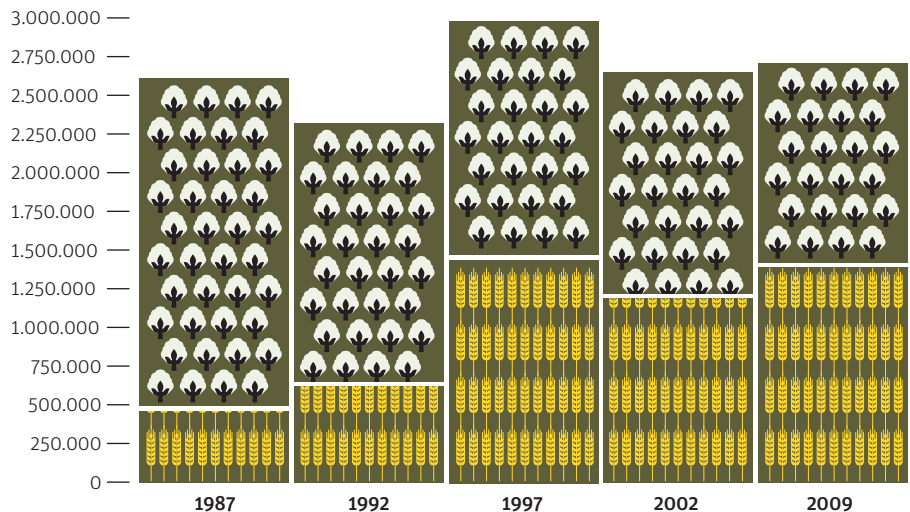
## Überangebot an Arbeitskräften

Schätzungen zufolge lebten im Jahr 2010 etwa 27,79 Millionen Menschen in Usbekistan.<sup>586</sup> Damit ist das Land gemessen an der Einwohnerzahl nach Russland und der Ukraine der drittgrößte Staat, der aus der ehemaligen Sowjetunion hervorgegangen ist. Wie alle anderen Länder Zentralasiens wächst auch Usbekistan durch hohe Geburtenüberschüsse. Im Jahr 2009 hat die Bevölkerung um etwa 1,1 Prozent zugelegt.<sup>587</sup> Ein weiteres Merkmal, welches das Land mit vielen seiner Nachbarstaaten teilt, ist die Abwanderung junger Menschen, die auf dem heimischen Arbeitsmarkt keinen Platz finden. Sie gehen nicht nur nach Russland, sondern in den letzten Jahren vermehrt auch nach Kasachstan, wo die rasch wachsende Wirtschaft Jobs verspricht.

Besonders verzweifelt ist die Lage in den ländlichen Regionen im Süden und Westen des Landes. Die Einwohnerzahl der beiden südlichen Gebiete Kaschkadarja und Surchandarja ist seit dem letzten Sowjetzensus im Jahr 1989 um über 60 Prozent gewachsen, während die landwirtschaftlich nutzbare Fläche durch Bodenversalzung weiter schrumpft.<sup>588</sup> Schon heute gehören einige Regionen Usbekistans zu den am dichtesten bevölkerten im post-sowjetischen Raum. Dazu zählen die Hauptstadt Taschkent, das westliche Gebiet Choresm und vor allem die drei östlichen Gebiete Ferghana, Namanagan und Andischan. Sie liegen im fruchtbaren Ferghanatal im Dreiländereck zwischen Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan. Knapp ein Drittel der usbekischen Bevölkerung lebt hier auf einem Gebiet, das weniger als ein Zehntel der landesweiten Fläche ausmacht. Im Gebiet Andischan kommen auf einen Quadratkilometer knapp 600 Einwohner – 20 Prozent mehr als in den Niederlanden.<sup>589</sup>

## Aus Baumwollplantagen werden Weizenfelder

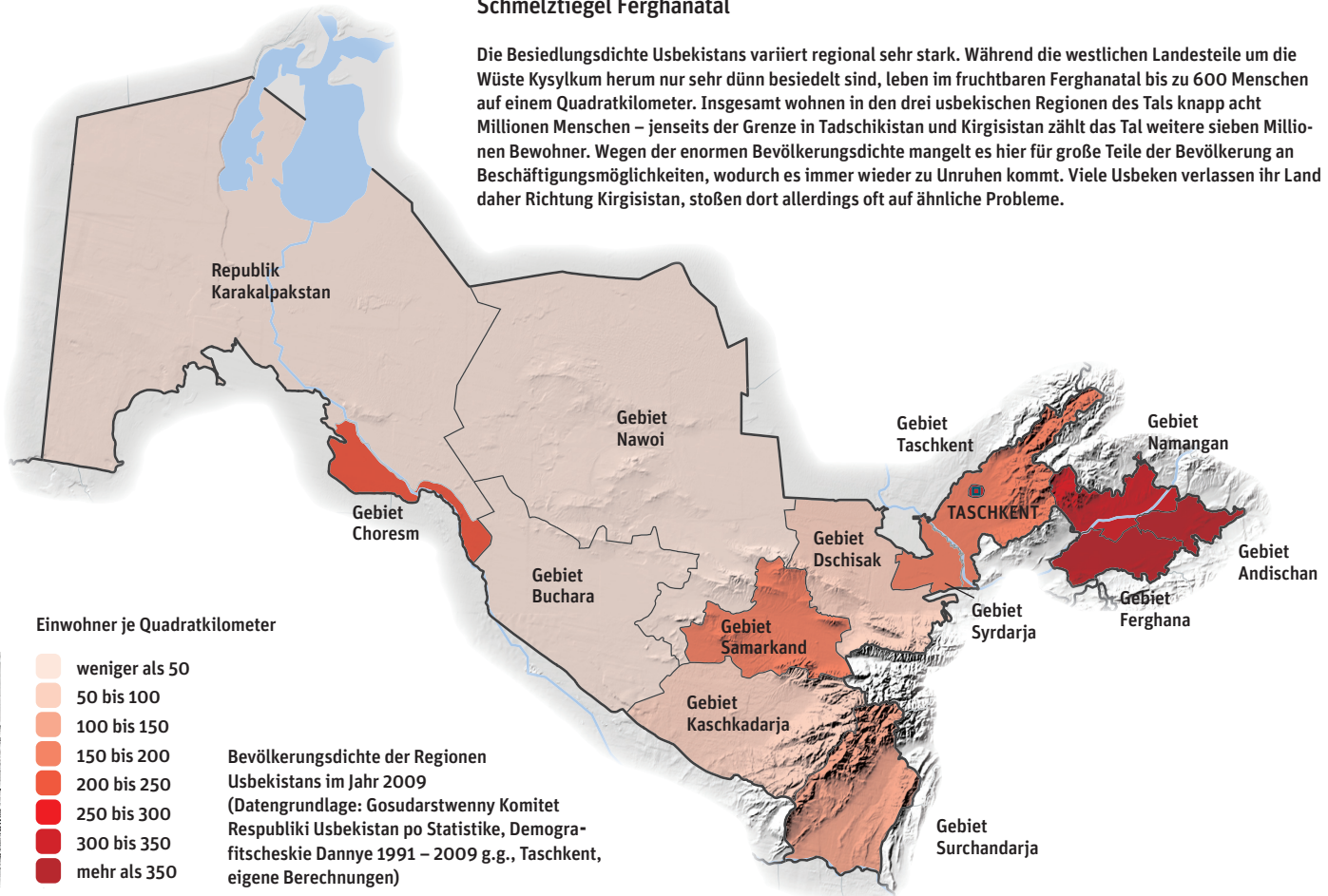
**In den 1980er Jahren übertraf die für den Baumwollanbau genutzte Anbaufläche jene der Weizenproduktion um ein Vielfaches. Im System der Sowjetunion war Usbekistan das Zentrum der Baumwollproduktion und bekam im Gegenzug Nahrungsmittel aus anderen Landesteilen. Dieser Mechanismus funktioniert seit der Unabhängigkeit 1991 nicht mehr, sodass die usbekische Regierung angeordnet hat, die Weizenanbaufläche auszuweiten. Obwohl dies zu Lasten des Baumwollanbaus ging, bleibt die Naturfaser das nach Gold zweitwichtigste Exportprodukt des Landes.**



Anbaufläche für Baumwolle und Weizen in Usbekistan in Hektar  
(Datengrundlage: United States Department of Agriculture)

## Schmelztiegel Ferghanatal

Die Besiedlungsdichte Usbekistans variiert regional sehr stark. Während die westlichen Landesteile um die Wüste Kysylkum herum nur sehr dünn besiedelt sind, leben im fruchtbaren Ferghanatal bis zu 600 Menschen auf einem Quadratkilometer. Insgesamt wohnen in den drei usbekischen Regionen des Tals knapp acht Millionen Menschen – jenseits der Grenze in Tadschikistan und Kirgisistan zählt das Tal weitere sieben Millionen Bewohner. Wegen der enormen Bevölkerungsdichte mangelt es hier für große Teile der Bevölkerung an Beschäftigungsmöglichkeiten, wodurch es immer wieder zu Unruhen kommt. Viele Usbeken verlassen ihr Land daher Richtung Kirgisistan, stoßen dort allerdings oft auf ähnliche Probleme.



Wegen der hohen Fertilitätsraten ist die Bevölkerung Usbekistans ausgesprochen jung. Das Medianalter, das eine Bevölkerung in zwei gleich große jüngere und ältere Gruppen teilt, liegt bei etwa 24,5 Jahren. Nur etwa sechs Prozent der Usbeken sind 60 Jahre oder älter. Da die durchschnittliche Kinderzahl je Frau in den vergangenen fünf Jahrzehnten jedoch kontinuierlich gesunken ist – von knapp sieben auf 2,2 – wird die Bevölkerung in den kommenden Jahren deutlich altern. Bis 2030 wird das Medianalter nach Prognosen der Vereinten Nationen auf knapp 33 Jahre steigen, und der Anteil der Menschen ab 60 Jahren wird sich auf 12,5 Prozent verdoppeln.

Auf die wirtschaftliche Lage könnte sich positiv auswirken, dass die Zahl der Männer im arbeitsfähigen Alter zwischen 16 und 60 Jahren und die der Frauen zwischen 16 und 55 Jahren von 15,7 Millionen auf 21 Millionen steigen wird. Gegenläufig ist die Entwicklung bei der heute am stärksten von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betroffenen Gruppe der 16- bis 25-Jährigen – sie wird von 5,7 auf 5,2 Millionen schrumpfen, während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 21,8 auf 15,3 Prozent zurückgehen wird.<sup>590</sup>

Doch für den schon heute überlasteten Arbeitsmarkt Usbekistans bedeutet die steigende Zahl von Erwerbspersonen eine zusätzliche Bürde. Umso wichtiger wird es in Zukunft sein, neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die Bevölkerung zu schaffen. In der Landwirtschaft dürfte dies aufgrund der Umweltproblematik nicht möglich sein. Die Entwicklung der Industrie und des Dienstleistungssektors wiederum hängt davon ab, inwiefern es gelingt, ausländische Investoren ins Land zu bringen. Immerhin ist hier ein Aufwärtstrend zu beobachten. Die jährlichen Investitionen aus dem Ausland stiegen von 70 Millionen US-Dollar im Jahr 2003 auf 918 Millionen im Jahr 2008. Ein Großteil der Gelder floss



in den Energiesektor Usbekistans, das über nachgewiesene Erdgasreserven von 2,8 Billionen Kubikmetern verfügt.<sup>591</sup> Im internationalen Vergleich hinkt Usbekistan bei den Direktinvestitionen dennoch hinterher: Der deutlich kleinere Nachbarstaat Turkmenistan empfing 2008 immerhin 820 Millionen Dollar. Kasachstan spielt mit knapp 15 Milliarden Dollar aufgrund seiner riesigen Ölreserven ohnehin in einer anderen Liga.<sup>592</sup>

Dass Usbekistan für Investoren lange Zeit nur mäßig interessant war, hängt mit einem vergleichsweise langsamen Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft zusammen. Anders als in den meisten Nachfolgestaaten der Sowjetunion, privatisierte Präsident Islam Karimow die Wirtschaft nur schrittweise, sodass der Staat noch heute weitgehende Kontrolle über die drei Schlüsselsektoren des Landes ausübt: Energie, Gold und Baumwolle. Gerade die Goldindustrie besitzt enormes Potenzial: Usbekistan gehört zu den zehn führenden Goldproduzenten der Welt und besitzt zahlreiche noch unerschlossene Vorkommen. 60 der jährlich produzierten 80 Tonnen gehen auf das Konto des staatlichen Bergbau- und Metallurgiekombinats Nawoi, das im weltweit größten Goldtagebau Muruntau in der Wüste Kysylkum aktiv ist.<sup>593</sup> Einziges ausländisches – und börsennotiertes – Unternehmen im Goldsektor Usbekistans ist das von einem chinesischen Konsortium kontrollierte Oxus Gold, das zur Hälfte an dem Joint Venture Amantaytau Goldfields in unmittelbarer Nähe der Muruntau-Grube beteiligt ist.

Viele Investoren schreckt die beschränkte Konvertierbarkeit der lokalen Währung, des Sums, ab. Er ist zwar offiziell seit 2003 frei handelbar, kann jedoch tatsächlich oft nicht uneingeschränkt getauscht werden. Weitere Hindernisse, um in Usbekistan Geschäfte zu machen, bilden eine unzureichende Infrastruktur sowie allgegenwärtige Korruption.

Nach dem „Internationalen Korruptionsindex“ von Transparency International gehört der Staatsapparat Usbekistans zu den zehn korruptesten Regimes der Welt.<sup>594</sup>

Nicht viel besser steht Usbekistan im jährlich erscheinenden „Doing Business Index“ der Weltbank da, wo es 2010 unter 183 Ländern Platz 150 belegte. Besonders schlecht schnitt es mit Platz 178 im Bereich „Steuern“ ab. Verantwortlich hierfür waren das komplizierte Steuersystem und die Gesamtabgabenlast, die durchschnittlich 95 Prozent der Profite ausmacht. Kaum besser sah es im Bereich „Grenzüberschreitender Handel“ aus, wo Usbekistan Platz 174 belegte. Die Abwicklung eines Exportgeschäftes dauerte hier im Schnitt 71 Tage, die eines Importgeschäftes gar 92 Tage.<sup>595</sup> Angesichts der für den Handel eigentlich günstigen geografischen Lage an der ehemaligen Seidenstraße wiegt dieses Defizit doppelt schwer.

### Geburtenkontrolle per Dekret

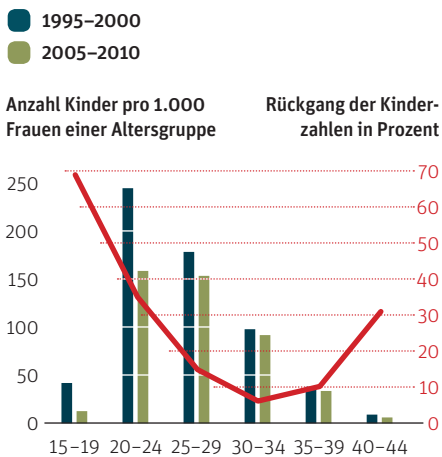
Präsident Karimow, der das Land seit seiner Gründung 1991 führt, ist sich des Bevölkerungsdrucks bewusst. Mit Beginn seiner Amtszeit versuchte er, die Kinderzahl je Frau zu drücken, die zum Ende der Sowjetperiode bei knapp vier lag – noch 1960 hatte sie 6,8 betragen.<sup>596</sup> Vor allem die staatlich kontrollierten Medien informieren über Verhütung und Familienplanung. Auf lokaler Ebene klären die sogenannten Mahallas – eine Art nichtstaatliche Bürgerversammlung – über Geburtenkontrolle auf. Nach den Ergebnissen einer Befragung von Angestellten des Gesundheitsapparats beließ es die Regierung allerdings nicht bei Bewusstseinsbildung, sondern hält Ärzte dazu an, einem bestimmten Anteil aller Patientinnen eine Spirale zur Empfängnisverhütung einzusetzen – schon vor der Unabhängigkeit war dies eine gängige Praxis.<sup>597</sup> Immer wieder prangern internationale Organisationen zudem an, dass Frauen in Usbekistan ohne ihr Wissen sterilisiert werden.<sup>598</sup>

Menschenrechtlich sind derlei Maßnahmen inakzeptabel. Die usbekische Regierung hat mit ihnen indes einige ihrer Ziele erreicht. So hat Verhütung die Abtreibung als Hauptinstrument zur Geburtenkontrolle abgelöst, und die Fertilitätsrate ist bis auf 2,3 Kinder je Frau gesunken.<sup>599</sup> Insgesamt hat sich die reproduktive Gesundheit allerdings verschlechtert: Die Zahl sexuell übertragbarer Krankheiten, darunter Aids, ist seit Mitte der 1990er Jahre drastisch angestiegen. Bei der Ausbreitung der HIV-Infektionen spielt wie überall im post-sowjetischen Raum der Drogenkonsum eine große Rolle. Zwar war die Zahl von etwa 16.000 Infizierten im Jahr 2007 – etwa 0,1 Prozent der Bevölkerung – im internationalen Vergleich recht niedrig. Doch angesichts der Tatsache, dass Ärzte erst Mitte der 1990er Jahre die ersten Fälle registrierten, verbreitet sich das Virus sehr schnell.<sup>600</sup> Die Regierung ist an dieser Entwicklung nicht ganz unschuldig, da sie dem Thema „sexuelle Gesundheit“ in den Familienplanungskampagnen keine Aufmerksamkeit schenkt, und vor allem die Spirale und Sterilisierung als Verhütungsmethoden propagiert.<sup>601</sup> Kondome, die auch vor sexuell übertragbaren Krankheiten schützen, sind bis heute vergleichsweise unpopulär. Sie passen nach Ansicht vieler Menschen nicht zur usbekischen Kultur – einer Kultur, in der Verhütung Frauensache ist.

Völlig lässt sich der Fertilitätsrückgang der letzten zwei Jahrzehnte jedoch nicht der Politik zuschreiben. Schon vor dem Fall der Sowjetunion war der Trend fallender Kinderzahlen sichtbar, der mit einem steigenden Entwicklungsstand und einer Modernisierung der Gesellschaft einhergeht. Zudem ist anzunehmen, dass sich die wirtschaftliche Krise der Übergangszeit auch in Usbekistan negativ auf die Kinderzahlen ausgewirkt hat.

## Starker Geburtenrückgang bei jungen Frauen

Seit 1995 ist die Kinderzahl je Frau in Usbekistan von 3,1 auf 2,3 zurückgegangen. Am stärksten war der Fertilitätsrückgang bei den jungen Frauen zwischen 15 und 24 Jahren. Dieser Trend verläuft parallel zum Anstieg des durchschnittlichen Heiratsalters von Frauen seit Mitte der 1990er Jahre. Ob er von Dauer ist, lässt sich noch nicht sagen, da Usbekinnen im Jahrzehnt zuvor immer jünger geheiratet hatten. Grund dafür könnte gewesen sein, dass sie sich während der Wendezeit früher binden wollten, um der wirtschaftlich unsicheren Lage zu begegnen.<sup>602</sup>



Altersspezifische Fertilitätsraten in Usbekistan 1995 bis 2000 und 2005 bis 2010 sowie Rückgang in Prozent über diesen Zeitraum (Datengrundlage: Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database, New York)

## Repression und Extremismus

Trotz aller internen Schwierigkeiten gilt das Regime von Präsident Karimow im regionalen Vergleich als stabil. Dies liegt auch daran, dass die Opposition weitgehend unterdrückt wird. Meist rechtfertigt die Regierung die Verhaftung Oppositioneller unter dem Vorwand, sie seien potenzielle islamistische Gewalttäter. Viele Experten glauben allerdings, dass Karimow die zweifellos vorhandenen extremistischen Strömungen zu einem politischen Feindbild aufbaut, um seinen repressiven Führungsstil zu legitimieren.<sup>603</sup>

Tatsächlich hat der Islam in Zentralasien seit dem Fall der Sowjetunion eine Renaissance erlebt. Durch Wanderungsströme sind die Gesellschaften nicht wie in Europa heterogener, sondern homogener geworden, und die lange unterdrückte Religion gewinnt wieder an Bedeutung als Identitätsstifter. Allein zwischen 1990 und 1997 hat etwa eine halbe Million Slawen das Land verlassen.<sup>604</sup> Heute sind 80 Prozent der Bevölkerung Usbeken – Russen und Tadschiken stellen offiziell je fünf Prozent. Fast 90 Prozent der Einwohner sind Muslime.<sup>605</sup>

Schon bald nach der Unabhängigkeit stieß der von Präsident Karimow propagierte Staatsislam auf Widerstand radikalislamischer Organisationen wie der „Islamischen Bewegung Usbekistans“ (IBU). Drei Bombenanschläge im Zentrum Taschkents im Frühjahr 1999 verfehlten nur knapp den Präsidenten. Während die IBU heute weitgehend zerschlagen ist, verzeichnet die weltweit agierende Organisation Hisb-ut-Tachrir in ganz Zentralasien enormen Zulauf. Auch sie hat den Sturz des usbekischen Regimes zum Ziel, an dessen Stelle sie ein Kalifat installieren will. Offiziell bekennt sich Hisb-ut-Tachrir bei dem Umsturz zu friedlichen Mitteln, schließt aber bei der angestrebten Vergrößerung des Staates militärische Gewalt nicht aus.<sup>606</sup>

Die Hochburg der Hisb-ut-Tachrir ist das dicht besiedelte Ferghanatal. Immer wieder kommt es in dem traditionell islamischen Gebiet zu Zusammenstößen zwischen Bevölkerung und Staatsmacht. Zur Tragödie kam es im Jahr 2005, als Militärs das Feuer auf Demonstranten eröffneten und mehrere hundert Menschen töteten.<sup>607</sup> Von Regierungsseite hieß es später, das Einschreiten sei nötig gewesen, da es sich bei den Demonstranten um militante Islamisten gehandelt habe. Andere Quellen berichten dagegen, dass sich Zehntausende auf dem zentralen Platz von Andischan zusammengefunden hatten, um gegen die Inhaftierung von 23 Geschäftsleuten zu demonstrieren, die als religiöse Extremisten festgenommen worden waren.<sup>608</sup>

Obschon in ihrem Ausmaß ein Einzelfall, veranschaulichen die Unruhen von Andischan das Dilemma Usbekistans. Mangels wirtschaftlicher Perspektiven ist die Bevölkerung unzufrieden. Wegen der politischen Unterdrückung kann sie ihren Ärger aber nicht offen kundtun und wird empfänglich für radikale Ideen. Inzwischen hat sich die Lage im Ferghanatal derart zugespitzt, dass Hisb-ut-Tachrir bei demokratischen Wahlen hier einen Erdrutschsieg davontragen würde. Das Regime Karimow steckt in einer Sackgasse: Nur ein nachhaltiger, Arbeitsplätze schaffender Wirtschaftsaufschwung könnte die Unzufriedenheit beenden und weitere Gewalt verhindern. Dem Aufschwung indes stehen eine unvollendete Reformagenda, politische Willkür und Korruption im Weg.

# TURKMENISTAN

Einwohnerzahl 2010	5,18 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	6,28 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	11
Kinderzahl je Frau 2005-2010	2,50
Lebenserwartung bei Geburt 2005-2010	64,7
Jährlicher Migrationssaldo 2005-2010	- 5.000
Durchschnittsalter 2010	24,7



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Diktatur ohne Daten

Im Zentrum der turkmenischen Hauptstadt Ashgabat dreht sich ein tonnenschweres steinernes Monument, das Ruhnama, das „Heilige Buch der Turkmenen“. Der Verfasser, Saparmurat Nijasow, war von 1990 bis zu seinem Tod 2006 Präsident des zentralasiatischen Staates und einer der bizarrsten Diktatoren der Neuzeit. Das Buch war Pflichtlektüre in allen Schulen, Universitäten, Moscheen – selbst in der Fahrschule. Heute ist das Pamphlet auch deshalb in 22 Sprachen übersetzt, weil es für Wirtschaftsunternehmen aus aller Welt eine Eintrittskarte für den turkmenischen Markt war – die Übertragung ins Deutsche zahlten DaimlerChrysler und die Firma Zeppelin-Baumaschinen.

Nijasow, der sich selbst „Turkmenbaschi“ nannte, Vater aller Turkmenen, regierte mit uneingeschränkter Willkür. Er strich einem großen Teil der Bevölkerung die Renten und schloss neben Opernhäusern und Bücherhallen auch alle Krankenhäuser außerhalb der Hauptstadt. Im Gegenzug schenkte er zum Internationalen Frauentag jeder Frau 38 US-Dollar. Nach Nijasows Tod im Jahr 2006 versuchte der neue Präsident Gurbanguly Berdimuhamedow, die größten Auswüchse

des Personenkults zu beseitigen. Er ließ die Erwähnung Turkmenbaschis aus dem Verfassungstext streichen, und Bauern und Hausfrauen bekamen per Dekret ihre Renten zurück.<sup>609</sup> Frei von autokratischen Attitüden ist der neue Machthaber in Turkmenistan freilich nicht. Zu seinem 50. Geburtstag ließ er sich einen ein Kilo schweren goldenen Orden mit 55-Karat-Diamanten verleihen.

Im Unterschied zu seinem Vorgänger beabsichtigt Berdimuhamedow auch, die Abhängigkeit Turkmenistans von den Bodenschätzen zu mindern und verschiedene Wirtschaftszweige zu fördern. Entsprechend hat er die Stadt Turkmenbaschi am Kaspischen Meer zu einem Kur- und Erholungsort umbauen lassen. Drei Hotels aus dem Projekt „Avaza“, das auch internationale Touristen ins Land bringen soll, wurden bereits feierlich eröffnet. Der Erholungskomplex soll bei der Fertigstellung im Jahr 2020 an einen sieben Kilometer langen, künstlichen Fluss angeschlossen werden.

## El Dorado in der Wüste

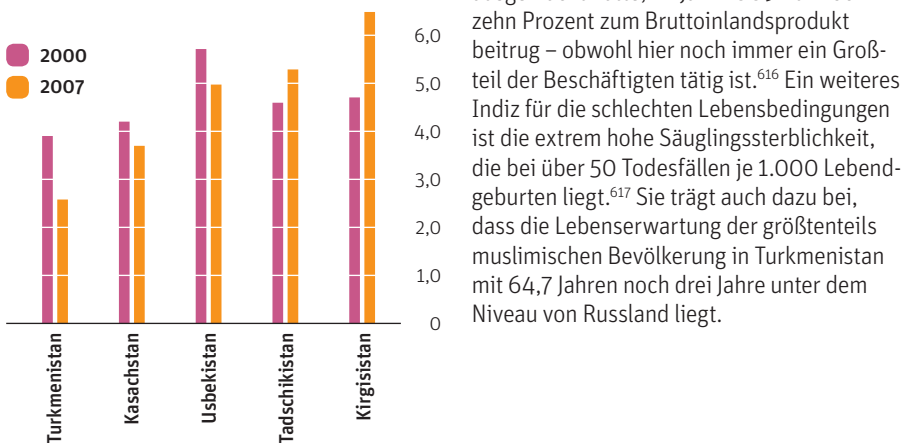
Das Land, dessen Fläche beinahe um die Hälfte größer ist als die Deutschlands, ist landschaftlich recht eintönig. Fast 95 Prozent der Oberfläche werden von einer der größten Wüsten der Welt, der Karakum, eingenommen. Doch unter dem Sand der Wüste liegt jener Bodenschatz, der seinen Diktatoren die obskuren Bauprojekte und den Personenkult ermöglicht hat: Erdgas. Nach der jüngsten Exploration des Süd-Jolotan-Osman Gasfeldes belaufen sich die Gasreserven Turkmenistans heute auf mehr als acht Billionen Kubikmeter, oder 4,3 Prozent der weltweiten Vorräte. Lediglich Russland, der Iran und Katar können auf größere Reserven zurückgreifen.<sup>610</sup>

Bei der derzeitigen Fördermenge würden die turkmenischen Erdgasreserven noch über 100 Jahre reichen. Die Produktion dürfte aber sehr bald steigen, denn das Land hat in den letzten drei Jahren einen wahren Bauboom an Pipelines erlebt. Im Dezember 2009 wurde die sogenannte Seidenstraßen-Pipeline eröffnet, die Turkmenistan mit China verbindet. Demnächst wird zudem die 1.700 Kilometer lange Pre-Caspian Pipeline gebaut, welche

die Stadt Turkmenbaschi mit Alexandrow Gay in Russland verbindet. Beide Rohrsysteme sollen jährlich jeweils 30 Milliarden Kubikmeter Erdgas transportieren. Ebenso viel turkmenisches und aserbajdschanisches Gas soll die Nabucco-Pipeline von 2015 an nach Europa pumpen.<sup>611</sup> Und auch der Iran will die Importe aus Turkmenistan mittels einer bereits fertig gestellten zweiten Pipeline von jährlich acht auf 20 Milliarden Kubikmeter erhöhen.<sup>612</sup>

### Gesundheitssystem in der Krise

Die Ausgaben für Gesundheit konnten zu Beginn des neuen Jahrtausends in den Erdöl und Erdgas exportierenden Staaten Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan nicht mit den Steigerungsraten der Wirtschaft Schritt halten. Im Jahr 2007 machten Gesundheitsausgaben in Turkmenistan nur 2,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus – weltweit lag der Wert in nur sieben Staaten niedriger. Entwickelte Länder investieren etwa zehn Prozent ihrer Wirtschaftskraft in die Gesundheit. Der geringe Anteil in Turkmenistan ist neben dem generellen Niedergang des Gesundheitssektors unter Nijasow auch der Korruption geschuldet. Denn behandelt wird oft nur, wer die regulären Arztgebühren unter der Hand noch deutlich aufstockt.<sup>613</sup>



Gesundheitsausgaben als Prozentsatz vom Bruttoinlandsprodukt, 2000 und 2007 (Datengrundlage: Weltgesundheitsorganisation, World Health Statistics, Genf)

### Der Reichtum kommt bei der Bevölkerung nicht an

Verlässliche Daten und Zahlen über Turkmenistan und seine Bevölkerung gibt es nur wenige. Diese werden in dem abgeschotteten Land nicht erhoben oder zumindest nicht veröffentlicht. Oft können nur Schätzungen internationaler Organisationen ein bruchstückhaftes Bild der Lage liefern.

Sicher ist, dass das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner durch den Erdgasboom seit 2000 deutlich gewachsen ist – von etwa 1.900 auf über 5.900 Internationale Dollar im Jahr 2009. Es lag damit mehr als doppelt so hoch wie im benachbarten Usbekistan und hat Turkmenistan nach Kasachstan zum zweitreichsten Land Zentralasiens gemacht.<sup>614</sup> An der Bevölkerung geht der Aufschwung der weitgehend staatlich gesteuerten Wirtschaft allerdings vorbei. Nach Schätzungen sind bis zu 70 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos, ein Großteil dieser Menschen lebt in bitterer Armut.<sup>615</sup>

Der Preisboom an den internationalen Rohstoffmärkten hat dazu geführt, dass die von der Baumwolle dominierte Landwirtschaft in Turkmenistan, die im Jahr 2000 noch 24 Prozent der gesamten Wirtschaftstätigkeit ausgemacht hatte, im Jahr 2009 nur noch zehn Prozent zum Bruttoinlandsprodukt beitrug – obwohl hier noch immer ein Großteil der Beschäftigten tätig ist.<sup>616</sup> Ein weiteres Indiz für die schlechten Lebensbedingungen ist die extrem hohe Säuglingssterblichkeit, die bei über 50 Todesfällen je 1.000 Lebendgeburten liegt.<sup>617</sup> Sie trägt auch dazu bei, dass die Lebenserwartung der größtenteils muslimischen Bevölkerung in Turkmenistan mit 64,7 Jahren noch drei Jahre unter dem Niveau von Russland liegt.

### Viele Turkmenen, wenige Russen

Turkmenistans Bevölkerung ist sehr jung. Im Jahr 2009 waren etwa 69 Prozent der 5,1 Millionen Einwohner jünger als 35 Jahre, aber nur knapp fünf Prozent 65 oder älter. In den 1960er und 1970er Jahren lag die durchschnittliche Kinderzahl je Frau bei sechs und sank erst in den folgenden Jahrzehnten langsam ab. Heute bekommen Frauen in Turkmenistan im Schnitt 2,5 Kinder, sodass sich das Bevölkerungswachstum von derzeit jährlich 1,3 Prozent bis 2030 auf 0,2 Prozent verlangsamen wird. Trotzdem wird die Bevölkerungszahl Turkmenistans im Jahr 2030 mit 6,3 Millionen um 21 Prozent höher liegen als noch 2010 – unter den Nachfolgestaaten der Sowjetunion wachsen nur Tadschikistan und Usbekistan schneller. Die Geburtenüberschüsse machen dabei selbst Wanderungsverluste von jährlich etwa einer Person je 1.000 Einwohner wett.<sup>618</sup>

Seit 1990 sind überwiegend Russen, Usbeken und Kasachen trotz offiziell geschlossener Außengrenzen abgewandert.<sup>619</sup> Während die meist städtische russische Bevölkerung das Land eher wegen nationalistischer Tendenzen der turkmenischen Gesellschaft verlassen hat, sind die Kasachen, die vorwiegend im Norden des Landes leben, vor allem wegen der Umweltprobleme gegangen, die das Austrocknen des Aralsees mit sich gebracht hat. Zudem lockte die Repatriierungspolitik der kasachischen Regierung viele Landsleute an.

Infolge der Abwanderung anderer Ethnien wird Turkmenistan ethnisch stets homogener. Betrug der Anteil der Turkmenen an der Gesamtbevölkerung 1989 noch 72 Prozent, lag er beim letzten Zensus 2003 schon bei 85 Prozent. Neben der turkmenischen Bevölkerung wuchs einzig der Anteil der Usbeken durch hohe Geburtenzahlen von etwa zwei auf fünf Prozent.<sup>620</sup>

# KIRGISISTAN

Einwohnerzahl 2010	5,55 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	6,54 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	28
Kinderzahl je Frau 2005-2010	2,56
Lebenserwartung bei Geburt 2005-2010	67,8
Jährlicher Migrationssaldo 2005-2010	- 15.000
Durchschnittsalter 2010	25,1



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Ethnische Verwerfungen

Nach der Unabhängigkeit im Jahr 1991 galt Kirgisistan als Insel der Demokratie in Zentralasien. Präsident Askar Askajew zeigte sich zu Beginn seiner Ägide reformwillig, und die drei größten Bevölkerungsgruppen des Landes – Kirgisen, Russen und Usbeken – lebten vergleichsweise friedlich zusammen. Vergessen schienen die blutigen Unruhen in der südkirgisischen Stadt Osch, bei denen sich 1990 die usbekische und die kirgisische Bevölkerung um Landrechte gestritten hatten.

Knapp zwei Jahrzehnte später hat sich das Bild gewandelt. Die Insel der Demokratie ist lange versunken, und der Alltag in Kirgisistan ist durch Nahrungsmittelknappheit, inflationäre Energiepreise und massive Korruption geprägt. Im April 2010 führte dies zum Sturz von Präsident Kurmanbek Bakijew, der seinerseits erst 2005 gewaltsam den immer autoritärer regierenden Askajew verdrängt hatte. Nach der erneuten Revolution eskalierte die Situation im Süden des Landes. Kirgisische Banden attackierten tagelang Angehörige der usbekischen Minderheit. Möglicherweise geschahen die Übergriffe auf Geheiß der Familie Bakijews, welche die Übergangsregierung schnell zu destabilisieren suchte.<sup>621</sup> Bei den Ausschreitungen kamen hunderte Menschen ums Leben, Zehntausende flüchteten ins benachbarte Usbekistan.<sup>622</sup>

### Nord-Süd-Gefälle

Im Jahr 2009 stellten Kirgisen mit 69,6 Prozent die größte Bevölkerungsgruppe unter den laut nationalen Angaben 5,28 Millionen Einwohnern – die Vereinten Nationen schätzten die Bevölkerung zur gleichen Zeit auf 5,48 Millionen. Hinter den Kirgisen folgten Usbeken und Russen als nächstgrößere Gruppen, mit Anteilen von 14,5 beziehungsweise 8,4 Prozent, sowie 80 weitere, kleinere Minderheiten.<sup>623</sup> Der Großteil der russischen Minderheit ist im nördlichen, Bischkek umgebenden Tschuital zu Hause. Usbeken siedeln vorwiegend im Süden, in den Gebieten Osch und Dschalalabad im Ferghanatal. Durch das Tian Shan Gebirge sind die beiden Täler, in denen zusammen 75 Prozent der Bevölkerung leben, weitgehend voneinander isoliert.<sup>624</sup> Erst seit 2003 sind sie durch eine ganzjährig befahrbare Straße verbunden.

Historisch bedingt unterscheiden sich die Lebensumstände im Norden und Süden: Der an die kasachische Ebene grenzende Norden ist das wirtschaftliche Zentrum des Landes. Die sowjetischen Planer siedelten hier Textil-

Nahrungsmittel- und Elektroindustrien an, weshalb vergleichsweise viele Menschen in Städten zu Hause sind. Im ländlichen Süden leben viele Menschen noch als Bauern und die Armut ist ein großes Problem. Im Jahr 2007 war das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Bischkek mit umgerechnet etwa 4.500 Internationalen Dollar mehr als dreimal so hoch wie in Osch, der zweitgrößten Stadt des Landes. Auch die Wirtschaftskraft der anderen nördlichen Gebiete Tschui, Issyk-Kul und Talas lag deutlich über der aller südlichen Gebiete.<sup>625</sup>

Die Anfänge russischer Besiedlung in der Region finden sich schon Ende des 19. Jahrhunderts, kurz nachdem Zar Alexander II. das Khanat Kokand erobert hatte, welches das heutige Kirgisistan beinhaltet. Das fruchtbare Tschuital entwickelte sich schnell zum beliebten Wanderungsziel unter russischen Bauern, die viele der in traditionellen Jurten lebenden kirgisischen Nomaden gen China vertrieben – die Sowjets führten diese Politik später fort.<sup>626</sup> Der Anteil ethnischer Russen an der Gesamtbevölkerung stieg in der Folge – von 5,9 Prozent im Jahr 1926 auf 30,2 Prozent im Jahr 1959. Vor allem während des Zweiten Weltkriegs erhöhte sich die Zahl drastisch, da die sowjetischen Machthaber



Industriebetriebe aus den westlichen Landesteilen evakuierten, unter anderem in das heutige Kirgisistan. Kirgisen, die Ende der 1950er Jahre nur noch 40,5 Prozent der Gesamtbevölkerung stellten, gewannen erst seit den 1960er Jahren wegen ihrer höheren Kinderzahlen gegenüber den Russen wieder an Bedeutung.<sup>627</sup>

Der Trend hin zu einer ethnisch homogenen Bevölkerung hat sich seit der Unabhängigkeit 1991 fortgesetzt. Zwischen dem letzten Sowjetzensus 1989 und 2009 sank die Zahl der ethnischen Russen von 917.000 auf 440.000, während die Gesamtbevölkerung gleichzeitig um über ein Viertel von 4,33 auf 5,48 Millionen Menschen wuchs.<sup>628</sup> Damit verloren die Russen auch ihren Status als größte Minderheit an die Usbeken. Von letzteren lebten 2009 rund 767.000 in Kirgisistan – 1989 waren es lediglich 550.000 gewesen. Die Kirgisen legten im genannten Zeitraum von 2,23 Millionen auf 3,67 Millionen Menschen zu.<sup>629</sup>

Vor allem aufgrund der Abwanderung ist die russische Minderheit in Kirgisistan in den ersten zwei Jahrzehnten der Unabhängigkeit geschrumpft. Wie in den anderen zentralasiatischen Staaten auch, flüchteten viele Russen vor der tiefen wirtschaftlichen Krise der 1990er Jahre, im Zuge derer das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner um etwa 40 Prozent zurückging, während die jährliche Inflationsrate auf über 1.000 Prozent stieg.<sup>630</sup> Für die Wirtschaft, vor allem die Industrie, aller zentralasiatischer Staaten bedeutete die massenhafte Abwanderung von Russen einen erheblichen Verlust, da sie im Schnitt deutlich besser ausgebildet waren als die namensgebenden „Titular“-Völker. Vor 1991 stellten Russen etwa die Hälfte aller Ingenieure Zentralasiens.<sup>631</sup>

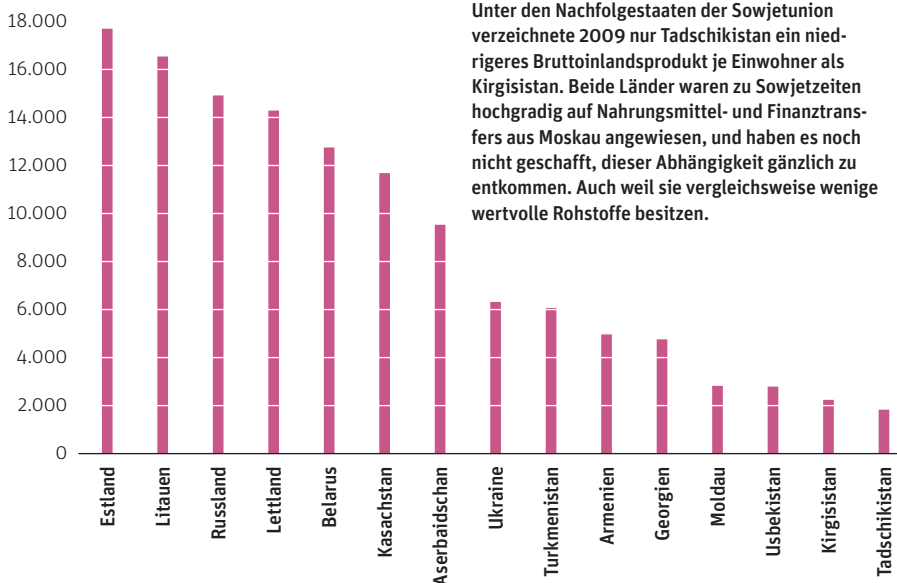
Die in Kirgisistan verbliebenen Russen bekommen zudem deutlich weniger Kinder als der Rest der Bevölkerung. Dies zeigte das letzte Demographic and Health Survey im Jahr 1997. So bekamen Kirgisinnen durchschnittlich 3,6 Kinder, während Russinnen in Kirgisistan im Schnitt nur 1,5 Kinder zur Welt brachten. Auch der wachsende Anteil der usbekischen Bevölkerung gründet unter anderem auf der hohen Fertilität dieser Gruppe: Usbeken erreichen mit durchschnittlich 4,2 Kindern den höchsten Wert unter den drei großen Ethnien.<sup>632</sup>

Im Jahr 2008 lag die durchschnittliche Kinderzahl je Frau in Kirgisistan nach Angaben der Vereinten Nationen bei 2,56, laut dem Nationalen Komitee für Statistik gar bei 2,81. Bemerkenswert ist, dass die Kinderzahlen seit Anfang des neuen Jahrtausends deutlich gestiegen sind – 2001 hatte die Ziffer lediglich bei 2,38 gelegen. Dieser Anstieg, der Kirgisistan von seinen Nachbarn Tadschikistan und Usbekistan unterscheidet, lässt sich beinahe gänzlich mit einem Mehr an Kindern in Städten erklären – hier erhöhte sich die Rate im genannten Zeitraum von 1,70 auf 2,57 Kinder je Frau. In ländlichen Gegenden stieg sie lediglich von 2,93 auf 2,99.<sup>633</sup> Hierbei hat neben der verbesserten wirtschaftlichen Lage auch die Abwanderung ethnischer Russen eine Rolle gespielt: Sie waren vorwiegend in den Städten zu Hause und dort mit verantwortlich für die niedrigen Fertilitätsraten.

Da ländliche Gebiete aber noch immer deutlich höhere Nachwuchszahlen verzeichnen als Städte, wird das Gros des Bevölkerungswachstums von knapp 20 Prozent bis 2030 hier stattfinden.<sup>634</sup> Dadurch wird der Süden des Landes, wo schon heute 57 Prozent der Bevölkerung leben, weiter an Gewicht gewinnen.<sup>635</sup> Gerade das schnelle Bevölkerungswachstum der usbekischen Minderheit birgt dort weiterhin Spannungspotenzial. Seit längerem schon dominieren sie die Märkte im Süden, doch sind ihre Forderungen nach politischer Teilhabe und einer größeren Rolle für die usbekische Sprache bisher meist wirkungslos verhallt. Vielmehr ist Russisch seit 1996 zweite offizielle Landessprache.

### Das Armenhaus der ehemaligen Sowjetunion

Unter den Nachfolgestaaten der Sowjetunion verzeichnete 2009 nur Tadschikistan ein niedrigeres Bruttoinlandsprodukt je Einwohner als Kirgisistan. Beide Länder waren zu Sowjetzeiten hochgradig auf Nahrungsmittel- und Finanztransfers aus Moskau angewiesen, und haben es noch nicht geschafft, dieser Abhängigkeit gänzlich zu entkommen. Auch weil sie vergleichsweise wenige wertvolle Rohstoffe besitzen.



Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion in Internationalen Dollar, 2009 (Datengrundlage: IWF, World Economic Outlook Database, Washington DC, Daten für Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan sind Schätzungen)

## Nachbarschaftsprobleme

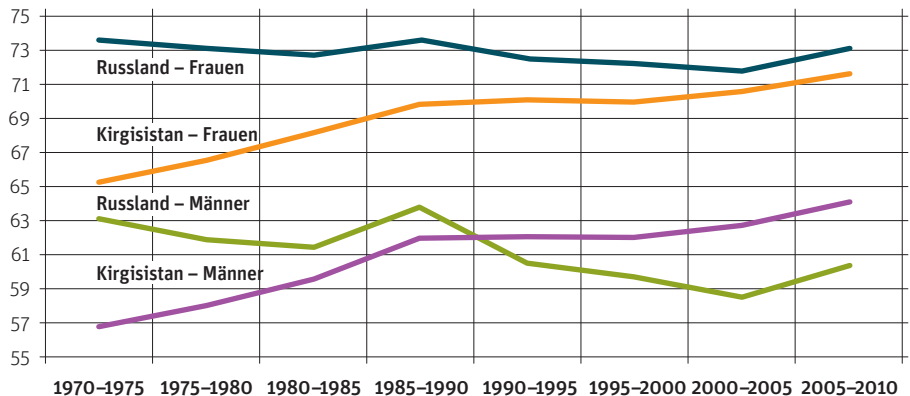
Wie in den Nachbarstaaten haben die hohen Geburtenraten auch in Kirgisistan zu einem Überangebot an Arbeitskräften geführt, weshalb gerade Menschen aus den ärmeren südlichen Regionen gen Norden abwandern. So verlassen seit einigen Jahren nicht mehr ausschließlich Russen, sondern auch immer mehr Kirgisen das Land – im Jahr 2008 stellten sie 37 Prozent der Auswanderer und damit ähnlich viele wie die Russen.<sup>636</sup> Nach Schätzungen arbeiteten bereits 2005 zwischen 300.000 und 500.000 Kirgisen in Russland und Kasachstan.<sup>637</sup> Im Jahr 2008 machten die Rücküberweisungen der Migranten 27,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus und waren das wichtigste Mittel zur Armutsbekämpfung.<sup>638</sup>

Ein weiteres Problem, das Kirgisistan mit seinen Nachbarn teilt, ist der Drogenschmuggel, der für viele die einzige Möglichkeit ist, Geld zu verdienen. Jährlich queren etwa 20 Tonnen Betäubungsmittel kirgisches Gelände.<sup>639</sup> Daneben kommt es mit den Anrainerstaaten im Tal immer wieder zu Wassernutzungskonflikten.

Bessere Beziehungen pflegt Kirgisistan zu seinem östlichen Nachbarn China, das trotz Korruption und unsicherer Rechtslage kräftig in neue Goldminen und die Infrastruktur des Landes investiert. Schon heute ist Gold Kirgisistans wichtigstes Exportgut und gerade bei der Förderung des Edelmetalls ist das Land auf ausländische Geldgeber angewiesen – meist als Partner in Joint Ventures mit dem staatlichen Konzern Kyrgyzaltyn. Mehrheitseigner des größten Vorkommens, der auf 4.000 Meter Höhe im Nordosten des Landes gelegenen Kumtor Mine, ist die kanadische Centerra Gold. Das Unternehmen produziert 90 Prozent des landesweiten Goldes.<sup>640</sup> Hauptabnehmer ist die Schweiz, die so zum weltweit größten Importeur kirgisischer Produkte geworden ist.<sup>641</sup>

## Kirgisische Männer leben länger als russische

Trotz Wirtschaftskrise ging die Lebenserwartung in Kirgisistan in den frühen 1990er Jahren nur minimal zurück – anders in Russland, wo sich die Überlebenschancen gerade für Männer extrem verschlechterten. Männer in Kirgisistan leben trotz niedrigerem Entwicklungsstand im Schnitt knapp vier Jahre länger als ihre russischen Geschlechtsgenossen. Frauen können in Russland zwar noch immer mit einer längeren Lebenszeit rechnen als in Kirgisistan, allerdings haben sie einen Großteil ihres Vorsprungs verloren. Interessanterweise sank die Lebenserwartung auch innerhalb Kirgisistans unter Russen und Russinnen trotz ihres höheren sozio-ökonomischen Status in der Gesellschaft deutlich stärker als unter der alteingesessenen Bevölkerung. Offenbar haben die beiden Bevölkerungsgruppen unterschiedlich auf die wirtschaftliche Unsicherheit reagiert – Russinnen und Russen tendierten dabei zu übermäßigem Alkoholkonsum.<sup>642</sup>



Lebenserwartung bei der Geburt nach Geschlecht in Kirgisistan und Russland, 1970 bis 2010  
(Datenquelle: Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database, New York)

Aber auch der Handel zwischen China und Kirgisistan blüht, den beiden einzigen WTO-Mitgliedern in der Region: Allein zwischen 2006 und 2008 verdreifachte sich das Volumen des Warenumschs – fast ausschließlich aufgrund steigender Importe Kirgisistans. Nach Russland war China im Jahr 2008 Kirgisistans zweitwichtigster Handelspartner.<sup>643</sup> Vielen Kirgisen geht der Einfluss Chinas inzwischen jedoch zu weit. Sie fürchten die Konkurrenz der bis zu 100.000 in Kirgisistan ansässigen chinesischen Arbeiter und der Händler, die hier ihre Güter auf den zentralasiatischen Markt bringen. Ethnisch motivierte Gewalt gegen Chinesen ist längst keine Seltenheit mehr.<sup>644</sup>

Aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur ist Kirgisistan extrem abhängig von Weltmarktpreisen für Energie und Nahrungsmittel – denn beides importiert das Land. So kann es in Zeiten steigender Preise schnell zu Krisen kommen, wie zuletzt 2008, als die Stadtviertel Bischkeks reihum vom Stromnetz genommen wurden. Um den Produktionsstandort Kirgisistan in Zukunft attraktiver zu machen, bedarf es vor allem einer besser ausgebildeten Bevölkerung. Nach 1991 wanderten Lehrer aufgrund sehr niedriger Bezahlung massenhaft ab, sodass die Schulen teils Vormittags- und Nachmittagsstunden anbieten müssen. Auch die Ausstattung mit Lehrmaterialien ist mangelhaft. Ähnliche Probleme gibt es in der Hochschulbildung: Zwar war die Studentenquote 2007 mit 48,3 je 1.000 Einwohner die höchste in Zentralasien, doch mangelt es auch hier an qualifiziertem Lehrpersonal.<sup>645</sup> Zudem schaffen vor allem jene den Abschluss, die dafür Geld auf den Tisch legen.<sup>646</sup>



# TADSCHIKISTAN

Einwohnerzahl 2010	7,08 Millionen
Einwohnerzahl 2030 (Prognose)	9,62 Millionen
Einwohner/km <sup>2</sup> Landesfläche 2010	49
Kinderzahl je Frau 2005-2010	3,45
Lebenserwartung bei Geburt 2005-2010	66,7
Jährlicher Migrationssaldo 2005-2010	- 40.000
Durchschnittsalter 2010	20,7



(Datengrundlage siehe Seite 139)

## Wo Wachstum zum Problem wird

Wer in Tadschikistan keine Anteilsscheine am nationalen Großbauprojekt des Rogun-Staudamms besitzt oder Spenden dafür nachweisen kann, muss Konsequenzen fürchten: Studierende etwa laufen Gefahr, ihre Studienplätze zu verlieren. Und in einer Region des Landes ist Lehrkräften schon einmal der Lohn eines Arbeitstages abgezogen worden. Das Geld floss in den Staudambau. Denn nachdem der russische Aluminiumkonzern Rusal als Großinvestor ausgefallen ist, benötigt das Mammutprojekt dringend Kapital.<sup>647</sup>

Der Damm, dessen Planung bis in Sowjetzeiten zurückgeht, wäre in der Geschichte Tadschikistans ein Meilenstein: 335 Meter hoch soll die Staumauer am Wachs im Zentrum des Landes werden – das wäre Weltrekord. Mit einer Leistung von 3.600 Megawatt könnte die Anlage so viel Strom liefern wie drei moderne Kernkraftwerke zusammen. Die Elektrizitätsproduktion des Landes würde sich auf einen Schlag um mehr als 75 Prozent erhöhen.<sup>648</sup> Tadschikistan wäre damit erstmals energieautark und könnte zudem mit Stromlieferungen nach Afghanistan, Pakistan und China dringend benötigte Devisen ins Land holen. Derzeit verschlingt die Aluminiumindustrie Unmen-

gen an Elektrizität, während die Bevölkerung die eiskalten Winter in dem zu 93 Prozent von Bergen bedeckten Land oft mit Feuerholz bestreiten muss. Allein das staatliche Aluminiumunternehmen Talco produziert jährlich über 400.000 Tonnen Rohaluminium und verbraucht dabei 40 Prozent der gesamten tadschikischen Energie.<sup>649</sup>

Doch für das arme Tadschikistan ist der Bau des Damms eine finanziell kaum zu bewältigende Aufgabe. Allein um die ersten zwei der sechs Aggregate zu bauen, benötigt der Staat etwa eine Milliarde Dollar, die nun mit dem Aktienverkauf an die gesamte Bevölkerung eingetrieben werden soll.<sup>650</sup> Ob dies gelingt, ohne dass die Menschen noch mehr unter Druck gesetzt werden, ist fraglich. Denn freiwillig kaufen wohl nur wenige die Aktien, deren Preis ein Vielfaches des durchschnittlichen Monatseinkommens beträgt.

Die Finanzen sind jedoch nicht das einzige Hindernis, das Tadschikistan auf dem Weg zur Energieautarkie im Weg steht. Auch der Nachbar Usbekistan versucht vehement, den Dammbau zu stoppen. Denn das Wasser des in Richtung Aralsee fließenden Amudarja, der aus dem Zusammenfluss von Wachs und Pjandsch entsteht, wird im Sommer zur Bewässerung der talwärts gelegenen usbekischen und turkmenischen Baumwollfelder

dringend benötigt. In dieser Jahreszeit aber wollen die Tadschiken das Wasser in den Bergregionen aufstauen, um damit vor allem im Winter Strom zu produzieren. Auch auf die hohe Erdbebengefahr in der Region wies die usbekische Regierung hin. Experten vermuten derweil, dass Usbekistan den Bau des Damms in erster Linie deshalb verhindern will, um die Abhängigkeit Tadschikistans von den eigenen Erdgaslieferungen zu erhalten.<sup>651</sup>

## Bürgerkrieg und Wirtschaftskrise

Die Wurzeln der heutigen Fehde zwischen den beiden Staaten liegen in der Sowjetzeit, als staatlich geregelt war, dass Tadschiken und Kirgisen ihre westlichen Nachbarn mit Wasser zu versorgen haben und im Gegenzug Erdgas erhalten. In diversen Abkommen einigten sich die zentralasiatischen Staaten nach 1991 zwar darauf, die alte Vereinbarung beizubehalten, jedoch kamen sie selten ihren Verpflichtungen nach. Zudem verkaufte Usbekistan seinen Brennstoff nun zu Weltmarktpreisen an die Nachbarn, während Tadschikistan mit seinem Wasser keine vergleichbaren Einnahmen erzielen konnte. Ende Oktober 2009 stellte Usbekistan seine



Energielieferungen an Tadschikistan vorübergehend ein und bestärkte seinen östlichen Nachbarn so weiter darin, das Dammbau-projekt voranzutreiben.

Zwar sind Tadschiken ein persisches und Usbeken ein Turkvolk, doch noch zu Zarenzeiten spielte die ethnische Zugehörigkeit in den Beziehungen der beiden Gruppen eine untergeordnete Rolle. Wichtiger war die islamische Religion, welche die beiden Völker verband. Selbst wenig gebildete Menschen sprachen gewöhnlich sowohl Tadschikisch als auch Usbekisch. Erst als Stalin im Zuge der „Nationalen Abgrenzung“ im Jahr 1928 die Tadschikische Sozialistische Sowjetrepublik aus der Usbekischen ausgliederte, dabei aber die bedeutenden tadschikischen Zentren Samarkand und Buchara Usbekistan zusprach, entwickelte sich in der Region so etwas wie ein nationales Bewusstsein. Zu Sowjetzeiten noch unterdrückt, führt es seit den 1990er Jahren immer häufiger zu kleineren Konflikten.

1992, ein Jahr nach der Staatsgründung und den ersten demokratischen Wahlen in Tadschikistan, aus der die alten Sowjetkader als Sieger hervorgingen, stürzte das Land in einen blutigen Bürgerkrieg. Bis zu seinem offiziellen Ende im Jahr 1997 kostete er mindestens 50.000 Menschen das Leben – ein Vielfaches an Menschen wurde vertrieben.<sup>652</sup> Die Aufständischen, die sich sowohl aus Liberalen als auch aus Islamisten zusammensetzten und ihre Anhänger vorwiegend aus der mitteltadschikischen Stadt Garm und dem östlichen Landesteil Berg-Badachschan rekrutierten, mussten nach ihrer entscheidenden Niederlage im Jahr 1993 Massaker seitens der Regierungstruppen fürchten und flüchteten zu Zehntausenden ins benachbarte Afghanistan.<sup>653</sup> Schon während des Krieges war ein Großteil der in Tadschikistan ansässigen eth-

nischen Russen nach Russland geflohen. Ihre Zahl wird auf rund 400.000 geschätzt.<sup>654</sup>

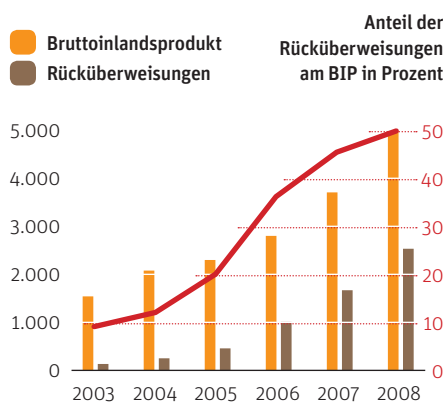
Auch die wirtschaftlichen Folgen des Bürgerkriegs waren verheerend: Das reale Bruttoinlandsprodukt halbierte sich zwischen 1992 und 1996, wodurch drei Viertel der Bevölkerung von Einkommen unterhalb der Armutsgrenze leben mussten.<sup>655</sup> Bei der für den Export wichtigen Baumwollproduktion, der Tadschikistan einen Großteil seiner geringen landwirtschaftlich nutzbaren Fläche widmet, ging der Ertrag bis 1996 auf 312.000 Tonnen zurück – vor der politischen Wende waren es im Schnitt 800.000 gewesen.<sup>656</sup> Durch Ernteausfälle und fallende Weltmarktpreise reichten die Exporterlöse kaum mehr aus, um dringend benötigte Nahrungsmittel für die wachsende Bevölkerung einzuführen – denn Tadschikistan kann sich aufgrund der von den

Sowjets eingeführten Baumwollmonokultur nicht selbst mit Lebensmitteln versorgen.

Noch heute leiden die Bauern unter der Krise der 1990er Jahre: Als die tadschikische Regierung die Kolchosen und Sowchosen im Jahr 1996 in sogenannte Dehkan-Farmen umwandelte, waren diese hoch verschuldet. Die Bauern, die ihr Land seitdem vom Staat pachten, müssen per Gesetz die Schulden der ehemaligen Kollektivbetriebe mit übernehmen. Auch haben sie kaum Möglichkeiten, ihre Betriebe zu sanieren, da wie in Usbekistan auch in Tadschikistan der Staat die Produktion diktiert. Zwischen 60 und 75 Prozent ihrer Anbauflächen müssen die Bauern für die Baumwollproduktion abstellen. Die Erzeugnisse dürfen sie nur über den Staat exportieren, der einen Großteil der Gewinne einstreicht.<sup>657</sup>

### Tadschikistans wichtigste Wirtschaftsstütze

**Nachdem die tadschikische Regierung Anfang des Jahrtausends viele der Hindernisse für Arbeitsmigranten aus dem Weg geräumt hatte, stieg das Volumen der Rücküberweisungen sprunghaft an. Bis 2008 wuchs es sogar schneller als die tadschikische Wirtschaft, die sich zeitgleich von der tiefen Krise der 1990er Jahre erholte. Den Höhepunkt erreichten die Sendungen im Jahr 2008, als sie mit etwa 2,5 Milliarden US-Dollar mehr als 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Tadschikistan ausmachten. 2009 gingen die Geldsendungen in Folge der Wirtschaftskrise allerdings deutlich zurück.**



**Bruttoinlandsprodukt in und Rücküberweisungen nach Tadschikistan in Millionen US-Dollar in den Jahren 2003 bis 2008**  
(Datengrundlage: Weltbank, World Development Indicators Database, Washington DC)

### Arbeitsmigranten – Tadschikistans Lebensversicherung

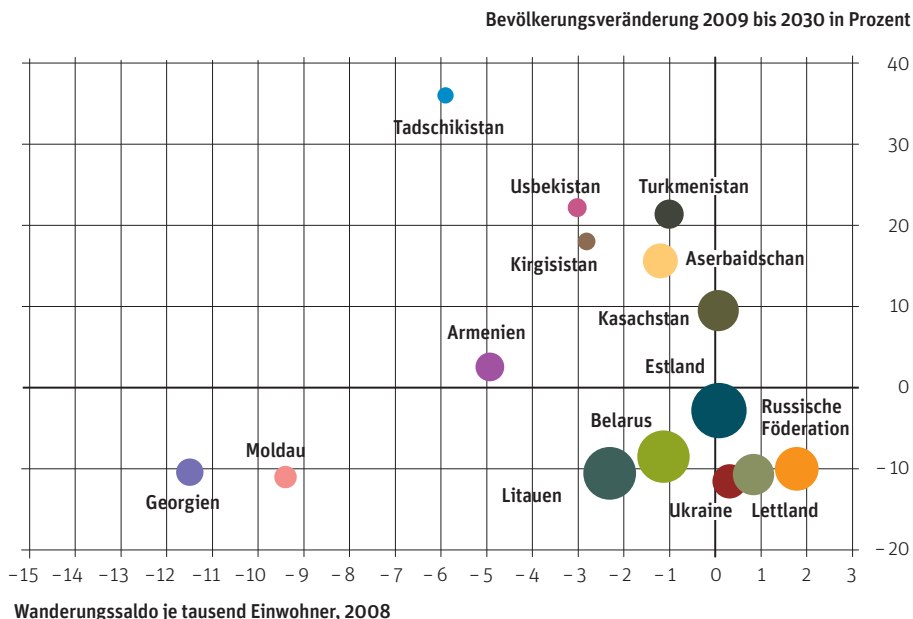
Um der Perspektivlosigkeit der Nachkriegszeit zu entfliehen, wanderten viele junge Tadschiken nach Russland aus – die wenigsten von ihnen besitzen eine Aufenthaltsgenehmigung. Bis heute hat mindestens eine Million Tadschiken auf der Suche nach Arbeit entweder gänzlich oder zeitweise das Land verlassen.<sup>658</sup> Zwar hat Tadschikistan auf diese Weise etwa 20 Prozent seiner arbeitsfähigen Bevölkerung verloren, doch stünde das Land ohne seine Auswanderer heute noch sehr viel schlechter da. Denn diese überweisen einen erheblichen Teil ihres Lohns, der den tadschikischen Durchschnittsverdienst um ein Vielfaches übersteigt, an ihre Familien in der Heimat. Das offizielle Gesamtvolumen der Transfers aus dem Ausland betrug im Jahr 2008 etwa 2,5 Milliarden Dollar. Dies entsprach der Hälfte des gesamten Bruttoinlandsprodukts Tadschikistans – ein weltweit einmalig hoher Wert.<sup>659</sup> So haben die Arbeitsmigranten einen erheblichen Beitrag dazu geleistet, dass die Armutsquote in Tadschikistan auf 44,4 Prozent gefallen ist, wenngleich sie damit immer noch sehr hoch liegt.<sup>660</sup>

## Hohes Bevölkerungswachstum trotz massiver Abwanderung

Fast alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die bis 2030 Bevölkerung hinzugewinnen werden, verlieren heute Menschen durch Abwanderung – einzig Kasachstan verzeichnet minimale Wanderungsüberschüsse. Die Wachstumsländer befinden sich allesamt außerhalb Europas und sind wirtschaftlich wenig entwickelt. Traditionelle Gesellschaftsstrukturen sorgen hier für stabile Geburtenüberschüsse, welche die Wanderungsverluste übertreffen. In Tadschikistan ist dieser Trend am stärksten ausgeprägt: Im ärmsten Land der ehemaligen Sowjetunion wird die Bevölkerung bis 2030 am stärksten wachsen – um über 35 Prozent. Das Gegenteil ist in den europäischen Ex-Sowjetstaaten der Fall, wo niedrige Geburtenzahlen flächendeckend dazu führen, dass die Bevölkerung schrumpft.

Trotz der Rücküberweisungen stand die tadschikische Regierung der Arbeitsmigration lange Zeit skeptisch gegenüber oder wertete sie gar als Verrat am eigenen Volk. Bis 2001 besteuerte der Staat internationale Überweisungen mit 30 Prozent. Migranten waren praktisch gezwungen, Geld persönlich zu überbringen und wurden zudem häufig Opfer von Diebstählen oder der Willkür von Grenzposten und Polizisten. Nach Abschaffung der Sondersteuer wurde dann die Banküberweisung zum üblichen Weg der Geldübermittlung. Das Jahr 2002 brachte eine weitere Erleichterung, indem die Regierung das Ausreisevisum abschaffte, das Migranten bis dahin hatten beantragen müssen. Im Jahr 2004 unterzeichneten Russland und Tadschikistan gar einen Vertrag, der die Rechte der Arbeitsmigranten erstmals formell festhielt und auch die illegale Migration bekämpfen sollte.<sup>661</sup> Trotz allem halten sich noch immer viele Tadschiken illegal in Russland auf.<sup>662</sup>

Die massenhafte Arbeitsmigration macht Tadschikistan extrem abhängig von der russischen Konjunktur. Als die dortige Wirtschaft 2009 in eine Krise schlitterte, fielen auch die Rücküberweisungen um über 30 Prozent.<sup>663</sup> Gerade die Baubranche, in der in Russland



Zusammenhang zwischen dem Wanderungssaldo 2008, der Bevölkerungsveränderung bis 2030 und der Wirtschaftskraft in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die Größe der Kreise beschreibt das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Internationalen Dollar.

(Datengrundlage: IWF, World Economic Outlook Database, Washington DC, eigene Berechnungen; Uno, World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database; Nationale Statistische Ämter)

viele Tadschiken ihr Geld verdienen, reagiert empfindlich auf Konjunkturschwankungen. Auch die langfristige wirtschaftliche Entwicklung Tadschikistans profitiert nur wenig von den Transfers, die zum größten Teil in den privaten Konsum fließen. Nur etwa 15 Prozent der Einkünfte werden investiert, und auch diese eher in Privatimmobilien als in Firmengründungen oder Produktionsgüter.<sup>664</sup>

### Bevölkerungsdruck trifft auf schwachen Arbeitsmarkt

Trotz Abwanderung wächst die Bevölkerung Tadschikistans von allen ehemaligen Sowjetrepubliken am schnellsten. Lebten 1989 lediglich fünf Millionen Menschen in der Bergrepublik, waren es 2010 schon über sieben Millionen – ein Anstieg um mehr als ein Drittel.<sup>665</sup> Erklären lässt sich das Wachstum damit, dass Frauen in Tadschikistan im Schnitt noch immer mehr als drei Kinder

bekommen. Dies sind zwar rund zwei Kinder weniger als noch in den 1980er Jahren, aber deutlich mehr als für eine stabile Bevölkerungszahl nötig wären. Jährlich übersteigt die Zahl der Geburten jene der Sterbefälle um etwa 150.000. Durch den Kinderreichtum ist die Bevölkerung Tadschikistans zudem sehr jung: Die Hälfte der Tadschiken ist noch keine 20 Jahre alt. Weil in den künftigen Jahren immer mehr Frauen in das potenzielle Elternalter zwischen 15 und 44 Jahren kommen, wird die Bevölkerung weiter stark wachsen. Die Vereinten Nationen schätzen, dass im Jahr 2030 etwa 9,6 Millionen Menschen in Tadschikistan leben werden – über 35 Prozent mehr als heute.<sup>666</sup>

Da der tadschikische Arbeitsmarkt nicht in der Lage ist, den stetigen Zuwachs an jungen Leuten zu absorbieren, birgt das starke Bevölkerungswachstum große Risiken. Allein in der ersten Jahreshälfte 2009 belasteten bis zu 150.000 Personen den heimischen Arbeitsmarkt zusätzlich, da die Nachfrage nach Arbeitskräften in Russland infolge der Wirtschaftskrise stark geschrumpft war.<sup>667</sup> Zur Arbeitslosigkeit selbst gibt es keine verlässlichen Daten – die offizielle Quote von 2,2 Prozent hat nichts mit der Realität zu tun.<sup>668</sup> Die niedrige Erwerbsquote von 50,5 Prozent verdeutlicht jedoch, dass sich viele Menschen mit Subsistenzwirtschaft über Wasser halten oder von ihren Familienmitgliedern abhängig sind.<sup>669</sup>

## Handelsweg für Opium

Da sich auf legalem Wege in Tadschikistan nur schwer Geld verdienen lässt, landen viele junge Männer beim Drogenhandel. Der Umsatz in diesem Geschäft entspricht schätzungsweise 30 Prozent des tadschikischen Bruttoinlandsprodukts.<sup>670</sup> Dank einer über 1.300 Kilometer langen Grenze zu Afghanistan, das über 90 Prozent der weltweit gehandelten Opiate produziert, liegt Tadschikistan geradezu ideal, um die stetig steigende Nachfrage nach Opium und Heroin in Russland zu bedienen.<sup>671</sup> Der Bürgerkrieg und die schwierige wirtschaftliche Lage der Übergangszeit wie auch die ausgeprägte Korruption boten

Mitte der 1990er Jahre den Nährboden für einen seither boomenden Rauschmittelhandel. 1996 stellte die tadschikische Polizei die ersten sechs Kilo geschmuggelten Heroins sicher. Kaum ein Jahrzehnt später wurden jährlich über 5.000 Kilo beschlagnahmt, bevor die Zahlen jüngst auf etwas über 2.000 Kilo zurückgingen.<sup>672</sup> Nach Schätzungen passieren jährlich insgesamt 40 bis 80 Tonnen reines Heroin Tadschikistan auf ihrem Weg gen Norden oder Westen. Diese Menge entspricht bis zu einem Viertel der gesamten afghanischen Produktion.<sup>673</sup> Die schnelle Verbreitung des HI-Virus in Russland und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, in denen jährlich etwa 50 bis 95 Tonnen Heroin konsumiert werden, wäre ohne diese Transitroute kaum möglich gewesen.

## Daten für Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgisistan und Tadschikistan

		Demografie					Wirtschaft				Bevölkerungsprognose (Prozent 2010 bis 2030)
	Cluster	Kinderzahl je Frau 2009	Anteil über 59-jähriger 2009 (Prozent)	Lebenserwartung 2009 (Jahre)	Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (Durchschnitt 2006 bis 2009)	Cluster	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2008 (Internationale Dollar)	Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2008 (Prozent des BIP)	Erwerbstätige 2008 (Prozent von Alters- gruppe 15 bis 59)		
<b>GEORGIEN</b>											
GE	Georgien	2	1,58	18,1	71,6	-11,5	4	4.907	0,2	56,5	-11,0
<b>ARMENIEN</b>											
ARM	Armenien	2	1,74	14,4	73,7	-4,9	4	5.809	0,2	57,3	2,5
<b>ASERBAIDSCHAN</b>											
AZ	Aserbaidschan	5	2,16	8,9	70,2	-1,2	3	8.728	0,2	74,4	15,9
<b>KASACHSTAN</b>											9,7
KZ1	Gebiet Aqmola	4	2,19	12,2	66,2	-6,5	3	7.004	0,1	81,8	
KZ2	Gebiet Aqtöbe	5	2,70	8,8	68,2	-0,9	3	13.443	0,1	78,5	
KZ3	Gebiet Almaty	5	2,65	9,3	68,6	1,5	3	4.468	0,1	73,3	
KZ4	Gebiet Atyrau	5	3,29	7,2	68,2	2,8	1	39.593	0,1	76,3	
KZ5	Gebiet Westkasachstan	5	2,29	10,9	68,6	-1,4	3	14.625	0,1	74,9	
KZ6	Gebiet Schambyl	5	3,20	8,4	68,7	-6,6	3	3.460	0,4	81,9	
KZ7	Gebiet Qaraghandy	4	2,04	12,5	66,9	-0,6	3	11.884	0,1	77,5	
KZ8	Gebiet Qostanai	4	1,70	13,9	67,8	-5,3	3	8.623	0,0	85,7	
KZ9	Gebiet Qysylorda	5	3,42	6,7	67,5	-5,7	3	11.748	0,0	72,2	
KZ10	Gebiet Mangghystau		3,80	5,5	68,3	19,6	1	28.728	0,3	71,6	
KZ11	Gebiet Südkasachstan	5	3,71	6,4	69,5	-2,1	3	3.389	0,1	73,8	
KZ12	Gebiet Pawlodar	4	1,98	12,1	68,0	-1,9	3	12.596	0,0	78,7	
KZ13	Gebiet Nordkasachstan	4	1,72	13,7	67,3	-7,4	3	6.759	0,0	83,0	
KZ14	Gebiet Ostkasachstan	4	2,07	13,3	67,2	-5,4	3	6.856	0,5	74,8	
KZ15	Stadt Astana		2,44	8,1	75,7	38,1	1	22.714	0,4	74,6	
KZ16	Stadt Almaty		2,65	11,5	72,2	14,5	1	23.948	0,5	71,3	
<b>USBEKISTAN</b>											
UZ	Usbekistan	5	2,29	6,2	67,7	-3,0		2.607		66,9	22,8
<b>TURKMENISTAN</b>											
TM	Turkmenistan	5	2,50	6,1	64,7	-1,0		5.764			21,9
<b>KIRGISISTAN</b>											
KS	Kirgisistan	5	2,56	7,3	67,8	-2,8	3	2.204	0,3	68,1	18,4
<b>TADSCHIKISTAN</b>											
TJ	Tadschikistan	5	3,45	5,1	66,7	-5,9	4	1.793	0,1	59,7	37,3

# INDIKATOREN UND METHODE

Wie stehen die Regionen der ehemaligen Sowjetunion demografisch da? Inwiefern hängt die demografische Lage mit Wohlstand und der Wirtschaftsstruktur zusammen? Welche Auswirkungen haben aktuelle Entwicklungen auf die Zukunftsfähigkeit der Regionen?

Um diese Fragen zu beantworten, hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung sieben Indikatoren aus den Bereichen Demografie und Wirtschaft ausgewählt und sie zwei separaten Clusteranalysen unterzogen. Die Klassifizierung veranschaulicht die komplexen Entwicklungen im post-sowjetischen Raum, indem sie Regionen mit ähnlichen Herausforderungen identifiziert und von anderen abgrenzt.

Gegenstand der Analyse waren alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Grundsätzlich wurde die erste sub-nationale Verwaltungsebene betrachtet, in den meisten Ländern die Ebene der Oblaste (Gebiete). In Russland sind die insgesamt 80 Oblaste, Krajs (Regionen), Republiken und eigenständigen Städte nur noch die zweithöchste Verwaltungsebene, seitdem Wladimir Putin die acht Föderationskreise schuf. Dennoch dienen sie als Analysegrundlage, da sie aufgrund ihrer Größe und Bevölkerungszahl am ehesten mit Regionen in anderen Ländern vergleichbar sind. Nicht auf regionaler, sondern auf nationaler Ebene wurden einige Staaten betrachtet, für die eine weitere Unterteilung zu

sowohl räumlich als auch im Hinblick auf die Bevölkerung sehr kleinen Einheiten geführt hätte, sowie Staaten, für die auf regionaler Ebene keine verlässlichen Daten vorliegen. Zu ihnen zählen die drei baltischen Staaten, Moldau, Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan. Insgesamt fanden 141 Regionen und Länder Eingang in die Analyse.

Die Auswahl der Indikatoren erfolgte auf Basis theoretischen Wissens zu Demografie und Ökonomie. Im Bereich Demografie wurden die Gesamtfruchtbarkeitsrate, die Lebenserwartung bei Geburt, der Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner (um konjunkturelle Schwankungen auszuschalten im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2009) sowie der Anteil der über 59-Jährigen an der Gesamtbevölkerung betrachtet. Die drei ersten Indikatoren gelten als Hauptparameter der Demografie. Auf ihnen beruhen sämtliche Bevölkerungsprognosen. Die Altersstruktur der Bevölkerung, in diesem Fall der Anteil älterer Menschen, liefert zusätzlich wichtige Informationen zum Kräfteverhältnis der Altersgruppen innerhalb einer Region. Mit ihr lassen sich unter anderem Aussagen über das zukünftige Reservoir an Arbeitskräften und die Belastung von Sozialsystemen treffen.

Im Bereich Wirtschaft wurde zunächst das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner (BIP) als wichtigster Wohlstandsindikator ausgewählt. Um eine Vergleichbarkeit sowohl zwischen Regionen als auch zwischen Ländern zu gewährleisten, wurde das BIP in Internationalen Dollar ausgedrückt, einer hypothetischen Währung, die Unterschiede im Preisniveau ausschaltet. Die Umrechnung erfolgte in zwei Schritten. Zunächst wurden Kaufkraftunterschiede innerhalb Russlands mithilfe eines von Rosstat berechneten Verbraucherpreisindex eliminiert, ehe die Werte aller Regionen und Länder in Internationale Dollar umgerechnet wurden. Der Internationale Währungsfonds stellt hierzu Umrechnungsfaktoren zur Verfügung.

Neben dem Bruttoinlandsprodukt wurde ein Indikator zur Erwerbstätigkeit herangezogen, der darstellt, inwiefern die Wirtschaftskraft einer Region tatsächlich bei den Menschen ankommt und wie weit der reguläre Arbeitsmarkt entwickelt ist. Denn wo sich Arbeitslosigkeit und Schattenwirtschaft verbreiten, gehen der Wirtschaft Humankapital und den öffentlichen Kassen Steuereinnahmen für Investitionen in die Zukunft verloren. Um das höchstmögliche Maß an Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurde die Zahl aller Beschäftigten auf die Zahl der Personen im wesentlichen Erwerbsalter zwischen 15 und 59 Jahren bezogen.

Um neben dem Ist-Zustand auch eine Aussage über die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft treffen zu können, flossen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung als Anteil am Bruttoinlandsprodukt in die Analyse ein. Hierdurch wird das Potenzial einer Region gemessen, durch Innovationen langfristigen Wohlstand jenseits von Rohstoffexporten zu sichern. Gerne hätten wir zudem ausländische Direktinvestitionen berücksichtigt, um auch eine Aussage darüber treffen zu können, inwiefern Regionen durch Technologietransfer und Hilfe von außen die Modernisierung der Wirtschaft voranzutreiben vermögen. Leider standen dafür allerdings keine vergleichbaren Daten zur Verfügung.

Als Vorbereitung für die Clusteranalyse wurden alle Indikatoren mittels einer z-Transformation standardisiert. So konnten unterschiedliche Gewichtungen aufgrund der verschiedenen Maßeinheiten vermieden werden. Zur Bestimmung der Clusteranzahl und der Identifikation von Ausreißern wurde danach eine hierarchische Clusteranalyse nach dem Ward-Verfahren mit dem hierzu passenden quadratischen euklidischen Distanzmaß durchgeführt. Allen Indikatoren wurde dabei das gleiche Gewicht zugeschrieben. Das

Gebiet Mangghystau, die Stadt Astana und die Stadt Almaty wurden als Ausreißer für die Demografieanalyse nicht berücksichtigt, während in der Wirtschaftsanalyse die Republiken Inguschetien und Tschetschenien aus dem gleichen Grund außen vor blieben. Die Standardisierung wurde entsprechend angepasst. Nach Betrachtung und Bewertung der Ergebnisse hinsichtlich ihrer Interpretierbarkeit wurde die Zahl der Cluster für die Demografieanalyse auf fünf und bei der Wirtschaftsanalyse auf vier festgesetzt. Schlussendlich wurden die mit dem Ward-Verfahren gefundenen Clusterzentren als Ausgangspunkte für einen k-medians Algorithmus genutzt, um die Ergebnisse zu verfeinern und die endgültigen Cluster zu bestimmen. Die Ergebnisse der Kruskal-Wallis-Tests für alle Indikatoren bestätigten, dass sich die Cluster signifikant voneinander unterscheiden.

Die fertigen Cluster bieten dem Leser eine Orientierung, um demografische und wirtschaftliche Entwicklungen im post-sowjetischen Raum einzuordnen und zueinander in Beziehung zu setzen. Sie sind aber keineswegs die einzig mögliche Form der Klassifizierung: Andere Indikatoren hätten, genau wie methodische Abwandlungen, ein leicht verändertes Ergebnis hervorrufen können. Einige Regionen befinden sich am „Rande“ einer Gruppe und hätten unter anderen Umständen auch einer anderen Gruppe zugeordnet werden können. Diese Grenzfälle tun dem entstehenden Gesamtbild aber keinen Abbruch. Mit den genannten Einschränkungen bietet die gewählte Methode ein Höchstmaß an Präzision bei gleichzeitiger Interpretierbarkeit der Ergebnisse.

## Die Datenkästen

Am Anfang der Regionalkapitel stehen Datenkästen mit grundlegenden demografischen Informationen. Die benutzten Daten stammen aus zweierlei Quellen: Für die Kapitel Russlands wurden Daten von Rosstat verwendet, für alle anderen Kapitel Angaben der Vereinten Nationen. Da diese einen Großteil der Informationen nur in Fünf-Jahres-Intervallen anbieten, beziehen sich die Werte zur Bevölkerungsdichte, Lebenserwartung und dem Migrationssaldo auf den Zeitraum 2005 bis 2010. Dadurch weichen sie oft von nationalen Angaben ab, die zum Teil in den Texten zitiert werden. Zudem wurde aus Gründen der Datenverfügbarkeit anders als in den Kapiteln Russlands nicht das tatsächliche Durchschnittsalter verwendet, sondern das Medianalter, das eine Bevölkerung in zwei zahlenmäßig gleich große Hälften teilt.

Indikator	Maßeinheit	Mittelwert	Maximalwert	Minimalwert	
<b>Demografie</b>					
<b>Kinderzahl</b>	Gesamtfruchtbarkeitsrate (TFR), 2009	1,68 Kinder	3,71 Kinder (Gebiet Südkasachstan, Kasachstan)	1,19 Kinder (Gebiet Leningrad, Russland)	
<b>Lebenserwartung</b>	Durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt, 2009	68,6 Jahre	78,3 Jahre (Republik Inguschetien, Russland)	58,2 Jahre (Autonomer Kreis der Tschuktschen, Russland)	
<b>Migration</b>	Wanderungssaldo (Zu- minus Abwanderungen) je 1.000 Einwohner; Mittelwert der Jahre 2006 bis 2009	- 0,14 Personen	+ 40,35 Personen (Stadt Astana, Kasachstan)	- 15,37 Personen (Autonomer Kreis der Tschuktschen, Russland)	
<b>Alterung</b>	Prozentualer Anteil ab 59-jähriger an der Gesamtbevölkerung, 2009	16,3 Prozent	24,9 Prozent (Gebiet Tschernihiw, Ukraine)	5,1 Prozent (Tadschikistan)	
<b>Wirtschaft</b>					
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Kaufkraftstandards, 2008	10.290 Internationale Dollar	46.628 Internationale Dollar (Gebiet Tjumen, Russland)	1.793 Internationale Dollar (Tadschikistan)	
<b>Erwerbstätigkeit</b>	Prozentualer Anteil der beschäftigten Bevölkerung (alle Altersklassen) an der Bevölkerung zwischen 15 und 59 Jahren, 2008	69,5 Prozent	101,3 Prozent (Autonomer Kreis der Tschuktschen, Russland)	20,2 Prozent (Republik Inguschetien, Russland)	
<b>Forschung und Entwicklung</b>	Staatliche und private Ausgaben für Forschung und Entwicklung als Anteil am Bruttoinlandsprodukt, 2008	0,58 Prozent	3,42 Prozent (Gebiet Nischni Nowgorod, Russland)	0,01 Prozent (Gebiet Qysylorda, Kasachstan)	

Besonderheiten	Datengrundlage
Gebiet Mangghystau sowie die beiden Städte Astana und Almaty als Ausreißer in der Analyse nicht berücksichtigt	
Daten für Belarus und die Ukraine aus dem Jahr 2008	Russland, Belarus, Ukraine, Kasachstan: Nationale Statistische Ämter; Übrige Länder: Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database
Daten für den Nordkaukasus – unter anderem für die Republik Inguschetien – gelten als nur bedingt glaubwürdig: Tendenz einer eher hohen Lebenserwartung stimmt, das Ausmaß des Unterschieds im Vergleich zum Rest Russlands ist zweifelhaft; Daten für die Ukraine aus dem Jahr 2008	Russland, Belarus, Ukraine, Kasachstan: Nationale Statistische Ämter; Übrige Länder: Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database
	Russland, Belarus, Ukraine, Kasachstan: Nationale Statistische Ämter; Übrige Länder: Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database
	Russland, Belarus, Ukraine, Kasachstan: Nationale Statistische Ämter; Übrige Länder: Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database
Analyse ohne Usbekistan und Turkmenistan, da Daten nicht vollständig verfügbar; Belarus wegen Datenverfügbarkeit nur national betrachtet; Tschetschenien und Inguschetien als Ausreißer nicht in der Analyse berücksichtigt	
Regionale Preisniveauunterschiede in der Ukraine und Kasachstan aus Gründen der Datenverfügbarkeit nicht berücksichtigt, reichere Regionen in diesen Ländern schnitten hierdurch etwas besser ab, als sie es andernfalls getan hätten – ärmere Regionen schnitten entsprechend schlechter ab. Für Russland wurde das „Bruttoregionalprodukt“ (BRP) verwendet. Da es regionsübergreifende Leistungen wie föderale Verteidigungsausgaben nicht berücksichtigt, liegt die Summe aller BRP etwa zwölf Prozent niedriger als das BIP. Die Differenz wurde zu gleichen Teilen auf die Regionen umgelegt.	Russland, Ukraine, Kasachstan: Nationale Statistische Ämter; Übrige Länder: Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook Database
	Russland, Ukraine, Kasachstan: Nationale Statistische Ämter; Übrige Länder: International Labour Organization
Für die Ukraine waren nur Daten zu laufenden Aufwendungen für Forschung und Entwicklung verfügbar, Kapitalinvestitionen blieben außen vor. In der Regel unterscheiden sich die beiden Werte aber nur minimal, sodass keine allzu großen Verzerrungen entstanden sein dürften; Werte für Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Estland, Kirgisistan, Lettland, Litauen, Moldau und Tadschikistan beziehen sich auf das Jahr 2007, die georgischen Daten auf das Jahr 2005	Russland, Ukraine, Kasachstan: Nationale Statistische Ämter; Übrige Länder: Weltbank, World Development Indicators Database

# QUELLEN

- <sup>1</sup> Rosstat (2009). Demografitscheski Jeschegodnik Rossii – 2010 g. Moskau.; Vereinte Nationen (2008). World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database. New York.
- <sup>2</sup> Rosstat (2010). Demografitscheski Jeschegodnik Rossii – 2010 g. Moskau.
- <sup>3</sup> Sutela, P. (2010). Die russische Wirtschaft von 1992 bis 2008 – Entwicklungen und Herausforderungen. In H. Pleines & H.-H. Schröder (Hg.). Länderbericht Russland. Bundeszentrale für politische Bildung. 289 – 314.
- <sup>4</sup> Halbach, U. (2010). Brennpunkt Nordkaukasus. In H. Pleines & H.-H. Schröder (Hg.). Länderbericht Russland. Bundeszentrale für politische Bildung. 113 – 130.
- <sup>5</sup> Eurostat (2010). Online-Datenbank. Luxemburg.; Jegorow, I. (2009). Post-Soviet science: Difficulties in the transformation of the R&D systems in Russia and Ukraine. Research Policy, 38, 600 – 609.
- <sup>6</sup> Gontschar, K. (2010). Wettbewerbsfähigkeit und Innovationen in der russischen Industrie. In H. Pleines & H.-H. Schröder (Hg.). Länderbericht Russland. Bundeszentrale für politische Bildung. 315 – 328.
- <sup>7</sup> Subarewitsch, N. (2008). Pointless Enlargement. Expert, 24, 613.; Gelman, W. (2010). Föderalismus, regionale Politik und kommunale Selbstverwaltung in Russland. In H. Pleines & H.-H. Schröder (Hg.). Länderbericht Russland. Bundeszentrale für politische Bildung. 95 – 112.
- <sup>8</sup> Overy, R. (2003). Russlands Krieg. 1941 – 1945. Reinbek: Rowohlt.; Shelton, D. (2005). Encyclopedia of Genocide and Crimes Against Humanity. New York: MacMillan Library Reference.
- <sup>9</sup> Demoscope Weekly. Perepisi Naselenija Rossiskoj Imperii, SSSR, 15 nowych nesawissimych gosudarstw. <http://demoscope.ru>. 11.03.2011.
- <sup>10</sup> Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2008). Die demografische Zukunft von Europa. Wie sich die Regionen verändern. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- <sup>11</sup> Wischnewski, A. (1988). Are Things Moving? On Demographic Processes and Social Policy. Problems of Economics, 31, 6 – 24.
- <sup>12</sup> Ryan, M. (1988). Life expectancy and mortality data from the Soviet Union. British Medical Journal, 296, 1513 – 1515.
- <sup>13</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>14</sup> Rosstat. Zentralnaja Basa Statistitscheskich Dannych. Moskau.
- <sup>15</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>16</sup> Vereinte Nationen (2008). World Population Prospects: The 2008 Revision Population Database. New York.
- <sup>17</sup> Population Reference Bureau (2010). World Population Data Sheet. Washington DC.
- <sup>18</sup> Vgl. Fußnote 17.
- <sup>19</sup> RIA Nowosti (2009). Mothers of patriot babies in Russia's Volga area may win a car. <http://en.rian.ru>. 10.11.2010.
- <sup>20</sup> Population Council (2006). Vladimir Putin on Raising Russia's Birth Rate. Population and Development Review, 32, 385 – 389.
- <sup>21</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>22</sup> Daten zur Verfügung gestellt durch Rosstat.
- <sup>23</sup> Biroul National de Statistica al Republicii Moldova (2010). Online-Datenbank. Chisinau.
- <sup>24</sup> Rosstat (2010v). Demografitscheski Jeschegodnik Rossii – 2010 g. Moskau.
- <sup>25</sup> Sacharow, S. (2008). Russian Federation: from the first to second demographic transition. Demographic Research, 19, 907 – 972.
- <sup>26</sup> Owtscharowa, L. & Popowa, D. (2005). Unicef Report Summary. Child Poverty in Russia: Alarming Trends and Policy Options. Moskau.
- <sup>27</sup> Weltgesundheitsorganisation (2010). European Health For All Database. Genf.
- <sup>28</sup> Sakewitsch, W.I. (2006). Rossija meschdu abortom i planirowanijem semi. In A. Wischnewski (Hg.), Demografitscheskaja Modernisazija Rossii, 1900 – 2000. Moskau: Nowoje Isdatelstwo Publishing House, 195 – 246.
- <sup>29</sup> Vgl. Fußnote 24.
- <sup>30</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>31</sup> Vgl. Fußnote 24.
- <sup>32</sup> Eurostat (2010). Online-Datenbank. Luxemburg.
- <sup>33</sup> Rosstat (2009). Deti w Rossii. Moskau.
- <sup>34</sup> Scharifullina, R. (2010). Vortrag auf den 15. Deutsch-Russischen Herbstgesprächen am 30. Oktober 2010 in Berlin.
- <sup>35</sup> Vereinte Nationen (2008). Russia Facing Demographic Challenges. National Human Development Report Russian Federation. Moskau.
- <sup>36</sup> Vgl. Fußnote 35.; Vgl. Fußnote 14.
- <sup>37</sup> Focus Migration (2010). Russische Föderation. Länderprofil Nr. 20.
- <sup>38</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>39</sup> Mansoor, A. & Quillin, B. (Hg.) (2006). Migration and Remittances. Eastern Europe and the Former Soviet Union. Washington DC: Weltbank.
- <sup>40</sup> Iontsew, W. & Aleschkowski, I. (2005). The Role of International Migration in the Demographic Development in Russia at the Crossing of XX and XXI Centuries. In Moscow State University (Hg.). International Migration Trends. Moskau: MAX Press.; Vgl. Fußnote 14.
- <sup>41</sup> Iwanjuk, I. (2009). The Russian Migration Policy and its Impact on Human Development: The Historical Perspective. UNDP, Human Development Research Paper 2009/14.
- <sup>42</sup> Vgl. Fußnote 35.
- <sup>43</sup> Vgl. Fußnote 35.
- <sup>44</sup> Vgl. Fußnote 44.
- <sup>45</sup> Agenstwo Respubliki Kasachstan po Statistike (2008). Online-Datenbank. Astana.
- <sup>46</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>47</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>48</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>49</sup> Eigene Berechnungen auf Grundlage von Rosstat (2010). Demografitscheski Jeschegodnik Rossii – 2009 g. Moskau.
- <sup>50</sup> Ministerstwo sdrawoochranenija i sozialnaja raswitija Rossiskoj Federazii (2010). Ob utwerschenii na 2011 god kwoty na wydatschu inostrannym graschdan rasrescheni na rabotu. <http://www.minzdravsoc.ru>. 05.01.2011.; Rosstat (2009). Trud i sanjatost w Rossii – 2009 g. Moskau.
- <sup>51</sup> Vgl. Fußnote 35.; Vitkowskaja, G., Platonowa, A. & Schkolnikow, W. (2009). Nowoje Migrazionnoje Sakonodatelstwo Rossiskoj Federazii: Prawopremenitelnaja Praktika. Moskau: Adamant.
- <sup>52</sup> Ioffe, G. & Sajontschkowskaja, S. (2010). Immigration to Russia: Why it Is Inevitable, and How Large it May Have to Be to Provide the Workforce Russia Needs. NCEEER Working Paper.
- <sup>53</sup> Vgl. Fußnote 35.
- <sup>54</sup> Weltbank (2010). World Development Indicators Database. Washington DC.
- <sup>55</sup> Vgl. Fußnote 41.
- <sup>56</sup> Eigene Berechnungen auf Grundlage von Weltbank (2010). World Development Indicators Database. Washington DC.
- <sup>57</sup> Vgl. Fußnote 44.
- <sup>58</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>59</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>60</sup> Vgl. Fußnote 44.
- <sup>61</sup> Vgl. Fußnote 36.
- <sup>62</sup> Nemtsow, A.W. (1998). Alcohol-related harm and alcohol consumption in Moscow before, during and after a major anti-alcohol campaign. Addiction, 93, 1501 – 1510.
- <sup>63</sup> Vgl. Fußnote 2.
- <sup>64</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>65</sup> Vereinte Nationen (2008). Demographic Policy in Russia: From Reflection to Action. Moskau.
- <sup>66</sup> Weltgesundheitsorganisation (2010). European Health for All Database. Genf.
- <sup>67</sup> Central Intelligence Agency (2010). The World Factbook. Washington DC.
- <sup>68</sup> Vgl. Fußnote 66.
- <sup>69</sup> Solowew, A.M. (2009). Worldwide Alcohol Production and Distribution. Studies on Russian Economic Development, 21, 411 – 425.
- <sup>70</sup> McKee, M. & Britton, A. (1998). The positive relationship between alcohol and heart disease in eastern Europe: potential physiological mechanisms. Journal of the Royal Society of Medicine, 91, 402 – 407.
- <sup>71</sup> Leon, D.A., Schkolnikow, W. & McKee, M. (2009). Alcohol and Russian mortality: a continuing crisis. Addiction, 104, 1630 – 1636.
- <sup>72</sup> Leon, D.A., Saburowa, L., Tomkins, S., Andrejew, J., Kirijanow, N., McKee, M. & Schkolnikow, W.M. (2007). Hazardous alcohol drinking and premature mortality in Russia: a population based case-control study. The Lancet, 369, 2001 – 2009.; Zaridze, D., Brennan, P., Boreham, J., Boroda, A., Karpow, R., Lasarew, A., Konobejewskaja, I., Igitow, W., Teretschowa, T., Boffetta, P. & Peto, R. (2009). Alcohol and cause-specific mortality in Russia: a retrospective case-control study of 48 557 adult deaths. The Lancet, 373, 2201 – 2214.
- <sup>73</sup> Vgl. Fußnote 66.
- <sup>74</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>75</sup> UNAIDS (2010). 2010: A Global View of HIV Infection. Genf.



- <sup>76</sup> Weltgesundheitsorganisation (2010). Towards universal access: Scaling up priority HIV / AIDS interventions in the health sector. Progress Report 2010. Genf.
- <sup>77</sup> Schkolnikow, W.M., Andrejew, J.M., Leon, D.A., McKee, M., Meslé, F. & Vallin, J. (2004). Mortality Reversal in Russia: The story so far. *Hygiea Internationalis*, 4, 29 – 80.
- <sup>78</sup> Vgl. Fußnote 66.
- <sup>79</sup> Weltgesundheitsorganisation (2010). Global tuberculosis control 2010. <http://www.who.int>. 30.11.2010.
- <sup>80</sup> Meslé, F. (2. November 2010). Vortrag auf der DiaDem Konferenz in Moskau.
- <sup>81</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>82</sup> Denisowa, I. & Kartsewa, M. (2010). Potreblenije alkohola i s dorowe rossijan. *Demoscope Weekly*, 443-444.
- <sup>83</sup> Tichonowa, G.I., Gortschakowa, T.J. & Kasjantschik, E.A. (2009). Demographic and Medical Characteristics of Working-Age Population in Russia. *Studies on Russian Economic Development*, 20, 427 – 435.
- <sup>84</sup> McKee, M. (2. November 2010). Vortrag auf der DiaDem Konferenz in Moskau.
- <sup>85</sup> RIA Nowosti (2010). Putin says Russia needs major health care reform, pledges initial investment of over \$10 bln. <http://en.rian.ru>. 03.12.2010.
- <sup>86</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>87</sup> Schischkin, S., Wlassow, W. (2009). Russia's long struggle to come in from the cold. *British Medical Journal*, 339, 141 – 143.
- <sup>88</sup> Ministerstwo sdrawoochranenija sozialnogoraswitiya Rossiskoj Federazii (2008). Konceptzija sistemy sdrawoochranenija w Rossiskoj Federazii do 2020 g. <http://www.zdravo2020.ru>. 03.12.2020.
- <sup>89</sup> Bohm, M. (2010). Fake Diplomas = Fake Modernization. In *Moscow Times*, 03.09.2010.
- <sup>90</sup> Itar-Tass (25.05.2010). Annual Corruption In Education Estimated At 6 Bln Dlr – Official; Osipian, A. L. (2007). Corruption and Reform in Russian Higher Education. <http://www.allacademic.com>. 04.06.2010.
- <sup>91</sup> Eberstadt, N.N. (2010). Russia's Peacetime Demographic Crisis: Dimensions, Causes, Implications. <http://www.nbr.org>. 09.10.2010.
- <sup>92</sup> Andruschak, G. & Kusminow, J. (17.09.2010). Kapitalisazija litschnosti, Sostojanie i perspektiva rossiskich universitetow, Vortrag auf dem Wirtschaftsforum Perm.
- <sup>93</sup> Vgl. Fußnote 91.
- <sup>94</sup> The Economist (27.02.2010). A Special Report on Managing Information. London.
- <sup>95</sup> Schramm, J. (2008). Russische Bildung auf dem langen Weg nach Europa: Der Bologna-Prozess in der Russländischen Föderation. <http://econstor.eu>. 28.09.2010.
- <sup>96</sup> Itar-Tass (31.08.2010). 150 Out Of 3000 Russian Universities Meet Educational Standards – Fursenko.
- <sup>97</sup> Times Higher Education (2010). Top 200 World Universities. <http://www.timeshighereducation.co.uk>. 30.09.2010.
- <sup>98</sup> Vgl. Fußnote 35.
- <sup>99</sup> Osipian, A. (2008). Introducing Vouchers and Standardized Tests for Higher Education in Russia: Expectations and Measurements. <http://mpira.uni-muenchen.de>. 04.10.2010.
- <sup>100</sup> Vgl. Fußnote 44.
- <sup>101</sup> Vgl. Fußnote 54.
- <sup>102</sup> GfK Verein (2010). Befragung in Russland, der Ukraine, Weißrussland, Kasachstan, Aserbaidschan und Usbekistan im Sommer 2010.
- <sup>103</sup> GfK Austria (2010). Central Eastern Europe Network. Aura Präsentation in London, Mai 2010.
- <sup>104</sup> Vgl. Fußnote 44.
- <sup>105</sup> Vgl. Fußnote 102.
- <sup>106</sup> Vgl. Fußnote 103.
- <sup>107</sup> Vgl. Fußnote 103.
- <sup>108</sup> Schomina, J. (2010). Municipalities – Homeowners in Russia. Präsentation von der Autorin zur Verfügung gestellt.
- <sup>109</sup> Vgl. Fußnote 102.
- <sup>110</sup> Vgl. Fußnote 103.
- <sup>111</sup> Bremer, T. (2010). Die orthodoxe Kirche als gesellschaftlicher Faktor in Russland. In Pleines, H. & Schröder, H.H. (Hg.) Länderbericht Russland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung. Band 1066. 441 – 456.
- <sup>112</sup> Richter, K. (2010). Die Russische Orthodoxe Kirche zwischen Patriotismus und Nationalismus. *Ost-West. Europäische Perspektiven*, 1/2010, 39 – 47.
- <sup>113</sup> Thesing, R. & Uertz, R. (2001). Die Grundlagen der Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen Kirche. Konrad-Adenauer-Stiftung.
- <sup>114</sup> Mitrochin, N. (2009). The Russian Orthodox Church in Contemporary Russia: Structural Problems and Contradictory Relations with the Government, 2000-2008. *Social Research*, 76, 289 – 320.
- <sup>115</sup> Kaarijinen, K. & Furman, D.E. (2007). Religiosnost w Rossii na rubesche XX-XXI stoletij. *Obschestwennije Nauki i sowremennost*, 2007/1, 103 – 119.
- <sup>116</sup> Simonov, V. (2009). Religion und Religiosität in Russland. *Osteuropa* 2009, 6, 189 – 216.
- <sup>117</sup> Vgl. Fußnote 114.
- <sup>118</sup> Charles, R. (2010). Religiosity in Armenia, Georgia and Azerbaijan. *Caucasus Analytical Digest*, 20, 2 – 4.; Harutyunyan, H. (2010). The Role of the Armenian Church During Military Conflicts. *Caucasus Analytical Digest*, 20, 7 – 9.
- <sup>119</sup> Malaschenko, A. (2009). Islam in Russia. *Social Research*, 76, 321 – 358.
- <sup>120</sup> Pew Forum on Religion & Public Life (2010). The Future of the Global Muslim Population. Projections for 2010-2030. <http://pewforum.org>. 28.02.2011.
- <sup>121</sup> Vgl. Fußnote 119.
- <sup>122</sup> Halbach, U. (2010). Islam in Russland. In Pleines, H. & Schröder, H.H. (Hg.) Länderbericht Russland. Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung. Band 1066. 457 – 465.
- <sup>123</sup> Halbach, U. (2010). Russlands inneres Ausland. Der Nordkaukasus als Notstandszone am Rande Europas. SWP-Studie. Berlin.
- <sup>124</sup> Vgl. Fußnote 119.
- <sup>125</sup> Global Terrorism Database (2010). START.
- <sup>126</sup> Vereinte Nationen (2010). National Human Development Report in the Russian Federation 2010. Moskau.
- <sup>127</sup> Pryde, P.R. (1991). *Environmental Management in the Soviet Union*. Cambridge: University Press.
- <sup>128</sup> The Nuclear Weapon Archive (1997). Soviet Nuclear Test Summary. <http://nuclearweaponarchive.org>. 17.01.2011.
- <sup>129</sup> Stone, R. (1999). Nuclear Strongholds in Peril. *Science*, 283, 158 – 164.
- <sup>130</sup> International Panel on Fissile Materials (2010). Global Fissile Material Report 2010. Balancing the Books: Production and Stocks.
- <sup>131</sup> Sauer, F. (2007). Nuklearterrorismus: Akute Bedrohung oder politisches Schreckgespenst? Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Report 2/2007.
- <sup>132</sup> Defense Threat Reduction Agency (2006). Medical Effects and Dosimetric Data from Nuclear Tests at the Semipalatinsk Test Site. <http://www.usuhs.mil>. 25.01.2011.
- <sup>133</sup> Vgl. Fußnote 126.
- <sup>134</sup> Vgl. Fußnote 126.
- <sup>135</sup> Vgl. Fußnote 127.
- <sup>136</sup> Vgl. Fußnote 126.
- <sup>137</sup> Blacksmith Institute (2007). *The World's Worst Polluted Places. The Top Ten of the Dirty Thirty*. New York.
- <sup>138</sup> International Energy Agency (2010). Online-Datenbank. Paris.
- <sup>139</sup> UNDP (2010). National Human Development Report in the Russian Federation 2010. Moskau.; United States Environmental Protection Agency (2010). Who are the biggest methane emitters? <http://www.epa.gov>. 25.01.2011.
- <sup>140</sup> Bellona (2007). Offshore Oil and Gas Development in Northwest Russia: Consequences and Implications. <http://www.bellona.org>. 25.01.2011.
- <sup>141</sup> Charap, S. (2010). Russlands glanzlose Bilanz bei der Bekämpfung des Klimawandels. *Russland-Analysen*, 201, 6 – 11.
- <sup>142</sup> Götz, R. (2009). Klimawandel in Russland. Diskussionspapier FG 8.
- <sup>143</sup> Vgl. Fußnote 142.
- <sup>144</sup> Klebaner W.S. (2009). Environmental Priorities of Russia. *Studies on Russian Economic Development*, 21, 449 – 454.
- <sup>145</sup> Rosstat (2010). *Statistitscheskoe obosrenie – 2010 g.* Moskau.
- <sup>146</sup> RIA Nowosti (2010). Russia to suffer economic loss of \$15 billion from wildfires – analysts. <http://en.rian.ru>. 15.12.2010.
- <sup>147</sup> Monogoroda Rossii. Sojus Rossiskich Gorodow. *Istorija Monogorodow*. <http://monogorod.org>. 08.02.2011.
- <sup>148</sup> Nikolajew, A. . In *Monoprofilnye goroda i gradoobrasujuschtschie predprijatija*. <http://monogorod.org>. 08.02.2011.
- <sup>149</sup> Monogoroda Rossii. Sojus Rossiskich Gorodow. *Monogoroda*. <http://monogorod.org>. 08.02.2011.
- <sup>150</sup> Subarewitsch, N.W. (2010). Goroda kak zentry modernisazii ekonomiki i tsche-loweksogo kapitala. *Obschtschestwennije nauki i sowremennost*, 5, 5 – 19.
- <sup>151</sup> Prawitelstwo Rossiskoj Federazii (2010). Ob itogach gossudarstwennoj podderschki monogorodow. <http://government.ru>. 08.02.2011.
- <sup>152</sup> Vgl. Fußnote 151.
- <sup>153</sup> Fauser, W.W. & Nasarowa, I.G. (2009). Migrazionny faktor formirowanija nasele-nija i trudowych kollektiwow sewernich gorodow Respubliki Komi. *Narodonaselenie*, 45.
- <sup>154</sup> Wedomosti (16.11.2010). *Peredel Rossii*. <http://www.wedomosti.ru>. 09.02.2011.
- <sup>155</sup> Vgl. Fußnote 154.
- <sup>156</sup> Adomeit, H. (2010). Russische Militär- und Sicherheitspolitik. In H.Pleines & H.-H. Schröder. Länderbericht Russland. Bundeszentrale für Politische Bildung. 263 – 285.
- <sup>157</sup> Klein, M. (2009). Russlands Militärpotential zwischen Großmachtsanspruch und Wirklichkeit. *Zustand, Reformen und Entwicklungsperspektiven der russischen Streitkräfte*. SWP-Studie/S 24. Berlin.

- <sup>158</sup> Vgl. Fußnote 157.
- <sup>159</sup> Sowel Besopasnosti Rossiskoj Federazii. Woennaja Doktrina Rossiskoj Federazii. [www.scrf.gov.ru](http://www.scrf.gov.ru). 05.03.2011.; Klein, M. (2010). Russlands neue Militärdoktrin 2020. SWP-Aktuell 21. 04.03.2011.
- <sup>160</sup> Klein, M. (2010). Russlands neue Militärdoktrin 2020. SWP-Aktuell 21. Berlin.
- <sup>161</sup> Krumm, R. (2011). Die nationale Sicherheit Russlands in der Bewertung von Experten. Russland-Analysen, 215, 2 – 13.
- <sup>162</sup> Lindner, R. (2007). Defekte Großmacht: Die demografische Krise als Zukunftsrisiko Russlands. In: Russland in der internationalen Politik. Rückkehr einer Großmacht? 19 – 22. SWP. Berlin.
- <sup>163</sup> McDermott, R. (2009). Russia's National Security Strategy. The Jamestown Foundation. <http://www.jamestown.org>. 04.03.2011.
- <sup>164</sup> Aslund, A. (2007). Moscow Traffic: The Cost of Authoritarianism. Peterson Institute for International Economics. In Moscow Times. <http://www.iie.com>. 5.11.2009.
- <sup>165</sup> UNDP Russia (2007). National Human Development Report Russian Federation 2006/2007. Russia's Regions: Goals, Challenges, Achievements. Moskau.
- <sup>166</sup> Kompalla, P. & Nestmann, T. (2009). Die russischen Regionen. Moskau ist nicht alles. Deutsche Bank Research.
- <sup>167</sup> Rosstat. Regiony Rossii: Sozialno-Ekonomitscheskie Pokasateli – 2010 g. Moskau.
- <sup>168</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>169</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>170</sup> LBS (2009). Immobilienpreisspiegel für Niedersachsen und Berlin. <http://www.lbs.de>. 9.11.2009.
- <sup>171</sup> Brade, I., Smigiel, C. & Kovács, Z. (2009). Suburban Residential Development in Post-socialist Urban Regions: The Case of Moscow, Sofia, and Budapest. In H. Kilper (Ed.), German Annual of Spatial Research and Policy. New Disparities in Spatial Development in Europe. Heidelberg: Springer.
- <sup>172</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>173</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>174</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>175</sup> Stadelbauer, J. (1989). Die Entwicklung von Moskau zur Weltmetropole. Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, 131, 189-228.
- <sup>176</sup> Vgl. Fußnote 192.
- <sup>177</sup> Tinguy, A. de (2004). La Grande Migration: La Russie et les Russes depuis l'ouverture du rideau de fer. Paris: Plon.
- <sup>178</sup> Yudina, T.N. (2005). Labour Migration into Russia: The Response of State and Society. *Current Sociology*, 53, 583-606.
- <sup>179</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>180</sup> Rosstat. Schentshschiny i Muschtschiny w Rossii. Moskau.
- <sup>181</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>182</sup> Vereinte Nationen (2009). Human Development Report 2009. New York.
- <sup>183</sup> Sacharow, S. (15.10.2009). Vortrag bei den Deutsch-Russischen Gesprächen in Baden-Baden.
- <sup>184</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>185</sup> Vgl. Fußnote 178.
- <sup>186</sup> Moscow Protestant Chaplaincy (2009). Report on Racial Violence and Harassment. <http://www.moscowprotestantchaplaincy.org>. 17.11.2009.
- <sup>187</sup> Moscow Bureau for Human Rights (2008). Aggressive xenophobia manifestations in RF in 2004-2008. <http://antirasizm.ru>. 17.11.2009.
- <sup>188</sup> Sajontschkowskaja, S. & Mkrtschjan, N. (2009). Moskwa i Migracija. *Demoscope Weekly*, 389-390.
- <sup>189</sup> Vgl. Fußnote 188.
- <sup>190</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>191</sup> Vgl. Fußnote 188.
- <sup>192</sup> Nesawissimy Institut Sozialnoi Politi. Sozialny Atlas Rossiskich Regionow. <http://atlas.socpol.ru>, 10.11.2009.
- <sup>193</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>194</sup> Vgl. Fußnote 2.
- <sup>195</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>196</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>197</sup> Rickert, N. (2008). Der große Stau oder Moskau auf dem Weg zur Gigapolis. <http://www.a-ap.ru>. 18.11.2009.
- <sup>198</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>199</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>200</sup> Vgl. Fußnote 192.
- <sup>201</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>202</sup> Rosstat (2010). Sdrawooschranenije w Rossii 2009g.. Moskau.
- <sup>203</sup> Eigene Berechnungen auf Grundlage von Statistisches Bundesamt. GENESIS-OnlineDatenbank. Wiesbaden.
- <sup>204</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>205</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>206</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>207</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>208</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>209</sup> Rosstat. Maloe i Sredneje Predprinimatelstwo w Rossii – 2009 g.. Moskau.
- <sup>210</sup> Vgl. Fußnote 14
- <sup>211</sup> Vgl. Fußnote 167.; Vgl. Fußnote 14.
- <sup>212</sup> Rosstat. Selskoe chosjaistwo, ochota y lesowodstwo w Rossii – 2009g., Moskau.
- <sup>213</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>214</sup> Ioffe, G. & Sajontschkowskaja, S. (2010). Immigration to Russia: Why It Is Inevitable, And How Large It May Have To Be To Provide The Workforce Russia Needs. NCEEER Working Paper.
- <sup>215</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>216</sup> Golubtschikow, O. (2007). Re-scaling the Debate on Russian Economic Growth: Regional Restructuring and Development Asynchronies. *Europe-Asia Studies*, 59, 191 – 215.
- <sup>217</sup> Unicef (2010). Blame and Banishment. The underground HIV epidemic affecting children Eastern Europe and Central Asia. New York.
- <sup>218</sup> Unicef (2009). Djeti Uliz: Sostojanije i Problemy. Moskau.
- <sup>219</sup> Unicef (2010). TransMONEE Database. New York.
- <sup>220</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>221</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>222</sup> Chillaud, M. & Tetart, F. (2007). The Demilitarization of Kaliningrad: A 'Sisyphian Task'? *Baltic Security & Defence Review*, 9, 171 – 186.
- <sup>223</sup> Winokurov, J. (2007). Kaliningrad. Enclaves and Economic Integration. Centre for European Policy Studies.
- <sup>224</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>225</sup> Vgl. Fußnote 211.
- <sup>226</sup> Usanow, A. (2008). Special Economic Zone in Kaliningrad as a Tool of Industrial Development: The Case of The Consumer Electronics Manufacturing. <http://www.tse.fi>. 21.07.2010.
- <sup>227</sup> Liutho, K. (2009). Special Economic Zones in Russia: What do the zones offer for foreign firms? <http://www.balticseaweb.com>. 15.07.2010.
- <sup>228</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>229</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>230</sup> Vgl. Fußnote 14.; Vgl. Fußnote 9.
- <sup>231</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (2003). Deutsch-Russisches Projekt zur sicheren Entsorgung von Atom-U-Booten in Nordwestrussland. <http://www.auswaertiges-amt.de>. 21.07.2010.
- <sup>232</sup> Vgl. Fußnote 22.
- <sup>233</sup> Helsinki School of Economics (2009). Regional Characteristics. Republic of Karelia. <http://www.hse.fi>. 29.07.2010.
- <sup>234</sup> Vgl. Fußnote 167.; Vgl. Fußnote 192.
- <sup>235</sup> Vgl. Fußnote 44.
- <sup>236</sup> Pridemore, W.A. & Kim, S.-W. (2006). Patterns of Alcohol-Related Mortality in Russia. *J Drug Issues*, 36, 229 – 247.
- <sup>237</sup> Vgl. Fußnote 44.; Vgl. Fußnote 192.
- <sup>238</sup> Vgl. Fußnote 192.
- <sup>239</sup> Vgl. Fußnote 44.
- <sup>240</sup> Vgl. Fußnote 165.
- <sup>241</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>242</sup> Unicef (2010). Russland: Hilfe für Straßenkinder in Moskau und Sankt Petersburg. <http://www.unicef.de>. 05.08.2010.
- <sup>243</sup> Eigene Berechnungen auf Grundlage von Rosstat. Selskoe chosjaistwo, ochota y lesowodstwo w Rossii – 2009 g., Moskau.
- <sup>244</sup> Vgl. Fußnote 242.
- <sup>245</sup> Vereinte Nationen & Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (2009). Analysis of the Agribusiness Sector in Southern Russia. Report Series No. 13.
- <sup>246</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>247</sup> Blundy, A. (2006). Yug Rusi builds Russian farm economy. European Bank for Reconstruction and Development.
- <sup>248</sup> Vgl. Fußnote 2.
- <sup>249</sup> Rosstat. Tschislennost i Migracija Naselenija Rossiskoj Federazii w 2008 g. Moskau.
- <sup>250</sup> Eigene Berechnungen auf Grundlage von Rosstat. Regiony Rossii: Sozialno-Ekonomitscheskie Pokasateli – 2009 g. Moskau.
- <sup>251</sup> Hähle, D. (2009). Austragungsort der Olympischen Winterspiele 2014. <http://www.sotschi.ru>, 28.09.2009.
- <sup>252</sup> Rosstat (2010). Osnownye pokasateli investizionnoj i stroitelnoj dejatelnosti w Rossiskoj Federazii – 2010 god. Moskau.
- <sup>253</sup> Mattern, R. (2010). Russland: Gefährdung für Ausländer mit dunkler Hautfarbe. Schweizerische Flüchtlingshilfe. Bern.
- <sup>254</sup> Vgl. Fußnote 253.
- <sup>255</sup> Vgl. Fußnote 250.
- <sup>256</sup> TheFishSite.com (2008). Russian Federation Fishery Products Sturgeon Population Outlook 2008.
- <sup>257</sup> Dronnikow, D. (2005). Der russische Erdgasmarkt zwischen Monopol und Liberalisierung. <http://kups.ub.uni-koeln.de>. 14.06.2010.
- <sup>258</sup> British Petroleum (2010). Statistical Review of World Energy 2010. London.
- <sup>259</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>260</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>261</sup> Center for Strategic and International Studies (2009). Violence in the North Caucasus. Summer 2009. Human Rights & Security Initiative. <http://csis.org>. 22.09.2009.
- <sup>262</sup> Internal Displacement Monitoring Centre (2009). Total number of people internally displaced from the conflicts in Chechnya (2009). <http://www.internal-displacement.org>. 22.09.2009.

- <sup>263</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>264</sup> Sokjarinskaja, E. (2006). Getting Back Home? Towards Sustainable Return of In-gush Forced Migrants and Lasting Peace in Prigorodny District of North Ossetia. Central European University. Centre for Policy Studies.
- <sup>265</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>266</sup> Vgl. Fußnote 44.
- <sup>267</sup> Liono, A. (2000). Economic Survival Strategies in North Caucasus. *Caucasian Regional Studies*, 5, 1 & 2.
- <sup>268</sup> Unicef (2006). Tschetschenien: Eine Schule für die Kriegskinder. <http://www.unicef.de/165.html>. 17.05.2010.
- <sup>269</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>270</sup> Vgl. Fußnote 44.
- <sup>271</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>272</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>273</sup> Roshchin, M. (2007). Dagestan's Economic Crisis: Past, Present and Future. *The Jamestown Foundation. North Caucasus Analysis*, 7, 42.
- <sup>274</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>275</sup> Vgl. Fußnote 119.
- <sup>276</sup> Derrick, M. (2009). Contested Autonomy: Tatarstan under Putin (2000-2004). *Oaka*, 4, 45 – 74.
- <sup>277</sup> Deutsche Enzyklopädie . Geschichte der Russlanddeutschen. <http://www.calsky.com>. 22.11.2010.
- <sup>278</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>279</sup> Deutsch-Russisches Netzwerk Omsk . Die Geschichte der Russlanddeutschen. <http://www.netzwerk-omsk.net>. 22.11.2010.
- <sup>280</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010). Migrationsbericht 2008. Berlin.; Vgl. Fußnote 9.
- <sup>281</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>282</sup> Vgl. Fußnote 276.
- <sup>283</sup> Vgl. Fußnote 191.
- <sup>284</sup> Gusewa, D. (2008). Tatarstan Will Get Gift of Treaty With Russia. *The Current Digest of the Post-Soviet Press*, 28, 13 – 14.
- <sup>285</sup> Republic of Tatarstan (2010). Major Sectors of the Economy. <http://www.tatar.ru>. 15.11.2010.; Vgl. Fußnote 167.
- <sup>286</sup> Ministerstwo Finansow Rossiskoj Federazii (2010). Finansowy wsaimootnoschenija s regionami. <http://www1.minfin.ru>. 07.12.2010.
- <sup>287</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>288</sup> Vgl. Fußnote 44.
- <sup>289</sup> Bashkortostan Republic (2010). Official Information Portal. Economics. <http://www.bashkortostan.ru/en/economy/>. 18.11.2010.
- <sup>290</sup> Neftegaz (2008). Strategic Problems of the Petroleum Industry of Bashkortostan. <http://www.neftgaz.ru/en/science/view/302>, 18.11.2010.
- <sup>291</sup> Vgl. Fußnote 242.
- <sup>292</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>293</sup> Economist Intelligence Unit (2010). Russia cars: Key player – AvtoVAZ. <http://viewswire.eiu.com>. 19.11.2010.
- <sup>294</sup> Vgl. Fußnote 293.
- <sup>295</sup> Vgl. Fußnote 250.
- <sup>296</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>297</sup> Vgl. Fußnote 191.
- <sup>298</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>299</sup> Vgl. Fußnote 191.
- <sup>300</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>301</sup> Vgl. Fußnote 44.
- <sup>302</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>303</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>304</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>305</sup> Grace, J.D. (2005). *Russian Oil Supply: Performances and Prospects*. New York: Oxford University Press.
- <sup>306</sup> Deutsches Generalkonsulat Jekaterinburg (2009). Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen-Jugra. <http://www.jekaterinburg.diplo.de>, 01.06.2009.
- <sup>307</sup> Vgl. Fußnote 258.
- <sup>308</sup> British Petroleum (2009). *Statistical Review of World Energy June 2009*. London.
- <sup>309</sup> Janssen, E. (2005). Can Russian oil growth be sustained? *Clingendael International Energy Programme. Briefing Papers*.
- <sup>310</sup> U.S. Energy Information Administration (2008). Russia: Natural Gas. <http://www.eia.doe.gov>. 31.05.2010.
- <sup>311</sup> Vgl. Fußnote 258.
- <sup>312</sup> Rosner, K. (2010). Russian Coal: Europe's New Energy Challenge. <http://www.gmfus.org>. 27.05.2010.
- <sup>313</sup> World Nuclear Association (2010). Nuclear Power in Russia. <http://www.world-nuclear.org>. 30.03.2010.
- <sup>314</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>315</sup> Vgl. Fußnote 191.
- <sup>316</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>317</sup> Handels- und Industriekammer der Russischen Föderation (2009). Russland will im Ural neues Jahrhundertprojekt starten. <http://www.hik-russland.de>. 31.07.2009.
- <sup>318</sup> Vgl. Fußnote 167.; Central Intelligence Agency (2010). *The World Factbook*. Washington DC.
- <sup>319</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>320</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>321</sup> Vgl. Fußnote 44.
- <sup>322</sup> Vgl. Fußnote 165.
- <sup>323</sup> Greenpeace (2005). Schwarzes Gold, schwarze Pest. Ölförderung und die Folgen in Sibirien.
- <sup>324</sup> Vgl. Fußnote 137.
- <sup>325</sup> Griffith Prendergrast, J. (2004). A New Russian Heartland? The Regional Consequences of Russia's Demographic Crisis, Working Paper No. 3. Leicester.
- <sup>326</sup> Volschanina, E.A. (2007). The Forest Nenets: Habitat and Population Size in the 20th Century, and the Present Demographic Situation. *Archaeology, Ethnology & Anthropology of Eurasia*, 30, 143-154.
- <sup>327</sup> Minahan, J. (2002). *Encyclopedia of the Stateless Nations: Ethnic and National Groups Around the World. Volume IV S-Z*. Westport: Greenwood Press.
- <sup>328</sup> Gaseta.ru (2008, 23. November). Sewerjane ne doschiwajut do 50 let. <http://www.gzt.ru>, 13.06.2009.
- <sup>329</sup> Administracija Kemerowskoj Oblasti (2008). Strategische Doktrin des Gebietes Kemerowo. <http://www.ako.ru>. 25.02.2010.
- <sup>330</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>331</sup> Government of the Russian Federation (17. Juni 2008). Development Strategy of the Railway Transport Until 2030. Moskau.
- <sup>332</sup> Rosstat. *Gesammelte Demografische Jahrbücher*. Moskau.
- <sup>333</sup> Vgl. Fußnote 44.
- <sup>334</sup> Vgl. Fußnote 44.
- <sup>335</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>336</sup> Vgl. Fußnote 22.
- <sup>337</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>338</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>339</sup> Eigene Berechnungen aufgrund von durch Rosstat zur Verfügung gestellten Daten.
- <sup>340</sup> Statistisches Bundesamt (2010). GENESIS Online-Datenbank. Wiesbaden.
- <sup>341</sup> Nienhuysen, F. (11. Juni 2007). Wenn Microsoft in die Taiga zieht. *Süddeutsche Zeitung*.
- <sup>342</sup> Willershausen, F. (2009): Taiga Valley: Innovationen auf Russisch. In *Wirtschaftswoche*, 11.09.2009.
- <sup>343</sup> Vgl. Fußnote 5.
- <sup>344</sup> Vgl. Fußnote 250.
- <sup>345</sup> Vgl. Fußnote 191.
- <sup>346</sup> Eigene Berechnungen auf Grundlage von Rosstat (2010). *Inwestizii w Rossii*. Moskau.
- <sup>347</sup> Fortescue, S. & Rautio, V. (2007). Vom Arbeitslager zum Weltmarktführer. Ein Firmenporträt der Buntmetallhütte Noril'sk Nickel'. *Osteuropa*, 57, 395 – 408.
- <sup>348</sup> Institut für Weltkunde in Bildung und Forschung (2007). *Arbeitsblatt: Norilsk – Global Player in der Tundra*. <http://www.bimez.at>. 16.03.2010.
- <sup>349</sup> Vgl. Fußnote 347.
- <sup>350</sup> Vgl. Fußnote 137.
- <sup>351</sup> Vgl. Fußnote 137.
- <sup>352</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>353</sup> Helque, E. (2004). The City Which Should Not Exist. *Russian Life*, September/October 2004, 38 – 45.
- <sup>354</sup> Vgl. Fußnote 347.
- <sup>355</sup> Vgl. Fußnote 353.
- <sup>356</sup> Nienhuysen, F. (2010). Gefahr für den Baikalsee. Umstrittene Papierfabrik darf Arbeit wieder aufnehmen. *Süddeutsche Zeitung*, 20.01.2010.
- <sup>357</sup> Dufy, C. Why is Russia's Development Model Uneffective? The Rent Seeking Hypothesis versus Bureaucratic Capitalism.
- <sup>358</sup> SKRIN Market & Corporate News (2009). Kamskie Polyany and Naberzhnye Chelny on list of Russia's most troubled mono cities. <http://www.allbusiness.com>. 12.03.2010.
- <sup>359</sup> Vgl. Fußnote 191.
- <sup>360</sup> Vgl. Fußnote 2.; Vgl. Fußnote 9.
- <sup>361</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>362</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>363</sup> Vgl. Fußnote 165.
- <sup>364</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>365</sup> Vgl. Fußnote 167.
- <sup>366</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>367</sup> *Encyclopaedia Judaica* (1971). Birobidschan, Band 4. New York: Macmillan.
- <sup>368</sup> Vgl. Fußnote 165.
- <sup>369</sup> Vgl. Fußnote 22.
- <sup>370</sup> Vgl. Fußnote 2.
- <sup>371</sup> Vgl. Fußnote 2.
- <sup>372</sup> Vgl. Fußnote 167; Eurostat (2010). *Bevölkerungsdatenbank*. Luxemburg.
- <sup>373</sup> Vgl. Fußnote 165.
- <sup>374</sup> Vgl. Fußnote 191.
- <sup>375</sup> National Bureau of Statistics of China (2009). *China Statistical Yearbook 2008*. Peking: China Statistics Press.
- <sup>376</sup> Smith, M. (2007). The Russian Far East: A Chinese Future? *The Defence Academy Journal*.
- <sup>377</sup> Vgl. Fußnote 376.
- <sup>378</sup> Parin, A. (2008). Schisn w Rossii Glalami Kitaiskich Migrantow. *Demoscope Weekly*, 347 – 348.
- <sup>379</sup> Friesen, A. (2009). Chinesische Migration im russischen Fernen Osten – Ist die nationale Sicherheit Russlands gefährdet? <http://aussepolitik.net>. 05.01.2010.
- <sup>380</sup> Vgl. Fußnote 376.
- <sup>381</sup> Programma sotrudnitschestwa meschdu regionami Dalnego Wostoka i Wostotschnoj Sibiri Rossiskoj Federazii i Sewero-Wostoka Kitajskoj Narodnoj Respubliki (2009 – 2018 gody). <http://www.kp.ru>. 07.01.2010.

- <sup>382</sup> AFP (2008). Russia, China sign landmark oil pipeline deal. <http://www.afp.com>, 07.01.2010.
- <sup>383</sup> Vgl. Fußnote 250.
- <sup>384</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>385</sup> Klein, A.M. (2010). Der Vater des „Estonischen Wirtschaftswunders“ wird 50. Länderbericht. Konrad-Adenauer-Stiftung.
- <sup>386</sup> Internationaler Währungsfonds (2010). World Economic Outlook Database. Washington DC.
- <sup>387</sup> World Economic Forum (2009). The Global Competitiveness Report 2009-2010. Genf.
- <sup>388</sup> Auswärtiges Amt (2010). Länderinformationen. <http://www.auswaertigesamt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Estland/Innenpolitik.html>. 10.05.2010
- <sup>389</sup> Eurostat (2010). Online-Datenbank. Luxemburg.
- <sup>390</sup> Vgl. Fußnote 389.
- <sup>391</sup> Statistics Estonia (2010). Online-Datenbank. Tallinn.
- <sup>392</sup> Parkman, J. (2008). Estonian oil shale sector undergoing changes. *Baltic Rim Economies*, 5.
- <sup>393</sup> European Academies Science Advisory Council (2007). A study on the EU oil shale industry – viewed in the light of the Estonian experience. <http://www.easac.eu>. 11.11.2010.
- <sup>394</sup> Vgl. Fußnote 388.
- <sup>395</sup> Vgl. Fußnote 391.
- <sup>396</sup> Vgl. Fußnote 388.
- <sup>397</sup> Brosig, M. (2008). A Plan for the Future? The Estonian State Integration programme on National Minorities 2000-2007. <http://www.ecmi.de>. 10.05.2010
- <sup>398</sup> Vgl. Fußnote 389.
- <sup>399</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>400</sup> Vgl. Fußnote 386.
- <sup>401</sup> Vgl. Fußnote 386.
- <sup>402</sup> Vgl. Fußnote 386.
- <sup>403</sup> Vgl. Fußnote 389.
- <sup>404</sup> The Economist (07.10.2009). Ailing fast.
- <sup>405</sup> Latvijas Statistika (2010). Online-Datenbank. Riga.
- <sup>406</sup> Vgl. Fußnote 405.
- <sup>407</sup> Vgl. Fußnote 405.
- <sup>408</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>409</sup> Vgl. Fußnote 405.
- <sup>410</sup> Government of the Republic of Lithuania (2004). On the Approval of the National Strategy of Overcoming the Consequences of Ageing. Resolution No. 737, 14 June 2004.
- <sup>411</sup> Vgl. Fußnote 389.; Statistikos Departamentas Prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės (2010). Online-Datenbank. Vilnius.
- <sup>412</sup> Statistikos Departamentas Prie Lietuvos Respublikos Vyriausybės (2010). Online-Datenbank. Vilnius.
- <sup>413</sup> Vgl. Fußnote 389.
- <sup>414</sup> Pension Funds Online (2010). Lithuania. <http://www.pensionfundsonline.co.uk>. 08.09.2010.
- <sup>415</sup> Vgl. Fußnote 389.
- <sup>416</sup> Vgl. Fußnote 389.; Thaut, L. (2009). EU Integration & Emigration Consequences: The Case of Lithuania. *International Migration*, 47, 191 – 233.
- <sup>417</sup> Focus Migration (2007). Litauen. Länderprofil Nr. 7. <http://www.focus-migration.de>. 12.09.2010.
- <sup>418</sup> Vgl. Fußnote 412.
- <sup>419</sup> Vgl. Fußnote 412.
- <sup>420</sup> Aptekar, S. (2009). Contexts of exit in the migration of Russian speakers from the Baltic countries to Ireland. *Ethnicities*, 9, 507 – 526.
- <sup>421</sup> Focus Migration (2007). Litauen. Länderprofil Nr. 7.
- <sup>422</sup> Eurostat (2010). Online-Datenbank. Luxemburg.
- <sup>423</sup> Assoziacija Morskich Torgovych Portov (2010). Grusoborot Morskich Portov Rossii sa 2009 god.; Invest Lithuania (2010). Lithuania: Sound in Resources for Businesses' 2010.
- <sup>424</sup> Invest Lithuania (2010). Incentives and Support Network. <http://www.lida.lt>. 13.09.2010.
- <sup>425</sup> Vereinte Nationen (2008). World Urbanization Prospects: The 2007 Revision Population Database. New York.
- <sup>426</sup> Fedor, H. (1995). (Hg.). Belarus: A Country Study. Washington: U.S. Library Congress.
- <sup>427</sup> Vgl. Fußnote 426.
- <sup>428</sup> Jacob, P. (2006). Der Unfall von Tschernobyl. Eine Bilanz 20 Jahre danach. <http://www.g-o.de>. 30.06.2010.
- <sup>429</sup> Belstat (2010). Ofizialnaja Statistika. Minsk.; Belstat (2004). Statistical Yearbook of the Republic of Belarus 2004. Minsk.
- <sup>430</sup> UNDP (2005). Belarus: addressing imbalances in the economy and society. National Human Development Report 2004/2005. Minsk.
- <sup>431</sup> Belstat (2009). Naselenie Respubliki Belarus. Minsk.
- <sup>432</sup> Vgl. Fußnote 431.
- <sup>433</sup> Vgl. Fußnote 431.
- <sup>434</sup> Vgl. Fußnote 431.
- <sup>435</sup> Vgl. Fußnote 431.
- <sup>436</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>437</sup> Jaroszewicz, M. & Szerepka, L. (2007). Migration Challenges in the European Union's Eastern Neighbourhood. Centre for Eastern Studies.
- <sup>438</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>439</sup> Vgl. Fußnote 431.
- <sup>440</sup> Vgl. Fußnote 437.
- <sup>441</sup> Vgl. Fußnote 386.
- <sup>442</sup> Belstat (2010). Ofizialnaja Statistika. Minsk.
- <sup>443</sup> Malygina, K. (2010). Spannungen mit Belarus: Energiestreit statt Zollunion. *Russland-Analysen* 204. 17 – 19.
- <sup>444</sup> Usow, P. (2010). Peculiarities of the Belarusian Privatization. *BelarusInfo Letter*, 4, 1 – 3.
- <sup>445</sup> Vgl. Fußnote 389.
- <sup>446</sup> Vgl. Fußnote 425.
- <sup>447</sup> Rowland, R. (2009). Population Trends in Europe's Poorest Country: Results of the Most Recent Census of Moldova. *Eurasian Geography and Economics*, 50, 480 – 495.
- <sup>448</sup> Vgl. Fußnote 16; Vgl. Fußnote 23.
- <sup>449</sup> Vgl. Fußnote 447.
- <sup>450</sup> Vgl. Fußnote 425.
- <sup>451</sup> Vgl. Fußnote 23.
- <sup>452</sup> Lerman, Z. & Cimpoies, D. (2006). Land Consolidation as a Factor for Rural Development in Moldova. *Europe-Asia Studies*, 58, 439 – 455.
- <sup>453</sup> Pantiru, M.C., Black, R., & Sabates-Wheeler, R. (2007). Migration and Poverty Reduction in Moldova. <http://www.migrationdrc.org>. 15.08.2010.
- <sup>454</sup> Vgl. Fußnote 54.
- <sup>455</sup> Vgl. Fußnote 23.
- <sup>456</sup> Vgl. Fußnote 23.
- <sup>457</sup> Unicef (2008). The Impacts of Migration on Children in Moldova. New York.
- <sup>458</sup> Görlich, D. & Trebesch, C. (2008). Seasonal Migration and Networks – Evidence on Moldova's Labour Exodus. *Review of World Economics*, 144, 107 – 133.; Vgl. Fußnote 453.
- <sup>459</sup> Vgl. Fußnote 453.
- <sup>460</sup> Derschawni Komitet Statistiki Ukraini (2010). Online-Datenbank. Kiew.
- <sup>461</sup> Eigene Berechnungen auf Grundlage von Derschawni Komitet Statistiki Ukraini (2010). Statistitschni Sbirnik „Regioni Ukraini“ 2010. Kiew.
- <sup>462</sup> Dutzmann, S. (2010). Umweltverschmutzung in der Ukraine. *Osteuropa*, 60, 2 – 4, Einschub III.
- <sup>463</sup> Daten zur Verfügung gestellt durch Derschawni Komitet Statistiki Ukraini.
- <sup>464</sup> Hein, K. (2010). Mitten unter uns. *Aids in der Ukraine. Osteuropa*, 60, 2 – 4, 469 – 480.
- <sup>465</sup> Vgl. Fußnote 386.
- <sup>466</sup> Vgl. Fußnote 9.; Vgl. Fußnote 460.
- <sup>467</sup> Vgl. Fußnote 460.; Vgl. Fußnote 389.
- <sup>468</sup> Vgl. Fußnote 460.
- <sup>469</sup> Vgl. Fußnote 463.
- <sup>470</sup> Perelli-Harris, B. (2008). Ukraine: On the border between old and new in uncertain times. *Demographic Research*, 19, 1145 – 1178.
- <sup>471</sup> Vgl. Fußnote 470.
- <sup>472</sup> Malynowska, O. (2010). An der Kreuzung. Migration aus, in und durch die Ukraine. *Osteuropa*, 60, 2 – 4, 427 – 442.
- <sup>473</sup> International Organization for Migration (2008). Migration in Ukraine: A Country Profile 2008. <http://publications.iom.int>. 16.01.2011.
- <sup>474</sup> Derschawni Komitet Statistiki Ukraini (2010). Ukraina u zifrach 2009. Kiew.
- <sup>475</sup> Vgl. Fußnote 471.
- <sup>476</sup> Vgl. Fußnote 470.; Vgl. Fußnote 16.
- <sup>477</sup> Vgl. Fußnote 470.
- <sup>478</sup> Vgl. Fußnote 472.
- <sup>479</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>480</sup> Sauer, G. (2010). Entwicklungsperspektiven der Agrar- und Ernährungswirtschaft in der Ukraine. *Ukraine-Analysen*, 71/10, 2 – 9.
- <sup>481</sup> Vgl. Fußnote 67.
- <sup>482</sup> Vgl. Fußnote 386.
- <sup>483</sup> Aslund, A. (2010). Am Abgrund. Die ukrainische Wirtschaft in der Finanzkrise. *Osteuropa*, 60, 195 – 209.
- <sup>484</sup> Vgl. Fußnote 386.; Ministry of Economy of Ukraine (2010). Millenium Development Goals. Ukraine – 2010. National Report. <http://www.undp.org.ua>. 17.01.2011.
- <sup>485</sup> Derschawni Komitet Statistiki Ukraini (2010). Statistitschni Schoritschnik sa 2009 rik. Kiew.
- <sup>486</sup> Derschawni Komitet Statistiki Ukraini (2010). Statistitschni Sbirnik „Regioni Ukraini“ 2010. Kiew.; Vgl. Fußnote 483.
- <sup>487</sup> Vgl. Fußnote 482.
- <sup>488</sup> Vgl. Fußnote 386.
- <sup>489</sup> Opitz, P. (2010). Ineffizient und intransparent. Der ukrainische Energiesektor. *Osteuropa*, 60, 2 – 4, 217 – 236.
- <sup>490</sup> Economist Intelligence Unit (2010). Russia/Ukraine: Putin's gas-merger plan. *Business Eastern Europe*, May 3rd 2010, 1 – 2.
- <sup>491</sup> International Energy Agency (2010). Online-Datenbank. Paris.

- <sup>492</sup> Pirani, S. (2010). Am Tropf. Die Ukraine, Russland und das Erdgas. Osteuropa, 60, 2 – 4, 237 – 255.
- <sup>493</sup> Vgl. Fußnote 489.
- <sup>494</sup> Vgl. Fußnote 489.
- <sup>495</sup> European Commission (2009). Ukraine's Agriculture: Harvesting the potential? Monitoring Agri-trade Policy No. 03-09.
- <sup>496</sup> Cramon-Taubadel, S. von (2010). Potential zum Agrarriesen. Landwirtschaft in der Ukraine. Osteuropa, 60, 2 – 4, 271 – 285.
- <sup>497</sup> Vgl. Fußnote 485.
- <sup>498</sup> Vgl. Fußnote 485.
- <sup>499</sup> Institute for Economic Research and Policy Consulting (2008). Agriholdings in Ukraine: Good or Bad? Policy Paper Series No. 21. Kiev.
- <sup>500</sup> Handrich, L. & Bettij, O. (2010). Vor dem Kollaps. Die Sozialsysteme der Ukraine. Osteuropa, 60, 2 – 4, 257 – 269.
- <sup>501</sup> Mitchneck, B., Majorowa, O.V. & Regulska, J. (2009). "Post"-Conflict Displacement: Isolation and Integration in Georgia. Annals of the Association of American Geographers, 99, 1022 – 1032.
- <sup>502</sup> Vgl. Fußnote 16.; National Statistics Office Georgia (2010). Online-Datenbank. Tiflis.
- <sup>503</sup> Maznew, D. (2000). Strany Zentralnoj Asii i Kawkasa w SNG – ekonomitscheskij aspekt. <http://www.ca-c.org>. 07.12.2010.
- <sup>504</sup> Vgl. Fußnote 54.
- <sup>505</sup> Vgl. Fußnote 54.
- <sup>506</sup> Vgl. Fußnote 84.
- <sup>507</sup> Vgl. Fußnote 56.
- <sup>508</sup> Halbach, U. (2009). Die Georgienkrise als weltpolitisches Thema. Aus Politik und Zeitgeschichte, 13/2009, 3 – 11.
- <sup>509</sup> Vgl. Fußnote 502.
- <sup>510</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>511</sup> Vgl. Fußnote 502.
- <sup>512</sup> Vgl. Fußnote 66.
- <sup>513</sup> Berlin, J. & Klenner, A. (2006). Völkermord oder Umsiedlung. Das Schicksal der Armenier im Osmanischen Reich. Darstellung und Dokumente. Köln.
- <sup>514</sup> Vgl. Fußnote 67.
- <sup>515</sup> Unece (2002). National Report on the State of the Environment in Armenia in 2002. Genf.; ArmeniaNow (2010): Lake Sevan: Problems and perspectives. <http://www.armenianow.com>. 19.05.2010.
- <sup>516</sup> Eigene Berechnungen auf Grundlage von National Statistical Service of the Republic of Armenia (2009). Statistical Yearbook 2009. Jerewan.
- <sup>517</sup> National Statistical Service of the Republic of Armenia (2010). Online-Datenbank. Jerewan.
- <sup>518</sup> Vgl. Fußnote 14.
- <sup>519</sup> Weltbank (2010). Outlook for Remittance Flows 2010-11. Migration and Development Brief 12.; Weltbank (2009). Migration and Remittance Trends 2009. Migration and Development Brief 11.
- <sup>520</sup> Vgl. Fußnote 517.
- <sup>521</sup> Vgl. Fußnote 517.
- <sup>522</sup> Vgl. Fußnote 517.
- <sup>523</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>524</sup> Nazionalnaja statistitscheskaja sluschba Respubliki Armenija. Statistitscheski Jeschegodnik Armenii 2006, 2009. Jerewan.
- <sup>525</sup> Vgl. Fußnote 524.
- <sup>526</sup> Vgl. Fußnote 524.
- <sup>527</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>528</sup> Weltgesundheitsorganisation (2007). Republic of Armenia. Country Cooperation Strategy. Genf.
- <sup>529</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>530</sup> Halbach, U. (2010). Ungelöste Regionalkonflikte im Südkaukasus. SWP-Studie 2010/S 26. Berlin.; Krüger, H. (2009). Der Berg-Karabach-Konflikt: Eine juristische Analyse. Berlin Springer Verlag.
- <sup>531</sup> Stockholm International Peace Research Institute (2010). Military Expenditure Database. Stockholm.
- <sup>532</sup> Global Defence. Streitkräfteübersicht Aserbaidshans. <http://www.globaldefence.net>. 06.08.2010.
- <sup>533</sup> Vgl. Fußnote 386.
- <sup>534</sup> The State Statistical Committee of the Republic of Azerbaijan (2010). Online-Datenbank. Baku.
- <sup>535</sup> Vgl. Fußnote 258.
- <sup>536</sup> SOFAZ (2010). Revenue and Expenditure Statement for January-March 2010. <http://www.oilfund.az>. 10.10.2010.
- <sup>537</sup> Vgl. Fußnote 54; Vgl. Fußnote 67.
- <sup>538</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>539</sup> Vgl. Fußnote 218.
- <sup>540</sup> KfW Entwicklungsbank. Länderinformation Aserbaidshans. Frankfurt am Main.
- <sup>541</sup> Vgl. Fußnote 54.
- <sup>542</sup> Bundesverband Deutscher Banken. Währungsrechner. <http://www.bankenverband.de/waehrungsrechner>, 11.08.2010.
- <sup>543</sup> Vgl. Fußnote 386.
- <sup>544</sup> Vgl. Fußnote 534.; Vgl. Fußnote 16.
- <sup>545</sup> Vgl. Fußnote 534.
- <sup>546</sup> Duthé, G., Vallin, J. & Baduraschwili, I. (2007). A sharp increase in sex ratio at birth in the Caucasus. Why? How? In I. Attané & Guilmo, C. (Hg.). Watering the neighbour's garden: the growing demographic female deficit in Asia, 73 – 88. Paris: CICRED.
- <sup>547</sup> China National Petroleum Corporation (2009). Kenkiyak-Kumkol section of Kazakhstan-China Oil Pipeline becomes operational. <http://www.cnpc.com.cn>. 07.12.2010.
- <sup>548</sup> British Petroleum (2006). Energie in Zahlen. Statistical Review of World Energy 2006. London.; Vgl. Fußnote 258.
- <sup>549</sup> Vgl. Fußnote 258.
- <sup>550</sup> Vgl. Fußnote 386.
- <sup>551</sup> Agenstwo Respubliki Kasachstan po statistiki: Statistitscheski Jeschegodnik 2008. Astana.
- <sup>552</sup> Vgl. Fußnote 386.
- <sup>553</sup> Galijew, W. (1988). Istorija Kasachstana. <http://www.nlrk.kz>. 07.12.2010.
- <sup>554</sup> Simowina, J. (2009). Osnownye etapy formirovanija diasporalnoj struktury Kasachstana i stran Centralnoj Asii. Demoscope Weekly, 377 – 378.
- <sup>555</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>556</sup> Iontsew, W. (2001). Emigracija i repatriacija w Rossii. Moskau.
- <sup>557</sup> Vgl. Fußnote 551.
- <sup>558</sup> Vgl. Fußnote 45.
- <sup>559</sup> Vgl. Fußnote 551.
- <sup>560</sup> Vgl. Fußnote 551.
- <sup>561</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>562</sup> Vgl. Fußnote 556.
- <sup>563</sup> Vgl. Fußnote 551.
- <sup>564</sup> Population Statistics of Eastern Europe. Cities and Towns of Kazakhstan. <http://pop-stat.mashke.org>. 01.09.2010.
- <sup>565</sup> Interfax (2008). Rossija operedila SSHA po kolichestwu sapuskow kosmicheskich raket w 2008 godu. <http://www.interfax.ru>. 06.05.2010.
- <sup>566</sup> Krupnow, J. (2007). Swobodnewskij dalnewostotschny kosmitscheskij klaster kak projekt pereselenija Gosprogrammy. <http://www.kroupnov.ru>. 07.12.2010.
- <sup>567</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>568</sup> Ministerstwo ekonomitschekogo raswitija i trgovli Respubliki Kasachstan (2010). Strategitscheski plan raswitija Respubliki Kasachstan do 2020 goda. <http://www.minplan.kz>. 07.12.2010.
- <sup>569</sup> Becker, C.M. & Seitenowa, A.S. (2005). Fertility and Marriage in Kazakhstan's Transition Period: Implications for Social Security Policy. Institute of Economic Research. Tokio.
- <sup>570</sup> Ministerstwo ochrany okruschajuschej sredy Respubliki Kasachstan (2009). Ekologičeski bjulleteno sostojanii okruschajuschej sredy Respubliki Kasachstan sa 2009 god. <http://www.eco.gov.kz>. 07.12.2010.; Vgl. Fußnote 549.
- <sup>571</sup> Rentzsch, M. (2000). Möglichkeiten der Förderung von umweltorientierter Unternehmensführung in ausgewählten NUS Staaten durch Partnerschaften von Unternehmen der Zielregion mit deutschen Unternehmen. Forschungsbericht 299 19 122.; Müller, M. (2000). Die ökologische Situation in Kasachstan: Eine Bestandsaufnahme. Wochenbericht des DIW Berlin 7/00.
- <sup>572</sup> Vgl. Fußnote 565.
- <sup>573</sup> Vgl. Fußnote 551.
- <sup>574</sup> IAEA (2010). The Semipalatinsk Test Site. Kazakhstan Radiological Conditions at the Test Site: Preliminary assessment and recommendations for further study. <http://www-ns.iaea.org>. 07.12.2010.
- <sup>575</sup> Sehring, J. (2007). Die Aralsee-Katastrophe. In M. Sapper, V. Weichsel & A. Huterer (Hg.): Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen. 497 – 510.
- <sup>576</sup> Whish-Wilson, P. (2002). The Aral Sea environmental health crisis. Journal of Rural and Remote Environmental Health, 1, 29 – 34.
- <sup>577</sup> Prüss-Üstün, A. & Corvalán, C. (2006). Preventing disease through healthy environments: Towards an estimate of the environmental burden of disease. World Development, 23, 1247 – 1263.
- <sup>578</sup> Abdullajew, I., Giordano, M., & Rasulow, A. (2007). Cotton in Uzbekistan: Water and Welfare. In D. Kodyati et al. (Hg.). Cotton Sector in Central Asia, 112 – 128.
- <sup>579</sup> World Bank (2003). Irrigation in Central Asia. Social, Economic and Environmental Considerations. Washington DC.
- <sup>580</sup> National Cotton Council of America (2010). Rankings. <http://www.cotton.org>. 26.04.2010.
- <sup>581</sup> Giese, E. & Sehring, J. (2007). Konflikte ums Wasser. Nutzungskonkurrenz in Zentralasien. In M. Sapper, V. Weichsel & A. Huterer (Hg.): Machtmosaik Zentralasien. Traditionen, Restriktionen, Aspirationen. 483 – 496.
- <sup>582</sup> Veldwisch, G.J. & Spoor, M. (2008). Contesting Rural Resources: Emerging 'Forms' of Agrarian Production in Uzbekistan. The Journal of Peasant Studies, 35, 424 – 451.

- <sup>583</sup> Environmental Justice Foundation (2010). *Slave Nation: State Sponsored Forced Child Labour in Uzbekistan's Cotton Fields*. <http://www.ejfoundation.org>. 30.04.2010.
- <sup>584</sup> Vgl. Fußnote 182.
- <sup>585</sup> Vgl. Fußnote 583.
- <sup>586</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>587</sup> Vgl. Fußnote 9.; Gosudarstwenny Komitet Respubliki Usbekistan po Statistike (2010). Online-Datenbank. Taschkent.
- <sup>588</sup> Vgl. Fußnote 587.
- <sup>589</sup> Vgl. Fußnote 587.; Vgl. Fußnote 16.
- <sup>590</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>591</sup> eStandardsForum (2010). Country Brief: Uzbekistan. <http://www.estandardsforum.org>. 04.05.2010; Vgl. Fußnote 67.
- <sup>592</sup> Vgl. Fußnote 54.
- <sup>593</sup> Germany Trade & Invest (2010). *Usbekistans Erzbergbau- und Hüttenbetriebe rüsten auf*. <http://www.gtai.de>. 25.05.2010.
- <sup>594</sup> Transparency International (2009). *Corruption Perceptions Index 2009*. Berlin.
- <sup>595</sup> International Bank for Reconstruction and Development / The World Bank (2010). *Doing Business 2010: Uzbekistan*. <http://www.doingbusiness.org>. 04.05.2010.
- <sup>596</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>597</sup> Buckley, C., Barrett, J., & Asminkin, Y.P. (2004). *Reproductive and Sexual Health Among Young Adults in Uzbekistan*. *Studies in Family Planning*, 35, 1 – 14.
- <sup>598</sup> Institute for War and Peace Reporting (2005). *Birth Control by Decree in Uzbekistan*. <http://www.iwpr.net>. 10.05.2010.
- <sup>599</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>600</sup> UNAIDS (2008). *2008 Report on the global AIDS epidemic*. Genf.
- <sup>601</sup> Vgl. Fußnote 597.
- <sup>602</sup> Clifford, D. *Stopping sooner or starting late? Fertility decline in Uzbekistan*. [www.geog.leeds.ac.uk](http://www.geog.leeds.ac.uk). 10.05.2010.
- <sup>603</sup> Halbach, U. (2006). *Uzbekistan als Herausforderung für westliche Zentralasienpolitik*. SWP-Studie 2006/S 26. Berlin.
- <sup>604</sup> Hanks, R.R. (2000). *Emerging spatial patterns of the demographics, labour force and FDI in Uzbekistan*. *Central Asian Survey*, 19, 351 – 366.
- <sup>605</sup> Vgl. Fußnote 67.
- <sup>606</sup> Karagiannis, E. (2010). *Political Islam in Central Asia: The Role of Hizb Al-Tahrir*. <http://sinauislam.wordpress.com>. 06.05.2010.
- <sup>607</sup> Office for Democratic Institutions and Human Rights (2005). *Preliminary Findings on the Events in Andijan, Uzbekistan*. <http://www.osce.org>. 06.05.2010.
- <sup>608</sup> Deutsche Welle (2005). „Sie schossen von überall“. *Blutige Unruhen in Usbekistan*. <http://www.dw-world.de>. 06.05.2010.
- <sup>609</sup> Matthei, D. (2008). *Turkmenistan – Quo vadis? In Zentralasien-Analysen 12/08, 2 – 6*.
- <sup>610</sup> Vgl. Fußnote 258.
- <sup>611</sup> Nabucco Gas Pipeline International GmbH (2007). *Nabucco Gas Pipeline Project*. <http://www.nabucco-pipeline.com>. 25.10.2010.
- <sup>612</sup> RIA Nowosti (2010). *Presidenty Turkmenii i Irana otkryli nowyj meschdunarodnyj gasoprowod*. <http://www.rian.ru>. 12.04.2010.
- <sup>613</sup> Rechel, B., Sikorskaja, I. & McKee, M. (2009). *Health in Turkmenistan after Niyazov*. <http://www.lshtm.ac.uk>. 25.10.2010.
- <sup>614</sup> Vgl. Fußnote 386.
- <sup>615</sup> U.S. Department of State (2009). *Background Note: Turkmenistan*. <http://www.state.gov>. 21.06.2010.; Vgl. Fußnote 67.
- <sup>616</sup> Vgl. Fußnote 67.
- <sup>617</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>618</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>619</sup> Ponomarjew, W. (2001). *Turkmenistan: Wlasti strojat "Schelesnyj sanawes" po rezeptam stalinskoj diktatury*. <http://www.memo.ru>. 10.09.2010.
- <sup>620</sup> Vgl. Fußnote 9.; Vgl. Fußnote 67.
- <sup>621</sup> *Russland-Aktuell* (2010). *Kirgisien: Bakijew-Familie verantwortlich für Pogrome?* <http://www.aktuell.ru>. 21.07.2010.
- <sup>622</sup> *Times Online* (2010). *Uzbekistan closes borders to refugees*. <http://www.timesonline.co.uk>. 06.07.2010.
- <sup>623</sup> *Nazionalnyi Statistitscheski Komitet Kirgyssoj Respubliki* (2010). *Demografitscheski Jeschegodnik Kirgyssoj Respubliki 2009*. Bischkek.; Vgl. Fußnote 16.
- <sup>624</sup> *Nazionalnyi Statistitscheski Komitet Kirgyssoj Respubliki* (2010). *Sozialno-Ekonomitscheskoe Poloschenie Kirgyssoj Respubliki w Janwar-Marte 2010 g.* Bischkek.
- <sup>625</sup> *Nazionalnyi Statistitscheski Komitet Kirgyssoj Respubliki* (2008). *Nazionalnye Sstschota Kirgyssoj Respubliki 2003 – 2007*. Bischkek.
- <sup>626</sup> Hanks, R.R. (2005). *Central Asia: a global studies handbook*. Santa Barbara: ABC-CLIO, Inc.
- <sup>627</sup> Vgl. Fußnote 9.
- <sup>628</sup> Vgl. Fußnote 623.
- <sup>629</sup> Vgl. Fußnote 623.; Vgl. Fußnote 9.
- <sup>630</sup> Vgl. Fußnote 386.
- <sup>631</sup> Saiontschkowskaja, S. (Ed.) (1994). *Migratsija spetsialistow w Rossii: pritschiny, posledstwija, otsenki*. Moskau.
- <sup>632</sup> *Demographic and Health Surveys* (1997). *Kyrgyz Republic. Summary Report*. <http://www.measuredhs.com>. 21.05.2010.
- <sup>633</sup> Vgl. Fußnote 623.
- <sup>634</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>635</sup> Vgl. Fußnote 624.
- <sup>636</sup> *Nazionalnyi Statistitscheski Komitet Kirgyssoj Respubliki* (2010). *Online-Datenbank*. Bischkek.
- <sup>637</sup> Mukomel, W. (2005). *Ekonomika nelegalnoj migracii w Rossii*. *Demoscope Weekly*, 207-208.
- <sup>638</sup> Vgl. Fußnote 54.
- <sup>639</sup> *Estandardsforum* (2010). *Country Brief: Kirgysstan*. <http://www.estandardsforum.org>. 27.05.2010.
- <sup>640</sup> *Centerra Gold Inc.* (2009). *Technical Report on the Kumtor Gold Mine*. *Kyrgyz Republic*. Toronto.
- <sup>641</sup> Vgl. Fußnote 636.
- <sup>642</sup> Guillot, M. (2007). *Mortality in Kirgysstan since 1958: Real Patterns and Data Artefacts*. *Espace populations sociétés*, 2007/1, 113 – 126.
- <sup>643</sup> Vgl. Fußnote 636.
- <sup>644</sup> *Eurasianet.org* (2009). *Kyrgyzstan: Is China the Hidden Power in Bishkek?* <http://www.eurasianet.org>. 26.05.2010.
- <sup>645</sup> *Nazionalnyi Statistitscheski Komitet Kirgyssoj Respubliki* (2008). *Obrasowanie i Nauka w Kirgyssoj Respublike*. Bischkek.
- <sup>646</sup> Vgl. Fußnote 639.
- <sup>647</sup> *Bobojew, J.* (6. Januar 2010): *Tajiks feel pinch in funding dam*. *Asia Times Online*. <http://www.atimes.com>. 25.03.2010.
- <sup>648</sup> *International Energy Agency*. *Online-Datenbank*. Paris.
- <sup>649</sup> *Tajik Aluminium Company* (2010). *Concise production indicators of TALCO for 2007-2008*, <http://talco.com.tj>. 09.06.2010.; *Shepherd, M.* (2009). *Hydropower hydra once again ensnares Tajikistan*. <http://www.bu.edu>. 09.06.2010.
- <sup>650</sup> *Ferghana.ru* (2010). *Tajikistan – Uzbekistan: Top level discussions over the Rogun project*. <http://enews.ferghana.ru>. 11.05.2010.
- <sup>651</sup> *The Economist* (2007). *The breaking of the dam*. *Business Eastern Europe*, 36, 4 – 4.
- <sup>652</sup> *Vereinte Nationen*. *Tajikistan: rising from the ashes of civil war*. <http://www.un.org>. 13.04.2010.
- <sup>653</sup> *Open Society Institute* (1998). *Tajikistan: Refugee Reintegration and Conflict Prevention*. New York. <http://www.osi.hu>. 26.03.2010.
- <sup>654</sup> *Kirejew, A.* (2006). *The Macroeconomics of Remittances: The Case of Tajikistan*. *IMF Working Paper WP/06/2*. Washington DC.
- <sup>655</sup> Vgl. Fußnote 386.; Vgl. Fußnote 54.
- <sup>656</sup> *Aschurów, I.* *Development of Agriculture in Tajikistan: Peculiarities and Prospects*. *Landwirtschaftsministerium der Republik Tadschikistan.; Regierung der Republik Tadschikistan* (2007). *The Cotton Sector of Tajikistan*. <http://sitere-sources.worldbank.org/INTTAJIKISTAN>. 26.03.2010
- <sup>657</sup> *Salam Sirak, M.* (2008). *Ein umstrittenes Feld – Baumwolle in Tadschikistan*. *Zentralasien-Analysen*, 6, 2 – 5.
- <sup>658</sup> *Epkenhans, T.* (2009). *Wie stabil ist Tadschikistan?* *Zentralasien-Analysen*, 23, 2 – 5.
- <sup>659</sup> Vgl. Fußnote 54.
- <sup>660</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>661</sup> *Eurasianet.org* (2006). *Moscow Market Tragedy Refocuses Attention of Tajik Labor Migration Issue*. <http://www.eurasianet.org>. 30.03.2010.
- <sup>662</sup> *Sadowskaja, J.* (2008). *Regionalisierung und Globalisierung. Neue Tendenzen der Arbeitsmigration in Zentralasien*. *Zentralasien-Analysen*, 3, 2 – 5.
- <sup>663</sup> *Migration-Info.de* (2010). *Weniger Rücküberweisungen durch Weltwirtschaftskrise*. *Migration & Bevölkerung*, 3. Berlin.
- <sup>664</sup> Vgl. Fußnote 654.
- <sup>665</sup> Vgl. Fußnote 9.; Vgl. Fußnote 16.
- <sup>666</sup> Vgl. Fußnote 16.
- <sup>667</sup> *Olimowa, S., & Olimow, M.* (2010). *Wyesd trudowych migrantow is Tadschikistana sokratsilsja na 150-160 tysjatsch tscheloweck*. *Demoscope Weekly*, 415-416.
- <sup>668</sup> Vgl. Fußnote 67.
- <sup>669</sup> *Gosudarstwenny Komitet Statistiki RT*. *Online-Datenbank*. Duschanbe.
- <sup>670</sup> *Paoli, L., Rabkow, I., Greenfield, V.A., & Reuter, P.* (2007). *Tajikistan: The Rise of a Narco-State*. *Journal of Drug Issues* 37, S. 951 – 979.
- <sup>671</sup> *Parshin, K.* (2009). *Tajikistan: Drug Control Agency Draws Praise and Criticism*. <http://www.eurasianet.org>. 09.04.2010.
- <sup>672</sup> *UNODC* (2008). *Online-Datenbank*. New York.
- <sup>673</sup> Vgl. Fußnote 670.

**Berlin-Institut**

für Bevölkerung und Entwicklung  
Schillerstraße 59  
10627 Berlin

[www.berlin-institut.org](http://www.berlin-institut.org)

Dieses Projekt wurde gefördert von

**Robert Bosch Stiftung**

sowie



**ERSTE Stiftung**

und

**Deutsche Bank AG**

ISBN: 978-3-9812-473-6-7

+++ Geburteneinbruch nach der Wende +++ Krisenregion Nordkaukasus +++ immer weniger Wehrpflichtige +++ Förderung von Monostädten +++ lä  
die Wachstumspole der Zukunft liegen +++ Russland zahlt „Mutterschaftskapital“ +++ demografische Krise in Fernost +++ schwierige Integration ++